KÄRNTNER JAHRBUCH FÜR POLITIK – 2009

Kärntner Jahrbuch für Politik 2009

Herausgegeben
von
Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft

Gedruckt mit Unterstützung von:

BM.W_F^a
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

STRABAG

kelag

Raiffeisenlandesbank
Kärnten

ISBN 13: 978-3-85391-294-2
Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Klagenfurt – 2009
© der Texte bei den Autoren
Gesamtherstellung: Kärntner Druckerei, Klagenfurt

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

PETER FILZMAIER/FLOOH PERLOT
Ticken KärntnerInnen anders? –
Meinungen zu Österreich und EU-ropa 9

PETER PLAIKNER
Im Wettbewerb der größten Kleinstformate – Die Kärntner Landtagswahl aus der Perspektive von Kleine Zeitung und Kronen Zeitung 27

PETER HAJEK/ALEXANDRA SIEGL
Das Kärntner Wahljahr 2009 37

CLAUDIA GRABNER
Das dritte Lager – eine orange-blaue Annäherung 62

UWE SOMMERSGUTER
Rechtes Land unter 70

KARL ANDERWALD
Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2009 76

KATHRIN HÄMMERLE
Der beste Bürgermeister in Klagenfurt – Christian Scheider heißt er 91

KARL HREN
Die Gemeinderatswahlen 2009 in Südkärnten 109

ANDREAS HOLZER/MARTINA ZANDONELLA
Die Arbeiterkammerwahlen 2009 in Kärnten 122

PETER PLAIKNER
Für ein paar Euro mehr – Die Erhöhung der Parteienförderung und das Duell zwischen Medien und Politik 139

SCHWERPUNKTTHEMA GEMEINDEN

FRANZ STURM
Strategisches Verwaltungsmanagement im Rahmen der Kärntner Landes- und Gemeindeverwaltung 175

DORIS BURGSTALLER
Reformstrategie: Rechtserzeugung, Rechtsbereinigung und Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden 189

DANIELA EBNER
Reformstrategie: Wissens- und Innovationsmanagement in den Kärntner Gemeinden 199

MARKUS MATSCHEK
Interkommunale Zusammenarbeit als wichtiger Handlungsansatz für die Erstellung und Sicherung gemeindlicher Leistungen in Kärnten 211

SONDERTHEMEN

DIETER PLATZER/RUDOLF KÖLLER
Virenattacke auf das IT-System des Landes Kärnten – Krisenmanagement und Bereinigung 221

REINHARD SCHINNER
EU-Regionalpolitik in Kärnten 1995 bis 2013+ Von Kärnten nach Lissabon und retour? 229

PETRA RODIGA-LASSNIG
Wirtschaftliche Entwicklung Kärntens – Bilanz 1999 bis 2008 253

FRANZISKA RISCHKOWSKY/THOMAS DÖRING
Konsumentenverhalten und Verbraucherpolitik: Ökonomische Ansätze und ihre Politik-Implikationen im Allgemeinen wie für Österreich 289

SIMON TRIESSNIG
Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Kärnten und Slowenien angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise 332

CHRONOLOGIE 351

DIE AUTOREN 379

Vorwort

Mittlerweile alle Jahre wieder ist das der Anfangs- oder Schlusssatz unseres Vorwortes: Älter werden, das allein wäre noch keine Leistung, sondern ein biologisches Phänomen, und im Jahrbuchfall ist es zusätzlich ein rechnerisches bzw. drucktechnisches. Trotzdem sind wir stolz, dass von sämtlichen politischen Jahrbüchern der Bundesländer das „Kärntner Jahrbuch für Politik" die mit Abstand längste Geschichte aufweist und nunmehr bereits in seiner 16. Auflage vorliegt. Sogar das gesamtösterreichische Jahrbuch für Politik gibt es nur unwesentlich länger. Zum sechsten Mal waren wir auch als Dreierteam die Herausgeber und wollen die Tradition fortsetzen, dass das regionale Politikjahrbuch in und aus Kärnten sowohl einem Schwerpunkt verpflichtet ist als auch breit gefächert aktuelle Entwicklungen aus Politik, Wirtschaft und Arbeit sowie Sozialem und vielem mehr thematisiert.

In einem mindestens fünffachen Wahljahr – es fanden in Kärnten Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen sowie gleich allen Ländern die Arbeiterkammerwahl und die Wahl zum EU-ropäischen Parlament statt – war dabei ein Schwerpunktthema quasi vorgegeben. Folgerichtig bilden umfassende Analysen zu den genannten Wahlgängen den ersten Teil des heurigen Jahrbuchs. Ganz bewusst wird das Augenmerk allerdings nicht nur auf eine Wiedergabe des Verlaufs der Wahlkämpfe und die Darstellung der Ergebnisse gelegt, sondern es wird zusätzlich versucht, den Hintergrund des politischen Wettbewerbs von der Parteienförderung bis zur Rolle der Massenmedien auszuleuchten.

Einleitend und auch zusammenfassend geht es – ohne unmittelbaren Wahlzusammenhang, weil darüber hinausreichend und von der konkreten Verteilung der Parteistimmen relativ unabhängig – darum, ob Kärnten wirklich „anders" ist. Diese Frage sollte nicht im Sinn der politischen Kommunikation gestellt werden, nachdem das zwangsläufig je nach Standpunkt zu einer womöglich übertrieben positiven Selbstsicht des Regionalstolzes und/oder einer tatsächlich oder angeblich von Unverständnis geprägten sowie jedenfalls betont kritischen Außensicht führt. Wir haben den Versuch unternommen, objektiv und jenseits von Parteipräferenzen einen Vergleich der gesellschaftlichen Meinungen, Einstellungen und Werte von KärntnerInnen und der BürgerInnen aus anderen Bundesländern abzubilden. Wiederum schließt sich an dieser Stelle der Kreis zu den Medien, da das massenmediale Nutzungsverhalten für vergleichende Analysen einen zentralen Aspekt darstellt.

Politik und genau so politische Beteiligung sind jedoch natürlich viel mehr als bloß im Mehrjahresrhythmus einen Stimmzettel anzukreuzen und diesen in einen Bottich zu werfen, den wir Urne nennen. Umso wichtiger war

es, im Kärntner Jahrbuch zugleich Analysen über aktuelle Entwicklungen der Kärntner Politik und weitere Themen zu sammeln. Die Gemeinderatswahlen waren allerdings ein willkommener Anlass für den zweiten Schwerpunkt, nämlich die Betrachtung des Verwaltungs-, Informations- und Wissensmanagements, des Reformwillens und der interkommunalen Zusammenarbeit in den Gemeinden. Wenn allzu oft ein Negativimage der Politik beklagt wird – in Wahrheit ist die viel zitierte Politikverdrossenheit häufiger eine Parteien- und Politikerverdrossenheit –, verdienen die Gemeinden eine nähere Betrachtung, weil in ihnen am ehesten und am öftesten Politik als vor Ort tätig und unmittelbar den BürgerInnen dienend anerkannt wird.

Schließlich gibt es zusätzlich eine Reihe von Einzelbeiträgen zu einem breiten Themenspektrum. Jedes dieser Themen wäre eines gesonderten Schwerpunktes wert gewesen, weil sie unbestritten im Mittelpunkt des Jahres 2009 standen. Im Jahr der globalen Wirtschaftskrise stimmt das für die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens und die Situation auf dem Arbeitsmarkt sowieso, trifft in einer vernetzten Welt für die EU-Regionalpolitik trotz emotionaler Ferne der KärntnerInnen dazu ständig zu und gilt für die „Schweinegrippe" als neuerliches Beispiel des Wechsels von gesundheitlicher Sachpolitik, Informationsgesellschaft und manchmal medialer Hysterie.

Die traditionelle Chronik aller Ereignisse bildet traditionsgemäß den Abschluss des Kärntner Jahrbuchs für Politik 2009. Ungeachtet seines Namens sind in diesem Buch PolitikerInnen ungewöhnlich unwichtig und lediglich Objekt der Berichterstattung, sondern unser Dank gilt den treuen LeserInnen, den AutorInnen für die unentgeltlichen und dafür mit viel Fachwissen und Engagement verfassten Beiträge sowie der Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft für die Publikation.

Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Klagenfurt, im November 2009 Karl Hren

Peter Filzmaier/Flooh Perlot

Ticken KärntnerInnen anders?
Meinungen zu Österreich und EU-ropa

Ist Kärnten anders? Eher früher als später trifft man in innenpolitischen Diskussionen und Artikeln über das Bundesland auf die thesenhafte Vermutung, dass die Uhren dort anders gingen als im Rest von Österreich. Gemeint sind abweichende Denk- und Handlungsweisen zu öffentlichen Themen aller Art. In der Natur der Sache liegt, dass KärntnerInnen die Andersartigkeit in den unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen und Politikfeldern als großteils positiv interpretieren, in anderen Bundesländern bzw. in deren Sichtweise jedoch häufiger ein negativer Ton mitschwingt.

Die Kärntner Politik zieht daraus in ihrem Wettbewerb sogar über Parteigrenzen hinweg den kommunikationsstrategischen Nutzen, entsprechende Vorwürfe als ungerechtfertigte Einmischung von außen darzustellen und mit Ansprache des Regionalstolzes bzw. externen Feindbildern – die Bundesregierung in Wien, EU-ropäische Institutionen in Brüssel oder generell ein (behauptetes) Unverständnis und Unwissen vor allem von Medien jenseits der Landesgrenzen – eigene Positionen zu stärken. Umgekehrt werden insbesondere aus nichtkärntner Sicht abweichende Kärntner Meinungen als wenig verständliche und fragwürdige Eigenheiten des Denkens in Kärnten dargestellt. Geradezu typisch war ein Diskurs über eine bundesweite ORF-Kultursendung Anfang August 2009 mit der Fragestellung „Woran krankt die Kärntner Seele?", welche in einer politischen Presseaussendung als „skandalöse Kärnten-Beschimpfung" sowie „inakzeptable und bewusst manipulative Beleidigung aller Kärntnerinnen und Kärntner" bezeichnet wurde.[1]

Für die Andersartigkeit Kärntens werden in weiterer Folge oft – je nach Standpunkt positiv oder negativ gemeint – unterschiedliche Belege zitiert, von den klar nachvollziehbaren Wahlergebnissen bis zu komplexen und weniger deutlich in Zahlen fassbaren Themen wie der Minderheitenpolitik und dem Ortstafelkonflikt in deren Mittelpunkt. In einer Verlagerung der Fragestellung auf die mediale Ebene mit entsprechenden Strategieinteressen seitens politischer Parteien, Wirtschaftseinrichtungen, Kulturschaffenden usw. geht sowohl in als auch außerhalb Kärntens die Sachlichkeit der Fragestellung leicht verloren.

Formal scheint die Argumentation in (partei-)politischer Hinsicht einfach zu sein – nirgendwo sonst als in Kärnten gibt es mit zuletzt knapp 45 Prozent der Stimmen bzw. 17 von 36 Mandaten eine klare BZÖ-Mehrheit, das mit Stand Jahresende 2009 ansonsten in keinem Bundesland nach Überschreiten der Mindesthürde von vier oder fünf Prozent im Landtag überhaupt vertreten ist und auch auf Bundesebene eine Kleinpartei darstellt. Bundespolitisch spielt das Land Kärnten eine wesentliche Rolle, da es der mit Abstand größte Stimmenpool des BZÖ ist. Ohne Kärnten wäre dessen Einzug in den Nationalrat 2006 gescheitert (4,1 Prozent der Stimmen in ganz Österreich standen 24,9 Prozent an Stimmen in Kärnten gegenüber) und die Zugewinne 2008 nicht möglich gewesen (damals mit einem Stimmenanteil des BZÖ in Kärnten von 38,5 Prozent).

Sinngemäß gilt dasselbe für die Vorgängerpartei FPÖ, welche bislang nirgendwo außerhalb Kärntens auch nur die Hälfte des Ergebnisses von 2004 der damaligen FPÖ des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider erreichte. Genauso übrigens jenseits der Kärntner Landesgrenzen nicht mit Haider selbst als de facto-Spitzenkandidaten, der in den neunziger Jahren überregional fast alle Landtagswahlkämpfe der FPÖ bestritt.

Nirgendwo gibt es zudem in den acht Nicht-Kärnten-Bundesländern eine Partei, die früher über eine absolute Mehrheit verfügte und zuletzt im März 2009 weniger als 30 Prozent der Stimmen bekam. Das gilt für die Kärntner SPÖ, während ehemalige Alleinregierungsparteien überall sonst – etwa im Fall der ÖVP in Salzburg und Tirol – sogar nach großen Verlusten bei mindestens 35 bis 40 Prozent der Stimmen halten. Umgekehrt liegt die ÖVP in Kärnten mit zuletzt in Landtagswahlen 17 Prozent und vor fünf Jahren gar nur 11 Prozent der Stimmen so schlecht wie nirgendwo sonst. Bezogen auf die Parteipolitik ist Kärnten zudem insofern ein Sonderfall, als dass die ÖVP im Verlauf der Zweiten Republik ebenda niemals über den zweiten Platz hinauskam. Mit Ausnahme von Wien war sie zumindest zeitweilig in jedem Bundesland stärkste Partei. In Kärnten jedoch konnte sie die SPÖ nie überholen und fiel sogar seit 1989 auf den dritten Platz hinter die FPÖ und später das BZÖ zurück.

Nirgendwo bzw. mit Ausnahme des Burgenlandes nur in Kärnten sind gegenwärtig die Grünen mit einem Wahlergebnis von 2009 exakt fünf Prozent derart hauchdünn vom Verlust ihrer Mitgliedschaft im Landtag bedroht. Kärnten war bis 2004 das letzte Bundesland Österreichs, in dem die Partei über keinen Sitz im Landtag verfügte. Das lag vor allem am Wahlrecht, welches eine defacto 10-Prozent-Hürde für den Einzug in das Regionalparlament bedeutete. Diese zu überspringen gelang den Grünen erst 2004, rund 20 Jahre nach ihrem Einzug in den Nationalrat. Mittlerweile wurde das Wahlrecht reformiert, die Grünen konnten ihre Sitze 2009 trotz verringerter Mindestprozentklausel nur äußerst knapp verteidigen.

Ist Kärnten also anders? Politische Kultur ist mehr als Parteipolitik und/oder der bloße Vergleich von Wahlergebnissen. Abgesehen davon lassen sich punktuelle Einzigartigkeiten für jedes Bundesland – siehe etwa das Bürgerforum von Fritz Dinkhauser in Tirol mit zuletzt 18 Prozent der Stimmen, ohne sonstwo präsent zu sein – aufzeigen. Freilich ist in Kärnten auch die Parteienförderung von allen Bundesländern am höchsten, gibt es – neben dem Neuen Volksblatt in Oberösterreich – als Fast-Einmaligkeit mit der Kärntner Tageszeitung noch eine Parteizeitung, ist das Ortstafelthema und sind Minderheitenfragen mit allen Bundesländern nicht vergleichbar usw. Genauso ist nirgendwo kürzlich ein Landeshauptmann im Amt verstorben, vor allem jedoch dürften die zum Teil obskuren Verschwörungstheorien rund um den Tod Jörg Haiders eine weitere Einmaligkeit darstellen.

Unterscheiden sich die KärntnerInnen jedoch deshalb wirklich in ihrer politischen Sichtweise und Lebenswelt von den anderen ÖsterreicherInnen? Politische Kultur ist entgegen dem Alltagssprachgebrauch nicht der Stil der Auseinandersetzung von PolitikerInnen und Parteien, sondern in Wahrheit geht es um Meinungen, Einstellungen und Werte einer Gesellschaft (Filzmaier 2007, 73 ff.). Meinungen sind von der jeweiligen Situation abhängige Äußerungen, und daher sehr spontan und emotional. Dementsprechend häufig kommen Meinungswechsel vor. Typisch sind Ansichten zu eher aktuellen politischen Ereignissen, etwa für oder gegen den Bau des Koralmtunnels oder Tempo 100 auf Kärntner Autobahnen. So wichtig die jeweilige Frage im Moment erscheinen mag, wird dadurch bzw. entsprechendes Mehrheitsdenken im Regelfall nicht die politische Kultur des Landes Kärnten verändert. Die Demokratie hält es aus, ob eine Mehrheit von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen im Einzelfall von Verkehrsprojekten zustimmt oder sie ablehnt. Dasselbe gilt sogar für polarisierende bis radikale Auffassungen, dass etwa viel zu viele AusländerInnen in Österreich oder Kärnten leben würden und sofort abzuschieben wären. Die jeweilige Meinung führt normalerweise nicht dazu, dass das politische System in Frage gestellt wird.

Durch die laufende Veränderung von Meinungen sowie von der Politik enttäuschten Erwartungen kann es allerdings zu einem Einstellungswechsel kommen. Verstärkt sich zum Beispiel das Gefühl, dass „die da oben sowieso machen, was sie wollen“, wird womöglich die Wahlbeteiligung sinken. Wenn immer mehr KärntnerInnen glauben, dass „die Regierung sich nicht um einfache Menschen wie mich kümmert“, bewirkt das unabhängig von der Parteifarbe wahrscheinlich ein geringeres Vertrauen in politische Institutionen. Reagieren Kärntner Parteien darauf mit dem Versuch, solche Negativmeinungen ausschließlich auf die Bundesregierung anstatt der Landesregierung umzuleiten, so verstärkt sich die Kluft zwischen Kärnten und dem Rest Österreichs bzw. nehmen zumindest wechselweise

die Vorurteile zu. Denken zu viele, dass es „auf meine Meinung sowieso nicht ankommt", leidet die Zufriedenheit mit der Politik in Land und Bund gleichermaßen. Dadurch ist die Kärntner Demokratie noch nicht in Gefahr, sie verliert jedoch an Qualität.

Gefährlich wird es, wenn solche Einstellungen einen Wertewandel auslösen. Werte sind der grundsätzliche Maßstab politischen Handelns und im Regelfall sehr stabil. Ein Beispiel mit Kärntner Bezügen: Selbst Unverständnis und Ärger über ein Gerichtsurteil werden normalerweise nicht sofort zu einem völligen Vertrauensverlust in die Justiz führen. Doch ist die Anerkennung der politischen Unabhängigkeit von Richtern ein Grundwert jeder modernen Demokratie. Lehnt daher Kärnten oder dessen Vertreter Urteile des Höchstgerichtes über zweisprachige Ortstafeln ab und reagiert mit politischen Angriffen auf den Verfassungsgerichtshof – dieser wäre politisch beeinflusst –, so bedeutet das zugleich eine riskante Debatte über die Unabhängigkeit der Justiz als Wert.

Die Anerkennung der Menschenwürde oder von Freiheit und Gleichheit jedes Menschen sind gleichfalls Grundwerte. Dazu zählen außerdem Toleranz und vieles mehr. In Demokratien ist das meiste davon ausdrücklich oder zwischen den Zeilen in jeder Verfassung nachzulesen. Mit der Umsetzung im politischen Alltag haben rechtliche Minimalgarantien wenig zu tun. Politische Kultur ist daher die subjektive Dimension von Politik, wie ich etwas sehe oder sehen will. Nicht, wie etwas objektiv ist oder sein soll.

Abseits eines reinen Bauchgefühls versucht der folgende Artikel dazu eine wissenschaftliche Annährung basierend auf empirischen Daten. Anhand einiger Beispiele soll er die Frage klären, inwieweit ein realer Beleg für die These der Eigentümlichkeit Kärntens existiert. Die verwendeten Daten stammen großteils aus den internationalen Eurobarometer-Umfragen, die dankenswerterweise von Kollegen der Karmasin-Marktforschung aufbereitet und zur Verfügung gestellt wurden (Eurobarometer 2006–2008).

1. Politische Ausgangsbedingungen und Status Quo

Die KärntnerInnen erwiesen sich bei den vergangenen Wahlen als durchaus aktive BürgerInnen. Ein Einbruch der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen, wie er etwa in Wien, Tirol oder Vorarlberg nach 2000 mit nur noch 60 Prozent WählerInnen vorgekommen war, blieb in Kärnten aus. Der niedrigste Wert war 2004 78,6 Prozent. 2009 stieg er sogar wieder über 80 Prozent an, wobei das durch die Umstände nach dem Ableben des Landeshauptmannes einige Monate zuvor erklärt werden kann. Bei bundesweiten Wahlen bewegt sich die Wahlbeteiligung in etwa im österreichischen

Schnitt. Generell bedeutet die nach wie vor sehr hohe Zahl an abgegebenen Stimmen in Kärnten, dass erstens Wählen als staatsbürgerliche Pflicht offenbar gut in der Mentalität der Bevölkerung verankert ist und dass zweitens die Parteien erfolgreich mobilisieren können. Zu ergänzen freilich ist, dass die Wahlbeteiligung nur einen (kleinen) Indikator für politische Partizipation darstellt und diese anhand von laufenden Beteiligungsprozessen und nicht bloß im fünfjährigen Rhythmus zu messen ist. Auch kann die Wahlbeteiligung in Konfliktfällen steigen, wobei die Person Jörg Haiders generell sowie speziell die Emotionalisierung nach seinem Tod einen solchen Faktor darstellte. Dramatisch sinkende Wahlbeteiligungen in anderen Bundesländern, etwa in Vorarlberg, waren (auch) durch das weitgehende Fehlen solcher Konfliktfälle und Polarisierungen verursacht worden.

Ähnlich wie andere Bundesländer wird Kärnten medial neben dem ORF von einer Tageszeitung dominiert. Die *Kleine Zeitung* des Styria-Verlages ist im Bundesland der auflagen- und reichweitenstärkste Titel und liegt noch vor der Regionalausgabe der *Neuen Kronen Zeitung.* Anders als aber in den westlichen Bundesländern hat die *Kleine Zeitung* die Krone nicht klar distanziert, sondern liegt nur knapp 10 Prozentpunkte vor ihr (Media-Analyse 2008; gilt auch, sofern nicht anders angegeben, für die folgenden Mediendaten). Ihre Reichweite ist mit rund 56 Prozent – das entspricht rund 267.000 LeserInnen – dennoch beachtlich, über einen noch größeren Anteil am Lesermarkt eines Bundeslandes verfügen nur die *Vorarlberger Nachrichten* (mit rund 66 Prozent).

Neben *Kleine* und *Krone* gibt es keine wesentlichen dritten Akteure am Medienspielfeld Kärnten. Die *Kärntner Tageszeitung* kommt auf rund 10 Prozent Reichweite, überregionale Titel wie *Presse* und *Standard* erzielen jeweils rund 3,5 bzw. 3,3 Prozent und liegen damit in (Die Presse) bzw. unter (Der Standard) ihrem Österreichschnitt. Andere tagesaktuelle Blätter spielen keine Rolle. Bei den Wochenmagazinen dominieren wie in Österreich gesamt *Die ganze Woche* und *News,* beide kommen allerdings in Kärnten nur auf etwas mehr als 10 Prozent an Reichweite.

Im Vergleich zu Gesamt-Österreich (siehe Abb. 1) fällt auf, dass die *Kronen Zeitung* in Kärnten stärker ist als im restlichen Bundesgebiet. Der Unterschied bei der *Kleinen Zeitung* erklärt sich daraus, dass sie als Regionalmedium nur in der Steiermark und eben Kärnten präsent ist. Ähnliches gilt für die *Neue Kärntner Tageszeitung.* Insbesondere der *Kurier* ist regional deutlich schwächer als bundesweit, wobei sich dieser Wert mit anderen Bundesländern deckt. Eine Reichweite jenseits der vier Prozent erreicht die Zeitung nur in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Bei den Wochenzeitungen ist interessant zu beobachten, dass mit Ausnahme der *Ganzen Woche* alle übrigen politischen Magazine in Kärnten eine geringere Reichweite als im übrigen Österreich aufweisen.

Abbildung 1: Reichweite von Printmedien in Österreich und Kärnten im Vergleich

Zeitung	Reichweite Österreich	Reichweite Kärnten
Kronen Zeitung	41,9	46,7
Ganze Woche	13,5	13,4
News	12,0	10,4
Kleine Zeitung gesamt/ nur Kärnten	11,8	55,7
Kurier	8,9	1,0
Profil	5,7	4,8
Der Standard	5,5	3,3
Salzburger Nachrichten	3,7	0,8
Die Presse	3,4	3,5
Format	2,4	1,4
Falter	1,2	0,2
Neue Kärntner Tageszeitung	0,8	10,3

Angaben in Prozent. Bevölkerung ab 14 Jahren.
Quelle: Media-Analyse 2008.

Insgesamt zeigen KärntnerInnen eine große Nähe zu Printmedien. Die Tageszeitungsreichweite ist mit rund 87 Prozent um fast zehn Prozentpunkte höher als in allen anderen Bundesländern, den Österreichschnitt übertrifft sie um ganze 14 Prozentpunkte.

Ebenso deutlich populärer als im Rest von Österreich ist in Kärnten das Fernsehen. Die Reichweite von knapp 71 Prozent liegt rund acht Prozentpunkte über dem Wert für Gesamtösterreich. Der ORF ist das reichweitenstärkste Programm, ebenfalls mit Zuschauerwerten über dem Österreichschnitt. ORF 2 erreicht fast 50 Prozent der KärntnerInnen. Interessanterweise können sich aber auch deutsche Privatsender wie RTL, SAT1 oder PRO7 in Kärnten über mehr Zuspruch freuen als im Rest von Österreich. Alle genannten kommen auf über 20 Prozent Reichweite.

Eine klare Machtverteilung existiert auch beim Radio. Über rund 86 Prozent Reichweite verfügt dieses Medium in Kärnten generell, der ORF und insbesondere das Programm des Landesstudios sind dominant. Letzteres erreicht mit 43,5 Prozent die höchste Reichweite aller österreichischen Landesstudios, der ORF insgesamt rund 77 Prozent Reichweite (Radiotest 2009). Dieser Wert ist in Kärnten gesamt gesehen deutlich über der gesamtösterreichischen Entsprechung (siehe Abbildung 2). Entsprechend schwerer haben es die anderen Anbieter, wobei Antenne Kärnten mit einer Reichweite von fast 13 Prozent durchaus zu den stärksten regionalen Privatradios gehört.

Abbildung 2: Reichweite von Radiosendern in Österreich und Kärnten im Vergleich

Radiosender	Reichweite Österreich	Reichweite Kärnten
ORF gesamt	70,8	77,2
Andere Sender Inland	23,6	21,8
Andere Sender Ausland	4,6	3,2
Ö3	37,6	38,4
Ö2 gesamt/ Ö2 Radio Kärnten	34,6	43,5
Ö1	9,1	8,0
Krone Hit	6,8	5,2
FM4	3,7	3,6
Antenne Kärnten	0,9	12,9

Angaben in Prozent. Tagesreichweite Montag–Sonntag, Bevölkerung über 10 Jahre.

Quelle: Radiotest, 1. Halbjahr 2009.

Aufholbedarf hat Kärnten hingegen beim Internet. Die Nutzungsfrequenz des neuesten Massenmediums liegt deutlich unter jener in Österreich. Rund 47 Prozent haben – mit Stand 2008 – das Internet im letzten Monat überhaupt nicht verwendet. Österreichweit waren es nur knapp 40 Prozent (siehe Abb. 3). Nur ein Drittel der KärntnerInnen gibt an, das Internet gestern verwendet zu haben, in Österreich sind es deutlich über 40 Prozent. Auch bei der Nutzung innerhalb des vergangenen Monats setzt sich der

Abstand fort, auch hier liegt die Verwendung des Internet österreichweit rund sieben Prozentpunkte vor Kärnten. Inwieweit hier die technische Infrastruktur eine Rolle spielt – Stichwort Ausstattung mit Breitband-Verbindungen, v. a. außerhalb der Städte –, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, ein Zusammenhang erscheint aber plausibel.

Abbildung 3: Internetnutzung in Österreich und Kärnten im Vergleich

Internetnutzung	Österreich	Kärnten
Gestern	41,7	32,9
Letzte Woche	57,9	51,4
Letztes Monat	60,3	53,2
Nicht in den letzten vier Wochen	39,5	46,7

Angaben in Prozent. Bevölkerung ab 14 Jahren.
Quelle: Media-Analyse 2008.

2. Einstellungen der KärntnerInnen[2]

Verlässt man das unmittelbar parteipolitische und mediale Parkett, so lässt sich anhand unterschiedlicher Daten ein kärntnerisches Profil zeichnen, welches allerdings weit weniger deutlich als erwartet vom österreichischen Selbstverständnis abweicht. Was sich zeigt, ist eine offenbar stark ausgeprägte Verbundenheit mit dem Bundesland und allen regionalen Aspekten sowie eine mit der geographischen Distanz wachsende Skepsis gegenüber anderen Institutionen.

In der politischen Selbsteinschätzung verorten sich die KärntnerInnen großteils in der Mitte. Vergleicht man die bundesländerspezifischen Mittelwerte, so fällt auf, dass sich die Kärntner Bevölkerung etwas weiter rechts sieht als der Rest von Österreich (siehe Abb. 4). Nur die NiederösterreicherInnen bezeichnen sich als noch weiter rechts. In der Gesamtbevölkerung Österreichs existiert demgegenüber ein leichter, dem Wahlverhalten in Nationalratswahlen widersprechender Überhang von 30 Prozent zu 16 Prozent für eine eher linke Selbsteinschätzung. 31 Prozent ordnen sich der Mittelposition zu (siehe Eurobarometer 2005, 8).

Klammert man die Politik aus und fragt gesellschaftlich nach der persönlichen Lebenszufriedenheit, dann zeigt sich, dass die Kärntner Bevölkerung grundsätzlich zufrieden ist – und sie ist zufriedener als die Österrei-

Abbildung 4: Durchschnittswerte der politischen Selbstpositionierung nach Bundesland zwischen 1 (ganz links) und 10 (ganz rechts)

Burgenland	3,71
Vorarlberg	4,44
Wien	4,69
Salzburg	4,81
Tirol	4,95
Oberösterreich	4,96
Steiermark	5,05
Kärnten	**5,27**
Niederösterreich	5,33

Quelle: Filzmaier 2007, 74.

cherInnen generell. Fast 90 Prozent der KärntnerInnen geben an, sehr oder ziemlich mit ihrem Leben zufrieden zu sein. Nur rund 10 Prozent sind das nicht sehr oder überhaupt nicht. Österreichweit ist der letztgenannte Wert mit rund 15 Prozent deutlich höher.

Diese grundsätzliche Lebenszufriedenheit besteht auch unabhängig von anderen Faktoren wie Wirtschaftssituation oder der Lage am Arbeitsmarkt. Keinesfalls sind also KärntnerInnen als Gutverdiener und/oder mit gesicherter Stellung zwangsläufig subjektiv zufriedener. In beiden Fällen sind die KärntnerInnen nämlich sogar deutlich pessimistischer in ihrer Auffassung als der Rest von Österreich. Sehr gut wird die jeweilige Lage der Wirtschaft und der Beschäftigung nur von einer niedrigen einstelligen Prozentgruppe (3 bzw. 1 Prozent) gesehen. Die Negativmeinung überwiegt deutlich, besonders beim Thema Arbeitsplätze sind über die Hälfte der KärntnerInnen (55 Prozent) der Meinung, die Lage sei eher oder sehr schlecht (siehe Abb. 5).

Diese Zahlen, insbesondere hinsichtlich der kritischen Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage und den Perspektiven für Arbeitsplätze, decken sich mit den statistischen Angaben zu Kärnten generell. Das Bundesland hat mit rund 70 Prozent nach wie vor die niedrigste Erwerbsquote im Vergleich mit den anderen österreichischen Regionen; dabei sind Frauen noch deutlich weniger im Arbeitsleben vertreten als Männer. Die Arbeitslosenquote war Anfang 2009 nach Wien die zweithöchste in ganz Österreich (Statistik Austria 2009). Nichtsdestoweniger führt das jedoch in Kärnten zu keiner geringeren Lebenszufriedenheit. Anders gesagt: Die KärntnerInnen unterscheiden offenbar klar zwischen ihrem Leben insgesamt und ihren Erwar-

tungen an Wirtschaft und Arbeit. Letztere sind nicht zwingend eine entscheidende Einflussgröße auf die individuelle Zufriedenheit.

Abbildung 5: Lebenszufriedenheit und Beurteilung unterschiedlicher Lebensbereiche in Österreich und Kärnten im Vergleich

	Österreich		Kärnten	
	sehr/ziemlich zufrieden	nicht sehr/ überhaupt nicht zufrieden	sehr/ziemlich zufrieden	nicht sehr/ überhaupt nicht zufrieden
Leben insgesamt	83	16	89	11
Beurteilung der…	sehr/ eher gut	eher/sehr schlecht	sehr/ eher gut	eher/sehr schlecht
Situation der österr. Wirtschaft	75	23	58	37
Beschäftigungssituation in Österreich	58	40	44	55

Angaben in Prozent. Rest auf 100 keine Angabe bzw. Rundungsfehler.
Quelle: Kumulierte Eurobarometer-Daten 2006–2008.

Diese These lässt sich ebenso durch Daten über die Zukunftserwartungen untermauern: Der kommenden Entwicklung steht die Kärntner Bevölkerung zum überwiegenden Teil gelassen gegenüber, rund 70 Prozent erwarten sich – erhoben noch vor dem Höhepunkt möglicher Auswirkungen der Wirtschaftskrise – keine Veränderungen. Verbesserungen oder Verschlechterungen sieht nur eine Minderheit kommen (19 bzw. 7 Prozent), und diese Gruppen sind in Kärnten jeweils kleiner als die entsprechende Positionen vertretenden Gruppen in Österreich (siehe Abb. 6). Das spiegelt gemeinsam mit dem höheren Positivwert eine relativ hohe Zufriedenheit mit dem Ist-Stand wider.

Diese indifferente Erwartungshaltung betrifft auch die finanzielle Situation des eigenen Haushaltes der KärntnerInnen, konkret der Entwicklung des Haushaltseinkommens (70 Prozent erwarten in Kärnten keine Veränderung) und der persönlichen Berufssituation (67 Prozent geht davon aus,

dass die Situation gleich bleibe). Die Befürchtung einer privaten Budgetkrise in der Zukunft sind unterdurchschnittlich (9 Prozent), dasselbe gilt aber auch für die Hoffnung, dass sich eine positive Entwicklung einstellen könnte (19 Prozent). Verglichen mit dem Rest von Österreich sind nur geringe Abweichungen zu erkennen, teilweise ist der Pessimismus in Kärnten zugunsten einer Erwartung an Konstanz niedriger ausgeprägt.

Ein überdurchschnittlicher Pessimismus in Kärnten zeigt sich interessanterweise nur bei der Erwartung gegenüber der Weltwirtschaft. Hier glauben deutlich mehr KärntnerInnen als ÖsterreicherInnen, dass die Situation in den nächsten zwölf Monaten schlechter werden wird (67 zu 60 Prozent). Diametral dazu sind die Einstellungen beim Thema Umwelt. KärntnerInnen bewerten die ökologische Situation in Österreich deutlich positiver als der Rest der heimischen Bevölkerung. 22 Prozent erwarten sich eine Verbesserung der Lage (im Gegensatz zu 13 Prozent österreichweit), nur 16 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung (in ganz Österreich sind es 23 Prozent). Die mit Abstand größte Gruppe (59 Prozent) rechnet allerdings wiederum mit einer gleich bleibenden Umweltsituation in den nächsten zwölf Monaten.

Abbildung 6: Zukunftserwartungen in Österreich und Kärnten im Vergleich. Welche Erwartungen haben Sie für die nächsten 12 Monate an …

	Österreich			Kärnten		
	besser	schlechter	gleich bleiben	besser	schlechter	gleich bleiben
Ihr Leben im Allgemeinen	22	14	62	19	7	70
die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	21	16	60	19	9	70
Ihre persönliche Berufssituation	19	8	64	16	2	67
die Situation der Weltwirtschaft	12	60	22	8	67	20
die Situation der Umwelt in Österreich	13	23	62	22	16	59

Angaben in Prozent. Rest auf 100 Prozent keine Angabe bzw. Rundungsfehler.

Quelle: Kumulierte Eurobarometer-Daten 2006–2008.

3. Vertrauen

Die KärntnerInnen vertrauen – insgesamt betrachtet und ohne zwischen lokalen, regionalen und nationalen Stellen zu differenzieren – Institutionen und Einrichtungen fast durchwegs mehr als dies der Rest der ÖsterreicherInnen tut. Die Rangfolge deckt sich dabei mit internationalen Vertrauensdaten: Hilfsorganisationen wie Feuerwehr bzw. Rettung und Angehörige von helfenden Berufen oder der Polizei werden sehr geachtet, während beispielsweise Politiker mit großem Misstrauen konfrontiert werden (vgl. Readers Digest 2009).

Das mit Abstand meiste Vertrauen bringen die KärntnerInnen der Polizei entgegen. Rund 86 Prozent vertrauen ihr, nur 12 Prozent sind skeptisch eingestellt (siehe Abb. 7). Der Rest konnte oder wollte keine Angaben machen. Österreichweit genießt die Polizei mit 72 Prozent ein immer noch großes, aber doch deutlich geschmälertes Vertrauen. Am anderen Ende der Skala findet sich die NATO, der nur 26 Prozent in Kärnten eher vertrauen – 61 Prozent vertrauen ihr hingegen eher nicht (Rest weiß nicht). Die österreichische Bevölkerung zeigt sich zwar ebenso reserviert, doch halten sich die Skeptiker und Befürworter mit 40 zu 45 Prozent in etwa die Waage.

Zwischen diesen Extremen lassen sich unterschiedliche Gruppen an mehr oder weniger vertrauenswürdigen Personen und Institutionen ausmachen. Groß ist das Vertrauen gegenüber anscheinend unpolitischen Einrichtungen wie der Justiz und dem Militär. Jeweils rund drei Viertel der Kärntner Bevölkerung vertrauen ihnen, was in etwa der österreichischen Stimmungslage insgesamt entspricht. Massenmedien wie Fernsehen und Radio genießen ebenfalls ein sehr hohes Vertrauen von teils fast 80 Prozent in Kärnten, was den österreichischen Wert deutlich übertrifft. Bei Printmedien überwiegen ebenso die positiven Einstellungen. Sehr reserviert stehen die KärntnerInnen hingegen dem Internet gegenüber, dem mit rund 34 Prozent deutlich weniger vertrauen als im Rest von Österreich. Interessant ist, dass sich in der österreichischen Bevölkerung ein umgekehrtes Bild abzeichnet: Hier liegt das Internet deutlich besser, Fernsehen und Radio hingegen werden (auf hohem Niveau) etwas skeptischer gesehen. Zeitungen erreichen hier wie dort ähnliche Vertrauenswerte.

Politischen Gremien wie dem Nationalrat oder der Bundesregierung vertrauen zwar deutlich weniger Personen, dennoch erreichen sie in Kärnten wie in Österreich ein leicht positives Saldo. Rund 60 Prozent vertrauen diesen Institutionen in Kärnten, rund 30 Prozent hingegen nicht, der Rest wiederum machte die Angabe „weiß nicht". Österreichweit gibt es etwas mehr Skepsis, hier steht es rund 50 zu 40 Prozent bei etwa 10 Prozent Unentschlossenen.

Anders sieht es allerdings aus, wenn man das Vertrauen in Parteien abfragt. Hier klafft eine große Lücke zu den zuvor genannten Institutionen. Nur

Abbildung 7: Vertrauen zu Institutionen in Österreich und Kärnten im Vergleich

	Vertrauen in Prozent in Österreich	Vertrauen in Prozent in Kärnten
der Polizei	72	86
der Justiz/dem österr. Rechtssystem	74	75
dem Fernsehen	71	78
dem Radio	70	80
Verbraucherorganisationen	70	59
dem Bundesheer	69	72
Regionalen oder lokalen öffentlichen Behörden	67	68
der Presse im Allgemeinen/ Zeitungen/Zeitschriften	61	65
der UNO	57	44
dem österr. Nationalrat	53	61
den religiösen Institutionen	52	54
der österr. Bundesregierung	50	62
der Europäischen Union	43	47
dem Internet	42	34
der NATO	40	26
den Gewerkschaften	37	34
den politischen Parteien	32	31

Quelle: Kumulierte Eurobarometer-Daten 2006–2008.

etwa ein Drittel der KärntnerInnen vertraut politischen Parteien, dieser Wert liegt in etwa gleich niedrig wie im Rest von Österreich. Jeweils 60 Prozent vertrauen ihnen jedoch eher nicht, was der höchste Misstrauenswert der abgefragten Akteure ist. Mit anderen Worten gesagt: Die Parteien rangieren im neutralen Österreich unabhängig von der Parteifarbe auf einem Vertrauensniveau mit der Skepsis der militärischen Organisation NATO gegenüber.

Überwiegend negativ beurteilt wird in Kärnten auch die Gewerkschaft, was nur auf den ersten Blick überraschen dürfte und sich mit internationalen Vertrauensumfragen deckt. Rund ein Drittel der Kärntner Bevölkerung vertraut der Gewerkschaft, während rund 56 Prozent dies nicht tun.

Der Rest ist unentschlossen. Österreichweit ist das Misstrauen etwas geringer ausgeprägt, der Unterschied ist allerdings nicht auffällig. Mit vergleichsweise viel Vertrauen ausgestattet sind in Kärnten die regionalen Behörden (68 Prozent). Nur mittelmäßig hingegen sieht es hinsichtlich des Vertrauens zu religiösen Institutionen und Verbraucherorganisationen aus. Letzteren wird von der Gesamtbevölkerung zu mehr als zwei Drittel eher vertraut, in Kärnten liegt der Wert jedoch über 10 Prozentpunkte niedriger (und das Misstrauen ist entsprechend höher).

Der UNO stehen die KärntnerInnen in etwa ausgewogen gegenüber, d. h. ihr vertrauen ebenso viele wie ihr misstrauen. Interessant ist hier jedoch der Österreichvergleich: Die UNO ist in Österreich deutlich angesehener als in Kärnten, ihr vertrauen im ganzen Bundesgebiet 57 Prozent (und das bei 29 Prozent, die ihr eher nicht vertrauen). Die KärntnerInnen allerdings sprechen der UNO nur zu 44 Prozent das Vertrauen aus, 41 Prozent jedoch sind skeptisch – mit Ausnahme der NATO ist der Unterschied zwischen Österreich und Kärnten in Prozentpunkten bei keinem anderen Akteur dermaßen deutlich.

Gesamt betrachtet wertet die Kärntner Bevölkerung bei der Vertrauensfrage etwas weniger streng als der Rest von Österreich. Anders ausgedrückt: Die KärntnerInnen sind eher bereit, öffentlichen Institutionen Vertrauen entgegenzubringen und weniger skeptisch ihnen gegenüber. So bringt die Kärntner Bevölkerung sogar der von den Landesparteien oft kritisierten Bundesregierung und dem Nationalrat mehr Vertrauen entgegen, als dies der Rest von Österreich tut. Deutlich wird jedoch die kritische Stimmung internationalen Einrichtungen gegenüber.

4. Kärnten und EU-ropa

Die Wahl zum Europäischen Parlament 2009 konnte die KärntnerInnen nicht über die Maßen mobilisieren. Nur rund 36 Prozent nahmen an der Wahl teil, österreichweit waren es immerhin 46 Prozent gewesen.

Das BZÖ war, anders als bei den vorangegangenen Nationalrats- und Landtagswahlen, diesmal nicht stimmenstärkste Partei im Bundesland. Es erzielte zwar mit 21 Prozent erneut in Kärnten ein weitaus besseres Ergebnis als bundesweit (mit 4,6 Prozent), der Wert lag allerdings deutlich unter den Resultaten der Nationalratswahl 2008 (38,5 Prozent) oder gar der Landtagswahl 2009 (44,9 Prozent). Es belegte damit den zweiten Platz hinter der SPÖ und nur 386 Stimmen vor der ÖVP (siehe Abb. 8).

Der Trend unter den restlichen Parteien entsprach hingegen wieder dem Österreichergebnis, bei den Großparteien sogar auf rund ein Prozentpunkt genau. Die SPÖ verlor stark (von 36,3 auf 25,4 Prozent), die ÖVP und die

Grünen vergleichsweise wenig (von 22,3 auf 20,7 Prozent bzw. von 9 auf 7,5 Prozent). Allein die FPÖ konnte im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern und dem Österreichtrend nicht gewinnen, sondern büßte durch das Antreten des BZÖ massiv an Stimmen ein. Die Liste von Hans-Peter Martin kam mit 17,7 Prozent in Kärnten auf das exakt gleiche Ergebnis wie bundesweit.

Abbildung 8: Ergebnisse der EU-Parlamentswahl in Österreich und Kärnten im Vergleich

Partei	Österreich-Ergebnis		Kärnten-Ergebnis	
	absolute Stimmen	in Prozent	absolute Stimmen	in Prozent
ÖVP	858.921	30,0	33.062	20,7
SPÖ	680.041	23,7	40.442	25,4
Martin	506.092	17,7	28.235	17,7
FPÖ	364.207	12,7	10.704	6,7
Grüne	284.505	9,9	11.944	7,5
BZÖ	131.261	4,6	33.448	21,0

Quelle: Bundesministerium für Inneres.

Die EU als ebenfalls für die Eurobarometer-Daten abgefragte internationale Institution ist unabhängig von den abweichenden Wahlergebnissen interessanter- und durchaus überraschenderweise von der oben erwähnten überdurchschnittlichen Skepsis bei oberflächlicher Betrachtung nicht betroffen. Der EU vertrauen etwas mehr KärntnerInnen als ihr misstrauen, wobei sich die Werte vom gesamtösterreichischen Befund nicht wesentlich unterscheiden. Auffallend ist allerdings, dass in Kärnten ein leichter Überhang an EU-Vertrauen besteht, in Gesamtösterreich jedoch das Misstrauen überwiegt.

Das vermeintlich überraschende Resultat relativiert sich sehr schnell bei der Frage, ob die Mitgliedschaft Österreichs in der EU eine gute oder eine schlechte Sache sei. Liegt der Wert für „eine gute Sache“ bereits in Gesamtösterreich zuletzt mit 39 Prozent (Eurobarometer 2008, 2008) bekanntermaßen und im internationalen Vergleich der 27 Mitgliedsländer sehr niedrig, so unterbieten die KärntnerInnen dieses Ergebnis mit 31 Prozent nochmals klar. Was zudem auffällt ist die große Indifferenz – also die Zahl der Unentschlossenen zur EU-Mitgliedschaft –, die in Kärnten acht Prozentpunkte über dem Ergebnis in Österreich liegt. Bei der Negativbewertung hingegen existieren weniger Abweichungen.

Sehr ähnlich ist die Verteilung der Meinungen von BürgerInnen bei der Abfrage des Images der EU. Die österreichische Bevölkerung attestiert der EU nur zu knapp einem Drittel eine positive Außenwahrnehmung, in Kärnten schließt sich gar nur ein Viertel dieser Ansicht an. Das deckt sich mit den Zukunftserwartungen für und hinsichtlich der EU: Dass in EU-ropa die wirtschaftliche Situation gleich bleibt, erwartet fast die Hälfte der Kärntner Bevölkerung. Die Aussicht auf Verbesserungen oder Befürchtung von Verschlechterungen halten sich die Waage. Das Bild wandelt sich freilich bei der Frage nach dem Ist-Stand. Hier gehen die KärntnerInnen von einem deutlich negativeren Status der EU aus, was sich in die aus kärntnerischer Perspektive insgesamt kritische Sichtweise der wirtschaftlichen Umstände einreiht.

Deutliche Defizite gibt es in Kärnten bezüglich des Wissensstandes über EU-ropa. So beantwortet etwa ein Drittel der Kärntner Bevölkerung die Frage, ob die EU aktuell aus 15 Mitgliedsstaaten bestehe, mit „ja" – im Rest Österreichs glaubt das fälschlicherweise lediglich ein Viertel. Dass diese Aussage bzw. Mitgliederzahl falsch ist, erkennt pro-aktiv in Kärnten nur eine minimale Mehrheit von 52 Prozent, ansonsten sind es in Österreich beinahe zwei Drittel (64 Prozent). Noch deutlicher wird der Wissensunterschied zwischen dem südlichsten Bundesland und Österreich bei der Behauptung, dass die Ratspräsidentschaft alle sechs Monate von einem anderen Mitgliedsland übernommen wird. 80 Prozent der ÖsterreicherInnen bejahen das richtigerweise, jedoch nur 50 Prozent der KärntnerInnen stimmen zu.

Die Tatsache, dass Österreich im Verlauf der Umfragen und des Erhebungszeitraums 2006 die Ratspräsidentschaft innehatte, verdeutlicht dieses Dilemma des Nicht-Wissens nachdrücklich. Folgerichtig gaben auch nur 29 Prozent der Kärntner Bevölkerung an, von der Präsidentschaft Österreichs gehört zu haben (im Gegensatz zu 71 Prozent der Gesamtbevölkerung; Eurobarometer 2005, 16). Hoch ist bei beiden Wissensfragen auch die Zahl der Antwortverweigerungen in Kärnten. Geht es um die Aufnahme von neuen Mitgliedsstaaten in die EU, dann herrscht ein analoges Bild: Zwei Drittel lehnen einen derartigen Schritt ab, die ohnehin geringe Zustimmung für EU-Erweiterungen ist in Kärnten mit 19 Prozent noch einmal deutlich niedriger als im Rest Österreichs.

5. Fazit

Die Antwort auf die eingangs formulierte Frage nach dem Anders-Sein von Kärnten und abweichenden Meinungen, Einstellungen und Werten der Kärntner Bevölkerung muss letzten Endes gemischt ausfallen. Ja, es gibt Unterschiede, und ja, es gibt viele Parallelen und mit Österreich deckungs-

gleiche Einstellungen. Kärntner Eigenheiten lassen sich somit auf einzelne Aspekte reduzieren. Folgende Trends der gesellschaftlichen und politischen Kultur sind in Kärnten auffallend:

- Ungeachtet des Regionalstolzes in allen Bundesländern zeichnet die KärntnerInnen offensichtlich eine noch stärker ausgeprägte Verbundenheit mit der Region und allen der persönlichen Lebenswelt – vor allem auch geographisch – nahen Institutionen aus. Was immer in Kärnten-Bezug steht, dem wird ein hoher Vertrauensvorschuss entgegen gebracht. Dieser an sich positive, weil identitätstiftende Trend führt umgekehrt allerdings in weiterer Folge zu einer im Vergleich zum Rest von Österreich mehrheitlich eher unkritischen Grundhaltung – nicht zuletzt auch gegenüber regionalen Autoritäten.
- Das gilt trotz vieler Polarisierungen im Kärntner Wahljahr 2009 insbesondere für die Mediennutzung. Die hohe Reichweite von klassischen Massenmedien und das gleichzeitig hohe Vertrauen ihnen gegenüber zeigen einen tendenziell unkritischen Zugang zu deren Berichterstattung. Gleichzeitig sind die KärntnerInnen gegenüber Neuerungen zurückhaltend, das Internet als neues Medium hat weniger Akzeptanz. Hier dürften der immer noch in manchen Regionen nur teilweise erfasste Charakter des Netzes sowie grundlegende Vertrauensprobleme mit Internet-Aktivitäten zusammenspielen.
- Die Skepsis der Bevölkerung gegenüber politischen Akteuren entspricht einem nationalen und internationalen Trend, steigt aber aus Kärntner Sicht mit der Distanz zum Bundesland besonders. Die EU wird noch kritischer gesehen als im Rest von Österreich, internationalen Organisationen wie der UNO und der NATO – bei der es aufgrund des militärischen Charakters leichter zu erklären ist – wird misstraut. Die eigene Lebenssituation vor Ort wird analog dazu durchaus positiv gesehen, die Entwicklung in EU-ropa hingegen mit Vorsicht beäugt. Regionale bzw. geographische Nähe ist demnach ein Kriterium für Sympathie und Vertrauen in Kärnten. Internationale Organisationen wirken offenbar suspekt, wobei auch Wissensdefizite vermutet werden können. Zwar tragen überall Nähe und Greifbarkeit von Institutionen per se zu deren positiverer Bewertung bei, doch ist der Unterschied zu den gesamtösterreichischen Daten auffällig.

Schließlich gibt es in Kärnten eine sehr starke Schere zwischen der individuellen Zufriedenheit und der Einschätzung der allgemeinen Wirtschafts- und Arbeitslage. Obwohl letztere für Österreich und Kärnten gleichermaßen pessimistisch gesehen werden, bleibt die persönliche Lebenszufriedenheit der KärntnerInnen einstweilen hoch. Vor dem Hintergrund der in den Absätzen zuvor skizzierten Trends zeigt sich dadurch eine weitere Kärntner Eigenheit: Die Bereitschaft zur kritischen Selbstreflexion regiona-

ler Entwicklungen steht oft in Konflikt mit dem eingangs erwähnten Regionalstolz, weil jedwede Kritikbereitschaft insofern begrenzt ist, als das Argument, anderswo wäre etwas besser, ungern anerkannt wird. Vor allem Parteien im politischen Wettbewerb knüpfen daran an.

Anmerkungen

1 So der aus Kärnten stammende BZÖ-Generalsekretär Martin Strutz am Folgetag des ORF-Kulturmontags am 3. August, verfügbar unter http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090804_OTS0062, 4. 8. 2008.

2 Falls nicht anders angegeben, stammen die Daten aus den kumulierten Ergebnissen der Eurobarometer-Umfragen September 2006 bis Oktober 2008, n = 5.045 (für ganz Österreich) bzw. 349 (für Kärnten), maximale Schwankungsbreite plusminus 1,4 bzw. 5,4.

Literatur

Europäische Kommission: Eurobarometer 70/2008, verfügbar unter http://ec.europa.eu/public_opinion/standard_en.htm, 4. 8. 2009.

Europäische Kommission: Eurobarometer 64/2005, verfügbar unter http://ec.europa.eu/public_opinion/standard_en.htm, 4. 8. 2009.

Europäische Kommission: Eurobarometer September 2006, April 2007, September 2007, März 2008, Oktober 2008 (kumulierte Daten für Österreich und Kärnten nach Karmasin-Marktforschung).

Filzmaier, Peter: Politik und Politische Bildung, Wien 2007.

GfK Österreich: Radiotest 1. Halbjahr 2009, verfügbar unter http://www.rms-austria.at, 4. 8. 2009.

Media-Analyse 2008, verfügbar unter http://www.media-analyse.at, 4. 8. 2009.

Readers Digest: European Trusted Brands 2009, verfügbar unter http://www.rdtrustedbrands.com/, 4. 8. 2009.

Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik. 1. Quartal 2009. Wien 2009.

Peter Plaikner

Im Wettbewerb der größten Kleinstformate

Die Kärntner Landtagswahl aus der Perspektive von *Kleine Zeitung* und *Kronen Zeitung*

Die Kleinsten sind die Größten. Besonders in Kärnten. Das gilt nicht nur für die Mehrheitspartei BZÖ, das es in allen anderen Bundesländern kaum über die Wahrnehmbarkeitsschwelle schafft. Österreichs auflagenstärkste Tagblätter, die *Krone* und die *Kleine,* erreichen in keiner anderen Region mit eigener Konkurrenzzeitung höhere Leserquoten als hier.

So wie die österreichischen Großformate im internationalen Vergleich auch inhaltlich bloß mittel sind, wirken die beiden Reichweitenriesen global und formal betrachtet sogar als Kleinstformate. Mit der daraus resultierenden Unterschätzung können diese Mini-*Tabloids* prächtig leben. Die *Krone* hat die vierthöchste Auflage aller europäischen Tageszeitungen, die *Kleine* ist trotz Beschränkung auf nur zwei Bundesländer die Nummer zwei in Österreich; deutlich vor bundesweit erscheinenden Titeln wie *Österreich, Kurier, Standard* und *Presse.*

Doch nirgends ist der Wettbewerb um die Marktführung intensiver als in Kärnten – obwohl hier die *Krone* im Gegensatz zur Steiermark noch nie vor der *Kleinen* lag. Die heftige Konkurrenz resultiert aus einer Verlags- und Vermarktungsgemeinschaft des in Wien beheimateten Blattes mit der *Neuen Kärntner Tageszeitung (KTZ).* Im Duo versuchen sie die Marktführung der letztlich aus Graz gesteuerten *Kleinen* zu brechen. Besonders pikant wird dieses Duell dadurch, dass die Redaktion der *KTZ* zum Einflussbereich der SPÖ gehört.

Die erste Landtagswahl nach dem Tod Jörg Haiders steht nicht nur unter dem Eindruck einer Neupositionierung der Parteien. Auch die Medien müssen sich ohne die lange dominierende politische Figur anders abgrenzen. Dieser Beitrag beleuchtet den entsprechenden Wettbewerb von *Kleine Zeitung* und *Kronen Zeitung* anhand der Woche vor und den drei Tagen nach der Wahl.[1]

Auf den ORF wird hier wegen seiner öffentlich-rechtlichen Verfassung nicht eingegangen. Der Bezug auf die *Kärntner Woche* fehlt, weil sie kein

Tagesmedium ist, jener auf die KTZ, weil sie im Wahlkampf mehr als sonst Parteizeitung sein muss.

Fastenzeit im Faschingsland

Ausgerechnet am Faschingssonntag lädt nicht nur der ORF die fünf Spitzenkandidaten zur TV-Diskussion, auch die *Kleine Zeitung* präsentiert ihre Sonderbeilage „Kärnten wählt" mit der Aufforderung zum „Farbe bekennen". Das mag Außenstehende verwundern und Vorurteile über dieses Land noch verstärken. Doch Wahlkampf in der Karnevalssaison hat in der Faschingshochburg Tradition. Seit 1989, dem Start von Jörg Haiders erster Periode als Landeshauptmann, ist das alle fünf Jahre so. Und ganz Österreich schaut zu. Der Villacher Fasching steht unangefochten an der Spitze der meistgesehenen Fernsehsendungen. Auch 2004, als es zwar nicht mehr die gewohnten mehr als zwei Millionen Zuschauer gibt. Aber – immerhin: Auch 1,9 Millionen reichen damals für die Nummer eins.

Am Rosenmontag 2009 zitiert die *Kleine* den FPÖ-Listenführer Mario Canori zum Auftakt ihrer Reihe von Reportagen plus Interviews mit den jeweiligen Spitzenkandidaten: Doch der blaue Eindruck „Der Wahlkampf ist zu kurz" wird konterkariert durch die Schlagzeile zum vortägigen TV-Schlagabtausch: Mit „Kärnten braucht Budget-Inspektor" macht da eine Aussage des Grünen Rolf Holub das Rennen, der drei Monate später durchaus vertuschend eine Etat-Belastung mitbeschließt. Die *Krone* widmet unterdessen ein großes „Kärnten inoffiziell" vor allem der ORF-Diskussion vom Vortag und einem Artikel der *Zeit* von der Vorwoche.

Am Faschingsdienstag reduziert die *Krone* diesen Aufwand auf weniger als die Hälfte, während die *Kleine* ihr Konzept durchzieht: Eine Doppelseite pro Tag, ein Viertel für Allfälliges, der Rest als Kandidatenbegleitung. Diesmal ist Rolf Holub dran. Der Grüne behauptet: „Kaufen lass' ich mich nicht". Auffallend: Während in der *Krone* Waltraud Dengel ihr Kolumnenformat „Kärnten inoffiziell" nutzt, um die Grenzen zwischen Berichtung und Meinung aufzuheben, enthält sich die *Kleine* strikt jeden Kommentars.

Das bleibt auch am Aschermittwoch so, als Josef Martinz an die Reihe kommt. „Koalition statt Gegengeschäft" lautet der Titel des Interviews mit dem ÖVP-Spitzenkandidaten. „Blaue spielen Spaltpilz bei den Orangen" schlagzeilt dagegen die zusätzliche Doppelseite von Antonia Gössinger für die Gesamtausgabe der Kleinen Zeitung. Die Krone lässt unterdessen die Parteichefs das Wahlergebnis tippen. Zur Erinnerung:

Tabelle 1: **Die Wahltipps der Spitzenkandidaten**

Wahltipps	**BZÖ**	**SPÖ**	**ÖVP**	**Grüne**	**FPÖ**
Dörfler	40,9	33,7	12,4	6,2	5,1
Rohr	38	40	11	6	5
Martinz	35	32	16	6	6
Holub	35	35	13	8,5	5,5
Canori	36	34	11	7	12
Ergebnis	44,9	28,7	16,8	5,1	3,8

Alle unterschätzen das BZÖ und überschätzen SPÖ, Grüne und FPÖ. Die beste Selbsteinschätzung zeigt Josef Martinz, der seinen Prozentsatz vor dem Komma errät.

Quelle: *Kronen Zeitung,* Kärntner Krone, 25. 2. 2009, Nr. 17.537, Seiten 12, 13.

Chefredakteur Hannes Mößlacher fordert im Kommentar „Schluss mit lustig", statt der ständigen Berufung auf Jörg Haider endlich Zukunftsthemen zu präsentieren. Dazu gibt's noch ein Wahltagebuch.

Tags darauf variiert die *Krone* den ÖVP-Tipp vom Vortag. Über dem Titel „Kärntner ÖVP will auf die ‚Aufpasser aufpassen'!" steht nämlich die Dachzeile: „Parteichef Martinz rechnet mit etwa 15 Prozent". Für die *Kleine* kommentiert unterdessen Chefredakteur Reinhold Dottolo unter „Maßlos", dass das BZÖ endlich aufhören solle, unter dem Deckmantel offizieller Regierungsinformation Parteiwerbung zu betreiben. Anlass ist „eine 48seitige Hochglanz-Broschüre samt Film-DVD, die gestern gemeinsam mit der *Kärntner Woche* an rund 200.000 Haushalte verschickt wurde". Daneben wirkt die Begleitung von SPÖ-Chef Reinhart Rohr wie *business as usual:* „Keine halbe Schwangerschaft" steht über dem Interview mit dem SP-Chef. Er meint damit das Verhältnis von BZÖ und ÖVP.

„Schläge einstecken und austeilen" prangt indessen am Freitag über dem Interview mit Gerhard Dörfler. Der orange Spitzenkandidat beendet den Reigen der personalisierten Wahlkampfbegleitung in der *Kleinen.* Während die *Krone* sich wieder auf ein „Kärnten inoffiziell" beschränkt und dort mit der Kritik an der BZÖ-Hochglanzbroschüre nachzieht, weitet die *Kleine* ihre Wahlberichterstattung aus: Für die Gesamtauflage gibt es auch noch „Die Chance des ‚Notnagels' Rohr", und Adolf Winkler kommentiert unter dem Titel „Spuk" den ausufernden Plakat-Wettbewerb der Parteien.

Am Samstag schließlich schafft es die „Qual der Wahl" Format füllend auf das Titelblatt der *Kleinen* und Reinhold Dottolo schreibt den Leitartikel für die Gesamtauflage: „Kärnten und Salzburg stellen Weichen für das ‚dritte Lager'". Zum Auftakt des Regionalteils geißelt Antonia Gössinger dann

noch einmal in einem Kommentar unter dem Titel „Gegenwehr“ die Gleichschaltung von Regierungsagenden mit Parteiinteressen durch das BZÖ. Es folgen sechs Seiten mit letzten Nachrichten, aber vor allem als Service zum Super-Wahlsonntag auf Landes- und Gemeindeebene („Wahlkarten vervierfacht“) – bzw. Entscheidungshilfe: „Die größten Aufreger in den Regionen“. Für die *Krone* dagegen ist das Ganze weiterhin ein Regionalthema: Neben einem Streit um eine angeblich gefälschte Unterstützungsunterschrift für das BZÖ geht es um den „Wahlkampf bis Samstag 23 Uhr“ und das „Zittern wegen der Wahlkarten“.

Erst am Sonntag titelt dann auch die *Krone* als *Headline* auf Seite 1: „Kärnten wählt heute dreifach!“ Da fragt sich Dieter Kindermann österreichweit in einem Kurzkommentar „Alles paletti?“. Doch die Aufmachung der Seiten 2 und 3 muss sich Kärnten mit Salzburg teilen, und der Rest der Zeitung ist dann bis auf die Service-Seite „Der Tag, den Politiker fürchten: heute haben Wähler das Sagen“ zumindest redaktionell wahlfrei. Ganz anders die *Kleine.* Ihre Schlagzeile „Die Kugel rollt“ gehört zur nahezu *Cover* füllenden Karikatur der fünf Spitzenkandidaten. In der Gesamtauflage gibt es nach einer Seite über „Die erste Wahl ohne Jörg Haider“ noch zwölf prominente Antworten zur Aufforderung: „Erklär’ mir Kärnten!“. Im Regionalteil selbst dann Zurückhaltung – nur ein Quiz: Wie fit sind Sie für die Wahl?

Die Anzeigenabteilungen von *Kleine* und *Krone* sind auf jeden Fall in Topform: Was die in Umfang und Aufmachung doch sehr verschiedene Wahlberichterstattung kaum vermuten lässt, geschieht nämlich jenseits der Demarkationslinie zur Redaktion: Die beiden Blätter rücken beim Inseratenaufkommen noch enger zusammen, als sie es durch die Reichweite ohnehin sind. Von Fasten keine Spur: Die Tage nach dem Faschingsende lassen die Kassen noch mehr klingeln als zuvor. Fast 70 Seiten landespolitische Werbung landen in der letzten Woche vor der Wahl allein in den beiden größten kleinen Tagblättern. Einschaltungen zu den kommunalen Urnengängen, für die sich insbesondere Villacher und Klagenfurter Bewerber mitunter auch die landesweite Zeitungsbühne leisten, sind da noch gar nicht mitgerechnet.

Wohl aber jene Anzeigen, die sich als Informationen der Landesregierung tarnen, aber lediglich zur Präsentation des Parteikandidaten dienen. Dies gilt insbesondere für Gerhard Dörfler und Uwe Scheuch vom BZÖ, die diese Mittel nahezu permanent unverfroren zur Selbstbewerbung einsetzen (übrigens deutlich mehr in der *Krone,* deren Redaktion diese Vorgangsweise auch wesentlich weniger kritisiert …). Ganz keusch bleibt in dieser Hinsicht aber auch nicht die SPÖ. Lediglich die ÖVP leistet sich im Beobachtungszeitraum zumindest in *Krone* und *Kleine* keinen solchen Ausrutscher.

Tabellen 2 und 3: **Redaktionelle Landespolitikberichterstattung sowie Partei- und Regierungsinserate**

Kleine Zeitung		Redaktion	Inserate						
			BZÖ	BZ-Reg.	**SPÖ**	SP-Reg.	**ÖVP**	**Grüne**	**FPÖ**
MO	23. 2.	2		1,5	0,5		0,75		0,45
DI	24. 2.	2	0,5	3	0,7		0,25	0,2	0,35
MI	25. 2.	4		1,5	1,45		0,5		1,45
DO	26. 2.	2	2	2	0,7	0,5	0,5		0,75
FR	27. 2.	4,5	1,5	2	0,7		0,5		1,85
SA	28. 2.	5,5	0,5	1	0,2	0,25	1	0,2	1,5
SO	1. 3.	5	1	0,5	0,2		1,25	0,25	0,1
Summen (zirka)		**25,0**	5,5	11,5	4,5	0,8	**ÖVP**	**Grüne**	**FPÖ**
Politikinserate		**34,3**	**BZÖ** 17		**SPÖ** 5,3		4,8	0,7	6,5

Kronen Zeitung		Redaktion	Inserate						
			BZÖ	BZ-Reg.	**SPÖ**	SP-Reg.	**ÖVP**	**Grüne**	**FPÖ**
MO	23. 2.	1,5		2	0,2				0,25
DI	24. 2.	0,66		2	1				
MI	25. 2.	2		2,5	0,1		0,25		
DO	26. 2.	0,25	1	2,5	1		0,125		1,25
FR	27. 2.	0,66	1,25	2,5	0,1		0,25		1,25
SA	28. 2.	1,5	0,75	3	2		1,25		1
SO	1. 3.	2	1	3	1	1	1		0,33
Summen (zirka)		**8,6**	4,0	17,5	5,4	1,0	**ÖVP**	**Grüne**	**FPÖ**
Politikinserate		**34,9**	**BZÖ** 21,5		**SPÖ** 6,4		2,9	0,0	4,1

Im Beobachtungszeitraum 23. Februar bis 1. März 2009 werden allein mit landespolitischem Hintergrund (Anzeigen zu Kommunalwahlen nicht mitgerechnet) rund 34,3 Seiten Inserate in der Kleinen Zeitung *und 34,9 in der* Kronen Zeitung *geschaltet. Für den Löwenanteil – insgesamt 38,5 Seiten – sorgt das BZÖ, das wiederum 29 Seiten davon als Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung (BZ-Reg.) deklariert. BZÖ und SPÖ schalten übrigens mehr in der* Krone, *FPÖ, ÖVP und Grüne mehr in der* Kleinen *(Letztgenannte ausschließlich dort). Auffallend auch, dass die Freiheitlichen mehr Inserate platzieren als die Volkspartei. Der redaktionelle Aufwand zur Wahl kann mit diesem Werbungs-*Overkill *in beiden Blättern nicht mithalten. Die* Kleine *füllt allerdings in der Woche vor der Wahl dreimal so viele Seiten mit diesem Thema wie die* Krone.

Quellen: *Kleine Zeitung* Kärnten, Ausgabe Klagenfurt, 23. Februar bis 1. März 2009, Nr. 54 bis Nr. 60; *Kronen Zeitung,* Kärntner Krone, 23. Februar bis 1. März 2009, Nr. 17.535 bis Nr. 17.541; eigene Berechnungen.

In dieser Materialschlacht geht nahezu unter, in welchem Bereich das Außenbild Kärntens die heftigste Einbuße hinnehmen muss: Am Vorabend zur Fastenzeit bringt es der Villacher Fasching auf lediglich 1,33 Millionen Zuschauer. Der einst unangefochtene Quotenkönig landet damit sogar nur auf Platz zwei der Tageswertung – hinter der Normalität der neun *Bundesland heute*-Sendungen. Nichts ist mehr, wie es einmal war. Nur 46 Prozent Marktanteil! So tief wie nie zuvor. Kärnten ist sogar am Faschingsdienstag nicht mehr mehrheitsfähig.

Nach der Wahl ist vor der Kür

Aber das BZÖ: „Letzter Sieg für Jörg Haider" titelt am Montag nach der Wahl die *Krone* über das jubelnde Triumvirat Gerhard Dörfler, Uwe Scheuch und Harald Dobernig – und verweist auf 24 Seiten Wahl-Journal. „Von der Trauer zum Triumph" bemüht die *Kleine* die Kehrseite der Medaille und zeigt Landeshauptmann samt Haider-Witwe Claudia in tiefer Betroffenheit – samt Hinweis auf 56 Seiten Wahl-Spezial. Reinhold Dottolo leitartikelt „Danke, Jörg! Kärnten bekannte sich zum Nachlass eines Toten", glaubt, dass nun ein sehr selbstbewusstes BZÖ die mögliche Vereinigung des dritten Lagers in Österreich mitbestimme, hofft aber im letzten Satz: „Bei den nächsten Landtagswahlen, planmäßig 2014, wird ihnen ihr gestriger Wahlhelfer wohl nicht mehr zur Seite stehen." Nicht ganz so gemeint, aber in der Wirkung ähnlich meint *Cato* höchstpersönlich (= Herausgeber Hans Dichand) auf Seite 3 seiner *Kronen Zeitung*, „dass sich der Einfluss auf das Ergebnis in Kärnten durch den sprichwörtlich gewordenen Satz: ‚Der Jörg wird unersetzbar bleiben!' bewahrheitet hat." Da kann sein Kärntner Chefredakteur Hannes Mößlacher im Leitartikel der Sonderbeilage eigentlich nur noch sekundieren, wagt aber unter „Kärnten ist und bleibt anders …" fast den Widerspruch zum *Alten* in der Wiener Muthgasse: „Den Wahlerfolg des BZÖ beim ersten Urnengang ‚nach Haider' aber ausschließlich der Verehrung des Bärentalers zuzuschreiben, wäre jedoch nicht ganz gerecht. Dieser durchschlagende Erfolg gehört auch seinen Erben."

Während die *Krone* sich am Dienstag mit vier Seiten Nachwahlberichterstattung mit der Schlagzeile „Auf die neue Regierung warten jede Menge Probleme!" begnügt, versucht es die *Kleine* weiterhin mit Opulenz: noch ein Wahl-Spezial, diesmal mit 28 Seiten zum Leitthema „Was Kärnten nach der Wahl erwartet". Aus Wien leitartikelt dazu Eva Weissenberger (auch angesichts von Salzburg und vor allem zum Bund): „Es bleibt nur der steinige Weg: Die SPÖ muss Politik machen".

Am Mittwoch, 4. März, endlich ist die Wahl für die Medien vorbei: „Die Grünen sind doch im Landtag" verkündet die *Kleine* die Briefwahlkorrek-

Tabelle 4: **Reichweitenentwicklung Tageszeitungen in Kärnten**

Stimmenanteil in %	09	04	99	94	89	84	79	75	70	65	60	56	53	49	45
Kärntner Landtag: Alle Wahlen seit 1945															
BZÖ	44,9														
FPÖ	3,8	42,4	42,1	33,3	29,0	16,0	11,7	11,8	12,1	13,4	14,9	15,7	16,9	20,6	
SPÖ	28,7	38,4	32,9	37,4	46,0	51,6	53,9	51,4	53,1	49,3	48,5	48,1	48,2	40,8	48,8
ÖVP	16,8	11,6	20,7	23,8	21,0	28,3	31,9	32,4	32,5	32,9	33,3	32,7	28,5	31,9	39,7
Grüne	5,1	6,7		1,9	3,3	1,1									
KPÖ	0,5	0,6	0,4			0,8	1,0	2,0	2,3	2,8	3,0	3,1	4,1	4,0	8,1
Rest	0,2	0,3	3,9	3,6	0,7	2,2	1,5	2,4	0	1,6	0,3	0,4	2,3	2,7	3,4

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung.

Landtagswahlen in der Zweiten Republik.

tur des vorläufigen Rauswurfs vom Sonntag abend und präsentiert den neuen orangen Landesrat Christian Ragger. „Die Regierung soll vor Ostern stehen" ist ein weiterer Titel der immerhin noch sechs Seiten zu „Kärnten wählte". Die *Krone* hat das gleiche inhaltliche Programm: Grüne, Ragger und – ein ganzseitiges Interview von Hannes Mößlacher mit Gerhard Dörfler.

Der Landeshauptmann ist tot. Es lebe der Landeshauptmann!

Die Leser der Zeitungen sind die Wähler der Parteien

Nicht nur Nicht-Österreicher unterliegen der Versuchung, *Krone* und *Kleine* aufgrund ihrer ähnlichen Größe in die gleiche Zeitungsschublade zu stecken. Doch der Unterschied ist deutlich größer, als die Satzspiegel von 196 x 265 bzw. 200 x 275 mm vermuten lassen. Denn nicht nur hier liegt das zweitstärkste Tagblatt Österreichs plötzlich vor der vermeintlich unschlagbaren globalen Nr. 45 (laut Auflage). Die *Kleine* ist dort, wo sie ihren Markt hat und sieht, in allen Belangen vor der *Krone* – in der Steiermark und Kärnten. Ihre verbreitete Auflage (2008 knapp 300.000) verteilt sich nahezu exakt im Verhältnis von 2 : 1 zwischen den beiden Bundesländern. Doch anders als in der Steiermark, wo Anfang der 1990er-Jahre die *Krone* mehr Leser hat, bleibt die Führungsposition der *Kleinen* in Kärnten ungebrochen. Auch die gesamte Haider-Ära hin-

Tabelle 5: **Reichweitenentwicklung Tageszeitungen in Kärnten**

Reichweite 14+ in %	**08**	**07**	**06**	**05**	**04**	**03**	**02**	**01**	**00**	**99**	**98**	**97**	**96**	**95**	**94**	**93**	**92**	**90**
Kleine Zeitung																		
Kärnten	55,7	55,1	55,0	56,0	56,3	57,8	58,0	58,0	59,5	61,8								
Kärnten (mit Osttirol)	54,2	53,6	53,6	54,5	53,4	54,9	55,4	55,0	55,9	58,1	56,6	54,5	55,9	53,9	53,8	51,6	55,6	47,4
Kronen Zeitung																		
Kärnten	46,7	42,2	50,5	50,5	50,9	49,7	50,7	54,2	53,3	51,2								
Kärnten (mit Osttirol)	46,1	42,1	49,7	48,8	50,0	48,2	50,0	53,1	53,1	50,7	51,7	47,2	44,7	42,7	44,7	48,2	44,7	41,3
KTZ																		
Kärnten	10,3	11,1	14,8	15,0	17,7	16,0	17,1	15,0	15,8	14,3								
Kärnten (mit Osttirol)	9,6	10,7	13,7	14,0	16,3	14,7	15,6	13,7	14,4	13,3	15,1	14,0	16,0	15,9	15,3	15,6	19,0	20,8

Entwicklung der Reichweiten in Kärnten laut Media-Analyse (MA) Österreich für die angegebenen Jahre. Gewählt wurde der Zeitraum ab Jörg Haiders erster Landeshauptmann-Periode, beginnend 1989. In diesem Jahr wie 1991 gab es keine MA. Die neuen, rollierenden MAS's 2007/2008 und 2008/2009 wurden wegen zu geringer Vergleichbarkeit mit den Kalenderjahresauswertungen hier nicht berücksichtigt. Kärnten und Tirol werden erst seit zehn Jahren in eigenen Bundesländer-Kategorien ausgewiesen. Davor gab es lediglich Werte für Nordtirol und Kärnten (mit Osttirol). Letztere Bezeichnung wird bis heute gewählt und zeugt kaum von Feingefühl der MA-Macher gegenüber regionalpatriotischen Gefühlen – zumindest nicht gegenüber jenen in Tirol.

Quelle: Verein Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen; eigene Zusammenstellungen.

durch, seit der 1980er-Dekade, ist sie die Publikumsnummer eins im Tagesgeschäft. Zu schaffen macht ihr allerdings bis heute der Anzeigen- und Marketing-Verbund des Konkurrenten mit der ebenfalls, aber wirklich in jeder Hinsicht kleinen *KTZ.* So erreicht die *Kleine* zwar 2008 mit 55,7 Prozent Tagesreichweite einen Respektabstand zur *Krone,* die täglich 46,7 Prozent aller Kärntner über 14 erreicht. Doch deren Kombi mit der *KTZ* schafft 52 Prozent und macht dem medialen Platzhirschen zu schaffen. Besonders eng wird es am Sonntag, an dem schon das Match *Kleine* : *Krone* weniger eindeutig 56,4 : 51,4 steht, und die *KTZ* mit solo 11,7 Prozent als Zünglein an der Waage mitmischt.

Der Jahrzehnte anhaltende Wettbewerb um die Führungsposition hält nicht nur die Auflagen der Konkurrenten auf extrem hohem Niveau zur Bevölkerungszahl. Kärnten ist dadurch auch das Bundesland mit dem höchsten Prozentsatz an Zeitungslesern. Neun von zehn der über 14-Jährigen konsumieren hier täglich ein Printprodukt. Das ist Österreich-Rekord!

Kleine und *Krone* bedienen dieses Informations- und Unterhaltungsbedürfnis sehr verschieden, aber gleichermaßen ausgeklügelt. Das Erfolgsgeheimnis des vielfach fälschlich als größte Tageszeitung der Welt – in Relation zur Bevölkerungszahl – bezeichneten österreichischen Marktführers geht weiter über die Konzepte eines reinen Boulevardblattes hinaus. Neben der vor allem auf vorurteilslose ausländische Beobachter aberwitzig wirkenden, aber allzu oft punktgenau den Publikumsgeschmack treffenden Inhaltsmischung bedingt vor allem der perfekte Vertrieb ihre wahre Größe. Auch die aufwändigsten Marketingaktionen im geistigen Erbe des einstigen Mitgesellschafters Kurt Falk bewirken nicht soviel wie die Hauszustellung bis ins hinterste Tal. Dadurch ist die *Krone* ein Mitbewerber in den regionalen Heimatmärkten aller Bundesländer-Zeitungen mit Ausnahme von Vorarlberg. Sie liegt ebenso frühmorgens vor der Tür wie *Oberösterreichische* oder *Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung* und – *Kleine Zeitung.* Deren Chefredakteur war Hans Dichand Anfang der 1950er-Jahre, bevor er zum Kurier wechselte und schließlich 1959 die *Krone* neu gründete. *Der Bauch des Propheten* entscheidet bis heute dieses Blatt, das sich am Sonntag als Sportzeitung für Männer in einer Illustrierten für Frauen verbirgt. Die Entnahmetaschen dafür gelten in Deutschland als Klaubeutel, bewirken in Österreich aber eine nochmalige Reichweitensteigerung von 20 Prozent gegenüber dem Rest der Woche.

Die *Kleine* wirkt indessen geradezu getarnt durch das ähnliche Format. Anders als ihr Hauptkonkurrent, der sein Erscheinungsbild immer nur ganz wenig verändert, ist sie in ihrem heutigen Auftreten das Werk von Zeitungsdesign der Weltklasse. Der US-Kubaner Mario Garcia hat es gemeinsam mit dem damaligen Chefredakteur Erwin Zankel und seinem Nachfolger Hubert Patterer 2003 verwirklicht. Seitdem wird das Prinzip

form follows function konsequent vom Schwanz aufgezogen. Das vielfach preisgekrönte edle Design für ein Format, das gemeinhin dem *trash* verpflichtet gilt, ist eine nicht zu unterschätzende Triebfeder für die inhaltliche Qualität des Blattes. Ohne mit dem inflationär und dadurch angreifbar verwendeten Begriff der *Qualitätszeitung* herumzufuchteln, wird hier der tägliche Zwitter zwischen lokaler Kompetenz und nationalem Anspruch produziert. Das Erfolgsgeheimnis – bzw. auch der USP, die *unique selling proposition,* gegenüber der *Krone* – ist letztlich die Regionalisierung mit einer maßgeschneiderten Ausgabe für jeden Bezirk. Doch das Gesamtkonzept fußt auf einem ideologischen Grundgerüst der christlichen Soziallehre, das seine Wurzeln durchaus in der katholischen Eigentümerstruktur haben mag.[2] Nur dies erklärt den hohen Stellenwert, den Glauben an das Politische als unumgängliches Merkmal einer wirklich wichtigen Zeitung, eines echten gesellschaftlichen *players,* der aber sein eigenes Spiel spielt. Dieses Spiel ist parteipolitisch viel offener, als insbesondere die versprengten so genannten Christdemokraten in Kärnten es sich wünschen können.

Nicht nur zur Fastenzeit.

Anmerkungen

1 Berücksicht werden dafür jeweils die Kärnten-Ausgaben von *Krone* und *Kleine;* bei Letztgenannter die Mutation für Klagenfurt-Stadt.

2 Näheres dazu im Kapitel „Geld Macht Medien“ des Beitrags „Für ein paar Euro mehr“ in diesem Buch, S. 139 ff.

Peter Hajek / Alexandra Siegl

Das Kärntner Wahljahr 2009

1. Die Kärntner Landtagswahl 2009

1.1 Wahlprognosen und Ergebnisanalyse

Ausgangslage mit vielen Fragezeichen

Man hätte meinen können, Jörg Haider hätte schon alle Höhen und Tiefen hinter sich. Im Spätsommer 2008 blickte der 58-Jährige auf eine bewegte politische Vergangenheit zurück. Nach großen Erfolgen in den Neunzigerjahren sah sich Haider 1999 mit 26,9 Prozent am Zenit seines Erfolgs, der anschließende Eintritt in die Bundesregierung stellte die Partei, die neben dem Ausländerthema vor allem mit Anti-Establishment-Parolen und Regierungskritik stark wurde, jedoch vor das strategische Dilemma, nun selbst Juniorpartner in der Regierung zu sein und somit nicht länger gegen „Wien" wettern zu können. Haider fühlte sich in dieser Lage sichtlich unwohl, gab die Regierungsverantwortung in Wien ab und zog sich nach Kärnten zurück. FPÖ-Anhängern wurde in Folge ein Bild von parteiinternem Streit und Unverlässlichkeit geboten, woraufhin die Partei bei den darauf folgenden Nationalratswahlen 2002 fast 17 Prozentpunkte verlor und mit einem Ergebnis von 10,01 Prozent auf ihre Stärke von Mitte der Achtzigerjahre zurückgefallen war. Diese Situation mündete schließlich im Frühling 2005 in der Parteispaltung unter der Regie Haiders und der Gründung des BZÖ. Damit hatte Haider nicht nur die FPÖ in die Krise gestürzt, sondern auch mit dem BZÖ eine relativ profillose Kleinpartei gegründet. Bei der darauf folgenden Nationalratswahl 2006 erreichte das Bündnis mit Spitzenkandidat Peter Westenthaler gerade einmal 4,11 Prozent. Der Einzug in den Nationalrat wurde nur dank dem Kärntner Wahlergebnis erreicht (24,90 Prozent BZÖ), wofür wieder einmal Jörg Haider zuständig war.

Im Sommer 2008 legte Haider dann jedoch ein fulminantes Comeback hin. Neben einem sehr erfolgreichen, auf den Parteichef zugeschnittenen Wahlkampf konnte Haider auch medial wieder an frühere Jahre anknüpfen. Schlussendlich kam Haiders BZÖ auf 10,7 Prozent und landete damit knapp vor den Grünen. Durch die zeitliche Nähe von der Nationalratswahl zur Landtagswahl in Kärnten konnte Haider den Schwung gleich für Kärnten mitnehmen. Die Ausgangssituation für die Landtagswahl war für das BZÖ also denkbar gut, so mancher Experte rechnete sogar damit, dass die Partei die absolute Mehrheit erreichen würde. Mit dem plötzlichen Unfall-

tod Haiders im Oktober 2008 änderte sich die Ausgangssituation jedoch schlagartig. Neben Haider war kein Nachfolgekandidat aufgebaut worden, und Grabenkämpfe im Bündnis, die unter Haider unterdrückt wurden, drohten nun offen auszubrechen. In dieser Situation wurde rasch Stefan Petzner als neuer Parteichef an die Bundesspitze gestellt, nach einer Reihe zweifelhafter Medienauftritte jedoch in die zweite Reihe abgezogen, wo er sich auf das Wahlkampfmanagement für die Landtagswahl konzentrierte. In Kärnten zeichnete sich unterdessen ein Machtkampf zwischen Gerhard Dörfler und Uwe Scheuch ab. Der ältere und erfahrenere Dörfler wurde schlussendlich zum Spitzenkandidat für die Landtagswahl ernannt, was auch vom Großteil der Bevölkerung goutiert wurde. So gab in einer Umfrage Anfang Jänner 2009 eine relative Mehrheit von 44 Prozent der Befragten an, Dörfler sei der beste Nachfolger Haiders als Spitzenkandidat des BZÖ. 27 Prozent nannten Uwe Scheuch, drei Prozent Stefan Petzner.[1]

Nicht wenige erwarteten jedoch ein Scheitern der Neubesetzung so kurz vor der Wahl. Das hätte Uwe Scheuch ermöglicht, nach der Wahl den gescheiterten Dörfler zu beerben, über die Legislaturperiode Bekanntheit und Profil aufzubauen und bei der nächsten Wahl als logischer Spitzenkandidat ins Rennen zu gehen. Schlussendlich kam dann aber doch alles anders.

Die öffentliche Meinung im Wahlkampf

Die öffentliche und veröffentlichte Meinung im Wahlkampf war in erster Linie von der Ungewissheit gekennzeichnet, ob Gerhard Dörfler, nur vier Monate vor der Wahl zum Spitzenkandidaten ernannt, den hohen Wählerzuspruch der auf Jörg Haider fokussierten Partei würde halten können. Und auch SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr führte die Partei noch nicht lange an. Der Landesrat hatte erst acht Monate vor der Wahl von seiner Vorgängerin Gaby Schaunig die Parteiführung übernommen, die Anfang Juli 2008 das Handtuch warf. Somit waren sowohl BZÖ als auch SPÖ schwer einschätzbar, was sich auch in den Meinungsumfragen widerspiegelte.

Abbildung 1: Meinungsumfragen vor der Kärntner Landtagswahl

	Integral[2]	SORA[3]	IMAS[4]	Peter Hajek[5]	Market[6]	Gallup[7]	Public Opinion[8]	**Wahlergebnis 1. 3. 2009**
BZÖ	42	41	41	38	39	39	40,5	**44,9**
SPÖ	34	38	40	36	37	38	38,5	**28,7**
ÖVP	12	11	10	13	12	12	13	**16,8**
Grüne	7	6	6	7	7	6	7	**5,2**
FPÖ	5	2	5	5	5	6	6	**3,8**

Angaben in Prozent, Wahlprognose gemäß „Sonntagsfrage“ (hochgerechnete Werte)

Sieben verschiedene Meinungsforschungsinstitute kamen zu ähnlichen Ergebnissen (siehe Abbildung 1), sogar noch wenige Tage vor der Landtagswahl prognostizierten Gallup und Public Opinion ein bis zwei Prozentpunkte Abstand von BZÖ und SPÖ. Schlussendlich lagen die Wahlergebnisse von ÖVP, Grünen und FPÖ innerhalb der statistischen Schwankungsbreiten, BZÖ und SPÖ lagen jedoch signifikant über bzw. unter den Umfragewerten.

Ein Grund dafür ist, dass viele Kärntnerinnen und Kärntner das BZÖ mit Haider als Spitzenkandidaten definitiv gewählt hätten, mit Dörfler als Spitzenkandidaten jedoch eher zu einer anderen Partei neigten. Das zeigt auch eine Umfrage von Ende Februar. Dabei wurden Kärntner Wahlberechtigte, die *nicht* vorhatten, bei der Landtagswahl BZÖ zu wählen, gefragt, ob sie denn das BZÖ mit einem Spitzenkandidaten Haider gewählt hätten. 34 Prozent beantworteten diese Frage mit „Ja".[9] Schlussendlich konnte die Kampagne des BZÖ, die indirekt sehr stark auf den verstorbenen Parteichef ausgerichtet war, offenbar im letzten Moment noch einige Wähler davon überzeugen, ihr Kreuz als rückwirkende Anerkennung für Haider noch einmal beim BZÖ zu machen. In den Umfragen hatten die Befragten jedoch angegeben, eine andere Partei zu wählen, was vor allem in niedrigeren Bildungs- und Einkommenskohorten die SPÖ war.

Ein weiterer Grund lag in der statistischen Gewichtung der Ergebnisse der Sonntagsfrage, die aufgrund des Phänomens der *sozialen Erwünschtheit* durchgeführt wird. Diese wird bei Themen schlagend, bei denen Befragte davon ausgehen, dass ihr soziales Umfeld ein bestimmtes Antwortverhalten auf eine Frage erwartet, während ein gegenläufiges Antwortverhalten soziale Sanktionen nach sich zieht. Hier wählt so mancher Befragte eine gegenteilige Antwort zur tatsächlichen Einstellung, um vor dem Interviewer nicht schlecht dazustehen. Einen solchen Effekt gibt es bei der Frage nach dem Wahlverhalten. Hier sind traditionell rechte Parteien, also FPÖ und BZÖ, unterdeklariert, da sie vor allem in den Medien als wenig wählbar dargestellt werden. Die Grünen, von rechten Parteien oft als „Gutmenschenpartei" bezeichnet, kommen dahingegen in Umfragen meist auf höhere Prozentanteile als bei Wahlen, sie sind also überdeklariert.

Im Rahmen der Sonntagsfrage wird nun nicht nur das Wahlverhalten bei der kommenden Wahl (Sonntagsfrage), sondern auch bei der vergangenen Wahl (Recall-Frage) erhoben. Hier zeigt sich üblicherweise das typische Bild, dass rechte Parteien stark unterdeklariert und die Grünen stark überdeklariert sind. Die Daten werden dann nach dem tatsächlichen Wahlergebnis der letzten Wahl gewichtet, was dazu führt, dass bei der Sonntagsfrage für die kommende Wahl der Prozentsatz für die rechten Parteien erhöht und für die Grünen gesenkt wird.

Das Ausnahmephänomen bei der letzten Kärntner Landtagswahl war, dass das BZÖ bei der Recall-Frage nicht wie sonst unterdeklariert, sondern überdeklariert war. Stattdessen war die SPÖ in der Recall-Frage deutlich unterdeklariert. Das wurde auf einen Solidarisierungseffekt mit dem verstorbenen Landeshauptmann durch dessen Unfall zurückgeführt. Personen, die bei der letzten Wahl SPÖ gewählt hatten, hatten in der Umfrage offenbar angegeben, beim letzten Mal BZÖ gewählt zu haben, was ein logisches Ergebnis der an Heldenkult grenzenden öffentlichen Darstellung Haiders nach dessen Tod wäre. Somit wurde das BZÖ marginal nach unten, die SPÖ jedoch stärker nach oben gewichtet. Die Annahme dahinter war, dass die Wähler in der Umfrage zwar aus Solidarität zum verstorbenen Landeshauptmann angaben, beim letzten Mal Haider gewählt zu haben, jedoch bei der kommenden Wahl das BZÖ mit Dörfler nicht mehr in dem Ausmaß wählen würden. Diese Annahme war theoretisch richtig, praktisch jedoch falsch, da die Kärntnerinnen und Kärntner bei der Landtagswahl 2009 vielfach nicht Dörfler, sondern ein letztes Mal Haider wählten, um ihre Zustimmung zu dessen Kurs abschließend noch einmal zu demonstrieren.

Ergebnisse der Landtagswahl

Bei der Kärntner Landtagswahl waren insgesamt 443.499 Personen wahlberechtigt. Davon wurden 362.680 Stimmen abgegeben (356.274 gültige Stimmen), was eine für Landtagswahlen verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung von 81,78 Prozent bedeutet. Im Vergleich zur Landtagswahl 2004, bei der 78,63 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, bedeutet das eine leichte Steigerung, die einerseits auf den medial vermittelten unklaren Ausgang der Wahl, andererseits auf einen Mobilisierungseffekt durch den Tod Haiders zurückzuführen ist.

Und dieser Mobilisierungseffekt dürfte Gerhard Dörfler wohl zu seinem Rekordergebnis von 44,9 Prozent der Stimmen verholfen haben, womit er sogar das beste Ergebnis aus Haiders Laufbahn von 2004 toppte. Damals erreichte Haider als Spitzenkandidat der FPÖ 42,4 Prozent der Stimmen. Hier hat offenbar eine ausgeprägte Haider-Nostalgie ihren Niederschlag gefunden, die zwar prinzipiell erwartet wurde, in ihrem Ausmaß dann aber doch überraschte. Selbst das BZÖ selbst, das als „Liste Jörg Haider" zur Wahl angetreten war und ganz gezielt auf eine posthume Wahl Haiders setzte, war am Wahlabend sichtlich verblüfft. Die Mehrheit der Kärntnerinnen und Kärntner war offenbar rückblickend ganz einfach zufrieden mit der Arbeit Jörg Haiders. Auf die Frage, wie gut Haider seine Arbeit gemacht hat, antworteten bei einer Umfrage von Integral Anfang Jänner 54 Prozent mit „sehr gut" und weitere 31 Prozent mit „eher gut".[10] Es fehlte also eine ausgeprägte Wechselstimmung in der Bevölkerung. In einer Umfrage von Peter Hajek Anfang Februar gaben 52 Prozent an, dass die

Zeit reif für einen Wechsel in der Landesregierung sei, 40 Prozent stimmten dahingegen nicht zu.[11] Noch deutlicher wird der mangelnde Wechselwillen, wenn man direkt danach fragt, ob Kärnten „auf Haider-Kurs" bleiben soll. 55 Prozent der Befragten beantworteten das Anfang Jänner mit „Ja".[12]

Über Aktionen wie Muttergeld, Schulstartgeld etc. konnte Haider das BZÖ über die letzten Jahre erfolgreich als soziale Partei positionieren, die für die Menschen da ist. Dazu passend vertraten sowohl Haider als auch Dörfler authentisch Volksnähe.

Reinhart Rohr fuhr mit 28,4 Prozent und einem Minus von knapp 10 Prozent das schlechteste Ergebnis in der Landespartei seit 1945 ein. Auch auf Gemeindeebene, wo die SPÖ Kärnten traditionell stark ist, gab es teils herbe Verluste. So wurde die absolute Mehrheit in roten Hochburgen wie Villach, Spittal an der Drau oder Völkermarkt gebrochen. Vor allem Arbeiter kehrten der Partei den Rücken und machten diesmal ihr Kreuz beim BZÖ.

Die ÖVP schaffte bei der Landtagswahl den prozentuell größten Zugewinn. Mit 16,8 Prozent und einem Plus von 5,2 Prozentpunkten konnte die Partei mitunter ehemaligen Haider-Wählern, die sich mit Dörfler nicht recht anfreunden konnten, ein Angebot machen. Mit der thematischen Fokussierung auf die Wirtschaftskompetenz positionierte Josef Martinz seine Partei in einem Bereich, in dem die ÖVP traditionell glaubwürdig ist und von der Bevölkerung als kompetent empfunden wird. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise hatte die Partei damit auf das richtige Thema gesetzt.

Die Kärntner Grünen mussten schon um den Einzug in den Landtag zittern. Nach Auszählung der Briefwahlstimmen ging sich dann aber doch ein Endergebnis von 5,2 Prozent der Wählerstimmen aus. Kärnten ist für die Grünen traditionell ein hartes Pflaster. Erst 2004 schaffte die Partei nicht zuletzt durch Schützenhilfe der aus Kärnten stammenden jetzigen Parteichefin Glawischnig den Einzug in den Landtag. Neben mangelnden Strukturen und einem geringen Profil hatte die Landespartei im Wahlkampf 2009 auch mit bundespolitischen Einflussfaktoren zu kämpfen. Die Partei war nach dem Rückzug von Alexander van der Bellen in einer Phase der Neuorientierung, zudem hatte man mit internen Querelen – Stichwort Johannes Voggenhuber – zu kämpfen. Und innerparteilicher Streit wird vom Wähler nicht goutiert.

Mario Canori stellte im Wahlkampf den Anspruch, die FPÖ sei der wahre Erbe der Ideologie Jörg Haiders. So glaubwürdig dieser Anspruch offenbar außerhalb Kärntens ist, wo die FPÖ zur alten Stärke unter Jörg Haider zurückgefunden hat, so wenig überzeugend war er für die Wählerinnen und Wähler in Kärnten. Mit 3,8 Prozent verpasste die FPÖ den Einzug in den Landtag.

Abbildung 2: Ergebnisse der Kärntner Landtagswahl 2004 im Vergleich

	Landtagswahl 2009			Landtagswahl 2004			Nationalratswahl 2008		
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	+/–[13]
BZÖ	159.926	44,89 (+2,5[14])	17	-	-	-	132.711	38,52	+13,62%
SPÖ	102.385	28,74 (–9,7)	11	126.325	38,4	14	96.702	28,07	–7,34
ÖVP	59.955	16,83 (+5,2)	6	38.256	11,7	4	50.206	14,57	–6,67
Grüne	18.336	5,15 (–1,6)	2	22.053	6,7	2	23.759	6,90	–0,61
FPÖ	13.383	3,76	0	139.479	42,4	16	26.091	7,57	+0,32
KPÖ	1.893	0,53 (–0,07)	0	1.951	0,6	-	1.861	0,54	–0,35
Sonstige[15]	396	0,1	0	635	0,2	-	13.213[16]	3,8	

Quelle: Bundesministerium für Inneres, www.bmi.at

Abbildung 3: Ergebnisse der Kärntner Landtagswahl 2009 nach Parteien und Wahlbezirken

Wahlkreis	Klagenfurt Stadt und Land		Völkermarkt, St.Veit/Glan und Wolfsberg			Villach Stadt und Land		Feldkirchen, Hermagor und Spittal/Drau		
Wahlberechtigte	118.808 (9 Mandate)		125.212 (10 Mandate)			96.360 (8 Mandate)		103.119 (9 Mandate)		
Wahlbezirk	Stadt	Land	Völker-markt	St.Veit/ Glan	Wolfs-berg	Stadt	Land	Feld-kirchen	Herma-gor	Spittal/ Drau
Abgegebene Stimmen	53.065	39.527	29.820	38.802	36.925	33.218	43.535	20.303	13.508	53.844
Gültige Stimmen	52.059	38.708	29.259	38.120	36.247	32.565	42.811	20.019	13.267	53.092
BZÖ	40,82 %	43,19 %	43,07 %	44,60 %	52,79 %	40,49 %	44,41 %	52,06 %	38,49%	47,91 %
SPÖ	26,38 % –8,78 %	28,07 % –8,67 %	29,61 % –11,75 %	28,99 % –8,99 %	27,03 % –12,25 %	35,69 % –8,71 %	33,46 % –10,15 %	23,73 % –10,81 %	28,84% –8,81%	25,85 % –8,81 %
ÖVP	16,64 % +6,60 %	17,33 % +5,72 %	17,86 % +3,91 %	17,64 % +5,16 %	14,72 % +3,03 %	13,35 % +5,87 %	13,77 % +4,84 %	16,84 % +4,97 %	25,26% +5,60%	19,42 % +5,26 %
Grüne	10,12 % –2,86 %	6,65 % –1,56 %	6,52 % –0,05 %	3,48 % –1,10 %	2,39 % –1,28 %	5,52 % –1,74 %	4,38 % –0,81 %	3,38 % –1,35 %	2,96% –1,15%	3,11 % –1,80 %
FPÖ	4,85 %	3,81 %	2,35 %	4,78 %	2,72 %	4,28 %	3,42 %	3,60 %	4,05%	3,33 %
KPÖ	0,74 % +0,01 %	0,55 % –0,14 %	0,58 % –0,06 %	0,51 % +/–0 %	0,34 % –0,16 %	0,67 % –0,06 %	0,57 % +/–0 %	0,40 % –0,14 %	0,40% –0,04%	0,39 % –0,07 %
STARK	0,23 %	0,23 %	–	–	–	–	–	–	–	–
GPÖ	0,22 %	0,18 %	–	–	–	–	–	–	–	–

Quelle: Bundesministerium für Inneres, www.bmi.at

Betrachtet man die Ergebnisse in den Wahlkreisen, so konnte die SPÖ traditionell vor allem im Wahlkreis Villach punkten. Das BZÖ erreichte seine Spitzenwerte in den Bezirken Wolfsberg und Feldkirchen mit jeweils über 50 Prozent der Wählerstimmen, die ÖVP konnte vor allem in Hermagor mit einem Stimmenanteil von knapp 25 Prozent punkten. Die Grünen waren erwartungsgemäß im urbanen Raum am stärksten, also in und um Klagenfurt sowie in Villach Stadt.

Wählerströme und Wahlverhalten

Die Wählerströme bestätigen, dass das Gros der ehemaligen FPÖ-Wähler in Kärnten mit Haider zu dessen neuer Partei BZÖ gewechselt war. 80 Prozent der FPÖ-Wähler von 2004 gaben bei der vergangenen Landtagswahl dem BZÖ ihre Stimme, lediglich 3 Prozent der FPÖ. Immerhin 10 Prozent wanderten zur ÖVP ab. Hier konnte Josef Martinz offenbar bürgerlichen Wählern ein Angebot machen, die zwar Haider gewählt hätten, jedoch mit Dörfler wenig anfangen konnten.

Auch die SPÖ verlor verhältnismäßig stark an das BZÖ. 17 Prozent der SP-Wähler von 2004 wechselten 2009 zum BZÖ. Das dürfte einerseits im Sog der allgemeinen Glorifizierung des verstorbenen Haiders geschehen sein, andererseits auch durch die starke und durch eine Reihe von Aktionen auch glaubwürdige Positionierung des BZÖ im sozialen Bereich sowie Dörflers Inszenierung als „Arbeiterbub" aus einfachen Verhältnissen. Mit diesem Rollenbild des Arbeiters, der sich nach oben kämpfen musste, können sich Personen aus dem Arbeitermilieu am stärksten identifizieren bzw. ihre eigenen Wünsche und Hoffnungen auf diese Person projizieren.

Im Lager der Nichtwähler von 2004 konnte vor allem das BZÖ reüssieren. Die über den Wahlkampf von der Partei aufrecht erhaltene Emotionalisierung durch den Tod Haiders konnte in dieser Gruppe mobilisieren. Neben dem BZÖ konnte auch die ÖVP 10 Prozent dieser Gruppe abholen. Vor allem Politikverdrossene dürften sich durch das Versprechen Martinz', Ordnung im Land zu schaffen und mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik gegen die Krise anzukämpfen, angesprochen gefühlt haben.

Bei näherer Betrachtung des Wahlverhaltens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bestätigt sich das Bild, dass das BZÖ und in geringerem Umfang die FPÖ vor allem junge Männer ansprechen konnten. Das BZÖ war jedoch mit geringerem Vorsprung auch in älteren Wählergruppen, mit knappem Abstand zur SPÖ sogar in der Gruppe der über 60-Jährigen an erster Stelle. SPÖ und ÖVP finden als traditionelle Großparteien üblicherweise in älteren Wählergruppen größeren Zuspruch, da diese häufig aus Tradition über Jahre hinweg Stammwähler einer der „Großparteien" sind. Diesem Bild widersprachen die Ergebnisse aus Kärnten. Dort schnitten SPÖ und ÖVP in älteren Wählergruppen nur marginal besser ab als in jün-

geren Kohorten. Die Gruppe, die über die Altersgruppen hinweg am stärksten anstieg, war die Gruppe der Nichtwähler, die mit 39 Prozent in der Gruppe der über 60-Jährigen den größten Anteil stellte.

Abbildung 4: Wahlverhalten nach Alter

	BZÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ	Andere	Nichtwähler
Unter 30-Jährige	43	20	12	8	4	0	12
30- bis unter 60-Jährige	36	22	10	4	3	0	26
60 und älter	24	21	13	2	1	0	39

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009
Angaben in Prozent

Abbildung 5: Wahlverhalten nach Geschlecht

	BZÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ	Andere	Nichtwähler
Männer	36	22	11	4	4	1	22
Frauen	31	20	12	5	1	0	31

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009
Angaben in Prozent

Die Grünen punkteten wie üblich stärker bei jüngeren Menschen, insbesondere bei jungen Frauen. Diese Aufgliederung nach Alter und Geschlecht wird seit Jahrzehnten beobachtet.

Ursprünglich wählten Frauen vor allem aus religiöser Prägung heraus stärker konservative bzw. konfessionelle Parteien, während die arbeitenden Männer stärker linken (Arbeiter-)Parteien ihre Stimme gaben. Dieser *traditional gender gap* begann sich ab den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts in vielen westeuropäischen Staaten umzudrehen. So wählten vor allem jüngere, qualifizierte Frauen zunehmend postmaterialistische, linksgerichtete Parteien, während sich Männer – insbesondere junge Männer aus dem Arbeitermilieu – in stärkerem Ausmaß konservativen bzw. rechtsgerichteten Parteien zuwandten. Diese geschlechtsspezifische Neuorientierung (*gender realignment*) hat dazu geführt, dass Frauen in westlichen Demokratien heute signifikant stärker Mitte-Links-Parteien wählen als Männer.

Auch in Österreich war diese Entwicklung zu beobachten. Vor allem die FPÖ führte ab den Achtzigerjahren zu einem Auseinanderklaffen des

Wahlverhaltens zwischen Männern und Frauen, das in den Neunzigern seinen Höhepunkt fand. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf eine Distanz insbesondere jüngerer Frauen zur rechtspopulistischen FPÖ bzw. dem BZÖ sowie auf die Attraktivität des Themenangebots der Grünen für Frauen zurückzuführen.

Abbildung 5: Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter

	BZÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ	Andere	Nichtwähler
Männer bis 29	47	17	12	7	6	1	11
Männer zwischen 30 und 59	36	24	10	3	4	1	22
Männer ab 60	21	26	12	1	3	0	36
Frauen bis 29	34	27	12	12	1	0	12
Frauen zwischen 30 und 59	35	20	10	5	1	0	29
Frauen ab 60	25	18	13	2	0	0	41

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009
Angaben in Prozent

Auffallend am Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter war in Kärnten auch die Verteilung der SPÖ bei unterschiedlichen Gruppen. Während die Partei bei Männern erwartungsgemäß mit steigendem Alter einen steigenden Wähleranteil verbucht, dreht sich dieses Bild bei den Frauen um. Das bedeutet einerseits, dass es die SPÖ nicht geschafft hat, älteren Frauen ein Angebot zu machen, andererseits stützt es die These, dass vor allem jüngere, mitte-links-gerichtete Frauen die SPÖ in der Hoffnung unterstützt haben, dass diese das BZÖ von Platz eins verdrängen könnte.

Betrachtet man das Wahlverhalten nach Erwerb, so sticht vor allem die Stimmabgabe der Arbeiter ins Auge. Die Zeiten des klassengebundenen Wahlverhaltens, als die Menschen sehr stark in Abhängigkeit von ihrer Berufsgruppe und sozialen „Klasse“ wählten und die Arbeiterschicht relativ geschlossen die „Arbeiterpartei“ SPÖ unterstützte, scheinen vor allem in Kärnten lang vorbei. Mit 47 Prozent Wähleranteil punktete das BZÖ mit weitem Abstand am stärksten im Arbeitermilieu, die SPÖ kam in dieser Gruppe lediglich auf 15 Prozent der Stimmen. Das liegt einerseits an der bereits beschriebenen sozialen Positionierung des BZÖ, andererseits daran, dass die SPÖ offenbar gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise Probleme mit ihrem Profil im Bereich Wirtschaft und Arbeitsplätze hat. Beim Thema Arbeitsplätze wurde den Sozialdemokraten traditionell immer eine hohe Kompetenz seitens der Bevölkerung zugesprochen, dieses Vertrauen ist

durch die Wirtschaftskrise jedoch gesunken. Schließlich offenbart die Krise, wie globalisiert Wirtschaft im 21. Jahrhundert funktioniert und wie wenig hier ein kleines Land wie Österreich mit klassischen Maßnahmen zur Arbeitsplatzschaffung wie etwa der Vorziehung von Infrastrukturprojekten oder diversen Subventionierungen ausrichten kann. Es hat den Anschein, als vertrauen die Menschen in einem unsicheren Umfeld wie dem jetzigen eher einer Partei, die Wirtschaftskompetenz kommuniziert, da dieser noch am ehesten zugetraut wird, die komplexen globalen Zusammenhänge zu durchblicken und Strategien zu finden, um die Wirtschaft zu stärken und das Land so gut wie möglich durch die Krise zu führen. Bundesweit wird das am ehesten der ÖVP zugesprochen. Kärnten steht dazu teilweise im Widerspruch. Hier sammelte das BZÖ nicht nur Proteststimmen, sondern der Partei wurde auch tatsächlich Lösungskompetenz im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zugesprochen. Das spiegeln auch die Ergebnisse der ORF-Wahltagsbefragung wider. Das Thema Arbeitsplätze war demnach das wichtigste Thema im Wahlkampf. 65 Prozent der Befragten nannten die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen als wichtiges Thema im Wahlkampf. BZÖ-Wählern war dieses Thema mit einem Anteil von 70 Prozent in der Parteiwählerschaft jedoch am allerwichtigsten (SPÖ: 64 Prozent, ÖVP: 57 Prozent, Grüne: 61 Prozent, FPÖ 46 Prozent). Die Kompetenz im Bereich Arbeitsplätze wurde unter Jörg Haider in Kärnten über Jahre kommuniziert und aufgebaut.

Abbildung 6: Wahlverhalten nach Berufsgruppen

	BZÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ	Andere	Nichtwähler
Arbeiter	47	15	4	1	2	1	30
Angestellte	37	24	14	5	6	0	13
Selbständige	32	4	13	2	2	1	45
Sonstige Erwerbstätige	24	31	17	4	0	0	23
In Pension	28	21	11	2	2	0	37
In Ausbildung[17]	32	28	15	16	0	0	9
Zu Hause[18]	32	35	10	10	0	0	14

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009
Angaben in Prozent

Über alle Berufsgruppen hinweg kann von einem „Haider-Effekt“ gesprochen werden. So ist die Partei selbst in stark bürgerlichen Berufsgruppen wie den Selbständigen die stärkste Partei.

Wahlmotive

Gerhard Dörfler gaben die Kärntnerinnen und Kärntner laut ORF-Wahltagsbefragung in erster Linie ihre Stimme, weil sie wollten, dass er mit seiner Partei den Landeshauptmann stellt. 73 Prozent der BZÖ-Wähler gaben an, dass dieses Wahlmotiv „sehr" zutraf. Damit einhergehend waren 61 Prozent der Meinung, das BZÖ führe Kärnten „in die richtige Richtung". 59 Prozent bzw. 55 Prozent sahen ihre Interessen am besten durch das BZÖ vertreten bzw. waren der Meinung, das BZÖ würde wichtige Themen ansprechen. 50 Prozent nannten dabei konkret das Thema „gegen Zuwanderung" als ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung. 52 Prozent der Befragten gaben als Grund für ihre Stimmabgabe an, dass die Partei „Haiders Politik fortsetzt". Gerhard Dörfler war lediglich für 37 Prozent der BZÖ-Wähler ausschlaggebend für die Wahlentscheidung.

Abbildung 7: Wahlmotive BZÖ

Stammwähler	49
Vertritt meine Interessen	59
Wichtige Themen	55
Führt Kärnten in die richtige Richtung	61
SpitzenkandidatIn	37
Wahlwerbung	19
Bestes Programm	47
Setzt Haiders Politik fort	52
Gegen Zuwanderung	50
Soll LH stellen	73

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009

Angaben in Prozent der Antwortkategorie „trifft sehr zu", Mehrfachnennungen möglich

Im Kern wollten die BZÖ-Wähler die Erhaltung des Status Quo – also den Verbleib des Landeshauptmannes beim BZÖ und die damit einhergehende Fortführung von Haiders Weg. Zudem reflektierten sie auf die thematischen Schwerpunkte der Partei, insbesondere das Ausländerthema.

Auch bei der SPÖ war das wichtigste Wahlmotiv, dass die Partei den Landeshauptmann stellen sollte. An Stelle zwei und drei folgten das Wahlmotiv der Stammwählerschaft und die Sozialkompetenz der SPÖ. Spitzenkandidat Reinhart Rohr war in der eigenen Wählerschaft nur für 29 Prozent ein Wahlmotiv, womit er unter den Parteichefs am schlechtesten abschnitt. Dörfler und Martinz waren für jeweils 37 Prozent der eigenen Wählerschaft ein Wahlmotiv, Canori für 38 Prozent und Rolf Holub für 33 Prozent seiner Wähler. Die Person Reinhart Rohr konnte also nicht in ausreichendem Ausmaß mobilisieren.

Abbildung 8: Wahlmotive SPÖ

Stammwähler	54
Vertritt meine Interessen	49
Wichtige Themen	43
Führt Kärnten in die richtige Richtung	43
SpitzenkandidatIn	29
Wahlwerbung	13
Bestes Programm	34
Größte Sozialkompetenz	53
Gute Regierungsarbeit	38
Soll LH stellen	61

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009

Angaben in Prozent der Antwortkategorie „trifft sehr zu", Mehrfachnennungen möglich

Bei der ÖVP stand die Wirtschaftskompetenz klar im Vordergrund. Nach „vertritt meine Interessen" mit 49 Prozent folgt bereits an zweiter Stelle „größte Wirtschaftskompetenz" mit 44 Prozent der Nennungen als entscheidendes Wahlmotiv. Weitere wichtige Motive waren die Stammwählerschaft, die Ansprache wichtiger Themen sowie, dass die Partei Kärnten aus Sicht ihrer Wählerschaft in die richtige Richtung führt.

Abbildung 9: Wahlmotive ÖVP

Stammwähler	43
Vertritt meine Interessen	49
Wichtige Themen	42
Führt Kärnten in die richtige Richtung	40
SpitzenkandidatIn	37
Wahlwerbung	16
Bestes Programm	25
Größte Wirtschaftskompetenz	44
Gute Regierungsarbeit	28
Stark genug für Zweier-Koalition	30

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009

Angaben in Prozent der Antwortkategorie „trifft sehr zu", Mehrfachnennungen möglich

Auch bei den Grünen standen themenbezogene Wahlmotive im Vordergrund. So nannten jeweils 54 Prozent der Befragten „beste Umweltkonzepte" und „vertritt meine Interessen" als Gründe für die Stimmabgabe. Es

folgten die „Kontrolle von Missständen“ sowie der „Einsatz für Minderheiten“.

Abbildung 10: Wahlmotive Grüne

Stammwähler	35
Vertritt meine Interessen	54
Wichtige Themen	37
Führt Kärnten in die richtige Richtung	32
SpitzenkandidatIn	33
Wahlwerbung	16
Bestes Programm	21
Beste Umweltkonzepte	54
Einsatz für Minderheiten	46
Kontrolle von Missständen	48

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009

Angaben in Prozent der Antwortkategorie „trifft sehr zu“, Mehrfachnennungen möglich

Und auch die FPÖ punktete mit klassischen freiheitlichen Themen. Auf Platz zwei nach „wichtige Themen“ folgt das Wahlmotiv „gegen Zuwanderung“ mit 60 Prozent der Nennungen. Für immerhin 46 Prozent der FPÖ-Wähler war zudem ein Wahlmotiv, dass die FPÖ „echte freiheitliche Politik“ vertrete, ein Kernmotiv, auf dem der FPÖ-Wahlkampf zu einem großen Teil aufgebaut war. Zumindest für die eigene Wählerschaft war das also ein Argument.

Abbildung 11: Wahlmotive FPÖ

Stammwähler	22
Vertritt meine Interessen	50
Wichtige Themen	64
Führt Kärnten in die richtige Richtung	58
SpitzenkandidatIn	38
Wahlwerbung	6
Bestes Programm	30
Vertritt echte freiheitliche Politik	46
Gegen Zuwanderung	60
Kontrolle von Missständen	39

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009

Angaben in Prozent der Antwortkategorie „trifft sehr zu“, Mehrfachnennungen möglich

2.1 Analyse der Kampagnen

Das BZÖ – Wahlkampf post mortem

Das Leitmotiv der BZÖ-Kampagne war die Fortsetzung des Wegs Jörg Haiders. Das Kreuzerl auf dem Stimmzettel als letzter Treuedienst am verschiedenen Landesvater – das war die unausgesprochene Metabotschaft hinter allen Slogans und Sujets. Um Dörfler nicht allein dem direkten Vergleich mit Haider auszusetzen, wurden ihm BZÖ-Kärnten-Obmann Uwe Scheuch und Finanzlandesrat Harald Dobernig zur Seite gestellt. Die erste Plakatwelle zeigt das Gespann einmal im Kärntner Anzug im Landhaus, einmal zu dritt am Seil beim Aufstieg auf einen Berg und einmal vor heimeliger Kulisse beim Ofen Einheizen. Der Slogan variiert zwischen „Wir bleiben Kärnten treu", „Wir halten Kurs" und „Wir bewahren das Gute" – jeweils mit dem Zusatz „Garantiert".

Der Teamwahlkampf dämpfte nicht nur den direkten Vergleich Dörflers mit Haider, sondern hatte auch den Vorteil, dass mit den drei Kandidaten unterschiedliche Wähler-, insbesondere Altersgruppen angesprochen werden konnten und dass nach dem Unfalltod Haiders „Zusammenhalt" und ein *gemeinsames* Weiterführen des Weges Haiders demonstriert werden konnten.

In der zweiten Plakatwelle wurde das Leitmotiv in einen noch emotionaleren Slogan gegossen: „Wir passen auf dein Kärnten auf. Garantiert." Damit wurde symbolisch ein Auftrag Haiders eingelöst. „Passt mir auf mein Kärnten auf", hatte der Landeshauptmann einigermaßen pathetisch gesagt, als er 1991 nach seiner Aussage zur „ordentlichen Beschäftigungspolitik" per Misstrauensvotum abberufen worden war.

Diesmal war das Wahlkampfversprechen schlicht mit „Gerhard. Uwe. Harald." signiert – die Vornamen suggerieren Volksnähe, der Wähler sollte Gerhard (Dörfler), Uwe (Scheuch) und Harald (Dobernig) nicht als Politiker, sondern als Freunde sehen.

Neben der Haider-Nostalgie umfasste die Kampagne die klassischen Elemente eines rechtspopulistischen Wahlkampfs. Da gab es Wählergeschenke in erstaunlichem Ausmaß (1000 Euro Startgeld für 16- bis 18-Jährige), einen Fokus auf das Thema Sicherheit, den Kampf gegen Randgruppen sowie das Bedienen des gemeinschaftlichen Underdog-Gefühls. Für Letzteres bildeten der Streit um das Asylheim auf der Saualm sowie die Ortstafeln gute Beispiele. Dörfler wich hier keinen Millimeter von der Linie Haiders ab – und punktete damit gleich dreifach: Er konnte sich als Kämpfer gegen „gefährliche Ausländer" positionieren, er konnte ein Symbol setzen für den Schulterschluss von „uns Kärntnern" gegen Kritiker, Verfassungsrichter oder ähnliche Leute aus Wien, die eben keine Ahnung haben, wie das Kärntner Volk empfindet. Drittens schließlich stärkte er seine

Glaubwürdigkeit als Erbe Haiders – genau aus diesem Grund wäre dem BZÖ auch gar nichts anderes übrig geblieben, als die Politik des Mentors aus dem Jenseits unverändert fortzusetzen.

Die SPÖ – eine klassische sozialdemokratische Kampagne

Die SPÖ fuhr mit Reinhart Rohr eine klassisch sozialdemokratische Kampagne. In einer ersten Plakatwelle wurde auf die Themen Arbeit, Gesundheit und leistbares Wohnen gesetzt. Damit wurden durchaus jene Themen angesprochen, die von der Landesbevölkerung als wichtig angesehen wurden. Allerdings war der Zugang ein sachlicherer als beim BZÖ, stärker auf den Kopf als auf den Bauch abzielend. So wurde ein Fünf-Punkte-Programm präsentiert: Arbeitsplätze, Ausbildung bzw. Jobs für junge Menschen, leistbares Wohnen, gesicherte Pensionen, Gesundheitsversorgung. Die Schlagworte waren mit konkreten Maßnahmen hinterlegt – Vorziehen von Infrastrukturprojekten, eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre, eine Erhöhung der Fahrtkostenzuschüsse und einen Stopp beim Strompreis. Damit sollten die Kernzielgruppen Arbeiter und Pensionisten angesprochen werden, Jungwähler wurden mit dem Versprechen eines Wohnstartgelds von ganzen 5000 Euro gelockt.

In der zweiten Hälfte des Wahlkampfs wurde Rohr als Anwärter für den Landeshauptmannsessel positioniert. Auf den Plakaten war er in staatsmännischer Pose abgebildet. Inhaltlich wurde die Endphase auf das Thema Arbeitsplätze zugespitzt. Sowohl der Landeshauptmann-Anspruch als auch die Konzentration auf das Thema Arbeitsplätze waren vom strategischen Ansatz her nachvollziehbar, beides wurde Reinhart Rohr aber von der Bevölkerung schlussendlich nicht in ausreichendem Ausmaß zugetraut.

Die ÖVP – Fokussierung auf Wirtschaftskompetenz

Josef Martinz setzte mit seiner ÖVP voll auf Wirtschaftskompetenz und damit auf jenes Thema, das auch bundesweit nach wie vor am stärksten von der ÖVP besetzt wird. Vor dem Hintergrund einer traditionell schwachen Parteistruktur und in Folge eingeschränkter Möglichkeiten zur Mobilisierung von der Basis weg war die Entscheidung aus zwei Gründen strategisch richtig: Zum einen betonte Martinz mitten in der Rezession damit ein Themenfeld, dessen Zeit gekommen war und wo ihm zugleich niemand die Kompetenz streitig machen konnte. Zum anderen galt die mediale Aufmerksamkeit völlig dem Zweikampf zwischen BZÖ und SPÖ, sodass die ÖVP nur mit einer völlig anderen Themensetzung vermeiden konnte, dazwischen zerrieben zu werden.

Im fortgeschrittenen Wahlkampf wurden dann auch das „Chaos“ im Land und die Schulden angesprochen. Flankierend wurden die Themen Familienförderung und Pensionen thematisiert, der Schwerpunkt lag aber die Kampagne hindurch auf „Besser Wirtschaften“, was mit Josef Martinz, der in der Bevölkerung über vergleichsweise hohe Vertrauenswerte verfügt, glaubwürdig vertreten werden konnte.

Die Grünen – Themensetzung abseits der Themenkonjunktur

Der Spitzenkandidat der Grünen Rolf Holub konzentrierte sich ebenfalls vorwiegend auf ein großes Thema, und zwar die Kontrolle der Kärntner Regierung. Mit einem zwinkernden Auge wurde Rolf Holub, im Brotberuf Kabarettist, als „Sherlock Holub“ mit übergroßer Lupe inszeniert. Neben dem Leitmotiv Kontrolle spielten die Grünen flankierend die Themen Armut, Frauen, Minderheiten und Umweltschutz. Damit sprach Holub zwar Kernthemen der Grünen an, die Stimmungslage der Bevölkerung war jedoch eine andere.

Vor dem Hintergrund wachsender Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft verblasste der Ärger über landespolitische Geldverschwendung. Was vor allem fehlte, waren Grüne Lösungsansätze für die Jobsorgen der Menschen, gerade auch für die gehobene Grün-Wählerschaft – Stichwort Akademikerjobs.

Die FPÖ – Anwartschaft auf das ideologische Erbe Haiders

Die Meldung, dass Mario Canori als Spitzenkandidat für die FPÖ ins Rennen gehen würde, war ein Paukenschlag, mit dem die sonst wenig aufmerksamkeitsverwöhnte Landesgruppe zumindest kurzzeitig die mediale Aufmerksamkeit auf ihrer Seite hatte. Auch Parteichef Heinz-Christian Strache leistete tatkräftige Unterstützung und ließ sich gemeinsam mit Canori auf den Plakaten abbilden. So sollte der außerhalb Klagenfurts eher unbekannte Spitzenkandidat im Wahlkampf von der Strahlkraft Straches profitieren. Wie Strache auf Bundesebene, argumentierte auch Canori auf Landesebene, dass die FPÖ der ideologische Erbe der Politik Haiders sei, und startete mit der Botschaft „Kärnten geht SEINEN Weg“ in den Wahlkampf.

Wahlkampftechnisch hatte die Kampagnenleitung Canoris offenbar Anleihen an Barack Obama genommen. Das Logo „MCanori|09“ war nicht zuletzt durch das mit den Landesfarben verzierte „O“ an das Wahlkampf-Logo Obamas angelehnt. Thematisch plakatierte Canori „Arbeit schaffen“, „Armut bekämpfen“ und „Wirtschaft stärken“, streifte die Themen allerdings eher und schlug nur wenige konkrete Maßnahmen vor – darunter

eine Arbeitsplatzprämie für Betriebe, um Jobs zu schaffen, oder ein „Kärntenhaus“ für leistbares Wohnen. In der zweiten Plakatwelle war Canori dann allein auf den Wahlplakaten zu sehen. Mit Seitenhieb auf Gerhard Dörfler war die Botschaft: „Der Vergleich macht sicher: Besser für Kärnten. Landeshauptmann Mario Canori“.

Schlussendlich ging die Strategie allerdings nicht auf. Die überwiegende Mehrheit der Kärntner sah nach wie vor das BZÖ als den politischen Erben Haiders und gab den Orangen die Stimme. Zudem war Canori außerhalb Klagenfurts ein eher unbeschriebenes Blatt, hatte mit schlechten Vertrauenswerten zu kämpfen und wurde von einigen aufgrund seines mehrmaligen Parteiwechsels als Wendehals gesehen.

2. Ausblick

Landespolitische Konsequenzen der Landtagswahl

Auf Landesebene hat sich Gerhard Dörfler mit einem Ergebnis jenseits der 42 Prozent Haiders seinen Platz als Landeshauptmann gesichert. Uwe Scheuch wird sich also wohl noch gedulden müssen, realistisch wäre aber eine Kandidatur Scheuchs bei der übernächsten Landtagswahl.

Die interessanteste Frage ist jedoch, ob die Partei längerfristig auch ohne einen Jörg Haider überleben kann. Außerhalb Kärntens kann diese Frage nach einigen Jahren der Beobachtung ziemlich eindeutig mit Nein beantwortet werden, in Kärnten wäre allerdings eine längerfristige Existenz, wie im Falle der CSU in Bayern, denkbar. Entscheidend dafür wird die nächste Landtagswahl sein. Gelingt der Partei dann wieder ein überzeugendes Ergebnis, scheint ein längerfristiges Bestehen in Kärnten gesichert. Folgt sie dahingegen ihren Schwesterparteien aus den anderen Bundesländern, hätte das das Ende des Experiments BZÖ zur Folge.

Unsicher ist die Situation auch in der SPÖ Kärnten – vor allem in Hinblick auf Reinhart Rohrs Verbleib an der Parteispitze. Bis auf weiteres steht die eigene Partei offiziell hinter dem Parteichef und steuert einen internen Reformprozess an. Mächtige Bürgermeister wie der St. Veiter Gerhard Mock oder der Wolfsberger Gerhard Seifried werden aber als potenzielle Nachfolgekandidaten gehandelt. Beide haben keine Berührungsängste und eine gute Kommunikationsbasis mit dem BZÖ. Es ist also weiterhin mit einer engeren Zusammenarbeit zwischen Rot und Orange zu rechnen, auch aufgrund des bestehenden Proporzsystems in der Kärntner Landesregierung. Die Rolle einer „konstruktiven Opposition“ in der Landesregierung, die jetzt unter Rohr angestrebt wird, ist nicht durchzuhalten und trägt den Keim der nächsten Niederlage in sich.

Bundespolitische Konsequenzen der Landtagswahl

Durch den überzeugenden Wahlsieg des BZÖ hat sich die Partei bis auf weiteres im österreichischen Parteienspektrum verfestigt. Das von Heinz-Christian Strache kurz nach der Wahl vorgeschlagene CDU/CSU-Modell kann bis auf Weiteres als gescheitert angesehen werden – gemäß dieser Idee hätten die vor allem in Kärnten starken Orangen unter der „Dachmarke" der FPÖ mit den Blauen gemeinsame Sache machen sollen. Für die nächste Zeit wird das Fünf-Parteien-System also erhalten bleiben. Längerfristig scheint eine Kooperation der beiden Rechtsparteien allerdings wahrscheinlich, da das BZÖ in den restlichen acht Bundesländern seit seiner Gründung 2005 keine Erfolge erzielen konnte und nach dem Tod Haiders wohl auch nur mit geringen Ausstrahlungseffekten von Kärnten auf andere Teile des Landes rechnen kann.

Für die Bundes-SPÖ stellt sich eine schon seit Jahren regelmäßig wiederkehrende Lebensfrage in neuer Schärfe: Wie kann sie dem Abwandern traditioneller Kernwählerschichten nach rechts entgegenwirken? Parteiinterne Kritiker geben Bundeskanzler Werner Faymann und seinem „Kuschelkurs" mit Regierungspartner ÖVP die Schuld an den Stimmenverlusten. In dieser Form greift die Erklärung allerdings sicher zu kurz.

Um die problematischen Zielgruppen Prekariat und Jungwähler anzusprechen, wird die SPÖ nicht darum herumkommen, überzeugende Lösungen bei zwei der härtesten Themen im politischen Spektrum zu finden, nämlich bei der Zuwanderung und bei den Arbeitsplätzen der Zukunft. Was die Zuwanderungspolitik betrifft, wird der Ruf nach einer härteren Linie in diesem Bereich nach weiteren Verlusten bei Landtagswahlen sowie der Europawahl vor allem vonseiten der Länder immer lauter, mit einem Parteichef Faymann ist ein Hardliner-Kurs aber zumindest auf Bundesebene eher unwahrscheinlich. Bis zum Parteitag 2010 soll nun unter der Leitung von Norbert Darabos ein Integrationskonzept erarbeitet werden, an dem sich die Partei künftig orientieren soll. Das Um und Auf wird dabei sein, inwieweit in diesem Konzept tatsächlich zukunftsweisende und zielführende Lösungsvorschläge präsentiert werden, mit denen auch die problematischen SP-Zielgruppen teils wieder überzeugt werden können.

Das zweite Problem, mit dem sich die SPÖ in der Wirtschaftskrise konfrontiert sieht, ist, dass ihr gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Kompetenz im Bereich Arbeitsplätze nicht mehr in dem Ausmaß zugeschrieben wird. Dem arbeitet die Partei auf Bundesebene mit einer Reihe von Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen entgegen, darüberhinaus wären jedoch Überlegungen zu einer Adaptierung der Positionierung im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt notwendig. Schließlich haben sich über die Jahrzehnte die Rahmenbedingungen geändert. Die Wirtschaft ist

heute globalisiert, die Möglichkeiten eines kleinen Landes, mit Fiskalpolitik die Wirtschaftslage im Land zu beeinflussen, sind zunehmend begrenzt und auch in der Bevölkerung nicht mehr glaubwürdig. Und auch Arbeitsplätze in staatlichen bzw. halbstaatlichen Unternehmen und Organisationen, die die Partei lange Zeit unterstützte und absicherte, gehen immer mehr verloren. Traditionelle Positionen der Partei im Bereich Wirtschaft und Arbeit sollten also in Hinblick auf die moderne Wirtschaftswelt überdacht werden. Die Partei müsste sich die Frage stellen, was heutzutage eine sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik sein und leisten soll.

Die Grünen gingen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene geschwächt aus den Landtagswahlen hervor. Nach den enttäuschenden Ergebnissen bei der Nationalratswahl 2008 und dem Wechsel an der Parteispitze von Alexander van der Bellen zu Eva Glawischnig durchlebten die Grünen eine schwierige Phase. Parteiinterne Grabenkämpfe brachen offen aus, und die Partei war auch thematisch auf der Suche nach neuen Akzenten – schließlich sollen neben den Grünen Stammwählern auch neue Zielgruppen gewonnen werden. Der Trend der Verluste bei Wahlen setzte sich bei der Salzburger Landtagswahl und der Europawahl fort, ist aber mit dem Ergebnis der Vorarlberger Landtagswahl und dem Erfolg in Oberösterreich zumindest kurzfristig wieder stabilisiert. Damit kann auch Parteichefin Glawischnig, die zuletzt bereits unter Druck geraten war, wieder durchatmen. Notwendig wäre für die Partei, nach einer mittlerweile bereits relativ ausgedehnten Phase der Neuorientierung wieder eine klare Linie und einen Neustart zu kommunizieren und auch parteiintern Geschlossenheit zu demonstrieren. Der Versuch einer thematischen Neuorientierung war strategisch wichtig, um neue Zielgruppen ansprechen zu können, dieser sollte jedoch in absehbarer Zeit zu einem Ende gebracht werden. Abzuwarten bleibt, ob sich die Partei tatsächlich neu ausrichten wird oder ob die ausgearbeiteten Konzepte ähnlich stiefmütterlich behandelt werden, wie einst die Ergebnisse der Perspektivengruppen der ÖVP.

3. Exkurs: Wahlen zum Europäischen Parlament

Knapp vier Monate nach den Landtags- und Gemeinderatswahlen fanden am 24. Juni 2009 die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Dabei trat auch der ehemalige SPÖ-Politiker Hans-Peter Martin erneut mit einer eigenen Liste an und wurde wie schon beim letzten Mal massiv von der Kronen-Zeitung unterstützt. Und auch das Thema war dasselbe, wie in Martins Wahlkampf 2004: die Aufdeckung von Missständen und deren Kontrolle. Damit machte Martin erneut FPÖ und BZÖ das klassische rechtspopulistische Thema Elitenkritik bzw. Anti-Establishment strittig. Die FPÖ reagierte darauf mit einer Fokussierung auf das Thema Zuwanderung, ins-

besondere Anti-Türkei-Beitritt, womit für das BZÖ die Bandbreite erfolgversprechender Themen denkbar eingeschränkt war. Die Partei entschied sich für eine Soft-Variante des Themas Kontrolle von Missständen und inszenierte Spitzenkandidat Ewald Stadler als den ehrlichen, verlässlichen Sprecher für das Volk in der EU, den „Volksanwalt" Stadler, der mit Rückgrat für die Interessen der Menschen kämpft.

Schlussendlich konnte Hans-Peter Martin mit 17,7 Prozent der Stimmen erneut Platz drei verteidigen und im Vergleich zu 2004 sogar leicht zulegen (+3,7 Prozent). Die FPÖ konnte sich mit 12,7 Prozent der Wählerstimmen verglichen mit der Europawahl 2004 verdoppeln. Der direkte Vergleich ist allerdings etwas irreführend, denn 2004 befand sich die Partei gerade an einem historischen Tiefpunkt, hatte in Folge des „Putsches" von Knittelfeld (2002) mehrere Wahlen verloren und steuerte auf eine Spaltung zu. Vergleicht man das Ergebnis mit früheren Europawahlen (1999: 23,4 Prozent; 1996: 25,5 Prozent) oder mit dem letzten Nationalratswahl-Ergebnis (17,5 Prozent), so zeigt sich, dass die Partei ihr Potenzial nicht ausgeschöpft hat.

Am schlechtesten stieg jedoch das BZÖ aus. Mit einem Ergebnis von 4,6 Prozent der Wählerstimmen verpasste es den Einzug ins Parlament. Ebenfalls unter der Fünf-Prozent-Hürde blieben mit jeweils 0,7 Prozent die KPÖ und die erstmals angetretenen Jungen Liberalen (JuLis).

In der ÖVP war vor allem das parteiinterne Vorzugsstimmen-Duell zwischen Spitzenkandidat Ernst Strasser und dem langgedienten Europaparlamentarier Othmar Karas spannend. In die Situation hineingeschlittert, machte die Partei dann aber das Beste aus der Auseinandersetzung. Nicht zuletzt durch die große Anzahl an Vorzugsstimmen für den Listenzweiten Othmar Karas, der im Vorfeld als zu konturlos eingeschätzt worden war, um die Liste als Vote-Getter anzuführen, schaffte die Partei schlussendlich Platz eins mit einem Anteil von knapp 30 Prozent der Wählerstimmen.

Ein Wahldebakel fuhr dahingegen die SPÖ ein. Mit einem Minus von 9,6 Prozentpunkten kam die Partei auf einem Niveau von 23,7 Prozent zu liegen und erreichte damit das niedrigste Ergebnis bei bundesweiten Wahlen in der Zweiten Republik. Ein ernüchterndes Ergebnis fuhren auch die Grünen ein. Mit 9,9 Prozent und einem Minus von drei Prozentpunkten schrammte die Partei nur knapp am Verlust ihres zweiten Mandats vorbei. Erst nach Auszählung der Wahlkarten war gesichert, dass neben Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek auch Listenzweite Eva Lichtenberger ins EU-Parlament einziehen kann.

Vergleicht man die bundesweiten Ergebnisse mit den Stimmenverhältnissen in Kärnten, so schnitt erwartungsgemäß vor allem das BZÖ im Süden deutlich besser ab. Mit knapp 21 Prozent Stimmenanteil lag die Partei in

Kärnten hinter der SPÖ auf Platz zwei. Vergleicht man das Ergebnis mit dem Stimmenanteil bei der Landtagswahl vier Monate zuvor, so wird deutlich, dass das BZÖ sein Potenzial in Kärnten absolut nicht ausgeschöpft hat. Das liegt einerseits an der Wahlbeteiligung. Gerade Wähler rechtspopulistischer Parteien haben der EU gegenüber eine deutlich kritischere Haltung und sind daher auch schwerer mobilisierbar. Denn warum sollte man Vertreter eines Gremiums wählen, dem man kritisch bis ablehnend gegenübersteht und das überdies zu groß ist, also dass die Vertreter einer kleinen österreichischen Partei dort etwas ausrichten könnten? Vor allem in Kärnten blieben viele Wähler am Wahlsonntag zu Hause. Lag die Wahlbeteiligung bundesweit bei 46 Prozent, war sie in Kärnten mit gerade einmal 36 Prozent an vorletzter Stelle. Ein weiterer Grund für das Ergebnis des BZÖ in Kärnten war der Spitzenkandidat. Das BZÖ bzw. früher die FPÖ wurden in Kärnten in erster Linie wegen der Person Haider und dem von ihm propagierten „Kärntner Weg" gewählt. Mit Ewald Stadler trat nun aber ein Spitzenkandidat an, der weder über (wenn auch nur vermeintliche) Kärntner Wurzeln verfügte noch von Auftreten und Stil her Haider ähnelte. Von ihm fühlte sich die Parteiwählerschaft nicht angesprochen. Und auch thematisch wurde die Partei zwischen Hans-Peter Martin und der FPÖ zerrieben; das BZÖ konnte den Wählern keinen überzeugenden Grund liefern, warum es wichtig wäre, der Partei die Stimme zu geben.

Die SPÖ schnitt in Kärnten knapp besser ab als auf Bundesebene, konnte ihr Wählerpotenzial jedoch auch nicht voll ausschöpfen. Neben einem Spitzenkandidaten mit mangelnder Mobilisierungskraft vermittelte die SPÖ generell wenig Begeisterung für die EU. Ausgehend vom offenen Brief Faymanns und Gusenbauers an den Herausgeber der Kronen-Zeitung, in dem die Partei auf die Linie der Zeitung für eine Volksabstimmung bei künftigen Änderungen des EU-Vertrags sowie einen tendenziell EU-kritischen Kurs einschwenkte, erweckte die SPÖ nicht gerade den Eindruck großen Interesses an der Europäischen Union. Der Posten des Kommissars wurde bereitwillig dem Koalitionspartner ÖVP überlassen, und auch in den Wahlkampf wurden verhältnismäßig wenig Ressourcen investiert. Thematisch positionierte sich die Partei zwar prinzipiell pro EU, trat allerdings für Veränderungen in Richtung eines sozialeren Europas ein. Bei Fragen zu einer möglichen Volksabstimmung zum EU-Vertrag kamen teils widersprüchliche und teils ausweichende Äußerungen. Alles in allem konnte die Partei keine klare Positionierung aufbauen. Dem Wähler war nicht restlos klar, ob er mit der SPÖ nun einer EU-freundlichen oder -kritischen Partei seine Stimme gab. FPÖ, BZÖ und Hans-Peter Martin führten einen klaren Anti-EU-Kurs, die ÖVP vertrat dahingegen eine klare Pro-Europa-Positionierung, die sie zum Sammelbecken von Wählern machte, die der EU positiv gegenüberstanden – vor allem ehemaligen Grün-Wählern konnte damit ein Angebot gemacht werden. SPÖ und Grüne versuchten dahingegen, EU-

Abbildung 12: Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 nach Bundesländern

Gebiet	Wahl-berechtigte	Wahl-beteiligung (in %)	Stimmen		SPÖ (in %)	ÖVP (in %)	MARTIN (in %)	Grüne (in %)	FPÖ (in %)	BZÖ (in %)	KPÖ (in %)	JuLis (in %)
			abgegeben	gültig								
Österreich	**6.362.761**	**45,97**	**2.925.132**	**2.864.621**	**23,74**	**29,98**	**17,67**	**9,93**	**12,71**	**4,58**	**0,66**	**0,72**
Burgenland	231.698	55,19	127.871	124.212	33,90	31,20	15,95	4,54	11,41	2,26	0,34	0,40
Kärnten	**450.336**	**36,10**	**162.586**	**159.437**	**25,37**	**20,74**	**17,71**	**7,49**	**6,71**	**20,98**	**0,46**	**0,55**
Niederösterreich	1.266.289	56,59	716.568	697.068	23,22	35,18	18,19	6,96	12,47	2,89	0,48	0,62
Oberösterreich	1.093.481	51,34	561.382	548.166	24,01	31,36	16,97	8,54	13,83	4,19	0,55	0,55
Salzburg	392.349	42,40	166.341	162.715	19,07	32,51	20,59	10,67	11,63	4,28	0,58	0,67
Steiermark	972.619	40,64	395.273	388.768	24,11	30,92	17,13	8,77	12,40	5,18	0,80	0,68
Tirol	528.849	36,09	190.869	188.525	13,31	36,56	21,15	12,26	11,62	3,75	0,50	0,85
Vorarlberg	264.431	39,98	105.711	104.552	13,24	36,72	19,55	12,90	11,79	4,62	0,39	0,79
Wien	1.162.709	42,88	498.531	491.178	28,57	18,22	15,85	17,01	15,32	2,62	1,23	1,18

Quelle: Bundesministerium für Inneres, www.bmi.at

Kritik mit einem distanzierten Ja zu Europa unter einen Hut zu bringen. Diese unklare Positionierung hatte schlussendlich für beide Parteien Stimmenverluste zur Folge. Bei den Grünen waren zudem innerparteiliche Querelen rund um Johannes Voggenhuber für den Wahlausgang verantwortlich. Die Partei schnitt in Kärnten mit 7,5 Prozent knapp schlechter als im Bund ab, lag damit aber immer noch höher als bei den beiden vorangegangenen Landtagswahlen.

Die FPÖ schnitt in Kärnten mit 6,7 Prozent erwartungsgemäß deutlich schlechter ab als im Bundesdurchschnitt, hatte aber annähernd gleich viel Stimmen erreicht wie kärntenweit bei der Nationalratswahl 2008 gewonnen werden konnten. So lange das BZÖ im Land so stark ist, sind auch bei bundesweiten Wahlen in Kärnten kaum höhere Ergebnisse für die FPÖ zu erwarten – sofern das BZÖ weiterhin im Parlament in Wien vertreten ist.

Hans-Peter Martin schnitt mit 17,7 Prozent in Kärnten auf gleichem Niveau wie im Bund ab. Der Wahlkampf von Martin fand fast ausschließlich über die Kronen-Zeitung statt. So hatte der Wunschkandidat von Krone-Herausgeber Hans Dichand eine tägliche Kolumne in der Zeitung, in der er Inhalte aus seinem Buch „Die Europafalle" vorstellte. Die Botschaften wurden durch das übliche meinungsgestaltende Instrumentarium der Zeitung unterstützt: Kommentare, Gedichte von „Wolf Martin", Bemerkungen des „Herrn Strudl", gezielt ausgewählte Leserbriefe. Martin positionierte sich als Aufdecker, der den Mächtigen in der EU auf die Finger schaut und gegen Bürokratie und Geldverschwendung ankämpft. Diese Positionierung war für viele Wähler glaubwürdig. Insbesondere Krone-Leser sowie Pensionisten und Protestwähler gaben Martin ihre Stimme.

Ein weiterer Erfolgsfaktor Martins vor dem Hintergrund einer latenten Proteststimmung war seine Inszenierung als „untypischer Politiker" bzw. die Inszenierung seiner Liste als „Bürgerbewegung" anstatt als Partei. Dieses Prinzip des Einzelkämpfers für die Bürger, der nicht dem Bild des klassischen Politikers entspricht, funktionierte bereits bei Fritz Dinkhauser bei den Tiroler Landtagswahlen 2008. Bei Nationalratswahlen hingegen konnte das monothematische Konzept bisher nicht reüssieren, weder Hans-Peter Martin noch Fritz Dinkhauser kamen über marginale Wählerzustimmung hinaus.

Literatur

Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2003), *Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change around the World.* New York.

Nieuwbeerta, Paul/Manza, Jeff (2002), *Klassen-, Religions- und Geschlechterspaltung: Parteien und Gesellschaften im Vergleich,* in Brettschneider, Frank/Van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hg.), *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen, 247–278.

Norris, Pippa (1999), *Gender: A Gender-Generation Gap?,* in Evans, Geoffrey/Norris, Pippa (Hg.), *Critical Elections. British Parties and Voters in Long-Term Perspective,* Thousand Oaks, 148-163.

Plasser, Fritz (1987), *Parteien unter Stress,* Wien.

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Seeber, Gilg (2003), *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten,* in Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.), *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002,* Wien, 97–157.

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Seeber, Gilg (2007), *Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006,* in Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.), *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006,* Wien, 155–194.

ORF-Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2009,
http://www.sora.at/images/doku/wahltagsbefragung_ltw_kaernten_09.pdf

Anmerkungen

1 Umfrage von Integral im Auftrag des Kurier, publiziert am 12. 1. 2009, Rest auf 100 Prozent keine Angabe.

2 Quelle: Umfrage von Integral, Kurier, publiziert am 12. 1. 2009.

3 Quelle: Umfrage von SORA, Profil, publiziert am 12. 1. 2009.

4 Quelle: Umfrage von IMAS, Kronen-Zeitung, publiziert am 1. 2. 2009.

5 Quelle: Umfrage von Peter Hajek, Kleine Zeitung, publiziert am 8. 2. 2009.

6 Quelle: Umfrage von Market, Der Standard, publiziert am 23. 2. 2009.

7 Quelle: Umfrage von Gallup, Österreich, publiziert am 26. 2. 2009.

8 Quelle: Umfrage von Public Opinion, Kärntner Woche, publiziert am 26. 2. 2009 (Mittelwerte innerhalb angegebener Schwankungsbreiten).

9 Umfrage von Gallup im Auftrag von Österreich, publiziert am 26. 2. 2009. Die Fragestellung lautete: „Hätten Sie das BZÖ mit einem Spitzenkandidaten Jörg Haider gewählt?" 56 Prozent der Befragten antworteten mit „Nein", 10 Prozent machten keine Angabe.

10 Umfrage von Integral im Auftrag des Kurier, publiziert am 12. 1. 2009. Die Fragestellung lautete: „Wie hat Jörg Haider seine Arbeit gemacht?"

11 Umfrage von Peter Hajek im Auftrag der Kleinen Zeitung, publiziert am 8. 2. 2009. Die Fragestellung lautete: „Ich lese Ihnen nun eine allgemeine Aussage zu Kärnten vor: „Es ist Zeit für einen Wechsel: Es sollte einmal eine andere Partei als bisher in Kärnten regieren und den Landeshauptmann stellen." Stimmen Sie dieser Aussage eher zu oder eher nicht zu?"

12 Umfrage von Integral im Auftrag des Kurier, publiziert am 12. 1. 2009. Die Fragestellung lautete: „Soll Kärnten auf Haider-Kurs bleiben?"

13 Veränderung zum Ergebnis der Nationalratswahl 2006.

14 Veränderung im Vergleich zur FPÖ 2004.

15 Sonstige Parteien waren bei der Landtagswahl 2009 die Liste STARK mit 208 Stimmen sowie die Liste GPÖ mit 188 Stimmen. Bei der Landtagswahl 2004 war die einzige sonstige Partei das LIF.

16 Sonstige Parteien bei der Nationalratswahl 2008 waren KLE (0,10 Prozent), LIF (1,54 Prozent), RETTÖ (0,68 Prozent), Die Christen (0,51 Prozent), STARK (0,07 Prozent) und FRITZ (0,93 Prozent)

17 Anmerkung: Geringe Fallzahl.

18 Anmerkung: Geringe Fallzahl.

Claudia Grabner

Das dritte Lager – eine orange-blaue Annäherung

Kärnten und „sein“ Toter …

Kärnten hat einen Toten gewählt. 142 Tage nach seinem Unfalltod haben 44,89 Prozent der Wähler Jörg Haider zum großen Wahlsieger gekürt. Haben sie das? Politwissenschafter, Meinungsforscher, Kommentatoren – sie sind bis heute uneins. Der Wahlerfolg des BZÖ bleibt Gegenstand von Erklärungsversuchen, Deutungen, Interpretationen. Man sucht nach dem Warum für das Phänomen 44,89 Prozent, das alle Prognosen im Wahlvorfeld ad absurdum geführt – und die Meinungsforschung per se mit einem Schlag unter der Gürtellinie getroffen hat. Der Wähler, das gnadenlose Wesen, will sich nicht be-greifen lassen. 42,43 Prozent bei der Landtagswahl 2004, dazu die Kärntner Ergebnisse bei der Nationalratswahl im September 2008: 39,4 Prozent für das BZÖ, 7,7 Prozent für die FPÖ. Das war die Basis, auf der sich sichere Prognosen entwickeln lassen sollten. Die Rechnung wäre vom Ansatz gleichermaßen logisch wie simpel gewesen: Das „freiheitliche“ Lager könnte in Kärnten auf 47 Prozent kommen, das sei ihr maximales Wählerpotenzial. Kompliziert machte es die große Unbekannte – die orange-blaue Spaltung. Politexperten mutmaßten in beide Extreme: Man traute der FPÖ den Sprung in die Landesregierung zu, was in etwa elf Prozent bedeutet hätte, man meinte aber auch, dass sie es nicht in den Landtag (und damit auf fünf Prozent) schaffen werde.

„Alleine die Tatsache, dass eine Partei mehr im Spiel ist, und aufgrund der veränderten Bedingungen durch den Tod von Jörg Haider ist die Zahl der Unentschlossenen relativ hoch. Dadurch ist sicher nicht zu erwarten, dass die Wahl ‚wie erwartet‘, sprich mit einer möglichen Absoluten des BZÖ, ausgeht“, analysierte etwa Politologe Dr. Peter Filzmaier in einem Interview mit der neuen „Kärntner Tageszeitung“ eine Woche vor der Wahl. Und: „Der Einfluss Haiders ist in der Gesamtstimmung da – sowohl von möglichen BZÖ-Wählern als auch von Nicht-BZÖ-Wählern. Natürlich birgt Haider indirekt auch eine Gefahr für die Orangen – sie provozieren nämlich ungewollt den Vergleich. Da steht die Frage im Raum: Können sie es genauso gut wie Jörg Haider? Eine Frage, die ihnen nicht unbedingt nützt.“

Der Kampf ums Erbe

Die Frage, an der sich letztlich die beiden freiheitlichen Kontrahenten rieben, hatte (konsequenterweise) Jörg Haider zum Inhalt: Wer sei sein „rechtmäßiger Erbe"?

Um diese Frage zu beantworten, gilt es zu klären, wofür Jörg Haider stand. Wie definierte er Freiheitlich? Auf welcher Ideologie fußte sein Bündnis Zukunft Österreich? Gab es eine Ideologie? Oder war es Beliebigkeit? Beliebigkeit, die sich als Angebot der Nachfrage begriff? Was verlangte das Volk? Was wollte es hören? Welche Bedürfnisse mussten gestillt, welche Ängste begriffen, welche Hoffnungen angesprochen werden? Rechts, Mitte, Links. Extrem-national, konservativ, liberal, sozial. In welches ideologische Wertemuster lässt sich Haider pressen? Politkommentatoren stellten während des Nationalratswahlkampfes im Sommer 2008 (uneingeschränkt) fest: Jörg Haider präsentiere sich „staatsmännisch" – und das sollte heißen: sachlich, gemäßigt, lösungsorientiert. Es sollte vor allem heißen: nicht urfreiheitlich. Dieser Part blieb Heinz-Christian Strache überlassen. Brachial-Rhetorik inklusive. „Das regierungskompatible BZÖ hat der FPÖ ermöglicht, unter Strache den alten Stil der populistischen Stimmenmaximierung wieder fortzusetzen. Ein stark populistischer Kurs ist die einzige Möglichkeit, die die FPÖ im Moment hat. Wenn sie behaupten würde, sie sei eine Regierungspartei und würde gerne sachlich agieren – das nähme ihr keiner ab", analysierte etwa Kurt Richard Luther, Parteienforscher und Spezialist in Sachen FPÖ, an der englischen Keele University (in: „Datum, Seiten der Zeit"). Die Blauen mussten ihr Heil in der Vergangenheit suchen.

Umso mehr verblüffte die Wahl, die Strache drei Monate später für seine FPÖ in Kärnten traf: Mit Mario Canori schickte er einen Spitzenkandidaten ins Rennen, der vor allem eines nicht war: der Mann, den man sich erwartet hatte. Als wirtschaftsliberaler, weltoffener Mittvierziger verkörperte Canori den Typ Mensch, den das „dritte" Lager kritisch beäugte. Da führte plötzlich ein sachlich korrekter, gar nicht hetzerischer Spitzenkandidat den rechten Flügel an. Hatte Strache richtig gewählt? Wusste er: Um Haiders Erbe anzutreten, reichte es nicht aus, das zackige Kernmilieu, das heimattreue Feld zu bestellen? Diese Aufgabe sollte in der Folge Strache selbst übernehmen. Canori warb lösungsorientiert um eine liberalere Klientel.

Das BZÖ marschierte unterdessen als Dreigestirn: Mit Spitzenkandidat Gerhard Dörfler, Parteichef Uwe Scheuch, Landesrat Harald Dobernig forderten drei Männer das Erbe Haiders ein, die unterschiedlicher nicht sein konnten. Dörfler, der nie vergaß, von seiner Herkunft als kleiner Arbeiterbub zu erzählen. Dörfler, der nie vergaß, sich mit der milde belächelten

orangen Jacke an die Seite der Hackler zu gesellen. Man konnte fast sagen: Was dem späteren Klagenfurter Bürgermeister Christian Scheider seine Sozialmarkt-, Pensionisten-, Notstandsbezieher-Offensive gewesen ist, war Dörflers gnadenlose Demonstration des „Ich war ein Arbeiterkind …". „Ich selbst komme aus einer Arbeiterfamilie und weiß, wie die Arbeiter denken. Deshalb habe ich mich ganz besonders diesen Menschen gewidmet. Ich habe ihnen entsprechende Angebote geliefert – auch im sozialen Bereich", hielt er am Tag nach dem BZÖ-Wahlerfolg in einem KTZ-Interview fest. Und: „Wie wurde meine orange Jacke belächelt! Doch sie ist ein Zeichen von Wertschätzung den Arbeitern gegenüber."

Im scharfen Gegensatz: Uwe Scheuch. Der Oberkärntner Jungmensch, modisch präzise auf trachtigem Kurs, machte nie ein Hehl daraus, wofür er steht: für das, was die Freiheitlichen groß gemacht hat. Und das heißt: national über alles, zuerst das Kärntner Land und seine Leut, der Heimat treu ergeben. Mit Harald Dobernig nahm das BZÖ einen dritten in den Bund, der unscheinbar, leise, nicht greifbar, weil unbekannt, schwer einzuordnen war: Als finanzpolitisch rechte Hand Jörg Haiders, die er viele Jahre lang gewesen war, konnte er schließlich als der sachlich-bemühte Part durchgehen. Gerhard, Uwe, Harald – sie versprachen, auf Jörgs Kärnten zu schauen. Garantiert.

Fassungslos erfolgreich …

Garantiert … haben dann – am 1. März – Politologen im Kollektiv lange Gesichter gemacht. Grandios waren alle Prognosen gescheitert. Vom versprochenen Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen BZÖ und SPÖ blieben Spott und Hohn. Die SPÖ maßlos abgestürzt. Das BZÖ rätselhaft erstarkt. Hatte ein Toter die Wahl gewonnen? Die Erklärung, mit der sich vornehmlich und vorschnell Wahlverlierer trösten wollten, kann bestenfalls ein Mosaiksteinchen im großen Analysefeld sein. Denn: Der Wähler mag unberechenbar, er mag vielleicht unverschämt und gegebenenfalls leichtgläubig sein. Eines ist er in Summe gesehen nicht: geistig so minder bestellt, dass er einem Verstorbenen als „letzte Ehrerbietung" zum Wahlsieg verhilft. Warum also der BZÖ-Erfolg? Warum 44,89 Prozent? Selbst wenn (fast) alle blauen Ur-Freiheitlichen ins orange Lager übergegangen wären, blieben zu viele Prozent mit unbekannter Herkunft. Sollte ein ehemals roter, schwarzer, gar grüner Wähler Jörg Haider just als Toten für sich entdeckt haben? – Eben!

Garantiert … hat dann – am 1. März – das BZÖ ein fassungsloses Gesicht gemacht. Grandios waren Rechnungen aufgegangen, die man in diesem Ausmaß nie angestellt hatte. Den Wahlerfolg in dieser Höhe hatte man so nicht eingeplant. Vielmehr belegte ein an die Öffentlichkeit gelangtes

geheimes Strategiepapier (das vom BZÖ als Fälschung geleugnet wurde), wie sich orange Parteifreunde ihre personelle Zukunft regeln wollten. Ausgangspunkt eins: Das BZÖ kommt unter 40 Prozent und auf Platz 2: In diesem Fall hätte Gerhard Dörfler am Mittwoch nach der Wahl (4. März) abdanken müssen, Uwe Scheuch das BZÖ alleine geführt. Ausgangspunkt zwei: Das BZÖ kommt unter 40 Prozent, hält aber Platz eins: Man hätte Gerhard Dörfler im Amt belassen (mit der Strategie: „Wählerauftrag: Platz 1 heißt Landeshauptmann") und die Übergabe an Uwe Scheuch sukzessive vorbereitet. Ausgangspunkt drei: Das BZÖ kommt auf über 40 Prozent, belegt aber Platz zwei: Dörflers Rücktritt wäre 10 bis 14 Tage nach der Wahl fällig gewesen, Uwe Scheuch sollte LH werden. Ausgangspunkt vier: Gab es nicht … Nach außen hin haben sich die BZÖler schnell gefasst, haben sich – wie im Wahlkampf – in Musketiermanier formiert: „Alle für einen!"

Und doch traute man der Einigkeit nicht. Traute nicht der inszenierten Verbrüderung. Nicht der „Arbeitsteilung", die sich Gerhard Dörfler als Landeshauptmann und Uwe Scheuch als Parteichef ausverhandelt hatten. Dörfler selbst wurde nicht müde, das „Doppelspiel" als Geniestreich darzustellen: „Zwei Kapitäne sehen den Eisberg früher. Manche wollen noch immer nicht begreifen, dass eine kluge Arbeitsteilung zweier Leistungstiere in Summe mehr Erfolg bringt. Das ist eine Rollenteilung, die uns die Arbeit leichter macht. Da habe ich keine Eitelkeiten und nicht diese extreme Geilheit ‚die ganze Macht für mich'", meinte der Landeshauptmann unmittelbar nach seiner Kür am 1. April in einem Interview mit der neuen „Kärntner Tageszeitung". Übrigens: Anders als am 23. Oktober 2008, als Dörfler zum interimistischen Landeshauptmann bestellt wurde, kam ihm diesmal keine orange Stimme abhanden (wenngleich das BZÖ konsequent beteuert, nicht der „Verräter" gewesen zu sein; diese Rolle schob man dem damaligen FPÖ-Obmann Franz Schwager zu …).

Unter der politischen Wahrnehmungsgrenze

Wenige Tage nach Dörflers Angelobung zum Kärntner Landesvater wurde der gebürtige Kärntner Josef „Seppi" Bucher an die Spitze der orangen Bundespartei berufen. Bucher, von dem man zum einen wusste: „Ich will mit meiner Partei den Weg einer neuen, modernen, bürgerlichen Kraft in Österreich gehen." (KTZ-Interview am 19. April 2009) Bucher, von dem man zum anderen wusste: Kein Zurück zur FPÖ! „Wir passen gar nicht mehr zusammen. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, dass wir jemals wieder zusammenfinden." Bucher, von dem man aber auch wusste: Er sollte nicht viel mehr als jene Marionette sein, an der die Scheuch-Brüder Uwe und Kurt die Fäden zogen. Daraufhin angesprochen, antwortete er in besagtem KTZ-Interview: „Ich kenne dieses Gerücht. Die Wahrheit ist: Seit

Oktober habe ich mit Uwe Scheuch zwei Mal telefoniert, mit Kurt Scheuch kein einziges Mal. Unsere persönlichen Begegnungen reduzieren sich auf die Gremien."

Tatsächlich machte sich Bucher in den folgenden Monaten daran, dem BZÖ den von ihm ausgerufenen wirtschaftsliberalen Anstrich zu geben – mit katastrophalem Ausgang in den Bundesländern: In Vorarlberg wie Oberösterreich (beide wählten im September) blieb das BZÖ unter der notwendigen Landtagshürde. In Oberösterreich trotz des vermeintlichen Bonus von Haider-Schwester Ursula Haubner! 1,2 Prozent im Ländle. 2,8 Prozent im Land ob der Donau – da wie dort unter der politisch relevanten Wahrnehmungsgrenze. Anders die verschmähte Bruderpartei FPÖ: beide Male der große Zugewinner. Plus 12,3 Prozent (und das heißt Verdoppelung) in Vorarlberg. Plus 6,8 Prozent (fast Verdoppelung) in Oberösterreich.

Gewinn um Gewinn

Da wie dort trommelten die Freiheitlichen das alte Programm: Das Anprangern des großkoalitionären Proporzes, Schmährufe gegen das rot-schwarze Versagen, der restriktive Kurs in der Ausländerfrage, das Schüren eines Patriotismus der tüchtigen Österreicher, das auf der Logik fußt: Der brave Österreicher müsse vor den gierigen Ausländern zu seinem Recht kommen. „Das ist sowohl ein sozialpolitisches als auch ein ausländerfeindliches Thema", sagt Kurt Richard Luther gegenüber „Datum, Seiten der Zeit". „Soziale Heimatpartei" wollte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl diese Marschroute nennen, deren Dogmatik unverwechselbar ist: Sie bietet keine Lösungen, spricht aber die Probleme an. Provokant. In einfachen Formeln. Vor allem Jungwähler dankten es Straches FPÖ – ohne selbst rechts zu sein, wie Politologen betonen. 24 Prozent Jungwähler-Stimmen: Was ÖVP (22 Prozent), SPÖ (12 Prozent) und Grüne (14 Prozent) nicht schafften, gelang dem „dritten Lager" bei der NR-Wahl im September 2008. In Vorarlberg ein Jahr später sollten es alleine für die FPÖ 41 Prozent sein.

Abseits des Jungwählerpotenzials fischt die FPÖ in Rest-Österreich ähnlich wie das BZÖ in Kärnten im roten Wählersegment: 45.000 Stimmen (von insgesamt 131.000) schnappten sich in Oberösterreich die Freiheitlichen von den Sozialdemokraten, 8.800 ehemalige SPÖ-Wähler wanderten in Kärnten von Rot zu Orange. „Ich bin seit je Mitte-rechts gestanden. Ich komme eigentlich aus einer klassischen Arbeiterfamilie, die SPÖ-orientiert ausgerichtet gewesen ist – was ja symptomatisch für den größten Teil der BZÖ-Bewegung ist." Es war der Kärntner BZÖ-LR Christian Ragger, der auf die Frage nach der ideologischen Fassbarkeit des BZÖ diese Antwort formulierte – und dabei von einer orangen „Universalpartei" sprach. Ein offen-

sichtlich wahres Wort angesichts der Wählerwanderung einstiger Sozialdemokraten.

Wohin des Weges?

Was der FPÖ bundesweit gelang, sich nämlich den Zulauf Hunderttausender orientierungsloser, weil zukunftspessimistischer, verängstigter, weil sich verraten fühlender Wähler zu sichern, sollte dem BZÖ ausschließlich in Kärnten vorbehalten bleiben. Im Rest Österreichs scheint dem „Zukunftsbündnis" keine Zukunft beschieden zu sein.

„Das BZÖ ist eine Kärntner Regionalpartei und in anderen Teilen Österreichs nur in Spurenelementen vorhanden", analysiert Günther Ogris vom Meinungsforschungsinstitut SORA. Noch fehlt es dem BZÖ an Identität. Noch weiß der Wähler nicht, wofür es steht. Noch weiß er nicht, was der Weg von rechts in die Mitte bedeuten sollte. Noch ist ihm die Partei zu beliebig. Nicht greifbar. Das musste auch Bucher nach der Vorarlberg-Oberösterreich-Ernüchterung einsehen: „Wir werden am 26. Oktober bei einem Programmparteitag in Kärnten verkünden, welche Partei das BZÖ sein wird. Bislang sind die Inhalte untergegangen, es braucht Zeit, Fuß zu fassen." Fuß fassen – als „rechtsliberale, leistungsorientierte Mittelstandspartei" – darüber ließ Bucher nach dem OÖ-Desaster am 27. September keine Zweifel aufkommen. Oder muss man sagen: TROTZ des OÖ-Desasters …?

Tatsächlich war bereits tags darauf Uwe Scheuch zur Stelle, um seinen Parteiobmann zu „korrigieren": Kärnten werde der von Bucher ausgerufenen Marschroute nicht folgen, man werde einen „eigenständigen Kärntner Weg" gehen. Und das sollte heißen: „Wir werden uns nicht mit wirtschaftsliberaler Politik beschäftigen und mit Fragen beschäftigen, die die Menschen nicht primär interessieren, sondern unser Weg wird klar für das Kärntner Heimatland geprägt sein. Wir wollen eine klar strukturierte Bewegung sein, die Sozial- und Familienpolitik, Heimattreue sowie eine strenge Ausländer- und Asylfrage im Vordergrund hat." Nachsatz: Sogar eine Kooperation mit der FPÖ auf Bundesebene wollte Scheuch nicht mehr ausschließen. Damit war klar: Deutlicher konnte der Kärntner Landesparteiobmann den orangen Richtungsstreit nicht andeuten, ohne ihn klar auszusprechen. Es war ein Richtungsstreit in zweifacher Sicht und damit hoch brisant: gegen Josef Bucher. Aber auch: gegen Gerhard Dörfler.

In den vergangenen Monaten machte Letzterer kein Hehl daraus, dass er mit Strache weder könne noch wolle. In der „Hi Society" des sommerlichen Beachvolleyballs fand Dörfler vor laufender Kamera gute Gründe, sich von Straches „Show-Politik" mit seiner „Arbeits-Politik" abzugrenzen: „Durch

Österreich zu ziehen und schöne Geschichten zu erzählen, davon halte ich nichts. Wähler zu täuschen, ist das eine, für Menschen zu arbeiten, das andere." Schließlich empfahl Dörfler den Wienern, 2010 lieber Häupl statt Strache zu wählen. Wörtlich: „Ich würde in Wien den Häupl wählen, weil der nicht so radikal ist wie Strache." Tage später ließ Uwe Scheuch festhalten: „Sollte das BZÖ 2010 in der Bundeshauptstadt nicht antreten, ist mir ein Strache zehn Mal lieber als der rote Bonze Häupl mit seinem System." Womit im Fall Dörfler-Strache-Uneinigkeit vieles, so nicht alles, gesagt sein sollte … Übrigens: In Wien dürfte das BZÖ in der Tat auf eine Kandidatur verzichten, nachdem Uwe Scheuch nach der OÖ-Schlappe am 28. September seiner Partei empfahl: „Ich kann den Wiener Freunden nur anraten, ihre Kraft und ihr Geld zu sparen." Es bleibt Experten überlassen, das als ersten Schritt in Richtung blau-orange Zusammenführung zu interpretieren.

Zusammenführen, was zusammengehört

Vor der Kärntner Landtagswahl im März 2009 wurde viel spekuliert, viel debattiert über ein wie auch immer geformtes orange-blaues Kooperationsmodell. Politologen und Kommentatoren analysierten im Vorfeld des 1. März mögliche Vernunftehen, die sich auf zwei Varianten zuspitzten: die totale Verschmelzung beider Gruppierungen oder eine Lösung nach deutschem CDU/CSU-Vorbild: in Kärnten geht die FPÖ im BZÖ auf, in Rest-Österreich verschmilzt das BZÖ mit der FPÖ, bundespolitisch agiert man Seite an Seite. Die politisch-ideologische wie die ökonomisch-finanzielle Logik würden dafür sprechen, wieder zusammenzuführen, was zusammengehört, betonten Politbeobachter.

Vier Landtagswahlen (Kärnten, Salzburg, Vorarlberg, Oberösterreich) und ein halbes Jahr später flammen die Diskussionen, diesmal zusätzlich genährt durch den 1. Todestag von Jörg Haider, wieder auf. Meinungsforscher zeigen sich, bestärkt durch die Wahlausgänge, einig: Der Mythos Haider werde alleine in Kärnten weiterhin eine politische Wirkung haben, außerhalb des südlichsten Bundeslandes aber „gering und völlig im Schwinden sein" (OGM-Chef Wolfgang Bachmayer in der „Kleinen Zeitung"). Daraus folgt für die Meinungsforschung: Das BZÖ werde, respektive müsse eine neue Richtung einschlagen. Ob allerdings die von Parteichef Josef Bucher ausgerufene Neupositionierung erfolgreich sein werde, wird ebenso bezweifelt wie die Frage, ob „Bucher als Parteiobmann die notwendige Autorität hat, einen solchen Werteschwenk zu realisieren", wie es Politologe Ferdinand Karlhof von der Universität Innsbruck in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung" formuliert. Uwe Scheuchs „Einspruch" nach der Oberösterreich-Wahl bestärkt den Zweifel. Der Kärntner Parteiobmann setzt öffentlich (!) auf Straches Kurs – und wird postwen-

dend vom geschäftsführenden Kärntner FPÖ-Parteiobmann Harald Jannach zurückgepfiffen. „Nach jahrelangen Schikanen seitens des BZÖ gegenüber der FPÖ gibt es für uns überhaupt keine Veranlassung, über eine Wiedervereinigung mit dem BZÖ zu diskutieren.“ Und: „Durch die Ergebnisse der Landtagswahlen in Vorarlberg und Oberösterreich sieht mittlerweile jeder, dass es über kurz oder lang auf Bundesebene kein BZÖ mehr geben wird.“ Interessant bleibt, dass Heinz-Christian Strache auf einen Kommentar verzichten wollte. Etwa weil man im Hintergrund zarte Bande knüpft? Zudem: Jannach sitzt in Kärnten nur interimistisch im Sattel. Seit der Landtagswahl im März trat das Präsidium zwar mehrmals zusammen, eine Parteiobmann-Entscheidung wurde aber ein ums andere Mal verschoben. Wollte man zunächst den Ausgang der EU-Wahl im Juni abwarten, waren es später die Ergebnisse der Landtagswahlen im September. Harald Jannach oder Mario Canori oder ein Überraschungskandidat à la Andreas Mölzer? Oder aber wird sich die Frage erübrigen, weil Scheuch und Strache tatsächlich an einer „strategischen Partnerschaft“ bauen?

BZÖ-Parteiobmann Josef Bucher steht unter Zugzwang: Hält er an seiner Parole „Von Rechts in die wirtschaftsliberale Mitte“ fest, brechen ihm Kärnten und die Steiermark weg – und damit das gesamte orange Haus. Denn: Nicht nur Scheuch stellte sich Bucher in den Weg, Seite an Seite mit ihm tat es der steirische Parteichef Gerald Grosz: „Mehr Profil, mehr Fleiß, mehr Härte und eine klare Abgrenzung vom politischen Gegner“ – so lautet die Formel, mit der das BZÖ wieder erstarken und sich der urfreiheitlichen Dogmatik nähern möchte. Allerdings: Es wäre eine Dogmatik, die trotz ihrer blauen Kernideologie in einen „breiteren Weg“ (Uwe Scheuch) ausfließt. Insbesondere in (Krisen-)Tagen wie diesen mobilisiert das dritte Lager dafür, ein rotes Wählersegment – „junge Arbeiter, die sogenannten Modernisierungsverlierer, die mehr als andere Menschen Zukunftsängste haben und angesichts steigender Arbeitslosigkeit nach Erklärungen suchen“ (Politologe Anton Pelinka im „Kurier“-Interview) – für sich zu gewinnen. Es ist nicht ausgeschlossen, würden sich BZÖ und FPÖ in dieser Mobilisierung wiederfinden …

Uwe Sommersguter

Rechtes Land unter

Der 1. März war für alle überraschend. Nur für einen vermutlich nicht. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) hat, so erzählt er gerne, schon „gewusst", dass „sein" BZÖ am Ende des Wahltages deutlich über den nicht nur von Demoskopen erwarteten Werten liegen werde. Alle anderen waren bass erstaunt, dass das BZÖ auch ohne Jörg Haider bei einer Kärntner Landtagswahl gewinnen oder gar zulegen konnte. Wobei – bereits bei dieser an sich objektiv betrachtet untadeligen Feststellung scheiden sich die Geister. Denn so einfach, wie uns die Arithmetik glaubhaft machen will, ist die Sache nicht.

Zum einen war das BZÖ 2004, im Jahr der vorangegangenen Landtagswahl, gar nicht gegründet und daher auch nicht angetreten. Die 42,4 Prozent „Ausgangsbasis" sind also der FPÖ zuzuschreiben gewesen. Und so gesehen war jede Stimme bereits ein „Zugewinn". Zum anderen ist nicht unumstritten, ob das BZÖ nicht sogar etliche Prozentpunkte abgelegt hat. Wie das? Im Vergleich zu jenen eindeutigen Umfragewerten, die den „Orangen" noch zu Haiders Lebzeiten im Jahr 2008 ausgewiesen wurden. Kaum einer zweifelte damals daran, dass Jörg Haider als amtierender Kärntner Landeshauptmann dem Kärntner BZÖ eine absolute Mehrheit einfahren würde. Rund die Hälfte der Kärntner Wahlberechtigten hätte sich wohl für ihn begeistern können (oder seine Jungpartei mangels geeigneter Alternativen angekreuzt).

Gerhard Dörfler rechnet auch hier etwas anders. Nicht er (und Uwe Scheuch als Parteichef) hätte die Absolute, die unter einem Jörg Haider wahrscheinlich schien, vergeigt, sondern das glatte Gegenteil sei der Fall: Am Morgen des 1. März hätten dem BZÖ quasi die 6 Prozent Stimmenzuwachs der ÖVP, die diese am Wahltag 1:1 beim BZÖ abgeholt habe, sowie die gut 3 Prozent der FPÖ, die ebenfalls im orangen Gewässer fischte, „gefehlt" – soll heißen: das BZÖ startete demnach rechnerisch bei nur 33 Prozent, sogar hinter der SPÖ. Soweit diese Theorie.

Der burschikos-witzelnde Kärntner Landeshauptmann rechnet es sich also wohl in aller Bescheidenheit zu, der SPÖ zehntausende Stimmen abgeluchst zu haben. Rund 16 Prozentpunkte lag das BZÖ nach diesem denkwürdigen Wahltag vor der SPÖ, die eine verheerende Niederlage einfuhr. Wenngleich Gerhard Dörflers recht simpel gestrickte (und ihm zum Vorteil reichende) Wahlanalyse zu hinterfragen ist – vor allem, ob wirklich ausgerechnet seine Strahlkraft SP-Wähler zum Switchen brachte oder nicht doch

eher jene Jörg Haiders selbst post mortem – ist eines klar: Es dauerte ein Viertel Jahrhundert, bis die FPÖ, später das BZÖ, die SPÖ, die 40 Jahre das Land mit eiserner Faust und absoluter Mehrheit beherrschte, zur klaren Nummer 2 im Land degradieren konnte. Unter Jörg Haider, der den rasanten Aufstieg der Kärntner Freiheitlichen einläutete und auslöste, blieb die Führungsfrage in Kärnten noch stets auf des Messers Schneide; erst unter Scheuch/Dörfler wurde diese deutlich wie nie zuvor entschieden. Die SPÖ sackt ab, das BZÖ regiert mit absoluter Regierungsmehrheit.

Die Motive der Wähler

Was war es also, das beinahe jeden zweiten Kärntner Wähler bei der Landtagswahl 2009 dazu bewegte, dieser künstlich geschaffenen Wahlbewegung namens BZÖ seine Stimme zu geben? Zum einen, wie schon angedeutet, Jörg Haider. Er war nicht nur Namensgeber der Liste, die am 1. März antrat; er war auch Gründer der Bewegung. Zudem wurde er geschickt in die Inszenierung der Wahlbewegung eingebaut. Und die für so viele spürbare, schon legendäre Kärntner Melancholie, vor allem in den nebelverhangenen Wintermonaten, tat ein Weiteres, um „ihm" (und damit seinen Epigonen) die Stimme zu schenken (kostet ja nichts, tut nicht wirklich weh und weiß ja auch niemand, dass man „ihm" in der Wahlzelle „danke" sagte).

Die orange Lesart, die Leute wollten zwar Jörg Haider – nämlich dessen Politik – und sahen diese im BZÖ am besten fortgesetzt, mag zutreffen. Und doch hörte man landauf, landab, das BZÖ wurde „ihm zuliebe" gewählt. Das BZÖ nutzte diese Stimmung geschickt, stellte sich als „sein Team" dar. Schon gut möglich, dass ein nicht unerheblicher Teil der Kärntner Wähler den Urnengang nicht als Entscheid über die künftigen politischen Führer des Landes interpretierte, sondern als Votum über die vergangenen fünf Jahre. Und die waren vor allem finanziell recht „fette Jahre", und Jörg Haider scheute sich nicht, das mit Steuergeldern vor allem aus dem bei Bedarf so gerne gescholtenen Wien und neuen Schulden vollgepumpte Füllhorn über Land und Leute auszuschütten. So konnte zwar das Landesbudget von Haider, der praktischerweise auch Finanzreferent war, keineswegs entlastet oder gar saniert werden, ganz im Gegenteil, dafür wurden immer wieder neue Möglichkeiten erfunden, Steuergeld in persönlichen Auszahlungsaktionen möglichst „bar auf die Kralle" unters Volk zu bringen.

Verschwenden ohne Rücksicht

Eine für das Budget verheerende Finanzpolitik Haiders, die aber immer wieder von der SPÖ und bei Bedarf auch von der ÖVP (etwa bei Nach-

tragsbudgets) allzu bereitwillig mitgetragen wurde. Auch eine Kunst Jörg Haiders, seine Kontrahenten einfach zu Mittätern zu machen. Diese konnten „nicht nein sagen“ und hoben stets brav die Hand, während der leutselige Haider als alleiniger Wohltäter die Ernte einfuhr. „Gekauft“ und eingesackelt wurden ÖVP und SPÖ übrigens ganz simpel: es gab mehr Geld für alle, ob asphaltierte Zufahrten zu Höfen oder neue Pflegeheime, jeder Referent, egal welcher Couleur, bekam einen bunten eigenen Spielplatz, schön ausstaffiert mit Steuergeld. Wie verheerend diese Politik („Spiel der freien Kräfte“) war, zeigt sich jetzt, wo Haiders ehemaliger Büroleiter, der jetzige Finanzreferent Landesrat Harald Dobernig, die Suppe auslöffeln muss und die finsteren Schatten der Vergangenheit vorsichtig zu lichten versucht. Sparen ist plötzlich angesagt, wahrhaft kein strapaziertes Wort im Sprachschatz Haiders.

Dessen Geldverteilpolitik ist nur mehr in Ansätzen existent. Und trotzdem legt Dobernig – natürlich auch krisenbedingt – Budgets mit Rekorddefiziten vor, 2010 fehlen im Budget 250 oder gar bis zu 300 Millionen Euro. Selbst wenn der Maria Saaler beim Sparen konsequent bliebe: es wird viele Jahre dauern und eines guten Rückenwindes aus der Wirtschaft bedürfen, bis das Kärntner Landesbudget wieder ins Lot kommt; und dem muss ein deutlicher Abschied von Haiders immer wieder an Verschwendungssucht erinnernder Politik vorangehen. Dass das BZÖ bis zur Landtagswahl weitgehend ideologiefern agierte, und das noch in einem System der Paktfreiheit, kam den Steuerzahler sauteuer zu stehen. Ein ernsthafter Versuch, den Landeshaushalt noch zu retten, wird also auch einen Abschied vom Versuch, allen alles recht zu machen, bedeuten. Wohl nur der brutale Zwang, den Gürtel enger zu schnallen, wird die orangen Machthaber im Land so weit bringen, sich satte 180 Grad zu wenden. Eingeleitet ist die Drehung bereits.

Danke, Reinhart

Zurück zur Landtagswahl: Aktives Asset des BZÖ war aber auch Reinhart Rohr, jener Mann, der der Kärntner SPÖ das Antlitz einer Apparatschik-Partei der achtziger Jahre verlieh. Vorbei die Zeiten eines Michael Ausserwinkler oder Helmut Manzenreiter, selbst Peter Ambrozy wirkte geradezu modern im Vergleich zu Rohr, der einfach nur retro ausstrahlt. Sperrig-hölzern wirkt er zumindest auf all jene, die nicht in der Wolle gefärbte Rote sind, jene Menschen, die bei Parteitagen nur darauf achten, wann der Delegationsleiter die Hand hebt. Kärnten, das 25 Jahre Politiker vom Schlage eines Jörg Haider – eloquent, smart, charmant, brutal, beleidigend und beinhart – gewohnt war, wusste mit dem sicher ehrlich bemühten, aber unauffälligen und staubtrockenen Villacher Rohr nicht viel anzufangen.

Manche meinen sogar: Hätte Rohr den verbissenen Ehrgeiz, mit dem er nach der katastrophalen Wahlniederlage vom 1. März sein Überleben an der Parteispitze zu sichern bemüht ist, im Landtagswahlkampf eingebracht (und hätte er dort nicht wenig glaubhaft den staatsmännischen Politiker gemimt), dann wäre die SPÖ nicht so dramatisch eingebrochen.

Wobei: An Rohr allein die Schuld für die Verluste festzumachen wäre falsch. Er war schließlich nicht die Ursache für den schleichenden Untergang der Kärntner SPÖ, sondern nur dessen Konsequenz. Seit Jahrzehnten erinnert die Kärntner SPÖ immer fataler an einen wenig durchlässigen Vorteilsklub von Mitgliedern, die sich mit dem Parteibuch Privilegien, Jobs und andere persönliche Vorteile zu verschaffen versuchten. Nicht dass linke Ideologie und echte sozialdemokratische Überzeugungen heute in der Kärntner SPÖ keine Rolle mehr spielten, aber diese Werte erinnern heute oft nur mehr an ein charmantes Beiwerk für die (auch schon mal reizvolleren) roten Parteibuchboni.

Naturgemäß wurden Macht und Möglichkeiten der SPÖ in der Haider-Ära geringer, detto die Attraktivität der SPÖ auf ihre Wähler. Das Heer an Unzufriedenen und Benachteiligten, weil nicht in den Genuss des Bonus-Programms der SPÖ (Arbeitsplatz & Co.) Gekommenen, suchte sich einen neuen politischen Nahversorger. Haider und seine Parteien ergänzten Volksnähe mit delikaten Versprechen (vom Baby- bis zum Jugendstartgeld). Und das Beste daran: man musste nicht einmal Mitglied werden, es reichte völlig aus, Haider in der Anonymität der Wahlzelle das Vertrauen zu schenken. Ja, nicht einmal bei Umfragen vor Wahlen musste man zu dieser Überzeugung stehen, ein wirklich cooler Parteichef!

Vorteilsclub ohne Vorteile

In der SPÖ spielte sich derweilen das ab, was eben so üblich ist in einer Situation, wenn die Marktanteile sinken und sich die Futtertröge lichten: all jene, die keine Alternativen sahen (etwa aufgrund allfälliger Qualitäten in der Privatwirtschaft), kämpften verbissener als alle anderen um die weniger werdenden hochdotierten Polit-Jobs. Also nicht die Guten blieben übrig, sondern die für die reale Lebenswelt nicht ganz so gut Geeigneten. Wie attraktiv die Polit-Überlebenskünstler auf die berühmten „Menschen da draußen“, die sich oft im rauen Existenzkampf befinden, wirken müssen, kann man sich ausrechnen. Oder nachlesen beim Wahlergebnis.

Zudem kam der Kärntner SPÖ ihr einstiger Verkaufsschlager im Konkurrenzkampf der Parteien völlig abhanden. Kärnten, das rechte Positionierungen besonders schätzt, erhielt mit Jörg Haiders Bewegungen ein Angebot, das attraktiver war als das der SPÖ, die selbst in Kärnten gewisse libe-

rale Programmpositionen nicht ganz verheimlichen konnte. Egal ob es um Ausländer, so genannte „Sozialparasiten“ oder zweisprachige Ortstafeln geht: stets stand der SPÖ allein der Verdacht, linke „Gutmenschen“-Positionen zu vertreten, im Weg, um im rechten Kärntner Lager Zustimmung zu ernten. Die Berührungsängste zu rechtsradikalen Ansichten von Haider & Co. sind hierzulande de facto unter null. Die SPÖ hat hier (leider zu ihren Ungusten auf dem Wählermarkt) etwas dazugelernt: Undenkbar etwa, dass sich heute ein SP-Mann hinstellt und sich als „hochrangiger Hitlerjunge“ abfeiern lässt. Leopold Wagner konnte das. Und Haider lobte die Waffen-SS-Veteranen als anständige Menschen, die zu ihren Überzeugungen stehen. Gäbe es noch welche (SS-Veteranen), kann man sich eine solche Unglaublichkeit bei einem Kärntner BZÖ-Politiker noch immer recht gut vorstellen, oder?

Ein weiterer Grund für die historische Niederlage der SPÖ sei der Vollständigkeit wegen erwähnt: In ganz Österreich, eigentlich in weiten Teilen Europas, gehen die klassischen sozialdemokratisch orientierten Parteien bei Wahlen unter. Denn diese stehen für eine Verteidigung eines überholten Systems des Wohlfahrtsstaates, der unfinanzierbar und ungerecht wurde. Vor allem in Österreich werden durch die enge Verquickung mit den Gewerkschaften Gruppenprivilegien wie etwa jene der Beamten geschützt – wer nicht dazu gehört, also etwa arbeitslos ist, findet eher im rechten Parteienspektrum Hoffnung denn in der SPÖ, die lieber Privilegien bewahrt. Linke Alternativen wie etwa in Deutschland mit Oskar Lafontaines „Die Linke“ gibt es hierzulande nicht.

Die Kärntner SPÖ verliert an das rechte(re) BZÖ, das zumindest in der Vergangenheit mit allerlei sozialen Segnungen (oder auch nur Geldgeschenken) guten Willen beim Wahlvolk zu gewinnen versuchte. Skurril, dass gerade die SPÖ, die das Anspruchsdenken der Menschen erst geweckt und mit immer neuen sozialen Errungenschaften befriedigt hat, jetzt ausgerechnet im BZÖ ihren Meister gefunden hat; zumindest solange die Wirtschaftskrise den Finanzreferenten nicht zum Sparen gezwungen hat.

Da war noch was!

Bis jetzt wurden in diesen Ausführungen ÖVP und Grüne ausgespart; das ist nicht zufällig, denn im Kampf um die Lufthoheit in Kärnten spielen diese Parteien (insbesondere die Volkspartei) zumindest bis jetzt nur als Mehrheitsbeschaffer eine tragende Rolle.

Bei den Landtagswahlen konnte die ÖVP kräftig zulegen – und doch nur einen Teil der Verluste, die man 2004 hinnehmen musste, wettmachen. ÖVP-Chef Josef Martinz punktete in einer Klientel, die Jörg Haider als Spit-

zenkandidat des BZÖ vielleicht noch anzusprechen vermocht hätte, die aber an der aktuellen BZÖ-Führung wenig Spannendes entdeckte: unternehmerisch denkende Menschen, Landwirte, gutsituierte Beamte und Angestellte. Nach den Wahlen lieferte sich die ÖVP mit Haut und Haaren dem BZÖ aus, mit dem Kalkül, mehr Macht zu erringen, mitreden zu können, lukrative Positionen zu besetzen. Dabei erweist sich Martinz, der zwar rhetorisch wenig begeistert, dafür aber mit Hausverstand agiert, öfter als es seiner Partei gut tut, als Steigbügelhalter des BZÖ. Problematisch ist dies vor allem, aber nicht nur, in sensiblen gesellschaftspolitischen Fragen wie dem Umgang mit der slowenischen Minderheit. Der strammrechte Kurs insbesondere von Klubobmann Stephan Tauschitz und der juvenilen schwarzen Kampftruppe zeugt von Kleinkariertheit und hoffnungsloser Selbstüberschätzung. Eine gefährliche Mischung, die der ideologisch etwas breiter aufgestellte Martinz noch in den Griff bekommen muss.

Rolf Holub ist der Frontmann der Grünen. Miniaturisiert und mit viel Glück in den Landtag gerutscht, erinnern die Grünen mehr an eine Umwelt-Selbsthilfegruppe denn an eine Partei. Wiewohl jeder aufrechte Demokrat im Land meint, eine vierte Partei sei wichtig, sind nicht alle überzeugt, dass die Grünen tatsächlich die wahllogisch ihnen zugedachte Rolle des demokratischen Korrektivs ausfüllen können. Bemüht, aber überfordert, korrekt, aber langweilig, sympathisch, aber unbeholfen – so wirken die Grünen allzu oft. Dass Holub weder nach der Wahlniederlage noch nach seiner umstrittenen Zustimmung zur Parteienförderung zurücktrat (sondern dies lediglich angeboten hat), stärkt die Glaubwürdigkeit des Berufskabarettisten und -musikers auch nicht gerade. Aber Spaß muss sein, gerade bei den Grünen.

Nicht mehr im Landtag vertreten ist die Kärntner FPÖ. In einer Parteienlandschaft, in der bereits BZÖ, ÖVP und mit Abstrichen auch die SPÖ im rechten Lager umtriebig sind, war für eine vierte Partei kein Platz. Zumal deren smartem, aber offenbar als abgehoben empfundenem Spitzenkandidaten Mario Canori Kompatibilitätsprobleme mit seinen Kärntner Funktionären, aber auch mit Heinz-Christian Strache spürbar zu schaffen machten. Der Schmied rechtsaußen in Kärnten ist das BZÖ und nicht die FPÖ, die hier lediglich als Hafen für Enttäuschte und frustrierte Zukurzgekommene dient.

Karl Anderwald

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2009

1. Drei Stimmzettel am 1. März

Durch den gemeinsamen Termin für die Wahlen zu Landtag, Gemeindevertretung und Bürgermeisteramt am 1. März waren Kärntens Wähler erstmals in der Geschichte des Landes gleichzeitig zu drei Urnengängen aufgerufen. Im Vorfeld dieses Wahlsonntags wurde über die Auswirkungen gerätselt. Würde sich das Stimmverhalten bei der landespolitischen Entscheidung auch auf die Kommunalwahlen auswirken oder würde umgekehrt die Kommunalpolitik Einfluss auf die Wahl zum Landtag nehmen? Doppelte Arbeit daher auch für die Parteistrategen.

Rückschlüsse konnte man höchstens aus den Erfahrungen im Bundesland Salzburg ziehen, wo vor fünf Jahren ebenfalls gleichzeitig gewählt wurde und sich Gaby Burgstaller ihre Funktion als Gemeindereferentin des Landes doppelt zunutze gemacht hatte: Die SPÖ wurde Nr. 1 im Land und legte auch bei den Gemeinderatswahlen stark zu. Auf Grund der fünfjährigen Funktionsperiode in den Salzburger Gemeinden ergab es sich übrigens, dass am selben Tag auch in Salzburg wiederum Landtags- und Gemeinderatswahlen stattfanden. Der Vergleich mit Salzburg machte vor allem der Kärntner SPÖ Hoffnung. Ihr erfolgreicher Gemeindereferent Reinhart Rohr war ja auch der Spitzenkandidat für die Wahl zum Landtag.

2. Kein Mangel an Bürgermeister-Kandidaten

Im Gegensatz zum Nachbarbundesland fanden sich in Kärnten wiederum genügend viele Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters. Während in 23 der 117 Salzburger Gemeinden nur ein Kandidat zur Wahl antrat, war dies nur in zwei der 132 Kärntner Gemeinden der Fall: In Trebesing und in Feistritz im Rosental gab es für die amtierenden Gemeindechefs Johann Oberlerchner und Sonya Feinig (beide SPÖ) keine Mitbewerber. Ingesamt stiegen 436 Bewerberinnen und Bewerber für das Bürgermeisteramt in den Ring. Mit dieser Zahl wurde sogar eine leichte Steigerung gegenüber der Wahl vor sechs Jahren erreicht. In Salzburg kam man dagegen diesmal nur mehr auf 270 Bürgermeisterkandidaten.

Enttäuschend niedrig war der Anteil der Frauen. Die 30 Spitzenkandidatinnen – darunter alle fünf amtierenden Bürgermeisterinnen – ergaben eine Frauenquote von gerade 4,5 Prozent. Die Kandidaturen verteilten sich auf 22 Gemeinden. In 110 Kärntner Gemeinden war die Bewerbung um das Bürgermeisteramt daher reine Männersache. Immerhin gab es wenigstens in allen politischen Bezirken weibliche Kandidaten. Die Parteizugehörigkeit ergab folgendes Bild: elf SPÖ, zehn BZÖ, vier ÖVP, drei Grüne und zwei Kandidatinnen auf Namenslisten.

Traditionsgemäß bewarben sich in allen 132 Gemeinden sozialdemokratische Kandidaten um die Führungsposition. Einzige Besonderheit: In den Gemeinden Flattach und Kleblach-Lind kandidierte man nicht unter der Bezeichnung SPÖ, sondern als Gemeindeliste.

Das BZÖ nominierte in 121 Kärntner Gemeinden eigene Spitzenkandidaten. In der Gemeinde Frauenstein trat die Partei auch diesmal unter dem Namen des Spitzenkandidaten und amtierenden Bürgermeisters Karl Berger als „Liste Berger“ an. In Sachsenburg deklarierte sich Bürgermeister Wilfried Pichler nun als Listenführer einer Gruppierung „Namensliste + BZÖ“. In der Gemeinde Flattach wurde das Jahrzehnte lange Wahlbündnis mit der ÖVP aufgekündigt. Hier kandidierte das BZÖ diesmal eigenständig und sagte dem vor sechs Jahren noch gemeinsam gewählten Bürgermeister Christof Vierbauch den Kampf an. Ähnliches galt für die Gemeinde Feistritz ob Bleiburg. In dieser Gemeinde waren die BZÖ-Vertreter schon während der Gemeinderatsperiode aus der gemeinsamen Liste ausgeschert und als Unterstützer einer Bürgerinitiative auf Konfrontation mit dem der ÖVP nahe stehenden Bürgermeister Fritz Flödl gegangen. So blieb von der langen Tradition der gemeinsamen „Heimatlisten“ mit der ÖVP nur mehr die Gemeinde Mallnitz übrig, wo zur Verteidigung der Position des Bürgermeisters allerdings ein neuer Spitzenkandidat ins Rennen geschickt wurde. Bei den zehn Kommunen, wo das BZÖ auf ein Antreten zur Bürgermeisterwahl verzichtete, handelte es sich mit Ausnahme der Marktgemeinde Kötschach-Mauthen nur um kleine Gemeinden.

Die ÖVP verfolgte auch bei diesem Urnengang in mehreren Gemeinden die Strategie, nicht unter dem Parteinamen, sondern unter einer Listenbezeichnung anzutreten. Vor allem betraf das die acht Gemeinden Althofen, Grafenstein, Bad Bleiberg, Rosegg, Flattach, Malta, Reißeck und Heiligenblut, wo es galt, das Bürgermeisteramt zu behalten. Dazu kamen diesmal noch die Gemeinden Frauenstein, Ludmannsdorf und Paternion. In Paternion ging die örtliche ÖVP eine Kooperation mit der FPÖ ein und deklarierte sich als „Bürgerliste Marktgemeinde Paternion – Volkspartei, Freiheitliche und Unabhängige“. Kärntenweit verzichtete die Volkspartei in 14 Gemeinden auf die Nominierung eines eigenen Bürgermeister-Kandida-

ten. Darunter befand sich auch die Marktgemeinde Winklern, wo die Partei einst sogar den Bürgermeister gestellt hatte.

3. Fest in der Hand der Parteien

Noch deutlicher zeigte sich die parteipolitische Durchdringung der Kärntner Kommunalpolitik am Umstand, dass SPÖ, BZÖ und ÖVP in allen Gemeinden mit Wahlvorschlägen für den Gemeinderat vertreten waren. Einzige Ausnahme war die kleine Gemeinde Zell, in der sich das BZÖ nicht an der Gemeinderatswahl beteiligte. Die fast 100prozentige Präsenz des BZÖ gab somit auch Aufschluss über die Organisationsdichte dieser Partei, die den „alten Parteien" nun nicht mehr nachstand.

Schon bei der Erstellung der Listen hatte sich das BZÖ beim Wettstreit mit der FPÖ um Kandidaten fast überall durchgesetzt. Die „blauen" Freiheitlichen reichten nur in 34 Gemeinden Wahlvorschläge ein, dazu kam noch die gemeinsame Liste mit der Volkspartei in Paternion und eine Kandidatur in Ferndorf unter dem Namen „Liste Unabhängige und Freiheitliche (LUF)". Für eine Partei, die im parallel geführten Landtagswahlkampf den Anspruch auf den Landeshauptmann erhob, musste das ernüchternd wirken. Immerhin kamen in vier der sechs Gemeinden des Bezirkes Hermagor FPÖ-Listen zustande. Mit je sechs Gemeinden in den Bezirken Klagenfurt/Land und St. Veit war man ebenfalls relativ oft vertreten. In der Herzogstadt St. Veit selbst gab es aber keine Kandidatur. Schwächen zeigte die Organisation ausgerechnet im Bezirk Spittal an der Drau, dem Heimatbezirk von Landesobmann Franz Schwager: Hier reichte es gerade zur Kandidatur in vier der 33 Gemeinden.

Ähnlich war die Ausgangslage bei den Kärntner Grünen. Der Partei gelang es aber, die Zahl der zwölf Gemeinden, in denen man vor sechs Jahren zur Wahl angetreten war, deutlich zu erhöhen. Grundlage dafür waren organisatorische Verbesserungen, vor allem die Errichtung einer eigenen Geschäftsstelle in Spittal an der Drau. Mit der erstmaligen Kandidatur in dieser Bezirksstadt konnte man nicht nur in Klagenfurt und Villach, sondern auch in allen Bezirkshauptstädten präsent sein. Vor sechs Jahren erreichte Gemeinderatsmandate galt es in Krumpendorf, Maria Rain und Maria Saal zu verteidigen. Premieren bei Kandidaturen gab es in den Gemeinden Lurnfeld, Liebenfels, Reißeck, Schiefling am See, Eisenkappel-Vellach, Lurnfeld, Mallnitz, Bad Bleiberg, Finkenstein und Wernberg. In Velden und Keutschach am See einigten sich die Grünen mit der EL auf eine gemeinsame Bewerbung, in Ebenthal mit der Namensliste.

Südkärnten war naturgemäß der Schwerpunkt für das Antreten der Einheitsliste/Enotna lista (EL), die zum Teil individuelle Listenbezeichnungen

wählte. Zum Unterschied zur letzten Wahl kam in der Gemeinde Diex keine Kandidatur mehr zustande.

Die KPÖ kandidierte unter ihrem Namen für den Gemeinderat in Klagenfurt und Villach. In St. Veit bewarb sich ihr „Landesspitzenkandidat" Christian Knees mit seiner Liste „JETZT" auch um das Bürgermeisteramt.

Die Zahl der wirklich parteiunabhängigen Namens- bzw. Bürgerlisten blieb ungefähr gleich. Neben den drei in der Landeshauptstadt eingebrachten Listen gab es in 31 weiteren Gemeinden je eine Kandidatur. Neue Bürgerlisten betraten dabei in Glanegg, Ebenthal, Maria Wörth, Friesach, St. Georgen am Längsee, Oberdrauburg, Sittersdorf und Wolfsberg die politische Arena. In Obervellach kandidierte die Liste MUT, die vor sechs Jahren gemeinsam mit der ÖVP ins Rennen gegangen war und mit ihr die absolute Mehrheit erzielt hatte, diesmal wieder getrennt. Umgekehrt war dies in Spittal an der Drau der Fall, wo die Liste „Spittaler für Spittal (SFS)" gemeinsam mit der ÖVP als „Spittaler Volkspartei" auftrat.

4. Der Wahlkampf im Schatten der Landtagswahl

Im Mittelpunkt des Interesses standen natürlich die Kampagne zur Landtagswahl und die Wahlschlacht um die Landeshauptstadt. Das hielt die örtlichen Funktionäre der Parteien aber nicht ab, einen maßgeschneiderten Wahlkampf für die Kommunen zu führen. Der Aufwand an Plakaten, Broschüren und Inseraten war rekordverdächtig. Selbst in Gemeinden mittlerer Größe gehörten Plakate mit den Porträts der Bürgermeister-Kandidaten zum Standard. In Spittal an der Drau machte sich SPÖ-Bürgermeister Gerhard Köfer den Unmut über die Plakatflut zunutze und behauptete medienwirksam, er habe eigenhändig Plakate seiner Partei entfernt. Wie im Landtagswahlkampf gab sich Bundeskanzler Werner Faymann der trügerischen Hoffnung hin, durch einen Einsatz im Gemeinderatswahlkampf am Abend des 1. März Teil des Erfolges seiner Partei zu sein. Für den SPÖ-Chef wurden Auftritte in Klagenfurt, Villach, Spittal an der Drau und Bad Kleinkirchheim organisiert. Zurückhaltung beim Einsatz von Bundespolitikern legte sich die ÖVP auf. Die Kärnten-Touren von FPÖ- Chef H. C. Strache standen im Zeichen des Landtagswahlkampfs.

In den Printmedien fand der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlkampf erst in den letzten Wochen vor dem 1. März einen entsprechenden medialen Niederschlag. Am ausführlichsten berichteten Kleine Zeitung und WOCHE auf ihren Regionalseiten. Bezirkszeitungen und Bezirksjournale vermittelten in erster Linie Inserate und PR-Reportagen. Unterschiedlich war die Instrumentalisierung der einzelnen Gemeindezeitungen für den

Wahlkampf. Sie reichte von Hinweisen zur Wahl bis zur unverblümten Wahlempfehlung für den Bürgermeister.

Bei den von den Zeitungen veranstalteten öffentlichen Diskussionen im Vorfeld der Wahl hatte die WOCHE die Nase vorne. Sie organisierte gemeinsam mit dem Studiengang „Public Management“ der Fachhochschule Kärnten unter dem Titel „Ihre Bürgermeisterkandidaten am Prüfstand“ nicht weniger 18 Konfrontationen. Neben der Landeshauptstadt und den sieben Bezirksstädten waren auch Diskussionen in Lavamünd, Finkenstein, Straßburg, Arnoldstein, Millstatt, Radenthein, Keutschach am See, Friesach, Ferlach und Bleiburg angesetzt. Dazu kamen noch zwei Diskussionen zur Bürgermeister-Stichwahl in Klagenfurt und Maria Rain. Der Publikumsandrang war unerwartet groß.

Die Kleine Zeitung beschränkte sich diesmal auf Diskussionsabende in Klagenfurt und in den Bezirksstädten.

5. Veränderungen in den Gemeindestuben

5.1 Hohe Wahlbeteiligung

Das große Interesse an den Kommunalwahlen schlug sich in der hohen Wahlbeteiligung nieder, die 80,62 Prozent (gegenüber 75,72 Prozent vor sechs Jahren) betrug.

Gut angenommen von den Wählern wurde die erstmals eingeführte „Freitagswahl“, bei der schon neun Tage vor dem eigentlichen Wahltermin die Möglichkeit zur Stimmabgabe bestand. In allen Kärntner Gemeinden wurde davon rege Gebrauch gemacht. Auch bedingt durch das niedrigere Wahlalter wurden diesmal 358.165 gültige Stimmen ausgezählt. Vor sechs Jahren waren es noch 322.430.

5.2 Starke Verluste der SPÖ

Hauptverliererin war eindeutig die auf der Ebene der Gemeinden bisher so dominante SPÖ. Das offizielle Ergebnis der Landeswahlbehörde wies ihr bei den Gemeinderatswahlen nur mehr 131.262 Stimmen und einen Anteil von 36,65 Prozent aus, der sich bei Berücksichtigung der SPÖ-Listen in Flattach und Kleblach-Lind nur auf 36,73 Prozent erhöhte. Landesweit verlor die Partei mit dem Minus von 9,79 Prozent fast 10 Prozent an Stimmen. Bei den Mandaten betrug der Verlust 229 Gemeinderatssitze. In den neuen Gemeindeparlamenten ist die SPÖ daher nur mehr mit 928 Gemeinderäten vertreten. Am auffälligsten waren die Verluste in den Bezirksstädten. Besonders dramatisch fiel das Abschneiden in der zweit- und in der drittgrößten Stadt des Landes aus: In Villach verlor die SPÖ 7 ihrer 28 Man-

date, in Wolfsberg 7 von ursprünglich 22 Sitzen. Damit gehörten die bisher so deutlichen absoluten Mehrheiten der Vergangenheit an. Der Rekordverlust in Wolfsberg dürfte zum Teil auch mit dem spektakulären Rücktritt des SPÖ-Vizebürgermeisters Heimo Töfferl kurz vor der Wahl zu erklären sein. Nicht viel besser erging es den Sozialdemokraten in Spittal an der Drau, Hermagor und Völkermarkt. Auch hier ging die Majorität im Gemeinderat deutlich verloren. Nur in St. Veit an der Glan konnte Bürgermeister Gerhard Mock bei der Gemeinderatswahl trotz des Verlustes von vier Mandaten ein Ergebnis von knapp über 50 Prozent der Stimmen sicherstellen. Einziger Lichtblick war das Abschneiden in der bei den letzten Wahlgängen immer stark umkämpften Bezirksstadt Feldkirchen. Hier gelang dem Bürgermeister und SPÖ-Spitzenkandidat Robert Strießnig sogar ein Zugewinn von 3,33 Prozent, der sich auch im Gewinn eines Mandats niederschlug.

Bei den mittleren und kleinen Gemeinden setzte sich diese Talfahrt fort. Verfügte die SPÖ nach den Wahlen 2003 noch in 53 Gemeinden über die absolute Mehrheit, so blieben davon nur 16 Kommunen übrig. In Kötschach-Mauthen und in der Südkärntner Gemeinde Zell konnte man dabei entgegen dem Landestrend sogar noch leicht an Prozenten zulegen. In den anderen 14 Gemeinden reichte trotz der mehr oder weniger starken Verluste der Vorsprung aus der letzten Wahl: Im Bezirk Hermagor wurde die Mehrheit in St. Stefan im Gailtal, der Heimatgemeinde von Gemeindebundpräsident Hans Ferlitsch, verteidigt. Im Bezirk Klagenfurt-Land waren es neben Zell noch die Gemeinden Ferlach, Feistritz im Rosental, Magdalensberg und Poggersdorf. Im Bezirk Villach-Land blieben Velden, Arnoldstein, Nötsch und St. Jakob im Rosental Gemeinden mit absoluter SPÖ-Mehrheit. Außer in der Bezirkshauptstadt selbst gelang dies im Bezirk St. Veit noch in Brückl, Friesach und Micheldorf. Im Bezirk Völkermarkt gibt es eine absolute Mehrheit nur mehr in der Gemeinde Sittersdorf. In den Bezirken Spittal an der Drau, Wolfsberg und Feldkirchen reichte es hingegen in keiner einzigen Gemeinde mehr. Signifikant war, dass die stärksten Verluste in ehemaligen Hochburgen eingefahren wurden. Negativer Höhepunkt war das Abschneiden in der Gemeinde St. Urban, wo ein Minus von 24,53 Prozent hingenommen werden musste.

5.3 Licht und Schatten bei der ÖVP

In der Statistik der Wahlabteilung des Landes Kärnten ist bei der ÖVP ein landesweites Ergebnis von 73.091 Stimmen und mit 20,41 Prozent ein Minus von 3,33 Prozent ausgewiesen. Etwa die Hälfte des berechneten Verlustes geht schon auf das Konto des Abschneidens in der Landeshauptstadt, wo die Partei und ihr Bürgermeister Harald Scheucher den Super-GAU dieser Kommunalwahlen erlebten. Zum Abschneiden außerhalb von

Klagenfurt ist zu berücksichtigen, dass die Volkspartei ja in einigen Gemeinden unter einer anderen Listenbezeichnung kandidierte. Zusammengezählt ergibt dies landesweit 80.812 Stimmen, einen Prozentsatz von 22,56 und eine Zahl von 652 Mandaten in den Gemeinderäten. In den einzelnen Gemeinden fiel das Abschneiden durchaus unterschiedlich aus. Eine positive Überraschung war das Ergebnis in der Stadt Villach. Das erzielte Plus von 4,89 Prozent und der Gewinn von drei Mandaten ist dem neuen jungen Stadtparteiobmann Peter Weidinger zuzuschreiben, der bei der Bürgermeisterwahl mit 22,37 Prozent das Resultat seiner Partei noch um über acht Prozent übertraf. Weniger Grund zum Jubeln gab es in den anderen Bezirksstädten: Mit marginalen Verlusten und dem Halten des Mandatsstandes in Feldkirchen, Völkermarkt und St. Veit konnte die Partei noch zufrieden sein. Stärkere Verluste gab es in Hermagor (–2,79 Prozent und minus ein Mandat), Spittal an der Drau (–3,30 Prozent und minus ein Mandat) und vor allem in Wolfsberg, wo die ÖVP 6,67 Prozent der Stimmen und drei Mandate einbüßte. Am Land hielten sich Erfolge und Verluste die Waage. In acht Gemeinden (Weißensee, Berg im Drautal, Kleblach-Lind, Glanegg, Griffen, Feistritz im Gailtal, Hohenthurn und Preitenegg) wurde die absolute Mehrheit geschafft.

5.4 Oranger Erdrutsch und Misserfolg der FPÖ

Der Erfolg des BZÖ war in diesem Ausmaß auch bei den Gemeinderatswahlen überraschend. Die der Partei offiziell zugeordneten 110.830 Stimmen machen einen Anteil von 30,94 Prozent aus. Rechnet man die BZÖ-nahen Namenslisten dazu, ergibt sich ein Resultat von 112.522 Stimmen und 31,42 Prozent. Nicht berücksichtigt ist dabei noch die kleine Gemeinde Mallnitz, wo die von ÖVP und BZÖ gemeinsam getragene Namensliste die absolute Mehrheit schaffte. Aus eigener Kraft schaffte dies das BZÖ in 16 Kärntner Gemeinden und zog damit mit der SPÖ gleich. Am besten schnitt man in den Bezirken Spittal an der Drau und St. Veit ab. Im Heimatbezirk von Landesobmann Uwe Scheuch sind die Stadt Gmünd, die Marktgemeinden Sachsenburg, Lurnfeld und Winklern sowie die Mölltaler Gemeinde Großkirchheim durch absolute BZÖ-Mehrheiten geprägt. Im traditionell „freiheitlichen“ Bezirk St. Veit wurde in den Gemeinden Deutsch-Griffen, Frauenstein, Gurk und Mölbling voll gepunktet. Eine besondere Überraschung war die neue absolute Mehrheit in der bisherigen SPÖ-Paradegemeinde Hüttenberg, wo die Diskussion um das geplante Tibet-Zentrum zum Waterloo für die örtliche Sozialdemokratie wurde. Die anderen BZÖ-dominierten Gemeinden verteilten sich auf die Bezirke Feldkirchen (Ossiach und Steindorf), Villach-Land (Afritz, Feld am See und Stockenboi) sowie Klagenfurt-Land (Keutschach am See).

Wie stark die Kärntner Gemeindestuben orange eingefärbt wurden, zeigt der Gewinn von insgesamt 809 Mandaten, die nun in den Kärntner Gemeinden dem BZÖ zuzurechnen sind.

Das BZÖ hat mit dieser Zahl die ÖVP überholt und ist der SPÖ schon sehr nahe gerückt. Am eindrucksvollsten ist der Vergleich mit der „alten FPÖ", die im Jahr 2003 nur auf 507 Gemeinderatsmandate gekommen war. Unter diesem Namen wurden jetzt bei einem kärntenweiten Stimmenanteil von 2,12 Prozent gerade 28 Mandate erreicht. Mehr als ein Mandat gab es nur in Steinfeld, der Heimatgemeinde von Landesobmann Franz Schwager, und in der Gemeinde Finkenstein mit vier bzw. drei freiheitlichen Gemeinderäten. In 21 Gemeinden, darunter die Städte Villach, Spittal an der Drau, Hermagor und Ferlach, gelang wenigstens der Einzug in den Gemeinderat. In Paternion wurde dieses Ziel im Rahmen der gemeinsamen Liste mit der ÖVP erreicht. In elf Gemeinden – unter anderen auch in der Landeshauptstadt Klagenfurt, in Wolfsberg und in Feldkirchen – scheiterte man überhaupt.

5.5 Kleine Erfolge der Grünen – chancenlose KPÖ

Der Kampf um den vierten Platz beim Stimmenanteil an den Gemeinderatswahlen ging an die Grünen, die landesweit mit 11.821 Stimmen (gegenüber 7.686 vor sechs Jahren) ein Ergebnis von 3,30 Prozent (+0.92) erzielen konnten.

Bei der Zahl der Mandate landete die Partei allerdings nach SPÖ, BZÖ, ÖVP, EL und FPÖ erst auf Platz sechs. Mit 26 Gemeinderäten (davon drei Mandate gemeinsam mit der EL) konnte die Zahl der grünen Kommunalpolitiker aber gegenüber 2003 um 12 gesteigert werden. Mit Ausnahme von Feldkirchen gibt es nun in allen Bezirksstädten grüne Gemeinderäte. Neben Klagenfurt und Villach wurde auch in der Gemeinde Maria Saal mit drei Gemeinderatssitzen ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erzielt.

Die KPÖ war wie erwartet chancenlos und verfehlte in allen drei Städten den Einzug in den Gemeinderat klar. Schon als Erfolg wurde gewertet, dass ihr St. Veiter Bürgermeisterkandidat auf 128 Stimmen und auf einen Anteil von 1,71 Prozent kam.

5.6 Einheitsliste und Namenslisten

Mit landesweit insgesamt 50 Mandaten (mit eingerechnet wiederum die gemeinsamen Kandidaturen mit den Grünen in Velden und Keutschach am See) und damit einem Minus von 2 Mandaten kam die Einheitsliste nicht ganz an die Erfolge im Jahr 2003 heran.

Die Wahl zeigte weiters, dass unabhängige Namens- oder Bürgerlisten, die sich dem Wettbewerb mit BZÖ, SPÖ und ÖVP stellen, in Kärnten nach wie vor eine untergeordnete Rolle spielen. Zu den Ausnahmen zählte in Frantschach-St. Gertraud das Ergebnis der von der Bürgermeisterin Ingrid Hirzbauer angeführten Liste LZB, die mit einem Stimmenanteil von 34,37 Prozent ihre acht Gemeinderäte halten und ihre Spitzenkandidatin in die Stichwahl bringen konnte. Von den schon aus vergangenen Gemeinderatswahlen bekannten Gruppierungen schnitten mit jeweils vier Mandaten nur die Liste ULS in Stall (+1) und die Liste MUT in Obervellach, die sich wieder von der ÖVP getrennt und eigenständig kandidiert hatte, überdurchschnittlich gut ab. Sonst gab es bei diesen Wahlbewegungen generell eher Enttäuschungen in Form von Mandatsverlusten oder überhaupt dem Ausscheiden aus dem Gemeinderat, wie bei der Unabhängigen Wirtschaftsliste Hermagor, die zuvor viele Jahre das Zünglein an der Waage in der Kommunalpolitik der Wulfeniastadt gespielt hatte. Auch die Liste des früheren ÖVP- Stadtrates Ferdinand Truppe in Villach verfehlte diesmal den Einzug in den Gemeinderat. Mit Erfolg neu auf den Plan getreten war hingegen eine Bürgerliste in Maria Wörth, die auf Anhieb 37,52 Prozent bzw. vier Mandate schaffte und ihren Spitzenkandidaten in die Bürgermeister-Stichwahl hievte. Neu aus Anlass der Kraftwerksdiskussion im Raum Klagenfurt auch die von den Grünen unterstützte Liste NEIN in Ebenthal, die mit zwei Mandaten erfolgreich war.

6. Bürgermeisterwahlen: „Blaues Auge“ für die SPÖ

Zum Glück für die SPÖ setzte sich der „orange Tsunami“ bei den gleichzeitig durchgeführten Bürgermeisterwahlen nicht im selben Ausmaß durch. Fast in allen Gemeinden, in denen die BZÖ-Kandidaten nicht aus der Position des amtierenden Bürgermeisters antraten, erreichten sie einen weit geringeren Stimmenanteil als ihre Partei. In einigen Gemeinden waren die Unterschiede beträchtlich und ein Indiz dafür, dass das Reservoir an geeigneten Persönlichkeiten noch nicht mit der organisatorischen Aufwärtsentwicklung Schritt halten konnte. Die Sozialdemokraten profitierten davon vor allem in den Bezirksstädten, wo ihre Bürgermeister bereits im ersten Wahlgang wieder gewählt wurden, obwohl sie deutliche Abstriche gegenüber der Zustimmung vor sechs Jahren hinnehmen mussten. Ein Sonderfall war die Bezirkstadt Feldkirchen. Hier gab es zum ersten Mal keine Stichwahl. Robert Strießnig (SPÖ) schaffte die Wiederwahl bereits im ersten Anlauf. Entgegen dem Ergebnis der Gemeinderatswahl konnte in Mallnitz SPÖ-Kandidat Günther Novak die Bürgermeisterwahl bereits im ersten Durchgang für sich entscheiden.

Quer durch Kärnten zeigte sich überhaupt der Trend, dass es einen Amtsbonus nur für die erste Wiederwahl gab. Langgediente Gemeindeober-

häupter bekamen hingegen sehr stark den Wunsch nach einem Wechsel zu spüren. Dies betraf alle Parteien gleich. Ähnlich wie der ÖVP-Bürgermeister von Klagenfurt wurde in der Fremdenverkehrsgemeinde Seeboden der lang gediente BZÖ-Bürgermeister Egon Eder bereits im ersten Wahlgang mit nur mehr 33,78 Prozent der Stimmen abgewählt und musste dem ÖVP-Spitzenkandidaten Wolfgang Klinar (53,39 Prozent) Platz machen. Hingegen gelang es einigen der altgedienten Bürgermeister in kleineren Gemeinden, sich entgegen diesem Landestrend zu behaupten.

Die Rangliste der höchsten Stimmenanteile führen natürlich die beiden SPÖ-Kandidaten an, die zur Bürgermeisterwahl ohne Konkurrenten angetreten waren: Sonya Feinig und Johann Oberlerchner erhielten in ihren Gemeinden eine Zustimmung von 90,94 bzw. 86,06 Prozent. Nicht viel weniger Stimmenanteil erhielten in Feistritz im Gailtal Dieter Mörtl (ÖVP – 84,82 Prozent), in Mölbling Franz Rainer (BZÖ – 83,97 Prozent), in Hohenthurn Florian Tschinderle (ÖVP – 82,60 Prozent), in Kötschach-Mauthen Walter Hartlieb (SPÖ – 81,81 Prozent), in Arnoldstein Erich Kessler (SPÖ – 80,36 Prozent) und in Berg im Drautal Ferdinand Hueter (ÖVP – 80,30 Prozent). Vierzehn weitere Bürgermeister kamen auf einen Anteil von über 70 Prozent: Die SPÖ konnte sich darüber in den Gemeinden St. Stefan im Gailtal, Velden, Poggersdorf, Baldramsdorf, Liebenfels, St. Jakob im Rosental, Weißenstein, St. Margareten im Rosental und Bad St. Leonhard freuen. Bei der ÖVP gelang dieser hohe Anteil den Bürgermeistern von Griffen, Schiefling am See und Arnoldstein, bei den Titelverteidigern des BZÖ gab es diesen Erfolg in den Gemeinden Ossiach und Großkirchheim.

7. Bürgermeister-Stichwahlen

7.1 Ein neuer Rekord

Gab es bei den am selben Tag im Land Salzburg durchgeführten Kommunalwahlen nur sechs Gemeinden, in denen ein zweiter Durchgang für die Bürgermeisterwahl angesetzt wurde, so war dies in Kärnten bei 37 Gemeinden der Fall. Das ist in der jungen Geschichte der Direktwahl sicherlich ein beachtlicher neuer Rekord, der in Zukunft nicht leicht zu brechen sein wird.

7.2 Die Partner im „High Noon“

In 18 Gemeinden lautete das Duell SPÖ versus ÖVP. Hier mitberücksichtigt sind auch die Gemeinden Althofen, Ludmannsdorf und Malta, wo die Volkspartei unter einer Namensliste angetreten war. In sieben Gemeinden (darunter Flattach) standen sich ÖVP- und BZÖ-Kandidaten gegenüber, während in weiteren sieben Gemeinden BZÖ und SPÖ die Klingen kreuz-

ten. Hier stand der Kampf um die Landeshauptstadt im Mittelpunkt. In den Gemeinden Eisenkappel und Globasnitz trafen die Bürgermeisterkandidaten der EL auf Mitbewerber aus den Reihen der SPÖ. Kandidaten der Namenslisten schafften in vier Gemeinden die zweite Runde der Bürgermeisterwahl: In Obervellach musste sich der amtierende Bürgermeister Wilhelm Pacher dem Listenführer der früheren Partner-Gruppierung MUT Paul Pristavec stellen. Überraschend gelang die Stichwahl gegen den amtierenden Bürgermeister Adolf Stark (BZÖ) auch Helmut Rothe, dem Spitzenkandidaten der neuen Bürgerliste in Maria Wörth. Erwartungsgemäß schaffte dies auch die Bürgermeisterin und Listenführerin der Namensliste in Frantschach-St. Getraud Ingrid Hirzbauer. Ihr Herausforderer war Günther Vallant von der SPÖ.

7.3 Ein Rückschlag beim Frauenanteil

War es vor der Wahl noch erklärtes Ziel aller Parteien, den Anteil von Frauen im Bürgermeisteramt zu erhöhen, so sollte sich gerade das Ergebnis dieser Stichwahlen als schwerer Rückschlag erweisen. Von den fünf bisherigen Bürgermeisterinnen hatten es nur zwei bereits im ersten Durchgang geschafft: Die SPÖ- Bürgermeisterin von Feistritz im Rosenthal und ihre Amtskollegin von Steindorf, Marialuise Mittermüller (BZÖ). Ingrid Hirzbauer und die Bürgermeisterinnen von Krumpendorf Hildegard Gaggl (ÖVP) sowie in Ludmannsdorf Kärntens erste Bürgermeisterin Stefanie Quantschnig (SPÖ) mussten in die Verlängerung. Mit Elisabeth Sadnek (BZÖ) als Herausforderin von Bürgermeister Gerhard Visotschnig (SPÖ) in Neuhaus und mit der SPÖ-Spitzenkandidatin in Dellach im Gailtal Christine Ploder waren zwei weitere Frauen im Rennen. Vom Ergebnis des ersten Wahlganges waren Ingrid Hirzbauer (48,50 Prozent gegenüber 37,26 Prozent des Mitbewerbers), Hildegard Gaggl (47,57 Prozent gegenüber 35,46 Prozent) und Stefanie Quantschnig (44,52 Prozent zu 37,99 Prozent) ganz klare Favoritinnen. Kaum Chancen gab man den beiden anderen Kandidatinnen: In Neuhaus lag Elisabeth Sadnek mit 30,05 Prozent zu 39,28 Prozent zurück, und in Dellach im Gailtal hatte Johannes Lenzhofer, der designierte Nachfolger des bisherigen ÖVP-Bürgermeisters, einen Stimmenanteil von 45,77 Prozent erreicht, seine Herausforderin kam nur auf 31,73 Prozent.

Zur allgemeinen Überraschung konnte sich aber in Dellach im Gaital Christine Ploner auf 50,22 Prozent steigern und ihren Gegenkandidaten mit einem Vorsprung von nur vier Stimmen besiegen. Auch Elisabeth Sadnek gelang in Neuhaus eine Steigerung des Stimmenanteils um 17 Prozent. Hier konnte der Bürgermeister mit 52,88 Prozent aber sein Amt verteidigen. Noch die größere Überraschung war aber, dass die Titelverteidigung der drei Bürgermeisterinnen daneben ging. Alle drei wurden abgewählt.

Peter Nemec (SPÖ) in Krumpendorf, Günther Vallant (SPÖ) in Frantschach und Manfred Maierhofer von der ÖVP-nahen Liste in Ludmannsdorf beendeten die Frauen-Ära in diesen Gemeinden. Unter dem Strich blieb ein Rückgang der Bürgermeisterinnen in Kärnten von fünf auf drei. Der schon vorher beschämende Anteil von 3,79 Prozent wurde auf 2,27 Prozent verringert.

7.4 Knappe Entscheidungen und Bürgermeister-Wechsel

Der knappe Ausgang der Stichwahl in Dellach im Gailtal war nicht der einzige. In der Gemeinde Weißensee erreichte Bürgermeister Johann Weichsler (SPÖ) nur drei Stimmen mehr als sein ÖVP-Herausforderer. Da die ÖVP im Gemeinderat die absolute Mehrheit hat, gibt es in dieser Gemeinde wie auch in Mallnitz so etwas wie eine Kohabitation des sozialdemokratischen Bürgermeisters mit der absoluten bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat. Mit fünf Stimmen Überhang siegte in Flattach BZÖ-Kandidat Kurt Schober über den bisherigen Bürgermeister Christof Vierbauch. Hauchdünn mit einem Plus von acht Stimmen konnte in Arriach Langzeitbürgermeister Karl Gerfried Müller (SPÖ) sein Amt gegen Gerald Ebner (BZÖ) verteidigen. Neun Stimmen mehr für den ÖVP-Kandidaten Martin Gruber reichten in Kappel am Krappfeld zur Wachablöse. Beim ersten Wahlgang hatte SPÖ-Kandidat Josef Klausner mit 41,75 Prozent gegenüber 32,20 Prozent noch deutlich geführt. Martin Gruber ist mit 25 Jahren nun auch der jüngste Bürgermeister Kärntens. Für eine weitere Sensation sorgte in Eisenkappel, einer bisherigen Hochburg der SPÖ, Franz Josef Smrtnik (EL). Die Steigerung des Stimmenanteils von 31,55 auf 50,42 Prozent ergab den Vorsprung von 15 Stimmen gegenüber Harald Kogelnik. Eine ähnliche Erhöhung des Stimmenanteils gelang in Reichenfels dem ÖVP-Kandidaten Manfred Führer, der mit einem Vorsprung von 22 Stimmen der SPÖ den Bürgermeister-Sessel wegnehmen konnte. Ebenso knapp das Resultat für Bürgermeister Anton Polessnig ÖVP) in Diex, der sich mit 21 Stimmen mehr auf der Habenseite retten konnte. Spannend verlief die Stichwahl auch in der Stadt Radenthein, wo Michael Maier, der junge Spitzenkandidat der ÖVP, dem amtierenden Bürgermeister Martin Hipp sehr nahe kam. Mit einer Zustimmung von 61,00 Prozent und einer Verdoppelung seines Anteils vom ersten Durchgang konnte sich hingegen in Globasnitz Wolfgang Wölbl (SPÖ) durchsetzen. Gegenkandidat Hubert Kordez schnitt hier schlechter ab als die EL, die ihn ins Rennen geschickt hatte.

In weiteren Gemeinden kam es zum Bürgermeisterwechsel. Besonders schmerzhaft für die SPÖ war der Verlust von Hüttenberg und Kirchbach, wo die langjährigen Amtsinhaber Rudolf Schratter und Christoph Buchacher deutlich abgewählt wurden. In diesen beiden Gemeinden gibt es mit Josef Ofner und Hermann Jantschgi nun zwei neue BZÖ-Bürgermeister.

Andererseits ging der Bürgermeister von Weitensfeld für das BZÖ verloren. Hier gewann der ÖVP-Mann Franz Sabitzer. Das BZÖ revanchierte sich in Albeck, der Heimatgemeinde des früheren ÖVP-Obmannes Georg Wurmitzer, wo der bisherige Bürgermeister Alois Mödritscher auf eine Kandidatur verzichtet hatte. Siegfried Unterweger setzte sich mit 60,59 Prozent gegenüber Rudolf Reiner (ÖVP) durch. Das gleiche Missgeschick traf die ÖVP in der Gemeinde Maria Rain. Auch dort hatte ihr langjähriger Bürgermeister Josef Tomaschitz vor der Wahl auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet. Hier siegte Franz Ragger von der SPÖ. Die ÖVP holte sich dafür von der SPÖ das Bürgermeisteramt in Maria Saal und nutzte dabei die parteiinternen Streitigkeiten um Bürgermeister Walter Zettinig. Neuer Bürgermeister ist Anton Schmidt.

Insgesamt brachten die Stichwahlen daher in 16 der 37 Gemeinden einen Bürgermeisterwechsel.

7.5 Absprachen vor der Stichwahl?

Die beträchtliche Steigerung der Zustimmung für einzelne Bürgermeisterkandidaten gegenüber dem ersten Wahlgang wirft die Frage auf, ob es bei den Stichwahlen ausdrückliche oder stillschweigende Unterstützungen aus den jeweils nicht von der Wahl tangierten Lagern gegeben hat. Gab es daher „Chianti- oder Milchpakte"? Eine nähere Betrachtung zeigt, dass sich die Anhängerschaften der nun nicht mehr involvierten Parteien in den meisten Gemeinden offenbar neutral verhalten haben.

Es gibt aber signifikante Ausnahmen. In der Stadt Radenthein wurde die Unterstützung des BZÖ für den ÖVP-Kandidaten sogar öffentlich plakatiert. In Maria Saal, Kappel am Krappfeld und Reichenfels ist ebenfalls evident, dass die BZÖ-Wähler Königsmacher für die Eroberung des Bürgermeisteramtes durch die ÖVP waren. Auch in den Gemeinden Glödnitz und Malta konnten die neu in den Ring steigenden ÖVP-Kandidaten auf orange Hilfe bei der Verteidigung des Bürgermeisteramtes bauen. Umgekehrt verlief dies in Krumpendorf, Dellach im Gailtal und Maria Rain. Hier trug sicherlich das BZÖ-Klientel zum Sturz der ÖVP-Bürgermeister bei.

Ganz im Sinn der früheren bürgerlichen Zusammenarbeit verhalf die Anhängerschaft der ÖVP dem BZÖ zur Wachablöse in Hüttenberg, Kirchbach und St. Urban. Auch in den Gemeinden Neuhaus und Arriach hätte diese Wählerschicht vermutlich lieber einen BZÖ-Bürgermeister gesehen.

In Albeck und Straßburg galt die Sympathie der Sozialdemokraten eher den BZÖ-Kandidaten, und auch in Diex hatte der wiedergewählte ÖVP-Bürgermeister kaum Sympathisanten aus dem roten Lager. Großkoalitionäre Gegenbeispiele waren die Gemeinden Steuerberg und Weitensfeld.

7.6 Der Sonderfall Dellach im Drautal

Für einiges Aufsehen sorgte die Bürgermeister-Stichwahl in der Oberkärntner Gemeinde Dellach im Drautal. Hier hatte sich am 15. März der Kandidat der SPÖ Walter Egger durchgesetzt. Überraschend dabei war der hohe Stimmenanteil von 58,1 Prozent und damit der Umstand, dass Mitbewerber Johannes Pirker von der ÖVP gegenüber dem ersten Wahlgang nicht mehr zulegen konnte. Es gab eine anonyme Anzeige an die Staatsanwaltschaft und Einvernahmen. Walter Egger verzichtete aus Gesundheitsgründen auf das Amt, so dass die Wahl wiederholt werden musste.

Für die Wahl am 28. Juni bewarben sich für ÖVP und BZÖ wiederum Johannes Pirker und Michael Konrad. Die SPÖ schickte mit Claudia Klocker eine Frau in das Rennen. Nach einem emotionslosen Wahlkampf und einer sachlichen Podiumsdiskussion, veranstaltet von „Kärntner Woche“ und FH Kärnten, brachte die Wahl eine klare Entscheidung. Johannes Pirker, der schon in der Interimsphase amtierender Bürgermeister war, setzte sich mit 61,07 Prozent der Stimmen durch. Damit kam es letztlich in dieser Gemeinde zu einem Wechsel des Bürgermeisters von der SPÖ zur ÖVP.

Anfang Oktober stellte sich dann heraus, dass der SPÖ-Kandidat unter Ausnutzung seiner Funktion als Amtsleiter Manipulationen an den Stimmzetteln vorgenommen hatte. Die Dellacher SPÖ entschuldigte sich bei der Bevölkerung mit einem Postwurf.

8. Die Auswirkungen der Kommunalwahlen

Das Kalkül der Sozialdemokraten, in den Kommunen die Früchte der Arbeit des Gemeindereferenten zu ernten, ging nicht auf. Die SPÖ konnte sich über den Machtverlust in vielen Gemeinderäten nur mit dem Umstand trösten, dass ihr ein Anteil von genau 50 Prozent aller Bürgermeister zugesprochen wurde. 66 der 132 Gemeindechefs gehören dieser Partei an. Damit blieb auch der maßgebende Einfluss im Kärntner Gemeindebund, in dem – mit Ausnahme der Städte Klagenfurt und Villach – alle Gemeinden Mitglieder sind, erhalten. Auch hier stellen die Sozialdemokraten 65 von 130 Bürgermeistern. Möglich gemacht wurde dies durch Persönlichkeiten in einzelnen Gemeinden, wie zum Beispiel Mallnitz und Weißensee, die sich erfolgreich gegen den Wind, der ihrer Partei stark entgegen blies, zur Wehr setzen konnten. Einen deutlichen Dämpfer erhielten die SPÖ-Bürgermeister in den Bezirksstädten. Von den drei „Gerhards“ konnte nur der St. Veiter Bürgermeister die absolute Mehrheit seiner Partei im Gemeinderat retten. Während sich Gerhard Mock ohnehin bereits vor der Wahl von der Landespolitik zurückgezogen hatte, dürfte für die Bürgermeister von

Wolfsberg und Spittal an der Drau, Gerhard Seifried und Gerhard Köfer, ihr relativ schlechtes Abschneiden einen Rückschlag für die Ansprüche auf höhere Weihen gebracht haben. Balsam auf den Wunden der Landespartei.

Höchst unterschiedlich schnitt die ÖVP ab. Überraschende Erfolge lösten sich mit Niederlagen ab. Wo, wie in Dellach im Gailtal oder Maria Rain, Jahrzehnte lang ÖVP-regierte Gemeinden verloren gingen, waren die Dorfkaiser nicht mehr angetreten und hatten es nach schlechter Tradition der Partei verabsäumt, Nachfolger aufzubauen. Unter Berücksichtigung der ÖVP-nahen Namenslisten konnte die Partei aber ihren Anteil an Bürgermeistern halten. Dass in der Landeshauptstadt die Kandidatur des Bürgermeisters nicht einmal zur Stichwahl reichte, ist ein anderes Kapitel. So schmerzlich der Verlust von Klagenfurt war, für die Landes-ÖVP brachte er auch die Befreiung von einer Stadtparteileitung, von der sie im letzten Jahrzehnt immer wieder in Geiselhaft genommen und bei landesweiten Entscheidungen gehemmt wurde. Ob Josef Martinz seine Funktion als neuer Gemeindereferent der Landesregierung nutzen kann, werden die nächsten Jahre zeigen.

Umgekehrt war beim BZÖ der Sieg in Klagenfurt die Krönung der Kommunalwahl. An zweiter Stelle kann der Erfolg bei den Gemeinderatswahlen in den Bezirksstädten genannt werden, wo man nun verstärkt Einfluss nehmen kann. Hier kamen von der SPÖ auch sofort Signale in Richtung Koalitionen mit dem BZÖ. Eine mögliche Umsetzung dieser Allianzen und die Auswirkung auf die orange-schwarze Landesregierung versprechen spannend zu werden.

Kathrin Hämmerle

Der beste Bürgermeister in Klagenfurt Christian Scheider heißt er

In Klagenfurt blieb am 1. März 2009 kein Stein auf dem anderen: Die bereits zuvor zersplitterte Parteienlandschaft in der Landeshauptstadt kündigte nicht nur einen spannenden Wahlabend an, die Bürger nutzten vielmehr auch die Chance auf Veränderung. Die Auswahl dafür war so groß wie noch nie: Acht Bürgermeisterkandidaten[1] und zehn Parteien[2] fanden sich auf der Liste, in den Gemeinderat schafften es schließlich sechs. Möglicherweise war die große Zahl an Bewerbern bereits ein Vorzeichen für die Schwäche des Amtsinhabers. Denn die größte Sensation stand bereits nach dem ersten Wahlgang der Bürgermeisterdirektwahlen fest: Klagenfurt hat nach 36 Jahren erstmals keinen ÖVP-Bürgermeister mehr. Am 1. März 2009 ging eine Ära zu Ende, die mit Leopold Guggenberger 1973 begann und nun mit dem zuletzt amtierenden Bürgermeister Harald Scheucher endete, der es nicht mehr in die Stichwahl schaffte. Als Sieger jubeln durften – ähnlich wie auf Landesebene – das BZÖ und ihr Spitzenkandidat Christian Scheider.

Zahlen und Fakten

Am 1. März 2009 wurden die Klagenfurter Wähler genau genommen dreimal zu den Urnen gerufen: zur Landtagswahl, Gemeinderatswahl und Bürgermeister(direkt)wahl.

Wahlbeteiligung

Von den 74.828 wahlberechtigten Bürgern[3] in Klagenfurt, nahmen 53.672 dieses Recht auch wahr. Alle Österreicher und nichtösterreichischen Unionsbürger, die mit dem Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet und ihren Hauptwohnsitz am Stichtag[4] in Klagenfurt hatten, zählten zum Kreis der Wahlberechtigten. Von den 3.088 Klagenfurter Unionsbürgern erfüllten 2.662 altersmäßig die Voraussetzung für die Teilnehme an der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl. Darunter waren 42,9 Prozent deutsche Staatsbürger, gefolgt von 15 Prozent Slowenen und 9,6 Prozent Italienern.[5] Die Frauen stellten mit 54,7 Prozent die Mehrheit, und beinahe ein Drittel der Wählerschaft war älter als 60 Jahre. Der Anteil der Wahlberechtigten

unter 18 Jahre betrug im Gegensatz dazu 1,4 Prozent, ein knappes Fünftel war jünger als 30 Jahre. Erstmals bestand in Klagenfurt die Möglichkeit, die Stimme in Form der Briefwahl abzugeben. Eine weitere Besonderheit war der vorgezogene Wahltag am 20. Februar, an dem immerhin rund 3,7 Prozent der Wahlberechtigten oder konkret 2.817 Bürger ihre Stimme für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl abgaben. Diese technischen Erleichterungen der Stimmabgabe könnten zum Teil die gestiegene Wahlbeteiligung erklären.

Die Wahlbeteiligung bei der Gemeinderatswahl betrug 71,7 Prozent und lag somit um 9,1 Prozentpunkte höher als beim historischen Tiefstand von 2003. Bei der Bürgermeisterwahl gingen beinahe gleich viele Klagenfurter zur Urne – nur acht Wähler gaben ihre Stimme zwar bei der Gemeinderatswahl, nicht jedoch bei der Bürgermeisterwahl ab. Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl lag hingegen zehn Prozentpunkte höher, bei beachtlichen 81,8 Prozent.[6] Zwischen den beiden Wahlgängen zur Bürgermeisterwahl trat nicht nur bei den Kandidaten und Wahlhelfern eine gewisse Politikmüdigkeit ein, auch die Wähler waren nicht mehr so recht motiviert. Bei der Stichwahl sank die Wahlbeteiligung auf 56,9 Prozent und somit um knappe 15 Prozentpunkte.

Der Anteil der ungültigen Stimmen lag bei der Gemeinderatswahl bei 2,4 Prozent. Bei der Bürgermeisterwahl war der Anteil deutlich höher: Hier wählten 4,1 Prozent ungültig, was auf eine deutlichere Unzufriedenheit mit dem inhaltlichen und personellen Angebot hinweisen könnte. Bei der Stichwahl hingegen waren es nur noch 2,2 Prozent.

Gemeinderatswahl

38,5 Prozent (oder in absoluten Zahlen 20.151 Stimmen) entfielen auf den Wahlsieger BZÖ, 23,5 Prozent (12.329 Stimmen) und damit 13,1 Prozentpunkte weniger auf die SPÖ. Beim Vergleich von Sprengelergebnissen ergibt sich ein direkter Austausch von Wählern zwischen diesen beiden Parteien. Nur noch in fünf Sprengeln konnte die SPÖ die stimmenstärkste Partei werden, in einem Sprengel wanderte die absolute Mehrheit der SPÖ direkt zum BZÖ. Das BZÖ wurde somit in 138 Sprengeln die stimmenstärkste Partei, in neun landete es auf dem zweiten Platz und in nur einem Sprengel auf dem dritten. In 17 Sprengeln erreichte das BZÖ die absolute Mehrheit, in keinem aber lag es unter 20 Prozent.

Ebenfalls große Verliererin des Abends war die ÖVP mit 18,5 Prozent (9.712) bzw. einem Verlust von 12,6 Prozentpunkten. In 15 Sprengeln rutschte die ÖVP gar auf den vierten Platz zurück. In 46 Sprengeln verlor auch sie die relative Mehrheit an das BZÖ, in zwei weiteren an die SPÖ. Leicht dazu gewinnen konnten hingegen die Grünen mit 11,7 Prozent

(6.110), wobei die Klagenfurter Grünen im Vergleich zu den Landesgrünen um 1,7 Prozentpunkte besser abschnitten.

Die FPÖ wurde mit drei Prozent (1.586 Stimmen) fünftstärkste Partei und konnte in fünf Sprengeln sogar auf den vierten Platz vorrücken. SP-Dissident Ewald Wiedenbauer erreichte mit seiner Liste 2,8 Prozent der Stimmen (1.476) und konnte sich so den Einzug in den Gemeinderat sichern, obwohl er in einem Sprengel keine einzige Stimme erhielt. Die KPÖ sowie den Listen PARTL, TAXI 4 und GPÖ gelang der Sprung ins Gemeindeparlament nicht.

Zusammensetzung des Gemeinderats ohne Stadtsenatsmitglieder (Prozentwerte in Klammer)

	BZÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	EW	FPÖ	Gesamt
Frauen	6 (43)	2 (22)	2 (29)	2 (50)			12 (33)
Männer	8 (57)	7 (78)	5 (71)	2 (50)	1 (100)	1 (100)	24 (64)
Bis 30 Jahre*	1 (7)	2 (22)	0	1 (25)			4 (11)
31 bis 45**	7 (50)	4 (44)	2 (29)	1 (25)		1 (100)	15 (42)
46 bis 60***	4 (29)	3 (33)	4 (57)	1 (25)	1 (100)		13 (36)
Über 60 Jahre****	2 (14)	0	1 (14)	1 (25)			4 (11)
Gesamt	14	9	7	4	1	1	36

* ab Jahrgang 1979 ** Jahrgang 1964 bis 1978 *** Jahrgang 1949 bis 1963 **** bis einschließlich Jahrgang 1948. Inzwischen haben sich bereits Änderungen im Gemeinderat ergeben.

In Mandaten bedeutete dieses Ergebnis: Inklusive den Stadtsenatsmitgliedern entfallen 18 von 45 Sitzen im Gemeinderat in der nächsten Periode auf das BZÖ (plus neun), elf auf die SPÖ (minus sechs), neun auf die ÖVP (minus sechs), fünf für die Grünen (plus eins), und jeweils ein Mandat bleibt für die FPÖ sowie für Ewald Wiedenbauer. Aufgrund dieses Ergebnisses verlieren die SPÖ und die ÖVP in der Stadtregierung je einen Sitz an das BZÖ, und die neue Verteilung im Stadtsenat lautet somit: vier BZÖ, zwei SPÖ, zwei ÖVP und einen Stadtratssitz für die Grünen.

Insgesamt wurde die politische Landkarte Kärntens nach den Gemeinderatswahlen bunter: Vom dunkelroten Süden und Osten (Gemeinden mit absoluter SP-Mehrheit) blieben einzelne Flecken – nur mehr in zwölf von 132 Gemeinden kamen die Sozialdemokraten auf mehr als 50 Prozent Stimmanteil – ebenso viele wie das erstmals antretende BZÖ, das aus dem Stand den zweiten Platz schaffte und im Durchschnitt bei allen Kommunen auf beachtliche 31 Prozent kam. Mit diesem Ergebnis hat das BZÖ nun insgesamt 789 Mandatare in den Kärntner Gemeindevertretungen.

Zusammensetzung des Stadtsenats (Prozentwerte in Klammer)

	BZÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	Gesamt
Frauen	1 (25)	1 (50)	0	1 (100)	3 (33)
Männer	3 (75)	1 (50)	2 (100)	0	6 (67)
Bis 30 Jahre*	1 (25)	0	0	0	1 (11)
31 bis 45**	2 (50)	0	1 (50)	0	3 (33)
46 bis 60***	1 (25)	2 (100)	1 (50)	1 (100)	5 (56)
Über 60 Jahre****	0	0	0	0	0
Gesamt	4	2	2	1	9

* ab Jahrgang 1979 ** Jahrgang 1964 bis 1978 *** Jahrgang 1949 bis 1963 **** bis einschließlich Jahrgang 1948.

Im Vorzugsstimmenranking führte Bürgermeisterkandidat und Stadtrat Christian Scheider (BZÖ) mit 1.082 Stimmen klar die Top Ten an und sicherte sich mit diesem Ergebnis als einziger den Direkteinzug in den Gemeinderat, für den 1.080 Stimmen nötig waren. Scheider konnte somit seinen ersten Platz aus dem Jahr 2003 verteidigen. Ein aufwändiger Vorzugsstimmenwahlkampf mit Plakaten und Inseraten sicherte Reinhold Lexer (ÖVP) den zweiten Platz mit 660 Stimmen. Auf den Plätzen folgten Albert Gunzer (BZÖ) mit 588 Stimmen, Stadträtin Andrea Wulz (Grüne) mit 426, Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) mit 400, Reinhold Gasper (Grüne) mit 391, Bürgermeister Harald Scheucher (ÖVP) mit 344, Julian Schmid (Grüne) mit 273, Horst Krainz (ÖVP) mit 265 und Landesrat Peter Kaiser (SPÖ) mit 229 Vorzugsstimmen. Bei den kleinen Parteien hatte Ewald Wiedenbauer mit 114 Stimmen die Nase vorn, von den anderen Spitzenkandidaten bekamen Johann Partl (PARTL) 31, Stefan Petschnig (FPÖ) 30, Bernhard Herzog (TAXI 4) 22 und Ahmed EL Messalamy (GPÖ) 11 von den insgesamt 14.017 Vorzugsstimmen.

Bürgermeisterwahl

Diese Vorzugsstimmen wurden für den Spitzenkandidaten der Partei abgegeben. Die Bürgermeisterwahl selbst hingegen war ein getrennter Wahlgang, bei der ein Kandidat laut K-KStR 1998[7] die absolute Mehrheit – das bedeutet mindestens die Hälfte der gültigen Stimmen plus eine – erreichen muss. Gelingt dies keinem der Kandidaten im ersten Wahlgang, so kommt es zwei Wochen später zu einer Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Bewerbern. Bereits zum vierten Mal wurde auf diese Weise der Klagenfurter Bürgermeister gewählt, und diesmal traten acht Kandidaten an: Dr. Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ), Dkfm. Harald Scheucher (ÖVP), Christian Scheider (BZÖ), Mag. Andrea Wulz (Grüne) DI Ahmed El Mesal-

lamy (GPÖ), Johann Dietmar Partl (PARTL), Stefan Petschnig (FPÖ) und Ewald Wiedenbauer (EW'09).

Erster Wahlgang

Im ersten Wahlgang der Bürgermeisterwahl war ebenfalls das BZÖ mit seinem Kandidaten und Herausforderer Christian Scheider der strahlende und auch überraschende Sieger des Wahlabends und die ÖVP mit dem amtierenden Bürgermeister Harald Scheucher der große Verlierer. 20.928 Klagenfurter wählten Scheider, das waren 40,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Auf Platz zwei mit 12.358 Stimmen bzw. 24 Prozent landete die SPÖ-Kandidatin Maria-Luise Mathiaschitz. Verteidiger Harald Scheucher hingegen versäumte den Einzug in die Stichwahl mit nur 22,1 Prozent bzw. mit genau 1.000 Stimmen weniger als seine rote Konkurrentin.

Zweiter Wahlgang

Zwei Wochen später, am Abend des 15. März 2009, stand fest, dass Klagenfurt noch länger auf die erste Bürgermeisterin warten muss. Christian Scheider schlug mit beinahe 64 Prozent Maria-Luise Mathiaschitz mit 36 Prozent klar. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 26.654 Klagenfurter Scheider wählten und exakt 15.000 sich für Mathiaschitz entschieden. Das entspricht einem Zugewinn von 5.726 Stimmen für Scheider und 2.642 Stimmen für Mathiaschitz. Allerdings gaben nur noch 56,9 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, und somit stellten die Nichtwähler die weitaus größte Gruppe.

Scheider konnte in 144 Sprengeln die absolute Mehrheit erringen, in zehn gar über 75 Prozent. Mathiaschitz lag hingegen nur in drei Sprengeln vorne. Kurioserweise erhielten die beiden Kandidaten in einem Wahlsprengel exakt dieselbe Stimmenzahl.

Dem BZÖ gelang es nicht nur in Klagenfurt, den Bürgermeistersessel zu erobern. Auch in weiteren sechs von insgesamt 37 Gemeinden mit Stichwahl gewann das BZÖ ausreichend Stimmen, um den Gemeindechef zu stellen. Damit gelang den Orangen, die nun 28 Kärntner Gemeinden regieren, ein Wahlsieg auf allen Ebenen. Ein für das BZÖ doch wichtiges Ergebnis, da somit erstmals die Grundlage für eine nachhaltige Verankerung auch im lokalen Bereich gelegt war.

Stimmensplitting

Großes Rätselraten herrschte in den Medien und bei Politikbeobachtern in den Tagen vor der Wahl, wie sich denn die Zusammenlegung aller drei Wahlgänge auswirken würde. Hoffte vor allem die SPÖ auf ein Über-

schwappen ihrer Vormachtstellung in den Kommunen auf das Landesergebnis, dachte das BZÖ umgekehrt. Dessen Funktionäre strebten danach, mit einem effektiven „Jörg-Haider-Gedenkwahlkampf" ihre Position in den Gemeindestuben zu stärken. Tatsächlich gelang diese Strategie, denn während die SPÖ landesweit bei den Wahlen zum Landtag 9,7 Prozentpunkte verlor, büßte sie bei den Gemeinderatswahlen in allen Bezirksstädten ein und verlor dort im Durchschnitt 9,8 Prozentpunkte. Dem BZÖ gelang es sieben Bürgermeistersessel dazu zu gewinnen. Es konnte mit insgesamt 28 Bürgermeistern seine Position nicht nur auf Landesebene sichern, sondern auch auf kommunaler Ebene stark ausbauen.

Ein Indiz, dass die Wähler aber sehr wohl zwischen den Wahlgängen unterschieden haben, stellt nicht nur die unterschiedliche Wahlbeteiligung, sondern auch das Klagenfurter Ergebnis im Detail dar.

Ergebnisse der drei Wahlgänge in Klagenfurt

Partei	Landtagswahl	Gemeinderatswahl Klagenfurt	Bürgermeisterwahl Klagenfurt (1. WG)	Differenz LTW und GRW	Differenz BGW und GRW
SPÖ	26,4	23,5	24,0	–2,9	0,5
BZÖ	41,3	38,5	40,7	–2,8	2,2
ÖVP	16,3	18,5	22,1	2,2	3,6
Grüne	9,9	11,7	6,3	1,8	–5,4
FPÖ	4,9	3,0	1,7	–1,9	–1,3

Angaben in Prozent für die Partei bzw. den zugeordneten Bürgermeisterkandidaten.
Quelle: http://info.ktn.gv.at/wahl2009/ (1. 10. 2009)

Vergleich Nationalratswahl 2008 und Gemeinderatswahl 2009

Partei	Landtagswahl	Gemeinderatswahl Klagenfurt	Nationalratswahl
SPÖ	26,4	23,5	24,1
BZÖ	41,3	38,5	37,3
ÖVP	16,3	18,5	14,0
Grüne	9,9	11,7	11,8
FPÖ	4,9	3,0	7,6

Quelle: http://info.ktn.gv.at/wahl2009/ (1. 10. 2009)

SPÖ, BZÖ und FPÖ schnitten auf Landesebene besser ab als ihre Klagenfurter Parteikollegen, wobei die Differenz bei der SPÖ mit 2,9 Prozent am deutlichsten ausgeprägt war. Bereits erwähnt wurde die Wählerwanderung von SPÖ und BZÖ in einzelnen Klagenfurter Wahlsprengeln. Beim Vergleich der Wahlergebnisse zwischen den Wahlgängen zeigt sich ebenfalls ein starker Sog in Richtung BZÖ. So konnte die SPÖ nur in 18 Sprengeln auf Kommunalebene besser abschneiden als auf Landesebene. Insgesamt wählten 2,9 Prozent der SPÖ-Wähler in der Gemeinde zwar die SPÖ, entschieden sich aber auf Landesebene für eine andere Partei.

ÖVP und die Grünen hingegen fanden im urbanen Umfeld der Landeshauptstadt deutlich mehr Wähler als im Rest Kärntens. Das erstaunt bei den Grünen weniger, deren Zielgruppe österreichweit vorrangig in den Städten zu finden ist. Bei der ÖVP mit ihrer starken Verankerung im ländlichen Bereich stellt dies hingegen ein Kärntner Spezifikum dar.

In der Langzeitperspektive zeigt sich jedoch deutlich, dass die außergewöhnliche Stellung der Klagenfurter ÖVP, die ab 1979 als Bürgermeisterpartei deutlich bessere Ergebnisse als ihre Parteikollegen auf Landes- und Bundesebene erzielen konnte, vorbei ist. So erreichte die ÖVP in Klagenfurt bei der Landtagswahl 1984 30,7 Prozent, bei den Nationalratswahlen 1986 29,2 Prozent, bei den zwischen diesen beiden Wahlgängen liegenden Gemeinderatswahlen 1985 (damals noch ohne Bürgermeisterdirektwahl) jedoch 46,8 Prozent.

Interessant ist die Zugkraft der einzelnen Bürgermeisterkandidaten im ersten Wahlgang im Vergleich zu den Werten der eigenen Partei bei den Gemeinderatswahlen. Hier konnte Harald Scheucher mit Amtsinhaberbonus verhältnismäßig am besten abschneiden – wählten doch 3,6 Prozent (oder in absoluten Zahlen 1.673) Wähler ihn, nicht aber die ÖVP. Auch sein Bezwinger Christian Scheider konnte mit einem Überhang von 2,2 Prozent oder 777 Stimmen einen Respektvorsprung vor seiner Partei einfahren. Enttäuschend ist hingegen das Ergebnis für Maria-Luise Mathiaschitz ausgefallen, die immerhin mit dem klaren Anspruch antrat, Bürgermeisterin zu werden. Nur ein halbes Prozent (oder in Summe 29) mehr Wähler wählten sie, nicht aber die SPÖ in den Gemeinderat. Nicht überraschend ist hingegen das schlechte Abschneiden der grünen Kandidatin Andrea Wulz, da sie zu keiner Zeit reale Aussichten auf das Amt hatte.

Die Personen und Inhalte

Scheuchers Abgang

Als „der BESTE Bürgermeister“ sah sich Harald Scheucher, er sollte jedoch mit diesem Slogan scheitern. Der Amtsinhaber verfehlte bei seinem dritten

Antreten – doch für viele überraschend – bereits die Stichwahl. Nach 40,5 Prozent der Stimmen bei seiner Wahl 1997 und 41,7 Prozent bei seiner Wiederwahl 2003 stürzte Scheucher sechs Jahre später auf 22,1 Prozent ab.

Harald Scheucher warb mit „Politik mit Herz heißt: Erst zuhören. Dann entscheiden." Vielmehr wurde ihm aber im Wahlkampf sein energisches Vorgehen bei Großprojekten vorgeworfen bzw., wie es seine Gegner formulierten: sein „Drüberfahren" über die Bevölkerung. *Seine* Projekte, wie er sie nannte, waren vorrangig die City Arkaden, das Fußballstadion sowie die EURO 08, die Umgestaltung des Neuen Platzes, der Neubau des Seepark-Hotels, der Ringausbau, die Ansiedelung von Metro, Magna und IKEA.[8] In Erinnerung gerufen wurden diese Erfahrungen mit dem Politikstil des Bürgermeisters bei einem großen Teil der Bevölkerung aber durch die Debatte rund um die Sanierung des Benediktinerplatzes.

Verlässlich. Bürgernah. Visionär. lautete die Kernbotschaft des Bürgermeisters im Wahlkampf. Bei den Bürgern trafen diese drei Selbstdefinitionen jedoch auf wenig Resonanz. Viele Projekte waren zwar umstritten, aber nicht durchwegs erfolglos, wie der Neubau des Klagenfurter Hauptbahnhofs und der Erhalt der Alpen-Adria-Universität, der Lake Side Park oder die Sanierung des Schlosses Loretto am Wörthersee beweisen. Demzufolge löste das Ergebnis am Wahlabend zunächst auch Erstaunen im Rathaus aus, und Harald Scheucher gestand in ersten Reaktionen seine Enttäuschung.

Seine Ideen – unsere Zukunft versprach ein weiterer Wahlkampfslogan, der allerdings nicht für die Klagenfurter ÖVP gelten sollte. Insgesamt war der Wahlabend ein schmerzlicher: Bürgermeister weg, ein Stadtratssitz ebenso und 3.785 Wähler weniger – es wurde das schlechteste Wahlergebnis in der Partei-Geschichte. ÖVP-Stadtparteiobmann Peter Steinkellner sah in den vielen Großprojekten in zu kurzer Zeit, gepaart mit schlechter Kommunikation, eine Ursache. Ein weiteres Versäumnis war die bereits längst angekündigte, aber nie erreichte Verjüngung der Partei. Dennoch schloss Steinkellner am Wahlabend noch ein Köpferollen aus, denn das „bringt nichts."[9] Einzig Scheucher verzichtete sofort auf seinen Sitz im Gemeinderat und kündigte an, fortan statt „der BESTE Bürgermeister" nur mehr „Privatmann"[10] zu sein.

Erfahrung zählt (nicht) *doppelt.* Schließlich gestand Steinkellner auch Verbesserungsbedarf in Sachen Bürgernähe ein. „Wir müssen viel mehr hinaus zum Bürger und uns vor Ort um die Probleme kümmern. Das wäre lebende Kommunalpolitik, und da haben wir sicherlich auch gewisse Sachen aufzuholen."[11]

Die ÖVP bastelte wenige Tage nach der Wahlschlappe an einem Neuanfang.[12] Gerüchte verbreitete die Bildung von zwei Lagern innerhalb der Par-

tei. Favorisierten die einen das Festhalten am alten Team mit neuem Weg, so forderten die anderen auch eine personelle Erneuerung bei den beiden Stadtratssitzen sowie beim Parteiobmann. Selbst Landesgeschäftsführer Thomas Goritschnig hielt zum damaligen Zeitpunkt eine Erneuerung für unumgänglich.[13] Knappe zwei Wochen später präsentierte die Partei eine Kompromisslösung: Parteichef blieb Peter Steinkellner, ihm wurde aber mit Wilfried Thaler ein geschäftsführender Parteiobmann zur Seite gestellt. Zweiter Stadtrat neben Steinkellner wurde Herbert Taschek, der bereits seit 1997 im Gemeinderat vertreten ist. Seine Funktionen zurück legten Klubobmann Klaus Bidovec und Walter Zwick, der nach 24 Jahren Stadtratstätigkeit und insgesamt 30 Jahren in der Gemeindepolitik endgültig aus der Politik ausschied.

So ist die ÖVP heute nach wie vor hauptsächlich mit bereits bekannten Gesichtern in der Stadt vertreten. Einzig auf der Homepage scheint es Neuerungsarbeiten zu geben, jedenfalls wird unter www.klagenfurter-volkspartei.at bereits seit längerer Zeit um Verständnis und Geduld geworben, allerdings keine Information weitergegeben.

Die Wahlkampfthemen

Die Wahlbeteiligung war bei allen Wahlgängen deutlich höher als 2003, was auf einen polarisierenden Wahlkampf hindeuten könnte, der viele Wähler motivierte, für ihren Kandidaten/ihre Partei die Stimme abzugeben. Klagenfurt wie ganz Kärnten zeigte sich vor den Wahlen mit Plakaten zugepflastert wie noch nie – kandidierende Parteien samt ihren Spitzenkandidaten für Landtag, Gemeinderat und Bürgermeistersessel lachten den Wählern aus jeder erdenklichen Situation entgegen. Dazu kamen noch auf den Parteilisten nach hinten gereihte, aber dennoch hoffnungsvoll um Vorzugsstimmen Kämpfende. Obwohl die Plakate selbst naturgemäß nur wenig Inhalt transportierten, fand sich gerade in Klagenfurt eine Reihe von heftig diskutierten Projekten, deren emotionaler Höhepunkt der Benediktinermarkt darstellte.

Immer wiederkehrende Themen des Wahlkampfs bei Bürgerdiskussionen waren der Standort eines neuen Hallenbades, Maßnahmen gegen den Feinstaub, die Innenstadtentwicklung – insbesondere die leeren Geschäftsflächen in der Bahnhofstraße – und die Zukunft der stadteigenen Stadtwerke. Dazu kamen das geplante Gasdampfkraftwerk, die Zukunft der Seebühne sowie der Sportstätten oder der Umbau des Neuen Platzes. Die Standpunkte der Spitzenkandidaten von SPÖ, ÖVP, BZÖ, EW'09 und FPÖ ließen sich in der Diskussion „Politiker auf dem Prüfstand" in den City Arkaden nachvollziehen.[14] Erwähnenswert ist der Ort der Diskussion, zu der die Kleine Zeitung einlud, in doppelter Hinsicht. Einerseits konnte hier

ein Publikum erreicht werden, das über traditionelle politische Informationskanäle nicht erreicht werden kann, andererseits fand die Veranstaltung aber auch in einem umstrittenen Projekt des Bürgermeisters Scheucher statt.

Angesprochen wurde von den Moderatoren auch der Schuldenstand der Stadt. Harald Scheucher, der im Wahlkampf stark auf seine Wirtschaftskompetenz setzte, verwies darauf, dass alle Beschlüsse im Stadtsenat mit den politischen Partnern gefällt wurden.

Die Causa Benediktinermarkt

Besonders hoch gingen die Wogen aber rund um die Bauvorhaben am beliebten Benediktinermarkt.[15] Hier gingen viele Bruchlinien in der Stadtpolitik auf und zeigte sich exemplarisch der politische Stil innerhalb des Rathauses. Die Causa Benediktinermarkt dürfte dem amtierenden Bürgermeister Scheucher den entscheidenden Tiefschlag zugefügt haben. Statt „Bürgernah für ALLE da!" hieß es: kein politisches Kleingeld auf Kosten der Marktstandler.

Kurz zur Erinnerung: Ein bereits im Dezember im Stadtsenat besprochenes Tiefgaragenprojekt sorgte bei den betroffenen Standlern für Unmut. ÖVP, SPÖ und BZÖ stimmten für den Bau einer Tiefgarage sowie eines fünfstöckigen Büro- und Wohngebäudes durch das Kärntner Siedlungswerk beim Benediktinerplatz. Einzig die grüne Stadträtin Wulz war gegen den Beschluss. Es folgten Unterschriftenlisten, Protestschreiben und laute Empörung auch in den Medien[16] gegen das Projekt. Die mitstimmenden Vertreter von SPÖ und BZÖ – Mathiaschitz und Scheider – fühlten sich von der ÖVP hinters Licht geführt. So versicherte der zuständige VP-Stadtrat Walter Zwick laut Aussagen von Mathiaschitz auf mehrmaliges Nachfragen, dass die betroffenen Marktfieranten sowohl informiert als auch mit diesem Projekt einverstanden seien. Scheider und Mathiaschitz suchten dringend nach einem Exitszenario.

Tatsächlich ging am Tag nach dem Bekanntwerden der Pläne über die Medien eine Welle des Protestes über den Marktplatz – sowohl bei Standlern als auch bei deren Kunden. Befürchtet wurde vor allem eine Erhöhung der Mieten für die Standplätze und somit eine Verdrängung der etablierten Fieranten durch Handelsunternehmen. Die SPÖ widerrief ihr Einverständnis öffentlich, das BZÖ sammelte flugs Unterschriften gegen das zuvor noch befürwortete Projekt. Beiden Parteien wurde von Seiten der Wähler scheint's verziehen. Nicht so aber der ÖVP: Obwohl Harald Scheucher mit den Worten „Das Projekt Tiefgarage am Benediktinermarkt ist jetzt tot"[17] das Projekt noch im laufendenWahlkampf begrub und einen Antrag für die Bereitstellung von Geldern zur Sanierung vorlegte. 100.000 Euro

sollten sofort zur Verfügung gestellt werden, die Standler selbst die Reihenfolge der Maßnahmen anregen. Diese Wahlzuckerlvariante wurde vom Stadtsenat in einer eiligst einberufenen Sondersitzung einstimmig angenommen. Den politischen Nutzen zogen allerdings die Herausforderer allein.

Die Herausforderer

SPÖ

Maria-Luise Mathiaschitz, seit 1999 Umweltärztin des Landes, wurde 2003 als Stadträtin vom damaligen Parteichef Ewald Wiedenbauer in die Politik geholt. 2008 erzwang sie aufgrund von Ungereimtheiten bei der Auszählung von Stimmen bei der Wiederwahl Wiedenbauers zum Parteichef dessen Rücktritt und wurde erste Vizebürgermeisterin der Landeshauptstadt. Ihr gelang es somit, ihren parteiinternen Gegner Wiedenbauer zu stürzen. Die Reihen nach diesem Konflikt unter Parteifreunden wieder zu schließen gelang ihr allerdings nur unzureichend. So verließen Mitte Jänner 2009 – knapp vor Wahlkampfbeginn – die Gemeinderätinnen Sieglinde Trannacher und Nicole Romauch die Partei, weil sie „diesen Weg, den die Klagenfurter SPÖ derzeit geht, nicht mehr mitgehen" wollten.[18]

Gemeint war wohl der Weg der neuen Parteichefin Mathiaschitz. Diese präsentierte sich als „Die bessere Bürgermeisterin" oder als „Eine Löwin für Klagenfurt". Zur Löwin passte wohl die Frisur, bei den Debatten und Konfrontationen brüllte sie doch etwas bescheidener. Ihr Versprechen, für eine neue Rathaus-Kultur zu sorgen und mehr Anständigkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit den Klagenfurtern zu bieten, waren doch etwas vage.[19] Holprig war auch ihr Rückzug bei der Umgestaltung des Benediktinermarktes. „Unsere Zustimmung zum Grundsatzbeschluss für das Tiefgaragenprojekt unter dem Benediktinerplatz ist als null und nichtig anzusehen!" betonte die bereits damals amtierende Vizebürgermeisterin gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen Michael Matzan und Franz Kogler auf der eigenen Homepage: „Sowohl die Marktstandler als auch wir sind im Stadtsenat getäuscht worden!"[20]

Bei ihrem Wahlkampfauftakt kündigte Mathiaschitz drei Offensiven in der Stadtpolitik an: Sicherheit, Wirtschaft und Lebensqualität. Ein weiteres Versprechen war jenes auf einen neuen politischen Stil: „Ich werde sorgsam mit Ihrer Stimme umgehen – nach bestem Wissen und Gewissen." Sie wollte damit das Vertrauen in die Politik zurückgewinnen, was ihr nur unzureichend gelang. Wobei ihr auch der Gegenwind für die SPÖ auf Landesebene sicherlich zu schaffen machte.

BZÖ

Mit „Frische KRAFT statt leere Versprechungen“ warb Christian Scheider um das Vertrauen. Unterstützt von einer jungen Dame und hochgereckten Daumen auf den Plakaten. Scheider stellte sich als politischer Quereinsteiger dar, der von Jörg Haider in die Politik geholt wurde und sich mit „Weil alles andere kennen wir!“ von den etablierten Parteien abzuheben versuchte. Bei steigender Unzufriedenheit und Vertrauensverlust mit der und in die Politik ein oft verwendetes und auch erfolgreiches Wahlkampf-Rezept.

Scheiders Wahlkampf mit den Slogans „Es geht um IHREN Bürgermeister“, gemeinsam mit Kind posierend, ging auf. „Gemeinsam schaffen wir es!“ und „Einer für ALLE!“ mögen als Slogans nicht besonders originell sein, sie waren aber wirkungsvoll. „G‘scheider den Scheider“ dachten sich also viele Klagenfurter und ließen sich von Christian Scheider zeigen, wie‘s geht, obwohl er gar nicht so neu war in der Politik. Der BZÖ-Kandidat ist Bediensteter der Landesregierung und war bereits von 1999 bis 2001 Landtagsabgeordneter, 1997 bis 2001 Gemeinderat und seit 2001 Stadtrat.

Scheider war von seinem Erfolg im ersten Wahlgang selbst überrascht. In einer ersten Analyse sah er als die beiden entscheidenden Themen den Verkauf der Gemeindewohnungen und der Stadtwerke, gegen die das BZÖ aufgetreten war.[21] Punkten konnte er jedenfalls mit sozialen Themen, wo er als zuständiger Stadtrat Bekanntheit und Kompetenz erlangt hatte. Hilfreich war zusätzlich die Unterstützung der Landeshauptmann-Witwe Claudia Haider.

Die langjährige Zusammenarbeit mit der Bevölkerung sowie sein sachorientierter Wahlkampf waren für Scheiders Erfolg ausschlaggebend.[22] Der enge Kontakt zu vielen Klagenfurtern dürfte dem BZÖ-Kandidaten allein aufgrund seiner Ressortzuständigkeit für Soziales, Senioren, Wohnungsvergabe, Wohnungssanierung und Feuerwehr nicht schwer gefallen sein. So war seine erste Ansage am Wahlabend, auf jeden Fall die Ressorts Soziales und Feuerwehr zu behalten, durchaus schlüssig.

Die Grünen

Inserate und Plakate der Grünen lassen sich – wie bereits gewohnt – auch dieses Mal wieder nicht auf griffige Slogans reduzieren. „Stoppen wir gemeinsam die SPÖVPBZÖ-Politik“ bzw. „Stoppen wir den Größenwahn von SPÖVPBZÖ“ proklamierte Stadträtin Andrea Wulz. Obwohl schlecht kommuniziert, schienen dieses Unterfangen aber ausreichend Wähler mittragen zu wollen. Den Grünen sicherten die heftigen Debatten rund um das Tiefgaragenprojekt und die geplante Sanierung am Benediktinermarkt den

Sitz in Stadtsenat. Mit diesem Thema gaben ihnen die ÖVP, SPÖ und das BZÖ eine perfekte Plattform, sich inhaltlich und personell zu profilieren.

Stadträtin Wulz war mit ihrem Abschneiden zufrieden: „Unser Wahlerfolg hat sich abgezeichnet", sagte Andrea Wulz, die dies auf die „harte Oppositionsrolle" der Grünen zurückführte: „Es war eine ‚Drüberfahrpolitik' und wir haben eigentlich immer aufgezeigt, dass wir auf der anderen Seite stehen – nämlich auf der Seite der Bürger."[23]

Die Kleinen

Persönliche Racheakte hatten bei der Wahl nur wenig Erfolg. So konnte SP-Dissident Ewald Wiedenbauer mit einem Sitz in den Gemeinderat einziehen, den Einzug in die Stichwahl schaffte seine parteiinterne Herausforderin Mathiaschitz dennoch. „Ihre Stimme verändert" plakatierte Wiedenbauer und rechnete sich „in Summe: unser Klagenfurt" wahrscheinlich bessere Chancen aus.

Auch Stefan Petschnig, einst ein Mitstreiter des verstorbenen Landeshauptmanns, erreichte als Spitzenkandidat der FPÖ nur ein Mandat. Mit etwas mehr als drei Prozent blieb die FPÖ weit unter den eigenen Erwartungen, der angepeilte Stadtratssitz wurde klar verfehlt. Der „Ironman im Rathaus" sah's sportlich und den Wahltag als eine Lernerfahrung.[24] Er wollte es trotzdem anpacken, wie er zuvor auf seinen Plakaten versprach. Petschnigs Wechsel zur FPÖ wurde im Vorfeld der Wahlen in Zusammenhang mit seiner von ÖVP und BZÖ verhinderten Bestellung als Klagenfurter Stadtmarketing-Chef gebracht.

Nicht genügend Stimmen für den Einzug in den Gemeinderat erhielten Ahmed El Mesallamy mit seiner Gaddafi-Partei und Johann Dietmar Partl mit seiner Liste STARK.

Das Duell in der Stichwahl

Triumphierender Sieger bei der Stichwahl 14 Tage nach dem ersten Wahlgang war Christian Scheider. Bezug zu seinem Mentor, wie Scheider Jörg Haider bezeichnete, war auch an diesem Abend dessen orange Krawatte – ein Geschenk von Claudia Haider. Über diese Sportlerfreundschaft stieg der 1964 geborene Landesbedienstete als Klubobmann im Gemeinderat in die Politik ein und arbeitete sich rasch über den Landtag zum Stadtrat hinauf. Aber nicht nur Claudia Haider unterstützte ihn, „weil er das Herz am rechten Fleck hat". Viel überraschender war der Auftritt mit Altbürgermeister Leopold Guggenberger, der für die Stichwahl medienwirksam auf die Seite des BZÖ wechselte.

„Mit frischer Kraft für unser Klagenfurt!“ zog somit Scheider in das unerwartete Duell zwischen Rot und Orange. Christian Scheider setzte einen neuen Schwerpunkt, der inhaltlich gegen seine weibliche Herausforderin angelegt war: „Man muss jetzt sehen, wo man den Menschen direkt helfen kann. Ich denke da an unsere Kinder, an die Alleinerzieherinnen, an die Familien, ich denke an die sozial Schwächeren und an jene, die dringend eine Wohnung suchen, da muss der Gemeinde-Wohnungsbau von der Stadt angekurbelt werden. Da gibt es viele Maßnahmen, die einfach zu kurz gekommen sind.“[25]

Mit fast 64 Prozent bezwang Scheider die „rote Löwin“ und erreichte den bisherigen Höhepunkt seiner politischen Karriere. Auf einen künftigen Koalitionspartner wollte sich Scheider am Wahlabend noch nicht festlegen, er sei für alle Kräfte offen, die einen sachorientierten Weg für Klagenfurt gehen wollen. Das schließe auch die SPÖ nicht aus. Als Ziele nannte der neue Klagenfurter Bürgermeister pragmatisch Bürgernähe und das Lösen anstehender Probleme, wie Stadtwerke, Leichtathletikzentrum und Budget. Scheider: „Dazu braucht es alle Kräfte im Rathaus.“[26]

Die Angesprochene, Scheiders Herausforderin in der Stichwahl, Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, musste mit 36 Prozent eine Schlappe einstecken. Als „Löwin“ kämpfte sie in der Stichwahl „gegen die totale BZÖ-Herrschaft in Stadt und Land!“[27] und startete mit den Themen Hallenbad und Leichtathletik einen inhaltlichen Gegenangriff gegen den sportbegeisterten Scheider. Mathiaschitz ging es um den Wirtschaftsstandort Klagenfurt – um Arbeit und Einkommen. Darüber hinaus: „Was wir ganz sicher brauchen, ist ein Hallenbad. Es ist für mich nicht vorstellbar, dass eine Landeshauptstadt ab 2011 kein Hallenbad mehr haben wird und kein Becken, in dem Sportler trainieren können. Auf der anderen Seite wird die Leichtathletikanlage seit 30 Jahren versprochen. Wir müssen auch kleinere Vereine fördern. Und ein ganz großes und wichtiges Projekt wird natürlich die Neuerrichtung einer Mehrzweckhalle sein, die auch den KAC beherbergen soll.“[28]

In einem offenen Brief wandte sich Mathiaschitz vier Tage vor der Stichwahl via Medien und mit Hilfe eines Kreisky-Zitats[29] an die Klagenfurter Wahlberechtigten. Nicht nur ein optischer Fehler dieses Inserats war allerdings die mehrmalige Nennung des BZÖ, während ihre eigene Partei SPÖ auf einer ganzen Seite kein einziges Mal erwähnt wurde. Das BZÖ konnte sich somit über Werbung auf SP-Kosten freuen.

Reines Verhindern war für viele Wähler doch zu wenig Programm, und so konnte sich Mathiaschitz des orangen Ansturms nicht erwehren. „Es war aber sehr schwierig, den beispiellosen Siegeslauf des BZÖ in Kärnten zu unterbrechen. Ich sehe noch viel in memoriam Jörg Haider. Die Bevölkerung hat entschieden, ich hoffe, dass dieses Experiment gut ausgeht.“[30] Auf

die Abspaltung von Ewald Wiedenbauer führte sie den Verlust keinesfalls zurück. Auch Fehler in der Wahlkampflinie – etwa die bewusste Abgrenzung zum BZÖ – sah Mathiaschitz nicht.

Ein Grund mag auch der mangelnde Zusammenhalt der Partei gewesen sein. Allerdings wäre es die Aufgabe der Parteichefin gewesen, die Reihen hinter ihr zu einen, was ihr im Jahr zuvor nicht gelang. In der ersten Sitzung nach ihrer doppelten Niederlage jedoch konnte sich die „rote Löwin" dennoch innerparteilich durchsetzen: Durch die Drohung „Bleibe nur, wenn ich völlig freie Hand habe"[31] ging sie mit Rückendeckung in die Koalitionsverhandlungen.

Die Zukunft

Eine Besonderheit des Modells Bürgermeisterdirektwahl ist, dass sich direkt gewählte Bürgermeister nicht mehr zwangsläufig auf eine Mehrheit im Gemeinderat stützen können, sondern sich diese Mehrheit aktiv suchen müssen. So haben die Wähler die Möglichkeit, die Person des (beliebten) Bürgermeisters direkt zu bestimmen, neigen aber auf der anderen Seite dazu, seine Partei für die Unzufriedenheit mit der Politik abzustrafen. Vieles hängt dann vom Verhandlungsgeschick des Bürgermeisters ab, ob im freien Spiel der Kräfte oder mit einer fixen Koalition zusammengearbeitet wird. Auf kommunaler Ebene gibt es auch keine Möglichkeit der vorgezogenen Wahlen, das heißt der Bürgermeister ist gezwungen, mit dem Gemeinderat eine gemeinsame Willensbildung zu schaffen. Sonst droht im Extremfall eine Entscheidungsblockade für sechs Jahre.

Auch der neue Klagenfurter Bürgermeister wurde von den Wählern gezwungen, sich Mehrheiten zu suchen. Aufgrund des Ergebnisses darf das BZÖ von 45 Plätzen 18 Gemeinderatssessel besetzen – zwar doppelt so viele wie bisher, aber dennoch fünf Mandate zu wenig für einen Beschluss im Gemeindeparlament. Daher wurde nach der Wahl eiligst ein Arbeitsübereinkommen mit der SPÖ geschlossen, aber auch die Grünen und die ÖVP signalisierten die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit mit dem neuen Bürgermeister. Eine „neue Ära des Miteinander"[32] soll im Rathaus anbrechen, wo die Sorgen der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen sollen.

Der größte Brocken und damit auch Prüfstein für die neue Stadtregierung wird wohl der Schuldenstand der Stadt werden. Die erforderlichen Sparmaßnahmen für den Sanierungskurs könnten die Koalition zwischen SPÖ und BZÖ schwächen, auch wenn vorerst ein gemeinsamer Sparkurs für die Stadt sowie eine Verwaltungsreform angekündigt wurden. Erste Konflikte

Zusammensetzung des Stadtsenats

Name	Partei	Funktion	Zuständigkeit
Christian Scheider	BZÖ	Bürgermeister	Soziales, Senioren, Feuerwehr
Albert Gunzer	BZÖ	Erster Vizebürgermeister	Finanzen, Wirtschaft, Kultur
Dr. Maria-Luise Mathiaschitz	SPÖ	Zweite Vizebürgermeisterin	Gesundheit, Stadtplanung, Schulen, Kindergärten und Horte
Mag. Andrea Wulz	Grüne	Stadträtin	Frauen und Familie, Forschung, Umwelt
Peter Steinkellner	ÖVP	Stadtrat	Straßenbau und Verkehr, Kanalbau und kommunale Dienste
Dr. Manfred Mertel	SPÖ	Stadtrat	Sport und Freizeit
Ing. Herbert Taschek	ÖVP	Stadtrat	Tourismus, Hochbau
Wolfgang Germ	BZÖ	Stadtrat	Personal, Stadtgarten und Friedhöfe
Dr. Christine Jeremias	BZÖ	Stadträtin	Wohnungen, Wohnungsvergabe und Jugend

zwischen BZÖ und SPÖ traten aber bereits rund um die Einsparungen in den einzelnen Ressorts auf.[33]

Ob Scheider sein Image als bürgernah auch im Amt und mit den Sachzwängen eines Bürgermeisters konfrontiert beibehalten kann, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Erste Anzeichen auf diesbezügliche Schwierigkeiten ist die öffentliche Kritik der Kollegen aus dem Stadtsenat von ÖVP und den Grünen, zuwenig in die Verwaltungsreform eingebunden zu werden. Diese Kritik der mangelnden Transparenz und den Vorwurf einer Überrumpelungstaktik übte vorher Scheider an seinem Vorgänger Scheucher. Eine weitere Bewährungsprobe für die neue Stadtregierung wird das neue Fußballstadion werden, da der Beschluss gegen einen Rückbau fiel und nun die versprochene Umweltverträglichkeitsprüfung unter Einbeziehung der Bevölkerung nachgeholt werden soll.

Orteten die Vertreter der Rathauskoalition bei den Koalitionsverhandlungen vorerst nur Differenzen bezüglich der Finanzhilfe an den SK Kärnten, so sind inzwischen doch mehrere potenzielle Konfliktherde aufgetaucht: Zusätzlich zu den bereits angesprochenen Themen werden City Angels, Haider-Ausstellung, Stadtwerke, Ulrichsberggemeinschaft, die Sportpark GmbH oder auch das geplante Biomasse-Kraftwerk in Lendorf[34] die BZÖ/SPÖ-Koalition in den nächsten Jahren beschäftigen.

Anmerkungen

1 Harald Scheucher (ÖVP), Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ), Christian Scheider (BZÖ), Stefan Petschnig (FPÖ), Andrea Wulz (Grüne), Ewald Wiedenbauer (EW'09), Ahmed El Mesallamy (Gaddafi-Partei) und Johann Partl (Liste Partl).

2 Neben den etablierten Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ, BZÖ und den Grünen kandidierten die KPÖ und die Gaddafi-Partei (GPÖ) sowie die Listen EW 09 (Liste Ewald Wiedenbauer), Partl (Liste Partl Christlich – Bürgerlich – Sozial) und Taxi 4 (Verlässlich – Herzog Bernhard).

3 Das sind 80 Prozent der Wohnbevölkerung von insgesamt 93.556 Einwohnern.

4 Stichtag war der 27. 12. 2008.

5 Siehe Informationsbroschüre „Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl am 1. März 2009", herausgegeben vom Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee, Magistratsdirektion, Stabsstelle Public Management – Statistik und Informationsmanagement.

6 Die Landtagswahl erfolgte relativ kurz nach dem Tod Jörg Haiders. Das lange prognostizierte Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen BZÖ und SPÖ erhöhte darüber hinaus ebenfalls die Wahlbeteiligung.

7 Klagenfurter Stadtrecht 1998, LGBl. NR. 70/1998. Zum Wahlrecht, den Organen der Stadt sowie deren Aufgaben siehe den Artikel von Hämmerle im Kärntner Jahrbuch für Politik 2008.

8 Siehe Kleine Zeitung vom 3. 3. 2009, 21.

9 Siehe Kleine Zeitung vom 3. 3. 2009, 22.

10 Siehe Kleine Zeitung vom 3. 3. 2009, 20.

11 Siehe http://kaernten.orf.at/stories/346161/ (7. 10. 2009).

12 Siehe Kleine Zeitung vom 10. 3. 2009, 25.

13 Siehe Kleine Zeitung vom 10. 3. 2009, 25.

14 Siehe unter: http://www.kaernten.tv/default.aspx?SIid=9&LAid=1&ARid=258 (7. 10. 2009).

15 Siehe bspw. die mehrseitige Berichterstattung in der Kleinen Zeitung vom 10. 2. 2009.

16 Siehe Kleine Zeitung vom 6. 2. 2009, 22 f.

17 Kleine Zeitung vom 10. 2. 2009, 26.

18 Kleine Zeitung vom 15. 1. 2009, 29.

19 Siehe Interview in der Kleinen Zeitung vom 25. 2. 2009, 18.

20 Siehe http://www.spoe-klagenfurt.at/aktuelles_2_0_a_714_/nein-zum-projekt-tiefgarage-benediktiner-platz-.html (6. 10. 2009).

21 Siehe http://kaernten.orf.at/stories/345795/ (7. 10. 2009).

22 Siehe http://kaernten.orf.at/stories/348866/ (15. 3. 2009).

23 Siehe http://kaernten.orf.at/stories/345795/ (7. 10. 2009).

24 Siehe Interview in der Kleinen Zeitung vom 4. 3. 2009, 30.

25 Siehe http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/346670/ (7. 10. 2009).

26 Siehe http://kaernten.orf.at/stories/348866/ (15. 3. 2009).

27 Slogan der Plakate in der Stichwahl.

28 Siehe http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/346670/ (7. 10. 2009).

29 „Macht korrumpiert, und sehr viel Macht korrumpiert noch mehr."

30 Siehe http://kaernten.orf.at/stories/348884/ (7. 10. 2009).

31 Siehe Kleine Zeitung vom 17. 3. 2009, 26 f.

32 Siehe „Klagenfurt. Die Stadtzeitung mit amtlichen Nachrichten" vom 9. 4. 2009, 4 f.

33 Siehe Kleine Zeitung vom 16. 10. 2009, 27.

34 Siehe Kleine Zeitung vom 6. 10. 2009, 20 f.

Karl Hren

Die Gemeinderatswahlen 2009 in Südkärnten

1. Einleitende Bemerkungen

Gegenstand der vorliegenden Analyse sind die Ergebnisse der letzten Gemeinderatswahl in Südkärnten und damit zusammenhängende Schlussfolgerungen zu diversen Besonderheiten der politischen Landschaft Südkärntens.

Der Begriff Südkärnten wird zwar zunehmend häufig verwendet, eine klare Gebietsabgrenzung dazu gibt es allerdings nicht. In einem engeren Sinn umfasst dieser Begriff den politischen Bezirk Völkermarkt[1], in einem weiteren Sinn ist darunter das zweisprachige Gebiet Kärntens gemeint, das sich eben entlang der südlichen Grenzen Kärntens zu Italien und Slowenien erstreckt. Als klare geographische Grundlage für diese Analyse wird daher der Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens herangezogen.[2]

Diese – von der gängigen Einteilung Kärntens in Ober- und Unterkärnten abweichende – raumspezifische Analyse erscheint deswegen interessant, weil bestimmte Besonderheiten gerade den Südkärntner Raum vom restlichen Kärnten abheben. Neben der bereits erwähnten Zweisprachigkeit und der Grenzlage, die beide wesentliche Auswirkungen auf die kultur-, regional- und wirtschaftspolitische Entwicklung dieses Raumes haben, waren auch in den letzten Jahren divergente parteipolitische Entwicklungen auszumachen. So konnte entgegen dem Landestrend die SPÖ sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene entgegen der Entwicklung in den anderen Regionen Kärntens ihre Positionen lange Zeit behaupten, und die damalige FPÖ schaffte es auf Gemeindeebene vor 2009 nur in einer einzigen Gemeinde, zur stärksten Fraktion aufzusteigen.[3] In vielen Gemeinden kam bei der Gemeinderatswahl 2003 die FPÖ sogar hinter der ÖVP zu liegen, und in einigen Gemeinden war auch die in erster Linie von der slowenischen Volksgruppe getragene Einheitsliste (EL) stärker als die FPÖ. Die EL überhaupt kann als weitere Besonderheit der Südkärntner Parteienlandschaft bezeichnet werden, da aufgrund der Gemeinderatswahl 2003 die EL in 22 Gemeinden 52 Mandatare hielt. Auch die wenigen Mandate der Grünen lagen zu einem guten Teil in Südkärntner Gemeinden.[4] Vereinfacht gesagt kann man im Sinne der gängigen parteipolitischen Einteilung in ein rechtes und ein linkes Parteienspektrum – bei aller Vorsicht, die dabei geboten ist – die parteipolitische Landschaft Südkärntens in den letz-

ten beiden Jahrzehnten als weniger „rechtslastig“ als im übrigen Kärnten bezeichnen.

Einen Überblick der parteipolitischen Situation in den 36 Südkärntner Gemeinden aufgrund der Gemeinderatswahl 2003 bietet folgende Tabelle zum jeweiligen Mandatsstand:

Gemeinde	SPÖ	ÖVP	FPÖ	EL	Grüne	div. Bürgerlisten
Bezirk Hermagor						
Hermagor-Presseggersee[5]	14	6	5		1	1
St. Stefan i. G.	10	4	1			
Bezirk Villach Land						
Feistritz i. G.	4	6	1			
Hohenthurn	5	4	1	1		
Nötsch	12	5	2			
Arnoldstein	19	4	3			1
Finkenstein	16	5	5	1		
St. Jakob i. R.	16	2	3	2		
Rosegg	5	8	1	1		
Wernberg	14	4	2			3
Velden	17	4	4	1[6]		1
Bezirk Klagenfurt Land						
Schiefling	6	10	2	1		
Keutschach	6	3	9			1
Köttmannsdorf	5	11	2	1		
Maria Rain	5	9	4		1	
Ludmannsdorf	6	4	1	2		2
Ebenthal	18	4	5			
Grafenstein	3	11	5			
Poggersdorf[7]	13	4	2			
Feistritz i. R.	11	3	2	3		
Ferlach	15	4	6	2		
Zell	6	1		4		
St. Margareten i. R.	8	4	2	1		

Gemeinde	SPÖ	ÖVP	FPÖ	EL	Grüne	div. Bürgerlisten
Bezirk Völkermarkt						
Diex	3	5	2	1		
Völkermarkt	18	7	5		1	
Griffen	6	15	2			
Ruden	9	4	2			
St. Kanzian	12	7	1	3		
Gallizien	8	5	1	1		
Sittersdorf	11	3	2	3		
Eisenkappel-Vellach	10	3	1	5		
Eberndorf	14	5	3	3		2
Globasnitz	6			5		4
Feistritz	5	8		5		1
Bleiburg	8	9	1	5		
Neuhaus	7	5		1		2
	351	196	88	52	3	18

2. Das Ergebnis der Gemeinderatswahl 2009 in Südkärnten

Das Besondere an den Gemeinderatswahlen 2009 in Kärnten war sicherlich, dass sie erstmals gleichzeitig mit den Landtagswahlen stattfanden. Neben anderen diversen Auswirkungen ergab sich daraus auch eine hohe Wahlbeteiligung, die von 75,72 Prozent auf 80,62 Prozent zunahm. Im Einzelnen gab es in den 36 Südkärntner Gemeinden folgendes Ergebnis – prozentuelle Verteilung/Mandatsstand:

Gemeinde[8]	SPÖ	ÖVP	BZÖ	EL	FPÖ	Grüne	andere
Bezirk Hermagor							
Hermagor-Presseggersee	40,32 % 12	21,38 % 6	26,43 % 7		5,65 % 1	3,68 % 1	2,54 %[9] 0
St. Stefan i. G.	56,44 % 9	21,90 % 3	21,66 % 3				

Gemeinde[8]	SPÖ	ÖVP	BZÖ	EL	FPÖ	Grüne	andere
Bezirk Villach Land							
Feistritz i. G./ Bistrica na Zilji	23,79 % 3	60,64 % 7	9,28 % 1	6,19 % 0			
Hohenthurn/ Straja vas	16,82 % 2	49,39 % 6	13,61 % 1	14,37 % 2			5,81 %[10] 0
Nötsch	51,63 % 10	25,35 % 5	23,02 % 4				
Arnoldstein	63,87 % 18	9,36 % 2	26,77 % 7				
Finkenstein/ Bekštanj	41,95 % 12	13,22 % 3	25,31 % 7	4,83 % 1	10,89 % 3	3,79 % 1	
St. Jakob i. R./ Šentjakob v. R.	54,20 % 13	9,19 % 2	25,07 % 6	11,54 % 2			
Rosegg/Rožek	36,18 % 6	34,36 % 5	18,05 % 3	8,31 % 1	3,09 % 0		
Wernberg	46,53 % 11	14,98 % 3	24,96 % 6		4,72 % 1		8,80 %[11] 2
Velden	50,82 % 14	18,72 % 5	23,97 % 7	4,49 %[12] 1	1,99 % 0		
Bezirk Klagenfurt Land							
Schiefling/ Škofiče	25,39 % 5	47,96 % 9	16,21 % 3	5,64 % 1		4,80 % 1	
Keutschach/ Hodiše	20,85 % 4	16,47 %[13] 3	48,89 % 10	10,69 %[14] 2	3,10 % 0		
Köttmannsdorf/ Kotmara vas	23,66 % 4	46,51 % 9	19,37 % 4	5,58 % 1	4,88 % 1		
Maria Rain	25,25 % 5	34,86 % 7	29,52 % 6		3,77 % 0	6,60 % 1	
Ludmannsdorf/ Bilčovs	33,19 % 5	35,72 %[15] 6	17,32 % 2	13,77 % 2			
Ebenthal/Žrelec	45,93 % 13	7,23 % 2	33,05 % 9		5,79 % 1	7,99 %[16] 2	
Grafenstein	12,97 % 2	42,37 %[17] 8	44,66 % 9				
Poggersdorf[18]	59,57% 12	22,80 % 4	17,64 % 3				

Gemeinde[8]	SPÖ	ÖVP	BZÖ	EL	FPÖ	Grüne	andere
Feistritz i. R./ Bistrica v R.	52,33 % 11	12,70 % 2	18,66 % 3	16,30 % 3			
Ferlach/ Borovlje	48,92 % 14	12,08 % 3	27,70 % 7	6,95 % 2	4,36 % 1		
Zell/Sele	54,81 % 6	9,42 % 1		35,77 % 4			
St. Margareten i. R./Šmarjeta	45,32 % 7	21,18 % 3	23,28 % 4	10,22 % 1			
Bezirk Völkermarkt							
Diex/Djekše	25,08 % 3	42,51% 5	32,42 % 3				
Völkermarkt	43,06 % 14	21,48 % 7	30,23 % 9		1,88 % 0	3,36 % 1	
Griffen	19,68 % 4	56,88 % 14	23,44 % 5				
Ruden	45,64 % 7	21,03 % 3	26,54 % 4		6,80 % 1		
St. Kanzian/ Škocijan	42,69 % 10	28,04 % 7	17,93 % 4	11,34 % 2			
Gallizien/ Galicija	36,48 % 6	27,34 % 4	28,80 % 4	7,37 % 1			
Sittersdorf/ Žitara vas	49,07 % 10	16,02 % 3	21,01 % 4	12,43 % 2			1,47 %[19] 0
Eisenkappel-Vellach/ Železna Kapla-Bela	39,17 % 8	12,89 % 2	21,89 % 4	20,35 % 4		5,70 % 1	
Eberndorf/ Dobrla vas	45,00 % 12	16,11 % 4	24,73 % 7	14,16 %[20] 4			
Globasnitz/ Globasnica	30,30 % 5	19,95 % 3	17,86 % 2	31,89 % 5			
Feistritz/ Bistrica	21,52 % 4	45,54 %[21] 9	11,75 % 2	21,19 % 4			
Bleiburg/ Pliberk	32,95 % 8	34,21 % 8	16,26 % 3	16,58 % 4			
Neuhaus/ Suha	31,55 % 5	25,19 % 4	31,80 % 5	11,47 % 1			

	SPÖ	ÖVP	BZÖ	EL	FPÖ	Grüne	andere
Mandate insgesamt Südkärnten	**294**	**177**	**161**	**50**	**9**	**8**	**2**
% der Südkärntner Mandate	**41,94 %**	**25,25 %**	**22,97 %**	**7,13 %**	**1,28%**	**1,14 %**	**0,28 %**
Mandate insgesamt Kärnten	**922**	**577**	**789**	**50**	**28**	**26**	**160**
% der Kärntner Mandate	**36,13 %**	**22,61 %**	**30,92 %**	**1,96 %**	**1,09 %**	**1,01 %**	**6,27 %**

3. Die Besonderheiten der parteipolitischen Landschaft Südkärntens im Lichte der GR-Wahl 2009

Südkärnten: eine kleiner werdende Hochburg der SPÖ

Die Dominanz der SPÖ in Südkärnten war bei den diversen Wahlgängen nach 1945 sehr ausgeprägt. Im Vergleich zum restlichen Kärnten stellte gerade der Südkärntner Raum für die SPÖ eine traditionelle Hochburg dar, und zwar auch noch zu Zeiten, als Jörg Haider in anderen Landesteilen die SPÖ bereits zu überholen begann. Erst die letzten Landtagswahlen brachten erstmals klare Siege des BZÖ über die SPÖ, und auch in den meisten Gemeinden Südkärntens lag das BZÖ vor der SPÖ. Jene wenigen Gemeinden Kärntens, die auch bei den letzten Landtagswahlen eine SPÖ-Mehrheit aufzuweisen hatten, lagen allesamt in Südkärnten.[22] Der fulminante Erfolg des BZÖ auf Landesebene schlug nur teilweise auf die Gemeindeebene durch. Entsprechend dem Landestrend verlor die SPÖ auch in Südkärnten stark an Mandaten und an Stimmanteilen. Da sie aber von einem sehr hohen Niveau startete, blieb bei den letzten Gemeinderatswahlen die SPÖ die dominierende Kraft in den Südkärntner Gemeindestuben. Die SPÖ stellt 41,94 Prozent aller Südkärntner Gemeinderäte und liegt somit in Südkärnten klar besser als im Landesschnitt (36,13 Prozent aller Gemeinderäte). In 10 von 36 Südkärntner Gemeinden stellt die SPÖ die absolute Mehrheit in den Gemeinderäten. Das bedeutet, dass von den insgesamt 16 Gemeinden in Kärnten, in denen es 2009 eine absolute Mehrheit für die SPÖ gab, gleich zehn in Südkärnten liegen. Besonders ausgeprägt ist die Dominanz der SPÖ im Faaker-See-Gebiet/Arnoldstein sowie im gesamten Rosental südlich der Drau. Somit zählen gerade tendenziell eher zweisprachige Gemeinden zu den stärksten Hochburgen der SPÖ. Die traditionelle, im Landesvergleich klar überdurchschnittliche Stärke der SPÖ in Südkärnten kann zumindest

auf zwei Faktoren zurückgeführt werden: Erstens haben weite Bereiche Südkärntens eine industrielle Vergangenheit und eine ausgeprägt kleinbäuerliche Struktur. Arnoldstein, Rosenbach, Feistritz i. R., Ferlach und Rechberg sind typische Orte, die in diesem Zusammenhang angeführt werden können. Zweitens war die SPÖ gerade für jenen erheblichen Bevölkerungsanteil Südkärntens, der einen slowenischen ethnischen Hintergrund hatte und gleichzeitig assimilationsbereit war, besonders wählbar. Man lief nicht Gefahr (wie etwa ein Sympathisant einer slowenischen Liste) als staatsfeindlich hingestellt zu werden, und gleichzeitig verfolgte die SPÖ im Vergleich zu ÖVP und FPÖ doch einen moderateren volksgruppenpolitischen Kurs, der es einfacher machte, mit den eigenen ethnischen Wurzeln zu leben. Zwischenzeitlich haben sich aber sowohl die ökonomischen als auch die ethnischen Rahmenbedingungen in Südkärnten erheblich geändert. Den klassischen Arbeiter und/oder den eine politische Heimat suchenden Assimilanten gibt es nicht mehr, und die SPÖ steht zunehmend auch in Südkärnten vor neuen programmatischen Herausforderungen. Die Antworten und Zugänge der diversen kommunalen SPÖ-Fraktionen zur Lösung aktueller Fragen fallen auch in Südkärnten sehr unterschiedlich aus und spiegeln die aktuelle Situation der SPÖ auf Landesebene wider. Einige Fraktionen versuchen eine betont offene politische Richtung zu fahren, die sich recht klar von BZÖ/FPÖ abgrenzt und eine moderne Sozialdemokratie darstellt. Dazu gehört etwa das dezidierte Einsetzen für grenzüberschreitende Kooperationen, das Betonen des Konsenses mit der Volksgruppe, eine tendenzielle progressivere Kulturpolitik etc. Derartige Zugänge können gerade in einigen Rosentaler Gemeinden festgestellt werden (etwa Ludmannsdorf) und sind vereinzelt auch im Jauntal auszumachen. Derartige SPÖ-Fraktionen stellen regelmäßig auch slowenischsprachige Kandidaten auf und werden teilweise auch von der Volksgruppe gewählt.[23] Andere SPÖ-Fraktionen hingegen setzen ganz im Stil der Wagner-Ära auf einen nationaleren Kurs, der sich von BZÖ/FPÖ programmatisch de facto nicht unterscheidet. Eine derartige Positionierung hielt zwar zum Teil auf kommunaler Ebene die Zuwächse des BZÖ in Grenzen, doch die Austauschbarkeit der programmatischen Ansätze führte dazu, dass auf Landesebene gerade in solchen Gemeinden vor allem von SPÖ-Wählern verstärkt das BZÖ gewählt wurde. Eine klarere politische Positionierung erscheint daher aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen auch und gerade in Südkärnten für die SPÖ notwenig, zumal es hier neben den drei aktuellen Regierungsparteien in der Regel auf kommunaler Ebene auch andere politische Optionen für den Wähler gibt.

Die ÖVP in Südkärnten oder „Totgesagte leben länger"

Die ÖVP konnte bei den letzten Gemeinderatswahlen in Südkärnten ihre Positionen im Wesentlichen halten und verlor von den 196 Mandaten ins-

gesamt 12. Diese für viele überraschend stabile Entwicklung hatte viele Ursachen: erfolgreiche und beliebte lokale Kandidaten, eine erstaunliche stabile Kernwählerschicht und recht geschickte lokale Positionierungen als quasi „parteiunabhängige Listen" mit einigen zusätzlichen „unabhängigen Kandidaten".[24] Gerade aus letztem Grund ist es in einigen Gemeinden schwierig, einzelne Fraktionen klar der ÖVP zuzuordnen. Letztlich brachten die Gemeinderatswahlen 2009 der ÖVP in Südkärnten 177 Mandate, wodurch sie sich in Südkärnten noch vor dem BZÖ auf Platz zwei positionierte. Die Stärke der ÖVP in den einzelnen Südkärntner Gemeinden ist allerdings sehr unterschiedlich und reicht von absoluten Mehrheiten in drei Gemeinden (Feistritz i. G., Griffen, Hohenthurn) bis zur kaum wahrnehmbaren Fraktion mit einem Mandat (Zell). Auch die historische Entwicklung der ÖVP in Südkärnten ist sehr eng mit der Volksgruppenfrage verknüpft. Während sozialdemokratisch orientierte Wähler in Südkärnten, losgelöst von der sprachlichen Zugehörigkeit, in der Regel SPÖ wählten, teilte sich historisch das konservative Lager auf kommunaler Ebene klar nach den Sprachgruppen: einerseits die slowenische Partei für die Kärntner Slowenen und andererseits die ÖVP bzw. div. Vorgängerparteien (Christlichsoziale, zum Teil der Landbund) als „deutschorientierte" Parteien. Eine bis heute erkennbare Konsequenz daraus ist, dass in den stärker gemischtsprachigen Gemeinden die ÖVP auf kommunaler Ebene tendenziell schwächer ist, da es hier eine unmittelbare Konkurrenz seitens der EL gibt (etwa Zell, Bad Eisenkappel). Andererseits zählen Gemeinden, die im Randbereich des zweisprachigen Gebietes liegen und es folglich auch keine lokale EL gibt, zu den traditionellen Hochburgen der ÖVP (etwa Grafenstein, Maria Rain). Gerade in solchen Gemeinden kam es zu einer ganz klaren Abgrenzung der ÖVP gegenüber der Volksgruppe. Neben diesen traditionell „bäuerlichen" Hochburgen der ÖVP bestätigten die letzten Gemeinderatswahlen aber auch die große Bedeutung der ÖVP im Bereich Wörthersee/westliche Sattnitz, wo aufgrund des gewerblich-touristischen Charakters der Region die ÖVP verstärkt Unterstützung erhielt. Ganz ähnlich der SPÖ ergibt sich daraus für die ÖVP ein programmatisches Problem, das kein Südkärntner Spezifikum ist, sondern die Landespartei insgesamt trifft: einerseits gibt es einen konservativ-deutschnationalen und andererseits einen konservativ-liberalen Parteiflügel. Die Südkärntner Gemeinden spiegeln daher die allgemeine Richtungsfrage, vor welcher die ÖVP in Kärnten in den letzten Jahren zunehmend steht, ganz gut wider.

Das „Dritte Lager" in Südkärnten bei den letzten GR-Wahlen

Erstmals gelang es bei den letzten Gemeinderatswahlen, das Dritte Lager auch in den Südkärntner Gemeinden wesentlich zu stärken. Die zunehmend guten Resultate bei diversen Landes- und Bundeswahlen konnten

vor 2009 auf der Ebene der GR-Wahlen nur teilweise erreicht werden: die FPÖ hielt nach den GR-Wahlen 2003 in Südkärnten insgesamt lediglich 88 Mandaten, und in Südkärnten gab es lediglich in der Gemeinde Keutschach eine FPÖ-Mehrheit. Die Spaltung der FPÖ bzw. Neugründung des BZÖ hatte in Südkärnten ähnliche Auswirkungen wie in den anderen Landesteilen. Der FPÖ gelang es nur in einigen Gemeinden, überhaupt eigene Listen aufzustellen, und letztlich wurden in sieben Südkärntner Gemeinden neun Mandate erreicht. Ganz anders hingegen das Abschneiden des BZÖ, das nicht nur die weit überwiegende Anzahl der ehemaligen FPÖ-Stimmen für sich erringen konnte, sondern in vielen Gemeinden vor allem auf Kosten der SPÖ stark hinzugewann. Trotz dieses Wahlerfolges aber bleibt das BZÖ auf kommunaler Ebene in Südkärnten schwächer als im Landesschnitt. Während im Landesschnitt nämlich auf das BZÖ 31 Prozent aller Mandate entfallen, sind es in Südkärnten nur 23 Prozent. Lediglich in zwei Gemeinden Südkärntens ist das BZÖ stimmenstärkste Fraktion – in Keutschach und in Grafenstein. In mehreren Gemeinden ist das BZÖ nur mit einem oder zwei Mandataren vertreten; in Zell trat das BZÖ zur Wahl gar nicht an. Die Zugewinne des BZÖ bewirkten dennoch, dass die SPÖ in zahlreichen Gemeinden ihre absolute Mehrheit verlor, und beachtlich war das Abschneiden des BZÖ vor allem bei den gleichzeitigen Landeswahlen, wo die SPÖ auch in Südkärnten klar überholt wurde. Das mit den Landtagswahlen vergleichbar „schlechtere" Abschneiden des BZÖ auf kommunaler Ebene in Südkärnten hat wohl mehrere Ursachen: mangelnde personelle Ressourcen vor Ort, etablierte politische Platzhirsche anderer Parteien, spezifische kommunale Interessen, die von anderen Parteien besser abgedeckt werden, etc. Außerdem sind die historischen Rahmenbedingungen für das Dritte Lager in Südkärnten recht unterschiedlich und zum Teil schwierig. Obwohl der Volksgruppenkonflikt als eine Art Kärntner Dauerbrenner eine gute Grundlage für das Dritte Lager hätte sein sollen, so blieb der FPÖ in den Jahrzehnten nach 1945 nur eine untergeordnete Rolle. Zu erfolgreich war die Mischung aus deutschnationaler Ausrichtung einerseits sowie Beschwichtigung der Volksgruppenfrage andererseits, wie sie durch Jahrzehnte von SPÖ und ÖVP in Südkärnten praktiziert wurde. Die FPÖ mit ihrer radikaleren Ausrichtung polarisierte dabei zu stark, und vor allem auf kommunaler Ebene erschien es wenig vernünftig, sich mit zu radikalen Positionen mit den eigenen Nachbarn ganz zu verscherzen. Die Positionierung des BZÖ in diesen Fragen weicht von der traditionell durchwegs volksgruppenfeindlichen Haltung der Alt-FPÖ insoweit ab, als man im Bereich der Bildung und Kultur doch auch Verständnis für die Anliegen der Volksgruppe zeigt. Kombiniert mit der klar volksgruppenfeindlichen Haltung in der Ortstafelfrage wurde man somit für sehr breite Bevölkerungsschichten wählbar. Zumindest für die GR-Wahlen 2009 gilt aber noch die Faustregel: je stärker der zweisprachige Charakter einer Gemeinde,

desto schwächer das Dritte Lager. Gleichzeitig zeigten aber gerade auch die Bürgermeister- und die Landtagswahlen 2009, wie sehr sich die Dinge auch in dieser Sache in Südkärnten ändern: in der Gemeinde Zell mit einem Anteil von 89 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung gab es über 13 Prozent Stimmen für das BZÖ, und in Bad Eisenkappel wurde ein EL-Kandidat auch mit BZÖ-Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Die EL als vierte Kraft in Südkärnten

Eine Besonderheit Südkärntens ist zweifellos das Existieren einer spezifischen Partei, die sich sowohl als Sammelpartei der Volksgruppe als auch als Südkärntner Regionalpartei versteht. Die Wurzeln der EL reichen bis weit in das 19. Jahrhundert und somit bis zu den Anfängen der Demokratisierung des Wahlrechts. Bis 1934 stellte die EL in zahlreichen Südkärntner Gemeinden Bürgermeister und absolute Mehrheiten.[25] Bei den GR-Wahlen 2009 musste die EL in mehreren Gemeinden Rückschläge verzeichnen und letztlich wurden zwei Mandate verloren. Die EL hält nun in den Südkärntner Gemeinden 50 Gemeinderäte, von denen drei gemeinsamen Kandidaturen mit den Grünen zuzurechnen sind.[26] Die Verluste gab es vor allem in den Jauntaler Gemeinden. In zahlreichen Gemeinden hält die EL lediglich einen oder zwei Gemeinderäte, und somit ist sie in der Regel auch nicht im Gemeindevorstand vertreten. In stärker zweisprachigen Gemeinden hat die EL größeres Gewicht, und so stellt sie etwa in Zell oder Globasnitz den Vizebürgermeister. Die unterm Strich leichten Verluste der EL haben zumindest drei Ursachen. So war das Zusammenfallen von Gemeinderats- und Landtagswahlen für die EL sicherlich ungünstig, da man im Intensivwahlkampf der anderen Parteien letztlich als Kleinpartei mit geringen Ressourcen unterzugehen drohte bzw. einen schweren Stand hatte. Der zweite, sicherlich gewichtigere Grund und für die langfristige Entwicklung der EL von großer Bedeutung ist, dass es auch auf kommunaler Ebene den anderen Parteien zunehmend gelingt, sowohl als Kandidaten als auch als Wähler Personen anzusprechen, die sich klar zur slowenischen Volksgruppe bekennen; bei den jüngsten Wahlen etwa nunmehr auch in Bleiburg, Sittersdorf, Köttmannsdorf etc. Dieser zunehmend offene Stil vor allem der SPÖ der Volksgruppe gegenüber bedeutet für die EL natürlich eine klare Konkurrenz, und ein weiterer Rückgang der EL-Stimmen bei kommenden Wahlen wird nur vermeidbar sein, wenn es der EL gelingen wird, auch zunehmend deutschsprachige Wähler anzusprechen. Die Entwicklung hin zu einer zweisprachigen Regionalpartei erfolgte in den letzten Jahren allerdings nur sehr schleppend und blieb auch bei den letzten Gemeinderatswahlen lokal begrenzt. Bezeichnenderweise gab es aber gerade in diesen Gemeinden klare Zugewinne für die EL – etwa in Eberndorf, wo man bei einem Anteil von 8 Prozent slowenischsprachiger Bevöl-

kerung bei den Gemeinderatswahlen 14,6 Prozent und bei den Bürgermeisterwahlen 19,7 Prozent der Stimmen erhielt. Der dritte Grund für die Rückgänge der EL ist schließlich das verstärkte Kandidieren von Grünen Listen in Südkärnten. Während derartige „Konkurrenzkandidaturen" bis 2003 vermieden wurden, gab es 2009 in mehreren Gemeinden mit EL-Gemeinderäten auch Grüne Kandidaturen – und zwar in Bad Eisenkappel, Schiefling und Finkenstein. Überall gab es herbe Verluste für die EL.

Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten muss letztlich festgehalten werden, dass die EL mit ihren 50 Gemeinderäten über 7 Prozent aller Südkärntner Gemeinderäte stellt und somit ein bedeutender politischer Faktor in Südkärnten ist. Außerdem gelang es der EL nach Jahrzehnten erstmals wieder einen Bürgermeister zu stellen, und zwar in der Gemeinde Eisenkappel-Vellach, was teilweise die politischen Herausforderungen, vor denen die EL zurzeit steht, etwas in den Hintergrund drängte. Die EL gibt der politischen Szene Südkärntens ein zusätzliches und spezifisches Gepräge, wodurch sich Südkärnten klar von anderen Kärntner Regionen abhebt. Während in anderen – vor allem ländlichen – Regionen Kärntens in den Gemeindestuben lediglich die drei aktuellen Kärntner Regierungsparteien vertreten sind, gibt es in den meisten Südkärntner Gemeinden in der Regel vier oder sogar mehr Fraktionen.

Die Grünen in den Südkärntner Gemeinden

Bei den letzten GR-Wahlen erhielten die Grünen acht Mandate in den Südkärntner Gemeinden. Zusätzlich gab es noch drei Mandate, die man gemeinsam mit der EL errang. Somit sind die Grünen in den Südkärntner Gemeinden etwas besser vertreten als im Landesschnitt. Bezeichnenderweise schnitten die Grünen in stadtnahen Gemeinden wie Ebenthal, Maria Rain, Keutschach oder Wernberg besser ab als in den peripheren Gemeinden, wo es in der Regel gar keine eigenen Kandidaturen gab.[27] Für die künftige Entwicklung der Grünen in Südkärnten dürfte vor allem die Art und Weise der Kooperation oder Konfrontation mit der EL entscheidend werden, zumal beide Parteien eine sich überlappende Wählerstruktur haben. Dies sieht man auch sehr deutlich bei Landes- und Bundeswahlen, bei welchen ein erheblicher Teil der EL-Wähler die Grünen wählt. Die derzeitige Situation: in einzelnen Fällen zu kooperieren und dann sich wieder einander zu konkurrenzieren, wird jedenfalls für beide Parteien langfristig wenig befriedigend sein.

Resümee

Die letzten Gemeinderatswahlen in Südkärnten bestätigen also folgende Besonderheiten: eine überdurchschnittliche Stärke der SPÖ, eine unterdurchschnittliche Stärke des „Dritten Lagers", die Existenz der EL als spezifische Regionalpartei Südkärntens und eine leicht überdurchschnittliche Stärke der Grünen. Es ist interessant, dass in den diversen Programmen der Parteien die Besonderheiten und Unterschiede des Südkärntner Raumes nicht zum Ausdruck kommen, sondern im Gegenteil: durch die bezirksweise Organisation der Parteien (mit Ausnahme des Bezirks Völkermarkt setzen sich alle anderen relevanten Bezirke aus Gemeinden aus dem Bereich Südkärnten und außerhalb Südkärntens zusammen) werden die Besonderheiten Südkärntens überdeckt und die politischen Akteure sind sich der Unterschiede in der Regel nicht bewusst.

Anmerkungen

1 In diesem Sinn nennt sich auch das Regionalmanagement für den Bezirk Völkermarkt: Regionalverein Südkärnten.

2 Nicht berücksichtigt wird in dieser Analyse die Stadt Villach, da nur ein kleiner Teil der Stadtgemeinde vom Minderheitenschulwesen-Ausführungsgesetz abgedeckt wird, und zwar der Schulsprengel Maria Gail.

3 Keutschach.

4 Die Grünen erheilten 2003 GR-Mandate in folgenden Südkärntner Gemeinden: Velden (gemeinsam mit der EL), Maria Rain und Völkermarkt.

5 Das Minderheitenschulwesen-Ausführungsgesetz umfasst hier nur die Schulsprengel Egg/Brdo, Görtschach–Förolach/Goriče–Borlje und Mellweg/Melviče.

6 Gemeinsam mit den Grünen als GEL.

7 Das Minderheitenschulgesetz gilt hier nur im Schulsprengel Wabelsdorf/Vabnja vas.

8 Gemeinden, in welchen aufgrund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 4. 10. 2000 auch die slowenische Sprache als Amtssprache zuzulassen ist, sind zweisprachig angeführt.

9 Angetreten als UWL.

10 Angetreten als FWH.

11 WGW – Wählergemeinschaft der Gemeinde Wernberg.

12 Gemeinsam mit den Grünen als GEL.

13 Angetreten als VP.

14 Gemeinsam mit den Grünen als GEL.

15 Angetreten als Gemeindeliste.

16 Angetreten als NEIN.

17 Angetreten als Liste Deutschmann.

18 Das Minderheitenschulgesetz gilt hier nur im Schulsprengel Wabelsdorf/Vabnja vas.

19 Angetreten als EVA.

20 Angetreten als Team Kramer.

21 Angetreten als LFA.

22 St. Stefan i. G., St. Jakob i. R., Zell, Eisenkappel-Vellach; in folgenden Gemeinden lagen SPÖ und BZÖ de facto gleichauf: Feistritz i. G., Nötsch, Feistritz i. R. und Sittersdorf.

23 Etwa in Bleiburg, wo gerade durch slowenischsprachige Kandidaten offensichtlich auch slowenischsprachige Wähler gewonnen werden konnten und somit die SPÖ Stimmen sogar hinzugewann.

24 Etwa in Grafenstein, Rosegg oder Feistritz ob Bleiburg.

25 Siehe: Karl Hren: Von der slowenischen Einheitsliste zur Südkärntner Einheitsliste, In: Karl Anderwald, Peter Karpf, Hellwig Valentin (ed.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2003, S. 103.

26 In Velden und Keutschach.

27 Ausnahme die Gemeinde Eisenkappel-Vellach.

Andreas Holzer/Martina Zandonella

Die Arbeiterkammerwahlen 2009 in Kärnten

Einleitung

Die Arbeiterkammerwahlen 2009 fanden im Kontext der Kärntner Landtagswahl am 1. März statt und waren von der Wirtschaftskrise überschattet. Bei sinkender Wahlbeteiligung gelang es den Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen trotz historischer Niederlage der SPÖ bei den Landtagswahlen einige Wochen zuvor, ihre Zwei-Drittel-Mehrheit zu halten. Der Österreichische Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund erzielte sein schlechtestes Ergebnis in den vergangenen sechzig Jahren, während die neu gegründete BZÖ-Liste ein Fünftel der WählerInnenstimmen erreichte.

Der vorliegende Artikel versucht allen voran, das Wahlverhalten bei den Wahlen 2009 im landespolitischen Kontext zu erklären und Gründe für die sinkende Wahlbeteiligung aufzuzeigen. Davor erfolgt eine kurze Beschreibung der Institution Arbeiterkammer sowie eine Darstellung der Unterschiede und Besonderheiten von Arbeiterkammerwahlen im Vergleich zu nationalen und regionalen Wahlen.

Die Arbeiterkammer und ihre Mitglieder

Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Interessenvertretung aller ArbeitnehmerInnen in Österreich. Die Mitgliedschaft und Finanzierung, ihre Aufgaben und ihre Organisation sind im Bundesgesetz über die Kammern für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammergesetz) geregelt.[1] Grundsätzlich ist die Mitgliedschaft verpflichtend und die Finanzierung der Arbeiterkammer erfolgt über die so genannte Kammerumlage. Letztere beträgt 0,5 Prozent des Bruttogehaltes, wobei geringfügig Beschäftigte, KarenzgeldbezieherInnen, Arbeitslose und PräsenzdienerInnen von der Beitragspflicht ausgenommen sind. Die wichtigsten Aufgaben der Arbeiterkammer sind die Begutachtung sowie Kontrolle der Gesetzgebung, die Überwachung von Arbeitsbedingungen, Rechtsschutz sowie Information und Beratung für ihre Mitglieder und schließlich die Forschung im Interesse der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen. Die Arbeiterkammer ist Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft.

Organisatorisch gliedert sich die Arbeiterkammer analog zu den Bundesländern in neun Länderkammern, deren Vollversammlungen alle fünf Jahre im Rahmen der Arbeiterkammerwahlen gewählt werden. An der Spitze jeder Länderkammer steht ein Präsident/eine Präsidentin, der/die wiederum durch die Vollversammlung gewählt wird. Die österreichweite Dachorganisation stellt schließlich die Bundesarbeiterkammer dar.

In Kärnten setzt sich die Vollversammlung aus 70 KammerrätInnen zusammen, welche zweimal jährlich zusammentreten und die interessenpolitischen Forderungen der AK formulieren sowie beschließen.[2]

Prinzipiell sind alle Mitglieder der Arbeiterkammer wahlberechtigt, jedoch sind jene Mitglieder, die nicht AK-umlagepflichtig sind, also Arbeitslose, Karenzierte, Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte sowie Präsenz- und Zivildiener, nicht automatisch wahlberechtigt. Diese Gruppen können sich bis zu einem festgelegten Stichtag in die Wählerlisten eintragen lassen. Bei den Arbeiterkammerwahlen 2009 in Kärnten bekamen im Februar dieses Jahres knapp 43.000 nicht automatisch wahlberechtigte AK-Mitglieder einen Antrag zugesandt und erhielten so die Möglichkeit, sich bis 21. März 2009 in die Wählerliste eintragen zu lassen.[3] Automatisch wahlberechtigt waren hingegen alle jene AK-Mitglieder, die am 29. Dezember 2008 umlagepflichtig waren.[4]

Bei der Arbeiterkammerwahl gibt es mehrere Möglichkeiten der Stimmabgabe. Grundsätzlich können jene Wahlberechtigten, in deren Betrieb ein Wahllokal eingerichtet wird, dort ihre Stimme abgeben. Wurde der eigene Betrieb nicht eingesprengelt, erhalten die Wahlberechtigten von der Arbeiterkammer eine Wahlkarte per Post zugesandt und können ihre Stimme per Brief abgeben. Auch SprengelwählerInnen können eine Wahlkarte beantragen, um so unabhängig von ihrem Aufenthaltsort per Brief zu wählen. Schließlich richtet die Arbeiterkammer in ihren Bezirksstellen zusätzlich Wahllokale in ihren Geschäftsstellen ein, die Brief- bzw. WahlkartenwählerInnen die Möglichkeit zur Stimmabgabe bieten.

Bei der Arbeiterkammerwahl in Kärnten 2009 konnten von den über 155.000 Wahlberechtigten insgesamt 57,2 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme in ihrem Betrieb abgeben, der Rest hatte die Möglichkeit, per Briefwahl oder in einem öffentlichen Wahllokal zu wählen und wurde dem allgemeinen Wahlsprengel (= BriefwählerInnen) zugeordnet.[5]

Wahlen in Interessenvertretungen

Wahlen in Interessenvertretungen weisen im Allgemeinen eine im Vergleich zu nationalen oder regionalen Wahlen geringere Wahlbeteiligung

auf, wobei diese in etwa auf dem Niveau der Beteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament liegt.

Tabelle 1: Wahlbeteiligungen im Vergleich

	Wahlbeteiligung Österreich	Wahlbeteiligung Kärnten
Nationalratswahl 2008	78,8	78,5
Landtagswahl in Kärnten 2009	–	81,2
Europawahl 2009	46,0	36,1
Wirtschaftskammerwahl 2005	47,9	46,2
Arbeiterkammerwahl 2009	43,8	44,4

Angaben in Prozent.
Quellen:
Bundesministerium für Inneres, verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at
Kärntner Landesregierung, verfügbar unter: http://www.ktn.gv.at/
Wirtschaftskammer Österreich, verfügbar unter: http://www.wko.at/
Arbeiterkammer, verfügbar unter: http://www.arbeiterkammer.at/

Eben diese geringe Wahlbeteiligung ist eines der Merkmale von so genannten Second Order Elections.[6] Diese werden vom Elektorat im Vergleich zu Wahlen erster Ordnung (z. B. Nationalratswahlen) als weniger wichtig wahrgenommen, weil es nicht darum geht, eine Regierung zu bestätigen oder abzuwählen. Diese Entscheidung über die zukünftige Regierung, die in Österreich indirekt über die Wahl der Abgeordneten stattfindet, ist ein zentrales Element der WählerInnenmobilisierung und fehlt bei Second Order Elections.

Für die Wahlen in den großen österreichischen Interessenvertretungen Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer kommt hinzu, dass pro Länderkammer im Regelfall eine Fraktion die mit Abstand dominierende ist. So hat in den neun österreichischen Landeswirtschaftskammern der ÖVP-Wirtschaftsbund die absolute Mehrheit und in sieben der neun Landesarbeiterkammern die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen die absolute Mehrheit. Lediglich in den traditionell ÖVP-dominierten Bundesländern Vorarlberg und Tirol hat die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen die absolute Mehrheit. Durch diese Dominanz einer Fraktion in der jeweiligen Kammer ist es den Wahlberechtigten wiederum relativ schwer zu vermitteln, welche Art von Veränderung sie mit ihrer Stimme bewirken können.

Die geringe Beteiligung an der Wahl ihrer VertreterInnen ist jedoch nicht notwendigerweise ein Gradmesser für die Akzeptanz der Organisation. So

genießen sowohl Arbeiter- als auch Wirtschaftskammer ein besonders hohes Vertrauen in der österreichischen Bevölkerung.[7]

Als Folge der geringen Wahlbeteiligung spielt die Organisation der Wahl und die Mobilisierung der Wählerinnen eine verhältnismäßig größere Rolle als dies bei Wahlen erster Ordnung der Fall ist. Aus diesem Grund handelt es sich bei Wahlen in Interessenvertretungen, ähnlich wie bei Europawahlen, um so genannte Mobilisierungswahlen. Für die Fraktionen steht dabei nicht die Überzeugungsarbeit von WechselwählerInnen im Mittelpunkt, sondern die Motivierung der eigenen potentiellen WählerInnen dahingehend, an der Wahl teilzunehmen. Im Allgemeinen gelingt dies, indem einerseits die eigenen WählerInnen gezielt angesprochen werden und andererseits durch die Vermittlung der Wichtigkeit und Bedeutung der Wahl.

Ergebnis der Kärntner Arbeiterkammerwahlen 2009

Wie gut den jeweils wahlwerbenden Fraktionen der Kärntner Arbeiterkammer die Mobilisierung in den vergangenen Jahren gelungen ist, lässt sich anhand der Wahlbeteiligung in der folgenden Tabelle 2 nachvollziehen. Während im Jahre 1989 mit 58 Prozent noch deutlich über die Hälfte der Wahlberechtigen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machte, nahm an der darauf folgenden Wahl 1994, infolge einer Vertrauenskrise im Zusammenhang mit den Arbeiterkammerskandalen, nur knapp über ein Drittel teil. Die Wahlbeteiligung erholte sich daraufhin wieder und pendelte sich für die Jahre 2000 und 2004 bei um die 50 Prozent ein, um im Jahr 2009 wieder auf 44 Prozent abzusinken.

Tabelle 2: Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse seit 1989 bei AK Wahlen in Kärnten

Wahljahr	Beteiligung	FSG	ÖAAB	FA	Grüne	BZÖ	sonstige
1989	57,7	65,9	14,5	18,6			
1994	34,0	63,0	11,6	20,9			4,50
2000	49,9	66,4	13,47	19,04			1,07
2004	51,5	71,97	8,32	16,17	3,18		0,37
2009	44,4	66,75	6,59	2,73	3,41	20,04	0,48

Angaben in Prozent.

Quellen:
Khol, A., Ofner, G., Burkert-Dottolo, G., u. a. (Hg.) (2005): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. S. 958 f.
Arbeiterkammer, verfügbar unter:
http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d99/AK_Wahl09_in_Prozent.pdf.

Bei der Kärntner Arbeiterkammerwahl 2009 waren 155.336 ArbeitnehmerInnen wahlberechtigt, das sind insgesamt über 15.000 Personen mehr als 2004. Dennoch gaben in diesem Jahr rund 3.000 Personen weniger ihre Stimme ab als noch fünf Jahre davor.[8]

Die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre dokumentieren die Dominanz der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der Kärntner Arbeiterkammer (siehe Tabelle 2). Ihr schlechtestes Ergebnis erzielten sie 1994 bei bereits erwähnter besonders geringer Wahlbeteiligung mit 63 Prozent. In den beiden darauf folgenden Wahlen 2000 und 2004 konnte die FSG jeweils Gewinne verzeichnen, bis sie 2009 auf hohem Niveau zwar rund 5 Prozent verlor, ihre Zwei-Drittel-Mehrheit jedoch aufrechterhielt.

Die Christlichen GewerkschafterInnen des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes erzielten bei den Arbeiterkammerwahlen 2009 ihr historisch schlechtestes Ergebnis. Nachdem sie bereits 2004 bei besonders gutem Ergebnis der FSG und erstmaligem Antreten der Grünen GewerkschafterInnen unter die 10-Prozent-Marke gefallen waren, mussten sie bei der Wahl 2009 eine weitere Verschlechterung hinnehmen.

Auch die Freiheitlichen Arbeitnehmer verzeichneten unter den gegebenen Bedingungen bereits 2004 Verluste, ihrem Ergebnis 2009 wiederum liegt die Abspaltung bzw. Gründung des BZÖ zugrunde. Das BZÖ trat bei den Arbeiterkammerwahlen 2009 erstmals mit einer eigenen Liste an und erreichte ein Fünftel der WählerInnen. Die Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen bleiben bei ihrem zweiten Antreten 2009 stabil bei etwas über 3 Prozent

Politisches Umfeld – Wirtschaftskrise und BZÖ-Erfolg bei der Landtagswahl 2009

Die Kärntner Arbeiterkammerwahl 2009 fand im Kontext zweier wesentlicher Faktoren statt: Zum einen wurde sie von der einsetzenden Wirtschaftskrise überschattet, deren Auswirkungen für tausende AK-Mitglieder durch zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit spürbar wurden. Damit zusammenhängende negative Zukunftserwartungen äußerten Ende März 2009, also rund einen Monat vor Beginn der AK-Wahlen, ein beträchtlicher Teil von jenen Kärntner ArbeitnehmerInnen, deren Betriebe sich entweder bereits in Kurzarbeit befanden oder in deren Betrieben Kurzarbeit geplant war (insgesamt ca. 7.800 Beschäftigte). So befürchteten zu diesem Zeitpunkt nahezu drei Viertel von ihnen, dass der Leistungsdruck am Arbeitsplatz zukünftig steigen wird, und über die Hälfte nahm an, dass es zu einem Verlust von Einkommen und Wohlstand kommen wird. Ein

Drittel der Kärntner ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit Kurzarbeit bzw. in Betrieben mit geplanter Kurzarbeit befürchtete Ende April 2009 schließlich den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes.[9]

Das zweite wichtige Ereignis, in dessen Licht die Kärntner Arbeiterkammerwahl 2009 zu betrachten ist, umfasst die vorangegangenen Landtags- und Gemeinderatswahlen, deren Auswirkungen die mediale und politische Diskussion dominierten. Bei diesen Wahlen am 1. März 2009 erlitt die SPÖ ihr historisch schlechtestes Ergebnis seit 1945 mit einem Verlust von 9,7 Prozent, während es dem BZÖ gelang, seinen Stimmenanteil auf 44,9 Prozent auszubauen. Die Landtagswahl brachte nicht nur eine Machtverfestigung des BZÖ auf Landesebene, sondern auch seine stärkere organisatorische Verankerung in den Gemeinden. So stellt das BZÖ nun auch den Bürgermeister in der Landeshauptstadt Klagenfurt.

Neben der bundesweit schlechten Ausgangssituation für die Sozialdemokratie (Verluste in den fünf vorangegangenen Wahlen)[10] kam in Kärnten mit dem plötzlichen Unfalltod von Landeshauptmann Jörg Haider im Oktober 2008 ein politisch einmaliges Phänomen hinzu. Die Politik im Allgemeinen und der bevorstehende Wahlkampf im Besonderen fanden fortan nahezu ausschließlich in Bezug zu Haiders Vermächtnis statt. Schließlich ging das BZÖ mit nahezu 45 Prozent als großer Gewinner aus der Landtagswahl hervor und Gerhard Dörfler folgte Jörg Haider als Landeshauptmann nach, während die SPÖ ihr in Kärnten historisch schlechtestes Ergebnis erzielte. Dem BZÖ gelang es bei dieser Wahl außerdem, sowohl die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen als auch die Mehrheit der Selbständigen zu gewinnen.[11]

Wanderungen zwischen Landtags- und AK-Wahl

Die Hochrechnung des Wahlverhaltens aus der Wahltagsbefragung[12] zur Landtagswahl auf die Anzahl der Kärntner ArbeitnehmerInnen, geschätzt aus den Beschäftigungszahlen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger[13], lässt den Schluss zu, dass bei der Landtagswahl deutlich mehr ArbeitnehmerInnen BZÖ gewählt haben als SPÖ.

Die Frage, wem die ArbeitnehmerInnen nun bei der AK-Wahl ihre Stimme geben würden, wurde besonders spannend, als das BZÖ beschloss, mit einer eigenen Liste zu kandidieren. In einer im Dezember 2008, also bereits nach dem Tod Jörg Haiders, aber noch vor der Landtagswahl im März, durchgeführten telefonischen Befragung unter ArbeitnehmerInnen gab nur etwas mehr als ein Fünftel der deklarierten BZÖ-WählerInnen im Land an, bei der AK-Wahl ihre Stimme der BZÖ-Liste zu geben. Demgegenüber gaben nahezu vier Fünftel der deklarierten SPÖ-WählerInnen an, bei der AK-Wahl auch für die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen zu

stimmen. Zusätzlich zeigte sich, dass zwar 13 Prozent der BZÖ-WählerInnen angaben, für die FSG zu votieren, jedoch nur etwas über 1 Prozent der SPÖ-WählerInnen bereit war, der BZÖ-Liste ihre Stimme zu geben. Da die Anzahl jener Personen, die sich in Umfragen nicht deklarieren, gemeinsam mit jenen, die bereits angeben, dass sie nicht an der Wahl teilnehmen werden, einen erfahrungsgemäß guten Indikator für die tatsächliche Anzahl der NichtwählerInnen darstellt, lassen die Ergebnisse der Befragung außerdem noch darauf schließen, dass die Mehrheit der BZÖ-WählerInnen im Land nicht an der AK-Wahl teilnimmt.

Tabelle 3: Umfrage: Wähleraustausch zwischen Landtagswahl und Arbeiterkammerwahl

	AK-Wahl 2009							
Landtagswahl 2009	FSG	FCG	FA	Grüne	BZÖ	andere	Nichtwähler-Innen und nicht Deklarierte	
BZÖ	**12,8**	0,6	1,1	2,2	**21,7**		**61,7**	100
SPÖ	**78,8**			2,6	**1,3**		**17,3**	100
ÖVP	32,1	28,6			3,6		35,7	100
FPÖ	10,0		30,0		50,0		10,0	100
Grüne	17,4			30,4			52,2	100
Nicht deklariert	19,6	2,0	0,5	1,0	1,0	1,0	74,9	100
Gesamt	33,1	2,2	1,0	2,8	8,2	0,3	52,4	100

Angaben in Zeilenprozent.

Beispiel: Bei der Umfrage geben 21,7 Prozent der BZÖ WählerInnen an, bei der AK-Wahl BZÖ zu wählen. Quelle: SORA-Umfrage im Auftrag der FSG Kärnten im Dezember 2008; befragt wurden (n = 600) AK Mitglieder.

Der FSG gelingt es also vor allem im Vergleich zur BZÖ-Liste weitaus besser, SPÖ-WählerInnen zur Teilnahme an der AK-Wahl zu mobilisieren. Von den befragten BZÖ-WählerInnen nehmen jedoch nicht nur deutlich weniger an der AK-Wahl teil, ein Drittel von jenen, die sich für eine Fraktion deklarieren, wählt außerdem die FSG.

Für die befragten WählerInnen von ÖVP, Grünen und FPÖ im Land deutet die Wählerwanderung darauf hin, dass es keiner der drei AK-Fraktionen FCG, AUGE und FA gelingt, mehr als 30 Prozent der WählerInnen ihrer Mutterpartei im Land zu gewinnen. Außerdem nimmt zum einen auch ein erheblicher Teil ihrer WählerInnen entweder gar nicht an der Wahl Teil (52

Prozent der GrünwählerInnen), zum anderen wählen wiederum nicht unbedeutende Anteile bei den AK-Wahlen die FSG (32 Prozent der ÖVP-WählerInnen und 17 Prozent der Grün-WählerInnen).[14]

Ein wichtiger Grund für diese relativ geringen Behalteraten der Landesparteien bei der AK-Wahl sowie für die relativ starken Wählerwanderungen hin zur FSG liegt darin, dass das Ansehen einer Institution bzw. die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit vor allem mit der in ihr am stärksten vertretenen Gruppierung in Zusammenhang gebracht wird. Mit ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit profitiert die FSG also am stärksten vom guten Image der Arbeiterkammer. Dieses zeigt sich z. B. in der hohen Zustimmung (79 Prozent) jener befragten Kärntner ArbeitnehmerInnen, die Ende März 2009 in Kurzarbeit waren oder in Betrieben mit Kurzarbeit beschäftigt waren, zur Aussage, dass die Arbeiterkammer eine Organisation ist, auf die sich die ArbeitnehmerInnen verlassen können.[15]

Gründe für die sinkende Wahlbeteiligung

Im Vergleich zur AK-Wahl 2004 sank die Wahlbeteiligung 2009 in Kärnten um 7,1 Prozent auf 44,4 Prozent der Wahlberechtigten, österreichweit um 5 Prozent auf 43,8 Prozent.[16] Bevor nun mögliche Gründe für die sinkende Wahlbeteiligung besprochen werden, soll noch der Einfluss des Wahlmodus auf die Beteiligung bei den AK-Wahlen dargestellt werden. So lag die Wahlbeteiligung in den Betriebssprengeln bei 56 Prozent, während sie bei den BriefwählerInnen nur 29 Prozent betrug. Es kann also festgehalten werden, dass jene Personen, welche die Möglichkeit hatten, in ihrem Betrieb zu wählen, eine beinahe doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit hatten an der AK-Wahl teilzunehmen als die BriefwählerInnen.

Tabelle 4: Wahlbeteiligung in Betriebssprengeln und bei BriefwählerInnen 2004 und 2009

	Wahlbeteiligung 2004	Wahlbeteiligung 2009
Allgemeiner Wahlsprengel (BriefwählerInnen)	31,98	28,9
Betriebswahlsprengel	64,2	55,9
Gesamt	51,5	44,4

Angaben in Prozent.

Quellen:
Arbeiterkammer Kärnten (2009). AK-Wahl 2009 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.
Arbeiterkammer Kärnten (2004). AK-Wahl 2004 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.

Dass 57 Prozent der wahlberechtigten BetriebswählerInnen 75,5 Prozent der abgegebenen Stimmen ausmachten, zeigt außerdem das hohe Ausmaß des organisatorischen Einflusses bei der Arbeiterkammerwahl und weist darauf hin, dass Informationsmaterial und Wahlkarten alleine einen großen Teil der Wahlberechtigten nicht zur Teilnahme an der Wahl motivieren. Existiert jedoch im Betrieb ein Wahllokal, wird eine Gelegenheitsstruktur zur Wahlteilnahme geschaffen.

Für die Kärntner Arbeiterkammerwahl 2009 wurden 504 Betriebswahlsprengel eingerichtet[17], wobei in der Regel vor allem Großbetriebe und größere Betriebe über Wahlsprengel verfügen. Diese Betriebe haben außerdem häufiger BetriebsrätInnen, die an der Organisation der Wahl mitwirken und ihre KollegInnen im Direktkontakt zur Wahlteilnahme auffordern können. Neben der Gelegenheitsstruktur „Wahllokal im Betrieb" ist auch dieses persönliche Engagement der BetriebsrätInnen für das Ausmaß der Wahlbeteiligung von Bedeutung.

Grundsätzlich entspricht die Wahlbeteiligung bei den Arbeiterkammerwahlen im Kontext der Second Order Elections einem durchschnittlichen Wert. Interessant ist jedoch die Frage, warum bei der Arbeiterkammerwahl 2009 in Kärnten und auch österreichweit die Wahlbeteiligung gesunken ist. Dafür können mehrere Ursachen angeführt werden:

Kurzarbeit und Wirtschaftskrise

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ist die Anzahl der Arbeitslosen und die Anzahl jener Personen, die zum Zeitpunkt der Wahl in Kurzarbeit waren, angestiegen. So waren in Kärnten zum Zeitpunkt der Wahl 4.780 Menschen in Kurzarbeit, dies entspricht ca. 3 Prozent der Wahlberechtigten. Da von Kurzarbeit vor allem Beschäftigte in größeren Industriebetrieben betroffen sind, welche normalerweise in einem Betriebssprengel organisiert sind, sind genau jene Gruppen mit einer üblicherweise hohen Wahlbeteiligung schwerer erreichbar, denn wer nach dem Stichtag am 29. 12. 2009[18] arbeitslos wurde, war zwar automatisch wahlberechtigt, aber nicht mehr im Betrieb. So verwundert es nicht, dass die Wahlbeteiligung in den Betriebssprengeln stärker gesunken ist.

Strukturwandel

Die Wahlberechtigten bei der AK-Wahl sind im Vergleich zu jenen bei allgemeinen Wahlen eine stärker fluktuierende Gruppe. So machte der Anteil der ErstwählerInnen bei den Wiener Arbeiterkammerwahlen rund 37 Prozent der Wahlberechtigten aus, und deren Teilnahmewahrscheinlichkeit war im Vergleich zu jener Gruppe, die bereits 2004 wahlberechtigt war,

deutlich geringer.[19] Zusätzlich sinkt die Zahl der Beschäftigten in Großbetrieben, wo die Wahlbeteiligung traditionell höher ist. Auch die Struktur der Arbeitsverhältnisse verändert sich, und so steigt zwar die Anzahl der Wahlberechtigten, gleichzeitig handelt es sich bei den neuen Mitgliedern zunehmend um Teilzeitbeschäftigte, die im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten ebenfalls eine geringere Wahlbeteiligung aufweisen.

Fehlender mobilisierender Konflikt

Die Arbeiterkammerwahlen 2004 standen auch im Zeichen des Protestes gegen die schwarz-blaue Bundesregierung, und die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen konnten diese Proteststimmung für die WählerInnenmobilisierung nutzen. Mit einem sozialdemokratischen Kanzler an der Spitze der Bundesregierung fiel 2009 das Wahlmotiv „Protest gegen die Regierung" praktisch weg.

Der Wahlkampf – Die Fraktionen

Bei den Arbeiterkammerwahlen 2009 sind in Kärnten sechs Fraktionen zur Wahl angetreten: die „Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen in der AK – Günther Goach", die „Freiheitlichen Arbeitnehmer – FPÖ" mit dem Spitzenkandidaten Bernd Brandner, der „ÖAAB – Christliche GewerkschafterInnen – Annemarie Adlassnig", „Die Grünen & Unabhängige GewerkschafterInnen (Grüne/UG)" mit der Spitzenkandidatin Daniela Deutsch, das BZÖ kandidierte unter der Listenbezeichnung „Bündnis Zukunft – BZÖ" mit dem Spitzenkandidaten Manfred Mischelin und schließlich der „Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) mit der Spitzenkandidatin Karin Peuker.[20]

Die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) ging mit ihrem Spitzenkandidaten und AK-Kärnten-Präsidenten Günther Goach ins Rennen, der für die SozialdemokratInnen 2004 mit 72 Prozent das österreichweit beste Ergebnis erreicht hat. Mit dem Slogan „Fair, stark, Goach" wurde der Präsident und FSG-Vorsitzende in den Mittelpunkt der Kampagne gerückt. Um die Einheit zwischen Kammer, Präsident und FSG zu betonen, haben die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen bereits ihren Wahlkampfauftakt im Festsaal der Arbeiterkammer durchgeführt.[21] Mit dieser Vorgehensweise wird vermittelt, dass die Arbeit, die in der AK geleistet wird, vor allem die Handschrift der dominierenden Fraktion trägt. Goach verwies im Wahlkampf jedoch auch darauf, dass in der AK-Vollversammlung nahezu alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden, und er erinnerte daran, dass die AK nur den Interessen der ArbeitnehmerInnen zu dienen habe und nicht jenen der Politik.[22] Von der Regierung forderte er

außerdem weitere Steuerreformen und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.[23]

Die Wahlkampfthemen der FSG wurden in fünf Punkten formuliert: Schutz und Ausbau der Arbeitsplätze, Kündigungsverbot im Krankenstand, bessere Ausbildung für die Jugend, bessere Aufstiegschancen für Frauen und schärfere Preiskontrollen bei Lebensmitteln und Energie.[24] Die FSG-Kampagne fokussierte schließlich mit dem plakatierten Slogan „Was zählt: Eure Rechte" (siehe Anhang) auf die Kernkompetenz der Arbeiterkammer, den Schutz der Arbeitnehmerrechte, welcher in Zeiten der Wirtschaftskrise von besonderer Bedeutung ist.

Das erstmals bei AK-Wahlen angetretene BZÖ hatte sich eine Erhöhung des Stimmanteils im Vergleich zu den freiheitlichen ArbeitnehmerInnen 2004 (16 Prozent) als Ziel gesetzt. Mit den erzielten 20 Prozent ist ihnen dies schließlich auch gelungen. Das BZÖ und sein Spitzenkandidat Manfred Mischelin gestalteten den Wahlkampf im Sinne einer Positivkampagne. Mit dem Slogan „Für Euer Recht auf Arbeit und Einkommen"[25] (siehe Anhang) wurde der Spitzenkandidat in ganz Kärnten, flankiert von BZÖ-Landeshauptmann Dörfler, Klubobmann Scheuch und dem Nationalratsabgeordneten Sigisbert Dolinschek, auf Plakaten abgebildet. Die Kampagne versuchte also, den Wahlerfolg des BZÖ bei der Landtagswahl in die Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen zu übertragen und eine Einheit zwischen BZÖ, ArbeitnehmerInnen, Politik im Land und den SpitzenkandidatInnen herzustellen. Mit der Argumentation, dass die guten Kontakte der BZÖ-ArbeitnehmerInnen zur Landespolitik für die Interessenvertretung genützt werden könne[26], versuchte das BZÖ, potentielle WählerInnen zu mobilisieren. Arbeiterkammer-Präsident Goach bezeichnete das Plakatieren von Landespolitikern, die bei der AK-Wahl kein Wahlrecht haben und auch nicht als KandidatInnen gewählt werden können, als Wählertäuschung.[27]

Das BZÖ versuchte in Inseraten mit „12 guten Gründen, warum das BZÖ die beste Vertretung in der AK Kärnten ist"[28] außerdem, sich als die bessere ArbeitnehmerInnenvertretung zu positionieren. Der Spitzenkandidat wurde schließlich auch bei Pressekonferenzen von Klubobmann Scheuch unterstützt, wobei Maßnahmen des Landes zur Arbeitnehmerförderung vorgetragen wurden und an die AK die Forderung gerichtet wurde, sie solle „offener werden, mehr Service anbieten und besseres Lobbying bei der Politik betreiben".[29] Frontalangriffe gegen Präsident Goach und die Arbeiterkammer wurden im BZÖ-Wahlkampf vermieden. Auch an die Bundesregierung wurden Forderungen nach der Erweiterung der Hacklerregelung und einer zusätzlichen Steuerreform erhoben.[30] Weiters forderte das BZÖ, dass in Zukunft alle bislang nicht automatisch Wahlbe-

rechtigten bei der AK-Wahl ein automatisches Wahlrecht bekommen sollten.[31]

Sowohl die ÖVP-ArbeitnehmerInnen mit Spitzenkandidatin Annemarie Adlassnig als auch die Freiheitlichen Arbeitnehmer mit Bernd Brandner verfolgten in ihren Kampagnen eine Negativlinie. So wollte der ÖAAB „die rote Allmacht brechen"[32] und griff die FSG mit dem Vorwurf, dass die AK von der SPÖ als zweite Parteizentrale missbraucht werde, frontal an.[33] In Inseraten wurde argumentiert, „diesmal" ÖAAB zu wählen, „weil Macht Kontrolle braucht".[34] Außerdem wurde der Vorwurf plakatiert, dass mit AK-Geldern der rote Wahlkampf finanziert würde, und auf der Homepage des ÖAAB konnte man sich über weitere Missstände in der AK informieren.[35] Die zusätzlich aufgestellten Forderungen der Spitzenkandidatin betrafen eine Vermögensumverteilung, ein Frauenbeschäftigungspaket und Bildungsmaßnahmen für die Jugend.[36] Die Besetzung der Themen gerechte Verteilung und Frauenbeschäftigung kann dem ÖVP-ArbeitnehmerInnenflügel jedoch kaum glaubhaft gelingen, da die in Kärnten traditionell schwache ÖVP gerade im Landtagswahlkampf davor versucht hat, sich als Partei mit Wirtschaftskompetenz zu positionieren.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer gingen ebenfalls mit dem Slogan „Macht braucht Kontrolle" in den Wahlkampf und formulierten ihr Ziel ausschließlich dahingehend, die Mächtigen kontrollieren zu wollen. Mit 2,7 Prozent schafften die Freiheitlichen auch zwei Mandate, dennoch zeigt sich insgesamt, dass eine reine Negativkampagne bei AK-Wahlen kaum von Erfolg gekrönt ist und tendenziell eher zur Senkung der Wahlbeteiligung als zur Mobilisierung von Parteistimmen beiträgt.

Die Grünen mit der Spitzenkandidatin Daniela Deutsch forderten im Wahlkampf „grüne" Arbeitsplätze, eine Verhinderung der Krankenhausprivatisierung und mehr Arbeitsplätze im Pflegebereich.[37] Außerdem ließen sie unter dem Titel „ArbeitnehmerInnen in die Arbeiterkammer – Hirn statt Parteibuch"[38] mit der Forderung nach einem Berufspolitikerverbot in der Arbeiterkammer aufhorchen. Der Wahlkampf war stark auf die Person der Spitzenkandidatin zugeschnitten; so war auf dem Plakat der Spitzenkandidatin lediglich die für Kärntner Verhältnisse doppeldeutige Botschaft „Deutsch wählen!" zu lesen. Insgesamt verbesserten sich die Grünen bei der AK-Wahl um 0,2 Prozent und schnitten dort überdurchschnittlich stark ab, wo sie üblicherweise auch bei allgemeinen Wahlen stark sind, also vor allem in Bereichen mit einem hohen AkademikerInnenanteil wie an der Klagenfurter Universität mit 27 Prozent.[39]

Die Kandidatin des Gewerkschaftlichen Linksblockes Karin Peuker forderte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden, mehr Rechte für MigrantInnen und eine politisch aktivere AK.[40] Der Gewerkschaftliche

Linksblock verfehlte mit 0,48 Prozent den Einzug in die AK-Vollversammlung.

Der Ausgang der Wahl wurde schließlich von den Medien als Sieg der FSG, der es gelang, die Zwei-Drittel-Mehrheit zu halten, und als Achtungserfolg des BZÖ interpretiert. Das historisch schlechteste Ergebnis des ÖAAB führte zum Rücktritt der Spitzenkandidatin Annemarie Adlassnig.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Arbeiterkammerwahl 2009 in Kärnten hat gezeigt, dass die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen weniger von der aktuellen Situation der SPÖ abhängig ist, sondern vielmehr von ihrer eigenen Organisationskraft, die sich in den Betrieben manifestiert. Basis ihrer hohen Stimmenanteile ist außerdem die grundsätzliche Zufriedenheit der Mitglieder mit ihrer Interessenvertretung, denn die Arbeit der Interessenvertretung wird grundsätzlich am stärksten mit der dort dominierenden Fraktion assoziiert. Es konnte außerdem gezeigt werden, dass es der FSG im Verhältnis zu den anderen Fraktionen nicht nur in erheblich höherem Ausmaß gelingt, WählerInnen der SPÖ zur Wahl zu mobilisieren, sondern auch WählerInnen für sich zu gewinnen, die bei Landtagswahlen andere Parteien wählen. Die FSG verliert zwar bei dieser Wahl 5 Prozent, vergleicht man jedoch den derzeitigen Stimmenanteil mit den Wahlen von vor 2004, drückt das vorliegende Wahlergebnis eine gewisse fraktionelle Kontinuität innerhalb der Arbeiterkammer aus.

Das BZÖ wiederum hat auch bei der Arbeiterkammerwahl 2009 gezeigt, dass es in Kärnten die Nachfolge der freiheitlichen Partei angetreten hat. So lassen sich die 20 Prozent des BZÖ mit den Werten der Freiheitlichen Arbeitnehmer von 1999, 1994 und 1989 vergleichen. Dennoch blieb das BZÖ mit einem Fünftel Wähleranteil unter den allgemeinen Erwartungen zurück. Dies lässt zum einen darauf schließen, dass der Haider-Effekt der Landtagswahl nicht auf die AK-Wahl übertragbar war. Zum zweiten deutet die hohe Anzahl der WechselwählerInnen, also jener WählerInnen, die bei der Landtagswahl BZÖ und bei der AK-Wahl FSG gewählt haben, darauf hin, dass zahlreiche Stimmen des BZÖ sozusagen geborgte Stimmen sind und von Wahl zu Wahl neu gewonnen werden müssen. Hinzu kommt, dass das BZÖ als Nachfolger der FPÖ in Kärnten in den letzten 20 Jahren zwar seine Organisationsstrukturen auf Landes- und Gemeindeebene ausgebaut hat, jedoch offensichtlich kaum fraktionelle Strukturen in den Betrieben hat. Auch dürfte die Positivkampagne des BZÖ, vor allem in Anbetracht der in der Vergangenheit geäußerten heftigen Kritik an der verpflichtenden Mitgliedschaft der ArbeitnehmerInnen in der Arbeiterkammer, selbst den eigenen WählerInnen als wenig glaubwürdig erschienen

sein. Dem BZÖ ist zudem die Erosion des ÖAAB zugute gekommen. In Anbetracht des bereits bei den Landtagswahlen 2004 beobachteten Wechsels von ÖVP zur FPÖ[41] kann angenommen werden, dass sich vom ÖAAB abwendende AK-Mitglieder tendenziell dem BZÖ zuwenden.

Die vorliegende Analyse konnte schließlich zeigen, dass davon ausgegangen werden kann, dass ein großer Anteil der BZÖ-WählerInnen im Land nicht an den AK-Wahlen teilgenommen hat. Mögliche Gründe dafür sind zum einen, dass die Positivkampagne des BZÖ inklusive der Verknüpfung mit der BZÖ-Landespolitik als wenig glaubwürdiges oder zumindest wenig mobilisierendes Wahlmotiv aufgenommen wurde. Zum zweiten kann angenommen werden, dass BZÖ-WählerInnen aufgrund einer grundsätzlichen Zufriedenheit mit der Arbeit der Arbeiterkammer keine Veranlassung sahen, die dominierende Fraktion abzuwählen, und aus diesem Grund der Wahl fern blieben.

Die Arbeiterkammerwahl 2009 hat auch bestätigt, dass die FPÖ in Kärnten nunmehr eine Randerscheinung darstellt. Gemeinsam mit der Kampagne des ÖAAB trug die Negativkampagne der freiheitlichen Arbeitnehmer außerdem zur Senkung der allgemeinen Wahlbeteiligung bei, während sie die eigenen WählerInnen kaum mobilisieren konnten. Für zukünftige AK-Wahlen ist schließlich zu erwarten, dass sich bürgerliche und rechte WählerInnen in noch höherem Ausmaß dem BZÖ zuwenden werden, denn dieses stellt nunmehr die einzige nennenswert starke Fraktion nach der FSG in der Arbeiterkammer dar.

Für die Wahlbeteiligung bei der Arbeiterkammerwahl kann zusammengefasst werden, dass die Beteiligungsraten in Anbetracht einer Second Order Election mit zusätzlich einer dominierenden Fraktion grundsätzlich relativ gut sind. Da potentielle WählerInnen der dominierenden Fraktion nicht fürchten müssen, dass ihre Fraktion abdanken muss, und potentielle WählerInnen der kleineren Fraktionen grundsätzlich das Gefühl haben, mit ihrer Stimme keine Veränderung der Machtverhältnisse bewirken zu können, ist die Motivation zur Wahlteilnahme generell schwierig.

Beobachtet werden sollte jedoch die sinkende Wahlbeteiligung bei den Arbeiterkammerwahlen. Für die Wahl 2009 muss diese allerdings im Kontext der Wirtschaftskrise interpretiert werden, denn allein die steigende Arbeitslosigkeit innerhalb einer relativ kurzen Periode erklärt bereits einen Teil ihres Rückgangs.

Gezeigt werden konnte die Bedeutung engagierter BetriebsrätInnen für eine Steigerung der Wahlbeteiligung. Andererseits wirkt sich der wirtschaftliche Strukturwandel im Sinne von Beschäftigungsrückgängen in gewerkschaftlich organisierten Industriebetrieben mit Vollzeitarbeitsverhältnissen und einer Zunahme von Teilzeitbeschäftigung in kleineren

Betrieben ohne Betriebsrat und atypischen Beschäftigungsverhältnissen wiederum negativ auf die Teilnahme an der Arbeiterkammerwahl aus, da diese Wahlberechtigten deutlich schwerer erreichbar sind.

Schließlich hat auch die grundsätzlich hohe Zufriedenheit mit der Arbeiterkammer und ihrer Arbeit für sich genommen noch wenig Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Die Herausforderung besteht neben organisatorischen Maßnahmen nicht zuletzt darin, den Mitgliedern verstärkt auch die Bedeutung der Wahlteilnahme für die zukünftige politische Stärke der Interessensvertretung aufzuzeigen.

Anmerkungen

1 Das Arbeiterkammergesetz ist verfügbar beim Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes unter: http://www.ris.bka.gv.at/.

2 Kärntner Arbeiterkammer, verfügbar unter: http//kaernten.arbeiterkammer.at/.

3 Presseaussendung der AK Kärnten vom 18. 3. 2009, verfügbar unter: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090318_OTS0140.

4 Arbeiterkammer, verfügbar unter: www.arbeiterkammer.at/bilder/d86/wahlinfofolder.pdf.

5 Arbeiterkammer Kärnten (2009). AK-Wahl 2009 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl: 2–11

6 Reif, K. und H. Schmitt (1980). Nine Second Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. European Journal of Political Research 8 (1): 3–44.

7 market Institut (2008). Vertrauen ist ungleich verteilt. market News 08/21, verfügbar unter: http://www.vmoe.at/rte/upload/news_vertrauen_ist_ungleich_verteilt_.pdf.

8 AK Kärnten, verfügbar unter: http://kaernten.arbeiterkammer.at/online/wahlergebnis-auf-einen-blick-48025.html.

9 SORA – Institute for Social Research and Analysis (2009a) im Auftrag der Arbeiterkammer Kärnten: Kärntner ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit Kurzarbeit, verfügbar unter: http://kaernten.arbeiterkammer.at/bilder/d94/Sora_Umfrage_Kurzarbeit_09.pdf.

10 Landtagswahl Niederösterreich 2008 SPÖ –8,1 %, Landtagswahl Tirol 2008 SPÖ –10,3 %, Nationalratswahl 2008 SPÖ –6 %, Landtagswahl Kärnten 2009 SPÖ –9,7 %, Landtagswahl Salzburg 2009 SPÖ –6 %. SORA, verfügbar unter: www.sora.at.

11 ISA – Institut für Strategieanalysen und SORA – Institute for Social Research and Analysis (2009) im Auftrag des ORF. Wahltagsbefragung zur Landtagswahl Kärnten. Verfügbar unter: http://www.sora.at/images/doku/wahltagsbefragung_ltw_kaernten_09.pdf.

12 ISA – Institut für Strategieanalysen und SORA – Institute for Social Research and Analysis (2009) im Auftrag des ORF. Wahltagsbefragung zur Landtagswahl Kärnten. Verfügbar unter: http://www.sora.at/images/doku/wahltagsbefragung_ltw_kaernten_09.pdf.

13 Für die Schätzung herangezogen wurden die Beschäftigungszahlen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, verfügbar unter: http://www.sozvers.at/hvb/statistik/ESV_Statistik/jahr/hmb_bj4.htm.

14 Die Wählerwanderungen in der Ende Dezember 2008 durchgeführten Umfrage können nicht die tatsächlichen Wählerwanderungen abbilden, da Veränderungen des Wahlverhaltens im Zuge des Wahlkampfes nicht berücksichtigt sind. Dennoch lassen sie eindeu-

tig erkennen, dass sich das Wahlverhalten bei Landtagswahlen stark vom Wahlverhalten bei AK-Wahlen unterscheidet.

15 SORA – Institute for Social Research and Analysis (2009a) im Auftrag der Arbeiterkammer Kärnten: Kärntner ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit Kurzarbeit, verfügbar unter: http://kaernten.arbeiterkammer.at/bilder/d94/Sora_Umfrage_Kurzarbeit_09.pdf.

16 Arbeiterkammer, verfügbar unter: http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d99/AK_Wahl09_in_Prozent.pdf.

17 Arbeiterkammer Kärnten (2009). AK-Wahl 2009 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl: 2–11.

18 Arbeiterkammer, verfügbar unter: www.arbeiterkammer.at/bilder/d86/wahlinfofolder.pdf

19 SORA – Institute for Social Research and Analysis (2009b) im Auftrag der Arbeiterkammer Wien: Wahlanalyse Pressepapier, verfügbar unter: http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d99/AKWahl09_SORA_Analyse.pdf.

20 Arbeiterkammer Kärnten (2009). AK-Wahl 2009 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl: S. 2.

21 Kleine Zeitung, 29. 3. 2009, S. 26.

22 ORF Kärnten, verfügbar unter:
http://kaernten.orf.at.stories/356728, 21. 4. 2009
http://kaernten.orf.at.stories/353081/, 20. 4. 2009.

23 Kleine Zeitung, 20. 4. 2009, S. 12.

24 Günther Goach, verfügbar unter: http://www.guenthergoach.at/.

25 BZÖ, verfügbar unter: http://www.bzoe-arbeitnehmer.at/.

26 Kleine Zeitung, 4. 4. 2009, S. 18.

27 Kärntner Woche, 22. 4.009, S. 2.

28 Villacher Tag, 15. 4.009, S. 9.

29 Kleine Zeitung, 4. 4. 2009, S. 18.

30 Kleine Zeitung, 20. 4. 2009, S. 13.

31 Presseaussendung des BZÖ vom 8. 4. 2009, verfügbar unter: http://www.bzoe-arbeitnehmer.at/aktuelles_1_0_a_38_/bzoe-scheuch-stark-fuer-die-arbeitnehmerinnen-und-arbeitnehmer.html.

32 Kleine Zeitung, 21. 3. 2009, S. 18.

33 Kleine Zeitung, 21. 3. 2009, S. 18.

34 Kärntner Woche, 16. 4. 2009, S. 23 .

35 Kärntner Woche, 29. 4. 2009, S. 41.

36 Kleine Zeitung, 20. 4. 2009, S. 12.

37 Kleine Zeitung 20. 4. 2009, S. 12.

38 Quelle Presseaussendung der Unabhängigen und Grünen, 16. 4. 2009 verfügbar unter: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090416_OTS0150.

39 Arbeiterkammer Kärnten (2009). AK-Wahl 2009 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.

40 Kleine Zeitung, 20. 4. 2009, S. 13.

41 SORA – Institute for Social Research and Analysis (2004) Wählerstromanalyse Landtagswahl Kärnten im Auftrag des ORF, verfügbar unter: www.sora.at.

Anhang Wahlplakate von FSG und BZÖ:

Quelle: FSG, verfügbar unter
http://www.guenthergoach.at/wp-content/uploads/2009/03/fsg-postkarte.pdf, 3. 10. 2009

Quelle: BZÖ, verfügbar unter http://www.bzoe-arbeitnehmer.at/, 3. 10. 2009

Peter Plaikner

Für ein paar Euro mehr

Die Erhöhung der Parteienförderung und das Duell zwischen Medien und Politik

Senza confini. Amerika sucht den Dialog mit den Muslimen. Obamas Rede in Kairo ist kaum verhallt, schon besucht er das Konzentrationslager Buchenwald. Wer B sagt, darf A nicht vergessen.

Brez mejá. Europa erwartet die Neuwahl seines Parlaments. Österreichs Bundespräsident Fischer empfängt seinen slowenischen Kollegen Türk zum Staatsbesuch in Kärnten. KZ-Gedenken am Loibl. Das BZÖ bleibt fern. Politik ist das Setzen öffentlicher Signale.

Ohne Grenzen? Nicht Amerikas neuer Kurs, nicht Europas nächstes Parlament, nicht einmal der landespolitische Aderlass beim Treffen am Pass ist hier das beherrschende Thema am Tag vor der EU-Wahl. Die klammheimliche Erhöhung der Kärntner Parteienförderung stiehlt der großen wie der kleinen Welt die Show. Am Pranger stehen Scham- und Maßlosigkeit.

Senza confini. Brez mejá. Ohne Grenzen.

So weit, so gewöhnlich. Eine Fußnote der Provinzgeschichte. Doch der ganz normale Skandal entwickelt sich zum exemplarischen Machtkampf zwischen Medien und Politik, wie ihn Österreich noch selten erlebt hat. Die Landtagsparteien auf der einen Seite, die *Kleine Zeitung* – und die FPÖ – auf der anderen. Sie kämpfen monatelang um die Gunst des Souveräns.

Dieser Beitrag analysiert vorerst die grundsätzlichen Rahmenbedingungen des Wechselspiels von Medien und Politik in Kärnten. Er beleuchtet dann den Verlauf der Auseinandersetzung und gibt schließlich die Einschätzungen ihrer Teilnehmer wieder – aus einer Perspektive fünf Monate nach der Konflikt auslösenden Landtagssitzung vom 28. Mai 2009.

Zeugnistag I

Die Kärntner Landtagswahl vom 1. März 2009 verteilt die Gewichte zwischen den Parteien neu. 140 Tage nach dem Tod Jörg Haiders wählen 159.926 das BZÖ. Das sind 44,9 Prozent der 356.274 gültigen Stimmen, aber nur 36,1 Prozent der 443.499 Wahlberechtigten. Um die Grundlagen des Machtkampfes – und um einen solchen handelt(e) es sich trotz aller gegenteiliger Beteuerungen – darzulegen, ist der zweite Prozentsatz entschei-

dend. Denn er bezeichnet den Anteil aller über 16-Jährigen, die für das Bündnis Zukunft Österreich votiert haben, das hierzulande mit dem Untertitel „Die Freiheitlichen in Kärnten“ auftritt. Die Verhältnisse zwischen den Parteien bleiben in einer solchen, nicht durch die Wahlbeteiligung verfälschten Betrachtung unverändert. Doch die angebliche Zustimmung der Bevölkerung zu den einzelnen Listen erscheint aus diesem Blickwinkel doch bedeutend geringer als aus der gewohnten Perspektive (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: **Landtagswahlergebnisse**

Landtagswahl 1. März 2009		gültige Stimmen	Wahlberechtigte	Wohnbevölkerung
		356.274	443.499	560.391
		in % von oben	in % von oben	in % von oben
BZÖ	159.926	44,9	36,1	28,5
SPÖ	102.385	28,7	23,1	18,3
ÖVP	59.955	16,8	13,5	10,7
Grüne	18.336	5,2	4,1	3,3
FPÖ	13.383	3,8	3,0	2,4

Das Wahlergebnis und seine differenzierten Vertretungsansprüche, wenn die Stimmen für die jeweilige Liste auch in Relation zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten und der Bevölkerung gesetzt werden.

Quellen: Endergebnis laut Amt der Kärntner Landesregierung,[1] Bevölkerungsprognose 2009 der Statistik Austria[2] und eigene Berechnungen.

Die Nichtwähler wären in Kärnten zwar nur die drittstärkste Kraft geworden. Doch trotz der vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung von 81,8 Prozent klaffen die wirkliche Machtverteilung und der wahre Repräsentationsgrad deutlich auseinander. In Relation zu den Wahlberechtigten verfehlt die spätere Regierungskoalition von BZÖ und ÖVP sogar zusammen die Mehrheit. Doch sie verfügt über 23 der 36 Landtagsmandate.

Zeugnistag II

Was für die Parteien die Wahl, ist insbesondere für Zeitungen, aber in weiterer Folge auch für Fernsehen und Radio die Media-Analyse (MA).[3] Ihre Ausgabe für 2008 erscheint am 26. März 2009 und zeichnet u. a. die Kärntner Wettbewerbsverhältnisse nach. Denn die für Rundfunk und TV relevanten Studien – Tele- und Radiotest – werden alljährlich mit der MA fusioniert. Sie ist mit mehr als 16.000 persönlich geführten Interviews – davon über 1.000 in Kärnten – die umfangreichste Marktforschung Österreichs.

Die MA sagt, wie viele Leser, Seher, Hörer, Surfer ein Medium täglich hat. Da diese Nutzer in hohem Maße auch Wähler sind, ist die Kontaktzahl, die Reichweite einer Zeitung, eines Programms, auch ein Indikator jener Macht, die Journalisten meist von sich weisen. Denn Politik vermittelt sich mehr denn je über Medien. Sie bestimmen den Großteil dessen, was öffentlich wird. Deshalb konzentrieren Parteien sich in ihren Botschaften zunehmend auf diese Verteiler. Es geht um *Agenda Setting*. Denn Medien sind weniger als vermutet in der Lage, Meinungen über ein vorhandenes Thema zu beeinflussen. Doch sie bestimmen großteils, welche Themen überhaupt in die gesellschaftliche Diskussion geraten.

Die Media-Analyse erforscht die Nutzungsgewohnheiten der über 14-Jährigen. Vergleichbarkeiten ergeben sich also vor allem in der Ausschöpfung der Grundgesamtheiten (14+ bzw. 16+). Der jeweilige Anteil der Bevölkerung ist lediglich eine weitere Kennzahl. Sie ermöglicht keine tauglichen Vergleiche.

Tabelle 2: **Medienmarktforschungsergebnisse**

Media-Analyse 2008 25. März 2009		Über 14-Jährige	Wohnbevölkerung
		479.000	560.391
		in % von oben	in % von oben
Kleine Zeitung	267.000	55,7	47,6
ORF2	231.000	*) 48,6	41,2
Kronen Zeitung	224.000	46,7	40,0
Radio Kärnten	215.000	44,9	38,4
Neue KTZ	49.000	10,3	8,7
Regioprint 2008 17. Oktober 2008		Über 14-Jährige	Wohnbevölkerung
		479.000	560.391
		in % von oben	in % von oben
Woche	341.000	71,2	60,9

Diese Aufstellung berücksichtigt jene Tagesmedien, die für die politische Information der Kärntner von größter Relevanz sind. Ö3 (188.000 Hörer) und ORF1 (174.000 Seher) wurden deshalb nicht angeführt. Die Woche *wird als Gratismedium von der MA nicht ausgewiesen, wohl aber von der Regioprint,*[4] *einer weiteren Zeitungsmarktforschung. Da die* Woche *im Gegensatz zu den* Kärntner Regionalmedien *(299.000 Leser) regelmäßig landesweite Politikberichterstattung bietet, wurde sie hier berücksichtigt.*

Quellen: Media-Analyse 2008, Regioprint 2008, Bevölkerungsprognose 2009 der Statistik Austria und eigene Berechnungen.

*) Prozentsatz bezogen auf die Grundgesamtheit von 475.000 über 14-Jährigen aus dem Teletest.

Anders als bei den Parteien hat sich in Kärnten die Rangordnung der großen Medien (siehe Tabelle 2) in den vergangenen Jahrzehnten kaum verschoben. Im Gegensatz zur Steiermark, wo die *Krone* Anfang der 1990er-Jahre schon vor der *Kleinen* lag, war diese hier immer voran – am knappsten 1993 mit 51,6 zu 48,2 Prozent. Doch schon im Landtagswahljahr 1994 stand es 53,8 zu 44,7 (damals noch ausschließlich inklusive Osttirol ausgewiesen).

Kärnten ist anders

Was Peter Filzmaier und Flooh Perlot im Eingangsartikel dieses Jahrbuchs postulieren, erscheint nicht nur aufgrund der Parteienlandschaft offensichtlich, sondern lässt sich im Medienbereich ebenso deutlich untermauern: Kärnten ist anders. Es ist das Bundesland mit der höchsten Reichweite für das Medium Tageszeitung (87,1 Prozent), das einzige mit einem SP-Parteiblatt *(KTZ)* und jenes mit der geringsten Tagesreichweite für Internet (32,9 Prozent). Keine andere Region Österreichs hat einen höheren Prozentsatz an täglichen Fern-Sehern (70,7 Prozent), nirgendwo sonst erreicht das Bundesländer-Radio des ORF mehr Hörer (44,9 Prozent).

Kärnten ist – je nach Perspektive – ein Schlaraffen- oder Schwellenland für Massenmedien. Denn die Konvergenz, insbesondere der Umbruch von Print zu Online, vollzieht sich in keinem Bundesland so langsam wie hier. Das bedeutet aber auch viel Potenzial und Chancen. Nicht umsonst hat die Telekom ausgerechnet Villach zu ihrer ersten Cyber-City Österreichs[5] erkoren und bietet dort auf Basis eines Glasfasernetzes Internet-Übertragungsraten bis zu 30 Megabit pro Sekunde. Konkurrent UPC rüstet Klagenfurt demnächst auf 100 MBit auf. Vermeintlich technische Errungenschaften mit noch unabsehbaren, aber sicher rasanten und umwerfenden Folgen für jedes Mediennutzungsverhalten – und somit auch für die politische Kommunikation. Die Breitbandförderung des Landes[6] ist ein Turbo dafür. Ob es weiß, welche Geister es da ruft, wirkt angesichts seiner eigenen und aller Parteien-Homepages zweifelhaft.

Also konzentriert sich die öffentliche Förderung weiter auf jenen Bereich, der sich neben dem ohnehin durch Gebühren hauptfinanzierten ORF noch subventionieren lässt: die Printmedien.

Geld vom Staat

Die Bundespresseförderung[7] bedenkt die drei Tageszeitungen im Land mit jeweils 187.961,50 Euro Vertriebsbeihilfe pro Jahr. Das heißt, die *Krone* erhält österreichweit gleich viel wie die *Kleine* in ihren beiden Verbreitungsländern und die *Neue Kärntner Tageszeitung* allein für ihr Heimatgebiet. Der Staat macht in dieser Subventionskategorie keinen Unterschied

zwischen bundesweit erscheinenden Blättern und Regionalzeitungen (siehe Tabelle 3).

Dazu erhalten die genannten drei Titel auch noch jährlich je 18.655,04 Euro als „Zuschuss zu den Kosten der Ausbildung von Nachwuchsjournalisten." Nur die *Kleine* bekommt überdies 40.000 Euro, um weiterhin angestellte Auslandskorrespondenten zu haben. Sie kriegt mit 18.323,80 Euro auch etwas weniger aus dem Topf „Leseförderung" als die *Krone* mit 18.349,80 Euro. Die *KTZ* bringt es hier nur auf 297,40 Euro.

Von den in Kärnten ansässigen Medien wird lediglich die *KTZ* auch noch aus dem größten Füllhorn zur „besonderen Förderung zur Erhaltung der regionalen Vielfalt" bedacht: Sie erhält 1,129.229,90 Euro.

Tabelle 3: **Österreichische Presseförderung**

Österreichische Presseförderung 2008		Kleine Zeitung	Kronen Zeitung	Neue KTZ
Vertriebsförderung		187.962	187.962	187.962
Erhaltung regionaler Vielfalt				1.129.230
Qualitätsförderung Zukunftssicherung	Nachwuchs	18.655	18.655	18.655
	Korrespondenten	40.000		
	Leseförderung	18.324	18.350	297
Summen		264.940	224.966	1.336.144
anteilig für Kärnten		88.313	20.697	1.336.144

Die Neue Kärntner Tageszeitung *erhält fünfmal soviel Österreichische Presseförderung wie die* Kleine Zeitung *und sechsmal soviel wie die* Kronen Zeitung. *Da die Kärnten-Ausgaben aber nur 9,2 Prozent der verbreiteten Gesamtauflage der* Krone *und exakt ein Drittel der* Kleinen *ausmachen, ist das Ungleichgewicht der Bundesförderung noch bedeutend größer: Jeder Leser der* KTZ *ist dem Staat 15mal mehr wert als ein* Kleine-*Nutzer und kommt die Allgemeinheit gar 65mal so teuer zu stehen wie ein* Krone-*Konsument. Die* Woche *erhält keine Förderung aus Wien.*

Quellen: Rundfunk- und Telekom-Regulierungs-GmbH (RTR), Österreichische Auflagenkontrolle (ÖAK),[8] eigene Berechnungen.

Nicht von ungefähr ist die Stelle für die Presseförderung direkt im Bundeskanzleramt angesiedelt. Und noch weniger zufällig liegt jene für die Parteienförderung gleich neben ihr. Wobei diese den zweifelhaften Anspruch erheben darf, sogar undurchsichtiger als die Mediensubvention in Österreich zu sein. Der Politikwissenschaftler Hubert Sickinger benötigt mehr als 500 Seiten für sein Standardwerk „Politikfinanzierung in Österreich"[9] – in dem die jüngsten Kärntner Entwicklungen aber noch nicht

berücksichtigt sind. Betrug die gesamte Presseförderung des Bundes 2008 knapp 13 Millionen Euro, war der Topf aufgrund des Parteiengesetzes (Bundesgesetz über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien) mit fast 30 Millionen Euro gefüllt. Dazu noch die Fördermittel unter dem Titel „Politische Bildung", worunter die Subvention der Parteiakademien firmiert. Immerhin rund elf Millionen Euro, nicht viel weniger als für die gesamte Presse (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: **Österreichische Parteienförderung**

Parteienförderung 2008	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ
Parteienförderung	9.701.064	9.083.432	4.368.614	3.364.463	2.354.362
Akademieförderung	3.424.673	3.350.079	1.671.721	1.671.721	1.149.565
Summen	13.125.737	12.433.511	6.040.335	5.036.184	3.503.927
anteilig für Kärnten	875.487	491.124	183.626	234.686	889.297

Die anteiligen Beträge für Kärnten ergeben sich auf Basis der Nationalratswahl 2008 aufgrund des aus Kärnten stammenden Stimmenprozentsatzes am jeweiligen Gesamtergebnis einer Partei. Er betrug beim BZÖ 25,4 Prozent. SPÖ (6,7 Prozent), ÖVP (3,9 Prozent), FPÖ (3 Prozent) und Grüne (4,7 Prozent) unterschritten dadurch fast zwangsläufig, aber sehr unterschiedlich die bundesweite Benchmark *von 7,1 Prozent (Anteil der in Kärnten abgegebenen 352.353 Stimmen an der Gesamtzahl von 4.990.952.*

Quellen: Bundesrechenabschlüsse, Bundeskanzleramt (jeweils zitiert nach Sickinger), Bundesministerium für Inneres (amtliches Endergebnis der Nationalratswahl 2008),[10] eigene Berechnungen.

Schon die Verteilung der entsprechenden Bundesmittel zeigt, dass Österreichs Medien auf dünnem Eis agieren, wenn sie die Parteienförderung angreifen. Diese mag insgesamt und für die einzelnen Begünstigten zwar deutlich höher sein als jene aus der Presseförderung. Doch solch Inanspruchnahme staatlicher Subvention ist vor allem für wirtschaftlich prosperierende Medien international keineswegs üblich. Und *Kronen Zeitung* sowie *Kleine Zeitung*, die beiden reichweitenstärksten Tagblätter Österreichs, gelten als wahre *Cash Cows* der Branche.

Geld vom Land

Ungeachtet ihres ökonomischen Erfolgs erhalten beide Titel auch Geld vom Land. Denn anders als beispielsweise die Nachbarn Steiermark, Salzburg und Tirol subventioniert Kärnten seine Printmedien direkt. Das 2007 beschlossene Presseförderungsgesetz verfolgt das Ziel, „die Meinungs-

vielfalt der Kärntner Tages- und Wochenzeitungen zu erhalten und zu fördern“, wie es § 1 definiert. Im Jahr 2008 standen dafür insgesamt 900.000 Euro zur Verfügung (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: **Kärntner Presseförderung**

Kärntner Presseförderung 2008	Kleine Zeitung	Kronen Zeitung	Neue KTZ	Kärntner Woche
Sockelbetrag	210.000	210.000	210.000	
Steigerungsbetrag	105.000		105.000	
Summen	315.000	210.000	315.000	60.000

Die Förderung für Tages- und Wochenzeitungen ist unterschiedlich geregelt. In den Bedingungen geht es gleichermaßen um den Verlags- und Druckstandort Kärnten wie die Anstellung von hauptberuflichen Journalisten und die Nachwuchsausbildung.

Quellen: Amt der Kärntner Landesregierung, Landespressedienst, Gesetz über die Förderung der Kärntner Tages- und Wochenzeitungen (Kärntner Presseförderungsgesetz).[11]

Im Voranschlag 2009 ist zwar wiederum die gleiche Gesamtsumme vorgesehen. Die veröffentlichten Förderergebnisse[12] sehen für die Krone allerdings nur noch 122.500 Euro vor. Das entspräche also einem Total von lediglich 812.500 Euro. Die direkte Mediensubvention in Kärnten unterliegt also durchaus einem aktuellen Wandel.
Das hat sie mit der regionalen Politikfinanzierung gemeinsam, die allerdings schon 2008 fast zehnmal so hoch wie die Presseförderung war: 8.170.142,90 Euro – der deutlich kleinere Teil davon für die Landtagsklubs. Fast sieben Millionen Euro gingen direkt an die Parteien – einerseits für „Öffentlichkeits- und Medienarbeit“, anderseits für „die sonstigen Aufgaben im Sinne der Aufgabenbestimmungen“. Die sind „sehr breit“, wie Sickinger lapidar anmerkt[13] (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: **Kärntner Parteienförderung**

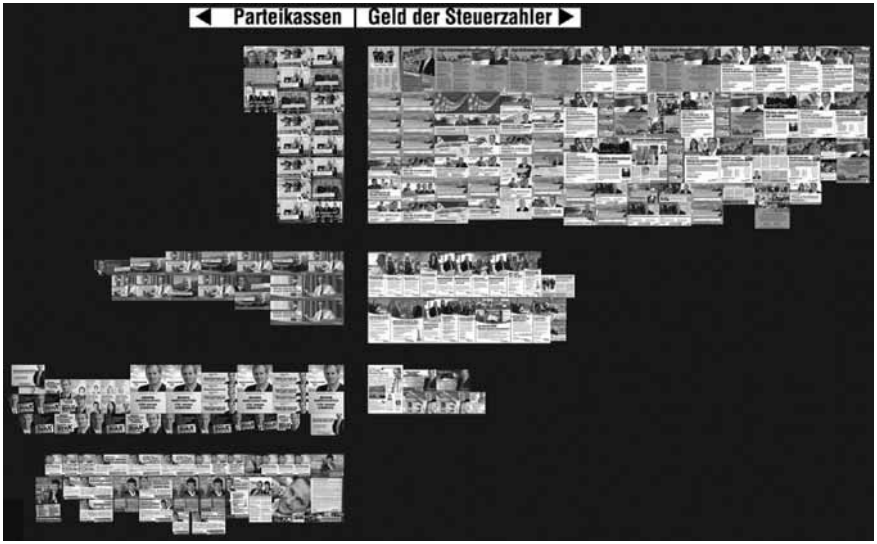
Kärntner Parteienförderung 2008	BZÖ	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ
Parteienfinanzierung	2.349.191	2.224.993	983.014	734.618	610.420
Klubfinanzierung	524.587	488.181	140.562	114.576	
Summen	2.873.779	2.713.175	1.123.576	849.194	610.420

Die Parteienförderung besteht wie die Presseförderung in Kärnten aus einem Sockel- und einem Steigerungsbetrag – die hier nicht getrennt ausgewiesen sind.

Quellen: Sickinger, Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 4 (zitiert nach Holzer).

Die Bekanntgabe der Subventionsgrößen von Staat und Land schafft letztlich aber nur eine Scheintransparenz zur öffentlichen Finanzierung von Politik und Medien. Denn in keiner dieser Tabellen scheint auf, was im Zuge der Auseinandersetzung um die Kärntner Praktiken insbesondere durch den Journalisten Georg Holzer sowohl in der *Kleinen Zeitung* als auch seinen Weblogs *georgholzer.at* und *Kärnten 2020*[14] thematisiert wird – der Geldfluss durch Inserate der öffentlichen Hand, die nur mit sehr viel Wohlwollen von Anzeigen der Parteien zu unterscheiden sind (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: **Partei- vs. Regierungsinserate**



Laut Georg Holzer, der die Zusammenstellung vorgenommen hat, sind dies alle nur in der Kleinen Zeitung *Kärnten geschalteten politischen Inserate vom 1. Jänner bis zum 25. Februar 2009; rechts jene auf Kosten der Landesregierung, links von Parteien bezahlt (von oben: BZÖ, SPÖ, ÖVP, FPÖ). Letzteres scheint Holzer aber nicht ganz zu glauben, „denn für die Einschaltungen rechts gibt's ja möglicherweise Mengenrabatte ...".*

Quelle: Georg Holzer unter http://www.flickr.com/photos/georgholzer/3311360752/

Die Förderungsgrößen lassen zudem eine grundsätzliche materielle Übermacht der Parteien gegenüber den Medien vermuten, die sich aber nicht nur durch einen Hinweis auf die Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entschärfen lässt: Der ORF finanziert sich zu mehr als der Hälfte (Umsatz 2008: 886 Mio. Euro)[15] aus Gebühren. Würden diese 503,9 Millionen Euro[16] nach einem Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt, ständen Kärnten 6,7 Prozent davon zu – also fast 34 Millionen Euro.

Geld Macht Medien

Bei den Wettbewerbern im Printbereich handelt es sich durchwegs um Produkte der beiden nach dem ORF größten Medienhäuser Österreichs. Dies gilt zum Teil sogar für die durchaus notleidende *Neue KTZ*. Denn letztlich entspricht nur deren Redaktion dem Etikett Parteizeitung. Die SPÖ verfügt bloß über sie.

Den wirtschaftlichen Rest besorgt jene Mediaprint, die aus der Zusammenlegung der kaufmännischen Teile von *Krone* und *Kurier* entstanden ist. Sie war lange der nach Umsatz (2008: 485 Mio. Euro) zweitgrößte *Player* auf dem heimischen Markt, bis sie im Vorjahr von der Styria Media Group (486 Mio. Euro) überholt wurde[17] – der Alleingesellschafterin von *Kleiner Zeitung* und *Woche*.

Um die Frontlinien im Konflikt um die Parteienförderung besser auszuleuchten, lohnt sich ein Blick auf die Besitzverhältnisse der Medien: Bei der Mediaprint ist dies neben der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (49,85 Prozent) und der Familie des *Kronen Zeitung*-Herausgebers Hans Dichand (35 Prozent) auch Raiffeisen (15,15 Prozent) – und zwar der Zweig Wien/Niederösterreich.

Die Styria dagegen gehört dem Katholischen Pressverein der Diözese Graz-Seckau (98,33 Prozent Katholischer Medien Verein Privatstiftung, 1,67 Prozent Katholischer Medien Verein). Über die angestrebte Fusion ihrer Regionalmedien mit der Moser Holding wäre bald aber auch hier Raiffeisen – diesmal die oberösterreichischen Giebelkreuzler – mit an Bord: als Mitgesellschafter des künftigen *Kleine*-Eigentümers (68 Prozent Styria, 27 Prozent Moser, 5 Prozent Raiffeisen).[18]

Die wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen für den Showdown zwischen Politik und Medien, der seit 6. Juni 2009 Kärnten beschäftigt, sind also alles andere als provinziell. Das einzige Bundesland, dessen Bevölkerungszahl kontinuierlich abnimmt, ist Schauplatz einer exemplarischen Auseinandersetzung auf einem der konzentriertesten Medienmärkte weltweit.[19] [20]

Der tägliche Angriff

Es war ein Paukenschlag. Statt staatstragend das Europäische Parlament zu thematisieren, titelt die *Kleine Zeitung*[21] am Vortag der EU-Wahl: „Geheimer Geldregen – rund fünf Millionen Euro zusätzlich in Parteikassen". Dazu Banknoten, die auf die Häupter der Obmänner der vier Landtagsparteien flattern. „Parteien holen sich heimlich Millionen", geht es im Innenteil kritisch weiter – und Antonia Gössinger überschreibt ihren Kommentar dazu mit „Schamlos".

Auch der ORF steigt sofort ein[22]: Unter „Fünf Mio. Euro zusätzliche Parteienförderung“ vermeidet er jeden Quellenhinweis zur *Kleinen Zeitung* und spielt das Thema mit seinen Mitteln weiter: „Parteienförderung lässt Wogen hochgehen“.[23] Neben solch permanenten Online-Informationen folgen umgehend Beiträge in TV- und Radiosendungen. Den vorläufigen Höhepunkt bildet eine „Hitzige Debatte über Parteienförderung“[24] schon am Montag abend im Landesstudio Klagenfurt. Unter Leitung von Wolfgang Dittmar diskutieren Antonia Gössinger, der grüne Parteisprecher Rolf Holub sowie die Klubobleute Kurt Scheuch (BZÖ), Herwig Seiser (SPÖ) und Stephan Tauschitz (ÖVP). Europa und seine Wahl sind plötzlich ganz weit weg.

Auch die *Neue Kärntner Tageszeitung* zieht rasch mit[25]: „Parteien füllen Kassen aus dem Steuertopf.“ Ebenso die *Kronen Zeitung* trotz aller H.-P.-Martin-EUphorie schon am Sonntag[26]: „Kärntens Parteien kassieren ab.“ Tags darauf zieht Chefredakteur Hannes Mößlacher blattliniengemäße Parallelen von Brüssel nach Klagenfurt: „EU-Wahl als Spiegelbild“ heißt sein Kommentar.[27] Da hat die durch ihren Erscheinungstermin Mittwoch in der papierenen Aktualität benachteiligte *Woche* schon längst den Skandal verkündet – am Samstag auf ihrer Homepage[28]: „Fünf Millionen Euro Parteienförderung zusätzlich“.

Doch Tempo und Härte der Auseinandersetzung bleiben von der Kleinen Zeitung bestimmt. Antonia Gössinger legt in ihrer Kolumne *Salz & Pfeffer* schon am Sonntag nach[29]: „Der Skandal wurde wochenlang vorbereitet. Die Parteien wollten sich sogar 20 Millionen zuschanzen. Landeshauptmann erfuhr aus der Zeitung von der Aktion.“ Am Montag hält ihr *Aufwecker* „Kalkül“ das Thema am Kochen[30]. Am Dienstag tut dies an gleicher Stelle[31] Michael Sabath mit: „Ein Zeichen“, während dahinter das Kärnten-Thema gleich von drei weiteren Redakteuren aufbereitet wird: Von „Skandal um Geld kostete Stimmen“ bis zu „Stopp, Geld zurück!“ – der via Adolf Winkler aus Sao Paulo verkündeten Forderung von Wirtschaftskammer-Präsident Franz Pacher.

Die Eskalationsspirale dreht sich weiter durch den Einsatz des Spitzenpersonals: Am Mittwoch ist Chefredakteur Reinhold Dottolo[32] mit „Anstandlos“ der *Aufwecker,* und es gibt die erste Leser-Umfrage: „Politiker ‚kratzt die Kritik nicht‘“. Wahrscheinlich doch: Denn schon am Donnerstag folgt zwar die doppelseitige Fortsetzung „Politiker kassieren und Bürger zahlen“, aber Dottolo verkündet unter dem Titel[33] „Volksbefragung“ die Reaktion der Gegenseite: „Landeshauptmann Gerhard Dörfler hat gestern unserer Anzeigenabteilung mitgeteilt, dass er über die *Kleine Zeitung* einen Inseratenboykott verhängen werde.“

Nacht und Nebel im Landtag

Trotz der Intensität der Berichterstattung oder gerade wegen ihr bleiben die Details des Anlassfalls ziemlich ungefähr. Die Bezeichnung „Nacht-und-Nebel-Aktion“ wird Allgemeingut, doch je länger der Konflikt dauert, desto umstrittener sind die wahren Vorgänge am Nachmittag und Abend des 28. Mai 2009 im Kärntner Landtag. Ein Hauptvorwurf der *Kleinen Zeitung* lautet, die Sitzung sei bewusst spät angesetzt worden und erst dann zum umstrittenen Thema gekommen, als kein Journalist mehr anwesend war. Darüber hinaus hätten einige Abgeordnete wohl nicht einmal gewusst, worüber sie da abstimmten – so verklausuliert seien die Anträge formuliert gewesen. Die Politik reagiert darauf vorzugsweise mit dem unterschwelligen Zweifel am Arbeitseinsatz der Journalisten – die ja bei der entscheidenden Abstimmung nicht mehr anwesend waren.

Erst zwei Monate später erhellen die stenografischen Protokolle[34] den wahren Ablauf am 28. Mai 2009 im Kärntner Landtag. Oder auch nicht. Zu welcher Uhrzeit dieser Sitzungsteil stattfand, ist auf keinem der Papiere vermerkt. Das wirkt aber zweitrangig neben ihrem Inhalt bzw. dem Gegenteil davon: Die zweieinhalb schütter betippten Seiten präsentieren eine einzige Abfolge von Rede- und Debattenverzicht – ganz offensichtlich in dem Bemühen, nicht einmal zu erwähnen, worüber abgestimmt wird. Die Worte „Parteienförderungs-“[35] und „Klubfinanzierungsgesetz“[36] werden jeweils nur am Anfang und Ende ausgesprochen, um dem formalen Zwang zu entsprechen. Der Ausdruck „Erhöhung“ fällt nie. Niemand nennt auch nur einen Geldbetrag anlässlich der so genannten Änderungen. In den Vorlagen[37] zu den so rasch gefassten Beschlüssen wimmelt es dagegen von Zahlen.

Erst aus dem detaillierten Vergleich dieser am 18. August (Parteien) bzw. 1. September (Klubs) 2009 in Kraft getretenen Gesetze mit den damals verstohlen präsentierten Korrekturwünschen wird deutlich, wie tief hier in den Steuersäckel gegriffen wird. Was sich schamhaft z. B. hinter dem Wortwechsel von „vierzehnfachen“ statt „siebenfachen“ oder „vierundvierzigfachen“ statt „vierzigfachen“ (Parteien) bzw. dem Austausch von „einmal“ durch „zweimal“ verbirgt, sorgt in Summe für eine noch größere Erhöhung der Politikfinanzierung in Kärnten, als es von den Medien vereinfachend als „fünf Millionen zusätzlich“ angeprangert wird. Hubert Sickingers unmittelbar nach Bekanntwerden der Beschlüsse vorgenommene Berechnungen kommen für 2009 auf eine Steigerung von 5.311.288,82 Euro gegenüber 2008 (siehe Tabellen 7 und 8).

Tabelle 7: **Entwicklung und Vorschau Parteienförderung und Klubfinanzierung**

Partei	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
BZÖ	1.764.784	2.286.760	2.230.572	2.269.884	2.349.191	4.595.649	3.245.276
SPÖ	1.607.214	2.057.107	2.112.645	2.162.290	2.224.993	3.357.465	2.293.036
ÖVP	1.071.476	908.841	933.378	949.828	983.014	2.057.713	1.499.503
Grüne	882.392	679.187	697.524	713.915	734.618	1.210.822	864.677
FPÖ		282.180	579.597	593.217	610.420	158.022	
alle	**5.325.866**	**6.214.076**	**6.553.717**	**6.689.133**	**6.902.236**	**11.379.671**	**7.902.492**

Klub	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
BZÖ	504.224	499.701	496.637	523.671	524.587	830.096	881.126
SPÖ	425.439	451.343	463.528	474.422	488.181	649.556	664.479
ÖVP	157.570	128.955	132.437	135.549	140.562	423.882	483.939
Grüne	87.782	105.921	108.780	111.337	114.576	198.226	240.229
alle	**1.175.015**	**1.185.920**	**1.201.383**	**1.244.979**	**1.267.907**	**2.101.760**	**2.269.773**

total	**6.500.881**	**7.399.996**	**7.755.100**	**7.934.112**	**8.170.143**	**13.481.431**	**10.172.265**

Parteienförderung und Klubfinanzierung steigen in Kärnten von 2008 auf 2009 um 65 Prozent. Diese enorme Erhöhung wird vor allem mit den ungewöhnlichen Belastungen eines Wahljahres argumentiert. Doch auch die Steigerung von 2008 auf 2010 beträgt noch 25 Prozent.

Quellen: 2004 bis 2008 aus dem Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 4, veröffentlicht von Georg Holzer am 9. September 2009 im Blog Kärnten 2020;[38] Berechnungen 2009 und 2010 von Hubert Sickinger im Juni 2009.

Sickingers Aufstellungen weisen Kärnten „mit einer Quote von 28 Euro Parteizuwendungen pro Kopf“ die teuerste Politikfinanzierung Österreichs aus. Die Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle erläutert diese Berechnungen für den ORF: „(…) das durchaus vergleichbare Bundesland Salzburg liegt etwa bei rund 17 Euro pro Kopf.“[39] Die *Kleine Zeitung* kommt für Kärnten etwas später sogar auf einen Wert von 30,5 Euro.[40]

Tabelle 8: **Details der Parteienförderung und Klubfinanzierung 2009**

Parteien	1. Quartal	2.–4. Quartal	Wahlkampf	**gesamt**
BZÖ	640.299	2.433.957	1.521.394	**4.595.649**
SPÖ	575.995	1.719.777	1.061.692	**3.357.465**
ÖVP	254.478	1.124.628	678.607	**2.057.713**
Grüne	190.174	648.508	372.140	**1.210.822**
FPÖ	158.022			**158.022**
alle	1.818.969	5.926.869	3.633.833	**11.379.671**

Klubs	1. Quartal	2.–4. Quartal	**gesamt**	**total 2009**
BZÖ	169.251	660.845	**830.096**	**5.425.746**
SPÖ	151.197	498.359	**649.556**	**4.007.021**
ÖVP	60.928	362.954	**423.882**	**2.481.594**
Grüne	18.054	180.172	**198.226**	**1.409.047**
FPÖ				**158.022**
alle	399.430	1.702.330	**2.101.760**	**13.481.431**

Die FPÖ hat nur im ersten Quartal Anspruch auf Parteienförderung. Da sie nicht im Landtag vertreten ist, erhält sie auch keine Klubfinanzierung.

Quelle: Berechnungen von Hubert Sickinger im Juni 2009.

Letztlich folgen von Woche zu Woche mehr quasi offizielle Bestätigungen für die ursprünglichen Einschätzungen der Journalisten – sowohl zur Summe der Erhöhungen als auch über die Art, wie sie am Abend des 28. Mai 2009 im Landtag vollzogen wurden. Das erklärt aber noch nicht die Besonderheit dieser Auseinandersetzung zwischen Parteien und Medien in Kärnten. Der Konflikt bezieht seine Einzigartigkeit aus der Gegen-Kampagnisierung durch die *Kleine Zeitung*.

Leitmedium und Zivilgesellschaft

Landeshauptmann Gerhard Dörflers Drohung mit einem Inseratenboykott beflügelt die Redaktion geradezu. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo auf die „Millionen teure Nacht- und Nebel-Aktion“[41] hingewiesen wird. Das reicht von Artikeln wie „Parteien ließen 563 Anträge unbehandelt“[42] oder „Kärnten hat die höchste Parteienförderung“[43] über Kommentare wie „Vergoldung“ bis zur Verbündetensuche: „Politik soll Volk um Geld fragen“,

meint der ÖGB-Vorsitzende Hermann Lippitsch.[44] Und erscheint einmal eine Ausgabe ohne Redaktionsbeitrag zur Causa Nr. 1, wie erstmals am 15. Juni 2009, dann springt das Leserforum in die Bresche. Immer häufiger fallen dabei Ausdrücke wie „Volksbefragung" oder „Volksbegehren".

Der grüne Landessprecher Rolf Holub darf unterdessen bekennen: „Ich schäme mich nicht dafür", während Chefredakteur Reinhold Dottolo zur Boykott-Drohung erklärt: So etwas nehmen wir inzwischen an wie eine Tapferkeits-Medaille."[45] „Die falschen Argumente der Parteien" werden doppelseitig[46] zerpflückt, denn „Alles ist möglich", schreibt Michael Sabath, schließlich sei das „Parteigeld noch nicht eingeplant".[47] Antonia Gössinger ortet die „Selbstaufgabe" der regionalen Volksvertretung und titelt anlässlich der „abgewürgten" Budgetdebatte: „Der Landtag leistet sich nächsten Skandal". [48] Mit „Maßlosigkeit" gibt Dottolo die Richtung vor und scheut auch vor ungewohnten Allianzen nicht zurück: „Parteiengeld: FP leistet Widerstand" behandelt die Forderung der Blauen nach einer Volksabstimmung. Diese soll demnach durch eine Petition erreicht werden: „Bei 30.000 bis 40.000 Unterschriften könnten sich die Parteien nicht länger einbunkern", zitiert die Kleine FP-Chef Harald Jannach.[49]

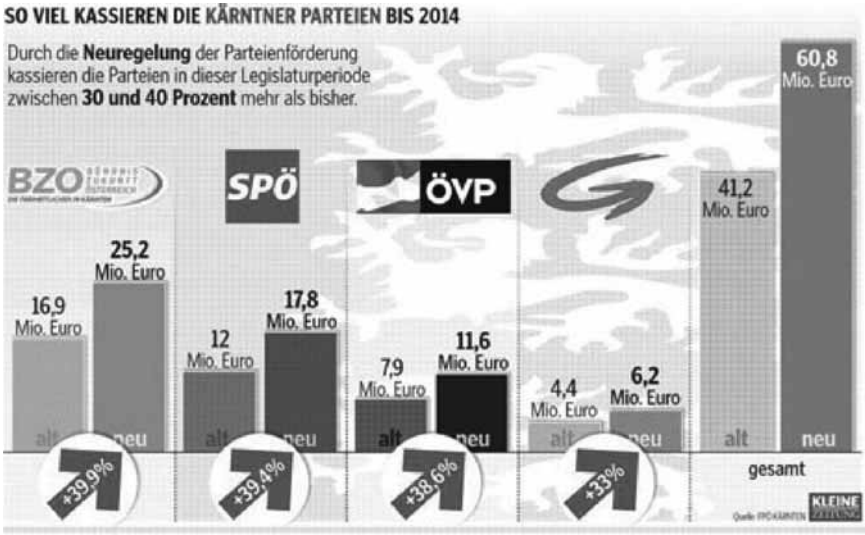
Inzwischen formiert sich längst eine Bürgerwehr der neueren Art. Der Technik-Journalist Georg Holzer, auch Mitarbeiter der *Kleinen Zeitung*, findet durch den Skandal das große Thema für sein Weblog Kärnten 2020. Bereits am 10. Februar 2009 gestartet, bietet er ursprünglich nur sporadische Seitenhiebe auf die politischen Usancen im Land. Am 9. Juni erhöht er nahezu permanent die Schlagzahl, wird zur Drehscheibe einer jungen Kärntner Zivilgesellschaft – und ist in der Verbissenheit der Recherchen mitunter sogar seinem einstigen Stammblatt voraus. Also lässt Dottolo den redaktionellen Polit-Quereinsteiger auch immer mehr im Printmedium seine *user*-orientierte Form von Journalismus ausleben: In „Diese Art von Politik macht nur verdrossen" präsentiert er „10 Punkte für eine Politik, wie sie sein sollte…" Der Chefredakteur freut sich, dass hier einer „in sehr persönlicher Sicht eindrücklich zusammen(…)fasst, warum sich viele Jugendliche von der Politik abwenden." Gössinger gibt gleich dahinter Flankenschutz durch „Protest mit Unterschriften und Klagen".[50]

Unterdessen geißelt Adolf Winkler die angekündigte „Sommer-Kampagne", denn das „BZÖ antwortet auf Kritik mit Zeitungsboykott".[51] Endlich findet auch Heinrich Reithofer, der Präsident des Landesrechnungshofes: „Wahlkampfgelder sind bedenklich".[52] Doch es braucht erst die Abrechnung von Büchner- und Staatspreisträger Josef Winkler als Eröffnungsredner des Bachmann-Preises, dass die Zustände rund um Klagenfurt auch Thema des Leitartikels werden können: „Kärnten ist ein politisch-moralisch verrottetes Land"[53] bringt Gössinger auf den Punkt, was der Kurt-Vorhofer-Preisträgerin „so viel Zuspruch und Zustimmung" einbringt, „wie in den bisherigen 30 Berufsjahren noch nicht".

Also verschärft die Zeitung die Gangart: Mit „Nein zur Selbstbedienung" verkündet sie nicht nur den Beginn der FP-Unterschriftenaktion[54] und weist auf die Petition von Kärnten 2020 hin: Die *Kleine* startet selbst eine Unterschriftenaktion[55] zu folgendem Text: „Mit Entsetzen und Unverständnis sehen wir die vom Kärntner Landtag beschlossene Erhöhung der Parteienförderung. Wir fordern BZÖ, SPÖ, ÖVP und Grüne auf, die Erhöhung sofort rückgängig zu machen oder die Bevölkerung darüber zu befragen." Die freiheitliche Petition lautet: „Wir, die Unterzeichner dieser Petition, fordern vom Kärntner Landtag eine sofortige Rücknahme des am 28. Mai 2009 von BZÖ, SPÖ, ÖVP und den Grünen beschlossenen Parteienförderungsgesetzes." Aber nicht nur die Blauen verzichten diesmal auf eine Zieldefinition, ab wie viel Zustimmung sie es als Erfolg werten. Für alle drei Kampagnen gibt es vorerst kein Ablaufdatum. In zwei Wochen beginnen die Schulferien.

Trotz aller Vehemenz der Kritik bleibt die Gegnerschaft der Landtagsparteien in der Interpretation ihrer Argumentationsgrundlagen überraschend zurückhaltend. Zum Start der Unterschriftenaktionen veröffentlicht sie

Abbildung 2: **Vergleich der Legislaturperioden 2004–2009 und 2009–2014**



Die prozentuellen Zuwächse bei der Parteienförderung sind in Wirklichkeit deutlich höher, als in dieser Grafik, für die FPÖ und Kleine Zeitung *sich gegenseitig die Urheberschaft zuweisen. Wenn die Ausgangsbasen jeweils mit 100 Prozent angenommen werden, beträgt die Steigerung beim BZÖ 49,11 Prozent, bei der SPÖ 48,3 Prozent, bei der ÖVP 46,8 Prozent, bei den Grünen 40,9 Prozent und insgesamt 47,6 Prozent.*

Quellen: *Kleine Zeitung* bzw. FPÖ Kärnten.56

durchwegs eine Grafik, die das wahre Ausmaß der Erhöhung noch schönt (siehe Abbildung 2). Denn der prozentuelle Zuwachs ist in Wirklichkeit deutlich höher als hier dargestellt.

Unterschriftenaktionen und Sommerloch

Es folgt das ganz normale Handwerk der medialen Kampagnisierung, wie es Österreich ansonsten vor allem durch die *Krone* kennt. Offenbar im Bewusstsein des Risikos, durch eine solche Mitspieler- statt Beobachterposition in die Tiefen des Boulevards abzustürzen, versucht die *Kleine* aber augenscheinlich jede persönliche Diffamierung zu vermeiden. Auch in den Kommentaren gelingt es, ohne individualisierte Schmähungen auszukommen. Als Mittel der Konfliktführung dienen Sachkritik und pauschale Infragestellung. Die für so genannte Qualitätszeitungen zwingende Trennung von Bericht und Kommentar wird allerdings nahezu permanent aufgelöst.

Nun steht weniger die Politikfinanzierung auf dem Programm. Sie wurde drei Wochen lang intensiv beleuchtet. Die Faktendarstellung à la Sickinger nahm dabei allerdings deutlich weniger Raum ein als die Schuldzuweisungen. Hier hätte es gerade durch den detaillierten Vergleich mit anderen Bundesländern noch viele Argumentationshilfen gegeben. Auch Transparenz in eigener Sache gibt es nicht. Der allfällig entwaffnende Hinweis auf die Landespresseförderung fehlt komplett. Trotz aller Frontstellung fürchtet die *Kleine* offensichtlich, mit Positiv-Beispielen aus anderen Bundesländern den Regionalstolz der Kärntner zu verletzten und durch Erwähnung der eigenen Subventionierung dem landläufigen Klischee der totalen Verhaberung des politisch-medialen Komplexes zu unterliegen.

Also reicht die Selbst-Thematisierung im Zuge der Unterschriftenaktion von „Notwehrakt findet großes Echo“[57] über „Kärntner froh über Notwehrakt“,[58] „Täglich Hunderte neue Protest-Unterschriften“[59] bis zu „Über 2500 Unterschriften“.[60] Eine Woche nach Start der Aktion wird sogar eine ganzseitige Karikatur – „Auf Tauchstation“ – auf die Titelseite gehievt: „Parteienförderung: Schluss mit der Selbstbedienung“ heißt die unmissverständliche Aufforderung an die durchschnittlich 262.000 Leser[61] der *Kleinen* am Sonntag. Eine faxbare Unterschriftenliste zum Heraustrennen soll den weniger Internet-affinen Kärntnern helfen, ihren Unmut zu äußern. Denn die Bekennungsbereitschaft der Bürger scheint enden wollend. Unter dem Titel „Tausenden Kärntnern reicht’s“[62] steht, dass erst 2.500 unterschrieben haben. Das ist nicht einmal ein Prozent der Leserschaft und Wasser auf die Mühlen der Landtagsparteien. Erstmals wird angekündigt, dass die Aktion am Ende der Woche – Beginn der Schulferien – enden soll.

Die analoge Erweiterung hilft. Die Kombination aus Fax und Internet bringt nun deutlich mehr Unterschriften als in der ersten Woche. Doch der redaktionelle Schwung verpufft zusehends. Statt Panorama-Aufmachern und Spitzenmeldungen nur Ein- und Zweispalter ganz links oder am Fuße des Blattes. Am „Zeugnistag" dann ein letzter Titel- und Doppelseiten-Kraftakt mit einem „Nicht genügend"[63] für die gesamte Landesregierung. Lediglich die BZÖ-Leute Harald Dobernig (4) und Christian Ragger (3) sowie SP-Landesrat Peter Kaiser (3) bekommen keinen Fünfer von der Redaktion.

Doch der Showdown verläuft ergebnisgerecht verhalten. „Mich quält, was in Kärnten passiert" wird Udo Jürgens titelfüllend als Kronzeuge bemüht, der die Sommergesprächsreihe über Österreich eröffnet. Deutlich geduckt daneben: „Über 11.000 unterschrieben *Kleine*-Petition". Da widmet sich auch der in Graz residierende Chefredakteur Hubert Patterer, wiewohl Kärntner, lieber den Turbulenzen der AUA. Adolf Winkler verweist im „Aufwecker" dann nochmals auf den *Udo Unser* der Region und glaubt: „Es geht ein furchtloser demokratischer Protest wie ein Ruck durch das Land. Doch die Bilanz der Unterschriftenaktion wirkt dürftig: „11.487 Mal ‚Nein' zur Kassiererei".[64] Keine fünf Prozent der *Kleine*-Leser in Kärnten.

Zur Erinnerung: Das ist deutlich weniger als jene 13.383 Stimmen für die FPÖ, mit denen diese klar den Einzug in den Landtag verfehlt. Über die Parallelaktion der Blauen wird diesmal übrigens nicht berichtet. Zum Vergleich: Als die *Kleine* den schönsten Dorfplatz von Kärnten und Osttirol wählen ließ, stimmten allein für den Gewinner Liesing 32.583 Leser.

Sieger sehen anders aus. Dennoch gibt die Zeitung nicht auf. „Jetzt soll die Politik Farbe bekennen", verlangt der Chefredakteur in einem offenen Brief an Landeshauptmann, Parteichefs und Klubobleute – durchaus in Sorge um die Unterstützer der Petition: „Von einer Übergabe der Unterschriften sehen wir ab, um einen möglichen Missbrauch zu verhindern."[65] In der nächsten Ausgabe ist „Das System Kärnten" auch überregional das Thema des Tages.[66] Schließlich folgen die sieben Antworten an Dottolos Brief und besetzen dann samt heftigen Reaktionen darauf das Leserforum im Sommerloch. Doch: „Nur eine Partei denkt jetzt über Verzicht nach."[67] (die SPÖ). Bloß Dörfler schreibt nicht zurück. Die Brüder Scheuch erneuern jedoch für das BZÖ ihre Ankündigung eines einjährigen Inseratenboykotts gegen die Printmedien. Aufdeckerin Gössinger bilanziert nochmals das etwas verbesserte Endergebnis: 12.769 Unterschriften unter dem Titel „Geringschätzung des Bürgerwillens".[68] Dazu kommen schließlich noch 3.000 weitere Signaturen durch die FPÖ-Petition mit der kaum missverständlichen Aufforderung: „Protestaktion der Kärntner Blauen gegen die Erhöhung der Parteienförderung läuft noch."[69] Doch das Thema geistert zusehends aus. Lediglich Georg Holzer sammelt unverdrossen von *ferragosto* Dokument um Dokument in seinen Blogs, die er

mit großer Verzögerung auf seine Auskunftsbegehren schließlich doch vom Amt der Landesregierung erhält.

Wie unbeeindruckt die Politik von der Medienaktion ist, zeigt Monate später die Regierungsklausur von ÖVP und BZÖ auf der Gerlitzen. Dort geht es zwar vor allem um eine „Nettoneuverschuldung: 255 Millionen Euro". Doch stolz berichtet Uwe Scheuch: „Wir haben in allen Referaten zwischen acht und zwölf Prozent eingespart, mit Ausnahme der Bereiche Gesundes und Soziales." Im gleichen Atemzug verkündet der BZÖ-Obmann: „Das Geld für die Parteienförderung, die heuer noch ausgezahlt werden soll, muss aus anderen Bereichen kommen (…). Es soll aus internen Einsparungen und Umschichtungen des laufenden Budgets kommen."[70]

Kärnten im Herbst

Zwei Wochen nach dem Kärntner Wochenende schlechthin – Landesfeiertag und Haider-Todestag am 10. und 11. Oktober 2009 – taucht das Thema des Jahres wieder auf. Doch es ist auch der *Kleinen* keine Schlagzeile mehr wert. „255 Millionen Neuverschuldung" titelt sie nahezu gleichlautend wie der öffentlich-rechtliche Wettbewerber. Ende der Kampagne.

Zeit zur Reflexion: Für diesen Beitrag wurden Mitte Oktober strukturierte Fragebögen an 31 Verantwortliche der Kärntner Parteien und Medien ausgeschickt. Einerseits Parteichefs, Landes- und Klubgeschäftsführer von BZÖ, SPÖ, ÖVP, Grüne und FPÖ, andererseits Vertreter von *Kleine Zeitung*, *Kronen Zeitung*, *Neue Kärntner Tageszeitung*, ORF und *Woche.* Wobei die FPÖ (als nicht im Landtag vertreten) und die *Woche* (weil kein Tagesmedium) durch jeweils nur eine Anfrage untergewichtet wurden und die *Kleine* durch die höhere Zahl der Anfragen und die einzige Einbeziehung des Verlagsgeschäftsführers (neben den Journalisten – auch wegen der wirtschaftlichen Folgen eines Inseratenboykotts) überproportionale Berücksichtigung erfuhr. Die Partei-Anfragen wurden bewusst an Obleute und Angestellte gerichtet – der Versuch, ein möglichst differenziertes Bild zu erhalten; aber durchaus auch mit dem Interesse, wie weit die einzelnen Listen ihre externe Kommunikation intern abstimmen. Andererseits bestand dadurch auch die Chance, durch mehrere Beiträge größeres Gewicht im Umfrage-Ergebnis zu erhalten.

Von den 31 per E-Mail am 15. Oktober versandten Fragebögen kamen 18 bis zum 31. Oktober zurück, die offiziell für 20 Angefragte stehen. Denn das BZÖ antwortete dezidiert für alle drei Adressaten. Darüber hinaus reagierten fünf Angeschriebene in unterschiedlichster Weise, ohne die Fragebögen auszufüllen (siehe Tabelle 9).

Die Antworten kamen einerseits von Chefredakteur Reinhold Dottolo, Geschäftsführer Walter Walzl, Antonia Gössinger und Andrea Bergmann

Tabelle 9: **Rücklauf der Fragebögen an Medien und Parteien**

Medien	Anfragen	Antworten	**Parteien**	Anfragen	Antworten
Kleine Zeitung	6	4	BZÖ	3	1
ORF	5	3	SPÖ	3	2
Kronen Zeitung	3	1	ÖVP	3	1
Neue KTZ	3	2	Grüne	3	2
Woche	1	1	FPÖ	1	1
gesamt	18	11	**gesamt**	13	7

Von den jeweils fünf kontaktierten Medien und Parteien wurde zumindest je ein ausgefüllter Fragebogen retourniert. Bei den Medien kamen u. a. Antworten von vier Chefredakteuren und einer stv. Chefredakteurin, bei den Parteien u. a. von sämtlichen Landeschefs. Der Rücklauf bietet also einen qualitativ repräsentativen Überblick über die Einschätzung der Auseinandersetzung aus Sicht der Hauptbeteiligten.

(Kleine Zeitung), Chefredakteur Bernhard Bieche, Wolfgang Dittmar und Martina Steiner (ORF), Chefredakteur Hannes Mößlacher *(Kronen Zeitung)*, der stv. Chefredakteurin Claudia Grabner und Michaela Geistler-Quendler *(Neue KTZ)* sowie Chefredakteur Uwe Sommersguter *(Woche)*, andererseits von Landesparteiobmann Uwe Scheuch/-geschäftsführer Gernot Schick/Landtagsklubdirektorin Nina Petauer (BZÖ), Landesparteivorsitzendem Reinhart Rohr und -geschäftsführer Hans-Peter Schlagholz (SPÖ), Landesparteiobmann Josef Martinz (ÖVP), Landesparteisprecher Rolf Holub und Landtagsklubdirektorin Mirjam Polzer-Srienz (Grüne) sowie dem gf. Landesparteivorsitzenden Harald Jannach (FPÖ).

Folgende Fragebögen wurden ausgesandt:

Medien

1. Welche Rolle spielen Parteien für Sie in der praktischen Arbeit als Journalist bzw. Entscheidungsträger in einem Medium?
2. Wie haben Sie Anfang Juni auf die Erhöhung der Parteien- und Klubförderung bzw. die Rückerstattung der Wahlkampfkosten reagiert?

Parteien

1. Welche Rolle spielen Medien für Sie in der praktischen politischen Arbeit?
2. Warum haben Sie Anfang Juni in der gleich darauf kritisierten Weise die Erhöhung der Parteien- und Klubförderung bzw. die Rückerstattung der Wahlkampfkosten beschlossen?

Medien

3. Mit mehr als vier Monaten Abstand und seitdem anhaltender öffentlicher Diskussion: Würden Sie heute genau so handeln (warum) oder anders vorgehen (warum und wie)?
4. Hat sich das Verhältnis Ihres Mediums zu den Parteien im allgemeinen und dem BZÖ im besonderen seitdem nachhaltig verändert?
5. Handelte es sich um das übliche Wechselspiel von Parteien und Medien oder war das mehr?
6. Wie sehr bestimmte die Unterschriftenaktion der *Kleinen* die gesamte mediale Berichterstattung?
7. War das eine journalistisch getriebene Aktion oder ein Instrument des Marketings (auch als Reaktion auf einen zumindest angedrohten Inseratenboykott)?
8. Was ist die Hauptaufgabe Ihres Mediums im Verhältnis zu Politik und Parteien?
9. Warum gibt es in Kärnten im Gegensatz zu anderen Bundesländern neben der Bundesnoch eine eigene Landespresseförderung?
10. Fühlen Sie sich in der aktuellen Auseinandersetzung um die Parteienförderung als Gewinner oder Sieger in einem Machtkampf?

Parteien

3. Mit mehr als vier Monaten Abstand und seitdem anhaltender öffentlicher Diskussion: Würden Sie heute genau so handeln (warum) oder anders vorgehen (warum und wie)?
4. Hat sich das Verhältnis Ihrer Partei zu den Medien im allgemeinen und der *Kleinen Zeitung* im besonderen seitdem nachhaltig verändert?
5. Handelte es sich um das übliche Wechselspiel von Parteien und Medien oder war das mehr?
6. Wie sehr beeinflusst das Ergebnis der Unterschriftenaktion gegen Ihre Vorgangsweise Ihre weitere Arbeit?
7. Wie rechtfertigen Sie die im Bundesländervergleich höchste Pro-Kopf-Parteienförderung in Kärnten?
8. Nach welchen Kriterien wählen Sie Medien für die Einschaltungen Ihrer Partei aus? Boykottieren Sie diverse Blätter? Wenn ja, warum?
9. Warum gibt es in Kärnten im Gegensatz zu anderen Bundesländern neben der Bundesnoch eine eigene Landespresseförderung?
10. Fühlen Sie sich in der aktuellen Auseinandersetzung um die Parteienförderung als Gewinner oder Sieger in einem Machtkampf?

Um die Bandbreite der Antworten nicht einzuengen bzw. die Möglichkeiten des Ergebnisses nicht von vornherein zu beschränken, wurde keine Multiple-Choice-Methode angewandt. Auch die Länge der Antworten blieb freigestellt. Durch ein derart offenes Verfahren wird die Auswertung und Kategorisierung zwar zwangsläufig erschwert, doch ein Sample n = 18 (bzw. auch n = 31 bei hundertprozentiger Rücklaufquote) eignet sich ohnehin nur für qualitative Aussagen.

Lediglich die Fragen 3, 5, 9 und 10 wurden an beide Gruppen gleich formuliert. Ansonsten ging es darum, das aktuelle Verhältnis von Medien und Parteien in Kärnten aus der jeweiligen Perspektive zu ergründen. Bemerkenswert erscheint, dass die Mehrfach-Rückmeldungen – sowohl aus den Redaktionen von *Kleine,* ORF und *KTZ* als auch von SPÖ und Grünen – nicht aufeinander abgestimmt wirken.

Widersacher in einem Boot

Hier eine Übersicht der einzelnen Antworten zu den jeweiligen Fragen:

1. Gegenseitige Rolle von Parteien und Medien:

Grundsätzlich geben sämtliche Befragten der jeweils anderen Seite eine wichtige Rolle, die darüber hinaus durchaus positiv bewertet wird. Kein Parteien- und Medienvertreter beantwortet Frage 1 prinzipiell negativ. – Zitate:

- „(…) spielt die Parteienlandschaft bei uns vermutlich eine größere Rolle als bei anderen vergleichbaren Tageszeitungen“ (Dottolo).
- „Vieles wurde schon gemeinsam umgesetzt“ (Walzl).
- „(…) journalistische Arbeit geprägt von der Neupositionierung der politischen Landschaft Kärntens“ (Bieche).
- „(…) repräsentieren gesellschaftliche Gruppen. Als solche sind sie und Meinungen ihrer Mandatare ernst zu nehmen“ (Mößlacher).
- „Quantitativ in der Berichterstattung aufgewertet werden politische Parteien dadurch, dass sie kontinuierlich Material liefern“ (Grabner).

- „(…) helfen mit, politische Botschaften zu transportieren“ (Scheuch & Co.).
- „(…) unverzichtbarer Teil der politischen Arbeit“ (Rohr).
- „Eine sehr wichtige. Schlagwort Mediendemokratie“ (Martinz).
- „(…) Schlüsselposition bei der täglichen politischen Arbeit“ (Holub).
- „(…) unerlässlicher Partner der Politik“ (Jannach).

2. Gründe für die Erhöhung der Parteienförderung und Reaktionen darauf:

Hier endet erwartungsgemäß die gegenseitige Wertschätzung und ergibt sich eine klare Frontstellung zwischen Parteien und Medien: Das BZÖ argumentiert mit dem Superwahljahr 2009 (Gemeinderats-, Bürgermeister-, Landtags-, Arbeiterkammer- und EU-Wahl), aber auch damit, dass das neue Gesetz „gerechter und ausgewogener" sei, „da in der vergangenen Periode die FPÖ als Ein-Mann-Fraktion zwei Millionen Euro kassierte" (Scheuch & Co.). Logisch, dass sich diese „vehement gegen" die Änderung „der Parteienförderung ausgesprochen" hat (Jannach). SPÖ-, ÖVP- und Grünen-Chef verweisen dagegen stärker auf die Notwendigkeit der öffentlichen Politikfinanzierung: „Es gibt Parteien, die erhalten von wohlbetuchten Personen, Firmen aus Wirtschaft und Industrie oder anderen Institutionen nicht unerhebliche finanzielle Zuwendungen, deren Höhe und deren Gegenleistungen uns nicht bekannt sind" (Rohr). Ohne öffentliche Finanzierung gebe es wie in den USA „eine viel stärkere Abhängigkeit der Parteien von Lobbyisten" (Martinz). Nur sie „garantiert eine transparente Finanzierung und verhindert Lobbyismus, wie wir ihn in den USA im ausgeprägten Ausmaß erleben", verweist auch Holub auf Amerika, der die grünen Gründe für die Erhöhung der Parteienförderung mit einer ganzseitigen Antwort zu rechtfertigen versucht. Ganz knapp dagegen SP-Geschäftsführer Schlagholz: „Wegen der äußerst angespannten Finanzsituation der Partei sowie damit zusammenhängender Jobsicherung."

Ebenso einig und gleichzeitig differenziert die Antwort der Medienschaffenden: Anhand von diesem „Schlag ins Gesicht der Steuerzahler" (Dottolo) wurde „schonungslos aufgezeigt, dass es nicht der richtige Weg sein kann, sich selbst zu bedienen und von den anderen, insbesondere auch im Sozialbereich, Sparen einzufordern (Walzl). Noch heute sind sie „fassungslos über die Unverfrorenheit" (Bergmann) und diesen „unverschämten Griff in die Landeskasse" (Gössinger). „Die Erhöhung war ja getarnt auf der Tagesordnung der Landtagssitzung angeführt (…) Gerade das hat dann zu allgemeiner Empörung geführt" (Bieche). „Vorgangsweise und Zeitpunkt (…) waren (…) ein katastrophaler politischer Fehler" (Dittmar). Deshalb haben sie „auch ausrechnen lassen, dass Kärnten die höchste Parteienförderung österreichweit besitzt" (Steiner) und „in Kommentaren (…) mit dem Vergehen, das auch dezidiert als solches bezeichnet wurde" (Grabner), auseinandergesetzt.

Es bleibt der Eindruck von „Maßlosigkeit" (Geistler-Quendler), aber „letztendlich auch die Akzeptanz einer demokratischen Entscheidung, die alle Parteien getragen haben, außer jene, die nicht im Landtag sitzen, nicht mitstimmen und nicht mitnaschen durften…" (Mößlacher). Denn „zugleich wollen wir die Dimension – weder die der Kritik noch die der fünf Millio-

nen – aus den Augen verlieren. Es ist natürlich unglaublich viel Geld. Aber das Kärntner Landesbudget umfasst mehr als zwei Milliarden Euro, in vielen Budgetbereichen wird Geld unnütz aus dem Fenster geworfen. Aber auch, und das scheint mir meine zentrale Aufgabe als Journalist in Kärnten zu sein: Viele Millionen werden hier strukturell vergeudet: Im Verwaltungs-, Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen werden etliche Millionen verschleudert – hier kann von effizientem Mitteleinsatz nicht die Rede sein. So gesehen ist diese Selbstbedienungsaktion der Parteien (leider) nur ein – wenngleich sehr offenkundig ‚servierter' – Skandal von mehreren in Kärnten" (Sommersguter).

3. Heute wieder so handeln oder anders vorgehen?

Hier erhalten die Antworten der Parteien eine noch größere Bandbreite. Ohne wenn und aber genau wie am 28. Mai das BZÖ: „Wie würden wieder so handeln (…) Das Geld (…) ist notwendig, um politische Inhalte vermitteln zu können" (Scheuch & Co.). Die SPÖ beharrt zwar auch auf ihrer Entscheidung, doch: „Die Art und Weise, wie diese Beschlussfassung getätigt wurde, ist natürlich hinterfragenswert" (Rohr). Sie würde heute „anders vorgehen, transparent, den Dialog nicht scheuend" (Schlagholz). Die ÖVP dagegen meint: „Selbstkritisch ist der hohe Aufwand während der Wahlkämpfe zu sehen. Das darf nicht mehr passieren" (Martinz). Die Grünen beklagen ihre damalige Ressourcenknappheit wegen der EU-Wahl – „Unsere Kommunikationsstrategie wurde durch die Ereignisse im Landtag zunichte gemacht" (Polzer-Srienz) – und finden: „Die Kommunikation dieses Beschlusses und der Verhandlungserfolge hätten im Nachhinein betrachtet offensiver stattfinden müssen" (Holub).

Die Medienvertreter dagegen sind sich Ende Oktober vollkommen einig, heute in ihrer jeweils spezifischen Art wieder exakt so zu handeln wie im Sommer, „weil es, seit ich bei der *Kleinen Zeitung* in Kärnten die Cheffunktion innehabe (und das sind immerhin schon fast zwei Jahrzehnte) noch nie eine derartige Zustimmung aus der Leserschaft zu unserer Linie gegeben hat" (Dottolo). „Vor allem in Zeiten der allgemeinen Sparwelle hat dies großes Interesse bei unseren Hörern/Zuschauern/Lesern ausgelöst – und es ist nach wie vor virulent." (Bieche). *KTZ* und *Krone* beharren dabei aber auch auf ihrer zurückhaltenderen Herangehensweise: „Sowohl Umfang wie Methodik haben dem Inhalt des Themas entsprochen" (Grabner). „Unser Job ist, zu berichten und zu kritisieren. Aber nicht, Politik zu machen" (Mößlacher).

4. Nachhaltige Veränderung der gegenseitigen Verhältnisse?

Aber nein, *business as usual.* Das behaupten alle. Doch ein paar Seitenhiebe gibt es doch: „Mit objektiver Berichterstattung hatte das nichts mehr zu tun – diese Hetze war auch den anderen Medien schon zu viel, denn sie haben

diese nicht mehr mitgemacht“ (Scheuch & Co.), versucht das BZÖ einen Keil in die Medienlandschaft zu treiben. Regierungspartner ÖVP assistiert: „Was uns jedoch sehr überrascht hat, war, dass eine Qualitätszeitung eine politische Kampagne durchführt und den Weg der Objektivität völlig verlassen hat“ (Martinz). Und auch die Grünen haben den Sommer noch nicht verkraftet: „Die *Kleine Zeitung* hält trotz Klärungsversuchen an ihrer parteiischen und kampagnisierenden Berichterstattung bei diesem Thema fest“ (Holub). Lediglich die SPÖ meint: „Journalisten müssen ihren Job machen, den ich anerkenne. Bin mit niemandem verhabert, auch nicht negativ berührt“ (Schlagholz). Die FPÖ dagegen hofft schon: „Unser Verhältnis zu den Medien ist nach wie vor ein gutes.“

Umgekehrt wirken die Reaktionen gelassener: „Das Verhältnis *Kleine Zeitung*–BZÖ war schon immer ein eher gespanntes“ (Gössinger), das sich nachhaltig auch nach Meinung des Geschäftsführers nicht ändert, obwohl: „Kurzfristig ist sicher eine Belastung eingetreten, manche sind wehleidiger, manche professioneller im Umgang mit solchen Phasen“ (Walzl). Denn das „Verhältnis zu den Parteien orientiert sich nach den Erfordernissen unserer Arbeit, schwer nachvollziehbare Beschlüsse der Parteien ändern nichts daran“ (Dittmar). Aber es gibt individuelle Nuancen: „Ich persönlich hatte, Zufall oder nicht, mit der ÖVP die größten Diskussionen“ (Steiner); andere mit „Grünen-Chef Holub, der versuchte, sein (von ihm selbst als nicht richtig eingeschätztes Verhalten zu rechtfertigen“ (Grabner). Fazit: „Vielleicht ist die Distanz sogar noch größer geworden. Aber das ist in Wahrheit gut so“ (Mößlacher). Denn „das Verhältnis ist insgesamt nicht einfach, weil eine politische Schicht in Kärnten an der Macht ist, die – freundlich formuliert – nicht den Eindruck erweckt, die Probleme im Griff zu haben, mit Visionen ausgestattet zu sein, und der Kraft, auch wirklich notwendige Veränderungen vorzunehmen“ (Sommersguter).

5. Nur das übliche Wechselspiel?

Das BZÖ sieht sich eher konkurrenziert: „Die *Kleine Zeitung* versucht, selbst Politik zu machen“ (Scheuch & Co.). Die ÖVP beklagt: „Statt zu berichten, wurde vielfach ge- und verurteilt“ (Martinz). Die Grünen finden, die *Kleine* habe „bei diesem Thema das Feld seriöser und objektiver Berichterstattung verlassen“ (Holub). Nur die SPÖ meint zwar: „Die Gangart (…) war härter als sonst“ (Schlagholz), doch: „Medien haben ihre Rolle, Dinge aufzudecken.“ (Rohr). Dass die FPÖ die Medien insgesamt und die *Kleine* im besonderen lobt, wirkt angesichts ihrer Präsenz wenig überraschend: „Gratulation“ (Jannach).

Die *Kleine* selbst sieht durchaus Besonderheiten an dieser Auseinandersetzung: „Die Heftigkeit war eine besondere“ (Dottolo). „Es war mehr, weil die *Kleine Zeitung* die Unterschriftenaktion getragen und damit über Wochen den Finger auf die offene Wunde gelegt hat“ (Bergmann). Auch

der ORF ortet Außergewöhnliches an dem Fall: „Zum einen, weil alle Parteien mehr oder weniger betroffen davon waren – was selten ist. Zum anderen, weil das öffentliche Verständnis für diese Aktion gegen Null ging und die Medien als Aufdecker große Zustimmung bekamen“ (Bieche). Nicht nur die *Krone* sieht die Kampagnisierung der Konkurrenz dagegen kritisch: „Mitbewerber haben da übertrieben und versucht, Macht auszuüben“ (Mößlacher). Die *KTZ* erläutert die Ursachen dafür: „Letztlich hat die Androhung und teilweise Umsetzung eines Inseratenboykotts dem Disput zusätzlich Feuer verliehen. An diesem Punkt ist die Kontrollfunktion der Medien da und dort wohl erweitert worden“ (Grabner). Und die *Woche*, wiewohl aus dem gleichen Medienhaus wie die *Kleine*, beteuert ein anderes Sendungsbewusstsein: „Ich bin überzeugt, dass es nicht Zweck einer Zeitung (auch wenn es sich um die stärkste im Land handelt) ist, aktiv Politik zu betreiben, sondern Missstände aufzuzeigen, zu kritisieren und Veränderungen zum Positiven zu fördern. Aber nicht als kampagnisierender, aktiver ‚Spieler‘, sondern stets als kritischer Beobachter“ (Sommersguter).

6. und 7a. **Journalismus oder Marketing?**
Der Einfluss der Unterschriftenaktion:

Bei den Antworten auf diese Fragen werden die Wettbewerbsverhältnisse der Medien besonders deutlich, während die Wirkung auf die Parteien sich sehr verklausuliert entpuppt. – Zitate:

- „Da die *Kleine Zeitung* nicht bereit ist, (…) die unterzeichneten Beschwerdeformulare der Politik zu übermitteln, nährt das die Spekulationen darüber, ob die (…) kolportierte Zahl überhaupt erreicht worden ist“ (Scheuch & Co.).
- „(…) ich habe die Signale der Bevölkerung auch aufmerksam zur Kenntnis genommen und kann den Unmut, den diese Beschlussfassung teilweise erzeugt hat, durchaus nachempfinden“ (Rohr).
- „Gar nicht. Die Unterschriften wurden“ keiner „Institution, welche das Vertrauen von Politik und *Kleiner Zeitung* genießt, vorgelegt“ (Martinz).
- „Es ist nach wie vor unsere Intention, die Parteienfinanzierung zu verbessern. Wir haben bereits während der Verhandlungen vorgeschlagen, DDr. Sickinger einzubeziehen und auch eine öffentliche Landtagsenquete abzuhalten (…) Wir haben auch angeboten, die Unterschriftenliste im Landtag einzubringen“ (Polzer-Srienz).
- „Es hilft uns bei unserer Arbeit“ (Jannach).
- „Die Unterschriftenaktion der *Kleinen Zeitung* war nur eine Ergänzung zur Gesamtlinie der Berichterstattung (…) und hat auch mit dem angedrohten Inseratenboykott nichts zu tun“ (Dottolo).

- „Es war wichtig, dass die *Kleine Zeitung* in dieser Frage Flagge gezeigt hat und noch immer zeigt, andere Medien haben dann nachgezogen. (…) Da liegt kein Marketingkalkül dahinter“ (Walzl).
- „Mit den Hinweisen auf die Unterschriftenaktion blieb das Thema journalistisch über längere Strecken präsent und umfassender dargestellt – bis hin zum vollen Abdruck der Parteien-Stellungnahmen auf den Brief des Chefredakteurs“ (Bergmann).
- „Die mediale Berichterstattung der *Kleinen Zeitung* in Form der Unterschriftenaktion hat das Thema sehr lange hoch emotional gehalten. (…). Die Art und Weise der ORF-Berichterstattung war dadurch nicht beeinflusst. (…) Die Beweggründe der *Kleinen Zeitung* bzgl. dieser Aktion sind für mich eine Mischung aus journalistischer Selbstverständlichkeit und Serviceleistung zum Marketingzweck. Der angedrohte Inseratenboykott dürfte dabei keine Rolle gespielt haben, weil andere Styria-Medien den Entfall durch genau diese Polit-Inserate aufgefangen haben dürften. Hätte mir allerdings eine Offenlegung der Unterschriftenlisten erwartet.“ (Bieche).
- „Ich bin mir sicher, dass durch die *Kleine*-Kampagne das Thema auch in den anderen Medien öfter, stärker und länger gespielt worden ist“ (Steiner).
- „Das wurde alles massiv überbewertet, wie letztlich auch die Wirkung zeigt. (…) Das war eine journalistisch getarnte Marketingaktion“ (Mößlacher).
- „Die Kampagnisierung (…) hatte auf unsere Zeitung überhaupt keinen Einfluss oder Auswirkung. (…) Es war in erster Linie eine Fehleinschätzung. Und zwar in doppelter Weise: Selbstüberschätzung und Überbewertung des Themas an sich“ (Grabner).
- „Ich würde die Kirche im Dorf lassen. (…) Nichtsdestotrotz war es eine Kampagne, die nicht den gewünschten Erfolg erzielte“ (Sommersguter).

7b. Österreichs höchste Parteienförderung:

Das BZÖ verteidigt sie vehement und angriffig: „90 Prozent der Parteienförderung fließen in die Wirtschaft, und vor allem Medien sind die Profiteure“ (Scheuch & Co.). Die SPÖ versucht sie argumentativ zu rechtfertigen: „In anderen Bundesländern gibt es indirekte Parteienförderung. (…) Kärnten ist Schlusslicht bei den Abgeordneten-Bezügen, das wirkt sich auf die Einnahmen der Parteien aus (Parteiabgabe der Mandatare)“ (Schlagholz). Die ÖVP stellt die Berechnung in Frage: „Kärnten hat nicht die höchste Pro-Kopf-Parteienförderung“ (Martinz). Die Grünen sind einsichtiger: „Die Regelung ist ein Kompromiss, der in manchen Punkten nicht den grünen Vorstellungen entspricht“ (Holub). Die FPÖ profitiert ja bald

nicht mehr davon und meint deshalb: „Die Höhe dieser Parteienförderung ist nicht zu rechtfertigen“ (Jannach).

8a. Selbstverständnis der Medien in ihrem Verhältnis zur Politik. – Zitate:

- „Wir sollen das beschreiben, was stattfindet, und in Kommentaren darstellen, was wir darüber denken“ (Dottolo).
- „Distanz wahren, Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit verteidigen, Initiativen unterstützen, Fehlentwicklungen aufzeigen“ (Walzl).
- „Es ist nicht Aufgabe einer Zeitung, Opposition zu sein. In Kärnten wird und wurde die *Kleine Zeitung* immer wieder in diese Rolle gedrängt, mangels einer echten politischen Opposition“ (Gössinger).
- „Information über Neues und Wesentliches, vor allem aber Ausleuchten hinter den Kulissen, aufdecken, aufzeigen, Zusammenhänge darstellen und beleuchten, in Zusammenhang stellen, kommentieren“ (Bergmann).
- „Unsere Kunden (…) korrekt und verständlich über die Arbeit und über die guten oder weniger guten Entscheidungen der Parteien zu informieren, nach den Regeln der Objektivität, wie sie uns auferlegt sind“ (Dittmar).
- „Wir transportieren nicht nur, wir hinterfragen, machen Vorgänge transparent, stellen sie in Zusammenhang mit anderen Fakten“ (Steiner).
- „Berichten, nötigenfalls werten und kritisieren. Und: Die Interessen der Leser vertreten. Vor allem dann, wenn die Parteien vergessen, wer sie gewählt hat“ (Mößlacher).
- „Die Aufgabe ist, sich möglichst objektiv und mit kritischer Distanz mit ihnen auseinanderzusetzen und ihre Handlungen transparent zu machen“ (Geistler-Quendler).
- „Aus redaktioneller Sicht: (…) Die Politiker mit drängenden Bürgeranliegen zu konfrontieren. Stets klar getrennt vom Kommentar, der tatsächlich Meinung beinhaltet und den Lesern Orientierung bieten soll“ (Sommersguter).

8b. Medienauswahl und Boykottinstrument. – Zitate:

- „Wir boykottieren keine Blätter, sondern tragen dem Aufruf zum Sparen Rechnung. Wir haben die Inseratenschaltungen auf das Notwendigste reduziert“ (Scheuch & Co.).
- „Es gibt keine Boykotterklärung; Einschaltungen orientieren sich an der Auflage und den vorhandenen Mitteln“ (Schlagholz).

- „Entscheidend sind unsere Inhalte und die durch das Medium angesprochene Zielgruppe, die Kosten-Nutzen-Rechnung, also der Preis im Verhältnis zur Leserzahl“ (Martinz).
- „Die Grünen (…) schalten selbst in Wahlkampfzeiten nur wenige Inserate. Die Medien werden nach den üblichen Kriterien (Verbreitung, Zielgruppenrelevanz etc.) selektiert – boykottiert wird niemand“ (Holub).
- „Von unserer Seite gibt es keinen Boykott. (…) Medien werden derzeit nach dem Preis/Leistungs-Verhältnis für Einschaltungen ausgewählt“ (Jannach).

9. Landespresseförderung:

Auch die Einstellung der Parteien zur Landespresseförderung variiert – wenig überraschend – wohl eher nach Betroffenheit als auf Basis grundsätzlicher Überlegungen. Wohl durchaus unter dem Eindruck der hier behandelten Auseinandersetzung drohen manche unverhohlen mit ihrer Abschaffung: Ob sie „zukünftig in der derzeitigen Form weitergeführt oder adaptiert werden soll, darüber kann aber durchaus diskutiert werden“ (Scheuch & Co.), antwortet die größere Regierungspartei, während der Koalitionspartner zu ihrer Sinnhaftigkeit bloß erklärt: „Gute Frage“ (Martinz). Die SPÖ dagegen meint: „Presseförderung kommt den Medien zugute und ist Teil der Meinungsvielfalt“ (Schlagholz). Die FPÖ glaubt dagegen: „Wahrscheinlich erhofft sich die Landesregierung dadurch eine bessere Berichterstattung“ (Jannach). Die Grünen versuchen unterdessen bloß ihre Existenz zu erklären: Sie „basiert vermutlich auf der Notwendigkeit einer Förderung von parteinahen Medien, die durch die Bundespresseförderung nicht gedeckt sind und ohne diese wirtschaftlich nicht überlebensfähig wären“ (Holub).

Etwas anders und in diesem Fall zumindest im Printbereich nachvollziehbar solidarisch sehen das die Medienvertreter. Sie verweisen fast durchwegs auf Arbeitsplatzförderung, die mit der Landespresseförderung verbunden ist. „Wichtig ist auch, dass in den Bestimmungen für die Landespresseförderung enthalten ist, dass die geförderten Medien auf dem Ausbildungsssektor für junge Journalisten Aktivitäten nachweisen müssen“ (Dottolo). „Die Landespresseförderung sichert zusammen mit der Bundespresseförderung die Print-Medienvielfalt im Land“ (Bieche). „Damit auch Medien überleben können, die eigentlich unwirtschaftlich sind. Man muss aber auch wissen, dass seit vier Jahren die Landes-Presseförderung an Jugendarbeitsplätze gebunden ist. Das wird kontrolliert und funktioniert“ (Mößlacher). „Die anderen Bundesländer mögen vielleicht den Titel Landespresseförderung nicht führen, sie unterstützen die heimischen Medien allerdings in einem ähnlichen finanziellen Umfang, wie es in Kärnten passiert“ (Grabner). Lediglich der Chef der *Woche* möchte nicht einstimmen in

den Chor der Gutheißung. Er formuliert spitz: „Fragen Sie das bitte die Politiker, ob es Motive abseits der legitimen und durchaus wünschenswerten Förderung der heimischen Medienvielfalt gibt. Etwa als Teil einer Zuckerbrot- und Peitschenpolitik im Land? (Sommersguter).

10. Machtkampf?

Die Gretchenfrage, ob es denn ein Machtkampf war oder ist, wird von den Teilnehmern des Konflikts entweder nicht beantwortet oder ebenso verneint wie die Frage nach Siegern und Verlierern. Ausnahmen wie die Selbstsicht der Grünen und Blauen bestätigen bloß die Regel. – Zitate:

- „Weder noch“ (Scheuch & Co.).
- „Es gab keinen Machtkampf“ (Martinz).
- „Hier geht es nicht um Gewinner, nicht um Verlierer oder gar einen Machtkampf“ (Rohr).
- „Die Erhöhung der Förderung war nicht als Machtkampf angelegt“ (Schlagholz).
- „Im Zusammenhang mit den Parteienverhandlungen können sich die Grünen sicher als Sieger sehen“ (Holub).
- „Für die FPÖ war das massive Aufzeigen dieses Skandals sicher von Vorteil“ (Jannach).
- „Wir fühlen uns in der Auseinandersetzung um die Parteienförderung weder als Gewinner noch als Verlierer. Die Auseinandersetzung geht schließlich weiter“ (Dottolo).
- „Aus meiner Sicht gab es überhaupt keinen Machtkampf“ (Walzl).
- „Es geht in dieser Causa nicht um Gewinner oder Sieger in einem Machtkampf. Wir fühlen uns in unserer Arbeit als Journalisten bestätigt“ (Bieche).
- „Weder noch. Außerdem: Welcher Machtkampf?“ (Mößlacher).
- „Wo kein Machtkampf, da kein Sieger oder Verlierer“ (Grabner).
- „Verlierer in der Auseinandersetzung ist Kärnten, weil die Politiker ein unwürdiges Nacht-und-Nebel-Schauspiel geboten haben“ (Sommersguter).

Die Folgen des Duells

Das System Kärnten, wie es Adolf Winkler für die Gesamtausgabe der *Kleinen Zeitung* skizziert hat, ist seit Jahren zugleich Lachnummer und Drohgebärde für den Rest von Österreich. Kein Bundesland wird mehr

geschmäht. Keines leidet mehr darunter – nicht nur die Dableiber, auch die Weggeher.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen großteils in einer gesellschaftspolitischen Außenwirkung, die sich zwar zu einem großen Teil auf Jörg Haider zurückführen lässt, aber auch auf den Nährboden für seinen Erfolg: das System Kärnten.

Der Konflikt um die klammheimliche Erhöhung der Parteienförderung ist mehr als ein Machtkampf zwischen Medien und Parteien, mehr als ein Duell zwischen der größten Zeitung und der stärksten Partei. Der immer wieder verwendete Begriff Notwehrakt wirkt berechtigt; nicht für die Parteien, aber für die Medien.

In solchen Ausnahmesituationen schießen die Kontrahenten mitunter über das Ziel hinaus. Das hat die *Kleine Zeitung* im Zuge der Auseinandersetzung wohl manchmal getan. Das ist den Parteien – und vor allem der Regierungskoalition – aber wahrscheinlich noch öfter wirklich passiert? Die Reflexion Monate nach dem Anlassfall bringt sehr unterschiedliche Einsichten.

Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Hätte die *Kleine* nicht die Eskalation der Unterschriftenaktion gewagt, wäre die Auseinandersetzung eine von vielen Provinzpossen geblieben. Es mag hier wichtigere Anlassfälle, größere Skandale und bedenklichere Selbstbedienung geben. Letztlich ist es gleichgültig, wie die Initialzündung im Jahre eins nach Haider entstand. Der Konflikt um die Parteienförderung ist der Anfang vom Ende für das System Kärnten.

Die gerade fünfstellige Zahl der Unterschriften mag für die Initiatoren der Aktion enttäuschend sein. Aber sie ist ein Indiz für Ignoranz und Angst im Land. Jahrzehnte der politischen Unkultur bewirken auch eine beschämende Mischung von Desinteresse und Duckmäusertum.

Der Wunsch der Regierung nach Einsicht in die Unterschriften kollidiert mit dem Prinzip von Informantenschutz und Redaktionsgeheimnis. Aber dann müsste die Petition eine journalistische Aktion gewesen sein – was trotz aller Beteuerungen der *Kleinen Zeitung* wohl kaum einer kritischen Prüfung standhält.

Senza confini. Die Grenzüberschreitung von beiden Lagern ist Teil des Konflikts um die Parteienförderung. Die *Kleine Zeitung* hat sich durchaus fragwürdig mit ihrer Kampagne als unangefochtenes Leitmedium positioniert. Doch erst ihre Zuspitzung zeigt: Es gibt funktionierende Kontrollinstanzen in diesem Land. Die Medien verstehen sich nicht als Lautsprecher und – vor allem – nicht als Teil des Systems Kärnten.

Brez mejá. Hier treffen Provinzparteien, die durchwegs von ihren Bundesgenossen bzw. -brüdern in Wien misstrauisch bis beschämt beäugt werden, auf die Ableger der drei größten Medienhäuser Österreichs, die allesamt international agieren. Das gilt für den ORF trotz aller Öffi-Schelte und noch mehr für die Mediaprint mit ihrer *Krone* und die Styria Media Group mit der *Kleinen.* Konzern wie Zeitung werden übrigens von Kärntnern geführt.

Ohne Grenzen? In der Auseinandersetzung blieb die grundsätzliche Sachdiskussion um die Sinnhaftigkeit von öffentlicher Politikfinanzierung auf der Strecke. Hier droht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet zu werden. Wer die Höhen von Politikergehältern und Parteienförderung per Volksbefragung bestimmen lassen will, leistet lediglich dem billigsten Populismus Vorschub. Denn dann regieren bloß Neid und Missgunst:

Senza confini. Brez mejá. Ohne Grenzen.

Anmerkungen:

1 Verfügbar unter http://info.ktn.gv.at/ltwahl2009/ (31. 10. 2009).

2 Verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html (31. 10. 2009).

3 Verfügbar unter www.media-analyse.at (31. 10. 2009).

4 Die jüngste Ausgabe für 2009 ist verfügbar unter http://www.vrm.at/News/Regioprint_2009_Web.pdf (31. 10. 2009). Um die Vergleichbarkeit des Zeitraumes zu wahren, werden für diesen Artikel grundsätzlich die Marktforschungen für 2008 verwendet.

5 *Villach: stadtzeitung.* Mitteilungsblatt der Stadt Villach, 1. 9. 2009, Nr. 16, Seiten 1 und 10.

6 ORF ON, 24. 10. 2005, verfügbar unter http://kaernten.orf.at/stories/66190/ (31. 10. 2009).

7 Ergebnisse für 2008 verfügbar unter http://www.rtr.at/de/ppf/Uebersicht2008 (31. 10. 2009).

8 Verfügbar unter www.oeak.at (31. 10. 2009).

9 Hubert Sickinger: „Politikfinanzierung in Österreich“, Czernin, Wien 2009.

10 Verfügbar unter http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx (31. 10. 2009).

11 Verfügbar unter http://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=LrK&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=Pressef%c3%b6rderungsgesetz&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=31.10.2009&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=50&Suchworte=&WxeFunctionToken=a4579fda-d02e-49d0-a352-b163f49d69ef (31. 10. 2009).

12 Verfügbar unter http://www.verwaltung.ktn.gv.at/cgi-bin/evoweb.dll/cms/akl/17940_DE-.xls (31. 10. 2009).

13 Sickinger, „15. Staatliche Politikfinanzierung auf Landesebene“, Seite 299.

14 www.georgholzer.at und www.k2020.at (31. 10. 2009).

15 *Der Standard,* 24. 4. 2009, verfügbar unter http://images.derstandard.at/2009/04/27/1240561560463.jpg (31. 10. 2009).

16 ORF-Geschäftsbericht 2008, verfügbar unter http://kundendienst.orf.at/service/publikationen/gb_2008.pdf (31. 10. 2009).

17 *Der Standard,* 24. 4. 2009, verfügbar unter http://derstandard.at/1240549802950/Facts-Styria-erstmals-vor-Mediaprint-Oesterreichs-groesste-Medienhaeuser (31. 10. 2009).

18 Presseaussendung Moser Holding AG, 2. 6. 2009, verfügbar unter http://www.moserholding.com/news/news.php?newsid=33 (31. 10. 2009) und Presseaussendungen der Styria Media Group AG, 2. 6. 2009 bzw. 22. 10. 2009, verfügbar unter http://www.styria.com/de/news/news.php?page=2&news_id=247&lng=de (31. 10. 2009) bzw. http://www.styria.com/de/news/news.php?page=1&news_id=256&lng=de (31. 10. 2009).

19 Thomas Steinmaurer: „Das Mediensystem Österreichs"; Seiten 505 ff. in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): „Internationales Handbuch Medien", 28. Auflage, Nomos, Baden-Baden 2009

20 Peter Plaikner: „Die Medienlandschaft zwischen Donau-Wasserkopf und Alpen-Herrgottswinkel. Nationale Rangordnung und regionale Vorherrschaft – Die Machtverhältnisse im Perspektivenwechsel: Seiten 179 ff. in Peter Filzmaier/Peter Plaikner/Karl A. Duffek (Hg.): „Mediendemokratie Österreich", Böhlau, Wien 2007.

21 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 6. 6. 2009, Nr. 155, Seiten 1, 13, 14, 15.

22 ORF ON, 6. 6. 2009, verfügbar unter http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/366807/ (30. 10. 2009).

23 ORF ON, 8. 6. 2009, verfügbar unter http://kaernten.orf.at/stories/367231/ (30. 10. 2009).

24 ORF ON, 9. 6. 2009, verfügbar unter http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/367393/ (30. 10. 2009), nachzuhören unter mms://apasf.apa.at/radio_ktn_ondemand_worldwide/090608_STREITKULTUR.WMA .

25 *Neue Kärntner Tageszeitung,* 7. 6. 2009, Nr. 131, Seite 7.

26 *Kronen Zeitung,* Kärntner Krone, 7. 6. 2009, Nr. 17.637, Seite 18.

27 *Kronen Zeitung,* Kärntner Krone, 8. 6. 2009, Nr. 17.638, Seite 13.

28 Woche Online, 6. 6. 2009, verfügbar unter http://www.woche.at/kaernten/aktuell/9117/ (30. 10. 2009)

29 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 7. 6. 2009, Nr. 156, Seite 24.

30 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 8. 6. 2009, Nr. 157, Seite 7.

31 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 9. 6. 2009, Nr. 158, Seite 15, 16, 17.

32 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 10. 6. 2009, Nr. 159, Seiten 14, 18.

33 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 11. 6. 2009, Nr. 160, Seiten 14, 24, 25.

34 Verfügbar unter http://www.k2020.at/?s=protokolle (30. 10. 2010).

35 Verfügbar unter http://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=LrK&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=Parteienf%c3%b6rderungsgesetz&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=31.10.2009&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=50&Suchworte=&WxeFunctionToken=c974c8ded074-47dc-92b8-4afae96b8894 (31. 10. 2009)

36 Verfügbar unter http://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=LrK&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=Klubfinanzierungsgesetz&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=31.10.2009&ImRis-

Seit=Undefined&ResultPageSize=50&Suchworte=&WxeFunctionToken=6bffd637-aeeb-4fd9-a465-a934c2897645 (31. 10. 2009).

37 Verfügbar unter http://www.k2020.at/?s=protokolle (31. 10. 2010).

38 Verfügbar unter http://www.k2020.at/?s=parteienf%C3%B6rderung (31. 10. 2009).

39 *Der Standard,* 16. 6. 2009, verfügbar unter http://derstandard.at/fs/1244460711146/Debatte-um-Parteienfinanzierung-geht-weiter?sap=2&_pid=13249017 (31. 10. 2009).

40 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 23. 6. 2009, Nr. 172, Seite 20.

41 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 12. 6. 2009, Nr. 161, Seiten 18, 19.

42 Ebendort.

43 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 14. 6. 2009, Nr. 163, Seite 24.

44 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 13. 6. 2009, Nr. 162, Seiten 13, 16, 17.

45 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 16. 6. 2009, Nr. 165, Seiten 15, 18, 19.

46 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 17. 6. 2009, Nr. 166, Seiten 14, 15.

47 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 18. 6. 2009, Nr. 167, Seiten 14, 20, 21.

48 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 19. 6. 2009, Nr. 168, Seiten 14, 16, 17.

49 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 20. 6. 2009, Nr. 169, Seiten 17, 20, 21.

50 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 21. 6. 2009, Nr. 170, Seiten 19, 20, 21, 22.

51 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 23. 6. 2009, Nr. 172, Seiten 15, 20.

52 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 24. 6. 2009, Nr. 173, Seite 20.

53 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 26. 6. 2009, Nr. 175, Seite 8.

54 Verfügbar unter www.abkassierer.at (31. 10. 2009)

55 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 28. 6. 2009, Nr. 177, Seite 28.

56 Verfügbar unter www.abkassierer.at (31. 10. 2009) oder http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/ktn/2009/06/28/klag/26/ (31. 10. 2009)

57 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 29. 6. 2009, Nr. 178, Seiten 16, 17.

58 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 30. 6. 2009, Nr. 179, Seiten 18, 19.

59 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 1. 7. 2009, Nr. 180, Seite 17.

60 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 4. 7. 2009, Nr. 183, Seite 19.

61 Laut Media-Analyse 2008/2009, verfügbar unter http://www.media-analyse.at/studieDetail.do?year=08/09 (31. 10. 2009).

62 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 5. 7. 2009, Nr. 184, Seiten 1, 24, 26, 27.

63 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 11. 7. 2009, Nr. 190, Seiten 1, 18, 19.

64 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 12. 7. 2009, Nr. 191, Seiten 1, 6, 7, 19, 24, 25.

65 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 15. 7. 2009, Nr. 194, Seiten 12, 16, 17.

66 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 16. 7. 2009, Nr. 195, Seiten 2, 3.

67 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 19. 7. 2009, Nr. 198, Seiten 24, 25 sowie Leserforum in Ausgaben 199 ff.

68 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 26. 7. 2009, Nr. 205, Seite 22.

69 *Kleine Zeitung,* Kärnten-Ausgabe, 28. 7. 2009, Nr. 207, Seite 15.

70 ORF ON, 23. 10. 2009, verfügbar unter http://kaernten.orf.at/stories/398368 (31. 10. 2009).

SCHWERPUNKTTHEMA
GEMEINDEN

Dr. Franz Sturm[1]

Strategisches Verwaltungsmanagement im Rahmen der Kärntner Landes- und Gemeindeverwaltung

Versteht man unter Verwaltungsreformen einen stetigen Prozess der organisatorischen, funktionellen und verfahrensmäßigen Anpassung der Verwaltungen an sich ändernde Aufgabenstellungen und Handlungsbedingungen[2], dann sind jene Umstände, die die öffentlichen Verwaltungen – und nicht zuletzt Gemeinden – zur Modernisierung und zur permanenten Weiterentwicklung zwingen, keinesfalls exklusive Phänomene der heutigen Zeit. Neu ist allerdings im gegebenen Zusammenhang die Dynamik der Veränderung: diese wird von einem ungemein schnellen und tief gehenden Wandel der ökonomischen, technischen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Fortschreitende Globalisierungsbestrebungen, demographische Veränderungen einhergehend mit sich stetig wandelnden KundInnenansprüchen, die Liberalisierung von Märkten, der Wettbewerb in bisher geschützten Sektoren, der tägliche Einsatz neuer Informationstechnologien – um nur einige Parameter zu nennen – zwingen auch die öffentlichen Verwaltungen dazu, ihr Selbstverständnis, ihre Aufgaben und ihre Strukturen in immer kürzeren Zeiträumen zu hinterfragen und entsprechend anzupassen. Vor diesem sich permanent ändernden Hintergrund und damit einhergehend ständig wechselnden Rahmenbedingungen und komplexen Herausforderungen kann es kein ewig gültiges Patentrezept für die Gestaltung einer optimalen Verwaltung geben. Vielmehr gilt es, im Sinne der Nachhaltigkeit Verwaltungseinheiten an übergeordneten strategischen Zielen auszurichten und innerhalb flexibler Strukturen einen entsprechenden Beitrag zu deren Erreichung bzw. Umsetzung zu leisten.

1. Einleitung

Staats- und Verwaltungsreformen – hervorgerufen durch politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Veränderungen – hat es in unterschiedlichem Umfang und mit diversen Schwerpunkten im Laufe der Geschichte bereits mehrfach gegeben[3], zumal die Entwicklung des beispielsweise österreichischen Berufsbeamtentums samt daraus hervorgehender Traditionen bereits bis ins Mittelalter zurück reicht.[4]

Den sich – sowohl in interner als auch externer Hinsicht – laufend ändernden Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns und dem dadurch entstehenden Reformdruck, ausgelöst einerseits durch knappe Finanzmittel und andererseits durch den sich rasant entwickelnden technischen und ökonomischen Fortschritt, können öffentliche Verwaltungen bzw. Gemeinden nur dann Stand halten bzw. entgegnen, wenn entsprechende Anpassungs- und Veränderungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden.[5] In Anbetracht (drohender) negativer Folgen einer zunehmenden Staatsverschuldung und einer unverhältnismäßig stark anwachsenden Staatsquote[6] (aufgrund ungebändigten Aufgabenzuwachses) werden die Auswirkungen dieser (unterlassenen oder nicht mit entsprechender Konsequenz bzw. nur punktuell umgesetzten) Modernisierungsstrategien für das soziale Netz und damit insgesamt für den Wohlstand der Gesellschaft augenscheinlich. Die Rolle und Bedeutung einer *„schlanken und effizienten"* (Gemeinde-)Verwaltung als Standortfaktor im internationalen Wettbewerb um Firmenansiedlungen und Wohnsitznahme erfährt darüber hinaus zunehmend an Gewicht.[7] So sind es nicht mehr nur allein Organisationen der Privatwirtschaft, welche entsprechende Adaptierungsstrategien im Sinne eines *„Change Managements"* betreiben, um die jeweilige Unternehmung an die sich rasant ändernden und immer komplexer werdenden Umweltbedingungen anzupassen, um langfristig deren Existenz und Überleben sicherzustellen. Auch öffentliche Verwaltungen und nicht zuletzt die Gemeinden – als kleinste politische Verwaltungseinheiten – versuchen sich im Wege umfassender Reformen weiterzuentwickeln und sich, ausgehend vom – sicherlich überzeichneten – *„Bürokratiemodell"*[8], hin zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen zu wandeln, in dem Effizienz und Effektivität bestimmende Faktoren sind.

2. Zum Bürokratiebegriff

Öffentliche Verwaltungen[9] sind – betrachtet man in erster Linie Europa – als Bürokratien konzipiert und organisiert[10], wobei der Terminus „Bürokratie"[11] im allgemeinen Sprachgebrauch jedoch nicht wertfrei als Form der Verwaltungsstruktur verstanden wird, sondern als abwertende und sogar anklagende Beschreibung der negativen Merkmale einer Verwaltung in (umgangssprachlicher) Verwendung ist. Eine derartig negative Belegung des Begriffes hat ihre Ursache in den Unzulänglichkeiten, die sich in den bürokratisch organisierten Verwaltungen festgesetzt und verbreitet haben, wobei bei aller – angebrachter – Kritik nicht vergessen werden darf, dass auch die Bürokratie ihre Errungenschaften und Vorteile hat und dass ihre Errichtung maßgeblich zur Etablierung heutiger liberaler und demokratischer Verfassungsordnungen beigetragen hat.[12]

Wird die Bürokratie von Max Weber noch als *„Wesen, Voraussetzung und Entfaltung der bürokratischen Herrschaft"*[13] beschrieben und ist sie damit früheren Organisationsformen[14] bei weitem überlegen, so zeichnet sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine Trendwende ab: Bürokratische Strukturen implizieren längst nicht mehr effizientes Handeln, vielmehr wird die Bürokratie mittlerweile als effizienzhemmend und unwirtschaftlich betrachtet; darüber hinaus steht sie im Verruf, notwendige Innovationen zu behindern und einem organisatorischen Wandel im Wege zu stehen.[15] Wird in Unternehmen (der Privatwirtschaft), die – aufgrund sich ständig verändernder marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen – einem entsprechenden Veränderungsdruck ausgesetzt sind, die Bürokratie längst nicht mehr als die optimale Organisationsform angesehen, gewinnt diese Erkenntnis im Bereich der öffentlichen Verwaltung erst in den letzten Jahrzehnten zusehends an Bedeutung.[16]

3. Die Notwendigkeit von Reformen

Gründe für den verstärkten Einsatz betriebswirtschaftlicher – und in der Privatwirtschaft mit Erfolg angewandter und damit auf entsprechenden Erfahrungen basierender – Instrumente auch in den öffentlichen Verwaltungen beruhen nicht zuletzt auf einem stetigen Aufgabenzuwachs im Bereich der öffentlichen Hand einerseits und einer Mittelverknappung bzw. angespannten Finanzlage im öffentlichen Sektor andererseits.[17] Bisher praktizierte Maßnahmen, diese stetig wachsende Lücke mittels Aufstockung von Budgetmitteln zu schließen oder ihr durch Reduktion des Aufgabenumfangs mittels Privatisierungen und Outsourcingbestrebungen zu begegnen, bieten einer steigenden Staatsverschuldung zwar Einhalt, andererseits stößt die Belastbarkeit öffentlicher Haushalte jedoch an finanzielle, aber auch an Grenzen des (politisch) Möglichen.[18]

Besondere Bedeutung kommt im gegebenen Zusammenhang hinsichtlich der Reformnotwendigkeiten in den Gemeindeverwaltungen den gegenwärtig stark rückläufigen kommunalen Finanzen zu: Das Regierungsprogramm der derzeitigen österreichischen Bundesregierung sieht im Interesse der Redimensionierung des öffentlichen Sektors in Österreich auf OECD-Durchschnitt nachhaltige Einsparungen vor; hinzu kommt, dass die letzten Steuerreformen speziell die Gemeinden mit massiven Einnahmenausfällen belasteten. Gleichzeitig steigen aber die Ausgaben der Gemeinden, etwa in den Bereichen der Mitfinanzierung der Krankenanstaltenabgänge sowie der Sozialhilfe, überproportional an. Beide Entwicklungen bewirken im Ergebnis ein deutliches Auseinanderklaffen zwischen den gegenwärtigen und den künftig zu erwartenden Gemeindeeinnahmen und den Gemeindeausgaben.[19]

Die Notwendigkeit entsprechender Reformen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität kommunaler Verwaltungen – insbesondere vor dem aktuellen Hintergrund der rückläufigen Entwicklungen der Einnahmen aus den Ertragsanteilen der Kärntner Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben – sowie allgemein jene der Staats- und Verwaltungsmodernisierung wird mittlerweile auch auf politischer Ebene anerkannt und entsprechend forciert.[20]

4. Reformen unter New Public Management-Gesichtspunkten

Unter dem Schlagwort „New Public Management" wurden in den letzten Jahren in zahlreichen europäischen Staaten Verwaltungsreformprojekte initiiert; trotz zum Teil sehr verschiedener Ausgangsvoraussetzungen haben diese Reformbemühungen grundsätzlich ähnliche Ausrichtungen: Sie versuchen, **BürgerInnen als KundInnen** in den Vordergrund des Verwaltungshandelns zu stellen und interne Verwaltungsprozesse daran auszurichten. Die frühere Orientierung der Verwaltungssteuerung an den eingesetzten Ressourcen (Inputorientierung) soll im Rahmen der Reformansätze des New Public Managements durch die Konzentration auf die **Verwaltungsleistungen** (Outputorientierung) und damit auf die **Wirkungen der Verwaltung** ersetzt werden. Den Ansätzen zur Verbesserung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität soll die Einführung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten zur strategischen Verwaltungssteuerung Rechnung tragen, um so die skizzierte Neuausrichtung des Verwaltungshandelns im Sinne der BürgerInnen-, Leistungs- und Wirkungsorientierung nachhaltig zu unterstützen.

Österreich wurde von der internationalen Reformwelle des New Public Managements (NPM) erst Mitte der 1990er Jahre erreicht[21], wobei sich die österreichischen Reformbestrebungen der Verwaltungslandschaft weitgehend am deutschen Vorbild des so genannten „Neuen Steuerungsmodells" (NSM) und an den Reformprojekten der „Wirkungsorientierten Verwaltungsführung" (WoV) der Schweiz orientieren. Ein eigenständiges österreichisches Reformmodell wurde bis dato noch nicht entwickelt.[22] Der Zeitverzug[23] – in diesem Zusammenhang wird gerne von einem *„late adopter"*[24] der Reformen gesprochen – in den Reformbestrebungen lässt sich durch vorteilhaftere Ausgangsbedingungen erklären, zumal schon vor den Reformbewegungen ein hoher Dezentralisierungsgrad des administrativen Systems (bestehender Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung) sowie eine enge Verflechtung mit Organisationen des so genannten „dritten Sektors"[25] bei der Leistungserbringung bestand.[26]

Seit Ende der 90er Jahre bildet das „New Public Management“ demnach den Sammelbegriff für Modernisierungen von Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene[26] und erstreckt sich dabei auf eine Vielzahl von (Einzel-)Maßnahmen zur umfassenden Reorganisation der staatlichen Verwaltung. Bei der Unterscheidung in eine externe Strukturreform, bei welcher auf staatlicher Ebene durch den Einsatz von Wettbewerbselementen und neuen Formen der nutzerorientierten Leistungsfinanzierung einem gewandelten Rollenverständnis von Staat und Verwaltung Rechnung getragen werden soll, bezieht sich das New Public Management in der Binnensicht auf die Reform der internen Strukturen und der Verfahren sowie auf das Personal.

Anstelle der sogenannten *„Allzuständigkeit des Staates für ungelöste Problemfelder“*[28] wird verstärkt der Fokus auf die **Zusammenarbeit,** aber auch den gezielten **Einsatz von Instrumenten des Wettbewerbs** beispielsweise mit anderen Sektoren der Gesellschaft, insbesondere mit dem erwerbswirtschaftlichen und dem „Non-Profit-Sektor“, gelegt. Neben der besagten Schaffung von Wettbewerbsbedingungen liegt weiteres Augenmerk auf dem Einbezug der **KundInnensicht** (z. B. mittels Zufriedenheitsanalysen oder KundInnenbefragungen bzw. dem Angebot von Wahlmöglichkeiten) im Sinne einer gesteigerten Bedarfs- bzw. KundInnenorientierung. Speziell dem Einsatz von Wettbewerbsmechanismen und von Marktstrukturen sind jedoch entsprechende Grenzen gesetzt: gerade im öffentlichen Sektor ist vielfach das Phänomen des Marktversagens bekannt, wodurch die privatwirtschaftlichen Selbstheilungskräfte ihre Relativierung erfahren, zumal große öffentliche Aufgabenfelder teilweise ohnehin nicht marktfähig, sondern monopolartig gestaltet sind.[29]

Im Mittelpunkt der „Binnenmodernisierung“ stehen umfassende interne Reorganisationen von Strukturen und Geschäftsprozessen bzw. Verfahren. Neben dem Wechsel von der Input- zur Outputorientierung durch Produktbildung und Leistungsmessung[30] beschäftigt sich ein großer Bereich der Binnenmodernisierung mit dem Haushalts- und Rechnungswesen des Staates – welches traditionell durch eine strikte Inputbindung sowie ein Einnahmen-/Ausgaben-Rechnungssystem (Kameralistik[31]) gekennzeichnet ist – sowie mit Fragen einer „neuen Steuerung“ bzw. einer „Steuerung auf Abstand“.[32] Betrachtet man nun jedoch den aktuellen *Stand der österreichischen Reformumsetzungen,* so fällt innerhalb der Binnenmodernisierung eine umfassende Reform mit den Schwerpunkten des Einsatzes neuer finanz- und betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente (wie etwa Globalbudgets, Kosten- und Leistungsrechnung sowie umfassende Produkt- und Leistungskataloge) sowie der Ausbau der BürgerInnen- und KundInnenorientierung ins Auge. *Biwald* selbst merkt jedoch 2003 noch an, die *„Ergebnis- und Wirkungsorientierung erfordert insbesondere auch strategisches Management und damit eine sehr intensive Einbeziehung der Politik in die*

Verwaltungsreform. In der Praxis zeigen sich in diesem Reformfeld noch Lücken, die die Entfaltung der Reformerfolge behindern.“[33]

5. Landesverwaltung als „moderner Dienstleister“

Österreichweit lassen sich in den letzten Jahren deutliche Leistungssteigerungen auf kommunaler und auf Ebene der Länder bzw. der dezentralen Leistungserbringer feststellen. Die Tendenz geht auch weiterhin eindeutig in die Richtung der Etablierung von öffentlichen Verwaltungen als *„moderne Dienstleister“.* Offen bleiben jedoch nach wie vor **Fragen der Nachhaltigkeit** und eines *„sustainable developments“* des öffentlichen Verwaltungshandelns mit dem Ziel – zur Verbesserung der Lebensqualität in den Gemeinden –, den ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedürfnissen der Gesellschaft langfristig gerecht zu werden. Geht es im Sinne von **Standortfaktoren** um Fragen der Aufrechterhaltung eines Angebotes entsprechender Altenbetreuungs- und Gesundheitseinrichtungen, der öffentlichen Sicherheit, der Förderung des kulturellen Lebens oder aber auch um eine entsprechende allgemeine *„Servicefreundlichkeit“* und BürgerInnenorientierung, so stoßen öffentliche Verwaltungen aufgrund der fehlenden strategischen Orientierung des Verwaltungsmanagements derzeit rasch an die **Grenzen der Leistungsfähigkeit** der nur limitiert zum Einsatz kommenden Steuerungs- und Planungsinstrumente.

6. Zentrale Rolle der Gemeinden

Signifikant bei den Bemühungen zur Steigerung der Dienstleistungsqualität von öffentlichen Verwaltungen ist, dass gerade den Gemeinden – aufgrund ihrer räumlichen Nähe und der daraus entstehenden erheblichen Anzahl heterogener Kontakte und an sie gestellter komplexer Anforderungen und Ansprüche seitens der BürgerInnen – eine entsprechend hohe (strategische) Bedeutung beigemessen werden kann. Aufgrund ihrer zentralen Rolle zur Übernahme von wesentlichen Versorgungs-, Fürsorge-, Leistungs-, Vollzugs- und Planungsfunktionen haben Veränderungen der finanziellen, politischen, wirtschaftlichen, aber auch soziodemographischen Rahmenbedingungen entsprechend langfristige Auswirkungen und müssen somit rechtzeitig erkannt werden. Darüber hinaus setzt sich gerade auf Ebene der BürgerInnen vermehrt der Wettbewerbsgedanke durch, in dessen Zentrum nicht vordergründig Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsaspekte stehen, sondern vielmehr Fragen der Umsetzung und umfassenden **Erreichung der intendierten (politisch motivierten) Ziele und Wirkungen** dominieren und somit die strategische Orientierung des Verwaltungshandelns zusehends an Bedeutung gewinnt.

7. Etablierung eines strategischen Managements

Ausgehend von Reformschwerpunkten des New Public Managements erfährt auch in Kärntens Landes- und Gemeindeverwaltung(en) der Einsatz betriebswirtschaftlicher Managementinstrumente mit dem Ziel, die **BürgerInnen als KundInnen** in den Vordergrund des Verwaltungshandelns zu stellen und interne Verwaltungsprozesse daran auszurichten, zunehmend an Bedeutung: Produktbeschreibungen, Kosten- und Leistungsrechnungen in Zusammenhang mit der Etablierung eines Controlling- und Berichtswesens, die Etablierung sogenannter „Globalbudgets" oder die Einführung eines leistungsorientierten Entgeltsystems sollen als Mosaiksteinchen im Reformprozess die Optimierung von Prozessen sowie die Wirtschaftlichkeit und Effektivität des Verwaltungshandelns fördern und dabei gleichzeitig das *„Recht auf Selbstverwaltung"* in den durch einen hohen Grad an Autonomie und Unabhängigkeit gekennzeichneten Gemeinden Kärntens beibehalten. Darüber hinaus müssen sämtliche zum Einsatz kommende Instrumente einerseits auf die jeweiligen Projektziele (beispielsweise das kommunale Facility Management), andererseits auf die Rahmenbedingungen der 132 – nicht allein aufgrund deren Größe, deren Lage und auch deren Struktur teilweise sehr heterogenen – Kärntner Gemeinden abgestimmt und angepasst werden, zumal strategische Schwächen des Verwaltungshandelns oftmals nur durch ein erhebliches Maß an Kompetenz und Engagement im „Tagesgeschäft" ausgeglichen werden können.

8. Strategische Ausrichtung an den Verwaltungszielen

Ausgehend vom aktuellen Regierungsprogramm und von den Reformansätzen des New Public Managements wurden und werden seitens des politisch zuständigen Referenten in der Kärntner Landesregierung im Bereich der Kommunalpolitik eine Vielzahl von Reformmaßnahmen und -projekten initiiert. Einerseits verfolgen diese – sich an drei sogenannten **Globalzielen** orientierenden – Vorhaben völlig unterschiedliche Zielsetzungen, bedingen sich aber auch zum Teil gegenseitig und bauen in Form von Folgeprojekten teilweise aufeinander auf. Gemeinsam ist all diesen Bestrebungen ein entsprechend neuartiger Charakter, welcher von den involvierten Personen und von den damit betrauten Verwaltungseinheiten ein **kontinuierliches Lernen und ständiges Hinterfragen der Ergebnisse** erfordert und – ganz im Sinne der **Aufgabenkritik** – auch ständig auf den jeweiligen Nutzen hin kritisch betrachtet werden muss.

Die strategische Ausrichtung der kommunalen Reformprojekte konzentriert sich auf die Erreichung nachstehender Globalziele, welche wiederum in Subziele untergliedert werden können:

- die Erfüllung des sachpolitischen Auftrages als kommunale Aufsichtsbehörde;
- den Auf- und Ausbau von Dienstleistungen zur Etablierung der kommunalen Aufsichtsbehörde als Servicepartner der Gemeinden;
- die Optimierung interner Prozessabläufe, um den Ansprüchen qualitativ hochwertiger Leistungserbringung auch verwaltungsintern gerecht zu werden.

9. Das strategische Instrument des „Masterplans“

Um nun eine bestmögliche Harmonisierung der einzelnen kommunalen Reformvorhaben zu gewährleisten und sie an den strategischen Zielen der übergeordneten Verwaltungsebene auszurichten, wurde im Mai 2005 ein sogenannter „Masterplan“[34] entworfen, um

- einen vollständigen Überblick über die laufenden Verwaltungsreformvorhaben zu ermöglichen und
- eine effektive und effiziente Umsetzung der Gesamtstrategie im Einklang mit den Vorgaben des Regierungsprogramms und mit den Zielsetzungen des New Public Management sowie
- die laufende Evaluation zur nachhaltigen Etablierung der Projektvorhaben zu ermöglichen.

Dabei geht es in erster Linie darum, die laufenden und intendierten Maßnahmen zu bündeln, den einzelnen (Global-)Zielen – ausgehend von den Kernaufgaben der mit der Umsetzung betrauten Verwaltungseinheiten – zuzuordnen und dadurch die strategische Ausrichtung transparent zu machen. Im Sinne der nachhaltigen Etablierung der Projekte und Reformvorhaben ist es dezidiertes Ziel, die laufenden Reformprojekte auf die strategische Gesamtorientierung und intendierten politischen Ziele hin auszurichten. Darüber hinaus werden seit der Entwicklung des Masterplans die Projektergebnisse im Jahresabstand einer externen Evaluation unterzogen, um einen Überblick über den Verlauf und die Wirkungen sämtlicher Projekte in Form eines Gesamtbildes wie auch die Verdichtung einzelner Maßnahmen zu einer Gesamtstrategie zu erhalten.

10. Aktuelle Reformansätze in Kärntens Gemeinden

Auch auf Kärntner Landesebene existieren bereits seit einigen Jahren entsprechende Initiativen mit ähnlichen Zielsetzungen, darunter unter ande-

rem das Projekt der „wirkungsorientierten Landesverwaltung (WOLV)“, welches den Schwerpunkt auf der grundsätzlichen Ausrichtung auf das New Public Management legt: das Abschließen von Kosten- und Leistungsvereinbarungen und die Etablierung eines sogenannten „Globalbudgets“ sind nur einige Aspekte dieses Projektes. Gemeinsam ist ihnen ein entsprechend neuartiger Charakter, welcher von den involvierten Personen und damit beauftragten Verwaltungseinheiten ein kontinuierliches Lernen und ständiges Hinterfragen der Ergebnisse erfordert und – ganz im Sinne der Aufgabenkritik – auch auf den jeweiligen Nutzen hin kritisch betrachtet werden muß; diese Reflektion soll es ermöglichen, die ursprünglichen Zielsetzungen einzelner Maßnahmen wieder in den Vordergrund der Betrachtung zu rücken.

Bereits das „Regierungsprogramm für die 29. Gesetzgebungsperiode (2004 bis 2009)“ bekannte sich nachhaltig zur **„… Notwendigkeit von Verwaltungsreformen auch auf kommunaler Ebene …“** und nannte ausdrücklich folgende Gründe dafür:

- ❑ die kleiner werdenden Finanzierungsspielräume auf kommunaler Ebene;
- ❑ die veränderten Rahmenbedingungen, wie etwa die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien;
- ❑ die gesteigerten „Dienstleistungserwartungen“ der BürgerInnen gegenüber der Gemeindeverwaltung;
- ❑ den zunehmenden Standortwettbewerb zwischen den Gemeinden im Bereich der Betriebsansiedlungen.

Neben diesem Bekenntnis zu kommunalen Verwaltungsreformen legte das Regierungsprogramm für die 29. Gesetzgebungsperiode auch die generellen **materiellen Zielsetzungen** der Reformbemühungen fest, und zwar

- ❑ die Intensivierung der **Bürger- und Kundenorientierung** sowie
- ❑ den Ausbau der **Leistungs- und Qualitätsorientierung.**

Über diese generellen Zielsetzungen hinausgehend enthielt das Regierungsprogramm für die 29. Gesetzgebungsperiode detaillierte Vorgaben, insbesondere folgende **kommunale Reformvorhaben** während der damals laufenden Legislaturperiode nachhaltig zu verfolgen:

- ❑ die Fortsetzung der Bemühungen zur Schaffung eines leistungsfähigen E-Government;
- ❑ die Konzeption einer Demokratiereform auf kommunaler Ebene;
- ❑ die Deregulierung der (landesgesetzlichen) Gemeinderechtsvorschriften;
- ❑ die Verbesserung der Planung und der Abwicklung von kommunalen Bauvorhaben;
- ❑ die Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes der Gemeindebediensteten;

- ❑ den Ausbau der lokalen Infrastrukturen und die Stärkung der regionalen Identität sowie
- ❑ die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Das „Regierungsprogramm für die 30. Gesetzgebungsperiode (2009–2014)“ betont ebenfalls die **Notwendigkeit der Fortführung von Verwaltungsreformen auch auf kommunaler Ebene** und verweist im gegebenen Zusammenhang „…auf das bewährte Instrument des ‚Masterplanes der kommunalen Reformvorhaben‘“. Die **Gemeindeautonomie,** aber auch die kommunale **Eigenverantwortung** in finanziellen Angelegenheiten sollen deutlich ausgebaut werden; im Rahmen einer kommunalen Haushaltsrechtsreform sollen vor allem folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- ❑ die Verstärkung der Wirkungs- und Leistungsorientierung der Budgetierung,
- ❑ die weitere Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung und
- ❑ die Einführung von Globalbudgets.

Weitere Reformschwerpunkte des Regierungsprogramms für die 30. Gesetzgebungsperiode bilden

- ❑ die Schaffung eines modernen, leistungsorientierten und transparenten Dienst- und Besoldungsrechtes für die Gemeindebediensteten,
- ❑ die Schaffung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung eines leistungsfähigen kommunalen E-Governments,
- ❑ den Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen vernetzter und kooperativer Strukturen sowie
- ❑ die Fortführung der Deregulierung der Gemeinderechtsvorschriften sowie der Rechtsbereinigung.

11. Resümee

Die derzeit rasche Veränderung der Rahmenbedingungen stellt nicht zuletzt die Kärntner Gemeindeverwaltungen vor völlig neue Herausforderungen: neben Nationalstaaten treten auch Regionen zunehmend in Konkurrenz zueinander; die Leistungsfähigkeit und die Verlässlichkeit der regionalen und der lokalen Verwaltungen werden im Sinne des **Standortwettbewerbes** dabei zusehends zu einem wichtigen Faktor für ansiedlungswillige Unternehmen und damit für die wirtschaftliche Prosperität und die Standortqualität von Regionen. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen und um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden, müssen sich die Verwaltungen – und dabei allen voran die Gemeindeverwaltungen – permanent weiterentwickeln und innovative Lösungsansätze entwickeln. Dieser Reformprozess führt weg von der klassischen obrigkeitsorientierten öffentlichen Verwaltung der letzten Jahrzehnte und hin zu

einer modernen bürgerInnen- und mitarbeiterInnenorientierten Dienstleistungsverwaltung.

Im Sinne einer „schlanken und effizienten" öffentlichen Verwaltung als wesentlichem **Standortfaktor** rückt die strategische Orientierung des Verwaltungshandelns an den Bedürfnissen der BürgerInnen und KundInnen zusehends in den Vordergrund. Zur Stärkung der Gemeinden in deren zentraler Rolle als „erster Ansprechpartner" für BürgerInnenanliegen liegt die Schwerpunktsetzung der Reformmaßnahmen und -projekte eindeutig im Bereich des Angebotes von Dienstleistungen und eines Servicepools für die Kärntner Gemeinden. Damit können einerseits die Ebene der Gemeinden und deren Autonomie entsprechend gestärkt, andererseits das Verwaltungshandeln an den übergeordneten strategischen Zielen der Kärntner Landesregierung ausgerichtet werden. Mit dieser Konzentration der Aufgaben der Kärntner Gemeindeaufsichtsbehörde wird eindeutig die Richtung für eine **Kulturveränderung** im Selbstverständnis dieser Verwaltungseinheit erkennbar, und mit der Verschiebung des Fokusses in Richtung eines **„Dienstleisters" für Gemeinden** werden klare Zeichen für ein **modernes Verständnis des Aufsichtsbegriffes,** wie er im New Public Management verwendet wird, gesetzt und **Ansätze eines reformierten Aufsichtsbegriffes deutlich hervorgestrichen.**

Einen der zentralen Faktoren in diesem Reformprozess stellen zweifellos die MitarbeiterInnen in den Gemeindeverwaltungen dar. Deren Lernbereitschaft und Flexibilität bedürfen entsprechender Förderungen, und allfälligen Veränderungsängsten muss entgegen gewirkt werden. Die Kärntner Gemeindeverwaltungen haben sich innerhalb weniger Jahre stärker und rascher verändert als in vielen Jahrzehnten davor; viel bleibt zu tun, aber die grundsätzliche strategische Ausrichtung der Reformstrategien hin zu einer innovativen und serviceorientierten Gemeindeverwaltung ist bereits klar erkennbar.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter:
www.gemeinden.ktn.gv.at

Anmerkungen

1 Ungeachtet meiner funktionsbezogenen Befassung mit Fragen der kommunalen Verwaltungsinnovation als Leiter der Abteilung 3 – Gemeinden des Amtes der Kärntner Landesregierung gibt der Beitrag ausschließlich meine persönlichen Auffassungen wieder.

2 *Holzinger,* Leitlinien der Verwaltungsreform, Analyse und Ausblick, ZfV 1982, S. 125 ff., hier S. 126.

3 Für Österreich an dieser Stelle exemplarisch erwähnt: Verwaltungsreformen unter Kaiserin Maria Theresia (1717–1780) oder aber Josef II. (1741–1790). Vgl. dazu grundlegend Kretschmayr, H. (1934): Die österreichische Zentralverwaltung; Von d. Vereinigung d. österr. u. böhm. Hofkanzlei bis zur Einrichtg. d. Ministerialverfassg., bearb. von F. Walter, Wien/Holzhausen 1934, bzw. *Schünemann, K.* (1933): Die Wirtschaftspolitik Josephs II. in der Zeit seiner Mitregentschaft. In: Mitteilungen des österreichischen Institutes für Geschichts-Forschung (MIÖG), Bd. 47, 1933, S. 33 ff.

4 Vgl. dazu sowie für sämtliche disziplinarrechtliche Hintergründe Österreich betreffend: *Kucsko-Stadlmayer, G.* (2003): Das Disziplinarrecht der Beamten, 3. aktual. Auflage, Springer Verlag, Wien u. a. 2003 , S. 3 ff.

5 Vgl. u. a. Reichard, C. (2000): Kommunale Wirtschaft unter Anpassungsdruck. In: *Reichard, C./Eichhorn, P./Schuppert, G. F.* (Hrsg.): Kommunale Wirtschaft im Wandel. Chancen und Risiken. Baden-Baden 2000, S. 15 ff.

6 Die Staatsquote stellt die Gesamtausgaben eines Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Vgl. *Bogumil, J./Jann, W.* (2005): Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland; Einführung in die Verwaltungswissenschaft, Wiesbaden 2005, S. 196.

7 Vgl. *Mäding, H.* (2006): Städte und Regionen im Wettbewerb – ein Problemaufriss. In: *Jann, W. et al.* (Hrsg.): Public Management – Grundlagen, Kritik, Wirkungen, Berlin 2006, S. 275, sowie umfassend mit regionalem Bezug: *Wirth, K./Matschek, M./Kreiner, A.* (2004): Moderne Verwaltung als Standortfaktor – „Unternehmensorientierung" als neue Maxime der Verwaltungsmodernisierung? In: *Anderwald, K./ Filzmaier, P./ Hren* (Hrsg.), *K.:* Kärntner Jahrbuch für Politik, Klagenfurt 2004, S. 280 ff.

8 Vgl. *Weber, M.* (1972): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie, 5., rev. Aufl., Mohr, Tübingen 1972, S. 551 ff.

9 Als öffentliche Verwaltungen werden Betriebe bezeichnet, „die zumeist hoheitlich (nach den Regelungen des öffentlichen Rechts) handeln und überwiegend durch die unentgeltliche Abgabe nichtmarktgängiger Güter zur kollektiven Fremdbedarfsdeckung beitragen." Vgl. dazu bspw. *Schmidt, H.-J.* (2001): Betriebswirtschaftslehre und Verwaltungsmanagement – 5. neu bearb. u. erweit. Aufl. – Heidelberg 2001, S. 14.

10 Vgl. *Schedler, K./Proeller, I.* (2003): New Public Management, 2. überarbeitete Auflage, Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 2003, S. 15.

11 Erste Vorläufer von Bürokratien ließen sich bereits ca. 2700 v. Chr. beim Bau der Cheops-Pyramide konstatieren (ausführlich dazu: vgl. *Kieser, A.* (2001): Organisationstheorien. 4. Aufl., Stuttgart/Berlin 2001, S. 65 f.). Zu einem weit verbreiteten Merkmal moderner Gesellschaften wurde sie jedoch erst im 19. Jahrhundert als Parallelentwicklung eines zentralisierten Staatswesens.

12 Vgl. *Schedler, K./Proeller, I.* (2003): New Public Management, 2. überarbeitete Auflage, Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 2003, S. 15 ff.

13 *Weber, M.* (1972): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. rev. Aufl., Mohr, Tübingen 1972, S. 551.

14 Als Grund für die Entstehung der Bürokratien gelten die Entwicklung und der Erhalt aufwändiger Verteidigungs- und Heeressysteme Mitte des 17. Jahrhunderts, welche nicht zuletzt dauerhaft über Steuereinnahmen finanziert wurden und deren Administration in weiterer Folge zur Herausbildung tw. komplexer Bürokratien führte. *„Auf der Basis des Steuersystems entstand dann der moderne Staat." (Mayntz, R.* [1978]: Soziologie der Öffentlichen Verwaltung. Heidelberg 1978, S. 18).

15 Vgl. hierzu bspw. *Grüning, G.* (2000): Grundlagen des New Public Management: Entwicklung, theoretischer Hintergrund und wissenschaftliche Bedeutung des New Public Management aus Sicht der politisch-administrativen Wissenschaften der USA. Münster 2000, S. 11.

16 Vgl. *Frey, H.-E.* (1994): Agonie des Bürokratiemodells? – Wo fehlt der politische Wille, wo hemmen Vorschriften die Reform des öffentlichen (kommunalen) Sektors. In: *Steger, U.* (Hrsg.): Lean Administration – Die Krise der öffentlichen Verwaltung als Chance, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1994, S. 23 ff.

17 Vgl. *Budäus, D.* (1998): Public Management: Konzepte und Verfahren zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen, 4. unveränderte Auflage, Berlin 1998, S. 12 f.

18 Vgl. *Budäus, D.* (2004): Modernisierung des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens, in: *Jann, W. et al.* (Hrsg.): Status Report Verwaltungsreform – eine Zwischenbilanz nach 10 Jahren, Berlin 2004, S. 75.

19 Siehe dazu auch *Sturm, F.:* Zwischenstand und Perspektiven kommunaler Verwaltungsreformen, in: *Anderwald, K./Filzmaier, P./Hren, K.* (Hrsg.) (2004): Kärntner Jahrbuch für Politik 2004, S. 234 ff., hier S. 236 f., und *Matschek, M.* (2004): Verwaltungsreform in Kärntens Gemeinden, in: Kärntner Verwaltungsakademie [Hrsg.], Bildungsprotokolle Band 9, Klagenfurt 2004, S.101 ff.

20 Vgl. bspw. *Lorig, W.* (2001): Modernisierung des Öffentlichen Dienstes; Politik und Verwaltungsmanagement in der Bundesdeutschen Parteiendemokratie, Leske, Opladen 2001, S. 23.

21 Vgl. *Pleschberger, W.* (2004): Kommunale Verwaltungsvergleiche in Österreich – Erkundung zu einem neuen Instrument der lokalen Verwaltungsmodernisierung. In: *Kuhlmann, S. et al.* (Hrsg.): Leistungsmessung und -vergleich in Politik und Verwaltung, Konzepte und Praxis, 1. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 302, sowie *Bauer, H.* (2003): New Public Management und Governance – Strategien zur nachhaltigen Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung. In: *Bauer, H. et al.* (Hrsg.): Öffentliches Management in Österreich – Realisierung und Perspektiven, Band 41, Wien 2003, S. 14.

22 Vgl. *Pleschberger, W.* (2004): Kommunale Verwaltungsvergleiche in Österreich – Erkundung zu einem neuen Instrument der lokalen Verwaltungsmodernisierung. In: *Kuhlmann, S. et al.* (Hrsg.): Leistungsmessung und -vergleich in Politik und Verwaltung, Konzepte und Praxis, 1. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 302, sowie *Bodemann, M.* (2004): Kommunales Management in Österreich. In: *Promberger, K./Bernhart, J.* (Hrsg.), Leitlinien der kommunalen Verwaltungsentwicklung, Wien 2004, S. 204.

23 Dieser Zeitverzug verdeutlicht sich z. B. in einer Erhebung des österreichischen Städtebundes aus dem Jahre 2003, demzufolge eine umfassende Reorganisation im Sinne des New Public Management für die befragten Gemeinden – dem Städtebund gehören sämtliche Gemeinden mit Stadttitel Österreichs an und repräsentieren damit ca. 54 Prozent der Bevölkerung – stark an Gewicht gewonnen hat. Folgten im Jahr 2000 knapp 25 Prozent der Städte der NPM-Strategie, ist im Jahr 2003 für fast 80 Prozent der Städte eine umfassende Reformstrategie ein wichtiges Anliegen. Vgl. *Biwald, P. et al.* (2003): Verwaltungsreform in Österreichs Städten – eine Zwischenbilanz. Grundlagenpapier für den Österreichischen Städtetag, Linz 2003. Online abrufbar unter:
http://www.kdz.or.at/kdz/grundlagen/sttg2003/grundlagenpapier.pdf, S. 6.

24 Vgl. „late adopter" bei *Koch, R.* (2003): Öffentliche Dienste in der Staats- und Verwaltungsmodernisierung. In: *Koch, R./Conrad, P.* (Hrsg.): New Public Service – Öffentlicher Dienst als Motor der Staats- und Verwaltungsmodernisierung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 2003, S. 11; Details zu Feststellungen, dass Deutschland hinsichtlich der Reformbestrebungen unter New Public Management-Gesichtspunkten ebenfalls „um einige Jahre" bis hin zu 10 Jahren hinterherhinkt, siehe: *Reichard, S.* (1993):

Internationale Trends im kommunalen Management. In: *Banner, G./Reichard, C.* (Hrsg.): Kommunale Managementkonzepte in Europa. Anregungen für die deutsche Reformdiskussion, Köln 1993, S. 3.

25 Darunter werden u. a. Wohlfahrtsverbände oder Nonprofit-Organisationen verstanden.

26 Vgl. *Schröter, E./Wollmann, H.* (2005): New Public Management, in: *Blanke, B. et al.* (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform, 3. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2005, S. 72.

27 Siehe dazu näher *Helfried Bauer,* (New) Public Management und Governance – zentrale Strategien der Verwaltungs- und Politikmodernisierung, in: Öffentliches Management in Österreich – Realisierung und Perspektiven, Wien 2003.

28 Zur Allzuständigkeit des Staates: *Budäus, D.* (1994): Public Management: Konzepte und Verfahren zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen, 2. unveränderte Auflage, Berlin 1994, S. 13.

29 Vgl. *Reichard C.* (2002):Verwaltung als öffentliches Management, in: *König, K.* (Hrsg.) Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002, S. 273.

30 Vgl. grundlegend dazu: *Budäus, D.* (Hrsg.) (2000): Leistungserfassung und Leistungsmessung in öffentlichen Verwaltungen, Wiesbaden 2000.

31 Zur Kameralistik bzw. zur zweiten noch heute gebräuchlichen Form, der erweiterten Kameralistik, siehe: *Brede, H.* (2005): Grundzüge der öffentlichen Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2005, S. 190 ff., sowie grundlegend *Lüder, K.* (2001): Neues öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen. Anforderungen, Konzepte, Perspektiven. Modernisierung des öffentlichen Sektors, Bd. 18, Berlin 2001.

32 Wiedergegeben nach: *Biwald, P./Hochholdinger, N./Sachse, I.* (2003): Verwaltungsreform in Österreichs Städten – eine Zwischenbilanz, Wien 2003; siehe zum Begriff des New Public Management auch die Erklärung im *Pulitano;* New Public Management – Terminologie, 2000, S. 126.

33 *Biwald, P. et al*. (2003): Verwaltungsreform in Österreichs Städten – eine Zwischenbilanz. Grundlagenpapier für den Österreichischen Städtetag, Linz 2003. Online abrufbar unter: http://www.kdz.or.at/kdz/grundlagen/sttg2003/grundlagenpapier.pdf, S. 16.

34 Siehe zum Planungsinstrument des „Masterplans“ eingehend auch die bezughabenden Ausführungen im nachstehenden Kapitel des vorliegenden Bandes von *Burgstaller:* „Reformstrategien: Rechtserzeugung, Rechtsbereinigung und Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden“.

Doris Burgstaller[1]

Reformstrategie: Rechtserzeugung, Rechtsbereinigung und Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden

1. Einleitung

Die gesteigerten Dienstleistungserwartungen der BürgerInnen, die kleiner werdenden Finanzierungsspielräume auf kommunaler Ebene, der Einzug von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien und die Zunahme des Standortwettbewerbes zwischen den Gemeinden stellen geänderte Rahmenbedingungen dar, welche einen entsprechenden Reformdruck auf die öffentliche Verwaltung ausüben. Den Gemeinden – welche in räumlicher Nähe und somit im unmittelbaren Kontakt zu den BürgerInnen stehen – kommt dabei zweifellos eine wesentliche Rolle zu.

Die Notwendigkeit von innovativen Verwaltungsreformen auch auf kommunaler Ebene fand bereits im Regierungsprogramm 2004 bis 2009[2] seine Berücksichtigung und wird auch im Regierungsprogramm der laufenden Gesetzgebungsperiode 2009 bis 2014[3] ausdrücklich anerkannt. Für diese Reformbemühungen wurden als programmatische und generelle Zielsetzungen die **Intensivierung der BürgerInnen- und KundInnenorientierung** und der **Ausbau einer Leistungs- und Qualitätsorientierung** festgelegt, zumal die BürgerInnen im Mittelpunkt des kommunalen Verwaltungshandelns stehen. Darüber hinaus sind im Regierungsprogramm auch detaillierte Vorgaben für einzelne konkrete Reformvorhaben auf kommunaler Ebene enthalten, wie beispielsweise die Deregulierung und Rechtsbereinigung von Gemeinderechtsvorschriften sowie die Qualitätsverbesserung der Rechtstexte durch eine sprachliche Vereinfachung und inhaltliche Harmonisierung.

Damit den dargelegten Verwaltungsreformanliegen auch bestmöglich Rechnung getragen werden kann, wurde im Regierungsprogramm schließlich festgelegt, dass der bereits bewährte **„Masterplan der kommunalen Reformvorhaben“** als strategisches Instrument der Verwaltungsreform fortgesetzt werden soll.

Der nunmehr folgende Beitrag soll zunächst einen Überblick über die allgemeinen Zielsetzungen und die Methodik des in der Abteilung 3 –

Gemeinden[4] eingerichteten strategischen Instrumentes des Masterplanes geben, um daran anschließend die praktische Umsetzung der strategischen Ziele der Gemeindeabteilung am Beispiel von drei ausgewählten Projektvorhaben mit rechtlicher Schwerpunktsetzung **(Rechtserzeugung, Rechtsbereinigung und Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden)** näher darzustellen.

2. Der „Masterplan" als strategisches Instrument

a) Ausgangssituation

Unter Berücksichtigung der Vorgaben des Regierungsprogramms der letzten und der laufenden Gesetzgebungsperiode und der Reformansätze des New Public Managements wurde eine Vielzahl von Reformmaßnahmen und -projekten im Bereich der Kärntner Kommunalpolitik initiiert, welche sich teilweise an unterschiedlichen Zielsetzungen orientieren, teilweise gegenseitig bedingen und teilweise in Form von Folgeprojekten aufeinander aufbauen.

Zum Zwecke der Gewährleistung einer bestmöglichen Harmonisierung der einzelnen Reformvorhaben der Gemeindeabteilung wurde im Jahr 2005 – mit externer Unterstützung[5] – ein Masterplan erstellt, um

- einen vollständigen Überblick über die laufenden Verwaltungsreformvorhaben zu geben;
- eine effektive und effiziente Umsetzung der Gesamtstrategie im Einklang mit den Vorgaben des Regierungsprogramms und mit den Zielsetzungen des New Public Managements zu gewährleisten;
- die laufende Evaluation zur nachhaltigen Etablierung der Projektvorhaben zu ermöglichen.[6]

b) Ziele der Gemeindeabteilung

Die Strategie der Gemeindeabteilung konzentriert sich auf drei Hauptausrichtungen (so genannte Globalziele), welche im Rahmen von Strategie-Workshops mit der Abteilungsleitung, den entsprechend involvierten Sachgebiets- und UnterabteilungsleiterInnen sowie in Einzelgesprächen formuliert wurden.

Im Rahmen dieses Masterplanes ist jedes einzelne Verwaltungsreformvorhaben einem von drei Globalzielen zugeordnet; diese sind wiederum in insgesamt 16 Subziele untergliedert.

Das erste Globalziel bezieht sich auf die **Erfüllung des sachpolitischen Auftrages der Gemeindeabteilung als Aufsichtsbehörde.** Dieses Globalziel umfasst die klassische Revisionstätigkeit im Rahmen der Gemeinde-

aufsicht und intendiert insbesondere eine möglichst effiziente Abwicklung der Prüfungsprozesse sowie die Weiterentwicklung des Prüfungsansatzes.

Diesem ersten Globalziel zugeordnet ist beispielsweise das im Rahmen des gegenständlichen Beitrages näher dargestellte Reformvorhaben betreffend die *Rechtsbereinigung von digital dokumentierten Gemeindeverordnungen.*

Das zweite Globalziel betrifft den Auf- und Ausbau von Dienstleistungen zur Etablierung der **Gemeindeaufsichtsbehörde als Ansprech- und Servicepartner der Kommunen.** Demnach soll – neben der klassischen Kontrolltätigkeit der Aufsichtsbehörde – auch eine begleitende Beratung der Kärntner Gemeinden etabliert werden, welche die Qualität der Besorgung der Gemeindeaufgaben positiv fördert.

Beispielhaft für das zweite Globalziel sind die nachfolgend näher dargestellten Reformvorhaben der Gemeindeabteilung betreffend die *Rechtserzeugung von digital dokumentierten Gemeindeverordnungen* und den *Aufbau einer externen Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden* anzuführen.

Das dritte Globalziel umfasst schließlich die sukzessive **Optimierung der Prozessabläufe innerhalb der Aufsichtsbehörde betreffend die Ablauf- und Aufbauorganisation,** um den Ansprüchen qualitativ hochwertiger Leistungserbringung auch intern gerecht zu werden und die Erreichung der beiden anderen Globalziele erfolgreich voranzutreiben. Dies soll neben der Stärkung der Motivation der MitarbeiterInnen und der entsprechenden Orientierung an den Bedürfnissen der BürgerInnen eine effizientere Leistungserfüllung ermöglichen und das kontinuierliche Verbessern der Qualitätsstandards fördern.

Im Jahr 2008 waren den dargelegten Globalzielen insgesamt 50 Verwaltungsreformmaßnahmen zugeordnet, die von der Gemeindeabteilung zur Umsetzung der Vorgaben des Regierungsprogramms sowie zur Durchführung von Reformbestrebungen des New Public Managements entwickelt worden sind.

c) Methodik und Vorgehensweise

Die Masterplanziele der Gemeindeabteilung werden im Rahmen der aufgrund der Vorgaben des Regierungsprogrammes initiierten Verwaltungsreformprojekte und Projektinitiative umgesetzt. Die einzelnen Projekte sind in so genannten Maßnahmenblättern mit verantwortlichen Ansprechpartnern sowie strategisch Verantwortlichen, Zielzuordnungen und zeitlichen Ausrichtungen detailliert dargestellt.

Der Ablauf der einzelnen Reformprojekte gliedert sich in drei Phasen:

Die „Idee"-Phase signalisiert, dass erste Ansätze des Reformprojektes vorhanden sind, die konkrete Projektidee und der Beginn der Planungsphase jedoch noch nicht vorliegen.

Bei den in der „Planungs"-Phase befindlichen Projekten werden bereits die zur Umsetzung erforderlichen Schritte erarbeitet und die hiefür notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

Die „Go"-Phase ist schließlich die Umsetzungsphase, in welcher bereits die begleitenden Maßnahmen und notwendigen Anpassungen des jeweiligen Projektes durchgeführt werden.

3. Elektronische Rechtserzeugung von digital dokumentierten Gemeindeverordnungen

Eines der im Rahmen des Masterplanes der Gemeindeabteilung umgesetzten Reformvorhaben ist das an einem Rechtsthema orientierte Projekt „Elektronische Rechtserzeugung von digital dokumentierten Gemeindeverordnungen".

Seit dem Jahr 2004 erfolgt im Bundesland Kärnten die Erzeugung der kommunalen Rechtsvorschriften im Rahmen der elektronischen **workflow-Anwendung „Gemeinderecht im RIS und Gemeinderechtsdokumentation online – GEMRISDOK".**[7] Es ist dies ein durchgehend elektronischer Prozess, über welchen die einzelnen Schritte – von der Erstellung und Begutachtung eines Verordnungsentwurfes bis hin zur aufsichtsbehördlichen Endprüfung der beschlossenen und kundgemachten Verordnung – abgewickelt werden.

Vor diesem technischen Hintergrund wurde im Jahr 2007 von der Gemeindeabteilung das gegenständliche Reformvorhaben mit dem Hauptziel entwickelt, die **legistische Qualität** der elektronisch erzeugten kommunalen Rechtsvorschriften sicherzustellen, zumal mit dem Einsatz der elektronischen workflow-Anwendung das Kärntner Gemeinderecht – entsprechend dem Bundesrecht – im Rechtsinformationssystem des Bundes[8] veröffentlicht wird. Dadurch wird (auch) das Gemeinderecht für jeden/jede GemeindebürgerIn – quasi auf Knopfdruck – im Internet abrufbar, sodass es im Vergleich zu den bisherigen Zugangsmöglichkeiten der Öffentlichkeit einen erhöhten Publizitätsgrad genießt.

Die elektronische workflow-Anwendung hat damit aber auch zur Folge, dass allenfalls formell unrichtige oder mangelhafte Rechtsnormen im RIS zur Verfügung gestellt werden, zumal solche Verordnungen in rechtlicher Hinsicht nicht rechtsunwirksam sein müssen. Die Überleitung von unzeitgemäßen, unrichtigen oder mangelhaften Rechtsnormen in das RIS widerspricht jedoch dem – der elektronischen Publizierung der Verordnungen zugrunde liegenden – Transparenzgedanken und den grundsätzlichen Intentionen der Publizierung im RIS – nämlich der Allgemeinheit aktuelle,

vollständige und allgemeinverständliche Verordnungen zur Verfügung zu stellen.

Aus den dargelegten Gründen sind die mit der Verordnungserlassung befassten Gemeindeorgane seit der Einführung der elektronischen workflow-Anwendung mehr denn je gefordert, auch auf die legistische Qualität der Gemeinderechtsvorschriften besonders Bedacht zu nehmen.

Die erhöhten Anforderungen an die mit der Verordnungserlassung befassten Gemeindeorgane wurden nunmehr zum Anlass dafür genommen, dass seitens der Gemeindeabteilung als Ansprech- und Servicepartner für die Kommunen (zweites Masterplan-Globalziel)[9] ein Leitfaden ausgearbeitet wurde, welcher einerseits eine rechtliche Unterstützung und Hilfestellung bei der Verordnungserlassung geben soll und andererseits eine homogenisierte Vorgehensweise bei der Erlassung der Kärntner Gemeindeverordnungen sicherstellen soll.

Der gegenständliche Leitfaden trägt den **Titel „Legistischer Leitfaden für die Erlassung von Verordnungen auf Gemeindeebene**[10] und wurde auf der Grundlage der Legistischen Richtlinien des Landes Kärnten[11] ausgearbeitet.

Im Wesentlichen umfasst der legistische Leitfaden zwei Teile:

Im ersten Teil werden die legistischen Elemente behandelt, denen bei der Erlassung von Gemeindeverordnungen grundlegende Bedeutung zukommt. In diesem Zusammenhang wird die sprachliche Gestaltung der Rechtsvorschriften mit Hilfe einer Checkliste dargestellt, eine Anleitung für die Vornahme von Zitierungen und Verweisungen gegeben sowie die Hauptfehlerquellen bei der Durchführung von Novellierungen der Gesetzestexte erörtert. Neben den grundlegenden rechtlichen Ausführungen zu den einzelnen legistischen Elementen werden schließlich Empfehlungen für eine homogenisierte und qualitätsorientierte Vorgehensweise bei der Verordnungserlassung ausgesprochen. Darüber hinaus werden die theoretischen Ausführungen durch Textbeispiele für die Anwendung in der Praxis anschaulich gemacht.

Der zweite Teil behandelt das Verfahren zur Erlassung von Verordnungen durch Gemeindeorgane vor dem Hintergrund der elektronischen workflow-Anwendung „GEMRISDOK“. Im Hinblick auf eine Qualitätssteigerung der Gemeinderechtsvorschriften werden auch in diesem Teil Empfehlungen für die praktische Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Erstellung eines Verordnungsentwurfs und der Durchführung einer (Vor-) Begutachtung, der Beschlussfassung, der Fertigung, der Kundmachung und der Sammlung der Gemeindeverordnungen abgegeben.

Die praktische Anwendung der im legistischen Leitfaden ausgesprochenen Empfehlungen für die Erlassung von kommunalen Rechtsvorschriften in

den Kärntner Gemeinden wurde schließlich durch verschiedenste Maßnahmen umgesetzt.

Zunächst wurde der legistische Leitfaden den Bediensteten der Kärntner Gemeinden im Rahmen von GEMRISDOK-Schulungen in den einzelnen Bezirken präsentiert und in digitaler Form im Intranet des Amtes der Kärntner Landesregierung[12] zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden die den Gemeinden zur Verfügung stehenden Musterverordnungen in Kooperation mit dem Kärntner Gemeindebund im Sinne der rechtlichen Ausführungen und der im legistischen Leitfaden ausgesprochenen Empfehlungen überarbeitet.

Um die Heranziehung des legistischen Leitfadens bei der Erstellung von Verordnungen in den Kärntner Gemeinden noch anschaulicher unterstützen zu können, wurde der Leitfaden schließlich im Mai 2009 auch als gebundenes Druckwerk herausgegeben.

Der Einhaltung der im Leitfaden dargestellten legistischen Voraussetzungen und Bestimmungen wird im Rahmen der gewöhnlichen Verordnungsprüfungen der Gemeindeabteilung als Aufsichtsbehörde besondere Beachtung geschenkt und hinsichtlich allfälliger Formalfehler für eine entsprechende Verbesserung Sorge getragen.

4. Rechtsbereinigung von digital dokumentierten Gemeinderechtsvorschriften

Die Rechtsbereinigung von digital dokumentierten Gemeinderechtsvorschriften stellt ein weiteres Reformprojekt mit rechtlicher Schwerpunktsetzung dar, welches aufgrund der Vorgaben im Regierungsprogramm der laufenden und der vergangenen Gesetzgebungsperiode von der Gemeindeabteilung in Erfüllung des sachpolitischen Auftrages als Aufsichtsbehörde (erstes Masterplan-Globalziel)[13] entwickelt wurde.

Mit diesem Reformvorhaben erfolgt ein Bekenntnis zur Fortführung des Projektes „Deregulierung der Landesrechtsordnung“, das im August 2000 als selbständiges Teilprojekt im Rahmen des Kärntner Verwaltungsreformvorhabens „Wirkungsorientierte Landesverwaltung – WOLV“ eingerichtet worden ist. In der ersten Projektphase wurde dabei zunächst eine Erhebung der Deregulierungspotentiale in der Kärntner Landesrechtsordnung durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Erhebung wurde in der zweiten Projektphase der Status quo des landesgesetzlichen Rechtsbestandes in quantitativer Hinsicht[14] festgestellt. In der dritten und vierten Projektphase wurden zunächst allgemeine und danach besondere Deregulierungsvorschläge ausgearbeitet und dem Kärntner Landtag zur Beschlussfassung zugeleitet; bis zum Ablauf der letzten Legislaturperiode konnte auf diese

Weise der landesgesetzliche Rechtsbestand um 53 Prozent (das bedeutet die Aufhebung von 186 Landesgesetzen) reduziert werden.[15]

Im Rahmen des gegenständlichen Reformprojektes soll im Interesse einer „schlanken Gemeindeverwaltung" nunmehr eine **Deregulierung des (landesgesetzlichen) Gemeinderechtsbestandes** erfolgen. In diesem Zusammenhang sollen sämtliche Landesgesetze, die kommunale Aufgaben regeln, einer kritischen Überprüfung hinsichtlich der Fülle und Dichte der Regelungen unterzogen werden; gleichzeitig sollen die Regelungen aber auch auf ihre Detailliertheit und ihre sprachliche Verständlichkeit überprüft werden. Das nunmehrige Reformprojekt bezweckt demnach auch eine „qualitative" Deregulierung im Bereich der (landesgesetzlichen) Gemeinderechtsvorschriften, während die Deregulierung der Landesrechtsordnung in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode schwerpunktmäßig auf eine „quantitative" Verringerung des landesgesetzlichen Rechtsbestandes ausgerichtet war.

Die Aufgabe der „qualitativen" Deregulierung bezieht sich einerseits auf eine Deregulierung der Normtexte (insbesondere durch textliche Vereinfachung und inhaltliche Harmonisierung) und andererseits auf eine Deregulierung der Normen (insbesondere durch Arrondierung, Zusammenführung und Vereinheitlichung von Rechtsinstituten sowie durch den Gebrauch von einheitlichen Begriffen).[16]

Die mit gegenständlichen Reformprojekt verbundenen „qualitativen" Deregulierungsvorhaben, welche sich beispielsweise auf die Zusammenfassung sämtlicher Kärntner Gemeindeorganisationsvorschriften zu einem „Kärntner Kommunalorganisationsgesetz" sowie aller kommunalen Abgabengesetze zu einem „Kärntner Kommunalabgabengesetz" beziehen, befinden sich in der Umsetzungsphase und werden in einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe schon seit einiger Zeit geprüft und ausgearbeitet.

5. Aufbau einer externen Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden

Der Aufbau einer externen Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden wurde im Jahr 2009 als Reformprojekt in den Masterplan der Gemeindeabteilung aufgenommen und ist auf die Erfüllung des zweiten Masterplan-Globalziels betreffend die Serviceleistung für die Kärntner Gemeinden gerichtet.

Grundlage für dieses Projektvorhaben war der Umstand, dass im Rahmen der von der Gemeindeabteilung praktizierten Beratungstätigkeit eine allgemeine Rechtsberatung der Kärntner Gemeinden im Zusammenhang mit dem Vollzug von Verwaltungsaufgaben des eigenen übertragenen Wir-

kungsbereiches umfasst ist. Ungeachtet dessen werden die Kärntner Gemeinden jedoch in zunehmendem Umfang mit einzelfallbezogenen Rechtsproblemen (z. B. Vertragsrecht, Schadenersatzrecht) konfrontiert, welche eine – über die allgemeine Rechtsberatung hinausgehende – individuelle Beratung und Vertretung durch externe RechtsexpertInnen erforderlich machen.

Für eine solche rechtsfreundliche Beratung und Vertretung der Kärntner Gemeinden bestanden seitens der Kärntner RechtsanwältInnen bisher keine besonderen Angebote und Konditionen, weshalb im Auftrag des zuständigen Gemeindereferenten seitens der Gemeindeabteilung gemeinsam mit dem Kärntner Gemeindebund und der Rechtsanwaltskammer für Kärnten ein entsprechendes **Beratungs- und Leistungspaket der Kärntner RechtsanwältInnen für die Kärntner Gemeinden** ausgearbeitet wurde.

Die im Rahmen dieses Paketes vereinbarten Leistungen der Kärntner RechtsanwältInnen wurden in einer **Kooperationsvereinbarung** festgeschrieben und umfassen spezielle Angebote für die Kärntner Gemeinden; beinhaltet sind beispielsweise eine kostenlose Erstberatung („Erste Anwaltliche Auskunft"), eine Option für eine Folgebeauftragung zu „besonderen Konditionen", eine Option für eine Beauftragung spezialisierter RechtsanwältInnen zur Durchführung von Eintreibungsmaßnahmen zu „besonderen Konditionen" – sofern diese Verfahren aus diversen Gründen (z. B. besonderes Naheverhältnis zum/zur SchuldnerIn) nicht durch die Gemeinde selbst durchgeführt werden können bzw. müssen (z. B. Abgabeneinhebung), sowie die Möglichkeit kurzfristiger Terminvereinbarungen in den Gemeinderäumlichkeiten. In der vorliegenden Kooperationsvereinbarung wird auch ausdrücklich auf die Einbeziehung der BürgerInnen Bedacht genommen. Demnach besteht für die Kärntner Gemeinden die Option, die kostenlose Abhaltung von Sprechtagen für die GemeindebürgerInnen durch die Kärntner RechtsanwältInnen in Anspruch zu nehmen.

Für die Inanspruchnahme der angebotenen Leistungen wurde den Kärntner Gemeinden eine Liste mit den an der Kooperation teilnehmenden RechtsanwältInnen zur Verfügung gestellt, aus welcher sie den „Anwalt ihres Vertrauens" auswählen können.

Die Art und das Ausmaß des Inhaltes der vorliegenden Kooperationsvereinbarung soll nunmehr im Rahmen einer regelmäßigen Evaluierung überprüft und an allenfalls geänderte oder ergänzte Bedürfnisse angepasst werden.

Als Ziel des gegenständlichen Reformprojektes soll neben der Steigerung der Qualität der Rechtsberatung in den Kärntner Gemeinden auch dem Umstand entgegengewirkt werden, dass die Kärntner Gemeinden nicht

auf erforderliche und notwendige Rechtsberatungen von ExpertInnen zum Zwecke der Durchsetzung allfälliger zu Recht bestehender Ansprüche aus Kosteneinsparungsgründen verzichten.

Als Zukunftsperspektive dieses Reformprojektes ist die Ausweitung des oben dargelegten Beratungs- und Leistungspaketes für die Kärntner Gemeinden sowie die GemeindebürgerInnen auch auf die Leistungen anderer beratender Tätigkeiten angedacht.

6. Schlussbemerkung

Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsreformen beschreiben keine einmalige, zeitlich abgeschlossene Aktion, sondern vielmehr einen permanenten und dauernden Optimierungsprozess im Rahmen der öffentlichen Verwaltungen. Aufgrund der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen und Entwicklungen werden immer neue Herausforderungen an die Innovationsfähigkeit und Innovationsfreudigkeit der öffentlichen Verwaltungen – insbesondere auch auf der kommunalen Ebene – gestellt.

Es ist unbestritten, dass in diesem Reformprozess die betroffenen MitarbeiterInnen in den öffentlichen Verwaltungen – sowie in den Kärntner Gemeinden – wichtige PartnerInnen sind, denn nur durch ihre Innovationsbereitschaft und Flexibilität können die erforderlichen Verwaltungsreformmaßnahmen zur Steigerung der Effizienz und der Effektivität der Leistungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Die dargestellten Reformprojekte zeigen die unterschiedlich gelagerten Zielrichtungen des kommunalen Reformbedarfes im Sinne der Ansätze des New Public Managements, welche aufeinander abgestimmt und harmonisiert werden müssen; gleichzeitig gilt es aber auch, trotz der Notwendigkeit von innovativen Verwaltungsreformprojekten jene Kontinuität und Stabilität zu bewahren, die die Wirtschaft und die Gesellschaft von den öffentlichen Verwaltungen erwarten.

Die Aufgabe der Aufsichtsbehörde ist somit – zusätzlich zur klassischen Aufsichtsfunktion und Revisionstätigkeit – auch darauf fokussiert, die Gemeinden im Rahmen eines Servicepools in ihrer zentralen Rolle als „ersten Ansprechpartner“ für die BürgerInnen zu unterstützen und damit die Qualitätssteigerung bei der Erfüllung der Gemeindeaufgaben positiv zu fördern. Die Konzentration der Aufsichtsbehörde auch in Richtung eines „Dienstleisters“ für die Kommunen setzt ein klares Zeichen für ein modernes Verständnis des Aufsichtsbegriffes im Sinne des New Public Managements.

Anmerkungen

1 Ungeachtet dessen, dass die Verfasserin im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Abteilung 3 – Gemeinden des Amtes der Kärntner Landesregierung mit kommunalen Verwaltungsreformvorhaben befasst ist, gibt der gegenständliche Beitrag die persönlichen Auffassungen der Verfasserin wieder.

2 Regierungsprogramm von FPÖ und SPÖ für die 29. Gesetzgebungsperiode 2004–2009.

3 Regierungsprogramm von BZÖ und ÖVP für die 30. Gesetzgebungsperiode 2009–2014; online im Internet unter URL: http://www.ktn.gv.at/42030_DE-LAND:UND_POLITIK-Landesregierung.

4 Abteilung 3 – Gemeinden, Abteilungsleiter Dr. Franz Sturm, Mießtaler Straße 1, 9020 Klagenfurt am Wörthersee (im folgenden kurz „Gemeindeabteilung" genannt).

5 ARGE Quantum, Institut für betriebswirtschaftliche Beratung GmbH, und Puma Consult, Public Management, Dr. Magdalena Bleyer.

6 Siehe dazu auch *Ebner/Matschek,* Auf dem Weg zum strategischen Management für die Verwaltung, in: Zeitschrift für innovative Verwaltung 6/2009, 18 ff.

7 Vgl. dazu Kärntner Verwaltungsakademie [Hrsg.], Bildungsprotokolle (2004) Band 10, 71 ff.

8 In den folgenden Ausführungen kurz als „RIS" bezeichnet.

9 Vgl. hiezu oben Pkt. 2. b) betreffend die Ziele der Gemeindeabteilung.

10 S*turm/Tschuschnig/Burgstaller,* Abteilung 3 – Gemeinden des Amtes der Kärntner Landesregierung, Legistischer Leitfaden für die Erlassung von Verordnungen auf Gemeindeebene (2007), vgl. auch *Burgstaller,* Legistische Richtlinien für die elektronische Erzeugung von kommunalen Rechtsvorschriften, in: Kärntner Verwaltungsakademie [Hrsg.], Bildungsprotokolle (2007) Band 15, 121 ff.

11 Vgl. *Kemptner,* Abteilung 2 V – Verfassungsdienst des Amtes der Kärntner Landesregierung, Legistik-ABC, Richtlinien für die Formulierung von Rechtsvorschriften (1995).

12 Der Legistische Leitfaden ist für die Nutzer des Behördennetzes des Landes Kärnten online im Intranet unter URL: http://intranet.ktn.gv.at, abrufbar.

13 Vgl. hiezu oben Pkt. 2. a) betreffend die Ziele der Gemeindeabteilung.

14 Die Kärntner Landesrechtsordnung umfasste mit Stichtag 1. Juni 2001 insgesamt 345 Landesverfassungsgesetze und (einfache) Landesgesetze.

15 Siehe dazu näher *Glantschnig/Kemptner/Sturm,* „Die Deregulierung der Landesrechtsordnung" – ein Teilprojekt der „wirkungsorientierten Landesverwaltungsreform", in: Kärntner Verwaltungsakademie [Hrsg.], Bildungsprotokolle (2001), Band 7.

16 *Kemptner/Sturm,* Die Deregulierung des Kärntner Landes- und Gemeinderechtes in Evaluierung der Gesetze/Gesetzesfolgenabschätzung (II), 63 ff.

Daniela Ebner[1]

Reformstrategie: Wissens- und Innovationsmanagement in den Kärntner Gemeinden

Zur Initiierung von Innovationsprozessen und der nachhaltigen Etablierung eines innovationsfördernden Managementansatzes, stellen der Wissensaustausch und -transfer wirksame und gezielte Instrumente für die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Gemeindeverwaltungen dar, um innovative Lösungen oder neuartige Verfahrensweisen von anderen kennen zu lernen, Ansätze zu Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen oder zündende Funken für neue Ideen zu legen. Um eben diesen Wissenstransfer zu ermöglichen, wurde seitens des Landes Kärnten, Abteilung 3 – Gemeinden, eine Innovationsbörse eingerichtet. Ziel dieser Plattform ist der gegenseitige Informationsaustausch zwischen Gemeinden, um aktuelle Reformprojekte (sog. Best Practice Modelle) zu dokumentieren und Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen. Darüber hinaus sollen ganz bewusst Formen des Wettbewerbs etabliert sowie die stärkere Vernetzung der Gemeinden im Sinne eines effektiven Wissenstransfers gefördert werden.

1. Einleitung

Neben einem grundlegenden gesellschaftlichen Wertewandel ändert sich auch das Anspruchsverhalten der BürgerInnen an die öffentliche Verwaltung: ganz im Zeichen der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, steigern sich die an die Gemeinden erhobenen Ansprüche und Erwartungshaltungen der BürgerInnen hinsichtlich der Qualitäts- und Kundenorientierung, begleitet von Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Darüber hinaus verringert sich vor dem Hintergrund **aktueller Entwicklungen am Finanz- und Arbeitsmarkt** sowie durch den Rückgang der Einnahmen aus den kommunalen Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben der finanzielle Handlungsspielraum für Kärntens Gemeinden zusehends. Für die **überwiegend kleinen und ländlichen Kärntner Gemeinden** (rund die Hälfte hat weniger als 5000 EinwohnerInnen) stellt die Erfüllung dieser Ansprüche eine wachsende Herausforderung dar, zumal das ständig zunehmende Angebot kommunaler Leistungen nur durch eine begrenzte Anzahl an MitarbeiterInnen erbracht werden kann. Gleichzeitig ist eine grundsätzlich abnehmende Akzeptanz des bestehenden Systems und zunehmende Politikverdrossenheit aufgrund real bestehender oder

aber auch subjektiv gefühlter Ineffizienz, Langsamkeit und Unpersönlichkeit des Verwaltungshandelns zu verzeichnen, wobei bürokratische Verhaltensweisen der MitarbeiterInnen die Organisation – vor allem auf den unteren Hierarchiestufen – zunehmend enthumanisieren und sich damit ebenfalls abträglich auf die Leistungsfähigkeit von Verwaltungen auswirken.[2]

Parallel dazu lässt die **Entwicklung neuer Informationstechnologien** althergebrachte Arbeitsweisen scheinbar obsolet erscheinen: Wissen wird aufgrund der eingesetzten Technik sowohl leicht speicher- und reproduzierbar, als auch mittels Netzwerksystemen sekundenschnell allerorts verfügbar, wodurch bürokratische Spezialisierungstendenzen und hierarchische Strukturen sowie das Dienstwegprinzip als gänzlich überholt bezeichnet werden können.[3] In Zeiten zunehmender Globalisierung bzw. Marktliberalisierung steigt zudem die Bedeutung kommunaler Verwaltungen als Standortfaktor im Kampf um (internationale) Unternehmensansiedelungen zunehmend. Von den öffentlichen Verwaltungen sollen dabei sowohl die Rahmenbedingungen für privates Handeln vorgegeben als auch konkrete Verwaltungsleistungen im Lebens- und Wirtschaftsraum in politischer und strategischer Hinsicht in Funktion eines Netzwerkorganisators und -koordinators erbracht bzw. gesteuert werden.[4]

Den sich ändernden Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns und dem dadurch entstehenden Reformdruck können öffentliche Verwaltungen bzw. Gemeinden nur dann standhalten, wenn entsprechende Anpassungs- und Veränderungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden. Neben der Auseinandersetzung mit neuen Aufgaben sehen sich allen voran die Gemeinden zunehmend mit der Situation konfrontiert, nicht allein Vorgedachtes zu realisieren, sondern vielmehr eine Vorreiter- und -denkerrolle einnehmen zu müssen und sich somit aus der Situation des bloßen „Reagierens“ hin zur aktiven Einnahme der Rolle des „Agierens“ im Sinne eines zweckgerichteten Programmentwurfes bzw. einer -interpretation verändern zu müssen.[5]

2. Wissenstransfer als Basis für Innovationen

Geht man davon aus, dass das Wissensmanagement und dessen Transfer sowohl in der Privatwirtschaft als auch in den öffentlichen Verwaltungen den selben Regeln und Prinzipien unterliegt, so ist nicht von der Hand zu weisen, dass bei der Übertragung privatwirtschaftlicher Konzepte die **Spezifika der öffentlichen Hand** beachtet werden müssen, um die neuesten Erkenntnisse für die Gemeinden im Umgang mit Wissensmanagement nutzbar zu machen.

Gemeinden unterliegen – wie sämtliche Bereiche der öffentlichen Verwaltung – nicht vorrangig der Maxime der Gewinnerzielung und -maximierung und sind damit nur in begrenztem Maße einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Angesichts sinkender Steuereinnahmen und entsprechender demographischer Veränderungen wird jedoch auch im öffentlichen Sektor zusehends jegliche Art von Einsparungen durch effizienten Ressourceneinsatz gefordert. Die **effektive Nutzung der Ressource „Wissen"** spielt somit auch in Gemeinden eine entscheidende Rolle, da für die Mehrheit der Arbeitsplätze der tägliche Umgang mit Information und Wissen von grundlegender Bedeutung ist. Sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Bereich gilt somit das Postulat: **Wissen ist gleichzusetzen mit Innovation.** Insbesondere für Gemeinden stellt dabei der **Erwerb neuen Wissens** sowie die **Erschließung und der gesicherte Zugang zu bestehendem Wissen** die Grundlage für ein strukturiertes und nachhaltiges Verwaltungshandeln dar.

Im Hinblick auf die Dokumentation und den Transfer von Wissen wird nachstehend besonders jenen Instrumenten Beachtung geschenkt, welche den Wissensmanagementprozess in den Gemeindeverwaltungen unterstützen und entsprechend forcieren können. Mag dabei auch der Anschein entstehen, dass die **technische Unterstützung** des Wissensmanagements zusehends in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt wird, darf dabei jedoch nicht vernachlässigt werden, dass der Einsatz von Instrumenten zur Unterstützung des Wissensmanagements trotz des bereits vorangeschrittenen Technikeinsatzes eine große Herausforderung für – nicht zuletzt kleine – Gemeinden darstellt. Um die diesbezügliche **Akzeptanz,** aber auch den **Wirkungsgrad** durch die praktische Umsetzung in den Verwaltungen zu **erhöhen,** bedarf es einer Orientierung an bzw. Abstimmung mit den Gesamtaufgaben und übergeordneten Zielen der jeweiligen Verwaltung. Bei der **Etablierung** von Instrumenten eines öffentlichen Informations- und Wissensmanagements handelt es sich um **weitreichend nachhaltige** und **strategische Entscheidungen,** welche innerhalb einer heterogenen Organisationsstruktur und unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse und der zu leistenden Aufgaben getroffen werden müssen.

3. Personal als wichtigste und ungenützte Ressource

Reichard weist bereits Anfang der 1980er Jahre darauf hin: ***„das Personal ist die wichtigste Ressource der Verwaltung",***[6] und zeigt damit den – in der Literatur weit geteilten – Widerspruch auf, dass das Verwaltungspersonal einerseits den – wie jeder Haushaltsaufstellung zu entnehmen – wertvollsten und teuersten „Produktionsfaktor" der Verwaltung darstellt, gleichzeitig aber auch dessen am wenigsten genutzten bzw. geförderten.[7] Damit

kommt den **Humanressourcen** öffentlicher Verwaltungen die Rolle **als wichtigstes Leistungspotenzial** bzw. **Leistungsreserve** zur Steigerung der Effizienz und Qualität des Verwaltungshandelns zu.[8]

Diese Veränderungsnotwendigkeit verdeutlicht sich obendrein durch den Umstand, dass aufgrund knapper finanzieller Ressourcen bzw. eines bestehenden Finanzierungsdefizites langfristig mit einem Stellenabbau bzw. -einsparungen innerhalb des Personalkörpers gerechnet werden muss. Bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs wächst somit der Druck auf das bestehende Personal, was dessen Bedeutung als „wichtigste" Ressource und gleichzeitig kritischen Faktor – einerseits als Kostenträger, andererseits als Leistungsträger – der öffentlichen Verwaltung zudem unterstreicht.[9]

4. Wissen = Macht[10]

Wissen kann als ein sich ständig änderndes Konglomerat aus der Vernetzung von Informationen bezeichnet werden und umfasst dabei auch die spezifischen Fachkenntnisse, persönlichen Erfahrungen und Wertvorstellungen sowie das Können der MitarbeiterInnen. In Organisationen ist Wissen häufig nicht nur in physisch existenten Dokumenten und Speichern enthalten, sondern ist auch als Ausdruck der Unternehmenskultur in organisatorischen Routinen, Prozessen, Praktiken und Normen integriert.

Neben der Einbettung des Wissens in verschiedene Themenbereiche kann es mit unterschiedlichen Graden der Gewissheit einhergehen und auf verschiedenen Wegen erworben, gerechtfertigt, weitergegeben, präsentiert oder verfügbar sein. Meist wird jedoch zwischen **explizitem** Wissen und **implizitem Wissen** unterschieden, je nachdem, ob über Wissensbausteine bewusst verfügt und sie gegebenenfalls auch sprachlich ausgedrückt werden können (= explizites Wissen). Demgegenüber zeichnen sich implizite Inhalte dadurch aus, dass sie nicht auf eine solche Weise verfügbar sind, was beispielsweise für persönliche Erfahrungen, Wertvorstellungen oder Überzeugungen gilt.

Faktoren, die den Wissenstransfer in öffentlichen Verwaltungen determinieren bzw. wesentlich erschweren, sind zum überwiegenden Teil im teilweise **mangelhaft ausgeprägten Vertrauen zwischen den handelnden Akteuren,** der nicht existenten Fähigkeit, individuelle Nutzeneffekte der Wissensweitergabe zu identifizieren, der Angst, eventuelle **Fehler öffentlich zu machen,** sowie einer **grundlegenden Skepsis** vor Veränderungen zu suchen. In diesem Zusammenhang kommt insbesondere den kommunalen (Nachwuchs-)**Führungskräften** die Funktion zu, entsprechende **Anreize für die Wissensweitergabe** zu setzen, zumal die technischen Voraussetzungen für einen entsprechenden Wissenstransfer auch öffentlichen

Verwaltungen längst zugänglich sind. So ist es problemlos möglich, durch entsprechend rechnergestützte Systeme Wissen jederzeit an jedem Ort in der gewünschten Datenqualität verfügbar zu haben; virtuellen Teams wird es ermöglicht, an beliebigen Arbeitsplätzen über das Netz miteinander zu interagieren und notwendige Informationen auf elektronischem Wege auszutauschen.

5. Wissen = Innovation

Seit gut 20 Jahren wird in Österreichs Verwaltungen mehr oder minder intensiv über den Begriff der „Innovation" bzw. des „Innovationsmanagements" – wenn auch nicht im selben Ausmaß wie in der Privatwirtschaft – diskutiert. Dieser Terminus hat sich mittlerweile im Zuge der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Österreich quasi als Standardvokabular in der öffentlichen Kommunikation, in Projektbeschreibungen und -vorhaben, aber auch politischen Programmen entsprechend etabliert. Durch die Katalysatorfunktion des öffentlichen Sektors für wirtschaftliches Wachstum und seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ist dieser von der elementaren Rolle des Fortschritts keinesfalls auszunehmen und in dieses Innovationsstreben und die kreative Entstehung von Problemlösungen demnach der soziale, gemeinnützige und öffentliche Sektor mit einzubeziehen. Parallel dazu wird im Zusammenhang mit Verwaltungsreformvorhaben – besser bekannt unter dem Schlagwort New Public Management – die Initiierung von Modernisierungsprozessen als Garant für einen entsprechend nachhaltigen Innovationsschub für öffentliche Organisationen, den Einbezug, die Leistungsfähigkeit und die Motivation der MitarbeiterInnen sowie die Verbesserung der Kommunikation proklamiert.

6. Der Begriff der Innovation

> *„Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird.*
> *Wenn es aber besser werden soll, muss es anders werden."*
>
> Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799)

Grundsätzlich ist der Begriff der „Innovation" in Wirtschaft und Gesellschaft durchaus positiv besetzt – auch wenn er zusehends zu einer leeren Worthülse zu verkommen droht. Er gilt dennoch als Garant des Fortschritts und als wichtiges Kennzeichen für die Fähigkeit einer Organisation, sich an sich verändernde Umweltbedingungen anzupassen und weiter zu entwickeln. Innovationen stellen dabei, allgemein gesprochen, geplante, zielgerichtete Erneuerungen und Veränderungen dar, welche sich einerseits – in einer prozessualen Sichtweise – als **Erneuerungsprozess,** andererseits –

in einem objektbezogenen Zugang – im **Ergebnis eben dieses Erneuerungsprozesses** manifestieren. Demnach können Innovationen immer nur in einem konkreten Bewertungskontext im Sinne eines Vergleiches von „Alt“ und „Neu“ beurteilt werden. Dementsprechend haben speziell Gemeinden ganz individuelle Vorstellungen und Erwartungen an das Thema Innovation bzw. Innovationsmanagement: was für eine Gemeinde ein Innovationsprojekt (z. B. eine neue Homepage samt verschlüsseltem Datenzugang) darstellt, kann für die Nachbargemeinde bereits „ein alter Hut von gestern“ sein.

7. Innovationen managen

Theorien zur Entstehung von Innovationen sind in der Literatur hinlänglich dokumentiert bzw. von zahlreichen Erklärungsversuchen geprägt. *Schumpeter* etwa führt die Entstehung von Innovationen auf außergewöhnliche Unternehmerpersönlichkeiten, die eine Neuerung gegen Widerstände durchsetzen, zurück; andere sehen sie als Anpassung an sich verändernde Kundenbedürfnisse oder wirtschaftlich-technische Erneuerungen. Eine seitens des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) im Rahmen des Städtetages 2005 durchgeführte Befragung von Führungskräften in den Gemeinden zur Entstehung von Innovationen auf Gemeindeebene zeigt folgendes Bild:[11]

- *Innovationen entstehen tendenziell schrittweise, evolutionär und sind eher das Ergebnis eines strikten und intensiven Planungsprozesses;*
- *Innovationen werden durch den systematischen Vergleich mit anderen gefördert, aber meist in der Verwaltung selbst entwickelt.*

Die überwiegende Anzahl von Anstößen und Anregungen zu Innovationen geht von den Gemeinden selbst und dort wiederum primär von der Verwaltungsspitze und erst in zweiter Linie von den Beschäftigten selbst aus. Den eigenen Führungskräften – sowohl den BürgermeisterInnen als auch den Führungskräften – wird dabei auch zukünftig die größte Bedeutung hinsichtlich der Förderung anstehender Innovationen zugesprochen.

Nach der Frage „wie“ Innovationen in Gemeinden entstehen, öffnet sich das zweite Handlungsfeld, inwieweit Rahmenbedingungen geschaffen werden können, um Innovationen gezielt zu fördern?

Am Beginn jeder Innovation steht die zündende Idee. Es stellt die zentrale Aufgabe der Führungskräfte in den Gemeinden dar, die für Innovationen notwendigen Rahmenbedingungen und Kompetenzen in der eigenen Gemeinde zu schaffen. Dies bezieht sich sowohl auf die personellen (Individualkompetenzen) als auch die organisatorischen Voraussetzungen, damit das vorhandene kreative Potenzial genützt, zündende Ideen ent-

wickelt und innovative Projekte nicht nur aufs Papier gebracht, sondern auch in die Realität umgesetzt werden können.

Dieser Umsetzungs- stellt im Gegensatz zum Routineprozess hohe Anforderungen an Führungskräfte, zumal einzelne Organisationseinheiten nicht immer über die entsprechenden Rahmenbedingungen verfügen müssen, andererseits teilweise aber auch nicht immer den idealen Ort für die selbst entwickelten Ideen darstellen. Grundlegende Eckpfeiler sind jedoch das Leben einer entsprechend zukunftsgerichteten und innovativen Organisationskultur (wie etwa eine grundsätzlich positive Einstellung Neuerungen gegenüber oder das Zulassen des Scheiterns von Projekten; aber auch beispielsweise durch die Etablierung eines leistungsorientierten Entgeltsystems, welches in dieser Hinsicht wiederum gezielt Anreize setzen kann), ein positiver Umgang mit dem „Ungewissen" (im Sinne der Betrachtung eines Fehlers als Chance), aber auch eine pro-aktive Auseinandersetzung durch die Beobachtung der Zukunft und die Entwicklung einer entsprechenden Strategie.

Gerade hier kann auf Gemeindeebene ein entsprechender Nachholbedarf geortet werden: die Entwicklung erfolgreicher Zukunftsstrategien mittels Konzepten, Methoden und Praktiken, um Wissensressourcen in Gemeinden zu fordern und zu fördern, aber auch die Etablierung einer innovativen Verwaltungspolitik, um Innovationen in den strategischen Zielen der Gemeinden festzuschreiben und damit das Innovationsmanagement gezielt mit der strategischen Gemeindeführung zu verknüpfen und damit in der Organisationskultur zu verankern.

8. Ausgewählte Instrumente des Wissenstransfers in den Kärntner Gemeinden

KÄRNTEN
INNOVATIONSBÖRSE

8.1. Die Innovationsbörse des Landes Kärnten

Die Innovationsbörse der Kärntner Gemeinden wurde seitens der Abteilung 3 – Gemeinden entwickelt, um den Gemeinden, aber auch der Öffentlichkeit einzelne innovative Projekte exemplarisch, verständlich und übersichtlich strukturiert zugänglich zu machen. Gemeinden finden auf dieser Plattform komprimiertes Wissen zu Optimierungspotenzialen im Gemeindehaushalt sowie ein Netzwerk mit praxiserprobten Ideen, Erfahrungen

und Instrumenten. In diesem Zusammenhang versteht sich die Innovationsbörse – gegliedert in die Bereiche „Best Practice“, „Check it!“ und „Kommunales Bauen“ – als ein Schaufenster und Katalysator für eine innovative und nachhaltige regionale und grenzüberschreitende Gemeindeentwicklung.

Best Practice

Der Begriff Best Practice stammt aus der angloamerikanischen Betriebswirtschaft und bezeichnet die Anwendung bewährter Verfahren, Methoden, technischer Systeme und Geschäftsprozesse, die eine Organisation in wesentlichen Arbeitsfeldern zu Musterbetrieben für andere machen.

Diese Anwendungen von „Musterlösungen“ sind nach dem Prinzip des sogenannten Benchmarkings – einem systematischen und kontinuierlichen Prozess des Vergleichens von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen – möglich. Relevant ist dabei, dass nicht die gesamte Organisation bzw. Gemeinde (soweit überhaupt möglich) Gegenstand des Vergleiches ist, sondern ausgewählte Prozesse und Dienstleistungen als Referenzwerte zur Anwendung kommen. Mit der Orientierung an „Best Practice-Modellen“ können die Gemeinden die eigenen Dienstleistungen, Produkte, Projekte, Methoden und Systeme mit bereits realisierten Modellen der Praxis vergleichen und gegebenenfalls durch neue Zielsetzungen erweitern oder verbessern. Im gegenständlichen Bereich der Innovationsbörse finden sich ausgewählte Beispiele innovativer Projekte mit Informationen zu Projektumsetzung, Planungszeit, Ansprechpartner etc., wodurch jederzeit auf die Erfahrungen und Ergebnisse innovativer Ideen und deren Umsetzung zugegriffen werden kann, aber auch exemplarisch für konkrete Problemstellungen neue Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Check It!

Kennzahlen spielen eine wesentliche Rolle innerhalb eines jeden **Management-Informationssystems,** indem Soll-Kennzahlen (Zielgrößen) den entsprechenden Ist-Werten gegenübergestellt werden. Es besteht dadurch die Möglichkeit, Abweichungen vom Zielkurs und -wert rechtzeitig zu ermitteln und entsprechend aufzuzeigen. Die derart belegten Abweichungen

können in weiterer Folge auf ihre Ursachen hin analysiert werden, um damit geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten. Das Grundprinzip der so generierten Kennzahlen besteht dabei darin, **eine Vielzahl von Einzelinformationen auf wenige steuerungsrelevante Informationen zu reduzieren** bzw. zu verdichten, um damit komplexe Sachverhalte prägnant und anschaulich mit Hilfe weniger Messgrößen übersichtlich darzustellen.

In den Sub-Kategorien *„Steuern“*, *„Investitionen“*, *„Darlehen“*, *„Energie“* und *„Versicherungen“* werden Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Basis für dieses „Wissen“ sind in einzelnen ausgewählten Gemeinden – mit Unterstützung entsprechender ExpertInnen – durchgeführte „Checks“ in Bezug auf bereits realisierte Pilotprojekte. Hauptaugenmerk bei der Gestaltung dieser „Selbst-Checks“ und der Generierung entsprechender Kennzahlen wurde auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung der Gemeinden und das Aufzeigen von Optimierungspotenzialen gelegt. Ein Vergleich mit Branchenkennzahlen oder Kennzahlen anderer (Gemeinde-) Gesellschaften ermöglicht darüber hinaus die Bestimmung der eigenen Position und die Erkennung von Verbesserungspotenzialen im Sinne von Betriebsvergleichen und Benchmarking-Aktivitäten.

Kommunales Bauen

Rückläufige Einwohnerzahlen, steigendes Durchschnittsalter und differenzierte Lebensstile erfordern auch in der Baulandentwicklung neue Herangehensweisen und stellen Gemeinden vor gänzlich neue Herausforderungen. Aufgabe der an der Planung und Realisierung öffentlicher Bauten beteiligten Akteure muss es sein, sich auf die Suche nach einem planvollen Umgang mit entsprechenden Entwicklungen zu begeben. Dafür sind individuelle, kooperative Verfahrensweisen des Baulandmanagements erforderlich, deren Grundlage für eine qualitätsorientierte Wohnungsmarktentwicklung jene Konzepte darstellen, an denen öffentliche Institutionen und private Akteure gemeinsam arbeiten und in regional abgestimmter Vorgehensweise fördern. Aufgabe des kommunalen Bauens ist es demnach, Lösungen für kooperative, finanzierbare und strategische Baulandbereitstellung zu entwickeln und zu publizieren.

Die Funktion öffentlicher Bauten in Kärntens Gemeinden erstreckt sich

über eine Bandbreite vom Amtsgebäude über Schul- und Sportbauten bis hin zu Kunst am Bau. Dieser Teil der Innovationsbörse wurde in Kooperation mit der Kammer der Architekten entwickelt und dokumentiert ausgewählte und prämierte Beispiele von Gemeindebauten und liefert Informationen zur Architektur, den Projekterfahrungen der Gemeinden, aber auch den angefallenen Kosten sowie Planungs- und Bauzeiten.

8.2. Alpen-Adria-Kommunalforum

Ziel des Alpen-Adria-Kommunalforums ist es, ein **grenzüberschreitendes Forum für Gemeinden und deren Unternehmen, Regionen, aber auch Unternehmen mit Bezug zum öffentlichen Sektor** aus dem Alpen-Adria-Raum und Ex-Jugoslawien in Velden am Wörthersee **dauerhaft** zu etablieren. Das Kommunalforum soll dabei den TeilnehmerInnen die Gelegenheit zur **interkommunalen und interregionalen Vernetzung (EU-Projekte, IKZ, Städtepartnerschaften** etc.), einem **entsprechenden Wissens- und Erfahrungsaustausch** sowie zur **Kooperation und Zusammenarbeit** bieten. ExpertInnen aus den Gemeinden, Regionen, öffentlichen und privaten Unternehmen und InteressensvertreterInnen aus Politik und Wirtschaft sollen den TeilnehmerInnen in praxisnahen **Best-Practice-Referaten** und im Rahmen von Projektvorstellungen Ziele und Wege für den Aufbau und die Gestaltung einer modernen Gemeinde und einer modernen Region aufzeigen.

8.3. Verwaltungsinnovationspreis der Kärntner Gemeinden

Gemeinden stellen als Anbieter von Infrastruktur, als Behörde oder als Auftraggeber einerseits wichtige Partner der Wirtschaft dar und spielen andererseits eine wesentliche Rolle zur nachhaltigen regionalen Entwicklung. Gemeinhin gelten Innovationen als wesentliche Schlüssel zu hohem Wirtschaftswachstum und zukunftssicheren Arbeitsplätzen, wodurch es naheliegend ist, gerade auf Gemeindeebene Anstrengungen zu unternehmen, in diesem Zusammenhang gesetzte Initiativen gezielt zu fördern und zu dokumentieren.

Im Rahmen des **Innovationswettbewerbes 2008** wurden Gemeinden und deren Bedienstete, aber auch überregionale Kooperationen und regional ansässige Nonprofit-Organisationen eingeladen, Konzepte für derartige Vorhaben zu entwickeln bzw. bereits bestehende Konzepte oder Ideen einer Prüfung auf Umsetzungsmöglichkeiten hin zu unterziehen. Ziel des Wettbewerbes war es, innovative Vorschläge für eine nachhaltige regionale Entwicklung aufzuzeigen und in weiterer Folge als Best Practice-Modelle wiederum über das Medium der Innovationsbörse der Kärntner Bevölkerung und den Gemeinden näher zu bringen.

9. Resümee

Gemeinden werden zusehends mit neuen organisatorischen Herausforderungen – zur Bewältigung der durch die Umwelt an sie gestellten Ansprüche – konfrontiert. Dabei geht es um die **nachhaltige und wirkungsvolle Etablierung von Netzwerken** und die **Schaffung von Innovationspotenzialen,** welchen ein entsprechendes Maß an Selbständigkeit und Entscheidungskompetenz zur Entfaltung von kreativen Ideen zugestanden werden muss. Diese und die Voraussetzungen dazu muss die Verwaltung selbst schaffen wie auch Konzepte zur wirkungsvollen Steuerung selbiger entwickeln. Ein erster Schritt in die Richtung der effektiven Nutzung und den Transfer vorhandener Potenziale und Wissensbausteine wurde und wird durch die Einrichtung einer Innovationsbörse samt Dokumentation entsprechender Vorzeigeprojekte geschaffen. Der Nutzen dieser Konzepte, aber auch der Innovationsbörse wird jedoch im Wesentlichen durch den Input der mitwirkenden Akteure, der Aktualität der Daten und den einfachen Zugang zu den Informationen auf der Plattform determiniert. Eine besondere Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang die stetige Erneuerung bzw. Vervollständigung der Liste an Innovationsprojekten dar, welche durch die gezielte Forcierung, beispielsweise durch die Initiierung eines Wettbewerbes zur Prämierung von Verwaltungsinnovationen, aber auch die gezielte Projektförderung innovativer Ideen gelingen soll.

Weitere Informationen zur Innovationsbörse des Landes Kärnten bzw. dem Wissenstransfer in den Kärntner Gemeinden finden Sie unter: www.innovationsboerse.ktn.gv.at

Anmerkungen

1 Ungeachtet dessen, dass die Verfasserin im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Abteilung 3 – Gemeinden des Amtes der Kärntner Landesregierung mit kommunalen Verwaltungsreformvorhaben befasst ist, gibt der gegenständliche Beitrag die persönliche Auffassung der Verfasserin wieder.

2 Vgl. Frey, B./Kirchgässner, G. (1994): „Demokratische Wirtschaftspolitik“, Theorie und Anwendung. 2. Auflage, München 1994, S. 25.

3 Vgl. dazu u. a. Hill, H. (1997): Verwaltung im Umbruch, Zusammenfassende Dokumentation verschiedener Veröffentlichungen, Speyerer Arbeitsheft Nr. 109, Speyer 1997, S. 2; sowie Bleicher, K. (2004): Das Konzept Integriertes Management: Visionen, Missionen, Programme. 7. Aufl., Frankfurt/Main, New York 2004, S. 230; bzw. Thom, N./Ritz, A. (2006): Public Management; Innovative Konzepte zur Führung im öffentlichen Sektor. 3. überarb. und erweiterte Auflage, Gabler Verlag, Wiesbaden 2006, S. 214.

4 Vgl. Bußjäger, P. (2003): Moderner Staat und innovative Verwaltung, Wien 2003, S. 1 ff.

5 Vgl. Naschold, F./Bogumil, J. (2000): Modernisierung des Staates. New Public Management in deutscher und internationaler Perspektive, Opladen 2000, S. 80 f.

6 Korintenberg, W. (1998): Strategisches Personalmanagement für die öffentliche Verwaltung; Erfolg- und Mißerfolgsfaktoren im Reformprozess, Wiesbaden 1998, S. V.

7 Vgl. Reichard, C. (1982): Inhalt und Strategie eines Konzepts der Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung. In: Remer, A. (Hrsg.): Verwaltungsführung: Beiträge zu Organisation, Kooperationsstil und Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung, Berlin/New York 1982, S. 431, bzw. Damkowski, W./Precht, C. (1995): Public Management: neuere Steuerungskonzepte für den öffentlichen Sektor, Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 274.

8 Siehe dazu: Damkowski, W./Precht, C. (1995): Public Management: neuere Steuerungskonzepte für den öffentlichen Sektor, Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 220; Wagner, D. (1998): Personalmanagement als elementarer Bestandteil des Public Management. In: Wagner, D. (Hrsg.): Personal und Personalmanagement in der modernen Verwaltung. Berlin 1998, S. 23 f.; Klages, H. (1998): Erfolgreich führen und motivieren! In: Wagner, D. (Hrsg.): Personal und Personalmanagement in der modernen Verwaltung, Berlin 1998, S. 51 ff.

9 Vgl. Klages, H. (1999): Verwaltungsmodernisierung: „harte“ und „weiche“ Aspekte, 3. Auflage, Speyer 1999, S. 143, sowie Kühnlein, G. (1995): Fortbildung als Modernisierungsinstrument. In: Reichard, C./Wollmann, H. (Hrsg.): Kommunalverwaltung im Modernisierungsschub? Basel 1995, S. 204 f.

10 Lucius Annaeus Seneca

11 Vgl. dazu und im Folgenden: KDZ: „Wie kommt das ‚Neue' in die Stadt?“ – Innovationen managen – lokale Partnerschaften entwickeln. Diskussionsbeitrag für den Arbeitskreis 3 auf dem 55. Österreichischen Städtetag in Salzburg, Wien 2005, S. 5 ff.

Markus Matschek

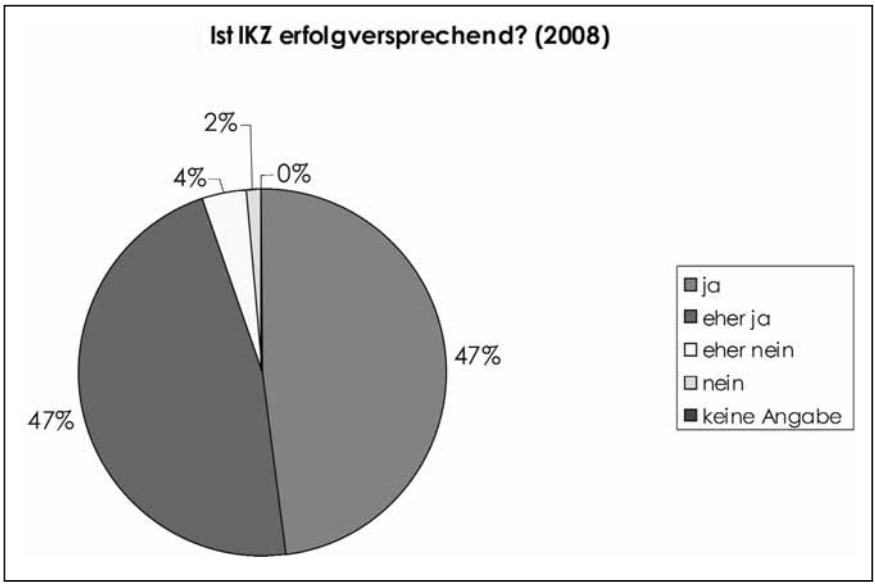
Interkommunale Zusammenarbeit als wichtiger Handlungsansatz für die Erstellung und Sicherung gemeindlicher Leistungen in Kärnten

Die Zusammenarbeit von zwei oder mehreren Gemeinden zur gemeinsamen Erbringung von öffentlichen Leistungen ist ein etabliertes und erfolgreiches Organisationsmodell. Sei es, dass eine Gemeinde Leistungen für andere erbringt, mehrere Gemeinden zusammen die Leistungen erstellen oder einer juristischen Person (z. B. Gemeindeverband) die Aufgabe übertragen wird. Das Ziel interkommunaler Zusammenarbeit (IKZ) ist die Sicherung einer effektiven und effizienten Leistungserbringung für die Bürgerinnen und Bürger. Mit IKZ können entweder die Kosten bei gleich bleibender Quantität und Qualität gesenkt oder Quantität und Qualität der Leistungen bei gleich bleibenden Kosten gesteigert werden. Gerade in den letzten Jahren hat das Thema IKZ angesichts zunehmender Finanznot, verstärkten (Standort-)Wettbewerbes und höherer Anforderungen der Leistungsabnehmer an Dynamik gewonnen. Der Entschluss zur IKZ ist eine strategische Organisationsentscheidung. Entscheidender Erfolgsfaktor und zentraler Motor der IKZ ist die aktive Unterstützung durch die Gemeindepolitik und Verwaltungsführung.

Dabei basiert Kooperation auf der Annahme, dass ein integriertes (interkommunales) Handlungssystem im Vergleich zu fragmentierten Strukturen handlungsfähiger ist. IKZ ist damit eine Antwort auf eine unwirtschaftliche Aufgabenwahrnehmung oder gar einen Aufgabenverzicht. Alternativen sind Änderungen der Aufgabenwahrnehmung (Wegfall oder Übertragung der Aufgabe auf eine höhere Staatsebene) und territoriale Reformen. Auch wenn der IKZ wegen ihrer nur mittelbaren Repräsentanz der Bürger und Bürgerinnen in den Organen ein Demokratiedefizit vorgeworfen wird, stellt sie gegenüber der Abgabe der Aufgabe bzw. einer Gemeindegebietsreform das demokratiepolitisch gelindere Instrument dar.

IKZ gilt in der heutigen Gemeindepraxis[1] als einer der wichtigsten Handlungsansätze für Reformen auf Gemeindeebene, und insbesondere die empirischen Ergebnisse der Untersuchungen von 2005 und 2008[2] zeigen ihren hohen Stellenwert (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Ist IKZ ein erfolgversprechender Ansatz (2008)?



Quelle: Verfasser

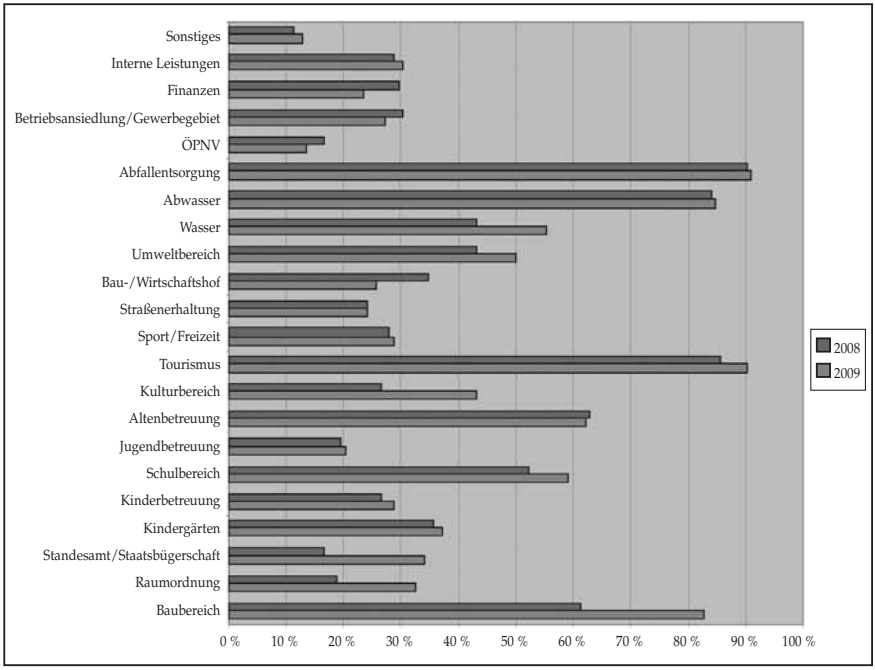
Zugrunde liegt den Untersuchungen die Prämisse, dass IKZ freiwillig erfolgen soll und sich staatliche Steuerung (zunächst) auf das Setzen von Rahmenbedingungen zu beschränken hat, die ein Zusammenwirken bis hin zur institutionellen Integration befördern.

Obwohl die Gliederung der gemeindlichen Gebietskörperschaften ursprünglich so gedacht war, das sie sich selbst genügen, erweist sich IKZ in der Praxis immer mehr als naheliegend oder sogar notwendig. In der Vergangenheit hielten die Gemeinden – mit Ausnahme der traditionellen Bereiche der Zusammenarbeit[3] – an ihren Zuständigkeiten fest und bestanden auf die eigenständige Erfüllung durch die eigene Verwaltung. Mittlerweile unterliegt diese Haltung einem grundlegenden Wandel. Verursacht wurde dieser Wandel durch die angespannte Haushaltslage der Gemeinden, den zunehmenden (Standort-)Wettbewerb, die demografischen Entwicklungen und die Zunahme an gemeindlichen Aufgaben. Im Mittelpunkt des Interesses steht daher die effektive und effiziente Wahrnehmung der gemeindlichen Aufgaben.

Die Untersuchungen zeigen, dass in Kärnten in vielen Aufgabenbereichen (siehe Abbildung 2) bereits erfolgreiche Kooperationen bestehen, vor allem in der Abfallentsorgung, im Tourismus und im Bereich Abwasser. Für die Zukunft ist mit einem Ausbau insbesondere in den Aufgabenbereichen

Betriebsansiedlung, interkommunale Wirtschaftsregionen mit Finanzausgleich[4] und im Bereich interne Leistungen (back office – Rechnungswesen, Gehaltsverrechnung, Beschaffung, u. a.) zu rechnen. Eine verstärkte Zusammenarbeit wird auch in den Bereichen Raumordnung, Schule, Kindergarten, Infrastrukturen, Ver- und Entsorgung, Straßen, Wirtschaftshöfe, Soziale Wohlfahrt, Einkauf, Wirtschaftsförderung, Informationstechnologien (IT) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) notwendig sein.

Abbildung 2: Vergleich Aufgabenbereiche 2005/2008:



Quelle: Verfasser

Der Umstand, dass man sich in der IKZ nach wie vor auf eher punktuelle und thematisch abgeschlossene Projekte beschränkt, verweist auf ein eher enges, primär technisches und im Kern additives Verständnis der IKZ. Daher sollte das Tätigkeitsspektrum der IKZ verstärkt auf multithematische Bereiche erweitert werden. Gerade die positiven Erfahrungen und die allgemein beobachtbare Ausweitung der IKZ lassen es lohneswert erscheinen, die bisherige Praxis um Ansätze einer bereichsübergreifenden und in der Perspektive offeneren Zusammenarbeit zu ergänzen bzw. sie in eine umfassende Zusammenarbeitspolitik überzuführen. Etwaigen Widerständen, wie sie zum Beispiel aus einem befürchteten Gestaltungs- und Auto-

nomieverlust erwachsen, wäre mit dem Hinweis darauf zu begegnen, dass finanzielle Sachzwänge und ein zu verzeichnendes quantitatives und qualitatives Aufgabenwachstum innerhalb der gegebenen Strukturen anders kaum wirtschaftlich zu bewältigen sei. Gerade angesichts des von den Gemeinden immer wieder betonten Freiwilligkeitsprinzips käme einer effektiveren und offeneren Kooperationsbereitschaft besondere Bedeutung zu. Beispielsweise wird diese Zielsetzung von den Gemeinden, der Entwicklungsagentur Kärnten und der Kärntner Landesregierung mit der Etablierung interkommunaler Wirtschaftsregionen – mit gemeinsamer Standort- und Wirtschaftspolitik und interkommunalem Finanzausgleich – engagiert verfolgt.

Doch Schwierigkeiten, wie das klassische „Kirchturmdenken" der Gemeinden sowie die Furcht insbesondere der finanz- und einwohnerschwächeren Gemeinden, ihre Interessen gegenüber größeren Partnern zu wenig durchsetzen zu können, und die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für umfassende Kooperationen, gilt es noch zu bewältigen.

Die wichtigsten erfolgversprechenden Kräfte sind aber das gegenseitige Vertrauen sowie die Aufgeschlossenheit und Bereitschaft der Gemeinden, Kooperationen zu betreiben sowie die IKZ als Chance zur Weiterentwicklung der Gemeinden zu sehen. Die Gemeinden stehen vor immer größeren Herausforderungen und müssen aus eigener Kraft geeignete Maßnahmen setzen, um ihre Zukunft zu sichern. Vor allem für kleinere und finanzschwächere Gemeinden – welche erheblich schwerer an notwendige Ressourcen kommen – kann mittelfristig das Motto nur lauten: „Gemeinsam sind wir stärker."

Welche Möglichkeiten haben Gemeinden nun, wenn sie sich mit dem Thema „Interkommunale Zusammenarbeit" beschäftigen?

- Für Gemeinden, die bislang nicht oder kaum kooperiert haben, ist es wichtig, einen Einstieg zu finden und Erfahrungen zu sammeln. Hier bieten sich z. B. Best-Practice-Modelle[5] an, die zeigen, wie erfolgreiche Projekte umgesetzt worden sind.

- Gemeinden, die bereits in mehreren Bereichen mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten, müssen hingegen überprüfen, in welchen Bereichen sich weitere Kooperationen realisieren lassen.

- Gemeinden, die bereits in vielen Bereichen kooperieren, stehen vor einer anderen Herausforderung: Für sie geht es darum, ihre bestehenden Kooperationen zu überprüfen, ob sie den ursprünglichen Zielen noch entsprechen bzw. ob die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Zusammenarbeit noch gewährleistet ist.

Mit der IKZ sind auch Risiken verbunden, wie unterschiedliche Leistungsbereitschaft der beteiligten Gemeinden oder nicht ausreichende Vereinbarungen und Verträge. Hier gilt es in Zukunft Überzeugungs- und Informationsarbeit zu leisten, damit diese Risiken ausgeschaltet werden können. Als Beispiel hierfür können Leitfäden und Vertragsmuster genannt werden.

Um IKZ in Zukunft für die Gemeinden zu erleichtern und zu verbessern, werden im Folgenden einige Lösungsansätze vorgestellt:

- Zu den Organisationsformen: Aus der Befragung der Kärntner Gemeinden hat sich ergeben, dass die Verwaltungsgemeinschaft nur eingeschränkt für Projekte im Bereich der IKZ genutzt wird. Verwaltungsgemeinschaften besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit, daher wäre es sinnvoll,die rechtlichen Grundlagen zu überarbeiten und die Möglichkeit einer Rechtspersönlichkeit einzurichten.
- Erstellung eines IKZ-Leitfadens: Die Erstellung eines Leitfadens bietet den Gemeinden die Möglichkeit, sich an diesem zu orientieren, und damit besteht eine Gewährleistung des Ablaufs von IKZ.
- Schaffen von erfolgreichen Pilotprojekten: Als Anreize für andere Gemeinden, dem erfolgreichen Projekt zu folgen und eigene Ideen umzusetzen.
- Schaffen von Anreizen und Fördermöglichkeiten für Gemeinden, die IKZ betreiben wollen und innovative Ideen haben.
- Intensive Aufklärungsarbeit leisten und versuchen, Misstrauen zu senken (Vertrauen durch Information).
- IKZ-Koordinationsmechanismen (bestehende Kooperationsstrukturen) stärken.
- Interkommunale Wirtschaftsregionen etablieren und damit im Standortwettbewerb bestehen.
- Schaffen von Bewusstsein auf der persönlichen und psychologischen Ebene der Partnergemeinden (Politiker, Verwaltung, Bürger).
- Deutlich machen, dass viele Aufgaben zum Teil schon seit Jahrzehnten im Wege der IKZ erfüllt werden. Diese umfassen Aufgaben des eigenen und des übertragenen Wirkungsbereiches, hoheitliche Agenden und Aufgaben im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung. Sie betreffen Aufgaben im Bereich der Leistungs- und Ordnungsverwaltung sowie auch im Bereich der planenden Verwaltung.

Die sich drastisch ändernden Rahmenbedingungen bewirken, dass sich die Aufgaben und Schwerpunkte für die Politik und Verwaltung ändern, und damit wird die Handlungsalternative IKZ in Zukunft noch mehr an Bedeu-

tung gewinnen. Die IKZ in regionalen (Wirtschafts-)Räumen stellt eine innovative Antwort auf den steigenden Effizienzdruck dar, denn damit werden keine Leistungen für die Bürger eingestellt, sondern (nur) neu strukturiert. Der Effizienzdruck, angetrieben insbesondere durch die Finanzkrise und die Erwartungen der Wirtschaft, von einheitlichen, effizienten und schlanken Lösungen gerät zunehmend in Konflikt mit Werten wie Bürgernähe, Partizipation und Subsidiarität. Insbesondere stellt sich die Frage, ob territoriale Reformen erforderlich sind, um dem Effizienzdruck standzuhalten.

Die wesentlichen Chancen der IKZ bestehen im effizienteren Ressourceneinsatz, der Bündelung von Fach- und Ressourcenkompetenzen, im gemeinsamen Auftreten sowie im Erhalt oder der Steigerung der Produkt- und Servicequalität der Gemeindeleistungen, insbesondere durch die Nutzung von Größen- und Spezialisierungsvorteilen (Synergieeffekte). Damit sich die Gemeinden für eine IKZ entscheiden, ihre bestehenden Kooperationen aufrechterhalten und sich auch auf neue einlassen, müssen vom Bund (Finanzausgleich) und Land (Anreizförderung) Strategien gesetzt werden, um die Zusammenarbeit für die Gemeinden attraktiver zu machen.

Die Unterstützung der IKZ durch das Land kann in Hinblick auf rechtliche, finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen erfolgen. IKZ kann durch gesetzliche Vorschriften gefördert, aber auch gefordert werden. Es sollten auch organisatorische Anreize geschaffen werden, damit politisch-administrative Barrieren für Kooperationen möglichst beseitigt werden. Im Bereich der finanziellen Rahmenbedingungen sollten vor allem finanzielle Anreize in Form von Zuschüssen, die für die Gemeinden bei der Abwicklung von Kooperationsprojekten zur Verfügung stehen, geschaffen werden. Die Bereitstellung finanzieller Mittel wirkt als positiver Motivationsfaktor.

Aber auch Plattformen[6] mit Informationen über gemeindeübergreifende Kooperationsmöglichkeiten, bereits erfolgreiche Pilotgemeinden sowie das Aufzeigen von Best-Practice-Modellen stellen einen wichtigen Ansatzpunkt dar. Städte und Gemeinden können sich auf diesen Plattformen über bereits realisierte Projekte informieren und die Informationen für die eigenen Projekte nutzen. Dies hat den Vorteil, dass sie unter Umständen auch aus Fehlschlägen lernen und so Planungs- und Entwicklungskosten reduzieren können.

IKZ ist ein komplexer und langfristiger Prozess, der neben den Menschen, die in den Gemeinden leben und arbeiten, auch die vorhandenen öffentlichen und privaten Einrichtungen, den rechtlichen und Planungsrahmen sowie die natürliche Umgebung betrifft. Die Gemeinden brauchen eine langfristig angelegte strategische Vision der Zusammenarbeit, um die vie-

len kritischen Erfolgsfaktoren optimieren zu können. Dies erfordert ein integriertes, bereichsübergreifendes Konzept sowie eine klar definierte Langzeitvision, einen Aktionsplan und eine kritische Masse für die Finanzierung.

Die gegenständlichen empirischen Studien zeigen, dass vor allem die klare Definition von Zielen der IKZ, die regelmäßige interne und externe Kommunikation sowie das Management des Kooperationsprozesses und die Unterstützung durch die Spitzen der Politik und der Verwaltung (IKZ ist Chefsache!) von erfolgskritischer Bedeutung sind. Die langfristige Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden ist damit zentrales Thema der klassischen Steuerung der politischen Prozesse und der Verwaltung in den Gemeinden.

Eine Partnerschaft führt oft zu Lösungen, die für beide Seiten innovativ sind. Das Konzept der IKZ basiert darauf, dass Städte, städtische Ballungsgebiete und andere, auch ländliche Gebiete, dann am erfolgreichsten sind, wenn sie wirtschaftliche, umweltpolitische und physische Dimensionen sowie öffentliche Dienste, Führungskompetenz und Standortqualität miteinander verbinden.

Abschließend ist festzustellen, dass die zunehmende Komplexität im Verwaltungsbereich und der Kostendruck die Gemeinden immer mehr erkennen lassen, dass eine vernünftige IKZ Ressourcen spart und ökonomisch sinnvoll ist. Werden die Gemeinden bei ihren Anforderungen gegenüber der IKZ zusätzlich noch vom Land unterstützt, ist davon auszugehen, dass künftig die Bedeutung der IKZ wachsen wird.

Die IKZ eröffnet die Möglichkeit innovativer Lösungsansätze und stellt somit ein Zukunftsmodell für die Erstellung gemeindlicher Leistungen dar. Die IKZ ist kein neuer Politikansatz, sondern eine erweiterungsfähige und in Teilen unterausgeschöpfte Handlungsressource der Gemeinden. Sie bietet Reformoptionen an, die über viele Jahrzehnte auf Gemeindeebene erprobt wurden. Aufbauend auf diese Zusammenarbeitspraxis dürften daher bei geeigneten Aufgabenfeldern, Akteurskonstellationen und Rahmenbedingungen relativ schnell (materielle) Erträge zu verwirklichen sein, die mit Blick auf das Freiwilligkeitsprimat geringere Reformkosten verursachen, als sie alternative Politiken, wie etwa eine Anpassung von Gebietsstrukturen, zur Folge hätten. Hierdurch lassen sich Effizienzrenditen erzielen, die den Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden selbst zugute kommen. Interkommunale Handlungsansätze dienen so dem Erhalt und Ausbau lokaler wie regionaler Gestaltungspotenziale. Eine moderne Gemeindepolitik zeichnet sich damit durch intelligente IKZ aus. Auch als bewusste Alternative zu Privatisierungen kann über IKZ für die Bürger ein breites Dienstleistungsspektrum kostengünstig und qualitativ hochwertig

vorgehalten werden. IKZ ist kein Allheilmittel, aber eine (erfolgversprechende) Strategie zur Zukunftssicherung der Gemeinden.

Anmerkungen

1 Vgl. Regierungsprogramm für Kärnten (2009), S. 14 f.

2 In den Jahren 2005 und 2008 wurden von der Kärntner Landesregierung (2008 in Zusammenarbeit mit der FH Kärnten, Studiengang Public Management) die Amtsleiter und Amtsleiterinnen der 132 Kärntner Gemeinden hinsichtlich des Standes, der Entwicklungstendenzen und der persönlichen Einstellung in Bezug auf „Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)“ mittels Fragebogen befragt.

3 Schulgemeindeverbände, Sozialhilfeverbände, Wasserverbände, Verwaltungsgemeinschaften.

4 Vgl. § 17 Finanzausgleichsgesetz 2008 – FAG 2008.

5 Vgl. www.ktn.gv.at (Innovationsbörse); www.verwaltungskooperation.at (Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum – KDZ).

6 Vgl. www.ktn.gv.at (Innovationsbörse); www.kdz.or.at; www.kgst.de; www.gemnova.net.

SONDERTHEMEN

Dieter Platzer/Rudolf Köller

Virenattacke auf das IT-System des Landes Kärnten – Krisenmanagement und Bereinigung

Rahmenbedingungen

Das IT-System des Landes Kärnten ist seit 2004 nach ISO 9001:2000 und ISO 27000 zertifiziert und hat ein umfangreiches Qualitäts- und Sicherheitsmanagement aufgebaut.

Dabei wurden für alle wichtigen Säulen des Sicherheitsmanagements entsprechende Grundlagen geschaffen. Das Land Kärnten hat eine IT-Sicherheitspolitik (IT-Generalpolicy) entwickelt, die der Festlegung allgemein gültiger Grundsätze, Ziele und Verfahren des Informationssicherheitsmanagements für das IT-System des Landes Kärnten dient. Sie wurde im Rahmen der Einführung eines integrierten Informationssicherheits- und Qualitätsmanagementsystems erstellt und wird im Rahmen dieser Normen gewartet.

Die Ziele und Grundsätze dieser Sicherheitspolitik umfassen:

- die Erhöhung der Sensibilität und des Sicherheitsbewusstseins beim Umgang mit dienstlichen Informationen;
- die Einführung und Aufrechterhaltung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS), integriert in das Qualitätsmanagementsystem (QMS) in der IT-Abteilung des Landes;
- die Festlegung von Aufgaben, Befugnissen und Verantwortlichkeiten und ständige Weiterentwicklung des Systems;
- das Bereitstellen einer zeitgemäßen, verfügbaren und geschützten IT-Infrastruktur. Daten werden entsprechend verfügbar gehalten, geschützt, gesichert und archiviert;
- die Risiken werden systematisch bewertet und entsprechende Gegenmaßnahmen ausgearbeitet;
- vorrangig werden dabei diejenigen Maßnahmen umgesetzt, die dabei die höchste Effektivität und Effizienz erwarten lassen.

Die Regelungen der Sicherheitspolitik umfassen räumliche Zutrittsregelungen für mehrere Sicherheitszonen, Diebstahlschutz, Festlegung von Sicherheitsklassen und Stufen mit Klassifizierung von personenbezogenen Daten und Verfügbarkeitsklassifizierung von IT-Anwendungen und Syste-

men, Betriebsverfügbarkeit, organisatorische Maßnahmen, Rechteverwaltung sowie Datensicherung.

Zu all diesen Anforderungen wurden entsprechende Vorgehensweisen entwickelt und extern auditiert.

Das IT-System des Landes wird im zentralen Bereich (Server, zentraler Netzwerkbereich [Backbone] und lokales Netzwerk) durch die IT-Abteilung des Landes betrieben; der Bereich der dezentralen PC-Arbeitsplätze und Drucker ist an ein externes Unternehmen ausgelagert. Alle Prozesse sind mit Service Level Agreements hinterlegt.

Trotz dieser an sich hochwertigen Rahmenbedingungen wurde das IT-System des Landes im Jänner 2009 durch einen Virenbefall derart beeinträchtigt, dass im Sinne der Abwehr möglicher Schadwirkungen auf System und Daten und zur Bereinigung des Virenbefalls kurzfristig alle Mitarbeiter-PC vom Netz genommen werden mussten.

Abgesehen von den rein technischen Problemstellungen war es vor allem auch die organisatorische Herausforderung, die hier unter extremem Zeit- und Mediendruck zu bewältigen war.

Problemerkennung, Risikoabschätzung und erste Notfallmaßnahmen

Das Land Kärnten hat flächendeckend eine Systemmanagementsoftware im Einsatz, über die Software, Sicherheitsupdates und Virenpattern verteilt werden. Es werden bei allen Systemen sichere Passwörter verwendet, bei mehrmaliger falscher Passworteingabe erfolgt eine automatische Sperre des Benutzeraccounts. Im Rahmen des Helpdesks werden Fehler aufgezeichnet und monatlich analysiert. Üblicherweise werden ca. 200 User pro Monat wegen fehlerhafter Passworteingaben gesperrt. Am Beginn des Virenbefalls ist diese Anzahl um ca. 15 Prozent gestiegen. Seitens der Systemadministratoren wurde dies auf die längere Feiertagspause zurückgeführt. Ein Anschlagen des Virenschutzsystems ist nicht erfolgt.

Die Situation eskalierte schlagartig, als plötzlich alle Benutzeraccounts durch eine misslungene Bruteforce-Attacke (= primitives, automatisiertes Ausprobieren von möglichen Passwörtern) des Virus gesperrt wurden und dies offensichtlich nicht auf ein technisches Fehlverhalten der Authentifizierungsserver, sondern auf eine unbekannte Schadsoftware zurückzuführen war.

In diesem Zusammenhang war es von primärem Interesse, festzustellen, ob es sich bei der Virenattacke um einen gezielten Angriff handelte, der nur auf das Land Kärnten ausgerichtet war. In diesem Fall wäre davon auszu-

gehen gewesen, dass ein Angreifer mit dem Virus in das Landesnetz eingedrungen wäre und möglicherweise einige IT-Systeme unter seine direkte Kontrolle gebracht haben könnte. Die Motivation für einen solchen Angriff hätte eine politische oder kriminelle sein können. Mit seinem leistungsfähigen Netzwerk wäre das IT-System des Landes geeignet, um damit missbräuchlich einen größeren Angriff auf andere, externe IT-Systeme durchzuführen.

Nachdem die Attacke mit hoher Intensität erfolgte und bei ihrem Erkennen die Wirkungen nicht unmittelbar absehbar waren, wurde von der IT-Leitung mit entschlossenen, pragmatischen und raschen Maßnahmen reagiert. Da der Schutz von personenbezogenen Daten der Bürger höchste Wichtigkeit hat, wurde unverzüglich jede Verbindung in das Internet und vom Internet auf das Landessystem für die Endgeräte und die zentralen Server unterbrochen. Damit konnte garantiert werden, dass eine mögliche, vorerst vermutete, gezielte Beeinflussung des Systems durch außenstehende Angreifer ab diesem Zeitpunkt ausgeschlossen werden konnte. Das Vorgehensmodell wurde hier mit dem Sicherheitsziel „allseitig und allpolig abschalten“ aus der Hochspannungstechnik übernommen.

Der nächste Schritt war eine Eingrenzung der Substrukturen des IT-Systems auf kleinere Einheiten, um hier isolierte, mit kleiner Mannschaft überschaubare „Kampfgebiete“ vorzubereiten.

Nachdem es im Bereich der Internetpräsenz, im Datenbankbereich und in der sogenannten „emilitarisierten Zone“ des Landesnetzes keine Symptome für einen Virenbefall gab, blieben diese Systeme online.

Auf diese Phase der Abgrenzung und Vermeidung von Bedrohungsausweitungen wurden als erster Schritt zur Bedrohungsanalyse auf einigen Rechnern zusätzliche, andere Virenschutzsysteme als das beim Land eingesetzte Antivirenprodukt installiert, um zu prüfen, ob wirklich ein Virenbefall vorliegt, welches System den Virus erkennen kann und ob auch eine erfolgreiche Bekämpfung möglich ist. Dadurch gelang rasch die eindeutige Diagnose eines Virenbefalls.

Es wurden in der Folge die Schadkomponenten des Virus extrahiert und damit 39 Antivirensoftwareprodukte beaufschlagt. Von diesen 39 Systemen konnten elf den Virus erkennen und einige davon diesen auch entfernen. Das bestehende Virenschutzprogramm des Landes hatte versagt.

Eine einfache, automatisierte Bereinigung war nicht möglich. Zur absoluten Eingrenzung eines weiteren Befalls und zur Sicherstellung der technischen Handlungsfähigkeit des Zentralsystems wurden alle Endgeräte vom zentralen Netzwerkbereich (Backbone) getrennt.

Es erfolgte die Einberufung aller IT-Mitarbeiter sowie beigezogener externer IT-Experten in die Einsatzzentrale in der IT-Abteilung.

Der nächste Schritt war die Einrichtung von drei parallel arbeitenden Teams mit unterschiedlichen Lösungsstrategien:

a) Erkennung und Bekämpfung mit dem bestehenden System,
b) Erkennung und Bekämpfung mit einem Alternativsystem,
c) Bekämpfung des Verbreitungsmechanismus und Isolation mit Betriebssystemmitteln und diversen Systemkonfigurationen.

Parallel dazu wurde versucht, alles Wissenswerte über den Virus, der als „Conficker.A" mit mehreren Mutationen identifiziert wurde, herauszufinden, um feststellen zu können, welche Schadwirkungen und Verbreitungsmethoden existieren. Entscheidend dabei war auch, eindeutige Aussagen treffen zu können, ob Passwörter gehackt werden konnten, Dateninhalte korrumpiert worden sind oder bereits Hacker im „Windschatten" der Attacke in das Landesnetz gelangt sein könnten.

Es wurden befallene Geräte sichergestellt, um eine Laborumgebung für Ausbreitungsmechanismen und Ursachenanalyse aufzubauen. Aus den Ergebnissen dieser Untersuchungen entstanden wertvolle Inputs für zusätzliche sichernde Maßnahmen.

Glücklicherweise konnten diese Vorarbeiten um 4 Uhr früh des ersten Arbeitstages (also bevor die Presse informiert wurde) abgeschlossen werden und eine klare und funktionierende Bereinigungsstrategie (Variante b mit zusätzlichen sichernden Maßnahmen) ausgearbeitet werden. Der Landesamtsdirektor wurde in dieser Analysephase regelmäßig über den Fortschritt und die Risiken für das Gesamtsystem informiert.

Die IT-Mannschaft und die beigezogene externe Unterstützung wurden auf einen 24-Stunden-Dienst umgestellt.

In dieser Situation bewährten sich jene Vorarbeiten, die beim Aufbau des Sicherheits- und Qualitätsmanagementsystems geleistet worden sind. Die IT-Mannschaft ist straff organisiert und konnte auf hervorragende Dokumentationen zurückgreifen. Die IT des Landes Kärnten hat eine klare, einfache und stringente Produkt- und Partnerstrategie in den letzten Jahren verfolgt. Dadurch konnte die Komplexität des Systems stark reduziert werden, sodass nur wenige Experten notwendig waren, um alle erforderlichen Maßnahmen in kürzester Zeit umzusetzen.

Im Kernbereich waren das konkret vier Mitarbeiter im Netzwerkbereich und vier Mitarbeiter im Bereich der Systemtechnik sowie die IT-Leitung. Natürlich können mit einem so kleinen Stab nur zentrale Maßnahmen gesetzt werden. Beim Land Kärnten wurde allerdings in den letzten Jahren eine Vorort-Organisation in den dezentralen Dienststellen mit ca. 50 Systemverantwortlichen aufgebaut. Diese Personen sind das Verbindungsglied zwischen den Fachbereichen und der IT-Abteilung und bilden das „Missing Link" für die Kommunikation der IT mit den Anwendern vor

Ort. Viele Systemverantwortliche erfüllen neben dieser Tätigkeit nach wie vor Facharbeit in ihren Dienststellen. Alle Systemverantwortlichen sind über die IT-Strategie, die IT-Ziele und die wichtigsten IT-Handlungsbereiche informiert (es gibt für sie regelmäßige Informationsveranstaltungen und sie werden durch die IT-Abteilung auch regelmäßig über betriebliche Themen informiert).

Bei der Bekämpfung des Virenbefalls waren die Systemverantwortlichen eine entscheidende Unterstützung.

Bekämpfungsstrategie

Das Land Kärnten betreibt ca. 3000 PC-Arbeitsplätze an mehr als 100 Standorten mit vier Mitarbeitern, das gesamte Netzwerk wird ebenfalls von vier Mitarbeitern betreut. Eine automatische Bekämpfung des Virenbefalls war nicht möglich, weil durch den hohen Netzwerkverkehr, den der Virus verursachte, die Softwareverteilung zusammengebrochen war. Eine automatische Deinstallation des alten Antivirenprogramms war ebenfalls unmöglich; außerdem waren auch bei der Virenbereinigung Benutzereingriffe nötig.

Eine Einbindung der User in den Bereinigungsprozess erschien nicht zielführend, weil deren Kompetenz und Informationsstand nicht einheitlich zu gewährleisten war.

Es wurde deshalb eine Einsatztruppe mit 40 Personen aufgestellt, die mit Installationsmedien, Checklisten und Einsatzplänen alle Arbeitsplätze bereinigen sollten. Auch hier hat sich das bestehende Qualitätsmanagementsystem bewährt. Aufgrund der hervorragenden Aufzeichnungen konnten die Einsatzpläne mit allen Arbeitsplatzdaten, Standorten, Ansprechpersonen und Kontaktdaten in kürzester Zeit erstellt werden. Nachträglich konnte festgestellt werden, dass fast 98 Prozent der Assets exakt den Aufzeichnungen entsprachen und man somit jederzeit wusste, was bei den Vorort-Einsätzen zu erwarten war. Durch die fixe Zuordnung von Netzwerkadressen zu Endgeräten war auch eine exakte räumliche Ortung befallener Geräte jederzeit möglich.

Nachdem das Land Kärnten den Betrieb der dezentralen PC-Arbeitsplätze an ein externes Unternehmen ausgelagert hat, konnte hier kurzfristig auch auf externe Mitarbeiter zugegriffen werden, wobei diese der Führung der zentralen Leitstelle in der LAD-EDV zugeteilt wurden. Damit konnten auch hier die Reaktionszeiten und die Planungszeiträume extrem verkürzt werden.

Die Bereinigung, die zwischen 30 Minuten und zwei Stunden pro Arbeitsplatz dauerte, wurde parallel von mehreren Teams durchgeführt. Die

Teams wurden über eine Checklistenlogistik gesteuert und der Bereinigungsvorgang dokumentiert.

Diese Teams arbeiteten hoch effizient. Das Netzwerk wurde nach den Bereinigungsaktivitäten mit einem generalstabsmäßigen Vorgehen wieder hochgefahren. Begleitend wurden zur Vermeidung jeglichen weiteren Risikos extreme Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. So wurden beispielsweise alle mobilen Internetzugänge gesperrt, da hier das höchste Risiko einer Neuinfektion vermutet wurde. Mobile Endgeräte, die nicht direkt im Landesnetz integriert waren, sondern über solche mobile Internetzugänge angedockt waren, wurden ausnahmslos eingezogen und neu aufgesetzt.

Im zentralen Serverbereich war die IT auch während des Virenbefalls handlungsfähig. Für besonders kritische Anwendungen wurden Notarbeitsplätze im Bereich des Rechenzentrums eingerichtet, die allerdings nur vereinzelt genutzt wurden.

Informations- und Kommunikationsstrategie

Eine akkordierte und einheitliche Informations- und Kommunikationsstrategie ist in einem solchen Krisenfall von entscheidender Bedeutung. Insbesondere die Führungskräfte müssen über den aktuellen Stand der Maßnahmen und Vorkommnisse stets informiert sein.

In diesem Sinne wurden sowohl das Regierungskollegium, die Abteilungsvorstände und die Bezirkshauptleute in mehreren Sitzungen über das Vorgehensmodell und alle begleitenden Maßnahmen informiert. Die verschärften Sicherheitsrichtlinien „IT-Kriegsrecht“ wurden ebenfalls über diese Ebene kommuniziert.

Wesentliches Augenmerk war, dass in den Krisensitzungen klar vermittelt wurde, dass eine Bekämpfung nur dann rasch und effizient erfolgen kann, wenn Priorisierungen und Umreihungen im Bereinigungsablauf auf das absolute Mindestmaß reduziert werden. Nur dann kann eine Einsatztruppe flächendeckend erfolgreich arbeiten.

Nachdem die Kärntner Krankenanstalten ebenfalls vom Virus befallen waren, wurden der KABEG alle beim Land bekannten Informationen sowie die entsprechenden Installationsmedien und Checklisten für die Virenbekämpfung übergeben. Einige Mitarbeiter der Bereinigungstruppe wurden zur Unterstützung an die KABEG abgegeben.

Es erfolgte ebenso eine aktive Informationsweitergabe an die IT-Leiter der anderen Bundesländer und an die IT-Leiter größerer Kärntner Unternehmen, damit diese gegebenenfalls vorbeugende Maßnahmen, aufbauend auf dem Wissensstand des Landes, setzen konnten.

Die Kommunikation mit der Presse erfolgte über den Landesamtsdirektor und den IT-Leiter des Landes.

Absicherung des Erreichten und Prävention

In Aufarbeitung des Virenbefalls fand eine zweitägige Managementbewertung der IT-Abteilung statt, in der Maßnahmen ausgearbeitet wurden, die das Risiko für eine ähnliche Bedrohung zukünftig reduzieren können. Insbesondere dem Thema „Einhaltung von Sicherheitsvorschriften" (IT-Compliance) wurde dabei hohes Augenmerk beigemessen.

Konkrete Maßnahmen sind:

- Einsatz von lokalen Firewalls auf allen PCs,
- unterschiedliche lokale Administratorpasswörter auf allen PCs,
- flächendeckende Einführung einer automatisierten Sicherheitsprüfung aller PCs (Trusted Network Computing),
- noch feinere Unterteilung des Landesnetzes in Sicherheitszonen,
- kürzere Intervalle bei der Überwachung von Service Level Agreements,
- strengere Überprüfung der Einhaltung von IT-Sicherheitsbestimmungen.

Im Auftrag des Landesamtsdirektors wurde im Mai 2009 die Ausarbeitung eines erweiterten Notlaufplanes gestartet. Damit sollen über die Vorkehrungen der IT-Abteilung hinaus organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Dienstleistungen der Verwaltung für die Bevölkerung auch bei einem stark beeinträchtigten IT-System bestmöglich erbringen zu können.

Dies umfasst die Bereitstellung eines Offline-Notfallhandbuches und Telefonbuches, organisatorische Vorkehrungen in den Dienststellen für einen provisorischen Aktenlauf, Priorisierungslisten für diverse Systeme und Dienste, Notfallkooperationen mit anderen öffentlichen Einrichtungen und dezentrale Dokumentenvorlagen.

Im Bereich der Telefonie wurden Anpassungen an der Spezifikation der geplanten Telefonie über das Datennetz (VOIP) dahingehend durchgeführt, dass eine Vermischung der aktiven Netzwerkkomponenten für PC-Kommunikation und VOIP keinesfalls erfolgt. Somit soll sichergestellt sein, dass bei einer gegebenenfalls zukünftig notwendigen Netzwerkabschaltung nicht auch die Sprachtelefonie unterbrochen ist.

Durch die offene Informationspolitik des Landes Kärnten konnten auch andere öffentliche Einrichtungen ihre Sicherheitsbereiche auf Risikofaktoren überprüfen und gegebenenfalls verbessern. Im Bereich der IT-Kooperation von Bund und Ländern wurde der Aufbau einer „Freiwilligen Feuerwehr" für den IT-Katastrophenfall aufgenommen und soll in den nächs-

ten Jahren umgesetzt werden. Dabei soll für Krisenfälle ein Pool von Experten zur gegenseitigen Unterstützung einrichtet werden, auf den in solchen Fällen zugegriffen werden kann.

Erkenntnisse

Der Einsatz der Mitarbeiter des Landes und der beigezogenen externen Unterstützer war hervorragend. Die ausgezeichneten Dokumentationen und das beim IT-System des Landes Kärnten eingesetzte Qualitäts- und Sicherheitsmanagementsystem haben dazu beigetragen, dass die Krise so rasch bewältigt werden konnte.

Nachdem auch zukünftig ein Restrisiko für einen Ausfall des IT-Systems (z. B. langer Stromausfall, Erdbeben, …) vorhanden ist, müssen IT-Sicherheitssysteme in einem ständigen Verbesserungsprozess auf die sich ändernden Rahmenbedingungen und Bedrohungsszenarien adaptiert und angepasst werden. Dafür ist ein Standard wie die ISO 27000 und die ISO 9000 ein geeignetes System.

Weiters hat sich gezeigt, dass zwar Zentralsysteme auf hohe Verfügbarkeit ausgelegt sind, dass aber das beste Rechenzentrum wertlos ist, wenn die – einzeln betrachtet – nicht so kritischen Endgeräte gesamtheitlich nicht einsetzbar sind.

Insgesamt hat der beim Land Kärnten aufgetretene Virenbefall zu einer österreichweiten Sensibilisierung für das Thema IT-Sicherheit, zu einer Reihe proaktiver Maßnahmen bei diversen privaten und öffentlichen Organisationen und damit zu einer allgemeinen Anhebung der IT-Sicherheit in Österreich beigetragen.

Reinhard Schinner

EU-Regionalpolitik in Kärnten 1995 bis 2013 +

Von Kärnten nach Lissabon und retour?

Wenn man die Wahlbeteiligung und die Wahlergebnisse der letzten Europa-Wahlen zum Europäischen Parlament vom 4. bis 7. Juni 2009 betrachtet, wird deutlich, dass die Europäische Union nicht als bedeutsamer Faktor für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zusammenhalt der europäischen Bürger gesehen wird, sondern als (un)notwendiges Übel, das sich die politische Kaste in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts ausgedacht hat.

Als ich mich Anfang der 90er Jahre erstmals mit der EU-Regionalpolitik beschäftigte, war auch ich nicht überzeugt davon, dass die damalige Euphorie für die EU innerhalb der Raumordnungs- und Regionalförderungsszene wirklich berechtigt ist.

Die einseitige wirtschaftliche Dimension der damaligen Europäischen Gemeinschaft überdeckte die zu dieser Zeit schon bekannten Notwendigkeiten der Stärkung der Regionen, aber vor allem die Defizite der europäischen Umweltpolitik.

Die Instrumente der EU-Regionalpolitik waren nur rudimentär und aus den Beispielen anderer Mitgliedsstaaten bekannt und von ihrer Grundausrichtung diametral zur bisherigen Vorgangsweise der endogenen (eigenständigen) Regionalentwicklung.

Letztere ging mit Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts davon aus, dass die sozioökonomische Entwicklung einer Region nicht vorrangig durch äußere Impulse (staatlich-zentrale Eingriffe bzw. grenzüberschreitenden Handel) geschehen soll, sondern durch die Nutzung der Potentiale vor Ort.

Dieser Ansatz, der auch im Begriff „Hilfe zur Selbsthilfe“ seinen Ausdruck fand, kam als entwicklungspolitisches Instrument der österreichischen Raumordnung vor allem in peripheren und/oder strukturschwachen Regionen zum Einsatz. Die Herangehensweise war demnach – nicht nur in Kärnten – jene, dass engagierte Personen auf lokaler Ebene gesucht wurden, die eigene Ideen für die Entwicklung ihrer näheren Heimat hatten und die personelle (BeraterInnen) und finanzielle Unterstützung (Land, Bund) erhielten.

Demgegenüber hielt 1995 mit der EU-Regionalpolitik die Philosophie der strategischen, eher zentralistischen Programmierung von regionaler Entwicklung auf der Basis von europaweiten Zielsetzungen Einzug.

Dieser eher aus der Planwirtschaft 50 Jahre davor bekannte Ansatz im Osten Europas löste nicht nur Begeisterung unter den Regionalentwicklern aus. Aber diese Skepsis wurde durch mehrere Rahmenbedingungen überdeckt: einerseits fand man den strategischen im Vergleich zum lokalen aktionistischen Ansatz für die Regionalpolitik sinnvoll(er), weil man dadurch nicht nur von den menschlichen Ressourcen vor Ort abhängig war; anderseits lockte der für die damaligen Zeiten doch prall gefüllte Geldtopf der Europäischen Union (EU).

Auch die inhaltlich nur wenig innovativen regionalpolitischen EU-Zielsetzungen wurden kaum diskutiert, sondern vom Aufbau der neuen (komplexen) Strukturen, der Diskussion von Programmierungsansätzen und der beginnenden „Ver-Institutionalisierung" zwischen Bundes- und Landesstellen überlagert.

Gemeinsam war beiden Konzepten, dass die Disparität zwischen Kleinregionen sowie städtischen und ländlichen Gebieten innerhalb einer Region wie Kärnten ausgeglichen werden sollte. Im Vordergrund stand demnach das alte Ziel, das aber mit neuen Instrumenten in einem neuen Stil der Bund-Land-Verwaltung mit EU-Mitteln erreicht werden sollte.

Regional statt lokal – Die EU-Regionalpolitik in Kärnten 1995 bis 1999 – Integrative Regionalentwicklung und viele Köche . . .

Die Ausgangssituation

Auf der Basis der formellen Zuständigkeiten, aber auch aufgrund der doch eher reaktiven Ausrichtung der Wirtschaftsförderung bis Anfang der 90er Jahre kam der Abteilung Landesplanung im Amt der Kärntner Landesregierung die Aufgabe zu, neben den ordnungsplanerischen Aufgaben wie Flächenwidmung und Regionalplanung auch die entwicklungspolitischen Tätigkeiten zu koordinieren.

Durch die Zuteilung der regionalpolitischen Kompetenz an das Bundeskanzleramt und dadurch indirekt an die Bund-Land-Plattform für Raumplanung und Regionalpolitik, der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), wurde deren Kärntner Fachmitglied, die Landesplanung, schon 1992 mit der EU-Regionalpolitik betraut.

Mit der positiven Volksabstimmung zum EU-Beitritt am 12. Juni 2004 wurde sich die gerade einmal zwei Jahre vorher entstandene Fachgruppe

EU-Regionalpolitik bewusst, dass ab 1. Jänner 1995 eine neue Periode der Regionalpolitik beginnen wird.

Was dies im Einzelnen für Veränderungen bedeuten würde, war damals sicher nur wenigen auf der Fachebene bewusst. Dementsprechend war auch die Informationsvermittlung zwischen der Fach- und der politischen Ebene schwierig.

Die Vermittlung der Veränderungen von der strategischen Programmierung über die Notwendigkeit der nationalen Kofinanzierung bis zur Einführung von Evaluierungen gelang anfangs auf Landesebene nur zögerlich.

Atmosphärisch war Brüssel der damalige „hot-spot", wie man heute sagen würde, und bedeutete das Betreten der internationalen Fachebene für eine – im europäischen Kontext – kleine Region; aber auch neue überregionale Kontakte zu Bundesstellen, vor allem im Bereich der Landwirtschafts- und Wirtschaftsförderung sowie zu Nachbarbundesländern, waren notwendig geworden. Schließlich galt es auch, verkrustete Englischsprachkenntnisse wieder aufzufrischen.

Die einprägsamsten Erkenntnisse waren zu dieser Zeit einerseits das Kennenlernen und Funktionieren der EU-Institutionen und anderseits das ständige Bemühen, aus regionaler fachlicher Sicht die Unsicherheit und Unwissenheit der EU-Beamten zum Thema Regionalpolitik in Österreich zu verringern.

Atmosphärisch kam dazu, dass innerhalb der Kärntner Verwaltung (den anderen BundesländervertreterInnen erging es ähnlich) diese europäischen Aktivitäten einen fast exotischen Stellenwert für die (nur) regional agierende Kollegenschaft einnahmen, der sich großteils in Desinteresse an dem Tun der EU-Experten ausdrückte.

Dadurch entstand in den ersten Jahren nach 1995 ein nur sehr kleiner Kärntner Expertenkreis zum Thema EU-Regionalpolitik, der im Wesentlichen aus den programmverantwortlichen Personen bestand.

Erst im Laufe der ersten EU-Programmperiode wurde das Thema interessanter, was sicherlich auch darauf zurückzuführen ist, dass über das Kärntner Verbindungsbüro in Brüssel immer mehr Landesbedienstete den Weg nach Brüssel fanden.

Die Förderprogramme

Inhaltlich war die EU-Regionalpolitik in Kärnten in der ersten Förderperiode von der Entwicklung der ländlichen Räume mit auf bestimmte Gebiete beschränkte Programme (Ziel 5b und Leader), aber auch durch einen ersten grenzüberschreitenden Ansatz (INTERREG II) geprägt.[1]

„Ziel 5b“ beschrieb einerseits formal ländliche Gebiete mit einem niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand und hatte mindestens zwei der folgenden Kriterien zu erfüllen: hoher Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, niedriges Agrareinkommen, geringe Bevölkerungsdichte und/oder starke Tendenz zur Abwanderung.

Die wesentlichste Herausforderung bestand demnach in der Abgrenzung der Fördergebiete („Ziel-5b-Gebiete“) bis zur Gemeindeebene und dies mit dem Hintergrund, dass EU-Mittel nur in diesen eingesetzt werden durften. Der Prozess von der Vorgabe der maximalen Gebietskulisse für Österreich durch die EU, der folgende Verteilungskampf zwischen den Bundesländern bis zur innerkärntnerischen „Gebietskulisse“, gemischt mit dem Versuch der Hinterlegung mit statistischen Daten, stellte sich als spannend und hochpolitisch heraus, war aber gleichzeitig aufgrund der Komplexität der politischen Ebene schwer vermittelbar.

Dies wurde noch durch die Notwendigkeit einer zusätzlichen Gebietsabgrenzung, der „Wettbewerbskulisse“, verstärkt. Hier ging es nicht um das Kriterium, in welchen Gebieten der EU-Mitteleinsatz erlaubt war, sondern wie hoch überhaupt Förderungen für wettbewerbsrelevante Projekte (im wesentlichen Investitionsprojekte von Unternehmen) in gewissen Gebieten erlaubt sein sollen.

Die Kriterien dafür waren ähnlich jenen in Ziel-5b-Gebieten, die von der EU genehmigten Gebiete (gemessen an Einwohnern) waren aber geringer.

So ergaben sich in Kärnten zwei Gebietsabgrenzungen auf Gemeindeebene, die zwar beide mit der EU-Regionalpolitik zu tun hatten, jedoch unterschiedliche Konfigurationen aufwiesen.

Dies führte mitunter zu einigen – auch sprachlichen – Verwirrungen, die durch eine größtmögliche Überlagerung der beiden Kategorien (Gebietskulissen) versucht wurden, hintan zu halten. Daraus entwickelte sich im Sprachgebrauch die Zuordnung von regionalpolitischen Förderungen pauschal in jene „im Zentralraum“ und „außerhalb des Zentralraums“. Dies ließ allerdings die bewusste Ausweisung von Fördergebieten im Grenzraum zu Slowenien und Italien, der zum großen Teil auch im Kärntner geographischen Zentralraum liegt, unter den Tisch fallen.

Der inhaltliche Schwerpunkt lag in der Programmierung von unterschiedlichen Themen über institutionelle Grenzen hinweg.

Es galt die große Bandbreite an Fördermaßnahmen[2], die durch EU-Verordnungen möglich waren, mit den regionalen Bedürfnissen und Potentialen zu verknüpfen.

Dies erfolgte im Wesentlichen mit der Übernahme bestehender Förderbereiche auf Landes- und Bundesebene in die Programmstruktur des Ziel-5b-

Programms mit insgesamt fünf Schwerpunkten.[3] Damit lässt sich das Ziel-5b-Programm – wie übrigens fast alle damaligen EU-Ziel-Programme – als eine Zusammenfassung bestehender nationaler Förderinstrumente mit der Kofinanzierung durch die Europäische Union (damals noch Europäische Gemeinschaft) charakterisieren.

Diese Strategie, die eine fast logische Konsequenz aus der Geschichte der Regionalentwicklung und -förderung in Österreich darstellte, war allerdings innerhalb Europas nur selten wiederzufinden. So haben vor allem die damaligen südlichen EU-Mitgliedsländer neue Förderschienen, aber vor allem auch neue Förderstrukturen parallel zu den bestehenden nationalen Förderinstrumentarien aufgebaut.

Das wirklich Neue aus österreichischer und Kärntner Sicht bezog sich auf den sogenannten „integrativen Ansatz"; damit war gemeint, dass alle wesentlichen regionalpolitischen Fachbereiche und damit auch deren verantwortlichen Institutionen erstmalig verpflichtet waren, über ihre Förderbereiche hinaus zu schauen und sich zumindest auf Projektebene abzustimmen.

Dieser Koordinationsprozess wurde über eine Programmgruppe versucht, die – im Unterschied zu anderen Bundesländern – keine Kompetenz in der Projektauswahl selbst hatte, aber sich zumindest in regelmäßigen Abständen zusammensetzte, sich zum Umsetzungsstand in den jeweiligen Schwerpunkten austauschte und für Einzelprojekte Abstimmungsprocedere vereinbarte.

Leader II

Die EU-Gemeinschaftsinitiative (GI) Leader II[4] wurde manchmal das „kleine 5b-Programm" genannt, hatte aber im Zeitraum 1995–1999 wesentlich ambitioniertere Zielsetzungen, als es ihre „große Schwester" hatte. Es ging um regionaltypische, zukunftsweisende Schwerpunktthemen, die der jeweiligen Kleinregion ein klares inhaltliches Profil geben sollten.

In Kärnten wurden dazu drei Kleinregionen ausgewählt (Carnica-Region/Rosental – Biene, Großglockner/Mölltal – Nationalpark, Norische Region/Götschitztal – Bergbau), die auf der Basis von ambitionierten Konzepten mit engagierten Personen Entwicklungsschritte setzten.

Es ging dabei auch um die Fortführung der endogenen Regionalentwicklung mit EU-Mitteln. Die damals gestarteten Prozesse und vor allem die gegründeten Arbeitsgruppen wirken teilweise bis heute in der gleichen oder ähnlichen Form weiter.

Diese Lokalen Aktionsgruppen mit ihren Leader-ManagerInnen können sicher auch als Wegbereiter des Regionalmanagements in Kärnten gesehen werden.

Lediglich die Abgrenzung und Zuordnung von potentiellen Förderprojekten zwischen den EU-Programmen Leader und Ziel 5b stellten damals gewisse Herausforderungen an die Projektträger und an die Programmverantwortlichen.

INTERREG II

Als wesentliche Ergänzung zu den national ausgerichteten EU-Förderprogrammen (Ziel 5b, Leader II und andere) stellte die EU-Kommission mit der Förderperiode 1994 beträchtliche Fördermittel für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG[5] zur Verfügung, die die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit und den Aufbau von überregionalen Netzen unterstützen sollte.

Dies stellte für Kärnten einen gänzlichen neuen Aspekt dar und eröffnete die Möglichkeit, zusätzlich zur regionalen Förderpolitik vor allem grenzüberschreitende Regionalpolitik zu beginnen.

Die Programmvorbereitungen gestalteten sich im Jahr 1994 vor dem EU-Beitritt insofern einfach, als eine gemeinsame Programmierung mit Slowenien und Italien nicht möglich bzw. erforderlich war.

Slowenien hatte zwar schon einen eigenen Staatscharakter, verfügte jedoch nur über ein finanzielles EU-Aufbau- bzw. Heranführungsprogramm (PHARE und PHARE-Cross-Border-Cooperation-CBC), das von den Strukturen und Inhalten kaum Überschneidungen mit den Vorgaben für die aus den Strukturfonds finanzierten INTERREG-Programme aufwies.

Italien dagegen hatte das INTERREG-Programm aufgrund der Nichtmitgliedschaft Österreichs schon regulär mit der Förderperiode 1994 begonnen.

Die Programme hatten für Kärnten auch insofern Neuigkeitscharakter, als sie die Kooperation mit jenen Nachbarbundesländern erforderten, die ebenfalls Grenzen zu Slowenien (Steiermark) bzw. Italien (Tirol) aufwiesen.

Diese Abstimmungsprozesse gestalteten sich im Prinzip einfach – vor allem wenn man den Vergleich mit späteren EU-Förderperioden zieht – und erforderten nur im Vorfeld, betreffend der finanziellen Mitteldotierung der einzelnen Grenzabschnitte, einige Verhandlungsrunden.

Inhaltlich wurden im Wesentlichen die regionalen Förderprogramme Ziel 5b neu „gebacken“, mit ergänzenden Sektoren wie Kultur und Umwelt garniert und mit dem „Sahnehäubchen“ „grenzüberschreitend“ verziert.

Überraschungen traten dann lediglich bei der Abwicklung und hier besonders bei der Suche von Projektpartnern auf der anderen Seite auf.

Auf der italienischen Seite wurden wir mit der Tatsache konfrontiert, dass deren Schwerpunkte nicht mit jenen Kärntens übereinstimmten und die

Strategie verfolgt wurde, dass der grenzüberschreitende Aspekt mit der Information der anderen Seite abgedeckt sein sollte. Aber auch kurze Bestätigungen der jeweilig anderen Seite für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurden als ausreichend angesehen und erlangten dementsprechend große Beliebtheit. So wurden meist kurz vor den Einreichungsfristen Briefe von Gemeindevertretern, Vereinen und öffentlichen Stellen rege hin und hergeschickt, die das jeweilige Projekt auf der anderen Seite der Grenze in höchsten Tönen lobte.

Die damaligen Projektgenehmigungen im gemeinsamen Begleitausschuss hatten manchmal auch die Art eines „Tauschgeschäftes", nach dem Motto: „Stimmst du bei meinem Projekt zu, stimme ich bei Deinem zu."

Im Slowenien-Programm gab es aus meiner Sicht mehr Ambition für im Ansatz tatsächlich grenzüberschreitende Projekte, obwohl die Genehmigungs- und Abwicklungsmechanismen aufgrund der Vorgaben der EU sehr unterschiedlich und damit komplexer waren.

Vor allem im Natur- und Umweltschutz und Kulturbereich wurden sicherlich einige wichtige erste Kontakte geknüpft und Projekte gemeinsam geplant. Auch die Bewerbung Kärntens gemeinsam mit Slowenien und Italien für die Olympia-Ausrichtung 2006 brachte einen Schub an intensiveren Projektentwicklungen (z. B. Talbahn Kranjska Gora–Dreiländereck).

Im Wirtschaftsbereich der beiden INTERREG-Programme wurden damals der Industriepark Arnoldstein um eine trilaterale Baustufe erweitert und Investitionen von grenznahen Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben unterstützt.

Natürlich war der Konnex zwischen manchen Investitionen und der grenzüberschreitenden Wirkung nicht leicht nachweisbar, aber es musste zumindest der Nachweis der nachbarsprachlichen Kompetenz im täglichen Geschäftsbetrieb erbracht werden (MitarbeiterInnenqualifikation, Marketingausrichtung etc.)

Im PHARE-CBC-Programm auf slowenischer Seite war allerdings kein wirtschaftspolitischer Ansatz enthalten und auch nicht im grundsätzlichen Verständnis der Programmverantwortlichen zu bemerken.

1995 bis 1999?
Mehr Strukturen – weniger Integration

Meine Einschätzung zur Programmperiode 1995–1999 im Nachhinein ist zweigeteilt; einerseits gab es viele positive Entwicklungen in der institutionellen Kooperation, anderseits entwickelte sich die inhaltliche Gestaltung der Regionalpolitik kaum weiter.

Der Ansatz der EU-Regionalpolitik, durch eine mittelfristige Strategie, einen durchdachten Maßnahmenkatalog und eine Finanzplanung den Disparitätenausgleich zwischen „reicheren“ und strukturschwachen Regionen zu versuchen, brachte eine neue Qualität mit sich.

Diese bestand sicherlich im neuen Denken für eine integrative Regionalpolitik und in der Einführung neuer Methoden. So setzte man sich aufgrund der EU-Vorgaben mit der Evaluierung der Programmplanung und -umsetzung erstmals intensiver auseinander. Aber auch die Etablierung eines finanziellen Monitoringsystems je Programm und die Verpflichtung der – zumindest – jährlichen Berichtslegung zum Umsetzungsstand bewirkte nicht nur mehr Arbeitsaufwand für die involvierten Förderstellen, sondern auch die intensivere Beschäftigung mit den eigenen inhaltlichen Zielen und Finanzflüssen.

Vor allem aber bewirkte der Prozess zur Programmerstellung und in der Folge zur Programmbegleitung das Entstehen von neuen und wertvollen institutionellen Kooperationen.

Der Bedarf der Kooperation zwischen Bundes- und Landesförderstellen und die neue Plattform aller beteiligten EU-Förderstellen auf der Ebene der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) ermöglichten so die Entwicklung einer Art „regionalpolitischen community“. Es wurden damit auch erstmalig die entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Raumordnung in den Vordergrund gestellt. Dadurch wurde es möglich, die hoheitliche Ordnungsplanung mit einem „finanziellen Zuckerl“ zu verbinden, in dem beispielsweise Regionalplanungen mit regionalen Entwicklungskonzepten und dahinter stehenden Fördertöpfen verknüpft wurden.

Zusätzlich kam es erstmals zu einer Begegnung der beiden Welten Raumordnung und Wirtschaftsförderung. Diese artikulierte sich vor allem im neu geschaffenen Gremium des Unterausschusses „Regionalwirtschaft“ (angesiedelt bei der ÖROK-Geschäftsstelle), der nicht nur zum Informationsaustausch diente, sondern auch wichtige fachliche Entscheidungen über alle EU-Programme hinweg und für das politische Gremium der ÖROK erarbeitete.

Dies bewirkte – nach meiner persönlichen Ansicht – eine bewusst gestützte Stärkung der Institution ÖROK, die damit einen wichtigen Ansatz einer bundesweiten Raumordnung verkörperte; gleichzeitig entwickelte sich die Geschäftsstelle der ÖROK mit dem kontinuierlichen Aufbau ihres know-hows zu einem nationalen Anker der Regionalpolitik Österreichs.

Dass dieser Aufbau von neuen Strukturen und Netzwerken bestehende Ressourcen stark belastete und neues Personal erforderte, war auch eine Konsequenz der ersten Schritte in der EU-Regionalpolitik. Doch die neuen Herausforderungen überdeckten diese Belastungen und führten auch

dazu, dass manche Spitzfindigkeit in den bürokratischen Rahmenbedingungen der EU bei der Programmabwicklung nicht in ihrer Intensität wahrgenommen wurde. Die Kritikfähigkeit der neu entstandenen Community war nur sehr gering ausgebildet.

Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich durch diese neuen Rahmenbedingungen ab 1995 persönliche Netzwerke zwischen den programmverantwortlichen Personen innerhalb Kärntens und darüber hinaus entwickelten, die auch über die Regionalpolitik hinaus bis heute bestehen.

Die inhaltliche Ausrichtung des Kärntner Ziel-5b-Programms kann als Fortschreibung der bestehenden regionalpolitischen Maßnahmen charakterisiert werden.

Jede beteiligte Förderstelle übernahm mehr oder weniger seine Instrumente in das Förderprogramm und garantierte so die finanzielle Höherdotierung seines Bereiches.

Dieser ernüchternde Befund zeigte sich auch in der ex-post-Evaluierung der Programme, die starke finanzielle Umschichtungen von den wenig vorhandenen innovativen Förderansätzen zu den klassisch-pragmatischen Schienen konstatierte. Allerdings befand sich Kärnten damit in guter österreichischer Gesellschaft.

Ein damals auch stark zu bemerkender Trend, der teilweise schon bei der Programmierung auftrat, betraf den zunehmenden Ersatz von nationalen durch EU-Fördermittel. Dies hatte nicht nur zur Folge, dass manche Förderschienen nur mehr auf EU-kofinanzierte Projekte und (aufgrund der Gebietskulissen) Gebiete beschränkt wurden, sondern dass einige Förderstellen in die Programme hineindrängten um – aufgrund der notwendigen nationalen Kofinanzierung – ihre nationalen Mittel nicht zu verlieren.

Diese Entwicklung zeigte sich in Kärnten insbesondere bei der damaligen Förderschiene der Orts- und Regionalentwicklung (ORE). Diese für die Lebensqualität im ländlichen Raum geschaffene Förderschiene ging bis zum Ende der Förderperiode gänzlich in die EU-Kofinanzierungsschiene über. Damit wurde einerseits erreicht, dass das Ziel der regionalen Entwicklung (im Unterschied zur bis dahin dominierenden lokalen Projektausrichtung) forciert werden konnte, allerdings auf Kosten der Flexibilität und des flächendeckenden Einsatzes.

Der größte Mangel betraf aber die kaum vorhandene Umsetzung des integrativen Ansatzes.

Die Programmstruktur gab – entsprechend den Zielsetzungen in den EU-Verordnungen – Anlass zur Hoffnung, dass die wesentlichsten Institutionen der Regionalentwicklung (Landwirtschaft, Gewerbe/Industrie, Tourismus, Bildungs- und Beschäftigungspolitik, Gemeinden, Raumplanung)

versuchen werden, aufeinander abgestimmte Maßnahmen und in der Folge dann integrative, sektorübergreifende Projekte zu entwickeln und zu fördern.

Meine Erfahrung war eher jene, dass jede Institution für sich ihre Projekte plante, auswählte und abwickelte und kein wirkliches Interesse an einer integrativen Regionalpolitik bestand.

Dies hing sicherlich nicht (nur) an den Führungsebenen oder den maßnahmenverantwortlichen Institutionen, sondern auch an der Grundstruktur der Förderpolitik, die spezifisches Fachwissen für die Beurteilung sektoraler Projekte erfordert und sektorale Verantwortungen im Hintergrund hat. Das Zusammenarbeiten mit anderen Fachbereichen hat da nur wenig Platz und beruht meist nur aufgrund persönlichen Engagements.

Auch die politischen Vorgaben für zumindest themenkonzentriertes Vorgehen oder regionale Schwerpunktsetzungen über alle sektoralen Interessen hinweg gab es nicht.

Auch wenn heute noch schwärmerisch an diesem integrativen Ansatz der Regionalpolitik aus der ersten EU-Strukturfondsperiode 1995–1999 erinnert wird – die Zusammenarbeit der Sektoren in den Regionen fand damals nicht statt und wird auf der Basis des bestehenden fachlichen und politischen Fördersystems auch in Zukunft nicht möglich sein.

Ein weiterer Punkt – der sich in der darauf folgenden EU-Förderperiode noch verstärken sollte – betraf die mit der Programmlaufzeit zunehmende Fokussierung auf den Verbrauch der EU-Mittel, die finanzielle Programmausnutzung.

Damit einhergehend trat die Auseinandersetzung mit der inhaltlichen Ausrichtung des Programms und dessen Adaption immer mehr in den Hintergrund. Es verging keine programmspezifische Besprechung, in der nicht die rechtzeitige Verausgabung der EU-Mittel im Zentrum stand. Der Ausweg bestand dann meistens im Wundermittel „Umschichtung“, in der Umplanung von Programmmitteln von der einen in die andere Förderschiene. Diese Vorgangsweise wurde nicht nur in Kärnten intensiv gepflegt, sondern in den meisten EU-Programmen und führte oft zu ungläubigem Staunen auf der Seite der EU-Kommission angesichts der Vielzahl an Programmabänderungsanträgen.

Allerdings war das die Konsequenz aus der „blauäugigen Programmierungswut“ für diese Förderperiode. Man versuchte auch in Kärnten bis in Details hinein Maßnahmen inhaltlich und finanziell zu planen; diese Planungen erfolgten ohne Berücksichtigung von wirtschaftlichen Strukturänderungen oder mangelnder Absorptionsfähigkeit bei bestimmten Förderwerbergruppen und Teilregionen.

Diese Erfahrung musste Österreich erst durchleben, wogegen andere EU-Mitgliedsstaaten damals schon flexiblere Maßnahmendefinitionen und schlankere Programmstrukturen entwickelt hatten.

Für die Gemeinschaftsinitiativen Leader II und INTERREG II kann ein grundsätzlich positives Resumee gezogen werden, da beide neue themenfokussierte Ansätze in die Regionalpolitik Kärntens einbrachten und erstmalig auch die grenzüberschreitende Kontaktaufnahme – Zusammenarbeit wäre wohl zu hoch gegriffen – mit relativ hohen Finanzmitteln unterstützten.

Lediglich das doch hie und da vorhandene Desinteresse an regionaler und überregionaler Kooperation und der mangelnde Antrieb für eine aktive Projektentwicklung dämpften den Erfolg dieser EU-Initiativen.

So wurde das Programm auf slowenischer Seite als Unterstützung der Gemeinden und deren lokalen Initiativen interpretiert, womit wirtschaftlich orientierte Kooperationen nicht möglich waren.

Der pro-aktive Projektentwicklungsansatz, der auf der österreichischen Seite insofern verfolgt wurde, als für gewisse Projektideen Projektträger gesucht bzw. mit potentiellen Projektträgern Projekte entwickelt wurden, war bei den Programmpartnern in Italien und Slowenien nicht bekannt und gegen deren Förderverständnis.

Ein weiterer kritischer Punkt betraf die erstmalige „Berührung" mit dem EU-Beihilfenrecht im Rahmen der INTERREG-Programme. Dass es EU-weite Regelungen für die maximale Förderhöhe von wirtschaftlich relevanten Projekten gab, war vielen beteiligten Fördereinrichtungen unbekannt.

Dies wurde vor allem bei den relativ hohen Fördersätzen relevant, die innerhalb der INTERREG-Schiene möglich waren.

Aus meiner Sicht wurde damals der erste Schritt für die Entwicklung der heute typischen Projektträgerschaft innerhalb der INTERREG-Projekte gelegt. Der Fördersatz und auch die Art der förderbaren Kosten animierte Dienstleistungsunternehmen, Vereine und andere, die INTERREG-Förderung als dauerhaftes Standbein für ihre Geschäfts- und Projekttätigkeit zu sehen.

Beiden INTERREG-Programmen war in der Periode 1995–1999 auch gemeinsam, dass es unzählige Arbeitstreffen auf Programmebene gab, die versuchten, die unterschiedlichen Denkweisen im inhaltlichen und organisatorischen Bereich der jeweilig anderen Seite zu ergründen.

Dass dies nur rudimentär gelang, zeigten später die langwierigen Programmverhandlungen für die folgenden Programmperioden 2000–2006 und 2007–2013.

Der positive Nebeneffekt war sicherlich jener, dass damals beide Seiten „Land und Leute“ kennen gelernt haben und damit zumindest die persönliche Ebene der Zusammenarbeit gestärkt wurde.

Abschließend zu diesem Befund der folgende Ausschnitt aus dem Evaluierungsbericht zur Zwischenbewertung der Kärntner INTERREG-Programmteile:

> *„INTERREG hatte in Kärnten eine längere Anlaufphase. In der Kärntner Politik und Verwaltung hat INTERREG teilweise eine geringe Akzeptanz; die geringe Dotation und die anspruchsvollen Kriterien sowie die viele Mühe, die in der komplizierten Abwicklung steckt, lassen eher zum Ziel 5b ausweichen, wo mit weniger Aufwand auch gute Förderungen zu lukrieren sind.*
>
> *Politisch und in der Bevölkerung gibt es teilweise noch Desinteresse gegen eine engere Kooperation mit Slowenien.“*[1)]

Mainstream und Lissabon – die EU-Regionalpolitik in Kärnten 2000 bis 2006

Die neue Aufgabenverteilung

Für die Programmperiode 2000–2006 gab es innerhalb Kärntens einen Kurswechsel: Erstmalig wurde die Gesamtkoordination des größten nichtlandwirtschaftlichen EU-Förderprogramms (das Ziel-2-Programm) dem KWF Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, der aus der Landesverwaltung 1993 ausgelagerten Wirtschaftsförderung, übertragen.

Diese Entwicklung wurde von externen Faktoren, wie der Lissabonstrategie der EU und internen Überlegungen, beeinflusst. Letztere nahmen ihren Ausgangspunkt in den Verhandlungen Kärntens mit der EU und den anderen Bundesländern zum Thema Gebietskulisse für die zukünftigen Regionalfördergebiete nach dem EU-Beihilfenrecht und den Ziel-2-Fördergebieten. Diese wurden – analog zur vorherigen Förderperiode – aufgrund der davon betroffenen Thematik (Richtlinien, Förderintensitäten für betriebliche Projekte) dem KWF zugeordnet, womit – ähnlich wie in den Bundesländern Steiermark, Salzburg und Vorarlberg – die Wirtschaftsförderungseinrichtungen innerhalb der EU-Regionalpolitik-community an Präsenz gewannen.

Die Konsequenz daraus war eine organisatorische Kompetenzaufteilung innerhalb Kärntens für die neuen EU-Strukturfondsprogramme Ziel 2, INTERREG III und Leader+, die auch politisch beschlossen wurde.

Der KWF wurde „Verwaltungsbehörde“ (EU-Jargon für die Koordinierende Stelle eines Programms) für das Ziel-2-Programm, die Abteilung

Landesplanung im Amt der Kärntner Landesregierung behielt die regionale Koordination der Kärntner INTERREG- und Leader-Programme.

Gleichzeitig wurden inhaltlich die Schwerpunkte so ausgerichtet, dass „kompetenzreine" Programmstrategien entwickelt wurden, die Förderungen der jeweiligen koordinierenden Stelle in den anderen Programmen ausschloss.

Demnach wurde das Ziel-2-Programm fast ausschließlich auf die Förderbereiche des KWF konzentriert. Die INTERREG- und Leader-Programme wiesen wiederum keine auf Unternehmen ausgerichteten Inhalte auf.

Die Förderprogramme

Das Ziel-2-Programm Kärnten[6]

Die Lissabonziele dominierten die inhaltliche Diskussion im Programmentwicklungsprozess in den Jahren 1997 bis 1999; auch in Kärnten wurde versucht – aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Ziel-5b-Programm und manchen Programmbeispielen in Deutschland folgend – die Umsetzung von Lissabon auf das Kärntner Niveau herunterzubrechen. Es war klar, dass Kärnten mit ca. 12 Mio. Euro/Jahr nicht zum führenden Innovationszentrum Europas werden würde. Aber es wurde versucht, die Strategie des Programms auf Innovation im investiven, aber auch im Beratungs- und Dienstleistungsbereich zu fokussieren.

Als weitere wesentliche Rahmenbedingung für die Programmentwicklung galten die Regelungen für die Programmabwicklung, die durch die Reform der EU-Strukturfonds 1999 hinsichtlich der Verwaltungserfordernisse verschärft wurden.

Dadurch ergab sich eine Programmstruktur, die finanziell im Mittelfeld Österreichs lag und inhaltlich mit den beiden Prioritäten Gewerbe und Industrie sowie Tourismus jenes Programm darstellte, das österreichweit die konsequenteste Fokussierung aufwies.

Damit wurden mehrere Effekte erzielt:

- Die Programmabwicklung wurde durch die Beschränkung auf lediglich vier Förderstellen stark vereinfacht.
- Durch die inhaltliche Ausrichtung konnten auf Bundesebene die zwei innovativsten Fördereinrichtungen (ERP-Fonds/AWS und Forschungsförderungsgesellschaft/FFG) gewonnen werden und mit ihnen eine mehr als 50-Prozent-Bundes-Kofinanzierung des Gesamtprogramms.
- Es entstand eine klare Abgrenzung zu den sonstigen regionalpolitisch tätigen EU-Förderprogrammen INTERREG und Leader+.
- Es wurde erstmalig in Kärnten eine neue Förderschiene für die Qualifizierung von Beschäftigten, fokussiert auf die für Kärntens Entwicklung

wichtigsten Branchen der Sachgüterproduktion, initiiert (innerhalb der Bildungsabteilung des Landes).

Die Umsetzungsphase war nach den ersten Anlaufschwierigkeiten (die Programmgenehmigung erfolgte erst 2001, demnach zwei Jahre nach dem formellen Programmstart) von einem Thema geprägt: Die rechtzeitige Ausnutzung der EU-Fördermittel.

Dieses beherrschende Thema fußte einerseits auf den rechtlichen Vorgaben der EU, die einen Verfall der EU-Fördermittel vorsahen, wenn innerhalb von zwei Jahren nach jedem Programmjahr die Mittel nicht an Projektträger ausgezahlt sein würden. Diese sogenannte „n+2-Regel" entwickelte sich zum Bremser für alle innovativen Projektentwicklungen, aber auch für manche innovative Projektumsetzung, die eine gewisse Anlaufphase benötigte. Die Kunst bestand demnach darin, einerseits zu jedem Jahresende eine Jahrestranche an EU-Mitteln ausbezahlt nachweisen zu können, gleichzeitig innovative Projekte zu forcieren und das alles in einem positiven jährlichen Evaluierungsbericht dazustellen. Der Effekt war, dass die meisten programmrelevanten Sitzungen auf regionaler, nationaler und EU-Ebene von dem Thema der EU-Mittel-Ausnutzung beherrscht waren.

Es gab aber auch neue Entwicklungen, die vor allem die Betonung der horizontalen EU-Themen Umwelt, Gender Mainstreaming und Evaluierung betrafen. [6), 7)] Dazu wurden meist auf nationaler Ebene Versuche unternommen, diese Themen mit der klassischen Unternehmensförderung zu koppeln. Aus meiner Sicht klafften zu diesen Themen die persönlichen Ambitionen der Programmverantwortlichen von den inhaltlichen Umsetzungsschritten weit auseinander. So interpretierte jedes Programm für sich selber, wie umweltrelevant Projekte ausgerichtet waren, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei Beratungsprojekten bewertet werden und eine Evaluierung überhaupt kausale Zusammenhänge zwischen der Programmumsetzung und Arbeitslosigkeitsraten herstellen kann. Aber es waren anregende Diskussionen und workshops, die zumindest die inhaltliche Komponente der EU-Programme wieder in den Vordergrund rückten.

Zusätzlich waren auch Pilotprojekte zu diesen Themen entwickelt worden, so auch eines in Kärnten zum Thema, wie sich Unterschiede zwischen MitarbeiterInnen auf die betriebliche Ebene auswirken und diese für das Unternehmen genutzt werden könnten (Projekt „Return on diversity").

INTERREG III A

Hinter der Bezeichnung INTERREG III mit dem Ergänzung „A" verbargen sich die grenzüberschreitenden EU-Programme Kärntens mit Slowenien und Italien in der Strukturfondsperiode 2000–2006.[7]

Die Programmplanung war ein Prozess mit neuen Personen und neuen Reglements. Mit Slowenien und Italien gab es erstmals tatsächlich gemeinsam formulierte Programme. Die Projektauswahl- und Genehmigungsverfahren wurden neu definiert, und vor allem in Slowenien brachten die veränderten Rahmenbedingungen einen neuen Impuls. Die Projektabwicklungen wurden weitgehend dem INTERREG-Zugang unterworfen und konnten nach dem EU-Beitritt Sloweniens 2004 noch weiter vereinfacht werden.

Das Budget wurde im Vergleich zur vorherigen Periode massiv ausgeweitet (+50 Prozent), was auch dem Stellenwert dieser Gemeinschaftsinitiative auf europäischer Ebene entsprach.

Demgegenüber hatte es inhaltlich in der Strategie keine Änderungen im Vergleich zur Periode 1995–1999 gegeben. Es wurde das gesamte „Menü" der Förderlandschaft angeboten, auch sogenannte „wirtschaftliche" Maßnahmen, die allerdings ohne betrieblichen Hintergrund und meist – öffentlich getragen – nur touristische Softmaßnahmen betrafen.

Auch der Innovationsgehalt und vor allem die Nachhaltigkeit der Projekte waren mäßig ausgeprägt; es gab einige Folgeprojekte aus der Vorperiode, die Projektträgerschaften blieben überwiegend dieselben und demnach auch die Ausrichtung der Projekte.

Ergänzend wurde der Trend aus der Vorperiode, die EU-Mittel zur Finanzierung regionaler Projekte heranzuziehen, verstärkt und Projekte lediglich mit dem „INTERREG-Mäntelchen" zu versehen. Die Gründe dafür lagen aus meiner Sicht einerseits darin, dass die Kriterien für grenzüberschreitende Projekte im Vergleich zu rein regionalen/nationalen Projekten nicht ausreichend waren. So ließ die Beurteilung der grenzüberschreitenden Wirkung eines Projektes viele Interpretationen zu. Auf der anderen Seite wurden nationale Budgets – auch mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, EU-Mittel auszunützen – reduziert, sodass nach allen noch zugänglichen Finanzquellen für die Finanzierung von regional ausgerichteten Projekten gesucht wurde. Schließlich nahm gegen Ende der Programmlaufzeit auch der Druck auf die programmverantwortlichen Stellen zu, die INTERREG-Mittel auszugeben, wodurch der Effekt entstand, dass einige Projekte ohne grenzüberschreitende Ausrichtung einfach „durchgewunken" wurden.

Auf der Habenseite stand sicherlich der höhere Grad der Kooperation zwischen Projektträgern – vor allem im Vergleich zur Vorperiode –, der sich auch aus der Verpflichtung für eine grenzüberschreitende Projektpartnerschaft ergab. Dies wurde auch durch den gemeinsamen Begleitausschuss, das oberste Gremium der Projektgenehmigung, unterstützt, der vor allem

im Slowenienprogramm gemeinsam mit den PHARE-CBC-Gremien einen besseren Kontakt zwischen den Programmpartnern ermöglichte.

Trotz der grundsätzlich besseren Qualität in den Projektpartnerschaften gab es einige Projekte, bei denen eine Seite ihr Projekt schon längst abgeschlossen hatte, bevor die andere Seite das Projekt begonnen hatte, oder bei denen die eine Seite völlig unabhängig ihre regionale Umsetzung vorantrieb und die andere Seite gar nicht den Inhalt des Projektes ihres Partners kannte.

Ein Hemmschuh für qualitative bessere Projekte bestand aus meiner Sicht in der Höhe der Förderintensitäten. Fördersatze, die bis zu 100 Prozent erreichten und ohne Differenzierung nach der Projektqualität (Neuartigkeit, neue Trägerschaften, nachhaltige Finanzierung etc.) zugesagt wurden, lieferten keinen Anstoß für den Wettbewerb zwischen den Projekten und für verstärkte Anstrengungen bei den Projektinhalten durch die Projektträger.

Leader+

Die nach der intensiven Reform der Strukturfonds noch verbliebene Gemeinschaftsinitiative Leader+[8] entwickelte sich in Kärnten von themenorientierten kleinregionalen Einzelprogrammen in drei Talschaften zu einem flächendeckenden Mainstream-Programm vieler lokaler Initiativen innerhalb von vier Großregionen.

Die Programme und dementsprechend auch die Projekte deckten inhaltlich alle Bereiche von Landwirtschaft über Kultur und Umwelt bis zum Tourismus ab und unterschieden sich inhaltlich kaum von jenen der Vorperiode.

Das Management der Leader+-Regionen erfuhr am Ende der Programmperiode einen Wandel, indem die neu gegründete Regionalmanagement GmbH diese Aufgaben übernahm. Das Ziel dieser Art Holding war es, die bestehenden Managementstrukturen (mehr als 20 MitarbeiterInnen) effizienter und damit kostengünstiger zu gestalten und neue Managementaufgaben zu integrieren (Naturparks).

2000 bis 2006?
Viel alter Wein in neuen Schläuchen

Betrachtet man alle drei wesentlichen Kärntner regionalpolitisch ausgerichteten EU-Programme (Ziel 2, INTERREG III A und Leader+) im Vergleich zur Vorperiode, bleibt der Gesamteindruck, dass sich an den inhaltlichen Strategien nur wenig verändert und nur in Teilbereichen etwas verbessert hat.

Wenn man die Gesamtsumme an EU-Mitteln von 116,5 Mio. Euro für diese Programme oder gar die damit induzierten Gesamtmittel von mehr als 700 Mio. Euro (!) im Zeitraum 2000–2006 hernimmt, fragt man sich, welche die herausragenden Projekte und Ergebnisse sind, die Kärnten weitergebracht haben und einen nachhaltigen Eindruck auch in der interessierten Bevölkerung hinterlassen haben.

Natürlich gibt es da den Lakeside Science & Technology-Park, der bei Teilprojekten mit EU-Mitteln unterstützt wurde und sicherlich ein Herzeigeprojekt im Bereich Technologieentwicklung darstellt. Auch die massive Steigerung der Forschungsquote Kärntens zwischen 2000 und 2006 auf 2,6 Prozent (und damit über dem Österreichdurchschnitt) ist sicherlich auch auf die inhaltliche Ausrichtung des Ziel-2-Programms zurückzuführen. Und auf betrieblicher Ebene gibt es positive Entwicklungsschritte, die ohne EU-Mittel nicht oder stark verzögert stattgefunden hätten.

Aber was ist uns im Tourismus oder in der Entwicklung der ländlichen Räume tatsächlich Innovatives gelungen? Welches der 299 (!) seit 1995 durchgeführten Projekte kann als nachhaltig bezeichnet werden und wird in Kärnten mit dem Begriff INTERREG assoziiert? Ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in die seit 1995 immerhin mehr als 28 Mio. Euro EU-Gelder und 58,6 Mio. Euro an Gesamtmittel geflossen sind, so verbessert worden, dass einerseits unsere Wirtschaft davon profitiert hat und anderseits die Kommunikation und damit das Verständnis für die Nachbarregionen in Italien und Slowenien besser geworden sind?

Aus meiner Sicht gibt es drei Gründe, warum es nur wenig innovatorische Projektansätze und deshalb auch wenig öffentliche Wirkungen durch die EU-Programme in der Programmperiode 2000–2006 gegeben hat.

Erstens: Kärnten standen zu viele EU-Mittel für diese zweite EU-Förderperiode zur Verfügung.

Die Kärntner EU-Mittel für regionalpolitische Förderprogramme (ohne Landwirtschaft) nahmen im Vergleich zur Periode 1995–1999 um fast 70 Prozent zu. Die Programmverwaltungen hatten aber aufgrund der EU-Rahmenbedingungen und der landesinternen Verwaltungsabläufe nur wenig Zeit, sich mit der inhaltlichen Strategie zu beschäftigen, weil deren Ressourcen mit der rechtzeitigen Verausgabung zu stark gebunden waren. Dazu kam der enorme bürokratische Mehraufwand für die Abwicklung der EU-Programme: von Additionalitätsprüfung über Evaluierungen, Monitoring bis zu den Zahlungsanträgen (nicht zu vergessen die berühmt berüchtigten Finanzkontrollen) wurden manche Verwaltungen geradezu überschüttet mit den formalen Erfordernissen.

Zweitens: Die Verwaltung – und da steht Kärnten nicht allein da – war nicht darauf ausgerichtet, aktive Projektentwicklung im Sinne von innovativen

Programmstrategien zu betreiben. Ideen zu entwickeln, diese mit dem Projektträger weiterzutreiben oder diesen erst zu finden und schließlich die Projektfinanzierung zu ermöglichen, benötigt nicht nur Zeit, sondern auch den Handlungsspielraum und letztendlich auch das vorsichtige Balancieren zwischen den verschiedenen Rollen vom Ideengeber bis zum Projektbeurteiler und -prüfer.

Auch die Möglichkeiten, diese Aufgaben auszulagern, stießen oft auf unflexible Rahmenbedingungen innerhalb der Verwaltung (Vergabegesetz, Genehmigungsprocedere, Projektentwicklungsbudgets etc.) und wiesen interne Strukturmängel auf. So erschwerten die zunehmenden Restriktionen bei der Anrechenbarkeit von Kosten die aktive Projektentwicklung mit externer Unterstützung. Der Grund lag in der schwierigen Unterscheidung zwischen der Beauftragung und einer Förderung von Leistungen und Projekten, wo im ersteren Fall das Interesse beim Auftraggeber, im zweiteren jenes des Projektträgers im Vordergrund steht. Das Ergebnis waren Aufträge an Externe, die jedoch gefördert wurden – mit allen Konsequenzen von der maximalen Förderintensität bis zur Anrechenbarkeit von Gemeinkosten. Vor allem im INTERREG-Bereich zeigte sich diese Diskrepanz dadurch, dass manche Projekträger aus Kärnten, aber auch aus den Partnerregionen zu „kreativen" Projektabrechnungen griffen.

Drittens: Das gesellschaftliche und politische Umfeld widmete sich zu wenig der Chance, Neues mit den EU-Mitteln zu probieren.

Es gab keine klare, offensive Linie der öffentlichen Entscheidungsträger, dass nur für Kärnten neue Projekte gefördert werden und dazu auch Beispiele und Know-how aus anderen Teilen Europas einfließen sollte. Das doch stattliche Ausmaß der EU-Mittel verstellte den Blick auf Inhaltliches.

Zusätzlich fehlten die notwendige Offenheit und gleichzeitige Fokussierung für wenige, aber zukunftsträchtige Themen.

Fragen, wie z. B. jener nach dem tatsächlichen Mehrwert (und dadurch den Mehraufwand) von grenzüberschreitender Kooperation, wurden zu wenig Raum gegeben.

Letztlich wurde zu viel auf bestehende Denkweisen, bekannte Projektträger bzw. -strukturen und zu wenig innovative Förderinstrumente aufgesetzt.

Als Gesamteindruck bleibt deshalb das Bild von zu wenig innovativem „Wein" in neuen, mit viel EU-Mittel und Bürokratie ausgestatteten Schläuchen.

Mehr oder weniger Innovation – Die EU-Regionalpolitik in Kärnten 2007 bis 2013+
… und was wir daraus lernen könnten

Die Programmperiode 2007–2013 startete für Kärnten im Jahr 2005 mit dem Kompetenzwechsel für den INTERREG-Bereich vom Amt der Kärntner Landesregierung zum KWF; die Zuständigkeit für die Umsetzung der nichtwirtschaftlichen Maßnahmen (Priorität 2) verblieb bei der Abteilung 20 Landesplanung.

Dahinter stand das Ziel, auch die grenzüberschreitenden Programme mehr in den Dienst der regionalwirtschaftlichen Entwicklung Kärntens zu stellen. Dies wurde – nicht immer friktionsfrei – in vielen Verhandlungen sowohl landesintern, aber vor allem mit den Nachbarregionen in Österreich, Slowenien und Italien im Rahmen der Programmierung der neuen Förderziele erreicht. Es gibt nunmehr zumindest 50-Prozent-Budgetanteile für die beiden aktuellen INTERREG-Programme mit Slowenien und Italien, die auch betrieblich orientierte gemeinsame Wirtschaftsentwicklung zum Ziel haben. Auch die Umsetzung der wirtschaftlichen Schwerpunkte lässt – nach einem aufgrund der vergangenen Förderperioden notwendigen Aufholprozess in der aktiven Projektentwicklung – eine zufriedenstellende inhaltliche und finanzielle Ausnutzung des Programms erwarten.

Inhaltlich wurde 2005 auf Initiative des KWF eine „Integrierte Regionalstrategie Kärnten – irs.ktn“ erarbeitet, die sich mit der strategischen Ausrichtung und der gegenseitigen Abstimmung der zukünftigen EU-Förderprogramme auseinandersetzte.

Auf dieser – auch politisch beschlossenen – Basis wurde das neue Ziel-2-Programm (Programm Regionale Wettbewerbsfähigkeit) unter der Federführung des KWF noch mehr auf innovationsorientierte Förderbereiche fokussiert. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit die ambitionierten Ziele aufgrund der aktuellen Finanz- und der damit einhergehenden Wirtschaftskrise erreicht werden können.

Meine Erwartungen zur Umsetzung der seit 2008 laufenden Programme sind insofern bescheiden, als ich zwar einen zaghaften Innovationsschub mit dem neuen Ziel-Programm Wettbewerbsfähigkeit, aber wenig Neues bei den INTERREG- und Leader-Programmen erkennen kann. Vor allem eine Tendenz bei den INTERREG-Programmen gibt Anlass zur Sorge: Fast alle Projekte im nicht-wirtschaftlichen Bereich sind von öffentlichen Verwaltungsinstitutionen getragen; damit fließen die EU-Mittel nicht in den privaten Sektor, der mit zusätzlichen eigenen Mitteln die Nachhaltigkeit von Projekten eher gewährleisten könnte, sondern es besteht eine öffentliche „In-sich-Förderung“. Auch die Chance, dass außerhalb der Verwaltung

Kapazitäten und damit Interessen für die grenzüberschreitende Kooperation geschaffen werden könnten, scheint zu schwinden.

Richtet man nun den regionalpolitischen Blick Richtung 2013+, so sind aus meiner Sicht noch folgende Fragen für Kärnten zu klären:

1. Was sind die wesentlichen Themen, die Kärnten im schon begonnenen Diskussionsprozess für die Zeit nach 2014 einbringen will?

   Die EU hat derzeit vor allem die Bereiche Globalisierung, Energieversorgung, Klimaschutz und Demographie in den Blickpunkt gerückt. „Lissabon" und „Göteborg" scheinen damit abgehakt und nur mehr indirekt auf der Tagesordnung zu stehen.

   Sind Themen wie die Forcierung spezifischer Aus- und Weiterbildung und Innovationen für den KMU-Sektor für Kärnten relevant? Oder aber wie wird Kärnten das Thema Bevölkerungsrückgang in Maßnahmen umsetzen?

   Und schließlich: Sollen die Agrarförderungen inklusiver jener der ländlichen Entwicklung nicht endlich auch für regionalpolitische Ziele herangezogen werden?

2. Welche Budgetmittel aus EU-Töpfen strebt Kärnten für die kommende Periode ab 2014 an?

   Die bisher erhaltenen Strukturfondsmittel werden sicherlich zugunsten der strukturschwächsten Regionen innerhalb der EU gekürzt werden. Dies ist zwar vielleicht politisch nicht leicht vertretbar (vor allem wenn der Begriff Solidarität kaum mehr einen Stellenwert hat), aber fachlich zu unterstützen. Es macht im Grunde aus gesamtösterreichischer Sicht wenig Sinn, Geld nach Brüssel zu zahlen, um es dann wieder unter (teilweise) bürokratischen Auflagen zurück zu bekommen und damit gleichzeitig die strukturschwächeren (und auch potentielle Beitritts-) Regionen „auf Distanz zu halten". Gleichzeitig heißt diese Mittelfokussierung nicht, dass die Maßnahmen in den förderwürdigsten Regionen der EU weiterhin von Verkehrsinfrastruktur dominiert sein müssen. Eine klarere innovativere Ausrichtung wäre auch in diesen Programmen zu fordern.

   Meine Vorstellung für Kärnten dazu wäre, sich inhaltlich und damit auch finanziell bei der EU-Unterstützung an der ausgelaufenen Programminitiative „Regionales Programm für Innovative Aktionen" zu orientieren. Dieses in Kärnten vom KWF im Zeitraum 2003–2006 abgewickelte EU-Förderprogramm hatte ein EU-Budget von 3 Mio. Euro, das verwaltungstechnisch sehr einfach, aber mit hohen inhaltlichen Ansprüchen ausgestattet war. Mit Förderintensitäten abseits des engen Beihilfenrechts und mit Projektansätzen, die Pilotcharakter aufweisen,

könnte ein Programm erstellt werden, das sich inhaltlich zwischen einem regionalen Forschungs- und Entwicklungs-Rahmenprogramm und einem regionalen Fördertopf in Anlehnung an EU-weite innovative Kleininitiativen (die bisher aus den Generaldirektionen Unternehmen, Bildung, Informationsgesellschaft, Regionalpolitik in Form von spezifischen Ausschreibungen kamen) bewegt. Zusätzlich könnte dieses Programm eine horizontale Förderebene zur grenzüberschreitenden und überregionalen Kooperation beinhalten und damit die aufgeblasene (und intern schon heftig kritisierte) bürokratische Programmabwicklung für INTERREG ersetzen.

Budgetäre Wünsche müssen sicherlich politstrategisch nach außen offensiv positioniert werden, aber aus meiner Sicht würde ein Rahmen von 5 Mio. Euro EU-Budget pro Jahr, vor allem angesichts der skizzierten inhaltlichen Ambition, ausreichen.

Allerdings sollte diese finanzielle Selbstbeschränkung der EU gegenüber – und die damit verbundene anteilige Renationalisierung der Regionalpolitik – durch regionale und nationale Mittel aufgefangen werden. Die Befürchtung vieler Förderstellen und damit Projektträger, dass mit der Kürzung von EU-Mitteln auch bisher sinnvolle regionalpolitische Initiativen nicht mehr finanziert werden könnten, deckt sich mit meiner Einschätzung. Ein neu einzurichtender regionalpolitischer Fördertopf, der nur durch Bundes- und Landesmittel dotiert ist und landesspezifische Schwerpunktsetzungen finanziert, erscheint deshalb dringend notwendig. Damit könnte auch eine stärkere Beschäftigung und Identifikation der Politik und der Bevölkerung mit Regional- und Strukturpolitik einhergehen.

3. Schließlich gilt es für Kärnten auch die Struktur der EU-Förderabwicklung neu zu überdenken.

   Dies wird natürlich von den inhaltlichen Möglichkeiten in den neuen EU-Rahmenregelungen abhängen; aber unabhängig davon wäre zu überlegen, inwieweit es Sinn macht, Projekteinreichstellen, Projektprüfungen, finanzielles Projektmonitoring, Auszahlungen und schließlich die Öffentlichkeitsarbeit statt wie bisher für jedes Programm (Ländliche Entwicklung, Leader, INTERREG, Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit, sonstige „Aktionsprogramme“) separat einzurichten oder für diese Aufgaben eine gemeinsame Servicestelle zu entwickeln. Davon unberührt muss aus meiner Sicht die fachliche Beurteilung und Projektprüfung in den jeweiligen Fachstellen (Landwirtschaft bis KWF) verbleiben, um eine inhaltlich spezifische Projekteinschätzung und letztlich auch Abstimmung mit anderen Projekten je Fachbereich zu gewährleisten.

Diese Neustrukturierung muss allerdings keine neue Verwaltungseinheit bedeuten, sondern könnte auch als intelligentes Netzwerk organisiert sein.

Die EU-Regionalpolitik hat für Kärnten sicherlich einiges verändert, war lehrreich und in Teilbereichen neu und spannend. Kärnten hat finanziell viel erreicht, sich aber bei Innovationen im inhaltlichen wie organisatorischen Bereich zurückgehalten.

Für die Zukunft sollten wir aber den Prozess für ihre Weiterentwicklung rechtzeitig starten und uns aktiv auf der Basis eines innovativen Konzepts einbringen, das die kreative und gleichzeitig effiziente Umsetzung innerhalb Kärntens garantiert und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Regionalpolitik über die nächste Periode hinaus durch die verstärkte Involvierung des privaten Sektors sichert.

Hinweis

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt (grundsätzlich) die gewählte Form für beide Geschlechter.

Die vertretenen Positionen geben die persönliche Meinung des Autors wider.

Literatur

1) Zwischenevaluierung der INTERREG-II-A Außengrenzprogramme (bearbeitet von der Trigon Entwicklungs- und Unternehmensberatung GmbH), ÖROK-Schriftenreihe 149, Wien 1999
2) Ziel-2-Programm für Kärnten Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD), KWF, Klagenfurt 2001
3) Austria – Slovenia – INTERREG IIIA-Community Initiative Programme 2000–2006, Wien 2001
4) INTERREG III A – Programm 2000–2006 Programmplanungsdokument zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Grenzraum zwischen ÖSTERREICH–ITALIEN, Bozen 2001
5) Ex-post-Evaluierung Ziel-5b- und LEADER-II-Programme 1995–1999 in Österreich (Bearbeitung: Forschungszentrum Seibersdorf Ges. m. b. H), ÖROK-Schriftenreihe 161, Wien 2002
6) Methode zur Evaluierung von Umweltwirkungen der Strukturfondsprogramme (bearbeitet vom Österreichischen Institut für Raumplanung), ÖROK-Schriftenreihe 164, Wien 2003
7) EU-Strukturfonds und Gender Mainstreaming in Österreich, ÖROK-Schriftenreihe 165, Wien 2004
8) Regionalpolitik in Österreich – Retrospektive und Perspektive, Martin Heintel in Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 33. Jg. (2004) H. 2, Seiten 191 ff.
9) Integrierte Regionalstrategie Kärnten, KWF, Klagenfurt 2005

10) Projektübersicht Leader+ Österreich unter http://archiv.leader-austria.at/network/projects.html, Stand 2006

11) Operationelles Programm Ziel Wettbewerbsfähigkeit Kärnten 2007–2013, KWF, Klagenfurt 2007

12) Operationelles Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich, Autonome Provinz Bozen, Abteilung Europa-Angelegenheiten, Amt für Europäische Integration, Bozen 2007

13) Operationelles Programm Slowenien Österreich 2007–2013, Služba Vlade Republike Slovenije za lokalno samoupravo in regionalno politiko, Ljubljana 2007

14) STRAT.AT 2007–2013. Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich – Die Broschüre, ÖROK-Schriftenreihe 175, Wien 2007

15) EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007 – Eine Bilanz, Materialienband, ÖROK-Schriftenreihe 180, Wien 2009

Anmerkungen

1 Ziel-5b-Programm 1995–1999, Programmvolumen 699,2 Mio. Ecu (Verrechnungswährung der EU und Vorgängerwährung des Euro) sowie 61 Mio. Ecu EU-Mittel aus dem Landwirtschafts-, Regional- und Sozialfonds; Koordinations- und Förderstelle Abteilung 20 – Landesplanung im AKLR mit den Förderstellen AMS, Abteilung 10 – Landwirtschaft und Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds – KWF auf Landesebene sowie Bundesförderstellen.

2 EG-Verordnung Nr. 2081/93 Maßnahmen zur Neuausrichtung und Anpassung des Agrarbereichs sowie zu Entwicklung außerlandwirtschaftlicher Wirtschaftssektoren; Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitsplatzangebots; Maßnahmen zur Förderung des Tourismus; Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und der Nahversorgung; Maßnahmen des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

3 Schwerpunkt 1: Land- und Forstwirtschaft und Ortsentwicklung; Schwerpunkt 2: Tourismus; Schwerpunkt 3: Gewerbe und Industrie; Schwerpunkt 4: Eigenständige Regionalentwicklung inklusive Programmmanagement; Schwerpunkt 5: Aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

4 Die GI Leader bezieht sich geographisch auf lokal abgrenzbare, sehr charakteristische Gebiete (Mikro-Regionen, Täler, Ansammlungen von Gemeinden); ein Leader-Projekt wird von einer „lokalen Aktionsgruppe" geplant und gestaltet, an der die wichtigsten der an Leader beteiligten Partner mitwirken: örtliche Einrichtungen, Unternehmen, Verbände. Diese örtliche Partnerschaft führt zu einer stärkeren Mitwirkung der Bevölkerung und soll die Begleitung des Vorhabens gewährleisten. Jede lokale Aktionsgruppe erarbeitet im Rahmen eines globalen, multisektoralen Ansatzes eine Entwicklungsstrategie, die auf die Besonderheiten des betreffenden Gebietes abgestimmt ist. Themen sind der Erwerb von Fachwissen, Innovationen im ländlichen Raum und transnationale Kooperation. Das Programmvolumen für Kärnten betrug 13,665 Mio. Euro (damals Ecu), davon 6,5 Mio. Euro EU-Mittel.

5 INTERREG II A-Programm Österreich–Slowenien: Programmgesamtvolumen für Kärnten 15,2 Mio. Ecu, davon 8,3 Mio. EU-Mittel; INTERREG II A-Programm Österreich–Italien: Programmgesamtvolumen für Kärnten 6,6 Mio. Ecu, davon 2,8 Mio. EU-Mittel.

6 Gesamtkosten 643,3 Mio. Euro, davon EU-Mittel 90,9 Mio. und öffentliche nationale Mittel 48,7 Mio., Privatmittel 503, 7 Mio.

Inhaltliche Schwerpunkte:
Prioritätsachse 1 (EFRE): Entwicklung von Gewerbe, Industrie und produktionsnahen Dienstleistungen
Maßnahme 1.1: Innovative Investitionen
Maßnahme 1.2: Forschung & Entwicklung und Technologietransfer
Maßnahme 1.3: Innovative Softmaßnahmen
Maßnahme 1.4: Umwelt & Pilotprojekte
Prioritätsachse 2 (EFRE): Tourismus- & regionale Entwicklung
Maßnahme 2.1: Innovative Investitionen
Maßnahme 2.2: Innovative Softmaßnahmen
Prioritätsachse 3 (ESF): Bildung & Wirtschaft
Prioritätsachse 4 (EFRE + ESF): Technische Hilfe

7 INTERREG II A Kärnten: Gesamtkosten im Slowenien-Programm 27,8 Mio. Euro, davon 12,8 Mio. Euro EU-Mittel; Gesamtkosten im Italien-Programm 9 Mio. Euro, davon 4,2 Mio. Euro EU-Mittel.

8 Leader+ verfolgte die Förderung innovativer, zukunftsorientierter Lösungsansätze im ländlichen Raum mit dem Ziel der Erhaltung, Weiterentwicklung und Stärkung eines funktionsfähigen ländlichen Lebens- und Wirtschaftsraumes. Unter Beachtung des endogenen Potentials in der Region und des oben genannten Leitziels waren Lokale Aktionsgruppen (LAGs) für die Umsetzung der jeweiligen Entwicklungsstrategie zuständig. Die Auswahl der Leader-Regionen in Kärnten erfolgte Mitte 2001 auf der Basis von regionalen Entwicklungsplänen. Es wurden die LAGs Großglockner-Millstätter See-Oberkärnten, Villach-Karnische Region, ARGE Mittelkärnten und Regionalkooperation Unterkärnten definiert. Budget: Gesamtkosten 21,8 Mio. Euro, davon 8,6 Mio. Euro EU-Mittel, eine Steigerung um mehr als 30 Prozent im Vergleich zur Vorperiode.

Petra Rodiga-Laßnig

Wirtschaftliche Entwicklung Kärntens

Bilanz 1999 bis 2008

Wie die Wirtschaft Österreichs hat Kärnten in den vergangenen Jahren nach dem Einbruch der weltwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2000 von dem lang anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise in der zweiten Jahreshälfte 2008 profitiert. Positiv beeinflusst wurde die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens insbesondere auch von der höheren wirtschaftlichen Dynamik beim Haupthandelspartner Deutschland und, nachhaltiger noch, von den wirtschaftlichen Aufholprozessen der benachbarten neuen EU-Mitgliedsländer bzw. der so genannten Reformländer.

Das Ende von zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden, die von einer durchgängigen strategischen Orientierung der Wirtschaftspolitik des Landes bestimmt waren, bietet sich an, eine Leistungsbilanz für die wichtigsten Aufgabenbereiche der Landespolitik zu ziehen. Dazu gehören zum einen die Entwicklung der wesentlichen Indikatoren des Wirtschaftswachstums (Bruttoregionalprodukt, Beschäftigung, Arbeitslosenquote, Exportquote), aber auch relevante Aspekte der Technologie-, Bildungs- und Sozialpolitik. Ebenfalls spielen die Bereiche der Infrastruktur, der Budgetpolitik und der demographischen Entwicklung eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund von Wirtschaftsstruktur und des sich abzeichnenden konjunkturellen Abschwungs gewinnt die Entwicklung entsprechender Zukunftsperspektiven an zusätzlicher Bedeutung.

1. Wichtige Indikatoren für Wirtschaftswachstum

1.1 Entwicklung des Bruttoregionalprodukts

Im Hinblick auf das Bruttoregionalprodukt (BRP) je Einwohner kann im Zeitraum 1995 bis 2006 kein eindeutiger Aufholprozess Kärntens beobachtet werden (Tabelle 1). Den aktuellen Zahlen zufolge konnte der Abstand von 2002 auf 2006 jedoch um 2,6 Prozent verringert werden. Zwischen 1995 und 2006 stieg das BRP je Einwohner in Kärnten insgesamt um rund 44 Prozent, verglichen mit 41,4 Prozent im Bundesdurchschnitt.

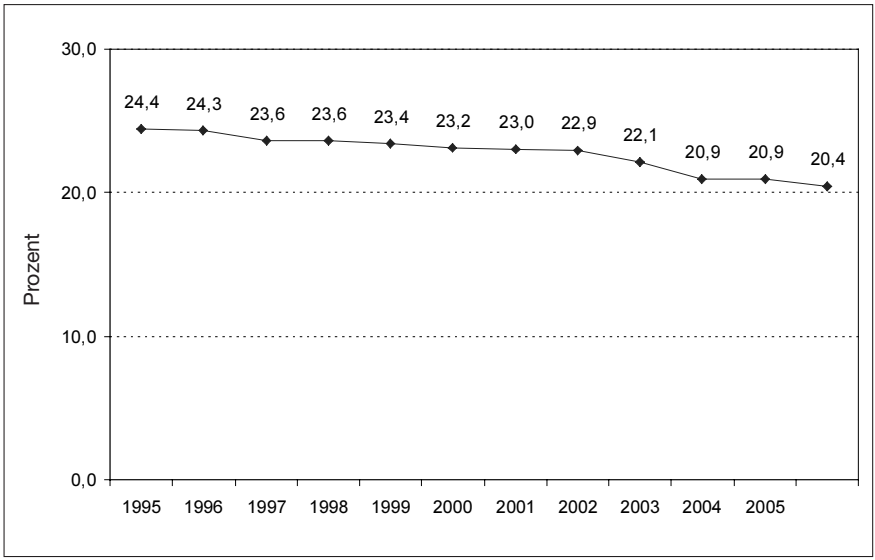
Tabelle 1: Bruttoregionalprodukt je Einwohner in Kärnten im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt im Zeitraum 1995 bis 2005 (Österreich = 100)

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
BRP Kärnten	83,6	84,1	83,5	82,4	83,1	81,9	83,0	82,7	82,9	83,9	83,8	85,2

Quellen: Statistik Austria, Berechnungen des IHS Kärnten

Abbildung 1 zeigt, dass die Schwankungsbreite der Werte des BRP je Einwohner der einzelnen Bundesländer im Zeitraum 1995 bis 2006 eine abnehmende Tendenz aufweist. Von 1995 bis 2006 sank die Schwankungsbreite um 4 Prozent, d. h., dass insgesamt ein Konvergenzprozess der Bundesländer festzustellen ist.

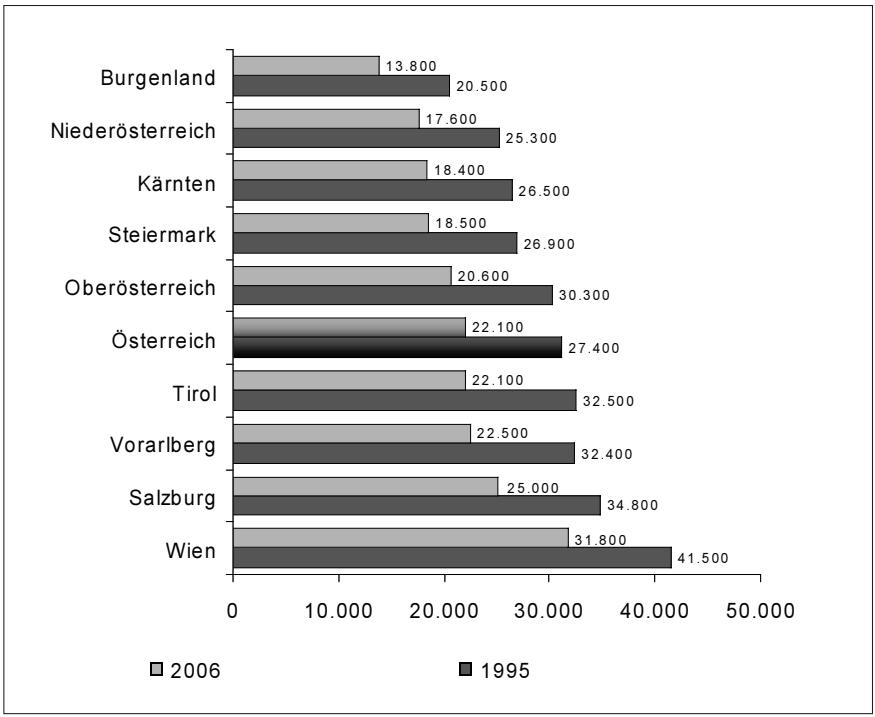
Abbildung 1: Variationskoeffizient des BRP je Einwohner



Quellen: Statistik Austria, Berechnungen des IHS Kärnten

Aus Abbildung 2 geht hervor, dass Kärnten in Bezug auf das BRP je Einwohner im Bundesländervergleich 2007 wie auch schon 1995 den 7. Rang einnimmt.

Abbildung 2: Bruttoregionalprodukt je Einwohner (in Euro) 1995 und 2006



Quellen: Statistik Austria, Berechnungen des IHS Kärnten

Aus Tabelle 2 geht hervor, dass die Wachstumsrate des realen Bruttoregionalprodukts in Kärnten im Zeitraum 2004 bis 2007 etwa dem Bundesdurchschnitt entsprochen haben dürfte. Auch 2008 und 2009 sollte sich die Kärntner Wirtschaft in etwa im Einklang mit dem Bundesdurchschnitt entwickeln. Dies impliziert, dass sich aufgrund des Einbruchs der Weltwirtschaft auch in Kärnten die Konjunktur abschwächen dürfte.

Tabelle 2: Veränderung (Prozent) des realen Bruttoinlandsprodukts (Österreich) bzw. Bruttoregionalprodukts (Kärnten) im Zeitraum 2005 bis 2010[1]

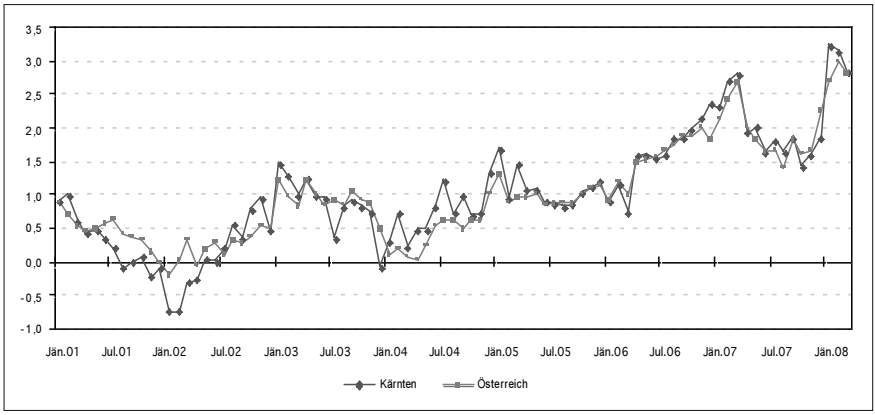
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kärnten[1)]	2,1	4,8	3,0	1,6	–4,0	0,3
Österreich[2)]	2,9	3,4	3,1	1,8	–4,3	0,3

1) Ab 2007 Prognose (IHS Kärnten); 2) Ab 2009 Prognose (IHS Kärnten)
Quellen: Statistik Austria, IHS Kärnten

1.2 Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosenquote

Die Beschäftigungsentwicklung Kärntens verläuft nahezu parallel zur bundesweiten Entwicklung. Nach relativ konstanten Zuwachsraten um 1 Prozent in den Jahren 1999 und 2000 war zu Beginn des Jahres 2001 ein Abflauen des Beschäftigungswachstums zu beobachten. 2001 gab es in Kärnten einen Beschäftigungsrückgang. Zu Beginn 2002 war sowohl bundesweit als auch in Kärnten eine Trendwende zu beobachten, die ab Anfang 2003 wieder zu einem Beschäftigungswachstum führte, das der Größenordnung der Jahre 1999 und 2000 entspricht. Nach einem Abflauen des Beschäftigungswachstums im Verlauf des Jahres 2003 konnte seit Beginn des Jahres 2004 ein zunehmendes Wachstum der Zahl der unselbständig Beschäftigten beobachtet werden. Ab 2006 beschleunigte sich die Beschäftigungsdynamik durch den wirtschaftlichen Aufschwung deutlich. Zu Beginn des Jahres 2007 wurde, auf hohem Niveau, ein leichter Einbruch des Beschäftigungswachstums beobachtet, was sich Mitte des Jahres wieder umkehrte und dazu führte, dass fast ein Drittel des Gesamtzuwachses an unselbständig Beschäftigten seit dem Jahr 2001 (6,5 Prozent) im Jahr 2007 erzielt werden konnte. Im Jahr 2008 stieg die Beschäftigung um 2 Prozent, womit Kärnten knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 2,3 Prozent liegt.

Abbildung 3: Entwicklung unselbständig Beschäftigter, Veränderung zum Vorjahreswert (in Prozent)



Quellen: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, eigene Berechnungen

In Absolutwerten betrachtet stieg der Beschäftigungsstand[2] in Kärnten von 1998 bis 2008 um 19.797 Arbeitnehmer/innen an. Hauptverantwortlich für das Beschäftigungsplus ist der starke Anstieg der Beschäftigungsverhältnisse von Frauen (+ 19,6 Prozent), während die Beschäftigung bei den Männern kaum zunahm (+ 3,5 Prozent).

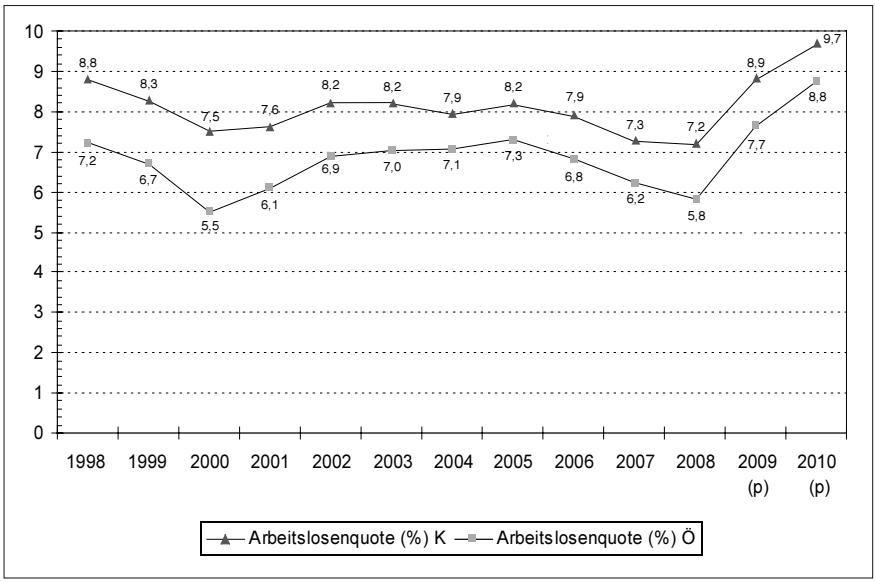
Tabelle 3: Beschäftigungsentwicklung 1998–2008
(durchschnittliche Beschäftigte jährlich)

	Kärnten	Österreich
Wachstum 1998 bis 2008	10,45%	11,14%
1998	189.494	3.076.665
1999	191.057	3.107.898
2000	192.212	3.133.738
2001	192.780	3.148.155
2002	193.003	3.155.161
2003	194.686	3.184.759
2004	196.111	3.198.591
2005	198.132	3.228.777
2006	201.239	3.278.444
2007	205.225	3.340.999
2008	209.291	3.419,350

Quellen: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, eigene Berechnungen

Der Kärntner Arbeitsmarkt ist traditionell durch eine überdurchschnittliche Arbeitslosenrate kennzeichnet. Strukturschwächen der Region, die geografische Randlage sowie die Distanz zu wirtschaftsstarken Zentren bewirken eine schwächere Arbeitskräftenachfrage. Die Wirtschaftsstruktur Kärntens mit dem hohen Gewicht des Tourismus und der Bauwirtschaft bedeutet zudem eine stark saisonabhängige Beschäftigung, d. h. eine entsprechend stark ausgeprägte saisonale Arbeitslosigkeit. Im Wesentlichen folgt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Kärnten dem bundesweiten Trend. Nach einem Abbau der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1999 und 2000 setzte 2001 ein deutlicher Zuwachs der Arbeitslosenzahlen ein. Erst 2003 begann sich der Arbeitsmarkt wieder zu entspannen. Zwischen 2003 und 2005 ging die Arbeitslosigkeit in Kärnten leicht zurück bzw. blieb konstant, ehe eine Trendumkehr zu abermals steigenden Arbeitslosenzahlen führte. Ende 2006 konnte, bedingt durch die lebhafte Konjunktur, eine deutliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt beobachtet werden und es begann die Arbeitslosigkeit, teils stark, zu sinken.

Abbildung 4: Entwicklung der Arbeitslosenquote Österreich – Kärnten



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Nach wie vor liegt Kärnten bezüglich der Arbeitslosenquote über dem Bundesdurchschnitt. Mittelfristig hat sich jedoch die Differenz zur gesamtösterreichischen Arbeitslosenquote vermindert; so konnte der Abstand im Jahresdurchschnitt von 1,7 Prozent im Jahr 2000 auf 1,1 Prozent im Jahr 2007 verringert werden.

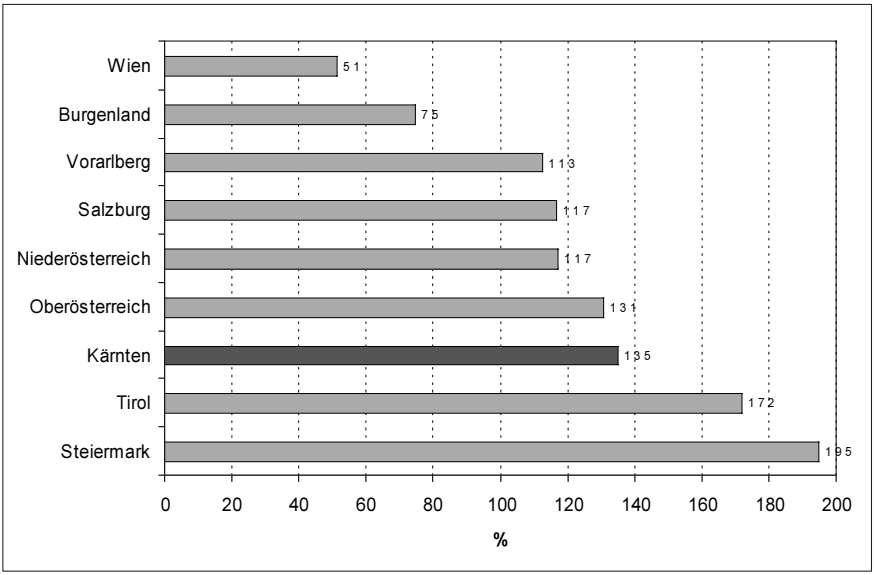
1.3 Entwicklung der Exportquote

Im Jahr 2007 erzielte Kärnten Warenexporte in Höhe von rund 5,567 Mrd. Euro und Warenimporte von rund 4,867 Mrd. Euro.[3] Daraus resultierte ein Handelsbilanzüberschuss von etwa 700 Mio. Euro. Bei der Regionalisierung der Außenhandelsdaten besteht das methodische Problem, dass die Außenhandelsstatistik auf den Meldungen der Unternehmen beruht. Dabei werden in der Regel die Firmenzentralen, nicht aber der tatsächliche Produktionsort angegeben. Daher sind die Außenhandelsströme in den Bundesländern, in denen sich viele Firmenzentralen befinden, nach oben, in den übrigen entsprechend nach unten verzerrt.

Das Institut für Technologie- und Regionalpolitik Joanneum Research hat für den Zeitraum 2000 bis 2006 die offizielle Außenhandelsstatistik auf Bundesländerebene unter Verwendung weiterer Statistiken um diese Ver-

zerrungen bereinigt. Nach der Bereinigung lagen die Exporte Kärntens deutlich über den im Rahmen der Außenhandelsstatistik veröffentlichten Zahlen. Der maximale Grad der Unterschätzung lag im Jahr 2000 bei ca. 23 Prozent; der minimale im Jahr 2005 bei rund 10 Prozent. In Summe wurde für den Zeitraum 2000 bis 2006 ein Differenzbetrag zur Außenhandelsstatistik von rund 4.480 Mio. Euro berechnet.[4]

Abbildung 5: Bundesländervergleich der Exportdynamik 1998–2008



Quelle: Wirtschaftskammer Kärnten

Laut aktueller Außenhandelsstatistik konnte Kärnten von 1998 bis 2007 seine Exporte[5] um insgesamt 135 Prozent steigern und weist damit im Bundesländervergleich den dritthöchsten Anstieg hinter der Steiermark und Tirol auf (s. Abbildung 5).

Die Exportquote (Warenexporte im Verhältnis zum Bruttoregionalprodukt) ist in Kärnten nach wie vor verhältnismäßig niedrig. Im Zeitraum 1998 bis 2005[6] stieg sie von 20,9 Prozent auf 32,7 Prozent.[7] Dies war 2005 im Vergleich der Bundesländer der drittniedrigste Wert (vor Wien und dem Burgenland), und er lag deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 38,6 Prozent. Im Jahr 2006 lag die Exportquote bei 32,0 Prozent (Österreich 40,3 Prozent). 2007 verbesserte sich die Exportquote deutlich auf 37,5 Prozent[8] (Österreich 42,3 Prozent). Der Abstand zum Bundesdurchschnitt verkürzte sich damit.

Neben dem grenzüberschreitenden Handel mit Waren gewinnt der Dienstleistungsexport österreichweit zunehmend an Bedeutung. Die Warenexporte wuchsen 2005 um 4,6 Prozent gegenüber 2004, während die Dienstleistungsexporte um 8,6 Prozent zunahmen[9]. Den höchsten Anteil am österreichischen Dienstleistungsexport nimmt der Reiseverkehr mit rund einem Drittel ein, gefolgt von den Transportdienstleistungen mit rund einem Fünftel. Die Bedeutung des Reiseverkehrs nimmt jedoch in Österreich wie auch in Kärnten seit Jahren kontinuierlich ab.

Im Zeitraum 1998 bis 2005 ist der Grad der Offenheit der Kärntner Wirtschaft (Warenexporte plus Warenimporte im Verhältnis zum BRP) von 36,4 auf 60,3 Prozent gestiegen. In Gesamt-Österreich erhöhte sich die Offenheit von 61,1 auf 77,9 Prozent. Diese Zahlen zeigen auf der einen Seite, dass die Kärntner Unternehmen die Exporte in den vergangenen Jahren kräftig steigern konnten. Auf der anderen Seite offenbart der Bundesländervergleich aber auch einen Nachholbedarf hinsichtlich der Internationalisierung der Kärntner Wirtschaft.

Für Kärnten, wie auch für Österreich insgesamt, ist Deutschland der bei weitem wichtigste Handelspartner. Im Jahr 2007 beträgt der Anteil Deutschlands bei den Ausfuhren 33,9 Prozent, bei den Einfuhren 38,6. Kärnten erzielt mit Deutschland einen beträchtlichen Handelsbilanzüberschuss, während für Österreich insgesamt der Warenaustausch mit Deutschland defizitär ist. An zweiter Stelle in der Liste der wichtigsten Handelspartner Kärntens folgt Italien, wohin rund 18 Prozent der Exporte gehen. Aus Italien bezieht Kärnten 12 Prozent der Importe. Damit ist Italien für Kärntens Außenhandel angesichts der räumlichen Nähe weitaus wichtiger als für Österreich insgesamt (Ausfuhranteil: 9 Prozent, Einfuhranteil: 7 Prozent). Im Warenaustausch mit Deutschland und Italien erzielt Kärnten nahezu seinen gesamten Handelsbilanzüberschuss. In den letzten Jahren gewinnen außerdem Slowenien und Ungarn für den Kärntner Außenhandel zunehmend an Bedeutung. Ungarn ist im Jahr 2007 bereits das drittwichtigste, Slowenien das viertwichtigste Exportland.

2. Technologiepolitik

2.1 Forschungs- und Innovationsindikatoren

Im Zeitraum 1993 bis 2006 entwickelte sich die Forschungsquote in Kärnten ähnlich wie in Gesamtösterreich sehr dynamisch. Seit 1998 hat sich die Forschungsquote von 1,08 Prozent auf 2,55 Prozent im Jahr 2006 mehr als verdoppelt. 2006 liegt Kärntens Forschungsquote damit erstmals über dem Bundesdurchschnitt von 2,46 Prozent. Kärnten belegt damit 2006 im Bundesländervergleich (so wie schon 2004) hinter der Steiermark und Wien

den dritten Rang. In der Tabelle 4 sind für jedes Bundesland die F&E-Quoten (in Prozent des BRP) der Jahre 1993, 1998, 2002, 2004 und 2006 ausgewiesen. Die stärksten Zuwächse weist Südösterreich auf. Auch Niederösterreich zeichnet sich durch eine kontinuierliche Zunahme aus, während Vorarlberg von 2004 auf 2006 erstmals wieder einen Rückgang verzeichnete. Wien wies von 2002 auf 2004 erstmals einen Rückgang auf und steht seit 2004 nicht mehr an erster Stelle im Bundesländervergleich.

Tabelle 4: Entwicklung der F& E-Quote[10] im Bundesländervergleich

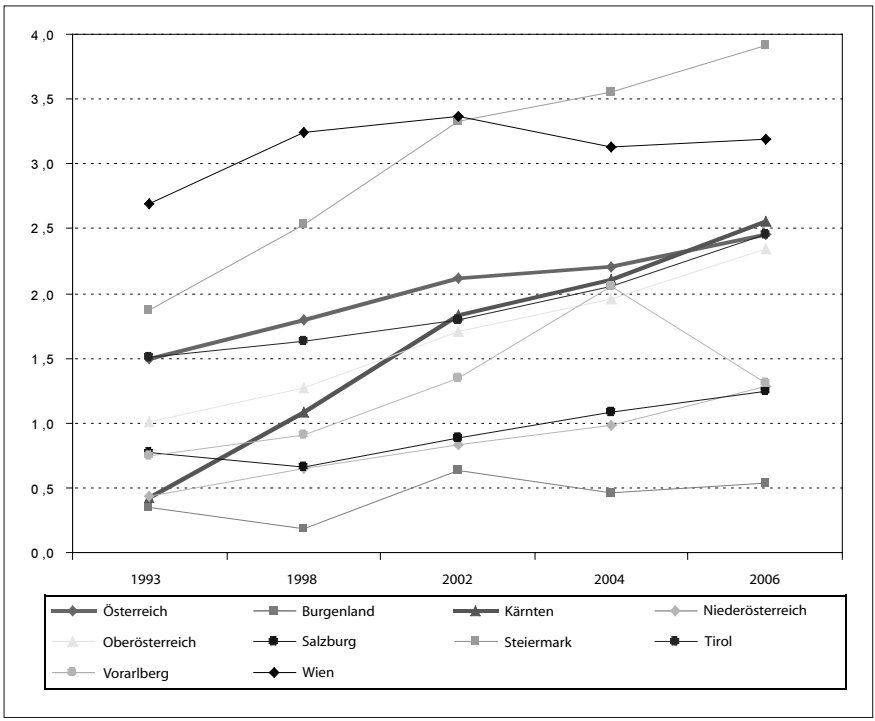
F&E-Quote (% BRP)	1993	1998	2002	2004	2006
Österreich	**1,49**	**1,79**	**2,12**	**2,21**	**2,46**
Burgenland	0,35	0,19	0,64	0,46	0,53
Kärnten	**0,42**	**1,08**	**1,83**	**2,11**	**2,55**
Niederösterreich	0,43	0,64	0,84	0,99	1,28
Oberösterreich	1,01	1,27	1,71	1,96	2,34
Salzburg	0,77	0,66	0,88	1,09	1,25
Steiermark	1,87	2,53	3,33	3,55	3,91
Tirol	1,51	1,64	1,80	2,05	2,45
Vorarlberg	0,74	0,91	1,34	2,05	1,31
Wien	2,70	3,24	3,36	3,13	3,19

Quelle: Statistik Austria

Die Abbildung 6 verdeutlicht, dass die Bundesländer Kärnten, Tirol und Oberösterreich im Zeitraum 1993 bis 2006 stark aufgeholt haben. Auch Vorarlberg zählte bis 2004 zu dieser Gruppe, fiel aber 2006 auf das Niveau von 2002 zurück. Im zeitlichen Verlauf bilden sich drei Gruppen der Bundesländer heraus: deutlich über dem Österreichschnitt liegen die F&E-Quote der Steiermark und von Wien. Die zweite Gruppe bilden Kärnten, Tirol und Oberösterreich. Ihre regionalen F&E-Quoten liegen rund um den Österreichschnitt. Die letzte Gruppe besteht aus Salzburg, Burgenland, Nie-

derösterreich und Vorarlberg, deren Forschungsquoten deutlich unter dem Österreichschnitt liegen.

Abbildung 6: Entwicklung der F&E-Quote (% BRP) im Bundesländervergleich 1993–2006



Quelle: Statistik Austria

Auch die Entwicklung der Beschäftigung im F&E-Bereich verlief im Zeitraum 1998 bis 2006 für Kärnten sehr positiv. Die Anzahl der F&E-Beschäftigten nach VZÄ konnte von 1998 mit knapp unter 1.000 VZÄ 2006 auf mehr als 2.300 VZÄ gesteigert werden, was einer Verdoppelung des Ausgangsniveaus entspricht (s. Tabelle 5).

Die Abbildung 7 vergleicht die Wachstumsraten der F&E-Beschäftigung (VZÄ) der Bundesländer. Betrachtet man die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Zeitraums 1998 bis 2006, so weist Kärnten nach dem Burgenland mit rd. 15 Prozent die zweithöchste durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von fast 8 Prozent auf. Auf Gesamtösterreich bezogen, liegt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate bei rd. 4 Prozent. Die höchste Wachstumsrate von 2004 auf 2006 zeigt sich in Niederösterreich (28,7

Tabelle 5: F&E-Beschäftigte (alle Erhebungsbereiche) nach VZÄ 1998, 2002, 2004, 2006

Beschäftigte F&E (in VZÄ)	1998	2002	2004	2006
Österreich	**31.307,6**	**38.893,5**	**42.891,2**	**49.377,1**
Burgenland	91,8	297,8	327,7	335,7
Kärnten	**955,7**	**1.606,7**	**1.900,5**	**2.326,6**
Niederösterreich	2.118,5	2.766,1	3.106,5	3.998,5
Oberösterreich	3.827,7	5.071,0	5.910,3	7.203,0
Salzburg	941,7	1.322,1	1.524,3	1.834,6
Steiermark	5.851,5	7.215,2	8.016,6	9.291,7
Tirol	2.340,3	2.881,7	3.477,3	3.751,3
Vorarlberg	793,8	1.181,8	1.244,7	1.429,1
Wien	14.386,6	16.551,1	17.383,3	19.206,6

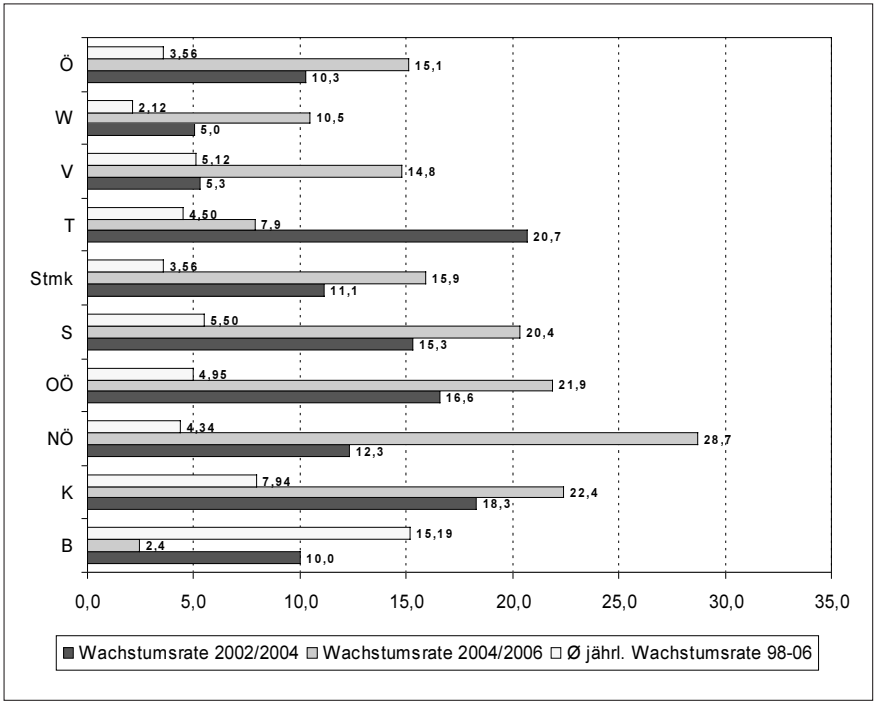
Quelle: Statistik Austria

Prozent), gefolgt von Kärnten mit 22,4 Prozent. Die höchste Wachstumsrate von 2002 auf 2004 zeigt sich in Tirol (20,7 Prozent), gefolgt von Kärnten mit 18,3 Prozent.

2.2 Wirtschaftsförderung und Technologiesektor

Die Wirtschaftsförderungspolitik des Landes wird vom Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) wahrgenommen, welcher unabhängig und weisungsfrei entscheidet. Zu den Aufgaben des KWF zählen die Förderung der Kärntner Wirtschaft zur Hebung der Leistungskraft und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, die Unterstützung bei der Grün-

Abbildung 7: Wachstumsraten (alle Erhebungsbereiche)
F&E-Beschäftigung (VZÄ) in Prozent



Quelle: Statistik Austria

dung und beim Ausbau von Unternehmen, Maßnahmen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten, Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen, die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität im Tourismus und das Eingehen von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Wirtschaftsförderung dienen.[11]

Im Zeitraum 1999 bis 2008 wurden insgesamt über 7.000 Förderfälle mit einem Gesamtfördervolumen von fast 500 Mio. Euro über den KWF abgewickelt. Damit verbunden war die Schaffung von 14.118 neuen Arbeitsplätzen.

Technologiefonds Kärnten – Technologiemilliarde

Die technologieorientierten Branchen haben in Kärnten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Während die traditionellen Produktionsbereiche der Sachgüterindustrie durch Beschäftigungsabbau gekennzeichnet sind,

Tabelle 6: KWF-Förderungen 1999 bis 2006

Jahr	Förder-fälle	Fördervolumen (in Mio. €)	Neue Arbeitsplätze[12]	Fördervolumen (€) je neuen Arbeitsplatz
1999	433	27,5	886	31.038
2000	353	30,0	833	36.014
2001	642	46,2	2.127	21.721
2002	585	47,3	1.157	40.882
2003	583	46,7	1.032	45.252
2004	795	52,1	1.221	42.670
2005	733	46,1	1.249	36.910
2006	1.262	120,2	2.884	41.678
2007	816	32,8	1.432	22.905
2008	830	34,8	1.297	26.831
gesamt	**7.032**	**483,7**	**14.118**	–

Quelle: KWF-Jahresberichte, IHS Kärnten

wächst die Beschäftigung im Technologiesektor. Die technologieorientierten Branchen erzielen international ein hohes Nachfrage- und Wertschöpfungswachstum. Umso wichtiger ist es für den Wirtschaftsstandort Kärnten, eine technologie- und innovationsorientierte Weiterentwicklung der Sachgüterproduktion voranzutreiben. Ein wesentlicher Punkt dabei ist – auch im Hinblick auf die Überwindung von Strukturproblemen traditioneller Bereiche der Kärntner Wirtschaft – die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen bzw. der notwendigen Infrastruktur durch eine vorausschauende Wirtschaftspolitik.

Im Jahre 1999 wurde der Technologiefonds Kärnten mit der Zielsetzung eingerichtet, die Umstrukturierung der Kärntner Wirtschaft in Richtung wachstumsorientierter Branchen zu fördern und die Kärntner Unternehmen in ihrer technologischen und innovativen Entwicklung zu unterstützen. Dazu wurden vier Handlungsfelder – einzelbetriebliche Maßnahmen, Ausbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen, branchen- und themenübergreifende Maßnahmen sowie Informations- und Infrastrukturmaßnahmen – definiert. Der Technologiefonds ist als eigener Rechnungskreis innerhalb des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) angesiedelt und mit einer Mittelaufbringung von 79 Mio. Euro (rund eine Milliarde Schilling) auf sieben Jahre ausgestattet.

Die Entwicklung des Förderbarwerts der über den Technologiefonds abgewickelten Projekte der Jahre 1999 bis 2008 zeigt Tabelle 7.

Tabelle 7: Entwicklung des Projektvolumens des Technologiefonds (in Mio. Euro)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anzahl Projekte	1	139	136	126	124	97	94	148	81	138
Förderbarwert (in Mio. Euro)	0,3	14	21	25	15	17,4	15,3	34,6	15,0	12,5

Quelle: KWF-Jahresberichte

Cluster und Netzwerke

Der internationalen und nationalen Vernetzung kommt im weltweiten Wettbewerb eine immer größere Bedeutung zu. Zur Kärntner Cluster-Landschaft gehören die Netzwerke „[micro] electronic Cluster me2c" (mit rund 40 Partner/inne/n allein in Kärnten), „Software Internet Cluster SIC" (mit rund 40 Mitgliedern) sowie der Lakeside Science & Technology Park. Außerdem existieren ein K1- (vormals K_plus-) und ein K_ind-Zentrum.

Die vormals von der EAK betreuten und 2007 in die Selbständigkeit entlassenen Netzwerke „Holz Kärnten", „Kunststoff Kärnten" und „Energie und Umwelt Kärnten" existieren in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr.

Im Rahmen des Impulsprogramms K_plus sind aus insgesamt drei Ausschreibungsrunden österreichweit 18 Kompetenzzentren entstanden. Das erste K_plus-Zentrum Österreichs und das einzige in Kärnten ist das Carinthian Tech Research.

Keines der 13 K_net-Zentren Österreichs ist in Kärnten angesiedelt, eines der insgesamt 15 K_ind-Zentren (Industrielle Kompetenzzentren) in Österreich befindet sich in Kärnten: das KAI-Kompetenzzentrum Automobil- und Industrie-Elektronik GmbH in Villach, das zu Beginn des Jahres 2006 gegründet wurde.

Das Programm K_plus sieht keine weiteren Ausschreibungen mehr vor, sondern wird – gemeinsam mit dem Programm K_ind/K_net – in das neue Programm COMET integriert. Das Programm umfasst drei Aktionslinien: „K1-Zentren" „K2-Zentren" und „K-Projekte", die sich primär durch die Ansprüche an die geförderten Einrichtungen hinsichtlich Internationalität, Projektvolumen und Laufzeit unterscheiden. Die erste Ausschreibung im Programm COMET wurde Oktober 2006 geöffnet und führte zur Errichtung von drei K2-Zentren, acht K1-Zentren und zehn K-Projekten im Umfang von 130 Mio. Euro an Bundesmitteln.[13] Für Kärnten wurde dabei die weitere Förderung des Carinthian Tech Research-Zentrums in Villach als K1-Zentrum erreicht. In der zweiten COMET-Ausschreibungsrunde,

die Oktober 2008 abgeschlossen wurde, gibt es einen weiteren Kärntner Antrag für ein K1-Zentrum (KAI – Kompetenzzentrum für Automobil- und Industrieelektronik, vormals ein K_ind-Zentrum). Das Kärntner Holzkompetenzzentrum W3C Wood Carinthian Competence Center ist Teil des Wood K-plus Kompetenzzentrums für Holzverbundstoffe und Holzchemie.

Lakeside Science & Technology Park (LSTP)

Der Lakeside Science & Technology Park ist das derzeit größte Technologieprojekt Österreichs und hat den europäischen Status eines Business Innovation Centers (BIC).

Im Rahmen der Technologiepolitik des Landes Kärnten spielt die Entwicklung eines IT-Clusters im Raum Klagenfurt, neben dem etablierten Mikroelektronik-Cluster me2c in Villach, eine wichtige Rolle. Im Frühjahr 2005 wurde in Klagenfurt der LSTP eröffnet, mit dem Ziel, durch die Bündelung der regionalen Kompetenzen im Software- und IT-Bereich Kärnten als High-Tech-Standort national wie international zu etablieren. Eigentümerinnen sind zu einem Drittel die Landeshauptstadt Klagenfurt und zu zwei Dritteln die BABEG Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungs GmbH (als Bund-Land-Gesellschaft). Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Klagenfurt sollen einerseits deren wissenschaftliches Potenzial genutzt und andererseits deren Absolvent/inn/en, vor allem aus dem Bereich Informatik, als hochqualifizierte Arbeitskräfte für die Unternehmen im LSTP gewonnen werden.

Mit der Errichtung des Lakeside Science & Technology Park wird in räumlicher Nähe zur Universität eine Plattform zur Verknüpfung von Forschungsaktivitäten, der Ausbildung im IT-Bereich und der Ansiedelung entwicklungsorientierter Unternehmen geschaffen. Die beteiligten Unternehmen sollen sich durch ein überdurchschnittliches Wachstum auszeichnen und somit zur Schaffung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen beitragen. Darüber hinaus sollen dadurch die Abwanderung von gut ausgebildeten Arbeitskräften vornehmlich in andere Regionen Österreichs verhindert bzw. gut ausgebildete Arbeitnehmer/innen und Studierende aus anderen Regionen und Ländern angezogen werden.

Derzeit verfügt der LST-Park über acht Gebäude mit einer Gesamtnutzfläche von 20.700 Quadratmetern bzw. einer vermietbaren Fläche von 18.100 Quadratmetern. 2007 waren 22 Mieter mit geschätzten 500 MitarbeiterInnen angesiedelt. Die Auslastung lag bei 78 Prozent.

Die dritte Ausbaustufe startete im Frühjahr 2009. Es werden hierfür 10,2 Mio. Euro investiert. Im Endausbau sollen zehn Gebäude mit 24.000 m^2 ver-

mietbarer Bürofläche bei rund 28.000 m² Gesamtfläche zur Verfügung stehen.

Lakeside Labs

Die neu gegründeten Lakeside Labs haben ihren fachlichen Schwerpunkt in der zielgerichteten Grundlagenforschung und angewandten Forschung im Bereich der so genannten „Selbstorganisierenden vernetzten Systeme". Ihnen stehen insgesamt 22 Mio. Euro Budget für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung. Das Ziel ist – basierend auf den Ressourcen der Technischen Fakultät der Alpen-Adria-Universität – ein international hochkarätiges IKT-Forschungszentrum aufzubauen. Bis 2015 werden pro Jahr rund 50 ForscherInnen – hauptsächlich MitarbeiterInnen der Technischen Fakultät, Doktoranden, PostDocs und GastwissenschafterInnen – in den Lakeside Labs tätig sein.

Impulsprogramme AplusB – Academia plus Business

Im Rahmen des Impulsprogramms „AplusB"-Zentren besteht in Kärnten eines von insgesamt neun in Österreich umgesetzten Projekten. Das „AplusB"-Zentrum BUILD! verfügt über zwei Standorte (Klagenfurt und Villach) und unterstützt Jungakademiker/innen (Universität und Fachhochschule), die den Schritt in die Selbständigkeit wagen wollen. Die Hauptaufgabe ist die Förderung und Stimulierung von innovativen Geschäftsideen und Unternehmensgründungen aus dem akademischen Bereich. Diese Unterstützung erfolgt mit umfangreichen Förderleistungen im Zusammenhang mit der Firmengründung (z. B. die Bereitstellung kostenloser Büroräume im LSTP in der Startphase der Unternehmensentwicklung).[14]

3. Bildung

Der Strukturwandel der Wirtschaft ist untrennbar mit der Aufgabe der Sicherung eines entsprechenden qualifizierten Arbeitskräftepotenzials verbunden. Im Jahr 2000 wurde der Verein „Bildungsland Kärnten" gegründet, welcher im Sinne der wirkungsorientierten Landesverwaltung (WOLV) erstmals alle Bereiche des Bildungswesens des Landes Kärnten zusammenführte. Durch ihn erfolgt die Koordination der Bildungspolitik auf Landesebene. Neben den Bildungseinrichtungen ist auch die Wirtschaft vertreten. Besonderes Gewicht wird auf die Praxisorientierung und Internationalisierung auf allen Ausbildungsebenen (von der Berufsschule und den Höheren Schulen bis zur Universität und Fachhochschule) gelegt.

Das Kärntner Bildungspaket 1999 bis 2004 umfasste unter anderem die Schwerpunkte einer forcierten IT-Ausrüstung an den höheren Schulen, das Kärntner Berufsschulkonzept, die „Lehre mit Matura“, neue Fachhochschulstudiengänge und den Ausbau der Universität Klagenfurt durch die Einrichtung einer IT-orientierten technischen Fakultät.

3.1 Neue Mittelschule

Mit dem Schuljahr 2008/2009 startete der Schulversuch der „Neuen Mittelschule“ als integriertes Modell der Sekundarstufe I (Hauptschule und Unterstufe Höherer Schulen) auch in Kärnten. Ingesamt 130 Schüler begannen an zwei Schulstandorten mit dem Verbundmodell der „neuen Mittelschule“. Im kommenden Schuljahr wird es diese neue Bildungsform in fast jedem Kärntner Bezirk geben. Die 48 weiteren „Neuen Mittelschulen“ mit insgesamt 53 ersten Klassen führen zu einer nahezu flächendeckenden Einführung in Kärnten. Somit gibt es ab 2009/2010 Platz für 1.325 Schüler/innen. Die erforderlichen Mittel dafür werden hauptsächlich vom Land getragen.

3.2 Überbetriebliche Lehrausbildung, Lehre mit Matura

Für das Berufsschulwesen wurde mit dem 2002 beschlossenen Berufsschul-Standortkonzept eine wesentliche Weichenstellung für die Ausbildungsqualität in der betrieblichen Lehre getroffen. Durch Zusammenführung artverwandter Berufe und die Nutzung der daraus entstehenden Synergieeffekte, durch die Modernisierung der Infrastruktur sowie die Schaffung überbetrieblicher Lehrwerkstätten wird auch eine Erhöhung der Attraktivität der Lehrausbildung angestrebt. Die Gründung von Kompetenzzentren für bestimmte Berufsfelder führt zu einer Verbesserung in der Auslastung der Klassenzüge und damit zu einer kostengünstigeren Lehrausbildung. Im Zusammenhang mit der verstärkten IT-Ausrichtung im gesamten Bildungsbereich steht die neu geschaffene Möglichkeit der Lehrausbildung zu IT-Fachkräften in den sogenannten „Technologiewerkstätten“, die es seit dem Jahr 2000 gibt.

Die Umsetzung des Berufsschul-Standortkonzeptes ist mit vier Modulen für den Zeitraum 2002 bis 2007 geplant. Insgesamt wurden dafür 18 Mio. Euro budgetiert. Bis Ende 2003 wurden zwei Module realisiert (Berufsschulzentren Wolfsberg mit 3,85 Mio. Euro und St. Veit mit 2,7 Mio. Euro). Im September 2004 wurde das neue Lehrlingsheim in Villach-St. Martin eröffnet. Das Bauvolumen (inkl. Wohnbauförderung) des Lehrlingsheimes betrug 2,4 Mio. Euro. Im November 2004 wurden die erweiterten und umgebauten Werkstätten der Berufsschule 1 in Klagenfurt eröffnet. Die Umbaukosten betrugen 1,4 Mio. Euro. Damit wurde das neue Berufsschulkonzept bereits zu 80 Prozent realisiert. Weitere Investitionen folgten an der Berufsschule Spittal/Drau. Im Juni 2006 fand dort der Spatenstich für den Umbau der Berufsschule mit einem Investitionsvolumen von

10 Mio. Euro statt. Im März 2008 wurde die Fachberufsschule Spittal/Drau nach dem Neu- und Umbau feierlich übergeben.

Neben den klassischen Berufsschulen ermöglichen überbetriebliche Lehrwerkstätten eine fundierte Ausbildung. Die ELMONT Bildungs- und Forschungsgesellschaft mbH mit Sitz in St. Andrä wurde im Jahr 2002 gegründet. ELMONT ist seit der im April 2004 erfolgten Verleihung nach dem Bundesausbildungsgesetz BAG § 30 die erste privatrechtliche Einrichtung, die zur überbetrieblichen Ausbildung von Lehrlingen in 16 verschiedenen technischen Berufsbildern befugt ist. Derzeit werden rund 200 Lehrlinge vornehmlich in den Berufsbildern Elektrobetriebstechniker/in/ Prozessleittechniker/in, Maschinenbautechniker/in, Maschinenfertigungstechniker/in und Mechatroniker/in zu Fachkräften ausgebildet. Im Jänner 2006 begann der räumliche Ausbau der ELMONT-Akademie. Laufende Investitionen in eine moderne Infrastruktur (CNC-Spezialmaschinen, IT-Unterrichtslandschaft, Automationssysteme etc.) sowie die Aufstockung des Lehr- und Ausbildungspersonals wurden getätigt. Im Jahr 2007 wurde die ELMONT-Akademie neu strukturiert. Mit neuen Gesellschaftern wird die überbetriebliche Lehrwerkstätte (Technische Akademie TAK) nun unter dem Namen „Technische AusbildungsGmbH“ weitergeführt. Nach der Insolvenz der ELMONT-Muttergesellschaft konnte so der weitere Ausbau für die nächsten Jahre sichergestellt und der Fortbestand garantiert werden. Mit der Neustrukturierung einher gehen weitere Ausbaupläne; der Zubau der Werkstätten der TAK startete im Mai 2008. Die Kapazität soll so weit ausgebaut werden, dass über 400 Lehrlinge pro Jahr ausgebildet werden können.

An der Berufsschule St. Veit/Glan werden seit 2000 die Klassen für Verwaltungsassistent/inn/en als Notebook-Klassen geführt (damals war dies die erste Berufsschule in Österreich mit diesem Angebot). Seit 2004 bestehen auch Klassen für Maschinenbautechniker/innen der Lehrwerkstätte Krumpendorf. Die Berufsschule St. Veit/Glan, seit 2003 ein Kompetenzzentrum für Metallberufe, bietet seit 2005 die Lehre mit Matura für Metallberufe an. Diese Lehrgänge werden als Notebook-Klassen geführt.

Die „Lehre mit Matura“ ist ein innovatives Kärntner Ausbildungsmodell und einzigartig in Österreich. Es eröffnet den Lehrlingen/Schüler/innen zusätzliche Perspektiven für ihren beruflichen Werdegang. Ziel dieses neuartigen Modells ist der drohenden Facharbeiterlücke gegenzusteuern. Seit Herbst 2007 wird die Lehre mit Matura flächendeckend in allen Lehrberufen, die in Kärnten beschult werden (Ausnahme: Oberflächentechniker und Büchsenmacher in Ferlach, da Bundesberufsschule), angeboten. Im Schuljahr 2007/08 wird die Ausbildungsvariante „Lehre mit Matura“ erstmals an den sechs Berufsschulstandorten Klagenfurt, St. Veit/Glan, Spittal/Drau, Villach, Wolfsberg und Völkermarkt angeboten. Die Kosten für die Ausbildung trägt das Land Kärnten. Insgesamt haben sich bereits

270 Kärntner Lehrlinge für das innovative Ausbildungsmodell entschieden.

3.3 Universität und Fachhochschule

Die Alpen-Adria-Universität Klagenfurt spielt in der Neupositionierung der Kärntner Bildungslandschaft eine bedeutende Rolle. Das Entwicklungskonzept mit dem Ziel einer noch stärkeren Technikorientierung der Universität steht im Prozess der Umsetzung. Mit 1. Jänner 2007 wurde die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik in eine Fakultät für Technische Wissenschaften und die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften getrennt. Die Gründung der technischen Fakultät erhält vor dem Hintergrund der strategischen Orientierung der Wirtschaftspolitik des Landes in Richtung Hochtechnologiebereiche und wissensintensive Dienstleistungen und im Zusammenhang mit dem neben der Universität angesiedelten Lakeside Science und Technology Park (Fertigstellung der ersten Baustufe im Herbst 2004; Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe im März 2007 mit einem gesamten Investitionsvolumen von 54 Mio. Euro, Start der dritten Ausbaustufe im Jahr 2008 mit einem Investitionsvolumen von 10,2 Mio. Euro) sowie durch das Forschungsschwerpunktprogramm „Lakeside Labs“ besondere Bedeutung.

Als wesentlicher Impuls für diese Entwicklung wurden sechs Stiftungsprofessuren durch eine „Anschubfinanzierung“ des Landes Kärnten über den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds bis zum Jahr 2008 vorfinanziert. Die Summe dieser Vorfinanzierung betrug rund 7,2 Mio. Euro. Die Lehrkanzeln werden folgende Schwerpunkte abdecken: Mobile Systeme im Bereich der Kommunikationstechnologie; Verkehrsinformatik; Embedded Systems; Pervasive Computing; Media Engineering (Integration von digitalen Medien in Mensch-Maschine-Schnittstellen, Informationssysteme und Anwendungen) sowie Servicerobotik (Entwicklung von Servicerobotern für unterschiedlichste Anwendungen). Diese Fächer werden in Österreich bis dato nirgends angeboten. Mit dem Wintersemester 2006/07 wurden auch die neuen Studienrichtungen „Informationstechnik (BAKK.)“ und „Information Technology (MAG.)“ eingerichtet. Als mögliche neue Studiengänge sind Medieninformatik sowie Wirtschafts- und Gesundheitsinformatik angedacht.

Die Etablierung mehrerer technisch orientierter Fachhochschulstudiengänge in Klagenfurt, Villach und Spittal/Drau ist ein wichtiger Baustein für die Verfügbarkeit qualifiziert ausgebildeter Fachkräfte als Schlüsselkomponente für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes. Diese zur Universität komplementären Ausbildungsmöglichkeiten stellen die Basis für die Entwicklung regionaler Entwicklungs- und Kompetenzzentren dar, von denen insbesondere der Innovationsprozess im KMU-Sektor profitie-

ren soll. Inzwischen (Studienjahr 2007/08) gibt es an vier Standorten 19 akkreditierte Studiengänge (Vorjahr: 15), die zum Teil in berufsbegleitende Studien und Vollzeitstudien untergliedert sind; außerdem unterteilen sich die Studiengänge in Diplom-, Master- und Bachelorstudiengänge.[15]

Die technologische Ausrichtung der Fachhochschule Kärnten bedeutet u. a. einen geringen Frauenanteil in den technischen Studienrichtungen (siehe Tabelle); mit Hilfe der Initiative „Frauen in die Technik" soll hier ein größeres Studieninteresse geweckt werden. In den Studiengängen „Gesundheitsmanagement", „Soziale Arbeit" und „Gesundheits- und Pflegemanagement" am FH-Standort Feldkirchen sowie „Public Management" sind hingegen Frauen stärker vertreten als Männer.

Tabelle 8 beinhaltet die Studierenden- und Absolvent/innenzahlen aller akkreditierten Studiengänge, die neue Studierende aufnehmen. Auslaufende Studiengänge[16] sind in dieser Tabelle nicht enthalten. Im Studienjahr 2007/08 belief sich die gesamte Studierendenzahl auf 1.015, davon 55,8 Prozent männliche und 44,2 Prozent weibliche Studierende. Inklusive Studierende in den auslaufenden Studiengängen beläuft sich die Zahl auf 1.322, ein Anstieg von 26,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der bis dato hervorgebrachten Absolvent/innen beläuft sich auf insgesamt 347 (42,7 Prozent männlich, 57,3 Prozent weiblich). Den größten Anteil an Absolvent/innen (68,6 Prozent) hat dabei der seit 1997/98 bestehende Diplomstudiengang Public Management. Der Großteil der Studiengänge brachte auf Grund des späten Starts noch keine oder nur wenige Absolvent/innen hervor.

Mit dem Wintersemester 2007/08 wurden acht neue Studiengänge eingeführt, darunter die Masterstudiengänge Bauingenieurwesen/Projektmanagement, Health Care IT, International Business Management, Gesundheitsmanagement und Systems Design. Zudem wurden die bisher als Diplomstudium geführten Studiengänge „Soziale Arbeit" und „Gesundheits- und Pflegemanagement" auf ein Bachelorstudium umgestellt. Die auslaufenden Studiengänge „Elektronik" und „Equipment Engineering" wurden modernisiert und werden nun unter dem Titel „Systems Engineering" angeboten. Die Anzahl der Studierenden in den neuen Studiengängen (ab 2007/08) liegt bei 292 oder 28,8 Prozent der Gesamtstudierendenzahl. Am beliebtesten sind dabei die Studiengänge „Health Care IT", „Systems Engineering" und „Soziale Arbeit".

Die Entwicklung des Studienangebots im Fachhochschulbereich in Kärnten weist jedoch einige Strukturprobleme auf. Nachteilig wirkt sich die Zersplitterung des Studienangebots auf vier Standorte aus (hohe Kosten bzw. mangelnde Infrastrukturausstattung, fehlende „kritische Masse" und Synergien, mangelnde überregionale Attraktivität des Studienangebots). Die unzureichende Ausschöpfung der Studienplatzkapazität in wichtigen Studiengängen bedeutet hohe Kosten je Studierenden und den Entfall von

Tabelle 8: Studiengänge der Fachhochschule Kärnten (Studienjahr 2007/08)

	Start	Standort	Art	Studierende ges./m/w	AbsolventInnen ges./m/w
Public Management (VZ + BB)	1997/98	Villach	Dipl.	193/58/135	238/83/155
Gesundheits- und Pflegemanagement (BB)	2004/05	Feldkirchen	Ba	54/5/49	25/1/24
Telematik/Netzwerktechnik (VZ + BB)	2004/05	Klagenfurt	Ba	101/92/9	11/11/0
Medizinische Informationstechnik (VZ)	2004/05	Klagenfurt	Ba	67/40/27	13/9/4
Bauwesen (VZ)	2004/05	Spittal/Drau	Ba	134/84/50	31/22/9
Architektur/Objektentwicklung (VZ)	2005/06	Spittal/Drau	Ma	21/11/10	17/11/6
Geoinformation (VZ)	2005/06	Villach	Ba	48/30/18	–
Integrated Systems and Circuits Design (VZ)	2006/07	Villach	Ma	28/25/3	–
Communication Engineering for IT (VZ + BB)	2006/07	Klagenfurt	Ma	16/15/1	12/11/1
Spatial Decision Support Systems (VZ)	2006/07	Villach	Ma	22/19/3	–
Unternehmensführung (VZ)	2006/07	Villach	Ba	39/19/20	–
Bauingenieurwesen/ Projektmanagement (VZ)	2007/08	Spittal/Drau	Ma	16/14/2	–
Health Care IT (VZ + BB)	2007/08	Klagenfurt	Ma	66/51/15	–
International Business Management (VZ)	2007/08	Villach	Ma	13/5/8	–
Gesundheits- und Pflegemanagement (VZ)	2007/08	Feldkirchen	Ba	31/5/26	–
Gesundheitsmanagement (BB)	2007/08	Feldkirchen	Ma	16/4/12	–
Soziale Arbeit (VZ + BB)	2007/08	Feldkirchen	Ba	59/7/52	–
Systems Engineering (VZ + BB)	2007/08	Villach	Ba	65/57/8	–
Systems Design (VZ + BB)	2007/08	Villach	Ma	26/25/1	–
GESAMT	–	–	–	**1015/566/449**	**347/148/199**

Quelle: Fachhochschule Kärnten (2008a)
VZ = Vollzeit, BB = berufsbegleitend

Bundeszuschüssen; auch bleibt das Absolvent/inn/enangebot hinter dem Bedarf bzw. der Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes zurück. Auch die Abstimmung des FH-Studienangebots des Technikums Kärnten mit dem Studienangebot der Universität ist ungeklärt.

4. Sozialpolitik

Mindestsicherung

Kärnten hat sich durch die Erlassung des Kärntner Mindestsicherungsgesetzes, welches mit 1. Juli 2007 in Kraft getreten ist, als erstes Bundesland Österreichs zu einer umfassenden sozialen Mindestsicherung mit dem Ziel eines Rechtsanspruches auf Existenzsicherung für alle bekannt.

Familienzuschuss

Nach dem Auslaufen des Kinderbetreuungsgeldes gibt es für Kärntner Familien zusätzlich den Familienzuschuss (Familienförderung). In Kärnten wird als einzigem Bundesland dieser Zuschuss bis zum 10. Lebensjahr des Kindes – je nach Einkommensgrenze – bis zu einem Betrag von € 436,– pro Kind gewährt. 2005 wurden 8,5 Mio. Euro ausbezahlt und damit rd. 4.000 Kinder (Förderfälle) gefördert. Seit 1999 wurden insgesamt 66,4 Mio. Euro an Familienzuschuss ausbezahlt.

Kindergeld

Kärnten hat als erstes Bundesland 2001 das Kinderbetreuungsgeld eingeführt. Damit wurden pro Kind, das vor dem 1. Juli 2000 geboren wurde, € 436,– pro Monat bis zum 3. Lebensjahr des Kindes ausbezahlt. Bei Mehrlingsgeburten wurde das Kindergeld jedem Kind gewährt. Seit Jänner 2002 wurde dann das Kinderbetreuungsgeld österreichweit eingeführt. Kärnten hat aufgrund der Stichtagsregelung innerhalb einer Übergangsfrist den betroffenen Familien das Kinderbetreuungsgeld weiter gezahlt. Seit 2005 wird das Kinderbetreuungsgeld ausschließlich nur mehr vom Bund ausbezahlt. Insgesamt wurden seit 2001 73,2 Mio. Euro für Kärntner Familien ausbezahlt. Somit kamen insgesamt rund 16.800 Kärntner Kinder (und deren Familien) in den Genuss des Kärntner Kinderbetreuungsgeldes.

Babygeld

Das Kärntner Babygeld bekommt jedes nach dem 31. Dezember 2005 geborene Kind mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Für das erstgeborene Kind erhält man € 800,–, für das zweitgeborene Kind € 900,– und € 1.000,– für das Drittgeborene bzw. für jedes weitere Baby.

Teuerungsausgleich

2007 wurde erstmals der Teuerungsausgleich ausbezahlt. Mit einer Einmalzahlung von € 100,– (€ 150,– für Familien) sollen die gestiegenen Lebenshaltungskosten für Bezieher geringer Einkommen abgefedert werden.

Gratis-Kindergartenjahr

Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde mit der Einführung des Gratis-Kindergartenjahres angestrebt. Ab dem Schuljahr 2006/2007 ist für alle Kinder, die das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt besuchen, der Halbtagsplatz kostenlos.

Schulstartgeld – Schulbedarfsförderung

Im Schuljahr 2001/2002 wurde in Kärnten zu Schulbeginn erstmals das Schulstartgeld ausbezahlt. Zu Beginn wurde das Schulstartgeld in Form von Gutscheinen zur Verfügung gestellt; im folgenden Schuljahr wurde es über die Kärntner Powercard abgewickelt. Im Jahr 2005/2006 wurde die Auszahlung des Schulstartgeldes ausgesetzt. Ab Schuljahr 2006/2007 wurde das Schulstartgeld in einer neuen Form als Schulbedarfsförderung wieder eingeführt. Die Schulbedarfsförderung beträgt derzeit pro schulpflichtigem Kind € 74,–. Rund 52.000 Schüler/innen haben einen Anspruch auf die Schulbedarfsförderung. Im Schuljahr 2007/2008 wurden 102.853 Gutscheine im Gesamtwert von 3,8 Mio. Euro ausgegeben.

5. Infrastruktur

5.1 Das Eisenbahninfrastrukturprojekt „Koralmbahn“

Defizite im Infrastrukturbereich stellen einen Wettbewerbsnachteil dar und erschweren die Integration Südösterreichs in einen neuen Wirtschaftsraum Süd-Ost, welcher von Friaul-Julisch Venetien über Slowenien, Kärnten, die Steiermark und den Norden Kroatiens bis nach Westungarn reicht. Mit dem Bau der Koralmbahn soll die Randlage Kärntens beseitigt werden.
Die Positionierung Südösterreichs im europäischen Wirtschaftsraum ist eng an die verkehrspolitischen Strategien und Pläne der EU gebunden. Im Jahr 1996 legte die EU die Leitlinien für den Aufbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) bis 2010 fest. Im Jahr 2003 erfolgte eine Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien. Österreich profitiert von den TEN-V bei insgesamt zehn Subvorhaben. Im Bereich der Schieneninfrastruktur sind dies die Verbindungen München–Kufstein, Wien–Bratislava, Budapest–Wien und Prag–Wien. Der Ausbau der österreichischen Verkehrsinfrastruktur muss sich an den großen europäischen Verkehrsmagistralen orientieren. In Hinblick auf die neuen TEN-V-Leitlinien ist für den Süden Österreichs ins-

besondere die Eisenbahnachse Lyon–Triest/Koper–Ljubljana–Budapest–ukrainische Grenze von strategischem Interesse.

Durch die Pläne der Europäischen Union, die Wirtschaftszentren im Osten an die Häfen der Adria über Ungarn und Slowenien anzubinden, zeigt sich, dass die österreichische Südbahn nach wie vor keine Priorität im paneuropäischen Hochleistungsbahnnetz darstellt. Dies stellt in zweifacher Hinsicht einen nachteiligen Umstand für Österreich dar. Einerseits entfällt damit die Möglichkeit einer Ko-Finanzierung der Südbahn durch die EU, und andererseits besteht die Gefahr, dass die Hauptverkehrsadern der Zukunft südlich Österreichs errichtet werden. Die Koralmbahn bzw. die neue Südbahn kann somit auch als verkehrspolitische Reaktion Österreichs auf den Korridor V der EU gesehen werden.

Im Jahr 2001 wurde mit dem Bau der Koralmbahn mit dem Teilstück Althofen–Klagenfurt begonnen. Die Bauarbeiten zum Kernstück der Koralmbahn – dem über 30 km langen Koralmtunnel – wurden mit der Errichtung eines Sondierungsstollens im Jahr 2002 eingeleitet. Der Zeitplan für die Errichtung der Koralmbahn sieht vor, dass bis zum Jahr 2016 ein einspuriger Betrieb zwischen Klagenfurt und Graz aufgenommen werden kann. In einem Übereinkommen zur beschleunigten Errichtung der Koralmbahn wurden im Jahr 2004 zwischen den Ländern Kärnten und Steiermark, dem Bund sowie der ÖBB bzw. der HL-AG eine Vorverlegung des offiziellen Baubeginns der Koralmbahn von 2011 auf 2008 sowie ein Kostenbeitrag der Länder Kärnten und Steiermark von jeweils 140 Mio. Euro vereinbart. Die Beiträge der Länder werden in 18 gleich bleibenden Jahresraten von je 7,778 Mio. Euro ab dem Jahr 2008 fällig. Die restlichen Errichtungskosten werden über die ÖBB Infrastruktur Bau AG finanziert. Die Gesamtkosten der Koralmbahn betragen rund 4,1 Mrd. Euro, davon entfallen laut Rahmenplan auf die Bauabschnitte auf Kärntner Seite bis zum Jahr 2020 insgesamt 1,36 Mrd. Euro. Die Kosten für den Koralmtunnel werden von Seiten der ÖBB Infrastruktur Bau AG mit rund 1,68 Mrd. Euro beziffert.

Bis Ende 2006 wurden durch die laufenden Arbeiten am Sondierungsstollen bzw. durch die ersten Bauabschnitte zwischen Klagenfurt und Althofen insgesamt rund 280 Mio. Euro verbaut. Die wesentlichen Investitionseffekte werden ab dem Jahr 2008 mit dem Baubeginn des Koralmtunnels bzw. in späterer Folge mit dem Bau der „Bleiburger Schleife“ sowie der Strecke St. Andrä–Aich ab 2012 wirksam.

Was die Weiterführung der Koralmbahn im Kärntner Zentralraum betrifft, so wird seitens der Kärntner Landesregierung die Wörthersee-Tunneltrasse favorisiert. Zum einen sei die Wörthersee-Tunneltrasse fast baureif, zum anderen würde es bei dieser Streckenführung als Teilstück der Adriatic–Baltic-Achse eine Mitfinanzierung der EU von bis zu 50 Prozent bei den Planungskosten und bis zu 20 Prozent bei den Baumaßnahmen geben.

5.2 Flughafen Klagenfurt

Die Entwicklung des Flughafens Klagenfurt zeigte in den letzten Jahren keine eindeutige Tendenz (vgl. Tab. 9). Im Jahr 2007 lag die Zahl der beförderten Personen am Flughafen Klagenfurt bei 470.147, im Jahr 2008 fiel die Anzahl der beförderten Personen auf 430.635 (– 8,4 Prozent) zurück. Eine wichtige Stellung am Klagenfurter Flughafen nehmen die so genannten Low-Cost-Carrier ein. Im Dezember 2006 wurde die Flugverbindung Klagenfurt–London/Stansted des Low-Cost-Carriers Ryanair wieder aufgenommen. Diese Verbindung generierte im Jahr 2007 ein Passagieraufkommen von rund 39.000; für das Jahr 2008 wurde ein Passagieraufkommen von rund 44.000 Personen (+ 12,8 Prozent) erwartet. Zusammen mit den noch deutlich höheren Passagierzahlen der TUIfly erreicht der Flughafen damit ein Passagieraufkommen (rd. 350.000), das gegenüber der relativ geringen Zahl von Geschäftsreisenden (rd. 170.000) für einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb Voraussetzung ist. Insofern sichern vor allem die Passagiere der Low-Cost-Carrier den nachhaltigen Betrieb des Flughafens, der wiederum für den Wirtschaftsstandort Kärnten ein unverzichtbares Angebot darstellt.

TUIfly bietet im Sommerflugplan Flüge nach Berlin/Tegel, Düsseldorf, Hamburg, Hannover und Köln/Bonn an und deckt damit das Tourismus-Hauptherkunftsland Deutschland ab. Am 30. März 2008 nahm die Deut-

Tabelle 9: Entwicklung der Passagierzahlen am Klagenfurter Flughafen, 1980–2007

Jahr	An	Ab	Transit	Gesamt	Δ % zum VJ
1980	40.828	39.984	1.339	82.151	
1985	50.260	51.546	885	102.691	25,0 %
1990	71.329	73.069	3.664	148.062	44,2 %
1995	99.919	100.294	14.846	215.059	45,2 %
2000	114.613	114.685	6.205	235.503	9,5 %
2001	111.893	112.354	2.454	226.701	–3,7 %
2002	128.583	129.062	2.072	259.717	14,6 %
2003	155.611	155.632	2.584	313.827	20,8 %
2004	240.193	242.068	4.013	486.274	54,9 %
2005	259.967	260.417	2.313	522.697	7,5 %
2006	202.414	200.891	6.349	409.654	–21,6 %
2007	234.000	230.728	5.419	470.147	14,8 %
2008	217.433	212.621	581	430.635	– 8,4 %

Quelle: Klagenfurt Airport (2008), Statistik Austria (2008b)

sche Lufthansa die Linienverbindung zwischen Klagenfurt und München (dreimal täglich) auf und bietet damit eine Alternative für die eingestellte Flugverbindung der Austrian Airlines nach Frankfurt.

Im Jahr 2008 wurde die Flugverbindung der Ryanair zwischen Frankfurt/Hahn und Klagenfurt wieder aufgenommen. Mit dem Winterflugplan 2008/2009 wurden zwei Flugverbindungen von/nach Stockholm/Skavsta und Göteborg aufgenommen. Durch diese neuen Flugverbindungen wird für die Kärntner Tourismuswirtschaft die Basis für eine Internationalisierung der Nachfragemärkte geschaffen. Der Kärntner Tourismuswirtschaft wird mit der Anbindung an Skandinavien die Möglichkeit zur Entwicklung eines wesentlichen Incoming-Marktes eröffnet. Zusätzlich stellt die bessere Anbindung an das europäische Luftverkehrsnetz einen Vorteil für die Kärntner Bevölkerung dar. Mit Low-Cost-Flugverbindungen erweitern sich der Radius leicht und preisgünstig erreichbarer Urlaubsdestinationen sowie die Möglichkeiten für Kurzreisen, sowohl nach als auch von Kärnten.[17]

6. Budgetpolitik

Das Finanzverfassungsgesetz[18] regelt den Wirkungsbereich des Bundes und der Länder auf dem Gebiet des Finanzwesens. Eines der wesentlichen Prinzipien ist, dass die Erträge der Abgaben, die dem Bund, den Ländern und den Gemeinden durch Gesetz zugewiesen werden, mit den Lasten der öffentlichen Verwaltung dieser Gebietskörperschaften übereinstimmen müssen. Insbesondere ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Im Zeitraum 1999 bis 2003 lag der Schwerpunkt der Budgetpolitik auf der weitgehenden Entschuldung des Landes durch den Verkauf von aushaftenden Wohnbauförderungsdarlehen sowie einer Minderheitsbeteiligung an der KELAG im Jahre 2001. Der Verkaufserlös wurde großteils für den Schuldenabbau eingesetzt; zusätzlich wurde eine Rücklage gebildet, aus der in den Folgejahren wichtige Investitionsprojekte und Förderungsvorhaben finanziert wurden. Zudem kam es zur Neugestaltung der Finanzierung des Krankenhausbereichs (KABEG), die dem Land und den Gemeinden vorübergehend einen höheren budgetpolitischen Spielraum verschafft. Die früheren Transferzahlungen zur Abdeckung des Betriebsabgangs der KABEG wurden durch Darlehensermächtigungen für die KABEG ersetzt, die künftig zu entsprechenden Ausgaben im Landeshaushalt und in den Gemeindehaushalten für den Kapitaldienst führen. Der verwendete Finanzierungsmodus mit einer außerbudgetären Verschuldung für das Land als Haftungsträger führt jedoch nicht zu einem höheren Schuldenstand gemäß dem Vertrag von Maastricht. In ähnlicher Weise

wirkt der Verkauf von Immobilien des Landes an die neu gegründete landeseigene LIG.

Die Entschuldung des Landes hat – in mittel- bis längerfristiger Perspektive – nichts an den strukturellen Problemen des Landeshaushaltes verändert, die in einem stagnierenden bis rückläufigen Steueraufkommen bei unverändert starker Expansion der Ausgaben für wichtige Aufgabenbereiche des Landes liegen. Die Konsolidierung des Landesbudgets bleibt damit auch eine Aufgabe für die kommenden Jahre.

Nachdem der Schuldenstand des Landes durch die jährliche Nettoneuverschuldung kontinuierlich bis auf 1,051 Mrd. Euro im Jahr 2000 angewachsen war, erfolgte im Jahr 2001 ein drastischer Verschuldungsabbau durch Vermögensverkäufe. Von einem reduzierten Niveau in der Höhe von 356 Mio. Euro im Jahr 2001 ausgehend, nimmt der Schuldenstand des Landes in den folgenden Jahren wieder rasch zu (2005: 680 Mio. Euro bzw. + 91 Prozent), obwohl in den letzten Jahren durch die schrittweise Auflösung der 2001 gebildeten Budgetrücklage zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung standen, die mittlerweile weitgehend aufgebraucht sind. Aufgrund

Tabelle 10: Ergebnis der laufenden Gebarung 1999 bis 2006 (Mio. €):

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Plan 2006[19]
laufende Einnahmen	1.522,7	1.551,5	1.291,8	1.324,40	1.364,51	1.425,33	1.450,40	1.440,56
laufende Ausgaben	1.477,9	1.523,7	1.147,8	1.167,90	1.220,59	1.298,61	1.765,29	1.363,43
öffentliches Sparen	44,9	27,8	143,9	156,5	143,92	126,72	–314,89	77,13
Einnahmen VG[20]	144,9	139,9	188,2	154,9	143,1	150,62	216,75	214,55
Ausgaben VG	136,7	133,6	157,4	183,5	203,07	188,97	184,61	187,28
Ergebnis VG	8,2	6,3	30,7	–28,6	–59,97	–38,35	32,14	27,27
Einnahmen FT[21]	372,5	394,6	1.256,8	413,7	405,17	434,80	735,92	182,15
Ausgaben FT	425,6	428,7	1.422,0	541,7	489,12	523,18	440,65	286,54
Ergebnis FT	–53,1	–34,2	–165,2	–128	–83,95	–88,38	295,27	–104,39
Freie Finanzspitze	0	0	9,5	–0,1	0	–0,01	12,52	0,01

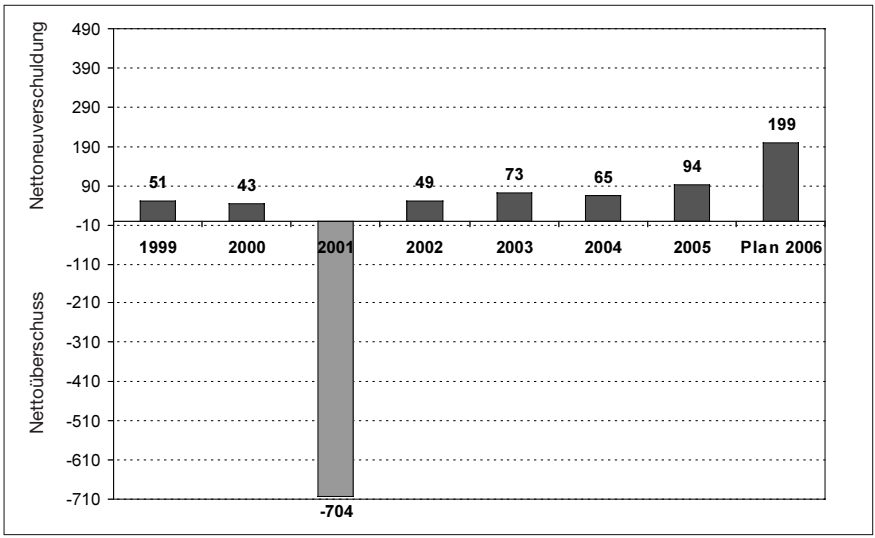
Quelle: Rechnungsabschlüsse Land Kärnten, Abteilung Finanzen.

Tabelle 11: Schuldenstandentwicklung 1999 bis 2006, Gesamtübersicht

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Plan 2006[23]
Gesamteinnahmen (Mio. €)	1.890,17	1.941,97	2.736,77	1.765,45	1.636,80	1.855,93	2.324,32	1.713,72
Gesamtausgaben (Mio. €)	2.040,26	2.086,05	2.727,24	1.893,03	1.837,81	2.010,75	2.390,56	1.837,26
Abgang/Überschuss (Mio. €)	–150,09	–144,08	9,53	–127,59	–201,01	–154,83	–66,24	–123,54
Nettoneuverschuldung (Mio. €)[24]	–50,75	–43,45	704,39	–49,42	–72,67	–65,19	–93,50	–199,50
Schuldenstand (Mio. €)	1.007,48	1.050,93	356,05	405,47	521,44	586,63	680,14	879,63
BIP in Kärnten (Mio. €)	11.540	11.893	12.250	12.575	13.335	13.398	13.957	14.838
Neuverschuldung in Prozent des BIP	–0,44 %	–0,37 %	5,75 %	–0,39 %	–0,54 %	–0,49 %	–0,67 %	–1,34 %
Verschuldung pro Kopf (€)	1.801	1.879	636	725	932	1.049	1.216	1.572

Quelle: Rechnungsabschlüsse Land Kärnten, Abteilung Finanzen

Abbildung 8: Zeitliche Entwicklung der Nettoneuverschuldung 1999 bis 2006



Quelle: Rechnungsabschlüsse Land Kärnten, Abteilung Finanzen

der fehlenden Rechnungsabschlüsse seit 2006 liegen lediglich Schätzungen zur Situation der außerbudgetären Schulden des Landes Kärnten vor. 2007 wurden diese mit rund 1 Milliarde Euro beziffert[22], wobei der größte Anteil durch das Projekt „LKH neu" verursacht wird. Diese Situation bedeutet, dass die Aufgabe einer nachhaltigen Budgetkonsolidierung mit dem mittelfristigen Ziel einer Nettoneuverschuldung von Null auch für die nächste Legislaturperiode eine besondere politische Herausforderung darstellt (s. Tabelle 11 bzw. Abbildung 8).

7. Demographische Entwicklung

7.1 Bevölkerungsprognose bis 2050

Nach der aktuellen Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wird die österreichische Bevölkerung in Zukunft weiterhin stark wachsen. Im Jahr 2050 wird sie auf 9,52 Mio. angestiegen sein. Die Altersstruktur verschiebt sich deutlich hin zu den älteren Menschen. Während zur Zeit 22 Prozent der Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren sind, so werden es 2020 bereits rund 26 Prozent sein und ab 2050 sogar mehr als 30 Prozent.

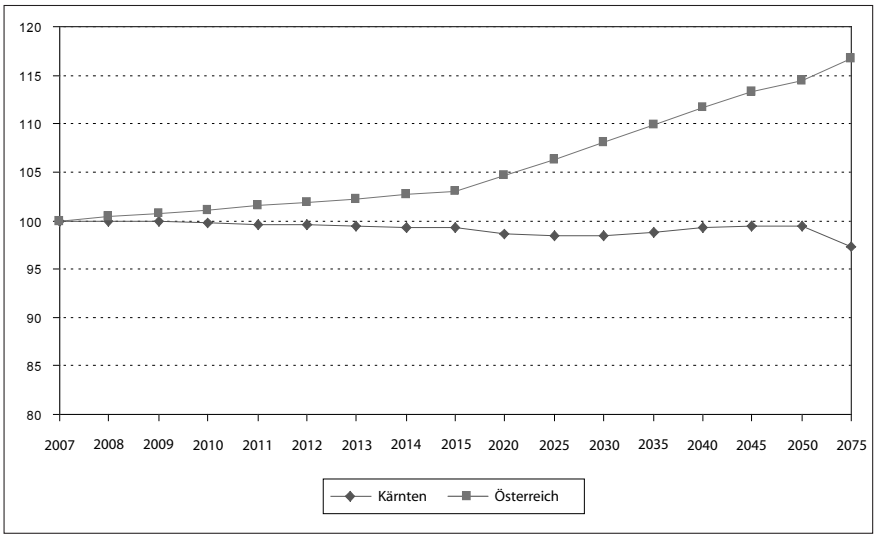
Während der Bevölkerungszuwachs im gesamten Bundesgebiet deutlich ausfällt, gibt es auf Bundesländerebene gravierende Unterschiede. Während für Wien und Niederösterreich überdurchschnittlich dynamische Entwicklungen erwartet werden, ist in Kärnten langfristig mit einem Stillstand bzw. einem leichten Rückgang der Bevölkerungszahl zu rechnen. Die Zuwanderung wird den Geburtenrückgang zukünftig nicht kompensieren (s. Abbildung 9).

Auch beim Alterungsprozess gibt es regionale Unterschiede. Der Osten und der Süden Österreichs sind von der Überalterung der Bevölkerung im besonderen Maße betroffen. In Kärnten wird der Anteil der über 60-Jährigen im Zeitraum 2007 bis 2075 von rund 24 Prozent auf 37 Prozent ansteigen. Gleichzeitig wird der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 61 auf 51 Prozent zurückgehen (s. Abbildung 10).

Was die Zahl der Erwerbspersonen betrifft, wird diese österreichweit bis zum Jahr 2020 weiterhin steigen, wobei der Zuwachs zum größten Teil durch Zuwanderung erreicht wird. Auf Bundesländerebene werden regional unterschiedliche Entwicklungen erwartet. Während für Wien besonders hohe Zuwächse prognostiziert werden, werden das Burgenland, Kärnten und die Steiermark mit Rückgängen zu rechnen haben (s. Abbildung 11).

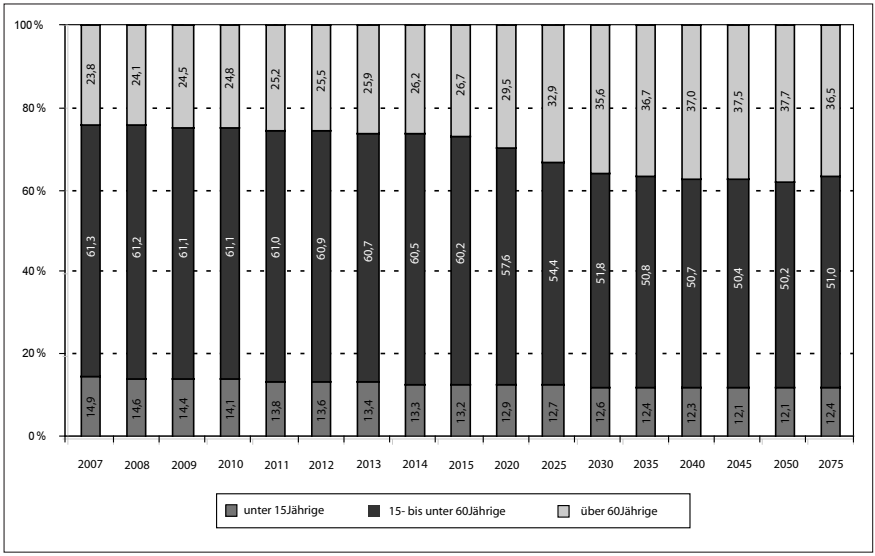
Neben der Überalterung der Bevölkerung, von der Kärnten in einem überdurchschnittlichen Maß betroffen sein wird, ist ein Konzentrationsprozess auf den Zentralraum (Klagenfurt, Villach) feststellbar (s. Abbildung 12).

Abbildung 9: Bevölkerungsprognose Kärnten – Österreich (2007 = 100)



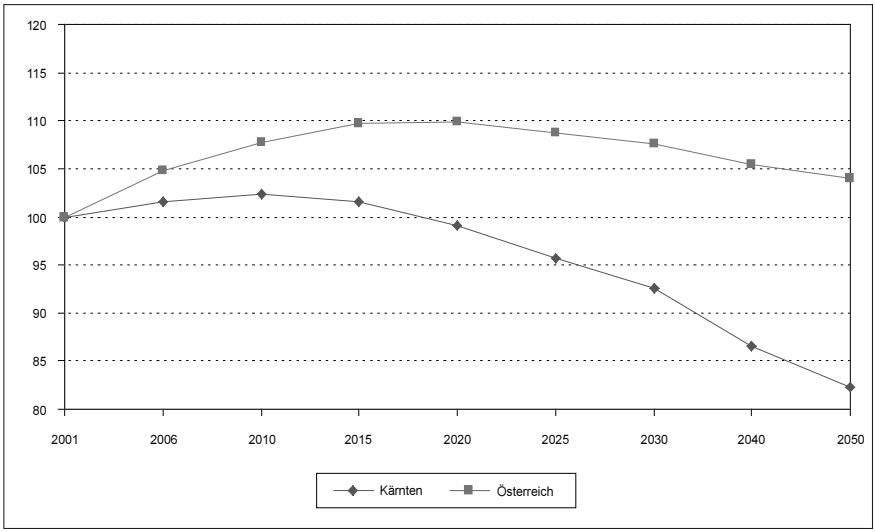
Quelle: Statistik Austria

Abbildung 10: Bevölkerungsanteil nach Alterklassen, Kärnten 2007 bis 2075



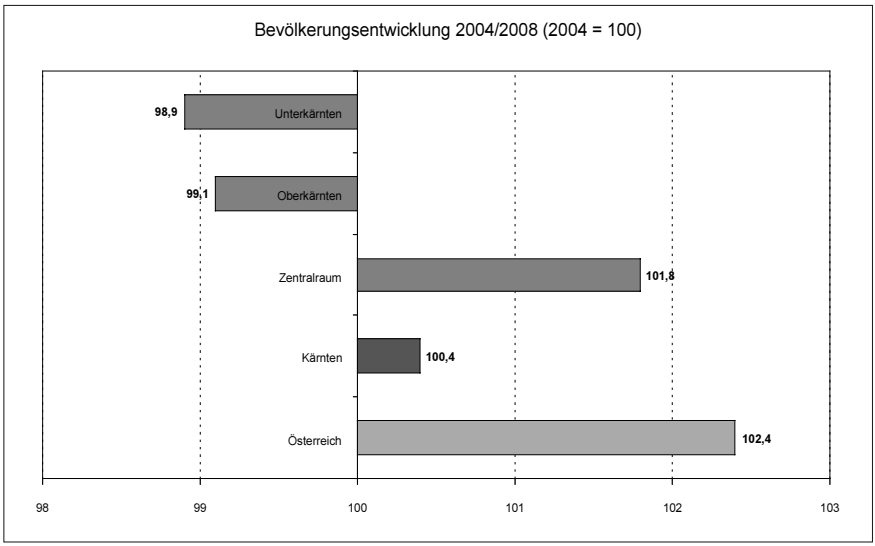
Quelle: Statistik Austria

Abbildung 11: Erwerbspersonen-Prognose Kärnten – Österreich (2001 = 100)



Quelle: Statistik Austria

Abbildung 12: Bevölkerungsentwicklung 2004/2008 (2004 = 100) Österreich, Kärnten, Zentralraum (Klagenfurt, Villach), Oberkärnten und Unterkärnten



Quelle: WIBIS

Die ohnehin schon geringe Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum wird durch die Abwanderung von jüngeren, gut ausgebildeten Arbeitskräften noch verstärkt. Im Extremfall kann dies zukünftig zur weitgehenden Entsiedelung von Teilräumen führen.

8. Zukunftsperspektiven

Die Wirtschaft Kärntens hat sich in den letzten Jahren mehr oder weniger im Gleichklang mit der gesamtösterreichischen wirtschaftlichen Dynamik entwickelt. So hat Kärnten auch am hohen Wachstum der Weltwirtschaft, an der positiven konjunkturellen Situation in Deutschland sowie am Aufholprozess der mittel- und osteuropäischen Länder partizipiert, verbunden mit einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation.

Dass die Kärntner Wirtschaft die positiven Umfeldbedingungen der letzten Jahre nutzen konnte, ist durch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten – preislich sowie vor allem in qualitativer und technologischer Hinsicht – sowie eine verstärkte Exportorientierung der Unternehmen, zunehmend auch im KMU-Bereich, begründet.

Die unveränderte strategische Orientierung der Wirtschaftspolitik des Landes und insbesondere auch der Wirtschaftsförderungspolitik mit ihren Schwerpunkten der Verbesserung der Infrastrukturausstattung, Bildung und F&E-Potenzial sowie der Innovationsfähigkeit der Unternehmen hat hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Der Erfolg dieser Politik zeigt sich insbesondere in der Dynamik des sogenannten Technologiesektors der Kärntner Wirtschaft, einschließlich der unternehmensbezogenen und der technologieorientierten Unternehmensdienstleistungen, die auf weite Bereiche der Kärntner Wirtschaft und regional auch über den Kärntner Zentralraum hinaus ausstrahlt.

Für den Wirtschaftsstandort Kärnten ist es wichtig, an dieser langfristigen strategischen Orientierung festzuhalten und die Fokussierung auf Standortqualität, Standortattraktivität, innovationsfördernde Rahmenbedingungen und gezielte Förderung zur Stärkung und zur Verbreiterung der Wachstumssektoren der Kärntner Wirtschaft noch zu akzentuieren. Dieser Fokussierung und Akzentuierung sollte Priorität zukommen gegenüber sozialkonsumtiven Ausgaben und strukturpolitisch kaum effektiven Investitionsmaßnahmen, wenn man davon ausgeht, dass die Kärntner Wirtschaft noch Aufholpotenzial und Aufholbedarf hat und eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung die besten Voraussetzungen schafft für eine weitere Zunahme von Beschäftigung und Erwerbsbeteiligung, für Einkommensverbesserungen und eine weitere Reduktion der Arbeitslosen-

rate, aber auch für die Verbesserung von Lebens- und Umweltqualität sowie für die Finanzierung sozialstaatlicher Aufgaben.

Obwohl das Land Kärnten seit Mitte 2000 ein umfassendes Konzept zur Verwaltungsinnovation verfolgt, sind die realen Umsetzungen deutlich hinter den ambitionierten Zielen geblieben. Unter dem Titel „WOLV – Wirkungsorientierte Landesverwaltung" sollte die Zusammenführung von Abteilungen der Landesverwaltung nach sachlichen Kriterien zu Kompetenzzentren, sowohl in räumlicher als auch organisatorischer Sicht, erfolgen. 2005 erfolgte der Spatenstich für den Bau des Verwaltungszentrums in der Mießtaler Straße; 2007 jener für das Technik- und Laborzentrum in der Flatschacher Straße. Durch das Zusammenführen der über 30 Verwaltungsstandorte in der Landeshauptstadt in zwei zentralen Gebäuden wurde zwar ein wichtiger Schritt im Hinblick auf eine effizientere und schlankere Verwaltungsstruktur getan; ohne die entsprechende Reorganisation der Abteilungen nach sachlichen Kriterien steht jedoch ein wesentlicher Teil der Verwaltungsreform noch aus. 2006 wurde zwar über die Einführung von dezentralen Kompetenzzentren, die über Globalbudgets verfügen sollen, diskutiert, die Zusammenlegung der Landesabteilungen zu Kompetenzzentren ist bis dato aber noch offen.

Literatur

Amt der Kärntner Landesregierung (2008), „Voranschlag des Landes Kärnten für das Jahr 2008", Klagenfurt.

Amt der Kärntner Landesregierung (2007), „Statistisches Handbuch des Landes Kärnten – Daten 2006", Klagenfurt.

Arbeiterkammer Kärnten (2008), „Einkommen in Kärnten – Eine Analyse der Arbeiterkammer für das Jahr 2006", Klagenfurt.

Arbeitsmarktservice (2007), „Bundeslandprofile 2006 – Kärnten", Wien.

Arbeitsmarktservice (2008a), „Personen in Schulungen nach Bundesländern 04/2008", http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start. Heruntergeladen am 27. 5. 2008.

Arbeitsmarktservice (2008b), „Arbeitsmarkt und Bildung März 2008", Wien.

Arbeitsmarktservice (2009), „Bundesland- bzw. Bezirksprofile 2007". http://oi000004.host.inode.at/bez-bul_html/index.html. Herunter geladen am 6. 6. 2008.

Arbeitsmarktservice (2008), „Arbeitslose nach Ausbildung 2007", http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start. Heruntergeladen am 10. 6. 2008.

Bodenhöfer H. J., Klinglmair R., Koboltschnig R.-G., Michael A. (2007), „Bildung, Beschäftigung, Arbeitsmarkt – Die Situation der Frauen in Kärnten", Klagenfurt.

Bodenhöfer, H. J., Behrens, D. A., Bliem, M., Hyll, W. (2008): Lakeside Science & Technology Park – Regionalwirtschaftliche und Technologiepolitische Effekte.

Europäische Kommission (2008): „Science, technology and innovation in Europe", Eurostat statistical books.

Europäische Kommission (2007): „Eurostat regional yearbook 2007“, Eurostat statistical books.

Europäische Kommission (2007): „Economic Forecasts“.

Fachhochschule Kärnten (2008a), „Studierenden- und Absolventenzahlen 2007/08“, Klagenfurt.

Fachhochschule Kärnten (2008b), „Hochschulentwicklungsplan 2007 – 2015“, Klagenfurt.

Fritz, O. et al. (2006): „Konjunktur 2005 regional relativ ausgeglichen“, in: WIFO-Monatsberichte 5/2006.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2008), „HVB – Statistikdatenbank – Tabellen 2, 31, 35 und 37“, Wien.

Huber, P. et al. (2007): „Im Konjunkturaufschwung 2006 Wachstumsvorsprung im Westen Österreichs“, in: WIFO-Monatsberichte, 5/2007.

IHS (2007): „Prognose der österreichischen Wirtschaft 2007–2008“. Wien.

IHS (2008), „Gutachtliche Stellungnahme zum Projektantrag ‚Neue Flugverbindungen RYANAIR‘ an das Sondervermögen Zukunft Kärnten“, Klagenfurt

Joanneum Research (2008): Außenhandel und Direktinvestitionen Kärntens 2000–2006. Eine neue Methode der Regionalisierung von Warenexporten. Institut für Technologie- und Regionalpolitik, InTeReg Research Reports Nr. 69/2008.

Kärntner Wirschaftsförderungsfonds (2008): „Das Jahr 2007“, Klagenfurt.

Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF), Regionale Wettbewerbsfähigkeit Kärnten 2007–2013, operationelles Programm, gemäß Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. 7. 2006.

Klagenfurt Airport (2008), „Statistiken (1980 – 2006)“, http://www.klagenfurt-airport.at. Heruntergeladen am 2. 8. 2008.

KMU Forschung Austria (2008): Kaufkraft 2007. Pressemitteilung vom 26. 5. 2008.

KMU Forschung Austria (2008), „Pressemitteilung zur Kaufkraftentwicklung“, http://www.kmuforschung.at. Heruntergeladen am 30. 5. 2008.

Land Kärnten (2008), „Territorialer Beschäftigungspakt des Landes Kärnten 2007“, http://www.pakte.at/attach/KTN_2007.pdf. Heruntergeladen am 27. 5.2008.

Land Kärnten (2005), „Finanz- und Wirtschaftsreport 2004/2005“.

Land Kärnten (2008): „Gratis Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt“ http://www.ktn.gv.at/?SId=395, Heruntergeladen am 25. 6. 2008.

Land Kärnten (2008): „Technikzentrum und Institut für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen – Land Kärnten“, Pressemappe 5. 12. 2008.

Land Kärnten (2004), „Kärntner Bildungspaket 1999–2004 – Präsentation der Umsetzungen im Bildungsbereich“.

Leo H., Ziegler E., Guichard C. (2006): „Annual Innovation Policy Trends and Appraisal Report”.

OGM (2005): „Reale Kaufkraft 2005. Die Einkommen der Bundesländer unter Berücksichtigung der regionalen Preisniveaus“, Wien.

Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich 2007–2013 gemäß Art. 27 der Verordnung (EG) Nr.1083/2006 des Rates, Beschluss der Österreichischen Raumordnungskonferenz vom 27. Oktober 2006.

Österreichische Gesellschaft für Marketing (2008), „Kinderbetreuung in Kärnten – Ist-Situation und Bedarf“, Wien.

Palme, G. und Huber, P., 2007: Hochkonjunktur mit Wachstumsvorsprung für westliche und Industriebundesländer, in: WIFO-Monatsberichte, 5/2008

RegioData Research GmbH (2007): „Kaufkraft in Österreich". Presseaussendung vom 21. 8. 2007.

Regional Innovation Scoreboard RIS 2006: http://www.trendchart.org/scoreboards/scoreboard2006/pdf/eis_2006_regional_innovation_scoreboard.pdf

Statistik Austria (2007), „Statistisches Jahrbuch 2007", Wien.

Statistik Austria (2007a), „Arbeitskräfteerhebung 2006 – Ergebnisse des Mikrozensus", Wien.

Statistik Austria (2007b), „Kindertagesheimstatistik 2006/07", Wien.

Statistik Austria (2006a), „Arbeitskräfteerhebung 2005 – Ergebnisse des Mikrozensus", Wien.

Statistik Austria (2006b), „Arbeitskräfteerhebung 2004 – Ergebnisse des Mikrozensus", Wien.

Statistik Austria (2008a), „Beschäftigte ohne Präsenzdiener und Karenz bzw. Kinderbetreuungsgeldbezieher Innen", ISIS-Datenbank, Wien.

Statistik Austria (2008b), „Bildung in Zahlen 2006/07 – Schlüsselindikatoren und Analysen", Wien.

Statistik Austria (2008), „Außenhandel im Jahr 2007", Statistische Nachrichten 8/2008, Wien.

Statistik Austria (2008), „Bevölkerungsprognose 2008 – Bevölkerungsvorausschätzung 2008–2050, Wien.

Statistik Austria (2008c), „Teilnahme an Kursen und Schulungen in den letzten 4 Wochen nach Bundesland – Jahresdurchschnitt 2007", Wien.

Territorialer Beschäftigungspakt des Landes Kärnten 2007: http://www.pakte.at/attach/KTN_2007.pdf. Heruntergeladen am 30. 4. 2008.

Universität Klagenfurt (2007a), „Tabelle 3 – Personenzählung Wintersemester 2007", http://www.uni-klu.ac.at/studabt/inhalt/1173.htm. Heruntergeladen am 27. 5. 2008.

Universität Klagenfurt (2007b), „Tabelle 1A – Belegte und unterbrochene Studien Wintersemester 2007", http://www.uni-klu.ac.at/studabt/inhalt/1173.htm. Heruntergeladen am 27. 5. 2008.

Weyerstraß K., Bliem M. (???): Makroökonomische Effekte des Eisenbahninfrastrukturprojekts „Koralmbahn" auf das Bundesland Kärnten.

WIFI (2007), „Veranstaltungsstatistik Zeitraum 1. 8. 2006 – 31. 7. 2007", Klagenfurt.

Wirtschaftskammer Kärnten (2007): „Außenhandelsstatistik Kärnten 2006".

Wirtschaftskammer Österreich: „Gründungsintensität 1993–2006 nach Bundesländern". http://wko.at/statistik/Extranet/Neugr/ng2006-intensitaet.pdf. Heruntergeladen am 5. 6. 2007.

Wirtschaftskammer Kärnten (2007): Außenhandelsstatistik Kärnten 2006.

Wirtschaftskammer Kärnten (2008): Außenhandelsstatistik Kärnten 2007.

Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Finanz- und Handelspolitik (Oktober 2006): „Die österreichischen Dienstleistungsexporte 2005".

Wirtschaftskammer Österreich (Juli 2008): „Dienstleistungsexporte 2007".

Anmerkungen:

1 VGR der Bundesländer wurde Ende 2008 bis einschließlich 2006 veröffentlicht und rückwirkend zum Teil deutlich revidiert.

2 Unselbständig Beschäftigte inklusive Kindergeld- und Karenzgeldbezieher/innen sowie Präsenzdiener.

3 Vgl. Wirtschaftskammer Kärnten: Außenhandelsstatistik Kärnten 2008. Erfasst wird der grenzüberschreitende Handel mit Waren, aber nicht mit Dienstleistungen. Die Importe und Exporte wurden vollständig dem Bundesland zugerechnet, in dem das jeweils berichtende Unternehmen seinen Sitz hat. Die Außenhandelsdaten auf der Ebene der Bundesländer liegen derzeit für den Zeitraum 1998 bis 2007 vor.

4 Vgl. Joanneum Research (2008): Außenhandel und Direktinvestitionen Kärntens 2000–2006. Eine neue Methode der Regionalisierung von Warenexporten. Institut für Technologie- und Regionalpolitik, InTeReg Research Reports Nr. 69–2008.

5 Basierend auf den durch Extra- und Intrastat erfassten Warenströmen, lt. Warenstromanalyse in Österreich – Unternehmen mit Steuersitz in Österreich, auf Unternehmenssitze herunter gebrochen – exkl. Dienstleistungen, Quelle Statistik Austria.

6 Aktuellere Zahlen des Bruttoregionalprodukts liegen derzeit nicht vor.

7 Joanneum Research weist eine bereinigte Exportquote von 37,7 Prozent aus. Vgl. Joanneum Research (2008): a. a. O.

8 Ausfuhr in Mio. € des Jahres 2007 bezogen auf Bruttoinlands- bzw. Bruttoregionalprodukt des Jahres 2006.

9 Die österreichischen Dienstleistungsexporte 2005, Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Finanz- und Handelspolitik.

10 Bruttoinlandsausgaben für F&E in Prozent des BRP.

11 Quelle: KWF.

12 Planzahlen der geförderten Unternehmen.

13 Quelle: FFG, http://www.ffg.at/

14 Bodenhöfer, H. J., Behrens, D. A., Bliem, M., Hyll, W. (2008): Lakeside Science & Technology Park – Regionalwirtschaftliche und Technologiepolitische Effekte.

15 FH-Bachelorstudiengänge (6 Semester); FH-Masterstudiengänge (2 – 4 Semester), FH-Diplomstudiengänge (8 – 10 Semester)

16 Auslaufende Studiengänge sind: Elektronik und Equipment Engineering (Dipl.), Gesundheits- und Pflegemanagement (Dipl.), Geoinformation (Dipl.), Soziale Arbeit (Dipl.), Elektronik/Equipment Engineering (Ba), Equipment Engineering (Ba)

17 Vgl. Institut für Höhere Studien Kärnten (2008), S. 1 ff.

18 Vgl. BGBl. I Nr. 100/2003.

19 Der Rechnungsabschluss des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 2006 wurde von der Kärntner Landesregierung zur Beratung und Beschlussfassung an den Landtag weitergeleitet, aber bis dato vom Kärntner Landtag noch nicht beschlossen.

20 Vermögensgebarung.

21 Finanztransaktionen.

22 Presseaussendung des Landespressedienstes vom 27. November 2007.

23 Der Rechnungsabschluss des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 2006 wurde vom Kärntner Landtag erst am 28. Mai 2009 behandelt.

24 Negative Werte bedeuten eine Nettoneuverschuldung, positive Werte einen Nettoüberschuss.

Franziska Rischkowsky/Thomas Döring

Konsumentenverhalten und Verbraucherpolitik: Ökonomische Ansätze und ihre Politik-Implikationen im Allgemeinen wie für Österreich

1. Einleitung und Fragestellung

Bis heute ist Verbraucherpolitik ein aus ökonomischer Sicht untertheoretisiertes Politikfeld. Dies trifft insbesondere auf Fragen der Regulierung und Steuerung von Märkten im Interesse des Verbrauchers zu. Da jede Form des staatlichen Eingriffs in das Marktgeschehen zunächst eine Beschneidung der individuellen Freiheit bedeutet, muss es auch bei der Begründung einer modernen Verbraucherpolitik darum gehen, eine auf Nutzen (Vorteile) und Präferenzen der Konsumenten abzielende Rechtfertigung staatlichen Tätigwerdens zu finden.[1] Innerhalb des Analyserahmens der neoklassischen Theorie des vollkommenen Marktes bestand kein Bedarf an verbraucherpolitischen Maßnahmen. Der annahmegemäß vollkommene Markt führt zu optimalen Preis- und Mengengefügen und reicht zum Schutz des Konsumenten aus. Wirtschaftspolitisch gewendet führte diese Sichtweise zu der Schlussfolgerung, dass eine Politik zur Sicherung eines funktionsfähigen Markt- und Wettbewerbssystems nicht nur ausreiche, um die Interessen der Konsumenten zu wahren, sondern dass darüber hinaus Staatseingriffe zum Schutz der Verbraucherinteressen negative Effekte auf die Gesamtwohlfahrt haben (können).[2]

Mit der Erfahrung, dass Verbraucherprobleme häufig (auch) dort auftreten, wo angesichts hoher Wettbewerbsintensität ein positives Marktergebnis zu erwarten gewesen wäre, verbindet sich innerhalb der Ökonomik die Einsicht, dass es nicht in erster Linie mögliche Wettbewerbsprobleme sind, die zu einer Beeinträchtigung der Interessen der Verbraucher führen. Mit dieser Erkenntnis vollzog sich eine stärkere Beachtung von Informationsmängeln in Rahmen von Marktprozessen. Die sich daraus ableitende Informationsökonomik als die heute wichtigste theoretische Begründung für eine staatliche Verbraucherpolitik analysiert dabei insbesondere die sich aus unvollkommener Information ergebenden Funktionsdefizite von Märkten.[3] Der Tatbestand, dass die informationsökonomischen Ansätze

sich weitgehend nur mit einem bestimmten Problem von Verbraucherentscheidungen beschäftigen (unvollständige Information), verweist jedoch auf die Notwendigkeit zu einer breiter angelegten Fundierung staatlichen Verbraucherschutzes.

Vor diesem Hintergrund versucht der vorliegende Beitrag die bisherigen Bemühungen um eine ökonomische Rechtfertigung staatlicher Verbraucherpolitik sowie deren Ausgestaltung auf eine breitere theoretische Grundlage zu stellen. Zu diesem Zweck sollen zunächst die verbraucherpolitischen Implikationen der Informationsökonomik (Kapitel 2) einschließlich der durch diesen Ansatz nicht hinreichend erfassten Verbraucherprobleme (Kapitel 3) dargestellt werden. Daran anschließend und unter der Zielsetzung einer Erweiterung der informationsökonomischen Sicht werden weitere ökonomische Ansätze diskutiert, welche die Möglichkeit zu einer differenzierteren Analyse des Konsumentenverhaltens liefern. Mit Hilfe von Ansätzen der Neuen Institutionenökonomik wird dabei der Einfluss formeller wie informeller Institutionen auf das Verbraucherverhalten näher untersucht (Kapitel 4). Demgegenüber dient der Rückgriff auf Erkenntnisse der Verhaltensökonomik sowie der verhaltenswissenschaftlichen Konsumforschung dazu, die kognitiven und emotionalen Beschränkungen, denen Verbraucher in ihrem Entscheidungsverhalten unterliegen, eingehender zu betrachten (Kapitel 5). Abschließend wird in grundlegender Form auf die Situation des Verbraucherschutzes in Österreich eingegangen, wobei unter Bezug auf die verschiedenen Theorieansätze ausgewählte politische Reformvorschläge aufgezeigt werden (Kapitel 6).

2. Unvollkommene Information als Rechtfertigung staatlicher Verbraucherpolitik

2.1 Verbraucherschutz aus Sicht der Informationsökonomik

„The economics of consumer protection is the economics of information.“[4] Dieses Zitat verdeutlicht die grundlegende Bedeutung, die der Informationsökonomik als dem heute wichtigsten ökonomischen Ansatz zur Rechtfertigung verbraucherpolitischer Eingriffe des Staates zukommt. Ihr Untersuchungsgegenstand sind die Funktionsdefizite von Märkten und die Verhaltensweisen von Marktakteuren unter der Bedingung unvollkommener Information. Informationen werden im Unterschied zum neoklassischen Standardmodell als eigenständige Güter betrachtet, deren Produktion und Erwerb Kosten verursacht und die zwischen den Marktteilnehmern ungleich verteilt sein können. Während bei vollständiger Information der Wettbewerb die Produzenten (Verkäufer) zwingen würde, Produkte mit den „richtigen“ Eigenschaften, bezogen auf Sicherheit oder Haltbarkeit,

herzustellen, führt die Berücksichtigung von Kosten der Erlangung und Verbreitung von Informationen dazu, dass Nutzen maximierendes Verhalten nur mehr eingeschränkt stattfinden kann.[5] Die im Modell der vollständigen Konkurrenz unterstellte systematische Abwägung *aller* Handlungsalternativen unterliegt somit einer spezifischen Kostenrestriktion.

Für die Verbraucherpolitik sind aus Sicht informationsökonomischer Ansätze insbesondere das Vorliegen asymmetrischer Informationsstrukturen sowie das Informationssuchverhalten der Verbraucher von Interesse. Asymmetrische Informationsstrukturen können sich aus der Tatsache ergeben, dass produktspezifische Informationen in der Regel als Kuppelprodukte im Produktionsprozess anfallen. Sie sind somit für den Produzenten praktisch kostenlos, während der Verbraucher eventuell hohe Kosten aufbringen muss, um sie zu erlangen. Der rationale Konsument wird entsprechend nicht vollständig informiert sein, sondern einen – unter Nutzen-Kosten-Aspekten – optimalen Informationsgrad anstreben. Zusammen mit der Annahme, dass sich die Wirtschaftssubjekte opportunistisch verhalten, können asymmetrische Informationsstrukturen zu ineffizienten Marktergebnissen führen, wenn der Anbieter keinen Anreiz hat, sein Wissen vollständig und glaubwürdig weiterzugeben.[6] Zudem könnte er versucht sein, Informationen nur selektiv preiszugeben oder sogar falsche Informationen an die Verbraucher weiterzugeben, um seine Marktposition zu stärken. Beides verringert die Möglichkeit des Verbrauchers, rationale (Kauf-)Entscheidungen zu treffen. Im Ergebnis kann dies zu Fehlallokationen oder sogar zum Zusammenbrechen des betreffenden Marktes führen.

Unter den Begriffen der „Adversen Selektion" sowie des „Moral Hazard" ist das Auftreten entsprechender Marktineffizienzen im Rahmen der Informationsökonomik untersucht worden.[7] Beide Phänomene können dazu beitragen, dass die am Markt angebotenen Güter und Dienstleistungen nicht das gesamte (wohlfahrtsoptimale) Qualitätsspektrum abdecken. Die Ursache hierfür ist in Informationsmängeln der Verbraucher zu sehen, die entweder nicht in der Lage sind, Qualitätsunterschiede im Angebot angemessen wahrzunehmen, oder die aus dem selben Grund nicht gewillt sind, die in höheren Angebotspreisen enthaltenen Qualitätsprämien zu zahlen. Eine weitere Gefahr für den Verbraucher kann darin liegen, dass Anbieter einseitig in offensichtliche Produktmerkmale investieren, während nicht sichtbare – jedoch wichtige Merkmale – vernachlässigt werden. Es kann so zu einer „für den Verbraucher nachteiligen Verschiebung zwischen einzelnen Qualitätsmerkmalen"[8] kommen. Neben dem privaten Charakter von Informationen, der eine asymmetrische Informationsstruktur am Markt begünstigen kann, hat das Gut Information zudem auch Eigenschaften eines öffentlichen Gutes, die sich negativ auf die Bereitstellung von Informationen und auf die Informationssuche der Verbraucher auswirken. Ein suboptimales Informationsangebot und eine zu geringe Informations-

nachfrage können jedoch dazu führen, dass ein marktlicher Ausgleich bestehender Informationsasymmetrien verhindert wird.

2.2 Anknüpfungspunkte für eine Verbraucherpolitik

Um die Anknüpfungspunkte für eine Verbraucherpolitik genauer zu bestimmen, ist es aus informationsökonomischer Sicht zweckmäßig, zwischen verschiedenen Güterarten zu unterscheiden. So beziehen sich unvollkommene Informationen und die damit verbundenen Phänomene der Adversen Selektion und des Moral Hazard nur auf solche Güter, deren „Qualität erst bei ihrer Nutzung festgestellt werden kann und die selten oder von häufig wechselnden Anbietern (Laufkundschaft) erworben werden".[9] Ob diese so genannten Erfahrungsgüter (z. B. Geschmack von Lebensmitteln, Qualität von Restaurants) zur Befriedigung der Bedürfnisse des Konsumenten geeignet sind, wird entsprechend erst nach dem Kauf und durch den Gebrauch festgestellt, da eine Beurteilung der Qualität dieser Güter vor dem Kauf nur zu sehr hohen Kosten möglich wäre. Damit können potenzielle Gefahren, die mit der Nutzung des Gutes verbunden sind, eventuell zu spät bemerkt werden. Ein noch größeres Gefahrenpotenzial verbindet sich mit so genannten Vertrauensgütern (z. B. pharmazeutische Produkte, Lebensmittel oder komplexe Güter wie Autos), deren Eigenschaften sich dem Konsumenten selbst durch den Gebrauch nicht erschließen. D. h. die mit dem Konsum dieser Güter gemachten Erfahrungen bieten keine Evidenz für gute oder schlechte Qualität der Leistung. Aus den mit Erfahrungs- wie Vertrauensgütern einhergehenden Informationsproblemen leitet sich somit eine vergleichsweise hohe Schutzbedürftigkeit des Verbrauchers ab. Demgegenüber benötigt der Verbraucher bei Gütern, die aufgrund ihrer Eigenschaften vorwiegend der Gruppe der Such- bzw. Inspektionsgüter zuzuordnen sind, weniger Schutz. Vielmehr kann der Konsument hier in der Regel zu geringen Kosten erkennen, ob das vorliegende Gut seinen Bedürfnissen und Qualitätspräferenzen entspricht und ob sich aus seinem Gebrauch wirtschaftliche oder gesundheitliche Gefahren ergeben.[10]

In der Praxis lassen sich Güter und Dienstleistungen allerdings nur in den seltensten Fällen den genannten Güterarten eindeutig zuordnen.[11] In der Regel verfügen Güter vielmehr über ein Bündel von Eigenschaften, die sich unterschiedlichen Gütertypen zuordnen lassen. So muss etwa mit Blick auf Erfahrungsgüter unterschieden werden, wie hoch die Kosten des Ausprobierens sind. Während diese Kosten beispielsweise im Fall eines Restaurantbesuchs als vergleichsweise niedrig eingestuft werden können, gilt dies etwa nicht in gleicher Weise für die Nutzung komplexer elektrischer Geräte. Die Informationskosten sind im letztgenannten Fall deutlich höher zu veranschlagen, da bei Gütern dieser Art weder im Vorhinein bekannt ist,

ob sie die eigenen Bedürfnisse befriedigen, noch ob mit ihrem Gebrauch spezifische Gefahren verbunden sind. Unabhängig von der Höhe der jeweiligen Informationskosten können im Fall von Erfahrungsgütern aus Sicht der Informationsökonomik entsprechende Regulierungen, die auf eine Reduzierung des Informationsaufwands für den Konsumenten abzielen, direkt am Gut selber ansetzen. Dies gilt nicht in gleicher Weise für Güter und Dienstleistungen, die der Gruppe der Vertrauensgüter zuzuordnen sind, da Regulierungen zum Abbau von Informationsasymmetrien aufgrund der besonderen Vertrauenseigenschaften nicht direkt an den Leistungen selbst anknüpfen können. Als Hilfsgröße kann hier jedoch der Leistungserbringer notwendigen Regulierungen unterworfen werden.

Liegen demgegenüber keine nennenswerten Informationsasymmetrien vor, bedarf es keiner Regulierungen zugunsten des Konsumenten. Die zum Treffen rationaler Kaufentscheidungen notwendigen Informationen erschließen sich ihm vielmehr über die Inspektion des Gutes selbst. Soweit dabei Kosten entstehen, sind diese Ergebnis der Suche nach und der Prüfung von alternativen Anbietern und Produkten. Regulierungen würden hier zu keinen Effizienzverbesserungen, sondern tendenziell zu Wohlfahrtseinbußen führen. Letzteres kann allerdings auch für all jene Fälle gelten, in denen zwar Informationsasymmetrien zu Marktverzerrungen führen, der Wohlfahrtsgewinn entsprechender Regulierungen zur Verbesserung der Quantität und Qualität von Produktinformationen jedoch zweifelhaft ist. Dies gilt immer dann, wenn die mit der Bereitstellung von mehr Informationen verbundenen Zusatzkosten den marginalen Nutzen einer verbesserten Informationslage der Konsumenten übersteigen.[12]

Aber auch wenn sich aus dem Vorliegen asymmetrischer Informationen ein verbraucherpolitischer Regulierungsbedarf ableiten lässt, muss dies nicht zwangsläufig zu staatlichen Eingriffen führen. Vielmehr beschäftigt sich eine Reihe von Ökonomen[13] mit der Möglichkeit einer marktlichen Lösung der Probleme der Adversen Selektion und des Moral Hazard. Die Möglichkeit zu solchen Marktlösungen wird mit der Annahme begründet, dass Produzenten einen starken Anreiz haben, Konsumenten ausreichend mit Informationen zu versorgen. Dies gilt insbesondere unter der Annahme, dass Konsumenten – soweit es keine zusätzlichen Informationsangebote gibt – dazu neigen, auf einem Markt angebotene Produkte als mehr oder weniger identisch (z. B. als „durchschnittlich“) zu bewerten. In einer solchen Situation verfügen Anbieter von „überdurchschnittlichen“ Produkten über einen Anreiz, tatsächlich bestehende Qualitätsunterschiede zu Konkurrenzprodukten geringer Qualität eigenständig offen zu legen.[14]

In diesem Zusammenhang wird etwa in der Emission von glaubhaften Qualitätssignalen seitens der Unternehmen ein bedeutendes Instrument der nicht-staatlichen Lösung von Informationsproblemen gesehen. Hierzu

gehören insbesondere Mechanismen zum Aufbau von Reputation und die Investition in einen Markennamen oder in qualitativ hochwertige und häufig praktizierte Werbung. Eine weitere Möglichkeit der Signalemission ist die (freiwillige) Gewährung von Garantien, die – als Qualitätsversprechen – die Überzeugung von der Qualität der eigenen Produkte unterstreicht. Erklärt sich beispielsweise ein Anbieter dazu bereit, dass bei Abweichungen von der versprochenen Leistung eines Produktes eine vollständige Garantie bzw. ein Recht auf Umtausch besteht, stellt die Produktqualität aus Sicht des Konsumenten nicht länger ein Informationsproblem dar. Jedes von einer solch vollständigen Garantie abweichendes Garantieversprechen wäre ein Signal für eine möglicherweise geringe Produktqualität. Demgegenüber wird durch eine uneingeschränkte Garantie seitens des qualitativ hochwertigen Anbieters jede Form von potentieller Fehlwahrnehmung durch den Konsumenten „internalisiert".[15] Die den Anbietern von Gütern und Dienstleistungen mit den genannten Maßnahmen entstehenden Kosten stellen eine sich freiwillig auferlegte Marktaustrittsbarriere dar, durch die der Leistungserbringer das Vertrauen der Verbraucher erwerben kann. Zugleich enthalten sie eine Selbstbindung der Unternehmen, keine schlechtere als die angegebene Qualität anzubieten, um Sanktionen seitens der Konsumenten in Form des Ausweichens auf andere Anbieter bei einem Wiederholungskauf zu vermeiden.

Aber auch die Verbraucher selber können im Rahmen marktlicher Lösungen aktiv nach Informationen über Güter und Anbieter suchen. Dabei können Konsumenten neben dem direkten Einholen von Informationen bei Anbietern oder durch das Testen von Produkten auch auf externe Informationsquellen zurückgreifen, zu denen unter anderen die Nutzung so genannter Informationsintermediäre zählt.[16] Sie können die Rolle einer unabhängigen dritten Partei übernehmen, die Informationen über Produkte oder Leistungserbringer bereitstellt. Informationsintermediäre (z. B. Journalisten, Broker, Verbraucherverbände, gemeinnützige Einrichtungen zum Test von Waren) sind insbesondere dann von Vorteil, wenn eine direkte Informationsleistung seitens der Anbieter nicht geeignet ist, bestehende Informationsasymmetrien abzubauen. Sie besitzen vor allem mit Blick auf solche Güter und Dienstleistungen eine besondere Bedeutung, die einen hohen Anteil von Vertrauenseigenschaften aufweisen, aber auch für komplexe und teure Erfahrungsgüter, indem sie aufgrund von Skalen- und Erfahrungskurveneffekten die Kosten der Informationssuche senken.

2.3 Zur Begründung staatlicher Regulierungen

Aus Sicht der Informationsökonomik gilt im Bereich der Verbraucherpolitik ein Vorrang von marktlichen vor staatlichen Lösungen. Erst wenn private Mechanismen bei der Erhöhung der Funktionsfähigkeit von Märkten

mit asymmetrischen Informationsstrukturen versagen, ist ein staatliches Eingreifen gerechtfertigt. Dies kann etwa dann der Fall sein, wenn auch nach dem Gebrauch eines Gutes dessen Leistungsqualität vom Verbraucher nicht oder lediglich zu sehr hohen Kosten beurteilt werden kann oder wenn potenzielle Gefahren, die mit einem Gut oder seinem Gebrauch einhergehen, sich dem Konsumenten erst zu spät erschließen. Auch können marktliche Lösungen zu Folgeproblemen führen, die eine staatliche Regulierung erfordern, wie dies etwa bei der Inanspruchnahme von Informationsintermediären der Fall sein kann, bei denen das Problem der asymmetrischen Informationsverteilung auf die Beziehung zwischen Verbraucher und Intermediär verlagert wird.[17] So sind Verbraucher aufgrund von Wissensdefiziten nur selten in der Lage, die ihnen von Intermediären angebotenen Informationen hinsichtlich ihrer Qualität zu bewerten.

Ein weiteres Beispiel für solch negative Folgewirkungen können Qualitätssignale seitens der Anbieter sein. Dies trifft etwa auf hohe Werbeausgaben von Unternehmen zu, die dazu dienen sollen, uninformierte Konsumenten von der Qualität eines Produktes zu überzeugen. Auch kann ein vergleichsweise hoher Marktanteil eines Unternehmens seitens der Verbraucher als Indiz für eine positive Qualitätsbewertung durch andere Konsumenten angesehen werden. Gleichwohl solche Signale den Konsumenten wertvolle Informationen zu vergleichsweise niedrigen Kosten liefern, sind dennoch gewisse Einschränkungen zu beachten. Dies gilt nicht nur für den Fall, dass solche Signale Fehlinformationen enthalten können. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass es auf der Anbieterseite zu „Überinvestitionen“ in solche Qualitätssignale kommt, was letztlich zu einem Informationsverlust auf Seiten der Konsumenten führen kann.[18]

Darüber hinaus besteht das Problem, dass die Bereitstellung von Information die Eigenschaften eines öffentlichen Gutes (fehlendes Ausschlussprinzip, Nichtrivalität im Konsum) aufweist. Entfällt jedoch die Möglichkeit, zahlungsunwillige Verbraucher von der Nutzung von Informationen auszuschließen, stellt sich aus informationsökonomischer Sicht ein suboptimales Informationsangebot ein, was dazu führt, dass selbst zahlungswillige Nachfrager kein entsprechendes Angebot mehr vorfinden.[19] Auch kann es zu einer suboptimalen Informationsnachfrage kommen, wenn informierte Konsumenten mittels des durch ihre Kaufentscheidungen entstehenden Druckes auf die Marktanbieter positive externe Effekte erzeugen, von denen schlechter informierte Verbraucher profitieren. Antizipieren die Nachfrager nach Informationen diesen Freifahrer-Effekt, kann auch ihre Nachfrage nach Informationen zurückgehen. Zwar können Märkte auch dann funktionieren, wenn nicht alle Konsumenten vollständig informiert sind. Dennoch führt die Existenz von externen Effekten in aller Regel zu einem suboptimalen Angebot an Informationen.[20]

Schließlich bietet das Gut Information mannigfaltige Möglichkeiten zur (privaten) Manipulation, was wiederum eine staatliche Kontrolle notwendig machen kann.[21] Die Verbreitung von Fehlinformationen oder die Zurückhaltung von negativen Informationen über ein Produkt sind immer dann „profitabel", wenn solche falschen Informationen vom Konsumenten geglaubt bzw. von Seiten Dritter nicht als Fehlinformation entlarvt werden. Zwar bieten Wiederholungskäufe und die daraus gewonnenen Erfahrungen einen gewissen Schutz gegen solche Manipulationen. Manche (negativen) Produkteigenschaften (insbesondere im Fall von Vertrauensgütern) sind jedoch erst nach einem vergleichsweise langen Nutzungszeitraum für den Verbraucher erkennbar. Aber auch unter der Bedingung, dass die Manipulation von Informationen durch einzelne Anbieter aufgedeckt werden kann, geht dies nicht selten mit negativen Effekten für den gesamten Markt (d. h. alle Anbieter) einher. Die Lebensmittelskandale der jüngeren Vergangenheit liefern hierfür ein anschauliches Beispiel. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass „if consumer believe that some proportion of claims are false, they may choose to ignore advertising information altogether or may restrict their attention only on claims that sellers have substantiated and have had certified by independent third parties".[22] Solche Zertifizierungen sind nicht selten kostspielig und können darüber hinaus – wie bereits weiter oben ausgeführt – auch selbst hinsichtlich ihres Informationsgehalts unvollständig sein. Wenn jedoch verhindert werden soll, dass es zu einer Entwertung anbieterseitig bereitgestellter Informationen kommt, dann bedarf es gewisser Schutzmechanismen auch jenseits des Marktes.

Zu den staatlichen Instrumenten, welche die Kosten der Informationssuche reduzieren sowie den Informationsstand der Verbraucher verbessern sollen, zählen aus Sicht der Informationsökonomik insbesondere Informationspflichten seitens der Anbieter (bezogen auf das Produkt und den Leistungserbringer), die Aufhebung von Informationsbeschränkungen (bspw. durch das Zulassen vergleichender Werbung), die Definition von Standards oder Metriken zur Spezifikation der Informationen, die vom Anbieter bereitzustellen sind, oder auch das Verbot irreführender Information. Für den Fall, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, um den Konsumenten hinreichend zu informieren, kann ein eigenes staatliches Informationsangebot gerechtfertigt sein. Als Anbieter von Informationen kann der Staat beispielsweise vergleichende Gütertests durchführen oder private Institute damit beauftragen.[23]

Aus informationsökonomischer Sicht sind demgegenüber solche staatlichen Maßnahmen mit Vorsicht zu betrachten, die das Setzen von verpflichtenden Qualitätsstandards oder die zwingende Einführung von Haftungsregeln zum Gegenstand haben, da diese – bei ausreichender Information der Konsumenten – als die Wohlfahrt mindernde Eingriffe in den

Marktmechanismus bewertet werden können. Zwar werden solche Maßnahmen von manchen Ökonomen zur Lösung informationsbedingter Marktverzerrungen empfohlen.[24] Dies steht jedoch nicht in Einklang mit der herkömmlichen Bewertung dieser Instrumente aus informationsökonomischer Sicht.[25] Qualitätsstandards sind einerseits in der Lage, die Informationskosten für Konsumenten zu senken. Andererseits erhöhen sie aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Marktineffizienzen kommt. Dies wird deutlich, wenn man die ökonomische Wirkung von Qualitätsstandards mit jener von Informationspflichten vergleicht. Anders als solche Standards tragen Informationspflichten nur zu einer Angleichung des Wissens über Produkteigenschaften unter den potenziellen Konsumenten bei, wobei letztere frei entscheiden können, ob sie ein Produkt (d. h. auch ein solches mit geringerer Qualität) kaufen oder nicht. Damit sind Informationspflichten im Vergleich zu verpflichtenden Qualitätsstandards weniger rigide, d. h. Anbieter können nach wie vor mit unterschiedlicher Produktqualität auf diesbezüglich variierende Präferenzen der Konsumenten und sich über die Zeit verändernde Produktionsbedingungen reagieren. Auch sind etwaige negative Marktfolgen eines fehlerhaften staatlichen Verhaltens im Fall von Informationspflichten weit weniger gravierend, als dies mit Blick auf die Definition von Qualitätsstandards gilt.

In einer Situation, in der die Konsumenten nicht besonders daran interessiert sind, dass die Qualität oder die Sicherheit eines Produktes steigt, führt die Einführung von Informationspflichten – im Unterschied zu verpflichtenden Qualitätsstandards oder erzwungenen Haftungsregelungen – zu keinen ineffizienten Marktreaktionen. Während etwa einheitliche Qualitätsstandards zu einer Uniformität des Produktangebotes führen, lassen Informationspflichten hier einen Freiraum, so dass Konsumenten nach wie vor ihre Kaufentscheidungen an individuellen Preis-Qualitäts-Abwägungen ausrichten können.[26] Demgegenüber verbindet sich mit Qualitätsregulierungen die schwierige Aufgabe, auf unterschiedliche Konsumentenpräferenzen mit einem einheitlichen Standard reagieren zu müssen. Davon abweichend zielen Informationspflichten auf einen verbesserten Selbstschutz der Konsumenten in Abhängigkeit ihrer individuellen Präferenzen. Direkte staatliche Eingriffe, die auf die Regulierung der Inhalte oder der Partner von Markttransaktionen ausgerichtet sind, werden in Grenzen lediglich dann als gerechtfertigt eingestuft, wenn – wie im Fall von Vertrauensgütern – auch die staatliche Bereitstellung zusätzlicher Informationen zu keiner Lösung von Informationsasymmetrien beiträgt. Von den Vertretern der Informationsökonomik in jedem Fall abgelehnt werden jedoch all jene staatlichen Maßnahmen, die im Sinne paternalistischer Übergriffe auf eine Korrektur der Präferenzen der Verbraucher abzielen.[27]

3. Notwendigkeit zu einer Erweiterung der informationsökonomischen Perspektive

Aus Sicht des Verbraucherschutzes zählt es zu den zentralen Leistungen der Informationsökonomik, auf die Besonderheiten des Gutes Information sowie auf informationsbedingte Funktionsdefizite von Märkten aufmerksam gemacht zu haben. Vor dem Hintergrund informationsökonomischer Ansätze kommt verbraucherpolitischen Maßnahmen eine ausschließlich allokationspolitische Funktion zu. Auf diese am Kriterium der Markteffizienz orientierte Grundlage gestellt, entzieht sich die Verbraucherpolitik all jenen Vorwürfen gegen sozial- und verteilungspolitisch motivierte Eingriffe, die in verbraucherpolitischen Maßnahmen ein paternalistisches Bestreben seitens des Staates identifizieren und dieses entsprechend kritisieren.[28] Mit der Ausrichtung auf die Verbesserung der Informationslage der Konsumenten als Rechtfertigung von verbraucherpolitischen Maßnahmen bleiben sowohl der Marktmechanismus als auch die Privatautonomie der Wirtschaftssubjekte nahezu unberührt. Zugleich haben die informationsökonomischen Überlegungen zu einer Verschiebung der traditionellen Problemsicht im Bereich des Verbraucherschutzes beigetragen, die einseitig auf Wettbewerbsprobleme in Folge von Machtungleichgewichten zwischen Anbietern und Nachfragern ausgerichtet war.[29] Der Informationsökonomik kommt das Verdienst zu, darauf hingewiesen zu haben, dass selbst in Märkten vollständiger Konkurrenz unter der Annahme unvollständiger Information die Notwendigkeit zu verbraucherpolitischen Maßnahmen besteht.

Durch die alleinige Betrachtung von Problemen der asymmetrischen Informationsverteilung als Ursache von Marktdefiziten berücksichtigt die Informationsökonomik jedoch nicht hinreichend weitere wichtige Einflussgrößen, die ebenfalls Auswirkungen auf das Verbraucherverhalten sowie die Effizienz von Marktergebnissen haben können. So kann festgestellt werden, dass „consumers may not always protect themselves by gathering and rationally evaluating the optimal amount of product information […]. Consumers may underestimate the value of additional information simply because they lack other data that would tell them of their need to learn more. Consumers' information-processing skills are also imperfect. Consumers, like anyone else, can make false deductions or errors of judgment. Moreover, consumers can also be poor negotiators and may be persuaded by insistent salesmen to 'buy the product now' without waiting to acquire additional information".[30] Anstelle einer genaueren Betrachtung solcher Probleme und der daraus resultierenden verbraucherpolitischen Schlussfolgerungen besteht vielmehr die Neigung „to treat them as factors which lead the market to generate less information than informed consumers would 'really' prefer".[31] Vor diesem Hintergrund lässt sich – zugespitzt for-

muliert – das informationsökonomische Credo darauf reduzieren, dass allein unvollkommene Information zu einer Beeinträchtigung der Effizienz des Marktes führt. Der Verbraucher wird – sofern er mit ausreichend Information ausgestattet ist – als omnipotent betrachtet und bedarf keines zusätzlichen Schutzes.[32]

Für eine Erweiterung der Analyseperspektive unter der Zielsetzung, auch solche Faktoren und Mechanismen näher zu beleuchten, die ebenfalls das Konsumentenverhalten (negativ) beeinflussen, sollten aber auch die folgenden Punkte berücksichtigt werden:

- Innerhalb des herkömmlichen Rahmens der Informationsökonomik werden nicht selten sämtliche über die Informationskosten hinausgehenden Transaktionskosten vernachlässigt oder zumindest nur am Rande betrachtet, die jedoch ebenso wie die Existenz von Informationskosten das Zustandekommen an sich vorteilhafter Transaktionen behindern können. Solche weiteren Transaktionskosten verweisen auf den Bedarf zur Etablierung weiterer marktlicher wie staatlicher Regelungen, die über die Auflösung von Informationsasymmetrien hinaus zu einer Senkung der mit der Nutzung des Marktmechanismus verbundenen Kosten beitragen können. Hinzu kommt auch, dass der Einfluss von formellen wie informellen Institutionen auf die effiziente Koordination von Angebot und Nachfrage, das Verbraucherverhalten sowie die Entstehung von Transaktionskosten im Allgemeinen nur eingeschränkt Beachtung findet. Die Anreizwirkung vorhandener rechtlicher Normen oder informeller sozialer Regeln, wie sie etwa aus der Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen resultieren, kann jedoch erheblichen Einfluss auf die Kaufentscheidung der Konsumenten ausüben.

- Zwar erfolgt eine Korrektur der Verhaltenshypothesen des neoklassischen Standardmodells dahingehend, dass die Annahme vollkommener Information zugunsten eines am individuellen Nutzen-Kosten-Kalkül orientierten Suchverhaltens von Informationen aufgegeben wird. Demgegenüber wird jedoch auch weiterhin von einem rational handelnden Verbraucher ausgegangen, der in der Lage ist, rationale (optimale) Kaufentscheidungen zu treffen, indem er sich einen Überblick über die ihm zur Verfügung stehenden Alternativen verschafft, diese ordnet und eine folgerichtige Auswahl trifft. Aus Sicht von in der Realität auftretenden Verbraucherproblemen sollte jedoch ebenso berücksichtigt werden, dass „bei begrenzter Informationsverarbeitungsfähigkeit, mangelndem kritischem Bewusstsein gegenüber Anbieterinformationen und einer teilweisen Offenheit für manipulative Werbung […] zusätzliche Informationen nur ein begrenztes Korrektiv darstellen".[35] Damit wird aber die Annahme der suboptimalen Versorgung mit Information, die häufig nur an ihrer Quantität gemessen wird, kritisch hinterfragt.[36]

- Des weiteren zeigt eine Reihe von Untersuchungen, dass Verbraucher die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen nicht oder nur begrenzt nutzen.[37] Eine Erhöhung der Rationalität von Kaufentscheidungen über zusätzliche Informationen scheint somit selbst spezifischen Restriktionen zu unterliegen. In diesem Zusammenhang entstehende Verbraucherprobleme müssen folglich andere Ursachen als die (wahrgenommene) Unterversorgung der Konsumenten mit Informationen haben. Unberücksichtigt bleiben auch systematische Defizite im menschlichen Informationsverarbeitungs- und Entscheidungsverhalten. Vor diesem Hintergrund liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Informationsökonomik wichtige Determinanten der Suche, Aufnahme und Verarbeitung von Informationen als Grundlage von Kaufentscheidungen vernachlässigt. So kann die individuelle Aufnahme- und Verarbeitungskapazität von Informationen realiter als emotional gesteuert und vielfach durch Umweltreize beeinflusst gelten.[38] Auch muss davon ausgegangen werden, dass das individuell bereits akkumulierte Wissens- und Informationsniveau sich auf die Suche nach und die Verarbeitung von weiteren Informationen auswirkt.[39]
- Schließlich ist bei der Ausgestaltung verbraucherpolitischer Maßnahmen zu beachten, dass zusätzliche Informationen überhaupt nur dann Beachtung finden, wenn die Verbraucher dazu motiviert sind, diese Informationen auch aufzunehmen und zu verarbeiten.[40] Neben der Annahme, dass die Konsumenten zu einem optimalen Such- und Verarbeitungsverhalten von Informationen befähigt sind, wird innerhalb der Informationsökonomik implizit davon ausgegangen, dass diese auch intrinsisch motiviert sind, überhaupt eine Informationssuche zu betreiben oder angebotene Informationen aufzunehmen. Empirische Studien zeigen hier jedoch, dass das Engagement der Verbraucher zur aktiven Informationssuche entscheidend vom Grad der persönlichen Beteiligung (Involvement) abhängt.[41] Der Grad dieser persönlichen Beteiligung (verstanden als intrinsische Motivation oder Bereitschaft, überhaupt nach Informationen suchen zu wollen), wird wiederum unter anderem durch personen-, produkt-, medienspezifische sowie situative Faktoren beeinflusst. Danach kann die im Rahmen der Informationsökonomik unterstellte aktive Informationssuche allenfalls für jenen Teil der Konsumenten angenommen werden, der durch ein hohes persönliches Engagement („Ich-Beteiligung“) gekennzeichnet ist.

Die genannten Punkte legen die Schlussfolgerung nahe, dass – jenseits der Informationsökonomik und unter dem Ziel ihrer Ergänzung – es notwendig erscheint, auch andere ökonomische Ansätze und die sich daraus ergebenden Politikimplikationen mit in die Betrachtung einzubeziehen. In Anbetracht dessen – und in leichter Abwandlung des einleitend zu Kapitel 2 wiedergegebenen Zitats – könnte somit festgestellt werden, dass eine

ökonomische Theorie des Verbraucherschutzes *auch* Informationsökonomik ist, sie sich jedoch nicht bereits in dieser Perspektive erschöpft. Unter der Zielsetzung eines „realistischeren" Bildes des Verbrauchers als Adressat verbraucherpolitischer Maßnahmen bedarf es vielmehr einer Erweiterung des Erklärungsrahmens. Dabei sind die von der Informationsökonomik weitgehend unbeachtet gebliebenen Fragen nach der Relevanz weiterer Transaktionskosten, der kognitiven Fähigkeiten der Konsumenten zum Fällen rationaler Entscheidungen sowie der Abhängigkeit der individuellen Informationssuche und -verarbeitung von situations-, motivations- und emotionsbezogenen Faktoren näher zu beleuchten.

Mit der Analyse der Wirkung von formellen und informellen Institutionen einschließlich der Betrachtung unterschiedlicher Transaktionsarten, -beziehungen und -kosten liefern Ansätze aus dem Bereich der Neuen Institutionenökonomik einen Beitrag für eine solch erweiterte Analyse des Verbraucherverhaltens. Dies gilt in gleicher Weise für Ansätze aus dem Bereich der Verhaltensökonomik (Behavioral Economics), die sich insbesondere mit den kognitiven Möglichkeiten von Wirtschaftssubjekten beschäftigen, Handlungsalternativen wahrzunehmen und zu bewerten sowie rationale Entscheidungen treffen zu können. Eine Ergänzung informationsökonomischer Ansätze liefern schließlich auch die Untersuchungsergebnisse der verhaltenswissenschaftlichen Konsumforschung, die neben den bereits genannten Faktoren auch die Handlungsmotivation des Konsumenten berücksichtigt. Im Rahmen der nachfolgenden Ausführungen sollen dabei weniger die bekannten methodischen Unterschiede zwischen den genannten Ansätzen im Vordergrund stehen. Von Relevanz sind vielmehr die sich aus jenen Ansätzen ableitenden Erklärungen des Konsumentenverhaltens, die damit verbundenen Verbraucherprobleme sowie die daraus resultierenden Notwendigkeiten und Anknüpfungspunkte für eine ökonomisch begründete Verbraucherpolitik.

4. Die Relevanz von Institutionen für das Verbraucherverhalten: Der Beitrag der Neuen Institutionenökonomik

Auf den ersten Blick scheint die Problemperspektive der Neuen Institutionenökonomik derjenigen der Informationsökonomik sehr ähnlich. Während letztere jedoch auf die Untersuchung der Funktionsfähigkeit von Märkten unter der Bedingung unvollkommener Information ausgerichtet ist, liegt der Schwerpunkt institutionenökonomischer Ansätze auf der Analyse von institutionellen Regeln zur Lösung von Problemen, die aufgrund solcher Unvollkommenheiten entstehen.[42] Mit der Feststellung, dass es den Wirtschaftssubjekten in der Realität unmöglich sein muss, sich „mit der

komplexen Wirklichkeit in allen vertragsrelevanten Punkten auseinander zu setzen"[43], verbindet sich zugleich der Hinweis, dass es nicht allein informationsbedingte Unvollkommenheiten sind, die die Koordinationsleistung des Marktmechanismus negativ beeinträchtigen können. Zwar besteht zwischen informationsökonomischen Überlegungen und den Ansätzen der Institutionenökonomik nicht selten ein fließender Übergang. Nichtsdestotrotz liefert die institutionenökonomische Analyse von Transaktionen und Transaktionskosten sowie die Hervorhebung der Bedeutung von informellen Regeln für das Verbraucherverhalten zusätzliche Erkenntnisse, die über den informationsökonomischen Rahmen hinausreichen.

4.1 Der Einfluss von Transaktionsarten und Transaktionskosten auf die Informationslage der Verbraucher

Mit Blick auf die Informationslage des Konsumenten kann aus institutionenökonomischer Sicht zunächst die Art des Transaktionsgegenstandes zu einer relativen Schlechterstellung der Position des Verbrauchers beitragen. Ähnlich wie in der Informationsökonomik kann dabei eine Typisierung von Güterarten vorgenommen werden, die allerdings einer abweichenden Differenzierung folgt. So werden mit der Unterteilung in so genannte Austausch- und Kontraktgüter Transaktionen danach unterschieden, ob der Kauf von Gütern und Dienstleistungen Nachwirkungen für die Zukunft hat oder nicht.[44] Danach sind Austauschgüter Gegenstand solcher Transaktionen, die in der Gegenwart ihren Abschluss finden, d. h. Leistungen und Gegenleistungen erstrecken sich nicht über einen längeren Zeitraum. Innerhalb der Gruppe der Austauschgüter können – in Orientierung an der informationsökonomischen Sicht – Informationsprobleme für den Verbraucher dann entstehen, wenn es sich um Erfahrungs- oder Vertrauensgüter handelt. Kontraktgüter sind demgegenüber solche „Leistungsversprechen, deren Modalitäten nicht abschließend geregelt werden können".[45] Der Verbraucher kann bei Abschluss des Vertrages nicht wissen, wann und in welcher Qualität die Leistung erstellt wird. Zu der Informationsunsicherheit, die sich mit Erfahrungs- und Vertrauensgütern verbindet, kommt hier die Unsicherheit hinsichtlich des Verhaltens des Leistungserbringers und seiner Aussagen bezüglich seines Leistungsvermögens und seines Leistungswillens hinzu.

Die Analyse und die Möglichkeit der institutionellen Bewältigung solcher zeitlich gestreckten Vertragsbeziehungen ist Gegenstand der Prinzipal-Agent-Theorie, die das Verhältnis von asymmetrischen Informationen zwischen Vertragspartnern, Risikokosten und der damit verbundenen Anreizintensität untersucht.[46] Es wird davon ausgegangen, dass die Vertragspartner bestrebt sind, die vertraglichen Regeln so festzulegen, dass die aus Informationsasymmetrien und sonstigen Transaktionskosten (nicht nur

Informationskosten) resultierenden Probleme vermieden werden können. Während Prinzipal-Agent-Analysen mittlerweile in vielen ökonomischen Untersuchungsfeldern zur Anwendung kommen, kann das damit angesprochene Grundproblem als „special case of mechanism design“[47] gedeutet werden. Danach führt der Versuch der Lösung von Problemen asymmetrischer Information unvermeidlich zu der grundlegenderen Fragestellung, wie Verträge (bzw. institutionelle Regeln) möglichst effizient gestaltet werden können.

Wendet man die Prinzipal-Agent-Perspektive auf den Verbraucherschutz an, kann das Verhältnis zwischen Anbietern und Nachfragern wie folgt charakterisiert werden: Aufgrund einer asymmetrischen Informationsverteilung zu Lasten des Konsumenten (Prinzipal) und in Folge seiner mangelnden Möglichkeiten, den Produzenten (Agent) zu überwachen, bleiben dem Verbraucher vor Vertragsabschluss wichtige Eigenschaften des Agenten (hidden charakteristics) und nach Vertragsabschluss – insbesondere wenn es sich um Kontraktgüter handelt – nicht im Konsumenteninteresse vorgenommene Handlungen (hidden action) verborgen. Im Ergebnis entsteht wiederum das bereits aus der Informationsökonomik bekannte Problem der Marktineffizienz in Form von Adverser Selektion. Abweichend von der Informationsökonomik werden die dort vorgeschlagenen Marktlösungen dieses Problems jedoch eher kritisch bewertet. So wird beispielsweise zwar auch aus institutionenökonomischer Sicht die Wirksamkeit des Reputationsmechanismus und – daraus abgeleitet – ein vertragskonformes Verhalten dann als plausibel angesehen, wenn seitens des Agenten die Erträge aus dem Aufbau von Reputationskapital höher bewertet werden als die mit falschen Versprechen sich verbindenden kurzfristigen Gewinne.[48] Kritisiert wird jedoch, dass die positive Anreizwirkung des Reputationsaufbaus nicht selten mit Annahmen verknüpft wird, die – gemessen an der Realität – als zu restriktiv bewertet werden müssen.[49] Dabei wird insbesondere im Fall von Kontraktgütern ein Bedarf für verbraucherpolitische Eingriffe des Staates geltend gemacht, um mittels des Setzens geeigneter Regeln die Sanktionierung von opportunistischem Verhalten innerhalb vertraglicher Beziehungen zu gewährleisten.

Neben der Art von Transaktionen wird zudem der Existenz von Transaktionskosten als „costs of running the economic system“[50] eine hohe Bedeutung für die Koordination von Anbietern und Nachfragern beigemessen, die ebenfalls zu Verbraucherproblemen im Sinne nicht-präferenzgerechter und damit ineffizienter Marktergebnisse führen können. Sie setzen sich zusammen aus den Kosten der Anbahnung und der Aushandlung einer Transaktion (Kosten der Beschaffung, Verarbeitung und Speicherung von Informationen sowie der Vereinbarung, des Abschlusses und der Durchsetzung von Verträgen). Zudem fallen in aller Regel Kosten zur Vermeidung und Verringerung von Restrisiken an, die aufgrund von verbleiben-

den Unsicherheiten entstehen und durch vertragsrechtliche Regelungen allein nicht gelöst werden können. Daraus ergibt sich für den Verbraucher neben dem reinen Koordinationsproblem von Markttransaktionen ein zusätzliches „Motivationsproblem", welches darin besteht, „Verträge so zu formulieren, dass es für die Partner individuell rational ist, die Verträge zu erfüllen".[51] Der innerhalb dieser Betrachtung zugrunde gelegte Transaktionskostenbegriff ist deutlich weiter gefasst als jener der Informationsökonomik, der lediglich die Kosten der Suche nach und der Erlangung von Informationen beinhaltet. Er verdeutlicht zugleich, dass der verbraucherpolitische Handlungsbedarf sich nicht bereits in einer Senkung der Kosten zur Beschaffung von Informationen auf Seiten des Konsumenten erschöpft. Vielmehr erweitert sich die Zielsetzung verbraucherpolitischen Handelns im Sinne einer Senkung auch solcher Transaktionskosten, die sich aus der Anbahnung, dem Abschluss sowie der Durchsetzung von Verträgen ergeben können.

4.2 Die Bedeutung informeller Institutionen für das Verbraucherverhalten

Im Rahmen der Überlegungen zu einer notwendigen Erweiterung der theoretischen Grundlagen verbraucherpolitischen Handelns (Kapitel 3) wurde bereits darauf hingewiesen, dass unter der Zielsetzung einer angemessenen Erfassung des Konsumentenverhaltens neben den „äußeren" Handlungsbeschränkungen (formelle Institutionen) ebenso die Art und Weise der internen Wahrnehmung und Verarbeitung von Informationen seitens der Verbraucher in die Betrachtung einbezogen werden sollte. Mit der Untersuchung der Wirkungsweise von informellen Institutionen liefert die Neue Institutionenökonomik hierfür einen ersten Anknüpfungspunkt. Von Bedeutung ist hierbei vor allem das Konzept der mentalen Modelle, demzufolge die menschliche Bewertung von Handlungsalternativen individuelle Wahrnehmungsfilter durchläuft.[52] Diese Wahrnehmungsfilter sind erlernte Interpretationsschemata, die vom jeweiligen Kulturkreis geprägt und in individuellen Sozialisationsprozessen vermittelt werden. Menschliche Entscheidungen sind demnach durch erlernte Denkmuster (Ideologien) geprägt, die selber wiederum angesichts der komplexen Umwelt und der begrenzten kognitiven Fähigkeiten des Einzelnen durch Unvollständigkeit, Unsicherheit und Unvollkommenheit gekennzeichnet sind.

Für verbraucherpolitische Überlegungen ist dieses Konzept in verschiedener Hinsicht von Bedeutung. Zum einen lässt sich aus der Feststellung, dass mentale Modelle zu einer verzerrten Wahrnehmung der realen Gegebenheiten führen können, eine darüber vermittelte Einschränkung der Rationalität von Kaufentscheidungen vermuten. Zum anderen ist von Bedeutung, dass Lernprozesse, die der Korrektur und Fortentwicklung

„verzerrter“ mentaler Modelle des Konsumenten dienen, sich nicht automatisch einstellen, sondern vielmehr blockiert sein können. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn das Feedback an Informationen, das für eine solche Korrektur notwendig ist, zu schwach ausfällt und somit verhindert wird, das ein „fehlerhaftes“ Verhalten als solches vom Verbraucher wahrgenommen wird. Zusätzliche Informationen werden dann vorzugsweise in vorhandene Denk- und Entscheidungsmuster integriert, statt sie zu einer (radikalen) Überprüfung bisheriger Realitätsdeutungen zu nutzen. Im Ergebnis kann dies zu einem mentalen Beharrungsvermögen und – darüber vermittelt – zu ineffizienten Verhaltensmustern auf Seiten der Konsumenten führen. Im ungünstigsten Fall dienen unter diesen Bedingungen zusätzliche Informationen – entgegen den Annahmen der Informationsökonomik – nicht zu einem „aufgeklärten“ Verbraucherverhalten, sondern lediglich zu einer (nachträglichen) Bestätigung des bislang praktizierten Musters an Kaufentscheidungen. Dies gilt insbesondere in komplexen Marktsituationen, die für den Konsumenten keine hinreichende Rückkopplung über die Konsequenzen seines Verhaltens liefern.

Aus Sicht des Verbraucherschutzes sind derartige Lock-in-Effekte – sofern sie identifizierbar sind – jedoch keineswegs einfach zu handhaben. So setzt eine Korrektur dieser Effekte hinreichende Kenntnisse über die individuell vorhandenen Wahrnehmungsschemata und deren Auswirkungen auf das Konsum- und Entscheidungsverhalten voraus. Ein solches Wissen kann letztlich nur über entsprechende empirische Untersuchungen gewonnen werden, die – zumindest mit Blick auf den ökonomischen Bereich – bislang jedoch noch nicht oder lediglich in unzureichendem Umfang vorliegen. Aber selbst wenn das für etwaige verbraucherpolitische Maßnahmen erforderliche Wissen über Inhalt und Wirkungsweise solcher mentaler Modelle vorliegen würde, sind die Mittel zu einer Korrektur eher begrenzt. Um überkommene Denkmuster zu durchbrechen, können zwar bezogen auf den Verbraucher entsprechende Aufklärungskampagnen durchgeführt werden. Ihre Wirksamkeit bliebe jedoch aufgrund der beschriebenen Funktionsweise von mentalen Modellen zumindest ungewiss.

4.3 Verbraucherpolitische Implikationen der Neuen Institutionenökonomik

Ein Bedarf für verbraucherpolitisches Handeln resultiert aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik in erster Linie aus dem Bestehen positiver Transaktionskosten, die in ihrer Höhe durch die Gestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Art der Transaktionen bestimmt werden. Dabei ist zu beachten, dass auch aus Sicht institutionenökonomischer Ansätze ein Vorrang von privaten vor staatlichen Lösungen gilt. Entsprechend beschäftigen sich viele Beiträge mit den Strategien und Funkti-

onsbedingungen der Selbstdurchsetzung von vertraglichen Regelungen, die den Vorschlägen der Informationsökonomik nicht unähnlich sind (Reputationsmechanismus, tit-for-tat-Strategien etc.). Reichen diese Mechanismen nicht aus, wird „die Notwendigkeit kollektiven Handelns" anerkannt.[53] Während ein Teil der nachfolgend genannten verbraucherpolitischen Vorschläge als komplementär zu den Empfehlungen aus informationsökonomischer Sicht angesehen werden können, gehen einige der Maßnahmen jedoch über den bisherigen Regelungsbedarf hinaus. Letztere können sich dabei sowohl auf die Produkte und Produktionsverfahren als auch auf die Vertragsparteien beziehen.

Bezogen auf die Vertragsparteien können staatlich gesetzte Regeln eine Vergrößerung des Marktes unterstützen. Ohne solche gesetzlichen Regelungen wären Märkte deutlich begrenzter, da jeder nur mit solchen Personen einen Vertrag schließen würde, deren „Vertrauenswürdigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit er beurteilen könnte". Institutionen wie das Vertrags- oder das – aus Sicht der Informationsökonomik negativ bewertete – Haftungsrecht erlauben auch Transaktionen in anonymen Märkten, indem sie „Vertragsbrecher, Schlechtlieferer und säumige Zahler"[54] gerichtlich belangbar machen. Insbesondere von haftungsrechtlichen Regelungen kann dabei ein spürbarer Verbraucherschutz ausgehen. Auch gilt bezogen auf mögliche Fehlwahrnehmungen seitens der Konsumenten, dass „such misperceptions naturally call for the government to increase liability beyond the private-contract level".[55] Eine entsprechende institutionelle Regelung stellt etwa die so genannte Gefährdungshaftung dar, die den Verbraucher im Schadensfall nicht nur von der Beweislast befreit, sondern zudem – egal ob schuldhaft verursacht oder nicht – eine anbieterseitige Schadensersatzpflicht vorsieht. Zweifelsohne können solch drohende Schadensersatzforderungen (aber auch die Höhe von Versicherungsprämien zur Abdeckung von Verbraucherrisiken) zu einer Verringerung von Verhaltensweisen beitragen, die den Konsumenten potentiell schädigen. Entsprechende staatliche Regelungen bieten dabei einen Ersatz für das Koordinationsmedium „Vertrauen" und entlasten den Konsumenten, indem sie Unsicherheit reduzieren und opportunistisches Verhalten sanktionieren. Ansonsten für diese Zwecke auf Seiten des Verbrauchers gebundene Ressourcen können freigesetzt und anderweitig verwendet werden. Eine auf diesen Problemkomplex ausgerichtete staatliche Verbraucherpolitik übernimmt somit eine wichtige „Dienstleistungsfunktion" für den Konsumenten.

In gleicher Weise können auf Produkte und Produktionsverfahren ausgerichtete Regulierungen zu einer Kostensenkung beim Verbraucher beitragen.[56] Entgegen den Einschätzungen der Informationsökonomik sind hierbei Maßnahmen wie das Setzen von Qualitätsstandards, das Verbot bestimmter Inhaltsstoffe oder die Festlegung von Verfahrensstandards aus institutionenökonomischer Sicht grundsätzlich positiv zu bewerten, da sie

über eine Vereinfachung von Markttransaktionen und die Senkung von Informations- und Verhandlungskosten die Märkte in ihrer Funktionsfähigkeit unterstützen, das Transaktionsvolumen erhöhen sowie entstehende Reibungsverluste mindern. Damit haben im Idealfall entsprechende Produkt- und Prozessnormen keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des Spektrums der am Markt gehandelten Güter und Dienstleistungen zur Folge. Voraussetzung ist allerdings, dass bei Verstößen gegen vorgegebene Standards ein fühlbarer Sanktionsmechanismus in Gang kommt. Analog zu vertrags- und haftungsrechtlichen Regelungen können somit auch Produktstandards zu mehr Markteffizienz beitragen, indem sie Unsicherheiten und opportunistisches Anbieterverhalten begrenzen.

Die gegenüber der Informationsökonomik deutlich weiter gefassten verbraucherpolitischen Implikationen institutionenökonomischer Ansätze werden schließlich dort besonders deutlich, wo auch vergleichsweise „marktferne" institutionelle Regelungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Verbraucherverhalten in den Blick genommen werden. So wird beispielsweise auf die Problematik der Externalisierung von individuellen Kosten seitens der Verbraucher zu Lasten der Gemeinschaft hingewiesen, die sich aus institutionellen Regelungen der Sozialen Sicherung ergeben können.[57] So ist nicht auszuschließen, dass uninformierte, „irrationale" oder auch risikofreudige Verbraucher sich in Situationen mit erheblichen negativen wirtschaftlichen wie gesundheitlichen Folgewirkungen begeben. Innerhalb eines Sozialverbundes entstehen hieraus bekanntermaßen nicht nur individuell zurechenbare, sondern – über negative Externalitäten – auch gesellschaftliche Kosten beispielsweise in Form einer überdurchschnittlichen Inanspruchnahme von Sozialhilfe in Folge von Verbraucherinsolvenzen. Sollen solche Effekte vermieden werden, bedarf es einer Korrektur der bestehenden institutionellen Regelungen und der von ihnen ausgehenden (negativen) Anreizwirkungen für das Verhalten der Verbraucher in der dargestellten Form.

5. Kognitive und motivationsbezogene Aspekte des Verbraucherverhaltens: Verhaltensökonomik und verhaltenswissenschaftliche Konsumforschung

Um eine (bessere) Antwort auf die Frage geben zu können, wie individuelle Prozesse der Aufnahme und Verarbeitung von Informationen gestaltet sind, wurden in den zurückliegenden Jahren verstärkt Ergebnisse aus dem Bereich der kognitiven Psychologie in ökonomische Analysen integriert, um darauf aufbauend eine Erweiterung des herkömmlichen ökonomischen Verhaltensmodells zu erreichen.[58] Während mit dem Konzept der mentalen Modelle die individuelle Aufnahme und Verarbeitung von Infor-

mationen noch vergleichsweise grob betrachtet wurde, liefern Ansätze aus dem Bereich der Verhaltensökonomik (Behavioral Economics) ein weitaus aufschlussreicheres Bild, als dies im Rahmen informations- oder institutionenökonomischer Ansätze der Fall ist. Dabei richtet sich das Augenmerk insbesondere auf die Untersuchung von Schwierigkeiten der Wirtschaftssubjekte, Informationen richtig und angemessen in ihr Entscheidungsverhalten einzubeziehen. Mit dieser Sichtweise soll dem Tatbestand Rechnung getragen werden, dass angesichts der Masse an Informationen, denen sich Verbraucher im Alltag ausgesetzt sehen, spezifische kognitive Mechanismen zum vereinfachten Umgang mit Informationen zur Anwendung kommen. Sie dienen dazu, „to distill masses of information into understandable bites, to make uncertain less so, to make complexity more simple, and to conserve the increasingly scarce cognitive resources on which a complex world places heavy demands on".[59]

5.1 Der Gebrauch von Heuristiken und Entscheidungsregeln

Mit der Einbeziehung psychologisch fundierter Verhaltensannahmen verbindet sich aus verhaltensökonomischer Sicht die Zielsetzung, den Erklärungsgehalt individuellen Entscheidungsverhaltens zu steigern.[60] Dabei wird abweichend von der Informationsökonomik in Frage gestellt, dass die Wirtschaftssubjekte selbst für den Fall vollständiger Information in der Lage sind, zutreffende Erwartungen über künftige Ereignisse zu bilden. Auch wird bezweifelt, dass diese ausschließlich am eigenen Nutzen orientiert sind.[61] Die in einer Vielzahl von verhaltensökonomischen Untersuchungen gewonnenen Ergebnisse deuten vielmehr darauf hin, dass es sich bei den gefundenen Abweichungen vom herkömmlichen Modell rationalen Verhaltens keineswegs nur um Ausnahmen, sondern um systematische Verletzungen eines als rational zugrunde gelegten Verhaltens handelt, die auch langfristig nicht zwingend durch Lernprozesse korrigiert werden.

Bezogen auf Fragen des Verbraucherschutzes führt dies zu der Einsicht, dass unabhängig davon, ob Verbraucherpolitik rein auf die Verbesserung der Informationslage der Konsumenten ausgerichtet ist (Informationsökonomik) oder auch deutlich darüber hinaus weist (Neue Institutionenökonomik), zur angemessenen Diagnose von Verbraucherproblemen Hypothesen darüber vorliegen müssen, wie Konsumenten angesichts der Unvollkommenheit von Märkten, der Unsicherheit über zukünftige Ereignisse sowie angesichts der individuell bestehenden kognitiven Beschränkungen hinsichtlich der Aufnahme und Verarbeitung von Informationen reagieren.[62] Abweichungen vom Rationalverhalten lassen sich aus verhaltensökonomischer Sicht dabei in solche unterteilen, die aus dem Gebrauch von Heuristiken zur Vereinfachung von Prozessen der Entscheidungsfindung reichen, und solche, die aus der Bedeutung des Handlungskontextes

bzw. der Art der Repräsentation von Informationen für die Entscheidungsfindung erwachsen.

Mit Blick auf den Gebrauch von Heuristiken und angewendet auf den Bereich des Verbraucherschutzes muss davon ausgegangen werden, dass – anstelle einer objektiven Bewertung vorliegender Informationen – Konsumenten bei der Bewältigung komplexer Handlungssituationen dazu neigen, die Wahrscheinlichkeit, Opfer von negativen Ereignissen zu sein, geringer einschätzen als die Möglichkeit, Nutznießer positiver Ereignisse zu sein (overconfidence bias). So sind beispielsweise nicht wenige Aktienkäufer der Meinung, sie könnten den „Markt schlagen". Auch wird häufig die Gefahr unterschätzt, die sich aus längerer Krankheit oder Arbeitslosigkeit für die eigene Einkommenssituation ergeben kann. In den genannten Fällen vertrauen die Akteure allzu sehr auf ihre eigene Fähigkeit oder das zukünftige Glück. Damit verbunden ist das Phänomen, dass Informationen häufig dem eigenen Interesse entsprechend interpretiert werden (conformity bzw. self-serving bias). Dies kann zu subjektiven Resistenzen beim Konsumenten führen, etwa dergestalt, dass nur solche Produktinformationen berücksichtigt werden, die eine bereits bestehende Kaufdisposition legitimieren sollen. Auch kann dies dazu führen, dass Konsumenten nur sehr zögerlich den Wechsel eines bisherigen Anbieters vollziehen, obwohl bei genauerer Betrachtung ein solcher Wechsel vorteilhaft wäre (endowment effect bzw. status quo bias). Darüber hinaus bewirken so genannte kognitive Anker, dass die Entscheidung zwischen Handlungsalternativen nicht frei von vorgefertigten Urteilen gefällt werden. Dabei werden innerhalb von Entscheidungsprozessen nicht selten Ereignisse, die als sicher gelten, mit einem zu hohen Gewicht belegt (certainty effect). Während Konsumenten sich im allgemeinen gegenüber unsicheren Zukunftsereignissen oft übertrieben Risikoavers verhalten, neigen sie jedoch in „Verlustsituationen" (wie etwa im Fall eines bereits deutlich überzogenen Kreditrahmens) zu einem übertrieben sorglosen Verhalten. Aus verhaltensökonomischer Sicht verweist dies auf Inkonsistenzen in der Präferenzordnung des Konsumenten, wobei eine unterschiedliche Dekomposition von Handlungsalternativen zu unterschiedlichen Präferenzen gegenüber diesen Alternativen führt (isolation effect).

Für die Gestaltung von Verbraucherpolitik folgt daraus, dass der Gebrauch von solchen Heuristiken zu Abweichungen von einem als „rational" unterstellten Verbraucherverhalten führen kann. Stützen sich verbraucherpolitische Maßnahmen ausschließlich auf informationsökonomische Überlegungen, besteht die Gefahr, dass diese aufgrund der genannten kognitiven Effekte ins Leere laufen. So kann beispielsweise der overconfidence bias dazu führen, dass Informationen zu Produktrisiken nicht berücksichtigt werden, da die Wahrscheinlichkeit, selber von diesem Risiko betroffen zu sein, untergewichtet wird. Ähnliche Effekte dürfte der conformity bias her-

vorrufen, wenn verbraucherpolitische Informationen ausschließlich zum eigenen Vorteil interpretiert werden. Vergleichbar den Überlegungen zum Konzept mentaler Modelle kann – um ein weiteres Beispiel zu nennen – die Anwendung kognitiver Anker zu Lock-In-Effekten führen, wenn bestehende Vorurteile im Rahmen der Bewertung von Gütern und Dienstleistungen eine potenziell verbesserte Bedürfnisbefriedigung auf Seiten der Konsumenten verhindern. Allgemein muss aus Sicht der verhaltensökonomischen Ansätze davon ausgegangen werden, dass die Verwendung von Heuristiken insbesondere in neuen oder schlecht strukturierten Kaufsituationen zu negativen Konsequenzen im Hinblick auf die „Güte" von Verbraucherentscheidungen führt.

5.2 Die Bedeutung des Handlungskontextes für das Verbraucherverhalten

Neben der Analyse des Gebrauchs von Heuristiken liefert auch eine nähere Betrachtung des Handlungskontextes aus Sicht der Verhaltensökonomik wichtige Hinweise darauf, mit welchen Abweichungen vom ökonomischen Standardmodell in der Realität gerechnet werden muss. Die Einbeziehung des Handlungskontextes, in dem Informationen über Handlungsalternativen präsentiert werden, ist insofern von Bedeutung, wie damit die üblicherweise in der Ökonomie unterstellte Invarianz der Präferenzstrukturen der Konsumenten kritisch hinterfragt werden kann. Von Bedeutung sind hierbei etwa so genannte „Framing Effekte" sowie die Nutzung von Referenzpunkten (mental accounts), die dazu führen können, dass „actors' choices under conditions of uncertainty depend not only on the absolute expected values of the competing options but also on the direction in which those options deviate from a baseline".[64] D. h. stärker als vom objektiven Gehalt einer Information lassen sich Konsumenten von der Art ihrer Präsentation beeinflussen. So motiviert beispielsweise die Aussage „92 Prozent fettfrei" den Verbraucher zu einer anderen Kaufreaktion als die objektiv gleiche Aussage „8 Prozent fetthaltig".[65]

Danach kann allgemein die Präsentation oder Formulierung zweier – logisch gleicher – Probleme zu unterschiedlichen Handlungspräferenzen führen. Dies wird damit begründet, dass anstelle der Einbeziehung sämtlicher Kosten in das Abwägen von alternativen Handlungsoptionen die Wirtschaftssubjekte bei ihren Entscheidungen auf relative Kostengrößen abstellen. Die Präferenzen für eine Handlungsoption können dann nicht als von den weiteren Handlungsoptionen unabhängig gesehen werden.[66] Auch hier kann es zu Lock-In-Effekten kommen, wenn bei der Abwägung von Alternativen mögliche Verluste stärker gewichtet werden als potenzielle Gewinne.[67] So wird beispielsweise nicht selten die Nutzeneinbuße, die mit der Aufgabe eines Gegenstandes aus dem eigenen Besitz verbunden

ist, höher bewertet als der Nutzenzugewinn, der sich mit der Erlangung eines neuen Gegenstandes verbindet. Die darin enthaltene Bevorzugung der jeweiligen Status-quo-Situation kann wiederum dazu führen, dass das Zustandekommen von an sich vorteilhaften Transaktionen behindert wird.

Zusätzlich zu den bereits genannten Effekten gelten darüber hinaus auch intertemporale Kontextwirkungen als bedeutsam. So kann aus verhaltensökonomischer Sicht das frühere Verhalten eines Konsumenten dessen gegenwärtige Entscheidungen beeinflussen. Gewohnheiten, Traditionen, aber auch Suchtphänomene sind hier als relevante Bestimmungsfaktoren zu nennen. Sie führen dazu, dass vergangene Handlungen, die sachlich und zeitlich unabhängig von aktuellen Problemen sind, negativ auf das gegenwärtige Entscheidungsverhalten wirken.[68] Am deutlichsten trifft dies auf individuelles Suchtverhalten zu, das sich als Mangel an Selbstkontrolle interpretieren lässt und im Ergebnis – entgegen der Theorie rationalen Verhaltens – zu einem negativen Nettonutzen der entsprechenden Aktivität führen kann. Gerade im Fall von Suchtphänomenen fühlt sich der überwiegende Teil der Betroffenen jedoch als zu willensschwach, um ein anderes „Konsummuster" zu realisieren („problem of conditional preferences"). Für verbraucherpolitische Belange ist hier insbesondere zwanghaftes Konsumverhalten („Kaufsucht") von Bedeutung, welches insbesondere in Hocheinkommensländern ein zunehmendes Problem darstellt.[69]

Ebenfalls den intertemporalen Effekten des Handlungskontextes zugerechnet werden können das Phänomen zeitinkonsistenter Präferenzen sowie die endogene Veränderung von Präferenzen im Rahmen des zeitlichen Ablaufs von Entscheidungsprozessen des Konsumenten. Aus Sicht der Verhaltensökonomik lässt sich das Problem der Zeitinkonsistenz auch als ein „multiple-selves" Problem charakterisieren, welches zu ineffizienten Lock-In-Effekten führen kann. Dies ist dann der Fall, wenn mit der Entscheidung eines Verbrauchers „setup"-Kosten als anfängliche Investition zur Realisierung einer Handlungsalternative verbunden sind und „switching"-Kosten nur unzureichend in die Entscheidung eingehen.[70] Switching-Kosten als Kosten des späteren Wechsels zu einer anderen Handlungsalternative können daraus resultieren, dass Wahlentscheidungen zu einem aktuellen Zeitpunkt psychisch bindend wirken, was nicht in die Jetzt-Entscheidung einbezogen wird. Statt der Einbeziehung sämtlicher Kosten werden danach vom Konsumenten in der Zukunft liegende Kosten zugunsten der Minimierung gegenwärtiger Kosten vernachlässigt. Nahe und entfernte Ereignisse werden somit unterschiedlich bewertet. Je weiter entfernt ein möglicher Wechsel ist, desto geringer können dessen Kosten erscheinen.

Einen in zeitlicher Hinsicht weiteren relevanten Bestimmungsfaktor benennt das so genannte Konzept der konstruktiven Präferenzen.[71] Es

geht davon aus, dass – angewendet auf den Verbraucher – dieser seine je spezifischen Konsumpräferenzen erst während des Entscheidungsprozesses „on the spot when needed“[72] und abhängig vom Kontext des Entscheidungsvorgangs sowie von Lernprozessen bildet. Danach können sich die Präferenzen von Konsumenten – teilweise oder vollständig – erst in der konkreten Kaufsituation ausbilden oder verändern, d. h. der Verbraucher verfügt nicht vor jedem Kauf bereits über ein definiertes Einkaufsbudget und eine festgelegte „Einkaufsliste“. Erklärt wird dieses Phänomen zum einen damit, dass kognitive Kompetenzen zur Bildung wohl definierter und stabiler Präferenzen fehlen.[73] Zum anderen wird davon ausgegangen, dass seitens des Konsumenten verschiedene Ziele in eine Entscheidungssituation eingebracht werden, die erst im Laufe des Entscheidungsprozesses gegeneinander abgewogen werden. Aus Sicht des Verbraucherschutzes sind solche aus dem Handlungskontext erwachsenden Effekte insofern von Bedeutung, wie sie dazu beitragen, dass Verbraucherentscheidungen in hohem Maße beeinflussbar sind. Dementsprechend sind Werbung oder auch andere Formen der Produktpräsentation keineswegs nur „neutrale“ Informationsinstrumente. Für eine Verbraucherpolitik ergibt sich vielmehr die Aufgabe, bestehende Optionen zur Manipulation des Konsumentenverhaltens so weit wie möglich zu minimieren.

5.3 Zum Verhältnis von kognitiven, motivations- und situationsbezogenen Bestimmungsfaktoren des Verbraucherverhaltens

Die Ergebnisse der Verhaltensökonomik bezüglich der kognitiven Beschränkungen und den daraus resultierenden Abweichungen im Entscheidungsverhalten von Konsumenten, wie es seitens der Theorie rationalen Verhaltens unterstellt wird, werden durch empirische Studien aus dem Bereich der verhaltenswissenschaftlichen Konsumforschung[74] weitgehend bestätigt. Darüber hinaus finden sich im Rahmen dieser Studien Hinweise auf die zusätzliche Bedeutung von motivations- und situationsbezogenen Faktoren. In ihrem Einfluss auf die Ziele und das Informationsverhalten der Verbraucher gelten diese Faktoren als bestimmend für deren Konsumentscheidungen.[75] Hinsichtlich der Ausgestaltung verbraucherpolitischer Maßnahmen sind die Ergebnisse der empirischen Konsumforschung hilfreich etwa zur Beantwortung der Frage, wie sich das Wissen der Verbraucher tatsächlich erhöhen lässt, ohne die Wirtschaftssubjekte der Gefahr des „Informationoverload“ auszusetzen, oder auch der Frage, welche kommerziellen Praktiken die Rationalität von Kaufentscheidungen (negativ) beeinträchtigen können.

Auf der Grundlage dieser Studien lassen sich vier Typen von Konsumentenentscheidungen benennen, die durch eine unterschiedliche Verknüp-

fung von kognitiven, emotionalen sowie reaktiven Prozessen gekennzeichnet sind.[76] Während kognitive Prozesse die gedankliche Steuerung der Kaufentscheidung umfassen, gelten emotionale (affektive) Prozesse als verantwortlich für die psychische Aktivierung sowie die Probleminterpretation des Verbrauchers. Reaktive Prozesse sollen schließlich den Verbraucher zu einem automatischen (reizgesteuerten) Handeln verleiten. Dabei decken sich lediglich die „extensiven Kaufentscheidungen" mit dem in der Informationsökonomik unterstellten Verbraucherverhalten in Form einer aktiven Suche und Verarbeitung von Informationen. Entscheidungen dieser Art sind durch ein Fehlen bewährter Problemlösungsmechanismen gekennzeichnet, vielmehr müssen eine Vielzahl an Alternativen miteinander verglichen werden, woraus ein hoher Informationsbedarf resultiert. Dies setzt wiederum einen hohen Bedarf an gedanklicher Steuerung sowie „emotionaler Schubkraft" auf Seiten des Verbrauchers voraus. Zudem verlaufen extensive Kaufentscheidungen nicht reaktiv, sie sind vielmehr das Ergebnis umfassender Informationsverarbeitungsprozesse. Sie gelten damit allerdings nicht als der Regelfall alltäglichen Verbraucherverhaltens, sondern kommen unter dem Einfluss starker Motivationskräfte und neuer Situationen zustande.

Damit unterscheiden sich extensive Kaufentscheidungen von „vereinfachten (limitierten) Entscheidungen", bei denen der Verbraucher bereits über Kauferfahrungen und ein gesammeltes Wissen verfügt.[77] Die zu treffende Entscheidung ist auf wenige Handlungsalternativen (evoked set) beschränkt. Aufgrund des Rückgriffs auf bewährte Problemlösungen wird die Informationssuche auf wenige Schlüsselmerkmale begrenzt, der Suchprozess – so die Untersuchungsergebnisse – wird zudem beendet, wenn das subjektive Anspruchsniveau des Verbrauchers erreicht ist. Unter „habituelle Kaufentscheidungen" werden als eine weitere Kategorie immer wiederkehrende Entscheidungen mit gleichem Ausgang verstanden. Über Alternativen denkt der Konsument hier nicht mehr nach, d. h. mögliche Veränderungen innerhalb der Entscheidungssituation bleiben unberücksichtigt. Aufgrund vorhandener Produkterfahrungen ist das Ausmaß an kognitiver Steuerung gering, entsprechend spielt das Anspruchsniveau des Konsumenten – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle. Eine weitere Gruppe bilden schließlich so genannte impulsive (nicht geplante) Entscheidungen, die „unmittelbar unter dem Einfluss der Kaufsituation zustande kommen. Sie werden insbesondere durch eine vom Angebot ausgelöste emotionale Hinwendung der Konsumenten zum Produkt verursacht".[78] Sie gelten als kognitiv nicht kontrolliert, entsprechend fällt der Informationsbedarf des Verbrauchers gering aus bei jedoch gleichzeitig hoher Risikoneigung. Impulsive Kaufentscheidungen treten danach insbesondere dann auf, wenn „ausgeprägte Bedürfnisse (zumindest latent) vorliegen, der Konsument durch Reize stark stimuliert wird und keine situa-

tiven Hemmnisse die spontane kognitiv gering gesteuerte Kaufentscheidung beeinträchtigen".[79] Die Möglichkeit einer (manipulativen) Beeinflussung des Konsumenten bei dieser Art von Entscheidungen muss als vergleichsweise hoch eingestuft werden.

Bei der genannten Typisierung von Kaufentscheidungen muss – ähnlich wie bei der informationsökonomischen Unterteilung in Such-, Erfahrungs- und Vertrauensgüter – davon ausgegangen werden, dass sich reale Kaufsituationen nicht immer klar der einen oder anderen Kategorie zuordnen lassen. Entgegen dem von der Informationsökonomik zugrunde gelegten Informationsverhalten ist vor diesem Hintergrund jedoch davon auszugehen, dass der Konsument je nach Art der Kaufentscheidung unterschiedliche Mengen und Qualitäten von Information zur Vorbereitung seiner Wahlentscheidung benötigt. Zudem können in der Realität situative Faktoren ein rationales Abwägen von Vor- und Nachteilen geplanter Kaufentscheidungen zugunsten eines impulsiven und gewohnheitsmäßigen Verhaltens überlagern.[80] Eine informationsökonomisch fundierte Verbraucherpolitik muss aus Sicht dieser Ergebnisse – zumindest in den meisten Fällen – ins Leere laufen. Allenfalls im Rahmen extensiver Entscheidungen bieten sich Anknüpfungspunkte für eine entsprechend ausgerichtete Verbraucherpolitik. Bezogen auf die anderen Entscheidungstypen würden demgegenüber informationspolitische Maßnahmen insofern nicht greifen, als entweder seitens des Verbrauchers im Vorfeld seiner Kaufentscheidung keine Informationen gesucht oder vorhandene Informationen nur begrenzt genutzt werden.

5.4 Verbraucherpolitische Konsequenzen verhaltensökonomischer Ansätze

Während im Rahmen des neoklassischen Verhaltensmodells allgemein davon ausgegangen wird, dass das autonome Marktverhalten der handelnden Individuen zu effizienten Marktergebnissen führt und lediglich – folgt man den Ansätzen der Informations- wie der Institutionenökonomik – unvollkommene Information sowie zu hohe Transaktionskosten in einem weiten Sinne, die zu Effizienzbeeinträchtigungen führen können, verbraucherpolitische Eingriffe rechtfertigen, zeigen die Untersuchungen der Verhaltensökonomik sowie der empirischen Konsumforschung, dass der Marktmechanismus zusätzlich weiteren Störungen unterliegen kann.[81] Zwar werden damit die aus informations- und institutionenökonomischer Sicht abgeleiteten Politikempfehlungen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Da in aller Regel nur wenige der verfügbaren Informationen aufgrund kognitiver, emotionaler sowie situativer Faktoren auch tatsächlich in die Kaufentscheidungen einfließen, werden jedoch ergänzende Vorschläge für verbraucherpolitische Maßnahmen formuliert.

Dies betrifft zum einen die Bereitstellung von Informationen für den Verbraucher. Dabei gilt weniger die Menge als vielmehr die Art und Weise der Präsentation als entscheidend dafür, ob der Konsument diese auch aufnimmt. Ein Mehr an Informationen birgt hier die Gefahr, einen bestehenden „Informationoverload“ noch weiter zu verschärfen. Notwendig sind demgegenüber solche Maßnahmen, die eine möglichst einfache Nutzung von Informationen erlauben. Verbraucherpolitik sollte daher weniger auf die Quantität als vielmehr die Qualität der Informationsbereitstellung ausgerichtet sein.[82] Informationen zu Eigenschaften des Produktes oder des Herstellungsverfahrens sollten danach nicht nur pflichtmäßig bereitgestellt, sondern dem Verbraucher zudem in Form von Schlüsselsignalen (z. B. symbolisch anstelle von textbasiert vermittelten Informationen) dargeboten werden. Um den Konsumenten vor einer Überfrachtung mit Informationen zu bewahren, sollte – um ein weiteres Beispiel zu nennen – darüber hinaus auch eine „Übernutzung“ des „Kleingedruckten“ in Verkaufsverträgen staatlich unterbunden werden. Zum anderen gilt aus verhaltensökonomischer Sicht ein Verbot jeder Art von unlauteren (d. h. irreführenden oder aggressiven) Geschäftspraktiken als geboten, die zu einer „manipulativen“ Beeinflussung des Konsumenten geeignet sind. Dies umfasst beispielsweise den Schutz des Verbrauchers vor negativen Einwirkungen des Marketings bei Impulskäufen.[83]

Ein wesentlicher Unterschied zu informations- und institutionenökonomischen Politikempfehlungen kann schließlich darin gesehen werden, dass aus Sicht der Verhaltensökonomik zur Durchsetzung des Verbraucherschutzes auch Einschränkungen des Vertragsrechts hinzunehmen sind. Danach sollte ein vertraglich geregelter Ausschluss von Informations- oder Widerrufsrechten generell untersagt werden.[84] Als Begründung hierfür lässt sich auf die präventive Schutzfunktion dieser Rechte verweisen, die diesen unter der Annahme zukommt, dass angesichts spezifischer kognitiver und emotionaler Mechanismen Konsumenten unter komplexen Umweltbedingungen „fehlerhafte“ Kaufentscheidungen treffen können. Darüber hinaus fordern einige Autoren staatliche bzw. gerichtliche Vorgaben bezüglich der Gestaltung von Kaufverträgen, um den Konsumenten benachteiligende Vertragsregelungen zu vermeiden. Dahinter steht eine Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit zumindest eines Teils der Verbraucher, jederzeit Entscheidungen zum eigenen Vorteil treffen zu können.[85] Als Beleg für ein solches „Fehlverhalten“ gelten Situationen (z. B. im Bereich von Internet-Transaktionen), bei denen Konsumenten auch dann nicht von einer Kaufentscheidung abgesehen haben, wenn die entsprechenden Verträge Regelungen enthielten, die zu ihrem Nachteil waren. Ein daran anknüpfender Bedarf für verbraucherpolitische Regulierungen ist jedoch keineswegs unumstritten.[86]

Jenseits dieser Maßnahmenvorschläge finden sich im Bereich der Verhaltensökonomik zudem Überlegungen, die in einem grundlegenden Sinn die Notwendigkeit von staatlichen Interventionen im Bereich des Verbraucherschutzes zu begründen versuchen. Dies trifft etwa auf das Konzept des „asymmetrischen Paternalismus" zu.[87] Aus ökonomischer Sicht werden paternalistische Staatseingriffe im Allgemeinen kritisch betrachtet, da sie nicht mit einer mangelnden Allokationseffizienz des Marktes zu begründen sind und daher die Konsumentensouveränität grundsätzlich beeinträchtigen.[88] Während die traditionelle Legitimation von paternalistischen Staatseingriffen auf bestimmte Personengruppen ausgerichtet war, denen aufgrund begrenzter kognitiver Fähigkeiten eine „verzerrte Präferenzstruktur" unterstellt wurde, bezieht sich das Konzept des asymmetrischen Paternalismus jedoch auf Entscheidungssituationen. Damit sollen sich – so die Vertreter dieses Konzeptes – verbraucherpolitische Eingriffe begründen lassen, ohne dass man eine Aussage darüber treffen muss, welche Interessen (Präferenzen) die besseren sind. Eine Verbraucherpolitik wäre demzufolge dann „asymmetric paternalistic if it creates large benefits for those people who are boundedly rational […] while imposing little or no harm on those who are fully rational".[89] Der Nettonutzen als die Differenz zwischen dem Nutzen, den ein staatlicher Eingriff rational begrenzt agierenden Individuen stiftet, und den Kosten, die er denen auferlegt, die rationale Entscheidungen zu treffen in der Lage sind, sollte entsprechend positiv sein. Dabei werden „fehlerhafte" Konsumentscheidungen, die das Ergebnis eines spezifischen Zusammenspiels aus kognitiven, emotionalen und situativen Faktoren sein sollen, als für den Konsumenten mit negativen externen Effekten versehen interpretiert. Es wird in diesem Zusammenhang daher auch von „negativen Internalitäten" gesprochen, deren Internalisierung auf dem Wege verbraucherpolitischer Maßnahmen zu einer Erhöhung der Markteffizienz beitragen soll.[90]

Als Beispiel für verbraucherpolitische Maßnahmen, die dem (verhaltensökonomischen) Konzept des asymmetrischen Paternalismus folgen, gelten so genannte Cooling-off-Regulierungen.[91] Hintergrund für solche Regulierungen bildet die Beobachtung, dass Konsumenten bisweilen Kaufentscheidungen aus momentanen Gefühlslagen heraus treffen („emotionally hot states"), die sie mit etwas Abstand und unter rationaler Abwägung aller Handlungsalternativen so nicht treffen würden. Mit Einräumen einer „Cooling-off-Phase" würde dem Verbraucher die Möglichkeit zu einer rationalen Korrektur solchermaßen impulsiv getroffener Kaufentscheidungen eröffnet werden. Während eingeschränkt rational agierende Wirtschaftssubjekte damit vom Druck emotional bestimmter Kaufsituationen entlastet werden, um Kaufentscheidungen überdenken zu können, üben Cooling-off-Regelungen – so die Argumentation – keinen (negativen) Ein-

fluss auf das Entscheidungsverhalten solcher Konsumenten aus, die zu rationalen Entscheidungen in der Lage sind.

Die ökonomischen Effekte solcher Regelungen für vollständig informierte Verbraucher werden allerdings durchaus kontrovers diskutiert, da diese zu einer verzögerten Realisierung effizienter Transaktionen und somit zu zusätzlichen Kosten führen können. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn staatliche Verbraucherschutzregelungen Versicherungsunternehmen dazu verpflichten, Änderungen bestehender Versicherungsverträge nur unter der Bedingung vornehmen zu dürfen, dass die Versicherungsnehmer vollständig über alle Änderungen und die damit verbundenen Wirkungen informiert wurden und diesen die Möglichkeit gegeben wird, unter Einhaltung einer bestimmten Bedenkfrist den Versicherungsanbieter zu wechseln. Wenn eine Cooling-off-Regelung jedoch dazu führt, dass „it takes much longer to change contracts (compared to the absence of such a rule), at least, well-informed and rationally acting consumers, whose purpose of chance is to switch away from a more expansive company, could face noticeable financial losses".[92]

Das Beispiel verdeutlicht, dass das Konzept des asymmetrischen Paternalismus noch einer näheren Konkretisierung bedarf. So wird – vergleichbar dem Kaldor-Hicks-Kriterium zur Bewertung der Wohlfahrtseffekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen – hier zunächst lediglich ein Effizienzgrundsatz formuliert, anhand dessen sich die Auswirkungen verbraucherpolitischen Handelns angesichts einer unterschiedlichen Reichweite individuellen Rationalverhaltens beurteilen lassen. Wie die Nutzenbewertung in einer je spezifischen Entscheidungssituation erfolgen kann, bleibt jedoch unklar. Zudem ist zu berücksichtigen, dass im Unterschied zur Theorie des Marktversagens aus der bloßen Feststellung von kognitiven oder emotionalen Restriktionen des Verbraucherverhaltens allein noch nicht die Vorzugswürdigkeit korrigierender Maßnahmen folgt.[93] Somit benennen verhaltensökonomische Ansätze zwar Ansatzpunkte für verbraucherpolitische Maßnahmen, eine in sich geschlossene (verhaltens-)ökonomische Rechtfertigungstheorie von Verbraucherpolitik liefern diese jedoch bislang nicht. Hier besteht für die Zukunft noch weiterer Forschungsbedarf.

6. Ausgewählte Politik-Implikationen für den Verbraucherschutz in Österreich

Mit dem vorliegenden Beitrag sollte aufgezeigt werden, dass eine Begründung verbraucherpolitischer Maßnahmen einen Rückgriff auf verschiedene ökonomische Ansätze (Informationsökonomik, Neue Institutionenökonomik, Verhaltensökonomik) erfordert. Nachfolgend soll abschließend

der Frage nachgegangen werden, zu welchen Schlussfolgerungen und Politikimplikationen – zumindest ansatzweise und beispielhaft – eine Anwendung dieser theoretischen Überlegungen auf den Verbraucherschutz in Österreich führt.

Seit 1970 ist Verbraucherpolitik und der damit verbundene Konsumentenschutz in Österreich explizit eine staatliche Aufgabe. Dabei haben Maßnahmen wie das 1979 verabschiedete Konsumentenschutzgesetz mit dazu beigetragen, dass Österreich innerhalb Europas bis zu Beginn der 1990er-Jahre zu den fortschrittlichsten Ländern in Bezug auf Verbraucherschutz gezählt werden konnte. Kennzeichnend für die österreichische Verbraucherpolitik in diesem Zeitraum war nicht zuletzt eine „wohlfahrtsstaatliche Schutzphilosophie“[94], welche im Kern darauf ausgerichtet war, die wirtschaftlichen Interessen der Konsumenten in vielen Produktbereichen durch entsprechende staatliche Standards und vorsorgende Regulierungen zu sichern.

Durch den 1995 vollzogenen Beitritt Österreichs zur EU und der damit verbundenen Einführung des Binnenmarktprinzips wurde das sozialstaatlich geprägte „Schutzparadigma“ zunächst durch eine am „Informationsparadigma“ ausgerichtete Verbraucherpolitik ersetzt.[95] Dies hatte zum einen zur Konsequenz, dass seither der Ausgestaltung der informationsbezogenen Rahmenbedingungen anstelle einer direkten staatlichen Intervention in das Marktgeschehen zum Schutz der Konsumenten der Vorzug gegeben wurde. Zum anderen sind unter der Zielsetzung einer umfassenden Verwirklichung des Binnenmarktes aber auch gesamteuropäische Verbraucherschutzregelungen in einer Reihe von Bereichen erlassen (z. B. im Bereich von Konsumgüterkäufen, bei Finanzdienstleistungen, im elektronischen Geschäftsverkehr, der Lebensmittelkennzeichnung oder der Ausgestaltung des Gewährleistungsrechts), die zu einer verbesserten Stellung der Konsumenten geführt haben. Dabei ist jedoch festzustellen, dass die sich aus jenen EU-Regelungen ergebenden Möglichkeiten für einen verbesserten Verbraucherschutz in Österreich häufig nur sehr zögerlich genutzt werden. All zu oft erfolgt die Implementierung europäischer Verbraucherpolitik in österreichisches Recht lediglich in Form einer Minimalumsetzung. Auch werden die bestehenden nationalen Spielräume für eine eigenständige Verbraucherpolitik nicht oder nur unzureichend für die Durchsetzung innovativer Politikvorstellungen ausgeschöpft. Diese eher passive Haltung Österreichs kann nicht zuletzt auf eine mangelnde Einbindung von Erkenntnissen der ökonomischen Verbrauchertheorie und empirischen Konsumforschung in die Gestaltung von Verbraucherpolitik zurückgeführt werden.[96]

Für eine umfassende Reflektion des Status quo der österreichischen Verbraucherpolitik fehlt hier der Raum.[97] Es soll sich in den nachfolgenden

Ausführungen daher lediglich schlaglichtartig auf einige aktuelle Problembereiche des Konsumentenschutzes konzentriert werden, in denen aus ökonomischer Sicht bislang nicht oder nicht hinreichend ein Abbau bestehender Defizite vollzogen wurde. Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, dass alle drei dargestellten theoretischen Ansätze in der Ableitung von verbraucherpolitischen Maßnahmen ihren Platz haben, d. h. sie stehen nicht in einem konkurrierenden, sondern in einem komplementären Verhältnis zueinander.

Fasst man die theoretischen Überlegungen in knapper Form zusammen, verbindet sich mit der Informationsökonomik die wesentliche Erkenntnis, dass sich Verbraucherschutz nicht bereits in wettbewerbspolitischen Maßnahmen erschöpft. Verbraucher unterliegen in ihrem Entscheidungsverhalten vielmehr Restriktionen in Gestalt von unvollständigen Informationen und daraus resultierenden Informationskosten, die verhindern können, dass alle durch den Markt angebotenen Handlungsalternativen bei Kaufentscheidungen berücksichtigt werden. Verbraucherpolitik zielt somit im Kern auf die Bereitstellung eines Mehr an Informationen für den Konsumenten, wobei imperfekte Information jedoch nicht zwangsläufig zu (direkten) staatlichen Eingriffen führen muss. Unter der Zielsetzung, vorhandene Informationsasymmetrien abzubauen, die Informationslage der Konsumenten zu verbessern bzw. bestehende Informationskosten zu senken, lassen sich aus Sicht der Informationsökonomik unter anderen die folgenden Maßnahmen zur Verbesserung des Verbraucherschutzes in Österreich benennen:

- Stärkere finanzielle Unterstützung von Verbraucherorganisationen (z. B. VKI – Verein für Konsumenteninformation, Verbraucherrat im Österreichischen Normungsinstitut, Kammern für Arbeiter und Angestellte) als wichtige Informationsintermediäre. Hier besteht für Österreich im Vergleich zu Ländern wie Deutschland oder auch Großbritannien ein Nachholbedarf, der seinen Ausdruck in deutlich niedrigeren staatlichen Förderausgaben autonomer Verbraucherarbeit findet.[98]

- Staatliche Vorsorgemaßnahmen im Bereich der Verbraucherbildung (z. B. durch Einführung eines Unterrichtsfaches „Verbraucherbildung" in den höheren Schulstufen) und stärkere Förderung der hochschulbezogenen Verbraucherforschung. Beide Bereiche müssen mit Blick auf Österreich traditionell als defizitär bewertet werden, da sie – wenn überhaupt – nur in Ansätzen entwickelt sind.[99]

- Vorsorgliche Information der Öffentlichkeit über Kontrollergebnisse staatlicher Behörden. Mit Blick auf die Vergangenheit ist dies in Österreich nur hinsichtlich der Beanstandung wegen Gesundheitsschädlichkeit der Fall gewesen.[100] Die Informationskosten der Verbraucher sollten jedoch durch die Kommunikation von staatlichen Kontrollergebnissen

in all jenen Fällen gesenkt werden, in denen ausschließlich wirtschaftliche Interessen der Konsumenten betroffen sind.

- Effektivierung sowie striktere Überwachung von Informations- und Kennzeichnungspflichten (vor allem im Lebensmittelbereich bezogen auf die Festlegung von Mindesthaltbarkeitsdaten, leicht verständlichen Nährwertkennzeichnungen, Kennzeichnungspflicht offener Waren etc.). Zwar können in diesem Bereich in der jüngeren Vergangenheit Fortschritte festgestellt werden, wie das Beispiel der Nährwertkennzeichnungen belegt. Allerdings zeigt dieses Beispiel auch, dass von einer umfassenden Verpflichtung zum Gebrauch entsprechender Kennzeichnungen keine Rede sein kann.

- Einheitliche und verbindliche Regelungen bezüglich Preisauszeichnung von Waren und Dienstleistungen, die aktuell in Österreich auf viele verschiedene Vorschriften mit zum Teil unterschiedlichen Bestimmungen verstreut sind. Letzteres führt jedoch dazu, dass die Informationskosten der Verbraucher aufgrund einer diesbezüglich unzureichenden Transparenz vergleichsweise hoch ausfallen, was suboptimale Kaufentscheidungen zur Folge haben kann.

Als Erweiterung der informationsökonomischen Perspektive enthalten die Ansätze der Neuen Institutionenökonomik vor allem den Hinweis, dass sich – neben der Unvollständigkeit von Informationen und daraus sich ergebenden Informationskosten – auch weitere Transaktionskosten auf das Verbraucherverhalten auswirken. Sie ergeben sich aus der Art der Transaktion sowie aus der spezifischen Transaktionsbeziehung zwischen Verkäufer und Käufer. Um bestehende Transaktionskosten jenseits der reinen Informationskosten für die Verbraucher – direkt oder indirekt – zu senken sowie zugunsten einer verbesserten Durchsetzung von Konsumentenrechten kann aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik beispielhaft für die Einführung der folgenden verbraucherpolitischen Instrumente und Maßnahmen votiert werden[101]:

- Etablierung von vereinfachten Rechtsdurchsetzungsverfahren („Small Claim Courts“), da bei „kleinen“ Verbraucherproblemen die herkömmlichen Rechtsdurchsetzungsgegebenheiten in Österreich als zu langsam, zu teuer und zum Teil inadäquat bewertet werden müssen. Die gegenwärtige Praxis trägt zu einer erheblichen Steigerung der gesamten Transaktionskosten bei und kann im Extrem dazu führen, dass seitens der Verbraucher unter Vorsichtsaspekten an sich vorteilhafte Markttransaktionen erst gar nicht zustande kommen oder zumindest der Nettonutzen von Markttransaktionen negativ werden kann. Die Einführung vereinfachter Rechtsdurchsetzungsverfahren kann entsprechend zu einer Erhöhung des Transaktionsvolumens und der Markteffizienz führen.

- Verhängung merklicher Geldstrafen und Ermöglichung zivilrechtlicher Sanktionen bei der Nichteinhaltung von Kennzeichnungsvorschriften, die in Österreich vielfach als Kavaliersdelikt angesehen wird, obwohl sich für Unternehmen daraus zum Teil erhebliche Wettbewerbs- und Vermögensvorteile ergeben.
- Erhöhung der staatlichen Kontrolldichte bezogen auf die Einhaltung von Produktstandards und Qualitätsvorgaben für Produktionsverfahren. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass Produkt- und Produktionsstandards nur dann zu einer nennenswerten Senkung der Transaktionskosten für die Verbraucher beitragen können, wenn diese auch eingehalten werden. Mit Blick auf die jüngere Vergangenheit besteht in Österreich jedoch die Tendenz zu einer Verringerung entsprechender amtlicher Kontrollen, was aus den genannten Gründen negativ zu bewerten ist.
- Einführung einer verpflichtenden Begleitforschung nach Inverkehrbringung von Produkten mit hohem (wirtschaftlichem wie gesundheitlichem) Schadenspotenzial, um zuvor nicht erkannte Entwicklungsrisiken möglichst rasch aufdecken und die Produkte vom Markt nehmen zu können. In Österreich existiert aktuell keine entsprechende Verpflichtung im Rahmen des Verbraucherschutzes.

Rationale Kaufentscheidungen setzen eine umfassende Kenntnis der Handlungs- bzw. Wahlmöglichkeiten voraus. „Echte“ Wahlfreiheit besteht für den Konsumenten jedoch nur dann, wenn er in der Lage ist, vorhandene Entscheidungsmöglichkeiten zu antizipieren. Folgt man den Erkenntnissen verhaltensökonomischer Ansätze sowie den (empirischen) Untersuchungsergebnissen der verhaltenswissenschaftlichen Konsumforschung, wird die Wahrnehmung und Ausschöpfung gegebener Handlungsmöglichkeiten im Wesentlichen jedoch von kognitiven, emotionalen sowie situationsbezogenen Faktoren mehr oder weniger stark eingeschränkt. Um aus solchen kognitiven Rationalitätsbeschränkungen sowie aus emotionalen wie kontextbezogenen Einflussgrößen resultierende Nachteile für Konsumenten in bestimmten Kaufsituationen zu reduzieren, lassen sich aus Sicht der Verhaltensökonomik unter anderen die folgenden Maßnahmen zugunsten eines verbesserten Verbraucherschutzes in Österreich ableiten[102]:

- Einräumen von (längeren) Cooling-Off-Phasen beim Erwerb solcher Produkte, bei denen dem Konsumenten nachhaltige wirtschaftliche Schäden drohen. Dies gilt bezogen auf Österreich etwa für den Fall beschränkt handelbarer Geldanlagen oder bestimmter Versicherungsprodukte. Ein solch zeitlich ausgedehntes Rücktrittsrecht von Kaufverträgen würde aus verhaltensökonomischer Sicht den Konsumenten einen verbesserten Schutz vor unbedachten Spontankäufen liefern.

- Verpflichtende Einführung leicht verständlicher Qualitätskennzeichnungen von Produkten (z. B. im Lebensmittelbereich in Form der Etablierung von sog. Ampelkennzeichnungen bezüglich der Nährwertqualität einzelner Produkte), die es in dieser Form – zumindest in größerem Umfang – aktuell in Österreich so nicht gibt. Dem liegt die theoretische Einsicht zugrunde, dass eine bloße Bereitstellung zusätzlicher Informationen aufgrund von individuellen Wahrnehmungsbeschränkungen ihr Ziel verfehlen kann. Eine einfache, auf leicht nachvollziehbare Schlüsselinformationen und -signale abstellende Kennzeichnung von Produkten kann dem wirksam entgegenwirken.[103]

- Verpflichtendes Angebot von durch den Konsumenten selbstwählbaren Nutzungsbeschränkungen im Bereich kontextsensibler Produkte (z. B. monatliche Höchstbetragsgrenzen im Bereich von Mobilfunkanbietern). Hintergrund dieser Forderung ist das sich mit der Verhaltensökonomik verbindende Postulat des asymmetrischen Paternalismus, der bei nachweislich eingeschränkter Entscheidungsfreiheit Maßnahmen zum Selbstschutz von Verbrauchern als erforderlich erachtet, wie es sie so in Österreich bislang nicht gibt. Mit der gleichen Begründung verbindet sich auch die Forderung nach staatlichen Vorsorgemaßnahmen zur Prävention im Bereich von Kaufsuchtgefährdung und Überschuldung von Konsumenten ebenso wie die Entwicklung von Initiativen zugunsten von Maßnahmen zur Minderung des Einflusses von Werbung, Marketingmaßnahmen und kommerziellem Sponsoring auf Kinder und Jugendliche.

Es sollte nicht aus dem Blick geraten, dass Verbraucherpolitik maßgeblich auf der europäischen Ebene bestimmt wird. Die beispielhaft genannten Maßnahmen zeigen dennoch, wie durch eine rationalere Fundierung, d. h. unter Rückgriff auf verschiedene ökonomische Ansätze, innerhalb der verbliebenen nationalen Handlungsspielräume ein nennenswerter Beitrag zur Verbesserung der Verbraucherpolitik in Österreich geleistet werden kann. Dieses bislang weitgehend unausgeschöpfte Potential im Bereich des Konsumentenschutzes gilt es zukünftig verstärkt zu nutzen.

Literaturverzeichnis

Akerlof, G. A. (1970), The Market of Lemons: Quality Uncertainty and the Market Mechanism, in: *Quarterly Journal of Economics,* 84, 488–500.

Alchian, A. A. und S. L. Woodward (1988), The Firm is Dead; Long Live the Firm: A Review of Oliver E. Williamson's The Economic Institutions of Capitalism, in: *Journal of Economic Literature,* Vol. 26, S. 65–79.

Arrow, K. (1969), The Organisation of Economic Activity: Issues Pertinent to the Choice of Market versus Non-Market Allocation, in: *The Analysis of and Evaluation of Public Expenditure: The PBB-System,* Joint Economic Committee, 91st Congress, 1st Session, Vol. 1, Washington DC.

Bagwell, K. and M. Riordan (1986), *Equilibrium Price Dynamics for an Experience Good,* Discussion Paper 705, CMSEMS, Northwestern University.

Beales, H., Craswell, R. und S. C. Salop (1981), The Efficient Regulation of Consumer Information, in: *Journal of Law and Economics,* Vol. 24, S. 491–539.

Becker, T. (1998), Markt versus Staat: Ein Vergleich unvollkommener Mechanismen, in: Hermann, R., Krischke, D. und P. M. Schmitz (Hrsg.), *Landwirtschaft in der Weltwirtschaft,* Frankfurt (Main), S. 2–36.

Becker, T. (2000), To What Extent Are Consumer Requirements Met by Public Quality Policy? in: Becker, T. (Hrsg.), *Quality Policy and Consumer Behaviour in the European Union,* Kiel, S. 247–266.

Berndt, H. (1984), Informationsmenge und Informationsverarbeitungsleistung bei Konsumentenentscheidungen, in: *Marketing,* Jg. 6, S. 181–188.

Bettman, J. R. und W. Park (1980), Effects of Prior Knowledge and Experience and Phase of the Choice Process on Consumer Decision Processes: A Protocol Analysis, in: *Journal of Consumer Research,* Vol. 7, S. 234–248.

Bettman, J. R., Luce, M. F. und J. W. Payne (1998), Constructive consumer choice processes, in: *Journal of Consumer Research,* Vol. 25, S. 187–217.

Camerer, C. F. und G. F. Loewenstein (2004), Behavioral Economics: Past, Present, Future, in: Camerer, C. F., Loewenstein, G. F. und M. Rabin (Hrsg.), *Advances in Behavioral Economics,* Princeton, S. 3–51.

Camerer, C. F., Issacharoff, S., Loewenstein, G. F., O'Donoghue, T. und M. Rabin (2003), Regulation for conservatives: Behavioral economics and the case for asymmetric paternalism, in: *University of Pennsylvania Law Review,* Vol. 151, S. 1211–1254.

Clapperton, D. and S. Corones (2007), Unfair terms in 'clickwrap' and other electronic contracts, in: *Australian Business Law Review,* Vol. 35, S. 152–180.

Darby, R. R. und E. Karni (1973), Free Competition and the optimal amount of fraud, in: *Journal of Law and Economics,* Vol. 16, S. 67–88.

Denzau, A. T. und D. C. North (1994), Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in: *Kyklos,* Vol. 47, S. 3–31.

Dohse, D. (2001), Knowledge Creation, Knowledge Diffusion and Regional Growth, in: Bröcker, J. und H. Hermann (Hrsg.), Spatial Change and Interregional Flows in the Integrating Europe, Heidelberg und New York, S. 131–142.

Elster, J. (1996), *Ulysses and the Sirens: Studies in Rationality and Irrationality,* Cambridge.

Elster, J. (1998), Emotions and Economic Theory, in: *Journal of Economic Literature,* Vol. 36, S. 47–74.

Englerth, M. (2004), *Behavioral Law and Economics – Eine kritische Einführung,* Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, Bonn 2004/11.

Erlei, M., Leschke, M. und D. Sauerland (2007), *Neue Institutionenökonomik,* 2. Auflage, Stuttgart.

Featherstone, M. (1990), Perspectives on Consumer Culture, in: *Sociology,* Vol. 24, S. 5–22.

Galbraith, J. K. (1967), *The New Industrial State,* London.

Gallagher, K. (1997), Globalization and consumer culture, Overview essay, in: Goodwin, N. R., Ackerman, F. und D. Kiron (Hrsg.), *The Consumer Society,* Washington DC., S. 301–308.

Gino, F. (2004), *Getting Advice from the Same Source but at a Different Cost: Do We Overweigh Information Just Because We Paid for It?* Harvard Business School Working Paper Series, No. 05–017.

Glaeser, E. L. (2003), *Psychology and the Market,* Harvard Institute of Economic Research, Discussion Paper Number 2023, December 2003 (http://post.economics.harvard.edu/hier/2003papers/2003list.html).

Glatz, H. und K. Kollmann (2006): Die Defizite im Konsumentenschutz beheben – Das AK-Forderungsprogramm Verbraucherpolitik 2006 an die wahlwerbenden Parteien, Arbeiterkammer Wien, *Materialien Konsumentenpolitik,* 3/2006.

Gröner, H. und H. Köhler (1987), *Verbraucherschutzrecht in der Marktwirtschaft,* Tübingen.

Grundmann, S. und W. Kerber (2001), Information Intermediaries and Party Autonomy – The Example of Securities and Insurance Markets, in: Grundmann, S. Kerber, W. und S. Weatherill (Hrsg.), *Party Autonomy and the Role of Information in the Internal Market,* Berlin und New York, S. 264–310.

Grundmann, S., Kerber, W. und S. Weatherill (2001), Party Autonomy and the Role of Information in the Internal Market – an Overview, in: Grundmann, S., Kerber, W. und S. Weatherill (Hrsg.), *Party Autonomy and the Role of Information in the Internal Market,* Berlin und New York, S. 1–38.

Herrnstein, R. J., Loewenstein, G. F., Prelec, D. und W. Vaughan (1993), Utility maximization and melioration: Internalities in individual choice, in: *Journal of Behavioral Decision Making,* Jg. 6, S. 149–185.

Hörner, J. (2002), Reputation and Competition, in: *American Economic Review,* Vol. 92, S. 644–663.

Howell, N. (2006), Catching up with consumer realities: The need for legislation prohibiting unfair terms in consumer contracts, in: *Australian Business Law Review,* Vol. 34, S. 447–465.

Jacoby, J., Speller, D. E. und C. Kohn (1974), Brand Choice Behavior as a Function of Information Load, in: *Journal of Marketing Research,* Vol. 11, S. 63–69.

Jensen, M. C. und W. H. Meckling (1976), Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure, in: *Journal of Financial Economics,* Vol. 3, S. 305–360.

Jolls, Ch., Sunstein, C. R. und R. Thaler (1998), A Behavioral Approach to Law and Economics, in: *Stanford Law Review,* Vol. 50, S. 1471–1550.

Kaas, K. P. (1994), Ansätze zu einer institutionenökonomischen Theorie des Konsumentenverhaltens, Forschungsgruppe Konsum und Verhalten (Hrsg.), *Konsumentenforschung,* München, S. 245–260.

Kahneman, D. (2003), Maps of Bounded Rationality: Psychology for Behavioral Economics, in: *American Economic Review,* Vol. 93, S. 1449–1475.

Kahneman, D. und A. Tversky (1984), Choices, values and frames, in: *American Psychologist,* Vol. 39, S. 341–350.

Kahneman, D., Knetsch, J. L. und R. Thaler (1991), Anomalies: The Endowment Effect, Loss Aversion and Status Quo Bias, in: *Journal of Economic Perspectives,* Vol. 5, S. 193–206.

Katona, G. (1972), Motivation und Konsumwahl, in: Kroeber-Riel, W. (Hrsg.), *Marketingtheorie – Verhaltensorientierte Erklärungen von Marktreaktionen,* Köln, S. 61–77.

Kirstein, R. (2003), *Ökonomische Analyse des Rechts,* Center for the Study of Law and Economics, Discussion Paper 2003–06.

Koch, W. A. und Ch. Czogalla (2004), *Grundlagen der Wirtschaftspolitik,* 2. Auflage, Stuttgart.

Kollmann, K. (2004): Verbraucherpolitik in Österreich: Institutionen, Praxis, Theorie, in: Reiffenstein, M. et al. (Hrsg.), *Konsumentenpolitik im Spannungsfeld von Liberalisierung und sozialer Verantwortung,* Wien, S. 101–113.

Kollmann, K. (2005): Verbraucherpolitik nach 10 Jahren EU-Mitgliedschaft – eine Zwischenbilanz, in: *Infobrief EU-International,* Nr. 4 (Oktober 2005), S. 6–7.

Korobkin, R. B. und T. S. Ulen (2000), Law and Behavioral Sciences: Removing the Rationality Assumption from Law and Economics, in: *California Law Review,* Vol. 88, S. 1053–1144.

Kroeber-Riel, W. (1977), Kritik und Neuformulierung der Verbraucherpolitik auf verhaltenswissenschaftlicher Grundlage, in: *Die Betriebswirtschaft,* Vol. 37, S. 89–103.

Kroeber-Riel, W. und P. Weinberg (2003) *Konsumentenverhalten,* 8. Auflage, München.

Kuhlmann, E. (1990), Verbraucherpolitik – Grundzüge ihrer Theorie und Praxis, München.

Leland, H. (1979), Quacks, Lemons and Licensing: A Theory of Minimum Quality Standards, in: *Journal of Political Economy,* Vol. 87, S. 1328–1346.

Loewenstein, G. F. (2000), Emotions in Economic Theory and Economic Behavior, in: *American Economic Review: Papers and Proceedings,* Vol. 90, S. 426–432.

Lury, C. (1996), *Consumer Culture,* Cambridge.

Mähling, F. W. (1983), *Werbung, Wettbewerb und Verbraucherpolitik,* München.

Maital, Sh. (2004), Daniel Kahneman: on redefining rationality, in: *Journal of Socio-Economics,* Vol. 22, S. 1–14.

March, J. G. (1978), Bounded Rationality, Ambiguity, and the Engineering of Choice, in: *Bell Journal of Economics,* Vol. 9, S. 587–608.

Martiensen, J. (2000), *Institutionenökonomik,* München.

Mas-Colell, A., Whinston, M. D. and J. R. Green (1995), *Microeconomic Theory,* New York und Oxford.

McAuley, I. (2007), *Roundtable on Economics for Consumer Policy,* Summary Report by the Committee on Consumer Policy (CCP) of the OECD, Paris.

McDonald, F. (2000), Consumer Protection Policy in the European Union, in: *European Business Journal,* Vol. 12, S. 39–46.

Meyer, D. (1990), Asymmetrische Information, Institutional Choice und die Funktion von Wertorientierungen, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft,* Jg. 41, S. 104–121.

Miljkovic, D. (2005), Rational Choice and Irrational Individuals or Simply an Irrational Theory: A Critical Review of the Hypothesis of Perfect Rationality, in: *Journal of Socio-Economics,* Vol. 34, S. 621–634.

Mitropoulos, S. (1996), *Verbraucherpolitik in der Marktwirtschaft: Konzeptionen und internationale Erfahrungen,* Mainz.

Mulholland, J. (2007), *Behavioural Economics and the Federal Trade Commission,* Paper presented at the Australian Government Productivity Commission Roundtable on Behavioural Economics and Public Policy , Melbourne, 8–9th August 2007.

Nelson, Ph. (1970), Information and Consumer Behavior, in: *Journal of Political Economy,* Vol. 78, S. 311–329.

Nelson, Ph. (1974), Advertising as Information, in: *Journal of Political Economy,* Vol. 81, S. 721–754.

Neuner, M., Raab, G. und L. A. Reisch (2005), Compulsive Buying as a Consumer Policy Issue in East and West Germany, in: Grunert, K. G. und J. Thøgersen, (Hrsg.), *Consumers, Policy and the Environment,* Heidelberg, S. 89–114.

Ölander, F. (2005), Consumer Psychology: Not Necessarily a Manipulative Science, in: Grunert, K. G. und J. Thøgersen (Hrsg.), Consumers, Policy and the Environment, Heidelberg, S. 1–22.

Payne, J. W., Bettman, J. R. und E. J. Johnson (1992), Behavioral Decision Research: A Constructive Processing Perspective, in: *Annual Review of Psychology,* Vol. 43, S. 87–131.

Priest, G. L. (1981), A Theory of the Consumer Product Warranty, in: *Yale Law Journal,* Vol. 90, S. 1297–1352.

Rabin, M. (1998), Psychology and Economics, in: *Journal of Economic Literature,* Vol. 36, S. 11–46.

Richter, R. und E. G. Furubotn (2003), *Neue Institutionenökonomik: Eine Einführung und kritische Würdigung,* 3. Auflage, Tübingen.

Rischkowsky, F. (2007), *Europäische Verbraucherpolitik – Theoretische Grundlagen und neue Probleme am Beispiel des Internets,* Marburg.

Rischkowsky, F. und T. Döring (2004), E-Commerce und europäische Verbraucherpolitik, in: *Wirtschaftsdienst,* Jg. 84, S. 317–324.

Rischkowsky, F. und T. Döring (2008): Consumer Policy in a Market Economy, in: *Journal of Consumer Policy,* Vol. 31, S. 285–313.

Roßmanith, T. (2001), *Informationsverhalten und Involvement im Internet,* Dissertation an der Universität Fridericiana zu Karlsruhe (http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/cgi-bin/psview?document=2001/wiwi/1&format=0&search=%2f2001%2fwiwi%2f1).

Sappington, D. E. (1991), Incentives in Principal-Agent Relationships, in: *Journal of Economic Perspectives,* Vol. 5, S. 45–66.

Schäfer, H.-B. (1998), Grenzen des Verbraucherschutzes und adverse Effekte des Europäischen Verbraucherrechts, in: Grundmann, S. (Hrsg.), *Systembildung und Systemlücken in Kerngebieten des Europäischen Privatrechts,* Tübingen, S. 559–568.

Schäfer, H.-B. und C. Ott (2000), *Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Zivilrechts,* 3. Auflage, Berlin et al.

Shapiro, C. (1983), Consumer Protection Policies in the United States, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics,* Vol. 139, S. 527–544.

Shapiro, C. (1986), Investment, Moral Hazard, and Occupational Licensing, in: *Review of Economic Studies,* Vol. 53, S. 843–862.

Sinn, H.-W. (1989), Verbraucherschutz als Problem asymmetrischer Informationskosten, in: Ott, C. und H.-B. Schäfer (Hrsg.), *Allokationseffizienz in der Rechtsordnung,* Berlin et al., S. 81–90.

Sinn, H.-W. (2003), Verbraucherschutz als Staatsaufgabe, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik,* Jg. 4, S. 281–294.

Smith, V. L. (2005), Behavioral Economics Research and the Foundations of Economics, in: *Journal of Socio-Economics,* Vol. 34, S. 35–150.

Spence, M. (2002), Signalling in Retrospect and the Informational Structure of Markets, in: *American Economic Review,* Vol. 92, S. 434–459.

Stigler, G. J. (1961), The Economics of Information, in: *Journal of Political Economy,* Vol. 69, S. 213–225.

Stiglitz, J. E. (2000), The Contributions of the Economics of Information to Twentieth Century Economics, in: *The Quarterly Journal of Economics,* Vol. 115, S. 1441–1478.

Thaler, R. (1985), Toward A Positive Theory of Consumer Choice, in: *Journal of Economic Behavior and Organization,* Vol. 1, S. 39-60.

Tirole, J. (1990), *The Theory of Industrial Organization,* Cambridge (Mass.) and London.

Thøgersen, J. (2005), How May Consumer Policy Empower Consumers for Sustainable Lifestyles?, in: *Journal of Consumer Policy,* Vol. 28, S. 143–177.

Triandis, H. C. (1994), *Culture and Social Behavior,* New York.

Ulen, T. S. (2001), Information in the Market Economy – Cognitive Errors and Legal Correctives, in: Grundmann, S., Kerber, W. und S. Weatherill (Hrsg.), *Party Autonomy and the Role of Information in the Internal Market,* Berlin und New York, S. 98–129.

Ungern-Sternberg, T. und C. C. von Weizsäcker (1981), Marktstruktur und Marktverhalten bei Qualitätsunsicherheit, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,* Jg. 101, S. 609–629.

Vahrenkamp, K. (1991), V*erbraucherschutz bei asymmetrischer Information – informationsökonomische Analysen verbraucherpolitischer Maßnahmen,* München.

Wein, T. (2001), Consumer Information Problems – Causes and Consequences, in: Grundmann, S., Kerber, W. und S. Weatherill (Hrsg.), *Party Autonomy and the Role of Information in the Internal Market,* Berlin und New York, S. 80–97.

Weinberg, P. (1981), *Das Entscheidungsverhalten der Konsumenten,* Paderborn.

Weinberg, P. (1994), Emotionale Aspekte des Entscheidungsverhaltens. Ein Vergleich von Erklärungskonzepten, in: Forschungsgruppe Konsum und Verhalten (Hrsg.), *Konsumentenforschung,* München, S. 171–181.

Zauberman, G. (2003), The Intertemporal Dynamics of Consumer Lock-In, in: *Journal of Consumer Research,* Vol. 30, S. 405–419.

Anmerkungen

1 Siehe Grundmann et al. (2001, S. 10).

2 Siehe Mähling (1983, S. 48).

3 Siehe ausführlich zu diesem Punkt Schäfer/Ott (2000, S. 322) sowie Schäfer (1998, S. 560).

4 Shapiro (1983, S. 528).

5 Siehe hierzu etwa Stiglitz (2000, S. 1441), Shapiro (1983, S. 528) oder auch Korobnik/Ulen (2000, S. 1075 f.).

6 Siehe stellvertretend Vahrenkamp (1991, S. 39).

7 Siehe hierzu Stigler (1961), Akerlof (1970) sowie Nelson (1970).

8 Mitropoulos (1996, S. 336).

9 Sinn (1989, S. 82). Siehe hierzu auch Kuhlmann (1990, S. 48) sowie Wein (2001, S. 84).

10 Siehe Kuhlmann (1990, S. 48). Die Kategorisierung von Gütern nach ihrem Informationsaufwand in Such- und Erfahrungsgüter geht ursprünglich auf Nelson (1970 und 1974) zurück und wurde von Darby/Karni (1973) um die Kategorie der Vertrauensgüter ergänzt. Für eine zusammenfassende Darstellung siehe auch Weiber/Adler (1995).

11 Siehe hierzu und zu den nachfolgenden Überlegungen Tirole (1990, S. 106) sowie Wein (2001, S. 89).

12 Siehe Becker (2000, S. 253). Siehe auch Beales et al. (1981, S. 503).

13 Siehe stellvertretend Hörner (2002), Spence (2002) oder auch Ungern-Sternberg/Weizsäcker (1981).

14 Siehe etwa Beales et al. (1981, S. 502).

15 Siehe hierzu auch Tirole (1990, S. 106).

16 Siehe für eine ausführliche Diskussion der ökonomischen Funktion und Wirkung von Finanzintermediären Grundmann/Kerber (2001, S. 271 f.).

17 Siehe etwa Becker (2000, S. 259) oder auch Grundmann/Kerber (2001, S. 277 ff.).

18 Siehe ausführlich Beales et al. (1981, S. 507).

19 Hierzu führt Wein (2001, S. 83) das Arrow-Paradoxon an: „[I]nformation can only be sold by full dicslosure, and for disclosed information nobody would be willing to pay anything."

20 Siehe hierzu auch Tirole (1990, S. 107) sowie ausführlich Bagwell/Riordon (1986).

21 Siehe Becker (1998, S. 11).

22 Beales et al. (1981, S. 506).

23 Siehe zu den genannten Überlegungen auch Vahrenkamp (1991, S. 114), Mitropoulos (1996, S. 342), Wein (2001, S. 91 ff.) sowie Meyer (1990).

24 Siehe etwa Tirole (1990, S. 109 f.) oder auch Leland (1979).

25 Siehe Beales et al. (1981, S. 513) sowie Shapiro (1986).

26 Siehe hierzu und zu den nachfolgenden Überlegungen Beales et al. (1981, S. 513) sowie Wein (2001, S. 94 f.)

27 Siehe stellvertretend Glaeser (2003) oder auch Sinn (2003, S. 281 f.).

28 Siehe Sinn (2003, S. 281 f.).

29 Siehe hierzu Grundmann et al. (2001, S. 36). Siehe zudem auch Priest (1981) sowie Schäfer (1998).

30 Beales et al. (1981, S. 506).

31 Ebenda.

32 Entsprechend weist auch Shapiro (1983, S. 527) darauf hin, dass Konsumentenschutz „would be un-necessary in a world of perfect information". Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass eine Reihe von Beiträgen zur Informationsökonomik sehr wohl durch eine breiter angelegte Betrachtungsperspektive gekennzeichnet ist. Solche Beiträge können jedoch überwiegend im Schnittfeld zwischen der Informationsökonomik und alternativen Ansätzen verortet werden (namentlich der Neuen Institutionenökonomik sowie der Verhaltensökonomik), die Gegenstand der folgenden Kapitel des vorliegenden Beitrags sind.

33 Siehe etwa Gallagher (1997) oder auch Lury (1996).

34 Siehe stellvertretend für diese Sicht Katona (1972).

35 Vahrenkamp (1991, S. 158 f.).

36 Qualitativ hochwertige Information in geringer Menge kann entsprechend wirksamer sein als der Überfluss dieses Gutes. Demgegenüber können Informationsflut und qualitativ minderwertige Information ihrerseits zu Marktversagen führen. Siehe Mitropoulos (1996, S. 347) sowie Berndt (1984). Zum Phänomen des „Informationoverload" siehe erstmals Jacoby et al. (1974) sowie Russo (1974).

37 Siehe für einen Überblick Roßmanith (2001) sowie Gino (2004).

38 Siehe etwa Loewenstein (2000) oder auch Kahneman (2003).

39 Siehe stellvertretend Dohse (2001).

40 Siehe auch Weinberg (1981, S. 23).

41 Siehe Kroeber-Riel/Weinberg (1999) sowie Weinberg (1981).

42 Siehe als Überblick Richter/Furubotn (2003) oder auch Erlei et al. (2007).

43 Richter/Furubotn (2003, S. 5).

44 Siehe ausführlich Alchian/Woodward (1988).

45 Kaas (1994, S. 251).

46 Siehe als Überblick Jensen/Meckling (1976). Siehe auch Sappington (1991).

47 Mas-Colell et al. (1995, S. 478).

48 Siehe Erlei et al. (2007, S. 254).

49 Dies trifft etwa auf die Unterstellung eines unendlichen Zeithorizonts zu, ebenso wie die Annahme, dass die Verbraucher über die tatsächlichen Verfehlungen des Produzenten (Agenten) umfassend informiert sind.

50 Arrow (1969, S. 48).

51 Martiensen (2000, S. 119).

52 Siehe hierzu grundlegend Denzau/North (1994).

53 Siehe stellvertretend Richter/Furubotn (2003, S. 28). Siehe zur Beziehung von Institutionen und Transaktionskosten auch Martiensen (2000, S. 361).

54 Schäfer/Ott (2000, S. 369 f.).

55 Tirole (1990, S. 114). Siehe hierzu auch Koch/Czogalla (2004, S. 379).

56 Siehe zu den nachfolgenden Überlegungen Kirstein (2003, S. 9) sowie McDonald (2000, S. 40).

57 Siehe stellvertretend Elster (1986, S. 84 f.).

58 Siehe etwa Smith (2005) oder auch Miljkovic (2005).

59 Maital (2004, S. 7). Siehe auch Ulen (2001, S. 105).

60 Siehe Camerer/Loewenstein (2004, S. 3) sowie Rabin (1998, S. 15).

61 Siehe stellvertretend Kahneman (2003), Kahneman et al. (1991) sowie Bettman et al. (1998).

62 Die Kritik an der Theorie rationalen Verhaltens reicht hier bis zu der Feststellung, dass deren Annahme eines rational Entscheidenden zu Lasten realer Annahmen über das Verbraucherverhalten geht und deren Wert für praktische verbraucherpolitische Überlegungen daher bestenfalls marginal sein kann. Siehe hierzu Korobnik/Ulen (2000, S. 1073 ff.) sowie Tversky/Kahneman (1986, S. 286).

63 Siehe hierzu auch Camerer/Loewenstein (2004) sowie Elster (1998, S. 60).

64 Korobnik/Ulen (2000, S. 1104).

65 Siehe McAuley (2007, S. 12).

66 Siehe Thaler (1980) sowie Kahneman/Tversky (1984).

67 Dieses Verhalten führt aus Sicht der Verhaltensökonomik zu dem Effekt, dass „buying prices will be significantly lower than selling prices“ (Kahneman und Tversky 1984: 13), da „the value of a good to an individual appears to be higher when the good is viewed as something that could be lost or given up than when the same good is evaluated as a potential gain” (Kahneman 2003, S. 1457).

68 Siehe auch Korobnik/Ulen (2000, S. 1113).

69 Zum Phänomen der Kaufsucht in Deutschland siehe die Studie von Neuner et al. (2005). Danach können als Schlüsselfaktoren, die zu diesem Verhalten führen, unter anderen eine wachsende Komplexität der Konsumwelt, die Ästhetisierung der Gesellschaft sowie die zunehmende Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten und Kreditkarten – verbun-

den mit einer geänderten Wahrnehmung von und Haltung gegenüber Schulden und Verschuldung – gelten (Ebenda, S. 93).

70 Siehe hierzu ausführlich Zauberman (2003, S. 406 ff.).

71 Siehe etwa Bettman/Park (1980) oder auch Payne et al. (1992).

72 Bettman et al. (1998).

73 Siehe grundlegend March (1978).

74 Der Begriff der verhaltenswissenschaftlichen Konsumforschung wird hier als Oberbegriff für eine übergreifende Forschungsrichtung verwendet, in der Erkenntnisse aus Psychologie, Soziologie, Anthropologie sowie der betriebswirtschaftlichen Marketinglehre zusammenfließen. Die darunter fallenden Ansätze sind darauf ausgerichtet, vor allem mittels empirischer Studien die psychologischen, sozialen und kulturellen Determinanten des individuellen (Kauf-)Entscheidungsverhaltens zu untersuchen.

75 Siehe hierzu stellvertretend die Arbeiten von Featherstone (1990), Kroeber-Riel (1992), Triandis (1994), Lury (1996), Gallagher (1997), Ölander (2005) oder auch Thøgersen (2005).

76 Siehe hierzu und zu den nachfolgenden Überlegungen Weinberg (1994, S. 173 f.) und Weinberg (1981, S. 13). Siehe auch Katona (1972, S. 63).

77 Siehe hierzu und zu den nachfolgenden Ausführungen Kroeber-Riel (1977, S. 94), Mitropoulos (1996, S. 43) sowie Weinberg (1981, S. 14).

78 Kroeber-Riel (1977, S. 94).

79 Weinberg (1981, S. 14).

80 Siehe hierzu auch Gröner/Köhler (1987, S. 3).

81 Siehe stellvertretend Englerth (2004, S. 51).

82 Siehe McAurey (2007, S. 12). Die Qualität der Informationsbereitstellung bemisst sich dabei unter anderen an der Präsentationsweise, der Einfachheit der Weitergabe sowie der Wahrscheinlichkeit, dass Konsumenten zu einer Nutzung von Informationen entsprechend motiviert sind.

83 Siehe Metropoulos (1996, S. 44).

84 Dass es sich bei diesen Empfehlungen um theoretische Überlegungen mit unmittelbarem Bezug zur verbraucherpolitischen Praxis handelt, wird daran deutlich, dass insbesondere im Rahmen der Verbraucherpolitik auf EU-Ebene diese Empfehlungen bereits in entsprechenden Richtlinien ihren Niederschlag gefunden haben. Siehe hierzu etwa Rischkowsky (2007) sowie Rischkowsky/Döring (2004).

85 Siehe ausführlicher Clapperton/Corones (2007) sowie Howell (2006).

86 Diesbezüglich kritisiert etwa Field (2007, S. 11 f.) an dieser Argumentation, dass alternative Erklärungen eines entsprechenden „Fehlverhaltens" der Konsumenten unberücksichtigt bleiben. So kann eine Kaufentscheidung trotz teilweise „unfairer" Vertragsregelungen auch darauf zurückgeführt werden, dass anderen Regelungen des Vertrages, die besonders positiv bewertet werden, ein größeres Gewicht beigemessen wird.

87 Siehe ausführlich Camerer et al. (2003) sowie Jolls et al. (1998).

88 Die Beeinträchtigung der Konsumentensouveränität erfolgt hierbei „by forcing, or preventing, choices for the individuals's own good, much as when parents limit their children's freedom to skip school or eat candy for dinner" (Camerer et al., 2003, S. 1211).

89 Camerer et al. (2003, S. 1219).

90 Siehe etwa Hernstein et al. (1993).

91 Siehe hierzu auch Mulholland (2007, S. 17 ff.) sowie McAurey (2007, S. 12).

92 Rischkowsky/Döring (2008, S. 308).

93 Siehe zu dieser Feststellung auch Englerth (2004, S. 58).

94 Kollmann (2005, S. 6).

95 Siehe zur Darstellung der historischen Entwicklung der Verbraucherpolitik in Österreich Kollmann (2004, S. 104 ff.) sowie Kollmann (2005, S. 6 f.).

96 Oder mit den Worten von Kollmann (2004, S. 113): „Auf das Fehlen einer verbraucherpolitischen Kontrollebene, also verbraucherpolitische Theorie, ist auch die in Österreich sehr pragmatische und auf Machtrationale beschränkte Auseinandersetzung institutionalisierter Verbraucherarbeit mit der öffentlichen Hand zurückzuführen."

97 Siehe für einen Überblick in Form eines politischen Forderungskatalogs Glatz/Kollmann (2006).

98 Siehe hierzu Kollmann (2004, S. 111 f.), wonach die finanzielle Förderung von Verbraucherorganisationen (bemessen in Euro pro Kopf) in Österreich lediglich ein Drittel der entsprechenden Förderung in Deutschland und sogar nur 10 Prozent dessen erreicht, was hierfür staatlicherseits in Großbritannien aufgewendet wird.

99 Siehe für diese Bewertung Kollmann (2005, S. 7).

100 Siehe hierzu und zu den beiden nachfolgenden Punkten ausführlicher Glatz/Kollmann (2006).

101 Siehe hierzu auch Glatz/Kollmann (2006).

102 Siehe für die nachstehenden Punkte ausführlich Glatz/Kollmann (2006).

103 Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Handlungsempfehlung handelt, die im Grenzbereich zwischen Informations- und Institutionenökonomik einerseits sowie Verhaltensökonomik und verhaltenswissenschaftlicher Konsumforschung andererseits anzusiedeln ist.

Simon Trießnig

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Kärnten und Slowenien angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise

Slowenien hat seit seiner Unabhängigkeit 1991 eine enorme Entwicklung hinter sich gebracht. Dies betrifft nicht nur den wirtschaftlichen Bereich. Mit dem Zerfall Jugoslawiens verließ man die Position einer Teilrepublik eines Gesamtstaates und wurde zur selbstständigen Republik. Weiters kam es zu einem Wechsel des politischen Systems. Man entschied sich für eine neue Staatsform, die Demokratie. Auch die Loslösung vom Gesamtstaat war nicht friktionsfrei. Am 23. Dezember 1990 wurde die Volksabstimmung über die Unabhängigkeit durchgeführt. 88 Prozent der Wähler stimmten damals für einen eigenständigen Staat. Am 25. Juni 1991 wurde die Unabhängigkeitsdeklaration vom slowenischen Parlament angenommen, Slowenien war nun ein selbstständiger Staat. Die jugoslawische Zentralregierung unternahm noch einen gewaltsamen Versuch, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Es folgte der so genannte 10-Tage-Krieg vom 27. Juni bis 7. Juli 1991, der die Slowenen auf eine harte Probe stellte. Doch für sie stand fest, dass man die Zukunft selbst gestalten wollte. In den folgenden Jahren wurden die Fundamente für einen selbstständigen Staat geschaffen. Flankiert von einem stetigen wirtschaftlichen Wachstum, wandte sich Slowenien schon bald neuen Herausforderungen zu und beantragte die Mitgliedschaft in der Euroopäischen Union und in der NATO. Kurz nach der NATO-Mitgliedschaft trat es, als „Musterschüler" apostrophiert, gemeinsam mit weiteren neun Staaten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei. Am 21. Dezember 2007 wurde Slowenien Teil des Schengen-Raumes. Die Grenzkontrollen sind gefallen, der freie Warenverkehr wurde möglich. Diese Grenzraumöffnung wurde auch an der kärntnerisch-slowenischen Grenze gefeiert. Die rasante Entwicklung Sloweniens in verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen muss man sich vor Augen halten, wenn man heute die wirtschaftliche Situation unseres südlichen Nachbarlandes betrachtet.

Wirtschaftspartner Österreich und Slowenien bzw. Kärnten und Slowenien

Was die Wirtschaftspartnerschaft zwischen Österreich und Slowenien betrifft, so wurde die Basis dafür zwischen 1989 und 1991 gelegt. Vor allem

Österreich und Deutschland waren es, die den Weg Sloweniens und auch Kroatiens in die Unabhängigkeit unterstützten. Damals wurde der Grundstein für eine kontinuierliche, erfolgreiche und nicht nur wirtschaftliche Zusammenarbeit Österreichs und Sloweniens gelegt. Das gegenseitige Vertrauen, das zwischen 1989 und 1991 aufgebaut wurde, bildet bis heute die Basis für eine andauernde Kooperation, die immer öfters nicht „nur" als Nachbarschaft, sondern als Partnerschaft bezeichnet wird.

Slowenien verlor in den 90er Jahren durch den Balkankrieg einen nicht unerheblichen Teil seines Exportmarktes. Es war jedoch schon davor am westeuropäischen Markt vertreten und konnte hier seine Präsenz ausbauen. Nach der Beendigung des Balkankrieges kam es Schritt um Schritt zu ersten Annäherungen der einstigen Konfliktparteien. Vor allem nach der Millenniumswende verstärkte man in Ljubljana die Ambitionen, sich wirtschaftlich vermehrt am Balkan zu engagieren. Unter anderem wurden mit Serbien und Montenegro die wirtschaftlichen Beziehungen verstärkt. Ein wichtiger Handelspartner in dieser Region ist bis heute Kroatien.

Die schnelle und positive wirtschaftliche Entwicklung Sloweniens hat zur Folge, dass es heute vor ähnlichen Problemen und Herausforderungen steht wie Österreich bzw. Kärnten. Es hat sehr schnell die Spielregeln der freien Marktwirtschaft übernommen sowie gesetzliche, strukturelle und andere Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Erfolg gelegt. Slowenien, mit einer Gesamtfläche von 20.273 km^2 und etwas mehr als 2 Millionen Einwohnern, konnte im Wirtschaftsjahr 2008 noch ein Wachstum von +3,5 Prozent verzeichnen. Die Prognose für 2009 weist ein Minus von 4,0 Prozent aus. Das BIP pro Kopf 2008 beträgt 18.204 Euro, das BIP real 37.126 Milliarden Euro. Im 1. Quartal 2009 gab es einen Einbruch des realen BIP von –6,4 Prozent und des BIP im Jahresvergleich von –8,5 Prozent. Die Inflation lag im Jahr 2008 bei 2,2 Prozent und die Arbeitslosigkeit bei 4,6 Prozent. Was den Außenhandel betrifft, so betrug der Exportwert 2008 19,77 Milliarden Euro. Sloweniens wichtigste Exportmärkte sind Deutschland, Italien, Kroatien und Österreich. Die wichtigsten Warengruppen im Export sind Produkte der höheren Verarbeitungsstufe (bearbeitete Waren, Maschinen und Fahrzeuge, sonstige Fertigwaren) und Rohstoffe wie Eisen und Stahl. Importe gab es im Jahr 2008 in der Höhe von 22,94 Milliarden Euro. Wichtigste Importländer sind: Deutschland, Italien, Österreich und Frankreich. Wichtigste Waren des Importes sind Maschinen und Ausrüstung, chemische Erzeugnisse, bearbeitete Waren und sonstige Fertigwaren.[1]

Nach Berechnungen der Statistik Austria konnte Österreich im Jahr 2008 noch ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent verzeichnen. In den EU-Mitgliedsstaaten gab es im Vergleichszeitraum 2008 ein durchschnittliches Wachstum von 0,9 Prozent.[2] Das BIP pro Kopf 2008 in Österreich beträgt

33.810 Euro, das BIP real 281,9 Milliarden Euro. Weist das unbereinigte BIP für das 4. Quartal 2008 im Vergleich zum Vorjahresquartal 2007 mit 0,0 Prozent noch einen ausgeglichenen Wert aus, so verzeichnet man im 1. Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahresquartal 2008 ein Minus von 3,5 Prozent.[3]

Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen: Im Bereich der Energie und Wasserversorgung gab es in Österreich 2008 ein reales Plus von 5,8 Prozent, auch die Sachgüterproduktion konnte ein reales Plus von 3,9 Prozent erreichen. Von den Dienstleistungsbranchen konnte im Beherbergungs- und Gaststättenwesen mit einem realen Plus von 3,1 Prozent das stärkste Wachstum erreicht werden. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen wuchsen 2008 nur noch um real +0,8 Prozent.[4] Ein Vergleich der Wirtschaftszahlen Österreichs und Sloweniens zeigt, dass beide Staaten das Wirtschaftsjahr 2008 positiv abschließen konnten. Auch das letzte Quartal 2008, das schon unter dem Eindruck der einsetzenden Weltwirtschaftskrise stand, wirkte sich noch nicht entscheidend auf die positive Gesamtjahresbilanz aus.

Österreich exportierte 2008 Waren im Wert von 2,55 Milliarden Euro nach Slowenien. Wichtigste Exportprodukte sind „bearbeitete Waren" (Eisen und Stahl, Metallwaren, NE-Metalle, Leder), Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, chemische Erzeugnisse (Pharmazeutika, Kunststoffe und andere chemische Erzeugnisse) und Nahrungsmittel. Österreich importierte 2008 aus Slowenien Waren im Wert von 1,18 Milliarden Euro. Wichtigste Importprodukte sind Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge sowie „bearbeitete Waren" (Metallwaren, Eisen, Stahl, NE-Metalle).[5]

In Slowenien gibt es mehr als 700 operative österreichische Unternehmen. Galt in der Vergangenheit, dass stark in den Bereich der Produktion investiert wurde, so muss aus heutiger Sicht gesagt werden, dass das Spektrum der Wirtschaftszweige österreichischer Firmen in Slowenien vielfältig ist. Stark zugenommen haben die Investitionen im Bereich des Handels und der Dienstleistungen. Einige Investitionsbereiche: Banken, Versicherungen, Steuerberatung und Buchhaltung, Immobilien, Bau (Fassaden, Putze, Mörtel, Ziegelproduktion), Fenster und Türen, Farben und Lacke, Möbel, Herstellung von Wellpappe, Großhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör, Transport, Logistik und Spedition, Landtechnikmaschinen, logistische Dienstleistungen, Großhandel mit pharmazeutischen und chemischen Produkten, Papier, Telekommunikation, Verkehrstechnik, Energetik, medizinische Technik, Medien, … Kärntenspezifisch kann gesagt werden, dass vor allem die Zweisprachigkeit von Kärntnern und Kärntnerinnen als Vorteil bei den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen anzuführen ist.[6]

Die Außenhandelsstatistik 2007 für Kärnten[7] belegt einen Warenimport von 4,867 Milliarden Euro und Warenexporte im Wert von 5,567 Milliarden Euro.

Kärntens wichtigste Top-10-Import- und Exportländer 2007:

Import:	Export:
1. Deutschland: 1,879 Milliarden	1. Deutschland: 1,886 Milliarden
2. Italien: 605 Millionen	2. Italien: 1,023 Milliarden
3. Frankreich: 338 Millionen	3. Ungarn: 221 Millionen
4. China: 220 Millionen	**4. Slowenien: 196 Millionen**
5. Slowenien 171 Millionen	5. Frankreich: 191 Millionen
6. Slowakei: 154 Millionen	6. USA: 179 Millionen
7. Ungarn: 147 Millionen	7. Schweiz: 161 Millionen
8. USA: 146 Millionen	8. Spanien: 146 Millionen
9. Schweiz: 93 Millionen	9. Polen: 139 Millionen
10. Japan: 92 Millionen	10. Malaysia: 104 Millionen

Quelle: Wirtschaftskammer Kärnten, Außenwirtschaft

Deutschland und Italien sind die wichtigsten Handelspartner Kärntens. Als Exportmärkte haben vor allem Ungarn und Slowenien stark zugelegt. Neben den klassischen Exportländern wie Deutschland, Italien, Frankreich, Schweiz und die USA nutzen Kärntner Unternehmen immer mehr die Chancen in Ost- und Südosteuropa. Neben Ungarn und Slowenien ist nun auch Polen unter den zehn wichtigsten Exportmärkten Kärntens. Angestiegen ist auch der Kärntner Export nach Tschechien, Kroatien, Russland und Rumänien. Slowenien befindet sich laut Statistik von 2007 an 4. Stelle, was den Export und an 5. Stelle, was den Import betrifft.[8] WK-Präsident Franz Pacher stellte im Rahmen eines Besuches des slowenischen Finanzministers Dr. Franc Križanič im Juni 2009 in Kärnten fest, dass Slowenien in der Kärntner Exportstatistik bereits an dritter Stelle liegt.[9]

Die Handelsbilanz zwischen Kärnten und Slowenien für das Jahr 2007 weist für Kärnten einen Warenexport im Wert von 196 Millionen Euro nach Slowenien auf. Im gleichen Zeitraum wurden aus Slowenien Waren im Wert von 171 Millionen Euro importiert. Daraus ergibt sich für Kärnten ein Handelsbilanzüberschuss von mehr als 20 Millionen Euro. Zu den Exportwaren gehören Maschinen, elektrotechnische Apparate und Komponenten, Holzprodukte und Lebensmittel. Ein wichtiger Bereich ist der grenzüberschreitende Dienstleistungssektor. Hier sind Kärntens Unternehmen vor allem im Bereich Montagen, Installationen, Finanz- und Beratungsdienstleistungen tätig. In der Vergangenheit konnten zwischen Kärnten und Slowenien zahlreiche Interreg-Projekte abgeschlossen werden. Auch in der laufenden Förderperiode 2007–2013 wurde vor kurzem ein großes EU-Projekt zum Thema Holz und innovativer Holzbau eingebracht. Als Partner fungieren hier die Wirtschaftskammer Kärnten, der Slowenische Wirtschaftsverband/Slovenska gospodarska zveza (SGZ) in Kärnten und die Handwerks- und Ge-

werbekammer/Obrtno-podjetniška zbornica in Slowenien. In verschiedensten Foren und Körperschaften wird die grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation gepflegt, darunter unter anderem in der Alpe-Adria-Wirtschaftskammer-Vereinigung und im Enterprise Europe Network, dem größten Europäischen Firmen-Beratungsnetzwerk der Europäischen Kommission. Darüber hinaus gibt es branchenbezogene Unternehmer-Treffen und Veranstaltungen zu Slowenien in Kooperation mit der Außenhandelsstelle in Laibach.[10]

Im Krisenjahr 2009 ist es gleich zu mehreren Treffen hochrangiger Kärntner und slowenischer Wirtschaftsvertreter gekommen. Auf Einladung des Slowenischen Wirtschaftsverbandes/Slovenska gospodarska zveza (SGZ) in Kärnten besuchte der slowenische Finanzminister Dr. Franc Križanič Klagenfurt. In einem Vortrag skizzierte er die Situation der slowenischen Wirtschaft. So hält Slowenien der derzeitigen Krise vor allem dadurch Stand, da es Mitglied der Europäischen Union ist. Spekulationen, zu hohe Erwartungen in die Wirtschaft in den letzten Jahren sowie risikoreiche Investitionen hätten einen nicht unerheblichen Anteil an der Weltwirtschaftskrise, so Križanič. In Slowenien ist es in den letzten Jahren zu einem starken Anwachsen von Kleinbetrieben gekommen, die sich zu Mittelbetrieben entwickelt haben. Es sind nun gerade diese Betriebe, die durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Die Gegenmaßnahmen des slowenischen Staates sind durchaus mit jenen Österreichs zu vergleichen: Bankgarantien, Steigerung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben, Kurzarbeit sowie Stärkung des Humankapitals – vermehrte Investitionen in Ausbildung. In Zukunft, so Minister Križanič, möchte man im Rahmen der Lissabonstrategie vermehrt in Forschungs- und Entwicklungsprojekte investieren. Der slowenische Finanzminister verweist weiters auf die stark vom Export abhängige slowenische Wirtschaft, die von der Krise stark getroffen sei. Man hätte aber die Talsohle schon erreicht.[11] Ebenfalls im Juni 2009 kam es auf Initiative des SGZ am Sitz der Wirtschaftskammer Slowenien/Gospodarska zveza Slovenije (GZS) zu einem Runden Tisch zur Problematik der Reziprozität im Bereich des freien Dienstleistungsverkehrs. „Während Österreich anlässlich des EU-Beitritts Sloweniens Restriktionsmaßnahmen für slowenische Unternehmer im freien Dienstleistungsverkehr beschlossen hat, die noch bis Ende April 2011 gelten, öffnete Slowenien seine Grenzen für österreichische Unternehmen."[12] Daraus ergibt sich eine „ungleiche Behandlung innerhalb des Euroopäischen Binnenmarktes ...".[13] Im Juli 2009 organisierte der SGZ einen „Kleinen Alpe-Adria-Wirtschaftsgipfel", an dem Vertreter der Wirtschaftskammer Sloweniens/Slovenska gospodarska zveza und der Wirtschaftskammer Kärnten teilgenommen haben. Gegen die Krise möchte man in Zukunft mit verstärkter Zusammenarbeit in den Bereichen Holzwirtschaft, erneuerbare Energie, effizienter Umgang

mit Ressourcen, Automobil-Cluster, Transport und Flugverkehr ankämpfen.[14]

Die Krise ist angekommen

Slowenien war in den letzten zwei Jahren jenes Mitglied der Eurozone mit dem schnellsten Wirtschaftswachstum. Es exportiert mittlerweile fast 70 Prozent der Produktion in Mitgliedsstaaten der EU wie Deutschland, Italien und Österreich. Nach vorläufigen Zahlen sind die Ausfuhr im Zeitraum von Januar bis Mai 2009 im Vergleichszeitraum 2008 um 24,1 Prozent und die Einfuhr um 29,7 Prozent zurückgegangen. Unser südlicher Nachbar exportierte im Mai 2009 Waren im Wert von 1.300,6 Milliarden Euro. Die Importe betrugen im Mai 2009 1.345,6 Milliarden Euro. Somit sind der Export im Mai 2009 um 23,2 Prozent und der Import um 33,8 Prozent zurückgegangen. In EU-Mitgliedsstaaten wurden im Mai 2009 Waren um 908,7 Millionen Euro (das sind 69,9 Prozent des gesamten Exportes) exportiert und Waren um 1.040,9 Milliarden Euro (das sind 77,4 Prozent des gesamten Importes) importiert. Von Januar 2009 bis Mai 2009 exportierte Slowenien Waren im Wert von 6,504 Milliarden Euro (–24,1 Prozent) und importierte Waren im Wert von 6,835 Milliarden Euro (–29,7 Prozent). Im 4. Quartal 2008 gab es zum Vergleich zu 2007 auf der Exportseite noch ein Plus von 1,5 Prozent und auf der Importseite ein Plus von 4,3 Prozent.[15]

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind auch für slowenische Unternehmen schwieriger geworden. Bei diesen besteht die Tendenz einer vermehrten Aufnahme von hohen kurzfristigen Bankkrediten. Dies könnte zu Liquiditätsproblemen führen, sollte der Bankensektor bis Jahresende einem Abschwung entgegensteuern. Bisher sind die slowenischen Banken noch gut aufgestellt, doch ihre Situation könnte sich verschlechtern. Die Privatkredite haben im März 2009 um 10 Prozent im Vergleich zu 27 Prozent im Gesamtjahr 2007 zugenommen. Die slowenische Regierung hat im letzten Jahr staatliche Garantien für die Vergabe von Bankkrediten und für Anleiheemissionen eingeräumt. Stark in Mitleidenschaft gezogen sind die Exportunternehmen wie z. B. der Haushaltegerätehersteller Gorenje und verschiedene Autozulieferer. Baufirmen, die bisher vom slowenischen Wirtschaftsaufschwung in den letzten Jahren profitiert haben, bekommen die Krise deutlich zu spüren. Vor allem Unternehmen, die sich seit der Eigenstaatlichkeit Sloweniens 1991 nicht entsprechend umstrukturiert haben, werden jetzt mit tiefgreifenden Problemen konfrontiert.[16]

Im Bereich des Tourismus gab es in Slowenien im Mai 2009 mehr als 231.000 Ankünfte und mehr als 625.000 Übernachtungen. Die Anzahl der Ankünfte und Übernachtungen ist im Vergleich zum Mai 2008 um 11 Prozent, die Anzahl an Übernachtungen inländischer Touristen um 2 Prozent zurück-

gegangen, die Zahl der ausländischen Touristen um 17 Prozent.[17] Im Thermen- und Wellnessbereich gibt es in Slowenien auch in der Zeit der Wirtschaftskrise eine positive Bilanz. So konnte im Juli 2009 ein Zuwachs bei Besuchen und Übernachtungen erzielt werden. Auch die bisherige Jahresbilanz des slowenischen Tourismus ist positiv. Von Januar bis Juli 2009 gab es insgesamt 369.380 Ankünfte, das sind um 2,4 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2008, und 1,585.090 Übernachtungen, das ist ein Anstieg um 2,8 Prozent. Für den Anstieg verantwortlich sind vor allem Italiener, Russen, Serben, Montenegriner und Tschechen. Den höchsten Zuwachs gab es bei den Franzosen.[18]

Der Kärntner Tourismus verzeichnete im Winterhalbjahr 2009 (Periode: Winter 2008/2009) 831.755 Ankünfte (Summe Ausland und Inland). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von 0,6 Prozent. Bei den Ausländern gab es 498.026 Ankünfte, das ist ein Minus von 3,3 Prozent. Im Winterhalbjahr 2009 gab es bei den In- und Ausländern gesamt 3,695.083 Nächtigungen, das bedeutet ein Minus von 1,2 Prozent, und bei den Ausländern 2,398.204 Nächtigungen, das ist ein Minus von 3,5 Prozent. Im Mai 2009 gab es 215.032 Ankünfte von In- und Ausländern, das ist ein Minus von 4,7 Prozent. Ankünfte von Ausländern gab es 107.647, das ist ein Minus von 8,3 Prozent. Nächtigungen von In- und Ausländern gesamt gab es 724.520, das sind –11,2 Prozent, und Nächtigungen von Ausländern 371.431, das sind –19,9 Prozent.[19]

Arbeitsmarktsituation in Kärnten und Slowenien

Kärnten 1. Halbjahr 2009:

Stichtag: Halbjahr 2009		**Kärnten**		
		aktueller Bestand	Veränderung zum Vorjahr	
			absolut	in Prozent
unselbständig Beschäftigte (vorläufige Zahl)	G	201.986	–4.290	–2,1
	M	105.675	–4.216	–3,8
	W	96.311	– 75	–0,1
vorgemerkte Arbeitslose	G	21.909	5.638	34,6
	M	13.456	4.296	46,9
	W	8.453	1.342	18,9
Vorjahr Arbeitslosenquote	G	9,8 %	7,3 %	
	M	11,3 %	7,7 %	
	W	8,1 %	6,9 %	

Quelle: AMS Kärnten, Dr. Peter Schellander

Ein Vergleich des 1. Halbjahres 2009 mit dem Vergleichszeitraum 2008 zeigt, dass die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um 2,1 Prozent zurückgegangen ist. Ein Vergleich der vorgemerkten Arbeitslosen weist eine Steigerung von 34,6 Prozent auf. Bei männlichen Arbeitslosen gibt es eine Steigerung um 46,9 Prozent, geringer fällt der Anstieg bei den weiblichen Arbeitslosen mit einer Steigerung von 18,8 Prozent aus. Der hohe Steigerungsgrad bei männlichen Arbeitslosen ist auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise vor allem in den Bereichen Metall und Bau zurückzuführen. Hoch ist auch die Steigerungsrate im Vergleich mit 2008 bei den Jugendlichen bis 25 Jahre mit 46,9 Prozent. In absoluten Zahlen gab es im 1. Halbjahr 2009 3.357 arbeitslose Jugendliche und somit um 1.072 Personen mehr als im Vergleichszeitraum 2008. Bei den älteren Arbeitslosen über 50 Jahre beträgt die Steigerung 28,4 Prozent. In absoluten Zahlen waren im 1. Halbjahr 2009 4.533 ältere ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre arbeitslos. Das entspricht einem Anstieg in absoluten Zahlen von 1.003 Personen. Eine wesentliche Steigerung gab es auch bei den Langzeitarbeitslosen. Bei jenen über sechs Monate beträgt die Steigerung zum Vergleichszeitraum 2008 49 Prozent, in absoluten Zahlen sind das 2009 3.098 Personen. Bei den Langzeitarbeitslosen über zwölf Monaten gibt es eine Steigerung von 23,7 Prozent, in absoluten Zahlen entspricht das 2009 736 Langzeitarbeitslosen. Die Arbeitslosenquote beträgt im 1. Halbjahr 2009 9,8 Prozent, im Vergleichszeitraum 2008 waren es 7,3 Prozent.[20]

Durch den weltweiten Konjunktureinbruch ist es zu einem deutlichen Stellenabbau gekommen. Stark zugenommen hat die Kurzarbeit. Die Prognose für Österreich 2009 lautet, dass 45.000 Personen davon betroffen sein werden; für 2010 dürften es 57.000 Personen (Ende April) sein. Von Kurzarbeit betroffen sind bislang vor allem Männer und Jugendliche. Betroffene Branchen sind zwischen Jänner und April 2009 Bau und Hilfsberufe, technische Berufe sowie Industrie und Gewerbe. Ab Juli 2008 kommt es zum Anwachsen der Arbeitslosenzahlen. Was die einzelnen Branchen betrifft, so waren auch hier vor allem Bau und Hilfsberufe von der Krise betroffen. Der stärkste Rückgang an offenen Stellen in Kärnten wurde im Bereich der technischen Berufe und im Bereich Industrie und Gewerbe verzeichnet.[21] Der Juli 2009 weist in Kärnten vor allem bei den arbeitslosen Männern eine beträchtliche Steigerung von 70,6 Prozent auf. Stark gestiegen ist auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen. Hier gibt es im Juli 2009 eine Steigerung um 41,1 Prozent.[22]

Beim AMS Kärnten wurden seit Herbst 2008 4.100 Arbeiter nach dem Frühwarnsystem gemeldet. Mit Anfang Juli 2009 arbeiteten in Kärnten rund 3.000 Mitarbeiter in 31 Betrieben in Kurzarbeit. Diese Maßnahme ist eine bewährte Methode, um Kündigungen zu vermeiden. Während der Ausfallstunden können die Mitarbeiter Zusatzausbildungen in Anspruch nehmen. Von der Weltwirtschaftskrise stark betroffen sind Jugendliche.

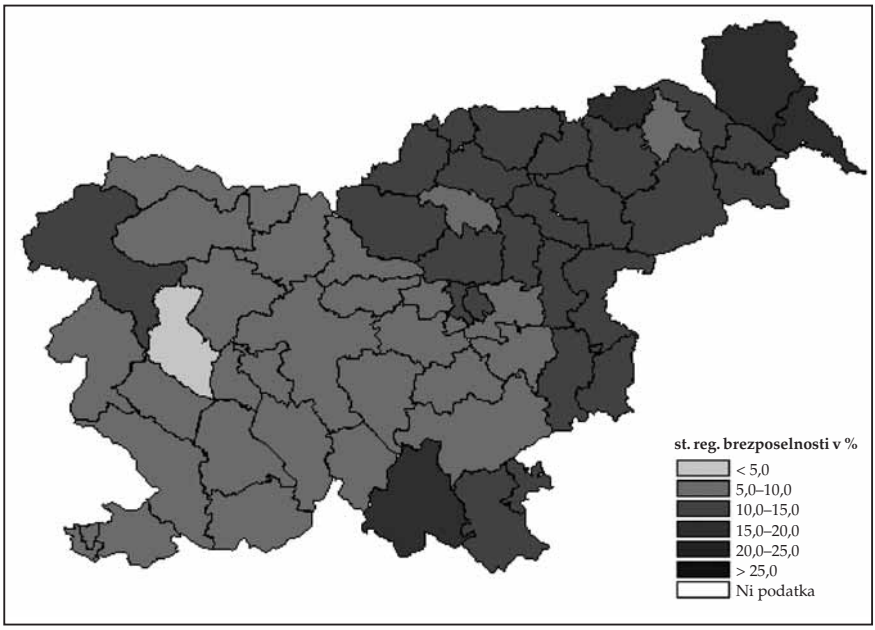
Dies betrifft auch gut ausgebildete HTL-Absolventen. Wurden ein Jahr zuvor diese noch gesucht, so hat sich in den letzten zwölf Monaten das Blatt gewendet. Dem AMS Kärnten stehen 2009 28 Millionen Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten zur Verfügung. Das sind um ca. 5 Millionen Euro mehr als im Jahr 2008. Die Summe für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit macht somit die Hälfte des Gesamtbudgets des AMS Kärnten aus. Es gibt dieses Jahr beim AMS Kärnten 100 Weiterbildungskurse für 3.500 TeilnehmerInnen.[23] Laut Arbeiterkammer fehlten Ende Juli 2009 in ganz Österreich mehr als 18.000 betriebliche Lehrstellen. Hier sind auch Jugendliche in AMS-Kursen und überbetrieblicher Ausbildung enthalten. Dem gegenüber stehen nur 3.431 offene Lehrstellen, dies sind um 563 weniger als im vergangenen Jahr.[24]

In Slowenien hat die Wirtschaftskrise die stärksten Auswirkungen auf die Branchen Bau, Metall und Elektrik. Die zahlreichsten Arbeitslosen gibt es in der Verarbeitungsindustrie. Zwischen 2007 und 2008 sind auch die Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte (hier geht es vor allem um Bosnier) von 33.000 (2007) auf 80.000 (2008) angestiegen. Wie in Kärnten, so gehören auch in Slowenien die männlichen Arbeitslosen zu jener Gruppe, die von der Krise besonders stark betroffen ist. In allen Regionalstellen der slowenischen Arbeitsmarktverwaltung – Zavod Republike Slovenije za zaposlovanje (ZRSZ, in der Folge auch: Zavod) – kann ein Zuwachs an Arbeitslosen verzeichnet werden. Zudem gibt es eine Tendenz, wonach Ostslowenien eine höhere Arbeitslosenquote aufweist als Westslowenien. Allgemein kann festgehalten werden, dass es weniger offene Stellen gibt und die Nachfrage an Arbeitskräften zurückgegangen ist. In Nova Gorica hat sich die Auszahlung von Arbeitslosengeld fast verdoppelt. Zwischen 2008 und 2009 haben ca. 6.000 Personen aus der EU Arbeit in Slowenien gefunden (zu berücksichtigen sind hier vor allem Bulgaren, Rumänen und Tschechen). Somit fallen hier vor allem die beiden neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien ins Gewicht. Im September 2008 gab es die niedrigste Arbeitslosigkeit in Slowenien seit Dezember 1990. Im Oktober 2008 begann sie zu steigen, dies vor allem auf Kosten der Arbeitsuchenden, die neu am Arbeitsmarkt waren. Gründe dafür waren vor allem das Auslaufen der befristeten Beschäftigungsverhältnisse, Langzeitarbeitslose und Konkurse.[25]

Was die längerfristige Entwicklung der Arbeitsmarktdaten in Slowenien betrifft, so muss festgehalten werden, dass 2008 die niedrigste Arbeitslosenrate seit der Unabhängigkeit 1991 verzeichnet werden konnte. Nachdem man einen Paradigmenwechsel des wirtschaftlichen Systems von der Plan- zur Marktwirtschaft vorgenommen hatte, folgte 1992 und 1993 vorerst ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Mit der einsetzenden rasanten wirtschaftlichen Entwicklung Sloweniens gab es seit 1994 eine Abnahme der Arbeitslosenrate, die ihren niedrigsten Wert 2008 erreicht hat.[26] Im Wirt-

schaftsjahr 2008 waren in Slowenien durchschnittlich 63.216 Personen beim Zavod arbeitslos gemeldet. Das entspricht einem Minus von 11,4 Prozent im Vergleich zu 2007. Im Juli 2009 wurden am Zavod 88.457 arbeitslose Personen registriert. Im Vergleich zum Juli 2008 bedeutet das eine Steigerung von 43,7 Prozent. Im Bereich der verarbeitenden Industrie ging die Nachfrage an Arbeitskräften im Juli 2009 um 51,7 Prozent zurück. Eine Reduktion um mehr als 40 Prozent gab es in den Branchen Verkehr und Lager, Handel, Kfz-Bereich (Reparatur), Informations- und Kommunikationsbranche. Einen erhöhten Arbeitskräftebedarf gab es lediglich im Bereich der pharmazeutischen Erzeugnisse und Präparate: Steigerung 12,4 Prozent.[27]

Arbeitslosenquote in den einzelnen Verwaltungseinheiten Sloweniens im Juni 2009



Quelle: Državni portal Republike Slovenije

Die Arbeitslosenquote für Slowenien betrug im Juni 2009 9,1 Prozent. Betrachtet man die geographische Karte Sloweniens, so ergibt sich ein Ost-West-Gefälle der Arbeitslosenzahlen. Die weitaus höchste Anzahl der Verwaltungseinheiten im Osten Sloweniens weist eine Arbeitslosenrate von 10 bis 15 Prozent auf. Ausgenommen sind die Verwaltungseinheiten Velenje mit 9,6 Prozent und Lenart mit 7,7 Prozent. Die höchste Arbeitslosigkeit gibt es im äußersten Osten Sloweniens in der Region Prekmurje in Murska

Sobota mit 15,4 Prozent und Lendava mit 17,2 Prozent. Einen Wert über15 Prozent gibt es in Ostslowenien auch in der Verwaltungseinheit Pesnica mit 15,3 Prozent. Stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen ist auch der äußerste Süden Sloweniens Kočevje 16,7 Prozent, Črnomelj 13,3 Prozent und Metlika 11,7 Prozent. Besser ist die Situation in Westslowenien. Die weitaus höchste Anzahl der Verwaltungseinheiten hat hier eine Arbeitslosenrate von 5 bis 10 Prozent. Bessere Arbeitsmarktdaten weist Idrija mit 4,6 Prozent auf. Im Nordwesten des Landes kommt die Verwaltungseinheit Tolmin auf einen Wert von 10,3 Prozent.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Kärnten und Slowenien

Die Arbeitsmarktförderung des AMS beinhaltet folgende Förderungen und Beihilfen:

Qualifizierung:
- Schulungen am freien Bildungsmarkt
- Förderung von Schulungen im AMS-Auftrag
- Lehrstellenförderung und überbetriebliche Lehrausbildung – Ausbildungsgarantie für Jugendliche
- Qualifizierung für Beschäftigte
- Arbeitsstiftungen (Out-/Implacement)

Beschäftigungsförderung:
- Eingliederungsbeihilfe (Zuschuss zu den Lohnkosten)
- Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte
- Sozial-ökonomische Betriebe
- Kurzarbeit

Unterstützungen für Arbeitsuchende und Betriebe:
- Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Problemgruppen
- Unternehmensgründungsprogramm

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Ressourcen des Arbeitsmarktservice Österreich

- Erhöhung der Personalressourcen um 200 Planstellen auf insgesamt: 4.680 (davon 322 in Kärnten); Einsatz des Personals insbesondere in der Servicezone (early intervention) und in der Berufsberatung
- Erhöhung des aktiven arbeitsmarktpolitischen Budgets: rund 1 Milliarde Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik 2009/10 (die Finanzierung der Kurzarbeit erfolgt aus der passiven Arbeitsmarktpolitik)

- Jugendförderungspaket: zusätzlich zur Ausbildungsgarantie für Lehrstellensuchende für alle Jugendlichen bis 25 Jahre

Beschäftigungsförderungsgesetz 2009:

- Kurzarbeit: Verlängerung der Dauer der KUA bis 18 Monate (auch darüber hinaus möglich), Flexibilisierung beim Ausmaß der Ausfallszeiten und Stufenmodell bei den Behaltefristen in Abhängigkeit von der Dauer
- Qualifizierungsbeihilfen bei Kurzarbeit: Beihilfe nicht nur für Ausfallzeiten, sondern auch für Qualifizierung während der Ausfallszeiten
- Ausweitung bestehender Arbeitsstiftungen durch die Einrichtung von Branchenstiftungen durch die Wirtschaftskammern (z. B. für ZeitarbeiterInnen) sowie die Einrichtung von Arbeitsstiftungen durch Gebietskörperschaften
- Qualifizierung von Beschäftigten im Rahmen des ESF
- Bildungskarenz-plus: Weiterbildungsgeld des AMS, kombiniert mit Förderung der Ausbildungskosten seitens des Landes, verbleibende Ausbildungskosten übernimmt der Betrieb[29]

In der Krise kommen auch bewährte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vermehrt zum Einsatz, unter anderem Unternehmensstiftungen, Implacementstiftungen und verschiedenste Kursinitiativen. Geplant sind unter anderem Unternehmensstiftungen für ca. 130 Personen. Wirtschaftliche Probleme, Umstrukturierungen und Produktionsausfälle in der Metallindustrie sind es, die in den genannten Fällen eine Stiftung notwendig machen. Dem betroffenen Personenkreis soll ermöglicht werden, mit Hilfe von Qualifizierung oder Neuorientierung die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Im Bereich der Implacementstiftungen sind für ca. 130 TeilnehmerInnen Qualifizierungen vorgesehen. Ziel ist es, hier vor allem Frauen in Beschäftigung zu bekommen. So geht es unter anderem um Qualifizierung von Frauen in technisch-handwerklichen Bereichen und Ausbildung von Facharbeiterinnen. Im Bereich der Kursinitiativen gibt es verschiedene Regionalinitiativen, individualisierte Weiterbildungen für die Personengruppe 45+ und individualisierte Weiterbildung für Frauen. Die Regionalinitiative sieht für ca. 200 Personen vor, sich mittels Qualifizierungsmaßnahmen umfassender auszubilden, um die Chance zur Reintegration in den Arbeitsmarkt zu wahren. Die Initiative berücksichtigt verschiedene Kärntner Regionen. Auch bei der individualisierten Weiterbildung für die Personengruppe 45+ (für 50 Personen) geht es um Reintegration auf der Basis von Qualifizierungsmaßnahmen und Praktika in Betrieben. Die individualisierte Weiterbildung für Frauen ermöglicht ca. 50 Teilnehmerinnen eine abgeschlossene berufliche Ausbildung zu erlangen. Wei-

tere Kursinitiativen betreffen Jugendprojekte, technische Ausbildungen als Vorbereitung auf den Besuch einer Fachhochschule oder Kolleg und den Bereich Frauen in Zukunftsberufe.[30]

Im Sommer 2009 trafen sich die Spitzen der Kärntner Sozialpartner und präsentierten in einem Pressegespräch einen Maßnahmenkatalog gegen die Folgen der Wirtschaftskrise. Die ersten Vorschläge wurden im Herbst 2008 ausgearbeitet und nun erweitert. Folgende Maßnahmen werden in Betracht gezogen: Forcierung der thermischen Sanierung von Gebäuden, Vorziehen von geplanten öffentlichen Investitionen wie Hochbauprojekte, Qualifizierungsmaßnahmen, z. B. Bildungskarenz Plus, Investitionsförderungen. Hauptziele waren: die Beschäftigten in Betrieben zu halten und die Liquidität in Klein- und Mittelbetrieben zu gewährleisten.[31] Als Antwort auf die Krise wurde mit 30. Juni 2009 auch eine Exportoffensive gestartet, die vor allem auf Klein- und Mittelbetriebe abzielt. Der Focus wird hier auf eine speziell individuelle Beratung der exportierenden Betriebe gelegt, um diese bei ihren Auslandsaktivitäten zu unterstützen. Es sollen Netzwerke gebildet und individuelle Beratungswünsche berücksichtigt werden. Vorgesehen ist auch, neue Regionen und Länder für Produkte aus Kärnten zu gewinnen. Ein Institut für strategische Internationalisierung gemeinsam mit der Universität und den Fachhochschulen wird eingerichtet. Für die erste Phase der Exportoffensive werden 250.000 Euro bereitgestellt.[32] In Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Kärntens mit Slowenien stellt die Wirtschaftskammer Kärnten in einer Presseunterlage fest: „Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten werden die unmittelbaren Nachbarn noch wichtiger als sie ohnehin schon sind. Das Ziel der Wirtschaftskammer Kärnten ist es also, mit allen genannten und weiteren neuen Projekten und Initiativen (verstärkter Slowenien-Bezug bei Bezirks-Events, Slowenien als eines der Schwerpunktländer beim diesjährigen CEE-Wirtschaftsforum in Velden etc.) die Zusammenarbeit mit der slowenischen Wirtschaft noch weiter zu verbessern, um die zahlreich vorhandenen Potenziale noch intensiver zu nutzen.“[33]

Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Österreich und Slowenien gibt es seit 2007 die Österreichisch-Slowenische ExpertInnenakademie (EXPAK AT.SI)/Avstrijsko-slovenska strokovna akademija. Ziel der EXPAK AT.SI ist der Aufbau eines vernetzten Kooperationssystems für einen zukünftigen integrierten österreichisch-slowenischen Arbeitsmarkt im Grenzgebiet, welches eine gesamtregionale Arbeitsmarktpolitik plant, koordiniert und umsetzt. Im Rahmen einer Österreichisch-Slowenischen Arbeitsmarktkonferenz der EXPAK AT.SI vom 8. bis 9. September 2009 in Klagenfurt ist es zur **Unterzeichnung eines arbeitsmarktpolitischen Kooperationsabkommens** zwischen dem Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz der Republik Österreich, Rudolf Hundstorfer, sowie dem Minister für Arbeit, Familie

und soziale Angelegenheiten der Republik Slowenien, Ivan Svetlik, gekommen. Damit wird eine formelle Grundlage für die österreichisch-slowenische Arbeitsmarktkooperation auf ministerieller Ebene geschaffen.

In Slowenien werden im Rahmen der slowenischen Arbeitsmarktverwaltung, dem Zavod, umfassende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen durchgeführt:

1. Beratung und Hilfe bei Arbeitsplatzsuche:
   - ➢ Berufs- und Beschäftigungsinformation, Beratung, Motivation
   - ➢ Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche (Club für Arbeitsplatzsuchende, Workshops, andere Zugänge zu Berufen usw.)
2. Befähigung und Ausbildung:
   - ➢ Praktische Ausbildungsprogramme: Ausbildung am Arbeitsplatz, Arbeitsversuch
   - ➢ Ausbildungsprogramme: formale Ausbildung, PUM
   - ➢ Programme der institutionalisierten Ausbildung und nationale Berufsqualifikationen
3. Anregung zur Beschäftigung und selbstständigen Beschäftigung:
   - ➢ Anregung zur selbstständigen Beschäftigung
   - ➢ Subventionierung bei Beschäftigung von Gruppen, die schwer zu vermitteln sind (Jugendliche bis 25 Jahre, Arbeitssuchende, die neu am Arbeitsmarkt sind, 50 plus, Langzeitarbeitslose)
   - ➢ Rückerstattung der Arbeitskosten
4. Soziale Programme:
   - ➢ Subventionierung von Beschäftigung bei Hilfe im privaten Eigenheimbereich
   - ➢ Gemeinnützige Arbeit[34]

Für die Bewältigung der Wirtschaftskrise stellt der slowenische Staat finanzielle Mittel bereit: Finanzmittel für Arbeitslose: 150 Millionen Euro; für Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik: 84,8 Millionen Euro; für Interventionen am Arbeitsmarkt auf Basis des Gesetzes über die teilweise Subventionierung der Vollzeit: 230 Millionen Euro.[35] Das Ziel dieses Gesetzes ist den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Hilfestellung in der Wirtschaftskrise zu geben, und zwar für jene Fälle, in denen man sich für Kurzarbeit entscheidet. Die operative Durchführung des Gesetzes obliegt dem Zavod. Wird die finanzielle Unterstützung einem Betrieb gewährt, so erhält dieser pro Arbeitnehmer 60 Euro im Monat, dies jedoch nur, wenn als Vollzeit 36 Wochenstunden festgelegt werden.[36] Bis heute wurden 669 Verträge für 60.395 Personen geschlossen. Beim Zavod sind insgesamt 799 diesbezügliche Anträge eingegangen. Im Februar 2009 wurden so 100 Arbeitgeber mit 1,654.380,99 Euro subventioniert, im Mai 2009 457 Arbeitgeber mit einer Summe von 3,610.680,00 Euro für 40.562 Arbeitnehmer.[37]

Ein slowenischer Wirtschaftsgipfel im Juni 2009 hat die Notwendigkeiten im Umgang mit der Krise aufgezeigt. Gefordert wurden schnelles Handeln und ambitionierte Strategien. Bereiche wie Arbeitsrecht, Ausschöpfen von EU-Mitteln, öffentliche Verwaltung, Internationalisierung, Liquiditätsprobleme wurden angesprochen. Als Teil der Strategie zur Bewältigung der Wirtschaftskrise wird auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Sozialpartnern und Regierung genannt. Als wichtige Schritte für die Zukunft werden die Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen Wirtschaft, Anpassungen und Reformen im Gesundheits- und Rentensystem sowie die Einrichtung eines Budgets speziell für zukunftsorientierte Entwicklungsprojekte angeführt. Slowenische Wirtschaftsvertreter verweisen auf das Problem der Liquidität und der Kreditvergabe, wodurch sich Investitionen verlangsamen und Entwicklungsambitionen eingebremst werden. Als Kritik an die slowenische Regierung wird angeführt, dass sie die Bereiche Tourismus, IT und Holzwirtschaft hintanstellt. Schlüsselforderungen der slowenischen Wirtschaft an die Politik: Verbesserungen im Bereich des Kreditgeschäftes, Sicherstellung der Liquidität, Unterstützung der Investitionen, Unterstützung bei der Internationalisierung von Unternehmen, Ausschöpfung der EU-Mittel, Entlastung der Wirtschaft, nachhaltige Lohnpolitik im öffentlichen Sektor, Unterstützung für technologische Entwicklung, Abbau von Bürokratie. In der Zukunft möchte Slowenien seine Wirtschaft internationalisieren. 90 Prozent des Exportes gehen in Regionen, die innerhalb des 1000-km-Radius der Hauptstadt Ljubljana liegen. Als mögliche neue Exportregionen werden Afrika, Indien und der Nahe Osten genannt. Wobei Indien und der Nahe Osten bislang noch nicht so stark von der Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurden. Vermehrt soll in Zukunftsbranchen investiert werden: Umwelttechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie und Nanotechnologie.[38]

Conclusio

Slowenien hat sich in den vergangenen 20 Jahren wirtschaftlich rasant entwickelt. Österreich hat im Unabhängigkeitsprozess Sloweniens eine positive Rolle gespielt. Damals wurde zwischen österreichischen und slowenischen politischen Vertretern die Basis für eine gute Nachbarschaft und Wirtschaftskooperation gelegt. In den vergangenen Jahren stiegen die Handelsbilanzen von Jahr zu Jahr. Kärntner und österreichische Unternehmen konnten sich in Slowenien etablieren. Die Weltwirtschaftskrise hatte in Kärnten und Slowenien ihre ersten Vorläufer im Herbst 2008. Im vollen Umfang angekommen ist sie 2009. Die wirtschaftliche Entwicklung Sloweniens wird auch dadurch dokumentiert, dass es heute vor ähnlichen wirtschaftlichen Herausforderungen steht wie Kärnten bzw. Österreich und

andere westeuropäische Länder. Arbeitslosenzahlen beruhen in Kärnten wie in Slowenien stark auf Branchen wie Bau, Metall, Elektro. Stark betroffen sind Jugendliche, Männer und ältere ArbeitnehmerInnen. Eine wichtige Rolle spielen in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kärnten respektive Österreich und Slowenien kärntner-slowenische Strukturen wie der wirtschaftliche Dachverband der slowenischen Volksgruppe in Kärnten, der Slowenische Wirtschaftsverband/Slovenska gospodarska zveza (SGZ) mit Sitz in Klagenfurt. Dieser hat neben Sprachkenntnissen und Kontakten auch wichtiges Know-how über unser südliches Nachbarland. Wichtig werden nach wie vor grenzüberschreitende Kooperationen wie das Interregprogramm, die EXPAK AT.SI und andere Initiativen. Vermehrte Kontakte zwischen Kärntner und slowenischen Wirtschaftsvertretern können auch in Zukunft Möglichkeiten wirtschaftlicher Kooperationen aufzeigen und neue Geschäftsfelder eröffnen. Nicht minder wichtig werden auch in Zukunft Akzente privater Unternehmen sein, die neue Chancen und Herausforderungen in unserem südlichen Nachbarland wahrnehmen.

Razvoj trga dela na Koroškem in v Sloveniji v gospodarski krizi

Koroška in Slovenija kot samostojna država imata za seboj skoraj dve desetletji uspešnega gospodarskega sodelovanja. Osnove za ta razvoj so bile položene za časa osamosvajanja Slovenije, ko je Avstrija podpirala samostojno pot sosede. Zaupanje med odločilnimi političnimi reprezentanti obeh držav takrat, je omogočilo tudi hiter razvoj gospodarskega sodelovanja. Tako so se trgovske bilance iz leta v leto višale in koroška kot tudi avstrijska podjetja imajo danes že zelo razvejano dejevnost na slovenskem gospodarskem prizorišču. Hiter razvoj slovenskega gospodarstva se pokaže tudi v tem, da je danes Slovenija soočena s podobnimi teževami kot Koroška oz. Avstrija in druge zahodnoevropske države. Na Koroškem kot tudi v Sloveniji so bile prve posledice svetovne gospodarske krize zaznavne že jeseni leta 2008. Leta 2009 pa se je kriza pokazala v vsej svoji širini in globini. Kar zadeva število brezposelnih, tako se je to dvignolo še posebej zaradi težav v gospodarskih panogah kot so to gradbeništvo, kovinarstvo in elektrika. Med prizadete skupine spadajo mladostniki, moški in starejši delojemalci/delojemalke. Tako za Koroško kot tudi za Slovenijo je turizem pomembna gospodarska panoga. Obe se morata letos boriti za pozitivne številke. Pomembno vlogo pri bilateralnih gospodarskih odnosih med Koroško oz. Avstrijo in Slovenijo igrajo koroško slovenske strukture kot je krovna gospodarska organizacija koroških Slovencev, Slovenska gospodarska zveza (SGZ) s sedežem v Celovcu. Ob jezikovnem znanju prispeva

s svojimi vezami in poznavanjem Koroške sosede k nadaljnjemu razvijanju gospodarskih odnosov. Slej ko prej bo pomembno mesto zavzelo čezmejno sodelovanje in povezovanje. Možnosti za tako povezovanje nudi med drugim program Interreg ali EXPAK AT.SI. Nadaljnji stiki med koroškimi in slovenskimi zastopniki gospodarstva bodo lahko svoje prispevali k razvijanju nadaljnjih možnih kooperacij. Nič manj pomembni bodo tudi v prihodnosti aktivnosti zasebnih podjetnikov, ki bodo iskali možnosti in izziv na slovenskem trgu.

Anmerkungen:

1 Außenhandelsstelle Laibach/Slowenien und Homepage ORF Kärnten, Volksgruppen.

2 Homepage Statistik Austria, Eurostat Datenbank, Juli 2009.

3 Homepage Statistik Austria, Jahresdaten.

4 Ebd.

5 Außenhandelsstelle Laibach/Slowenien.

6 Ebd.

7 Die Daten für das Wirtschaftsjahr 2008 waren zum Zeitpunkt des Entstehens des Beitrages noch nicht vorhanden.

8 Wirtschaftskammer Kärnten, Außenwirtschaft.

9 Homepage WK Kärnten, Pressemitteilungen und Presseunterlage der Wirtschaftskammer Kärnten, Außenwirtschaft.

10 Außenhandelsstatistik Kärnten 2007, Wirtschaftskammer Kärnten, Außenwirtschaft und Presseunterlage, Wirtschaftskammer Kärnten, Außenwirtschaft.

11 Vortragsprotokoll des Autors; Homepage Slowenischer Wirtschaftsverband/Slovenska gospodarska zveza, News und Informationen; Homepage WK Kärnten, Pressemitteilungen.

12 Zitiert nach Homepage Slowenischer Wirtschaftsverband/Slovenska gospodarska zveza, News und Informationen.

13 Zitiert nach ebd.

14 Homepage Slowenischer Wirtschaftsverband/Slovenska gospodarska zveza, News und Informationen.

15 Statistični urad Republike Slovenije/Statistikamt der Republik Slowenien und Homepage ORF Kärnten, Volksgruppen.

16 Homepage ORF Kärnten, Volksgruppen.

17 Statistični urad Republike Slovenije/Statistikamt der Republik Slowenien; die Zahlen wurden durch Fragebögen ermittelt. 88 Prozent der registrierten und angeschriebenen Tourismusbetriebe haben die Fragebögen retouniert.

18 Homepage ORF Kärnten, Volksgruppen.

19 Wirtschaftskammer Kärnten, Tourismus-Freizeit.

20 AMS Kärnten, Halbjahresdaten 2009, Dr. Peter Schellander.

21 Referat Dr. Peter Schellander/AMS Kärnten zum Thema „Statistische Daten zu den Auswirkungen des Konjunktureinbruchs in Kärnten“, gehalten im Rahmen des EXPAK Österreich-Slowenien-Workshops in Graz am 14. Mai 2009.

22 AMS Kärnten, Arbeitsmarktdaten Juli 2009, Dr. Peter Schellander und Monatsbericht Juli 2009 AMS Kärnten

23 Homepage ORF Kärnten.

24 Homepage ORF Kärnten, Volksgruppen.

25 Referat Viljem Spruk/Zavod Republike Slovenije za zaposlovanje (ZRSZ) zum Thema „Statistische Daten zu den Auswirkungen des Konjunktureinbruchs“, gehalten im Rahmen des EXPAK Österreich-Slowenien-Workshops in Graz am 14. Mai 2009.

26 Referat Mojca Ulag/Zavod Republike Slovenije za zaposlovanje (ZRSZ) zum Thema „Arten und Umfang der Maßnahmen des ZRSZ zur Bewältigung des Konjunktureinbruchs“, gehalten im Rahmen des EXPAK Österreich-Slowenien Workshops in Graz am 14. Mai 2009.

27 Homepage Zavod Republike Slovenije za zaposlovanje (slowenische Arbeitsmarktverwaltung), Dejavnost, Statistični podatki.

28 Homepage Državni portal Republike Slovenije (Staatsportal der Republik Slowenien), Informacijski servis podatkov.

29 Referat Mag. Peter Wedenig/AMS Kärnten zum Thema „Arbeitsmarkt in der Krise“, gehalten im Rahmen des EXPAK Österreich-Slowenien-Workshops in Graz am 14. Mai 2009.

30 Verein Kärntner Arbeitsstiftungen, 2. Quartalsbericht 2009, zur Verfügung gestellt von Mag. Peter Wedenig/AMS Kärnten.

31 Homepage WK Kärnten, Pressemitteilungen.

32 Ebd.

33 Zitiert nach Presseunterlage, Wirtschaftskammer Kärnten, Außenwirtschaft.

34 Referat Mojca Ulag/Zavod Republike Slovenije za zaposlovanje (ZRSZ) zum Thema „Arten und Umfang der Maßnahmen des ZRSZ zur Bewältigung des Konjunktureinbruchs“, gehalten im Rahmen des EXPAK Österreich-Slowenien-Workshops in Graz am 14. Mai 2009.

35 Ebd.

36 Homepage Zavod Republike Slovenije za zaposlovanje (ZRSZ), Dejavnost, Delno subvencioniranje polnega delovnega časa.

37 Information von Frau Kristina Stibilj, Zavod Republike Slovenije za zaposlovanje (ZRSZ).

38 Homepage Gospodarska zbornica Slovenije/Wirtschaftskammer Slowenien, Mediji, Novinarsko središče.

CHRONOLOGIE

Karl Anderwald

Chronologie der Ereignisse in Kärnten November 2008 bis Oktober 2009

November 2008

3. Holding-Aufsichtsratschef Landesrat Josef Martinz (ÖVP) und Finanzreferent Landesrat Harald Dobernig (BZÖ) unterzeichnen eine Vereinbarung über die Eingliederung von Unternehmen in die Landesholding. Davon betroffen sind Kärnten Werbung, Flughafen, Seenliegenschaftsverwaltung, Kärntner Tourismusholding, Kärntner Messen, Entwicklungsagentur und ein Teil des Wirtschaftsförderungsfonds.

4. Unter dem Vorsitz des neuen Landeshauptmannes Gerhard Dörfler (BZÖ) beschließt die Landesregierung ein umfangreiches Förderpaket.

   FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache trifft sich in Tarvis mit dem Präsidenten der Provinz Udine, Pietro Fontanini (Lega Nord).

5. Eine über Einladung von Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch (BZÖ) einberufene Parteienrunde über die Termine der Wahlen im Frühjahr bringt kein Ergebnis.

6. Vertreter des Landes und der Baufirma Strabag unterzeichnen in Klagenfurt die Verträge über den Ausbau des Schigebietes Goldeck.

7. Im Koalitionsabkommen der neuen slowenischen Mitte-Links-Regierung findet sich folgender Passus: „Slowenien wird als Nachfolgestaat Jugoslawiens aktiv auf die Einhaltung des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages und der Entscheidungen des österreichischen Verfassungsgerichtshofs zu den zweisprachigen Ortstafeln sowie auf die Rückgabe von Archivmaterialien beharren."

   NR Engelbert Obernosterer (ÖVP) kündigt einen gemeinsamen Antrag aller Kärntner Abgeordneten zum Nationalrat gegen den Ausbau des slowenischen AKW Krško an.

10. Der Verfassungsgerichtshof entscheidet, dass der Kärntner FPÖ Parteienförderung zusteht. Die Ein-Mann-Fraktion der FPÖ im Landtag kann daher um Förderungen für die Jahre 2005 bis 2008 ansuchen.

    Das Präsidium der Kärntner SPÖ beschließt, bei der Landtagswahl mit dem Regierungsteam anzutreten. Als Spitzenkandidat wird Reinhart

Rohr bestellt, ihm folgen Peter Kaiser und Nicole Cernic auf den Plätzen zwei und drei.

12. Die Pläne, Postämter aufzulassen und Personal abzubauen, lösen auch in Kärnten massive Proteste aus.

    Die Hypo Group Alpe-Adria beauftragt Vorstandschef Tilo Berlin, mit dem Finanzminister Gespräche über eine Bankenhilfe von 1,3 Milliarden Euro aufzunehmen.

13. Neuer Bürgermeister der Stadt Radenthein ist Martin Hipp (SPÖ). Er wird mit knapper Mehrheit von 14 der 27 Gemeinderäte zum Nachfolger von Franz Buchacher (SPÖ) gewählt.

15. Beim Landesparteitag des BZÖ in Klagenfurt wird Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch von 346 der 360 Delegierten (96,1 Prozent) zum neuen Obmann gewählt.

17. BZÖ-Obmann Uwe Scheuch erklärt, dass seine Partei einem gemeinsamen Termin für Landtags- und Gemeinderatswahlen 2009 nunmehr positiv gegenüber steht.

18. Urteil im Strafprozess gegen den früheren Hypo-Chef Wolfgang Kulterer: Nach einem Geständnis verhängt das Gericht eine Geldstrafe von 140.000 Euro. Der mitangeklagte Vorstandsdirektor Thomas Morgl ist nun ebenfalls geständig und nimmt die vom Gericht angebotene Diversion an.

    Mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP beschließt die Landesregierung einen scharfen Protest gegen den ORF wegen einzelner Beiträge zum Tod Jörg Haiders.

19. Stefan Petzner legt seine Funktion als geschäftsführender Bundesparteiobmann des BZÖ zurück und will sich ganz dem Landtagswahlkampf 2009 widmen.

20. Im Kärntner Landtag wird mit den Stimmen von BZÖ, ÖVP und FPÖ ein Nachtragsbudget in der Höhe von 103 Millionen Euro beschlossen. Einem BZÖ-Antrag, wonach keine weiteren zweisprachigen Ortstafeln aufgestellt werden dürfen, stimmen auch drei Abgeordnete der ÖVP und FPÖ-Mandatar Franz Schwager zu. Der Antrag wird dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.

21. Die Kärntner Krone veröffentlicht das Ergebnis einer Meinungsumfrage des IMAS-Instituts. Demnach liegen die Parteien 15 Wochen vor der Landtagswahl so: BZÖ 43 bis 45 Prozent, SPÖ 34 bis 36 Prozent, ÖVP 9 bis 11 Prozent, FPÖ 4 bis 6 Prozent, Grüne 4 bis 6 Prozent.

22. In St. Veit an der Glan tagt der Parteirat der SPÖ und beschließt die Kandidatenliste für die Landtagswahl im März 2009. Als Angebot für die

Jungwähler kandidiert die 20-jährige Studentin Marie-Theres Grillitsch an achter Stelle. Spitzenkandidat Reinhart Rohr präsentiert ein Vier-Punkte-Programm.

Die Landesversammlung der Grünen in Klagenfurt bestätigt Rolf Holub als Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl.

23. Ursula Plassnik (ÖVP) steht nicht mehr als Außenministerin zur Verfügung, weil sie mit der im Koalitionsübereinkommen gewählten Formulierung über eine mögliche EU-Volksabstimmung nicht einverstanden ist. Kärnten ist in der neuen Bundesregierung daher nicht mehr vertreten.
24. ÖVP-Landesobmann Josef Martinz stimmt im Bundesvorstand seiner Partei gegen das Koalitionsabkommen mit der SPÖ.
25. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) wehrt sich gegen das im Koalitionsabkommen der neuen Bundesregierung vereinbarte Flüchtlingslager im Süden Österreichs: „Kärnten braucht kein zweites Traiskirchen."
26. Laut ÖVP-Landesparteisekretär Achill Rumpold treten die Kärntner Delegierten beim Bundesparteitag in Wels für die Wahl von Josef Pröll als Bundesparteiobmann ein.
28. Der zukünftige Bundeskanzler Werner Faymann nimmt in St. Paul am Spatenstich für den Koralm-Bahnhof teil.
29. Der gebürtige Kärntner Fritz Kaltenegger wird neuer ÖVP-Generalsekretär.

Dezember 2008

1. In Spittal an der Drau wird das Kärntner Jahrbuch für Politik 2008 präsentiert.

   Die Parteienverhandlungen über ein Landesbudget 2009 scheitern. Es wird daher mit einer Zwölftel-Regelung der Fortschreibung des Kernbudgets gearbeitet.
2. Durch einen einstimmigen Beschluss der Landesregierung wird der 1. März 2009 als gemeinsamer Termin für die Landtagswahl sowie für die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen fixiert.
4. Mathias Reichhold dementiert, dass er bei der Landtagswahl für die FPÖ kandidieren wird.
6. Beginn der Auszahlung der Landeshilfe in bar. Mehr als 3.500 Kärntner stellen sich stundenlang vor der Landesregierung an. Grünen-

Obmann Rolf Holub spricht von einer „zynisch-populistischen Aktion“ und rechnet vor, dass die Bewerbung der Auszahlungsaktion in den Medien 150.000 Euro an Steuergeldern gekostet habe.

9. Parteienstreit um den Rechnungsabschluss 2007. Finanzlandesrat Harald Dobernig (BZÖ) behauptet, er habe alle Unterlagen weitergegeben. SPÖ und ÖVP bestreiten dies.

10. Landeshauptmann Gerhard Dörfler trifft sich in Villach mit den Präsidenten der Regionen Friaul und Veneto, Renzo Tondo und Giancarlo Galan.

15. SPÖ-Parteichef Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhart Rohr stellt OECD-Botschafter Wolfgang Petritsch als Leiter des Kompetenzteams „Kärnten im Mittelpunkt Europas“ vor.

16. Der Bundesrechnungshof kritisiert Pensionsalter und Berechnung der Pensionshöhe im Landesdienst.

    In der Landesregierung wird einstimmig ein „Territorialer Beschäftigungspakt“ beschlossen. 33 Millionen Euro sollen in Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen fließen. Nur mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wird ein Grundsatzbeschluss zu einem noch umfangreicheren Konjunkturpaket gefasst.

17. Die Einheitsliste (EL) wird bei der kommenden Landtagswahl nicht kandidieren.

18. Johann Gallo (BZÖ) wird als neuer Dritter Präsident des Landtages angelobt.

19. Eine von der SPÖ in Auftrag gegebene SORA-Meinungsumfrage zur Landtagswahl am 1. März 2009 ergibt folgendes Stimmungsbild: BZÖ 41 Prozent, SPÖ 38 Prozent, ÖVP 11 Prozent, Grüne 6 Prozent und FPÖ 2 Prozent.

21. FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache schlägt vor, Claudia Haider zur Landtagspräsidentin oder zur Sozial-Landesrätin zu wählen.

22. Überraschend wird der frühere Vizebürgermeister von Klagenfurt und SK Austria Klagenfurt-Präsident, Mario Canori, als Spitzenkandidat der FPÖ für die Landtagswahl vorgestellt.

24. Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) mahnt für Kärnten die Zustimmung zur bundesweiten Mindestsicherung ein.

29. 250 Aktivisten der St. Veiter Bürgerinitiative „verkehrt“ demonstrieren gegen den Ausbau der Schnellstraße S 37.

30. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) unterbricht seinen Skiurlaub in St. Oswald für einen Politik-Tag in Villach.

Jänner 2009

2. Asylstreit zwischen BZÖ und den Grünen wegen der privaten Unterbringung von Flüchtlingen, die bisher im umstrittenen Heim auf der Saualm einquartiert waren.

   Landeshauptmann Gerhard Dörfler bringt gegen das von Landtagsabgeordneten Rolf Holub geleitete „Aktionskomitee für Mitmenschlichkeit“ eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft ein.

   Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) bezieht sich auf anonyme Hinweise, wonach Mario Canori von der FPÖ 200.000 Euro als Einstiegsgeschenk erhalten habe. Die FPÖ reagiert empört und droht Klagen an.

3. In einem APA-Interview kündigt BZÖ-Sekretär Martin Strutz eine Ministeranklage gegen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) an, falls dieser den Beschluss des Kärntner Landtages gegen neue zweisprachige Ortstafeln ignorieren sollte.

   FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache schlägt vor, das Klagenfurter Stadion nach Jörg Haider zu benennen.

5. Neujahrsempfang der Kärntner SPÖ in Klagenfurt. Parteichef Reinhart Rohr definiert als Ziel, stärkste Partei bei der Landtagswahl zu werden.

7. Kärntens Grüne machen gegen den Plan einer „Tauerngasleitung“ mobil.

9. Das BZÖ präsentiert die Plakate zur Landtagswahl. Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch verspricht jedem jungen Kärntner zwischen 16 und 18 Jahren 1.000 Euro Jugendstartgeld.

   Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) fordert 300 zusätzliche Polizisten für Kärnten.

10. ÖVP-Obmann Josef Martinz nennt in einem Gespräch mit der Kleinen Zeitung Landeshauptmann Gerhard Dörfler einen „Problemschaffer statt Problemlöser“.

11. BZÖ-Wahlkampfauftakt vor 1.500 Anhängern in der Klagenfurter Messehalle 2.

12. Der Wahlkampf-Auftakt der SPÖ erfolgt via Internet. Über 4000 Nutzer verfolgen die Veranstaltung im Hotel Salzamt in Klagenfurt.

14. FPÖ-Spitzenkandidat Mario Canori schließt in „Streitkultur Radio Kärnten“ eine Wahl von Gerhard Dörfler zum Landeshauptmann aus.

15. Die Fachhochschule Kärnten wird ab dem Wintersemester 2009/10 keine Studiengebühren mehr einheben. Land und Standortgemeinden übernehmen den finanziellen Ausfall.

17. In Klagenfurt beginnt der Bundeskongress der Grünen. Die Kärntnerin Eva Glawischnig wird mit 97,4 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen „Sprecherin des Bundesvorstandes“ gewählt.

18. Neujahrstreffen der FPÖ in der Klagenfurter Messehalle. Bundesobmann Heinz Christian Strache ruft zum „Abwehrkampf gegen einen unbelehrbaren Sozialismus“ auf.

19. Uwe Scheuch beendet die Diskussionen um das Wrack des Haider-Dienstautos. Die Rechnung der Leasingfirma wird aus der Parteikasse des BZÖ bezahlt.

20. Gerhard Mock (SPÖ) feiert sein 20-Jahr-Jubiläum als St. Veiter Bürgermeister.

    Bei einem Asyl-Gipfel sprechen sich SPÖ, ÖVP und Grüne für die Schließung der Sonderanstalt Saualm aus.

21. Der ehemalige Stadtparteiobmann und Vizebürgermeister der Klagenfurter SPÖ, Ewald Wiedenbauer, tritt bei der Gemeinderatswahl in der Landeshauptstadt mit einer eigenen Liste an. SPÖ-Landtagsabgeordnete und Frauenvorsitzende Sieglinde Trannacher kandidiert auf Platz zwei.

23. Nennungsschluss für die Parteienlisten zur Landtagswahl. Acht Parteien kandidieren, davon sechs landesweit. Das BZÖ stellt sich nun doch unter der Bezeichnung „Die Freiheitlichen in Kärnten – BZÖ Liste Jörg Haider“ der Wahl.

25. Wirtschaftstreuhänder Johann Neuner zieht sich aus dem Kabeg-Aufsichtsrat zurück, „weil die Politik nicht auf das drohende Finanzdebakel reagiert“.

    Landeshauptmann Gerhard Dörfler befestigt im Rahmen eines Festaktes an der Brücke über den Lippitzbach Schilder mit der Aufschrift „Jörg-Haider-Brücke“. Vertreter von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen bleiben der Veranstaltung fern.

26. Andreas Mölzer wird bei der Europawahl Spitzenkandidat der FPÖ sein.

27. Die Landesregierung bestellt mit den Stimmen von BZÖ und SPÖ drei Bezirkshauptleute neu. Landesrat Josef Martinz (ÖVP) spricht von einem Postenschacher.

Nach dem Verlust der Parteimitgliedschaft von Sieglinde Trannacher wird Bundesrätin Ana Blatnik zur neuen Vorsitzenden der SPÖ-Landesfrauenorganisation gewählt.

28. Alle ÖVP-Mitglieder der Bundesregierung kommen zur Wahlkampf-Unterstützung nach Kärnten. In Velden wird eine Klausur über die Regierungspolitik der nächsten Monate abgehalten.

31. Wahlkampfauftakt der Grünen am Villacher Hauptplatz mit Bundeschefin Eva Glawischnig.

Februar 2009

1. Als letzte der Parteien eröffnet nun auch die ÖVP offiziell den Landtagswahlkampf vor 1.400 Besuchern in der Klagenfurter Messehalle 2. Bundesparteiobmann Josef Pröll und Spitzenkandidat Josef Martinz halten die Referate.

3. Eklat bei der Sitzung der Landesregierung. Nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Landeshauptmann und dem Landesamtsdirektor verlassen die Regierungsmitglieder von SPÖ und ÖVP sowie Landesamtsdirektor Reinhard Sladko die Sitzung. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) erklärt später gegenüber der „Kleinen Zeitung", Sladko habe sich bei ihm entschuldigt.

   Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ wird im Sonderlandtag zur Causa Kärnten Werbung beschlossen, den Bericht des Untersuchungsausschusses an Staatsanwaltschaft, Landesgericht und Landesfinanzdirektion weiter zu leiten.

6. Volkskultur-Konsulent Richi di Bernardo wehrt sich gegen Vorwürfe aus der Kärntner Chorszene, er würde mit der Haider-DVD den Tod des Landeshauptmannes ausschlachten.

8. Die Kleine Zeitung veröffentlicht eine aktuelle Umfrage zur Landtagswahl mit folgender Prognose: BZÖ 38 Prozent, SPÖ 36 Prozent, ÖVP 13 Prozent, Grüne 7 Prozent und FPÖ 5 Prozent. Bei einer Direktwahl des Landeshauptmannes käme Gerhard Dörfler auf 30 Prozent, Reinhart Rohr auf 23 Prozent und Josef Martinz auf 17 Prozent.

9. Das BZÖ präsentiert sein Personenkomitee zur Landtagswahl. Überraschend scheint darin auch Leichtathletin und SPÖ-Mitglied im ORF-Stiftungsrat Stefanie Graf auf.

10. Die Kärntner Grünen dokumentieren Kosten von Regierungsinseraten, die kaum von den eigentlichen Wahlkampfinseraten zu unterscheiden

sind. Allein das BZÖ habe seit Dezember 1,2 Millionen Euro aus Steuergeldern für Eigenwerbung bezahlt.

11. Hüttenbergs Bürgermeister Rudolf Schratter (SPÖ) fordert die Umsetzung des Hotelprojekts in seiner Gemeinde. Allerdings dürfe von der Tibet-Idee nicht abgewichen werden.

16. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) reagiert auf die Kritik des Landesrechnungshofes, der die Pläne für die Umfahrung von Bad St. Leonhart als „überdimensioniert" einstuft: Es sei scheinbar ein „politischer Bericht".

18. Nach einer Entscheidung des OGH muss BZÖ-Landesparteisekretär Stefan Petzner seine im Zusammenhang mit der Wohnbaugenossenschaft „Heimat" gegen Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter erhobenen Anschuldigungen öffentlich widerrufen und die Gerichtskosten bezahlen.

20. Großer Andrang beim „Vorwahl-Freitag", an dem bereits die Möglichkeit der Stimmenabgabe zur Landtagswahl und zu den Kommunalwahlen besteht.

22. Die Vorstände der Landesholding geben bekannt, dass im Jahr 2008 ein Betrag von 28 Millionen Euro an Zinsen erzielt werden konnte.

23. Das Magazin „Profil" berichtet, dass beim Ausbau des Schlosshotels Velden ein Betrag von 40 Millionen Euro nicht nachvollziehbar sei. SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser fordert eine Offenlegung der Finanzierung und eine Überprüfung durch den Rechnungshof.

24. Der Kärntner Diplomat Valentin Inzko ist für die Funktion des Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina im Gespräch.

26. Die von Stefan Petzner herausgegebene „Marketing-Broschüre" der Landesamtsdirektion für das Land Kärnten, deren Kosten auf 200.000 Euro geschätzt wird, führt zu heftigen Protesten. Chefredakteur Reinhold Dottolo (Kleine Zeitung) bezeichnet sie in einer Glosse als „eine vom Steuerzahler bezahlte Wahlwerbung für das BZÖ".

    16 Bürgerinitiativen aus Kärnten und der Steiermark demonstrieren vor der Landesregierung gegen einen Vollausbau der Schnellstraße S 37.

28. Mit einer Kundgebung am Alten Platz in Klagenfurt beendet das BZÖ als letzte Partei den Wahlkampf zur Landtagswahl.

    Spatenstich für die vom Rechnungshof kritisierte Umfahrung von Bad St. Leonhard. Landeshauptmann Gerhard Dörfler verteilt tausend Spaten.

März 2009

1. Mit einer Sensation endet die Landtagswahl: Nach dem vorläufigen Endergebnis erreicht das BZÖ 45,48 Prozent der Stimmen. Die ÖVP kann sich deutlich auf 16,50 Prozent steigern. Große Verliererin ist die SPÖ, die nur auf 28,59 Prozent kommt und ein Minus von 9,84 Prozent einfährt. Mit 4,99 Prozent müssen die Grünen noch um den Einzug in den Landtag zittern, den die FPÖ mit 3,79 Prozent klar verfehlt. In der Landesregierung hat das BZÖ nun mit vier Sitzen die absolute Mehrheit.

   Die SPÖ verliert auch bei den Gemeinderatswahlen landesweit 9,79 Prozent. In Villach, Wolfsberg, Spittal an der Drau und in Hermagor gibt es keine absoluten Mehrheiten mehr. In der Landeshauptstadt erreicht Bürgermeister Harald Scheucher (ÖVP) nicht einmal die Stichwahl. Neben Klagenfurt gibt es in weiteren 36 Gemeinden einen zweiten Wahlgang für die Bürgermeisterwahl.

2. Reinhart Rohr bietet in der Sitzung des Parteivorstandes der SPÖ persönliche Konsequenzen an. Die SPÖ-Bürgermeister von St. Veit und Wolfsberg, Gerhard Mock und Gerhard Seifried, treten für eine Zusammenarbeit mit dem BZÖ ein.

   Der Landesparteivorstand der Kärntner ÖVP spricht sich für Verhandlungen mit dem BZÖ und für eine „stabile Koalition“ aus.

3. Aufatmen bei den Kärntner Grünen: Nach dem Auszählen der ersten Tranche der Briefwähler kommt die Partei nun auf einen Anteil von 5,13 Prozent. Im künftigen Landtag lautet das Mandatsverhältnis daher wie folgt: 17 BZÖ, 11 SPÖ, 6 ÖVP und 2 Grüne.

   Das BZÖ nominiert für den vierten Regierungssitz den 36jährigen Wolfsberger Rechtsanwalt Christian Ragger.

4. Der Landesvorstand der Grünen spricht Rolf Holub das Vertrauen aus.

6. Der Kurzzeit-Chef der Kabeg Dieter Mandl bringt nun eine Klage gegen seine früheren Arbeitgeber ein und begehrt zunächst 90.000 Euro.

7. Bei einer Klausur der SPÖ-Parteispitze wird beschlossen, dass Reinhart Rohr und Peter Kaiser in der Landesregierung verbleiben und dass es keine Koalitionsverhandlungen mit dem BZÖ geben soll.

   FPÖ-Landesobmann Franz Schwager tritt zurück und übergibt die Führung der Partei vorläufig an Harald Jannach.

9. Nach Auszählung der Wahlkarten liegt das endgültige Ergebnis der Landtagswahl 2009 vor. Demnach war die Wahlbeteiligung mit 81,78 Prozent um drei Prozent höher als 2004. BZÖ: 159.926 Stimmen (44,89

Prozent), SPÖ: 102.385 (28,74), ÖVP: 59.955 (16,83), Grüne: 18.336 (5,15) und FPÖ 13.383 (3,76).

10. Die neu geschaffene Korruptions-Staatsanwaltschaft in Wien prüft den Fall der von Stefan Petzner vor der Landtagswahl herausgegebenen „Marketing-Broschüre".

11. Der ehemalige Protokollchef des Landes und Ex-Prokurist des SK Austria Kärnten, Franz Koloini, wird im Landesgericht vom Vorwurf des versuchten Betruges freigesprochen.

12. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Kärnten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 47 Prozent erhöht.

13. Außenminister Michael Spindelegger kündigt bei seinem Besuch in Laibach einen neuen Anlauf in der Ortstafelfrage an. Spindelegger trifft sich auch mit Vertretern der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien.

    Der Frieden-Implementierungsrat der EU bestätigt die Bestellung des Kärntner Diplomaten Valentin Inzko zum Hohen Repräsentanten in Bosnien.

    Von der SPÖ-Bezirkspartei in St. Veit liegt ein einstimmiger Beschluss vor, in dem die beiden Landesgeschäftsführer der Partei zum Rücktritt aufgefordert werden.

15. Die mit Spannung erwarteten Stichwahlen zum Bürgermeisteramt in 37 Kärntner Gemeinden bringen zum Teil überraschende Ergebnisse. In der Landeshauptstadt setzt sich Christian Scheider (BZÖ) gegen Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) mit 63,99 Prozent der Stimmen klar durch. Die Wahlbeteiligung in Klagenfurt war mit 56,91 Prozent deutlich niedriger als vor 14 Tagen.

16. Der SPÖ-Parteivorstand nominiert Ana Blatnik wiederum als Bundesrätin und wählt in geheimer Abstimmung die Klagenfurter Soziologin Kerstin Zlender als Kärntner Spitzenkandidatin für die Europa-Wahl.

17. Klagenfurts SPÖ-Stadtrat Michael Matzan stellt seinen Platz im Stadtsenat zur Verfügung, bleibt aber Gemeinderat.

    100. und zugleich letzte Sitzung der Landesregierung in der alten Zusammensetzung.

18. Tilo Berlin verlässt überraschend den Vorstand der Hypo Group Alpe-Adria. Finanz-Landesrat Harald Dobernig (BZÖ) stellt dazu fest, dass der Standort Kärnten nicht gefährdet sei.

20. Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) schließt Kärnten als Standort eines Erstaufnahme-Zentrums für Asylanten nicht dezidiert aus. BZÖ-Lan-

desobmann Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch vermutet, dass der Bund „Kärnten für das Wahlergebnis bestrafen will“.

23. Nach langen Verhandlungsrunden einigen sich BZÖ und ÖVP in den Morgenstunden auf eine fixe Koalition in der Landesregierung. Landesrat Josef Martinz (ÖVP) wird nun zusätzlich für Gemeinden und Tourismus zuständig sein. Der neue Landesrat Christian Ragger (BZÖ) wird Wohnbau- und Sozialreferent. SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhart Rohr verliert die Zuständigkeiten für Gemeinden, Personelles und Feuerwehr, Landesrat Peter Kaiser (SPÖ) muss das Sport-Ressort an Landeshauptmann Gerhard Dörfler abgeben.

    Der neu gewählte Bürgermeister von Dellach im Drautal, Walter Egger (SPÖ), verzichtet aus gesundheitlichen Gründen auf sein Amt.

25. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) greift einen Vorschlag des Kärntner Gemeindebundes auf und kündigt eine Erhöhung des Schwellenwertes für Ausschreibungen auf 100.000 Euro an, um damit mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen zu schaffen.

26. Auf der Liste der ÖVP zur Europawahl wird die Lavanttaler Jungbäuerin Elisabeth Köstinger auf Platz sechs gereiht. Erst auf Platz sieben kandidiert der bisherige EU-Abgeordnete Hubert Pirker.

27. Die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) eröffnet in Klagenfurt den Wahlkampf zur Arbeiterkammerwahl. Präsident Günther Goach kündet vor 500 Funktionären als Wahlziel das Halten des 72prozentigen Stimmenanteils an.

30. Für die neue Koalition in der Landesregierung stellen Uwe Scheuch und Josef Martinz unter dem Titel „Die Zukunft gestalten, stabil und verlässlich für Kärnten“ ein 30 Punkte umfassendes Regierungsprogramm vor.

    SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser kritisiert die „Ausweitung der absoluten BZÖ-Mehrheit von der Landesregierung in den Landtag“.

    Rolf Holub sieht die Kärntner Grünen als „Oppositions- und Kontrollpartei, aber auch als konstruktive Partner“.

31. Wahl der neuen Landesregierung im Kärntner Landtag. Gerhard Dörfler (BZÖ) wird mit 23 von 36 Stimmen als Landeshauptmann wiedergewählt. Ebenfalls mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP erfolgt die Wahl von Uwe Scheuch (BZÖ) zum Ersten Landeshauptmannstellvertreter. Reinhart Rohr (SPÖ) erhält bei seiner Wahl zum Zweiten Landeshauptmannstellvertreter 20 Stimmen. Fraktionsübergreifend die Wahl der anderen Regierungsmitglieder, wobei Josef Martinz (ÖVP) und der neue Soziallandesrat Christian Ragger (BZÖ) mit 28 Stimmen die meiste Zustimmung erhalten. Erster Präsident des Landtages bleibt

Josef Lobnig (BZÖ), seine Stellvertreter sind Rudolf Schober (SPÖ) und Johann Gallo (BZÖ). In den Bundesrat werden Peter Mitterer, Walter Ebner (beide BZÖ), Ana Blatnik (SPÖ) und Karl Petritz (ÖVP) entsendet.

In der konstituierenden Sitzung der neuen Landesregierung stimmen Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhart Rohr und Landesrat Peter Kaiser (SPÖ) gegen die Referatseinteilung und bezeichnen sie als „Machtrausch von BZÖ und ÖVP".

April 2009

1. In Klagenfurt und Villach demonstrieren Oberstufen-Schüler gegen die Pläne von Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ), die Lehrer-Arbeitszeit um zwei Stunden zu erhöhen.

2. Die Energie Klagenfurt Gesellschaft (EKG), die zu 49 Prozent dem Verbund und zu 51 Prozent den Stadtwerken Klagenfurt gehört, tritt trotz der ernsten wirtschaftlichen Lage als Sponsor des Bundesligaclubs Austria Kärnten auf.

3. Wahlkampfauftakt des BZÖ für die Arbeiterkammerwahl. Spitzenkandidat Manfred Mischelin erhofft einen Stimmenanteil von 20 Prozent.

4. Das slowenische TV-Programm „Dober dan Koroška" feiert sein 20-Jahr-Jubiläum.

6. Klagenfurts neuer Bürgermeister Christian Scheider (BZÖ) vereinbart mit der SPÖ der Landeshauptstadt eine Zusammenarbeit in Form eines Arbeitsübereinkommens.

   Karel Smolle wird Interims-Obmann des Rates der Kärntner Slowenen. Er fordert eine gemeinsame Vertretung der Volksgruppe und für 394 Kärntner Ortschaften zweisprachige Tafeln.

8. Spitalsreferent Landesrat Peter Kaiser (SPÖ) löst einen Konflikt innerhalb der Ärzteschaft der Orthopädie im LKH Klagenfurt.

12. Für Aufregung sorgt ein Interview des Großkirchheimer Bürgermeisters Peter Suntinger (BZÖ) in der „Süddeutschen Zeitung". SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser spricht von einem Imageschaden für Kärnten.

13. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt stellt offiziell alle Ermittlungen zum Unfalltod von Jörg Haider ein.

14. Der Zentralverband der Kärntner Slowenen lehnt in der Frage einer gemeinsamen Vertretung der Volksgruppe die Vorstellungen von Rat-Obmann Karel Smolle ab.

15. Über 300 Ärzte des LKH Klagenfurt fordern in einer Resolution die Abberufung des medizinischen Direktors Thomas Koperna.

16. Der Kärntner NR-Abgeordnete Josef Bucher wird vom Bundesvorstand des BZÖ als neuer Bundesobmann vorgeschlagen.

    Bundespräsident Heinz Fischer empfängt in Wien die Slowenen-Vertreter Marjan Sturm (Zentralverband), Rudi Vouk (Rat) und Bernard Sadovnik (Gemeinschaft). Er erhofft sich eine Lösung im Ortstafelkonflikt.

    Sozialreferent Landesrat Christian Ragger (BZÖ) verfügt wegen ungelöster Fragen bei der Finanzierung einen Stopp der Planung für zwölf regionale Pflegeheime. Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ) vermutet einen Finanzengpass im Sozialreferat des Landes.

    Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) nimmt am „3. Forschungsforum der Österreichischen Fachhochschulen" in Villach teil.

17. Im Aufsichtsrat der Kabeg wird einstimmig die Abberufung von Thomas Koperna beschlossen.

19. Der Rückbau des EM-Stadions in Klagenfurt wird nach neuen Schätzungen um drei bis vier Millionen Euro mehr kosten als die bisher errechneten 10,6 Millionen.

20. Die beiden Vorstandsmitglieder der Kabeg Johann Marhl und Dieter Errath weigern sich, die vom Aufsichtsrat beantragte Abberufung von Thomas Koperna zu vollziehen.

23. Der Aufsichtsrat der Landesholding beschließt einstimmig, dass der Vertrag mit Werner Bilgram als Geschäftsführer der Kärnten Werbung möglichst rasch beendet wird.

    Nach einem Rekordverlust von 520 Millionen Euro im Vorjahr will die Hypo Alpe Adria-Group bis 2013 rund 2.100 Mitarbeiter abbauen.

    In Mühldorf wird eine Gemeinderatssitzung live im Internet übertragen.

24. Der bundesweit ausgerufene Schülerstreik findet in Kärnten nur geringe Resonanz.

25. Beim Parteitag der Grünen in Keutschach wird Rolf Holub mit 41 von 42 Stimmen als Landesobmann wiedergewählt. Der Spittaler Gemeinderat Roland Mathiesl, der eine Gegenkandidatur angekündigt hatte, bleibt der Veranstaltung fern.

26. Josef Bucher erhält beim Parteitag des BZÖ in Linz einen Anteil von 99,4 Prozent bei seiner Wahl zum neuen Bundesobmann. Uwe Scheuch wird einer der vier Stellvertreter.

27. Der BZÖ-Parteivorstand nominiert Jörg Freunschlag als Kärntner Spitzenkandidat für die EU-Wahl. Der frühere Landtagspräsident soll hinter Ewald Stadler auf Platz zwei gereiht werden.

    Landeshauptmannstellvertreter Reinhart Rohr (SPÖ) fordert wegen der täglichen Meldungen über Jobverluste in Kärntner Betrieben eine Einstellungsförderung des Landes.

30. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) und seine Salzburger Amtskollegin Gaby Burgstaller (SPÖ) feiern in Rennweg die Verkehrsfreigabe für die zweite Röhre des Katschbergtunnels der Tauernautobahn.

    Der Bürgermeister von Steuerberg, Bundesrat Karl Petritz, wird in Velden mit 99 Prozent der Delegiertenstimmen als Landesobmann des ÖVP-Seniorenbundes bestätigt.

Mai 2009

1. Die Kärntner SPÖ feiert den 1. Mai traditionsgemäß in Völkermarkt.

2. Die SPÖ-Fraktion verteidigt bei der Arbeiterkammerwahl in Kärnten trotz Verluste ihre Zwei-Drittel- Mehrheit. Das vorläufige Endergebnis: FSG 44.916 Stimmen und 66,8 Prozent (–5,2 Prozent), BZÖ 13.469 Stimmen und 20,0 Prozent, ÖAAB 4.428 Stimmen und 6,6 Prozent (–1,7 Prozent), Grüne 2.261 Stimmen und 3,4 Prozent (+ 0,2 Prozent), Freiheitliche Arbeitnehmer 1.832 Stimmen und 2,7 Prozent, Gewerkschaftlicher Linksblock 322 Stimmen und 0,5 Prozent (+0,1 Prozent). Der ÖAAB verliert seinen Sitz im Vorstand der AK. In diesem Gremium erreicht die FSG neun und das BZÖ zwei Mandate.

3. In der Sendung „Streitkultur“ in Radio Kärnten wird das Schicksal der 1945 von den Partisanen verschleppten und ermordeten Kärntner thematisiert.

4. Nach dem schwachen Abschneiden bei der Arbeiterkammer-Wahl tritt Annemarie Adlassnig als Vorsitzende der ÖAAB-Fraktion zurück, bleibt aber im Landtag. ÖVP-Obmann Landesrat Josef Martinz fordert auch eine Neuorganisation des ÖAAB in Kärnten und die Ablöse von Hubert Pirker, dem er allerdings Unterstützung im EU-Wahlkampf verspricht.

6. Wahlkampfauftakt des BZÖ in Kärnten für die EU-Wahl. Für den an zweiter Stelle der Bundesliste gereihten Jörg Freunschlag wird ein eigenes Plakat präsentiert.
7. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) und die steirische Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) protestieren gegen den Vorstoß von ÖVP-Verkehrssprecher Ferdinand Maier, Großprojekte wie die Koralmbahn „nochmals einer gründlichen Prüfung ihrer Wirtschaftlichkeit zu unterziehen".
9. Finanzlandesrat Harald Dobernig (BZÖ) informiert im Rahmen einer Pressekonferenz, dass die bisher nicht dem Landtag vorlegten Rechnungsabschlüsse für die Jahre 2006 und 2007 nunmehr gemeinsam mit dem Rechnungsabschluss 2008 behandelt werden.
11. Der Bürgermeister von Spittal, Gerhard Köfer, schert aus dem Reformprozess der Kärntner SPÖ aus und bietet sich schon jetzt als neuer Parteiobmann an.
12. Neubestellung des Zukunftsfonds-Beirates. Für das BZÖ ziehen Unternehmer Gerd Tilly und Rechtsanwalt Gerd Seeber in das Gremium ein. Die ÖVP nominiert Rechtsanwältin Astrid Wutte und Wirtschaftsbund-Funktionär Alexander Höfinger.
15. Die Kaufkraft-Studie des OGM weist für Kärnten im Bundesländervergleich Platz sechs aus. Beim Einkommen rangiert Kärnten aber an der letzten Stelle.
18. Tourismus-Landesrat Josef Martinz (ÖVP) spricht sich in der „Kleinen Zeitung" für eine Änderung der Struktur des Marketings aus. Die Kärnten Werbung solle sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.
20. Einstimmiger Kraftakt von BZÖ, SPÖ und ÖVP: Mit Umlaufbeschluss der Landesregierung wird dem Vorstand der Kabeg die Weisung erteilt, den umstrittenen medizinischen Direktor des Landeskrankenhauses Klagenfurt, Thomas Koperna, zu versetzen und einen interimistischen Nachfolger zu bestellen.
21. Prominenter Besuch beim GTI-Treffen in Reifnitz: VW-Konzernchef Martin Winterkorn und der Vorsitzende des Aufsichtsrates Ferdinand Piech kommen nach Kärnten.
25. Der ehemalige Klubobmann der ÖVP Klaus Wutte wird zum neuen Vorsitzenden des KWF-Kuratoriums gewählt. Der bisherige Vorsitzende Gilbert Isep bleibt einfaches Mitglied.

    Mit 75 Prozent der Stimmen wird Robert Lutschounig als neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates der Raiffeisen-Landesbank gekürt. Lutschounig will im September seine Funktion als Landtagsabgeordneter zurücklegen und aus der Politik ausscheiden.

26. Die Bürgerinitiative Gailtal macht auf die Lärmbelästigung der Eisenbahn am Pressegger See aufmerksam.

28. Die Wahlbeteilung bei der ÖH-Wahl an der Universität Klagenfurt beträgt nur 24 Prozent. Das Ergebnis: PLUS 596 Stimmen, 35,5 Prozent (+ 10,2) ,GRAS 359 Stimmen, 21,2 Prozent (+5,5), VSStÖ 285 Stimmen, 16,9 Prozent (–12,3), AG 169 Stimmen, 10,0 Prozent (–7,4) Generation Orange (GO) 139 Stimmen, 8,2 Prozent (n. k.), DB 79 Stimmen, 4,7 Prozent (–2,7), RFS 31 Stimmen, 1,8 Prozent (–1,9), KSV 24 Stimmen, 1,4 Prozent (+0,7), JULIS 9 Stimmen, 0,5 Prozent (n. k.). Mandatsverteilung: PLUS 4 (+1), GRAS 3 (+2), VSStÖ 2 (–1), AG 1 (–1) und GO 1. Die zwei Bundesvertretungs-Mandate gehen an PLUS-FLÖ und GRAS.

29. Erst in den Morgenstunden endet die Sitzung des Kärntner Landtages über die drei Rechungsabschlüsse für 2006, 2007 und 2008. SPÖ und Grüne verlassen aus Protest gegen die Beurteilung der Geschäftsordnung durch Landtagspräsident Josef Lobnig (BZÖ) den Sitzungssaal. Mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP wird eine „Nichtgenehmigung" und damit die Verweigerung der Entlastung des Finanzreferenten beschlossen. Diese Parteien beschließen auch Änderungen des Objektivierungsgesetzes und des Landesholdingsgesetzes.

Juni 2009

4. Dem Kärntner Landtag wird das Budget für das Jahr 2009 vorgelegt. Es sieht Einnahmen in der Höhe von 1,944 Milliarden Euro und Ausgaben in der Höhe von 2,156 Milliarden Euro vor. Die Netto-Neuverschuldung beträgt 166 Millionen Euro. Insgesamt wird der Schuldenstand mit 2,185 Milliarden Euro berechnet. Finanzlandesrat Harald Dobernig (BZÖ) berichtet, dass das Land bei der Finanzmarktaufsicht um Erteilung einer Bankkonzession angesucht hat.

5. Der slowenische Staatspräsident Danilo Türk und Bundespräsident Heinz Fischer besuchen gemeinsam das ehemalige KZ-Außenlager Loibl und nehmen an einer Diskussion in Tainach teil.

6. Die Kleine Zeitung deckt auf, dass sich die Landtagsparteien in einer geheim gehaltenen Aktion auf einen einstimmigen Landtagsbeschluss geeinigt haben, der eine zusätzliche Parteienförderung in der Höhe von 5 Millionen Euro zum Inhalt hat.

7. Die Wahl zum Europäischen Parlament ergibt in Kärnten eine Wahlbeteiligung von nur 33,1 Prozent. Das Kärnten-Ergebnis ohne Wahlkarten: SPÖ 24,4 Prozent (–10,9), BZÖ 21,5 Prozent, ÖVP 20,3 Prozent (–1,9), Liste Martin 18,0 Prozent (+ 5,5), Grüne 7,0 Prozent (–2,0), FPÖ 6,8 Prozent (–12,5), JuLis 0,5 Prozent, KPÖ 0,5 Prozent (–0,1).

8. Wirtschaftskammer-Präsident Franz Pacher (ÖVP) fordert eine Zurücknahme des Landtagsbeschlusses über die Erhöhung der Parteiförderungen und dafür die Absenkung der Tourismusabgabe.

9. Die Kärntner Landesregierung beschließt ein Zwei-Jahres-Programm mit einem Rahmen von 30 Millionen Euro, um kleinen Unternehmen zu helfen, die in Schwierigkeiten geraten sind.

   Die Rating-Agentur Moody's senkt das Rating der Hypo Group Alpe-Adria.

11. Ex-Landeshauptmann Christoph Zernatto (ÖVP) feiert seinen 60. Geburtstag.

12. Nun spricht sich auch der Kärntner ÖGB-Präsident Hermann Lipitsch (SPÖ) gegen die Erhöhung der Parteienförderung aus.

13. Stefan Petzner (BZÖ) gibt sein Ausscheiden als Pressesprecher des Landeshauptmannes bekannt, bleibt aber Abgeordneter zum Nationalrat.

15. Die Auszählung der Wahlkarten und der Briefwahlstimmen bei der EU-Wahl ergibt für Kärnten folgendes Endergebnis: SPÖ 25,37, BZÖ 20,95, ÖVP 20,74, Liste Martin 17,71 und FPÖ 6,71 Prozent.

18. Der Kärntner Landtag beschließt mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP das Budget 2009.

    Vor dem Landtag demonstriert die FPÖ mit Transparenten gegen die Erhöhung der Parteienförderung.

    Mit 97 Prozent der Delegiertenstimmen wird der Finanzbeamte Michael Krall zum neuen Landesobmann des ÖAAB gewählt und folgt damit Hubert Pirker nach.

19. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) kündigt eine Nullrunde bei den Bezügen der Landespolitiker an.

    FPÖ-Landesobmann Harald Jannach will durch das Sammeln von Unterschriften Druck für eine Volksabstimmung über die Parteienförderung machen.

20. Friauls Regionalpräsident Renzo Tondo und Landeshauptmann Gerhard Dörfler sind Ehrengäste bei der Eröffnung des neuen Tarviser Marktes.

22. BZÖ-Obmann Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch kündigt den Kärntner Tageszeitungen für die Dauer eines Jahres einen Inseratenboykott an.

24. Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) wirbt auch in Kärnten mit 130 neuen Arbeitsplätzen für ein „Erstaufnahmezentrum Süd". Der Präsi-

dent des Gemeindebundes, Hans Ferlitsch (SPÖ), schließt aus, dass eine Kärntner Gemeinde dieses Angebot annimmt.

In einer „Klagenfurt-Rede“ zur Eröffnung des Bachmann-Bewerbes übt der Schriftsteller Josef Winkler heftige Kritik an der Politik in Kärnten und in der Landeshauptstadt.

25. Diskussion um die Weigerung von Landtagspräsident Josef Lobnig (BZÖ), für die Verleihung des „Europäischen Bürgerpreises“ des EU-Parlaments an die Kärntner Konsensgruppe den Wappensaal des Landhauses zur Verfügung zu stellen. EU-Abgeordneter Andreas Mölzer (FPÖ) findet das „lächerlich und provinziell“. Der Rat der Kärntner Slowenen richtet hingegen einen Brief an den Präsidenten des EU-Parlaments, wonach das für die Preisverleihung zuständige Gremium „schwer getäuscht“ worden sei.

26. Die Bürgermeister von Neuhaus und Eisenkappel, Gerhard Visotschnig (SPÖ) und Franz Josef Smrtnik (Einheitsliste), bekunden im Rahmen einer Versammlung des Gemeindebundes Interesse für das „Erstaufnahmezentrum Süd“.

27. Negative Reaktionen auf die Pläne für ein neues Asylzentrum in Kärnten: Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) will alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die „politische Amokfahrt Fekters“ zu beendeten. Der SPÖ-Bezirksparteiobmann von Völkermarkt und Bürgermeister der Gemeinde Sittersdorf, Jakob Strauß, spricht sich ebenfalls entschieden gegen die Pläne seiner beiden Kollegen aus.

28. Die Bürgermeisterwahl in Dellach im Drautal endet mit einem überzeugenden Sieg des ÖVP-Kandidaten. Auf Johannes Pirker entfallen 706 Stimmen (61,07 Prozent). Seine Mitbewerber Michael Konrad (BZÖ) und Claudia Klocker (SPÖ) erreichen nur 238 Stimmen (20,59 Prozent) bzw. 212 Stimmen (18,34 Prozent).

30. BZÖ und ÖVP wollen durch eine Änderung des Gemeindeplanungsgesetzes eine Sonderwidmung für Asylwerberheime vorschreiben und damit ein neues Zentrum in Kärnten verhindern.

Juli 2009

2. Die Verleihung des „Europäischen Bürgerpreises“ durch den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Migual Angel Martinez-Martinez an die Mitglieder der Konsensgruppe findet nun in Arnoldstein statt. Namentlich geehrt werden Josef Feldner, Marjan Sturm, Bernard Sadovnik, Heinz Stritzl und Stefan Karner.

Der Bürgermeister von Neuhaus, Gerhard Visotschnig (SPÖ), will nun das Projekt Asylantenheim nicht mehr weiter verfolgen. Unabhängig davon informieren Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) und der Flüchtlingsbeauftragte des Landes Gernot Steiner in Neuhaus „gegen Traiskichen II“.

4. Der frühere Klagenfurter Vizebürgermeister der SPÖ, Ewald Wiedenbauer, der mit seiner Liste „EW 09“ ein Gemeinderatsmandat erreicht hatte, zieht sich aus der Politik zurück. Seinen Platz im Gemeinderat nimmt Sieglinde Trannacher ein.

6. FPÖ-Landesobmann Harald Jannach kritisiert den „aufgeblasenen Personalapparat“ in Regierungsbüros des Landes.

7. In der Sitzung der Landesregierung wird einstimmig eine Förderung des Tibet-Hotels in Hüttenberg beschlossen.

   Der Gemeinderat von Eisenkappel lehnt mit 14 : 5 Stimmen ein Erstaufnahme-Zentrum ab.

9. Der Landtag beschließt mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP den Verkauf der Spitäler-Liegenschaften Hermagor, Laas und Wolfsberg an die Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft (Kabeg).

10. Bundespräsident Heinz Fischer eröffnet in Ossiach den 40. Carinthischen Sommer.

11. Die Kleine Zeitung verteilt „Zeugnisse“ an die Mitglieder der Landesregierung und an die Klubobmänner der Landtagsparteien. Die Landesräte Peter Kaiser (SPÖ) und Christian Ragger (BZÖ) erhalten die Note 3, Landesrat Harald Dobernig die Note 4. Alle anderen Politiker werden mit einem „Nicht genügend“ beurteilt.

12. 12.000 Kärntnerinnen und Kärntner haben eine Petition der Kleinen Zeitung gegen die Erhöhung der Parteienförderung unterschrieben.

13. Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) widerspricht den Bedenken von Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) und garantiert die Fertigstellung des Koralm-Tunnels bis 2018.

15. Der Bundesrechnungshof kritisiert die Finanzabteilung des Landes wegen riskanter Spekulationsgeschäfte in den Jahren 2002 bis 2007.

17. Anlässlich seines Kärnten-Besuchs signalisiert Bundeskanzler Werner Faymann einen „Runden Tisch“ in Wien über die Finanzierung des Umbaus des Klagenfurter Stadions.

19. SPÖ-Obmann Reinhart Rohr kritisiert, dass eine von ihm beantragte außerordentliche Regierungssitzung mit den Sozialpartnern nicht zustande gekommen ist.

20. Der stellvertretende Ministerpräsident des Fürstentums Liechtenstein, Martin Meyer, stattet Landeshauptmann Gerhard Dörfler einen offiziellen Besuch ab.

21. Vertreter von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Gewerkschaftsbund veranstalten in Klagenfurt einen Sozialpartner-Gipfel zur Lage in Kärnten.

    BZÖ-Obmann Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch und ÖVP-Chef Landesrat Josef Martinz kündigen anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz in Klagenfurt eine Nulllohnrunde für die Landesbediensteten an.

22. Der Verwaltungsgerichtshof hebt die vor fünf Jahren erfolgte Bestellung des Landesamtsdirektor-Stellvertreters auf.

23. Landeshauptmann Gerhard Dörfler lädt zu einem „Kärnten Gipfel" mit Vertretern der Politik und der Sozialpartner ein.

24. Auf Anregung von SPÖ-Obmann Reinhart Rohr gibt es ein Gespräch der Kärntner Parteichefs über eine Selbstbeschränkung in der Eigenwerbung.

27. In Krastowitz bei Klagenfurt wird die 44. Gottscheer Kulturwoche eröffnet.

29. Landesamtsdirektor Reinhard Sladko geht mit 1. August in Pension. Die Landesregierung beauftragt Dieter Platzer mit der Interimsführung. Die Zuständigkeit für die Gegenzeichnung von Verordnungen der Landesregierung wird dem Landeshauptmann übertragen.

31. Ein Gespräch der Vertreter der Stadt Klagenfurt mit Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP) über die Zukunft des Fußballstadions bringt kein Ergebnis.

    Das Kollegium des Landesschulrates wählt Walter Ebner (BZÖ) zum neuen Präsidenten. Als Stellvertreter wird wiederum Rudolf Altersberger (SPÖ) bestellt.

    Die bisherige Präsidentin des Landesschulrates Claudia Egger (BZÖ) wird in St. Veit Kärntens erste Bezirkshauptfrau.

August 2009

1. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) stellt 500.000 Euro als Sofortbauhilfe für die Behebung der Hochwasserschäden an der Innerkremser Landesstraße zur Verfügung.

3. TV-Disput in der Society-Sendung von ATV zwischen Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) und FPÖ-Chef Heinz Christian Strache.

4. Nach einem ORF-Beitrag zur geplanten „Jörg-Haider-Ausstellung“ gibt es Diskussionen über die Kosten und den Ort der Ausstellung im Klagenfurter Bergbaumuseum.

   Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher fordert den sofortigen Rückbau des Klagenfurter Fußballstadions.

6. Der „Rat der Kärntner Slowenen“ will den Ortstafelkonflikt „europäisieren“. Man habe bereits Kontakte zum Europäischen Parlament geknüpft.

7. Finanzlandesrat Harald Dobernig (BZÖ) und der frühere Rechnungshofpräsident Franz Fiedler erläutern im Rahmen einer Pressekonferenz Einsparungspläne für das Budget.

8. Der Verfassungsgerichtshof hält das Vorgehen bei der Überstellung von Tschetschenen nach Traiskirchen im Jänner 2008 für rechtswidrig. Der Unabhängige Verwaltungssenat in Kärnten muss daher den Fall nochmals behandeln.

10. Die Wiener Wochenzeitung „Falter“ veröffentlicht Akten aus den Weisungsabteilungen des Justizministeriums, die auch Kärntner Politiker betreffen; darunter die Einstellung des Strafverfahrens gegen Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) in der Causa Ortstafelverrückungen.

12. Heftige Diskussionen über die Zitate im Vorhabensbericht der Staatsanwaltschaft, die dem „Falter“ zugetragen wurden. Die Zeitung gibt den Namen des Informanten nicht bekannt.

16. Claudia Haider erklärt in einem Krone-Interview, dass sie als Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl nicht zur Verfügung steht.

17. Weiterhin Diskussionen um die Einstellung des Strafverfahrens gegen Landeshauptmann Gerhard Dörfler. SPÖ und Rat der Kärntner Slowenen fordern den Rücktritt des BZÖ-Politikers. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner verteidigt die Entscheidung der Anklagebehörde.

    BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher stellt sich in Salzburg den ORF-Sommergesprächen im TV.

20. Die BZÖ-Mitglieder der Landesregierung stellen die ersten Ergebnisse jener Arbeitsgruppen vor, die sich unter dem Namen „Sommerakademie“ mit Einsparungspotentialen befassen.

    Kärnten-Besuch der Justizministerin. Claudia Bandion-Ortner spricht sich für eine politische Lösung der Ortstafelfrage aus.

21. Privater Kärntenbesuch von Bundespräsident Heinz Fischer, der als Gast auch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister von Luxemburg, Jean Asselburg, mitbringt.
22. Nach dem bekannt gewordenen Verkauf von NS-Devotionalien durch einen Mitorganisator des Ulrichsberg-Treffens stoppt das Bundesheer auf Grund einer Weisung des Verteidigungsministeriums seine Vorbereitungen für die Unterstützung der Veranstaltung.
24. Landeshauptmann Gerhard Dörfler und der Klagenfurter Bürgermeister Christian Scheider sagen ihre Teilnahme am Ulrichsberg-Treffen ab.
25. Der Halbjahresverlust der Kärntner Hypo Alpe-Adria Group beläuft sich auf 162 Millionen Euro.
26. Sloweniens Ministerpräsident Borut Pahor spricht beim Staatsbesuch von Bundeskanzler Werner Faymann in Laibach die Ortstafelfrage an und vertritt die Auffassung, dass Slowenien Rechtsnachfolger Jugoslawiens im Staatsvertrag von Wien sei.
27. Das Ulrichsberg-Treffen am 20. September findet nicht statt. Es gibt Pläne für einen neuen Termin im November.
28. Der Leiter des Völkerrechtsbüros im Außenministerium, Ferdinand Trautmansdorff, bestreitet die Rechtsnachfolge Sloweniens im Staatsvertrag.
30. In der Ö3-Reihe „Frühstück bei mir“ meint Udo Jürgens, er möchte sich gern mit Stefan Petzner treffen und „ihm gerne die Augen öffnen, worauf er hineingefallen ist“.
31. In einem Interview mit der Kleinen Zeitung kündigt Bundeskanzler Werner Faymann an, er werde in der Ortstafelfrage keinen neuen Vorschlag einbringen.

September 2009

1. In der Sitzung der Landesregierung stimmen BZÖ und ÖVP für eine Null-Lohnrunde der Beamtenschaft und für eine Anpassung der Pensionen an die Regelung im Bund.

   In einem offenen Brief fordert Klagenfurts Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) ihren Parteifreund Sportminister Norbert Darabos auf, in der Sache EM-Stadion Klagenfurt „seinen Job zu machen“.
2. Sportminister Norbert Darabos teilt mit, dass er innerhalb der nächsten zehn Tage eine Gesprächsrunde über die Zukunft des Klagenfurter Stadions einberufen werde.

3. Die Ulrichsberg-Feier wird nun endgültig abgesagt. Die beiden FPÖ-Politiker Franz Schwager und Harald Jannach wollen aber als Privatpersonen zu einer Kranzniederlegung am 20. September einladen.

7. Soziallandesrat Christian Ragger (BZÖ) lenkt im Streit mit dem Bund um die Mindestsicherung ein und erklärt sich zu einer Anpassung an das Bundesmodell bereit.

   Neuer Landesgeschäftsführer des BZÖ wird der 32-jährige Villacher Gemeinderat Gernot Schick.

8. Der Vizepräsident der Arbeiterkammer und Zentralpersonalvertreter im LKH Klagenfurt, Arnold Auer (SPÖ), gibt seinen Rücktritt als Landtagsabgeordneter bekannt.

   Den halbjährigen Kärntner Vorsitz im Bundesrat, der turnusmäßig am 1. Juli 2010 beginnt, soll Peter Mitterer (BZÖ) einnehmen, der diese Funktion schon im Jahr 2005 bekleidet hat.

9. SPÖ-Chef Reinhart Rohr gibt bekannt, dass Landtagsabgeordneter Hans-Peter Schlagholz mit 1. Oktober neuer Landesgeschäftsführer der Partei sein wird.

10. Sloweniens Staatspräsident Danilo Türk spricht sich öffentlich dafür aus, dass Slowenien offiziell die Rechtsnachfolge des Unterzeichnerstaates Jugoslawien zum Staatsvertrag von Wien 1955 anzeigt.

13. Tirols Landeshauptmann Günther Platter, der Salzburger Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer und LHStv. Uwe Scheuch unterzeichnen in Heiligenblut eine Vereinbarung für eine regionale Zusammenarbeit unter der Marke „Hohe Tauern- die Nationalparkregion“.

    Der Rat der Kärntner Slowenen feiert in Klagenfurt sein 60-Jahr-Jubiläum. An der Feier nehmen auch zahlreiche Repräsentanten aus Slowenien teil.

14. Landwirtschaftskammerpräsident Walfried Wutscher (ÖVP) präsentiert den „Grünen Bericht für die Landwirtschaft 2008“. Demnach ist im Berichtsjahr das Einkommen aus der Landwirtschaft in Kärnten um 7 Prozent gesunken.

15. Kulturreferent Landesrat Harald Dobernig (BZÖ) teilt mit, dass Richi di Bernardo seine Tätigkeit als Volkskulturreferent beenden wird.

16. Der Wolfsberger Forstwirt und Gemeinderat der Grünen, Ulrich Habsburg-Lothringen, kündigt seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten an. Er hat gegen den in der Bundesverfassung verankerten Ausschluss vom passiven Wahlrecht für Angehörige ehemaliger Herrschaftshäuser Klage beim Verfassungsgerichthof eingebracht.

Sportminister Norbert Darabos (SPÖ) verspricht bei einer Verhandlungsrunde in Wien, dass der Bund die Kosten für die bauliche Fertigstellung des Fußballstadions in Klagenfurt tragen wird.

18. Land und Personalvertreter einigen sich auf eine Pensionsreform im Landesdienst. Das Pensionsantrittsalter wird auf 65 erhöht, die Bemessungsgrundlage gesenkt und der Durchrechnungszeitraum mit 15 Jahren festgelegt.

    Nach Demonstrationen gegen das Ulrichsberg-Gedenken kommt es in Klagenfurt zu Übergriffen auf die Parteizentralen von BZÖ und FPÖ. Auch das Denkmal auf dem Domplatz wird mit roter Farbe beschmiert. Ein „Kommando R.O.S.A." bringt am Ehrenhain der Ulrichsberg-Gedenkstätte rote Luftballons an. Die Grünen stellen fest, dass die Grünalternative Jugend (GAJ) mit diesen Aktionen nichts zu tun habe.

21. Landesrat Josef Martinz (ÖVP) will im Landesdienst mit freiwilliger Kurzarbeit fünf Millionen Euro einsparen.

    Kärntner Milchbauern protestieren in Klagenfurt mit Verkehrsblockaden und einer Demonstration vor der Landesregierung.

22. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) kündigt Widerstand gegen die Schließungspläne der ÖBB für Nebenbahnen in Kärnten an.

    Landtagspräsident Josef Lobnig (BZÖ) tritt für eine Reduzierung der Zahl der Landtagsabgeordneten um ein Viertel ein.

23. Vertreter aller Landtagsparteien sprechen sich für eine Kürzung der Parteien- und Klubförderung um 5 Prozent aus.

    In der Stadt Wolfsberg kündigt das BZÖ sein Arbeitsübereinkommen mit der SPÖ auf.

24. Der Rat der Kärntner Slowenen will mit der Internationalisierung der Volksgruppenfrage „nun Ernst machen". Obmann Karel Smolle fordert auch eine Kulturautonomie.

28. Nach dem enttäuschenden Abschneiden des BZÖ bei der Landtagswahl in Oberösterreich übt LHStv. Uwe Scheuch Kritik an der „wirtschaftsliberalen Politik" seines Bundesparteiobmannes NR-Abg. Josef Bucher. Scheuch tritt dafür ein, im nächsten Jahr bei den Wiener Wahlen auf eine Kandidatur zu verzichten.

29. Die Kärntner Landesregierung spricht sich gegen den Vorschlag aus, Ferlach zur einer Bezirkshauptstadt zu machen.

Oktober 2009

1. Ines Obex-Mischitz (SPÖ) und Claudia Schöffmann (ÖVP) werden als neue Abgeordnete zum Kärntner Landtag abgelobt. Sie folgen Arnold Auer und Robert Lutschounig nach. Die Zahl der Frauen im Landtag erhöht sich daher auf acht.

   Der Landtag beschließt einstimmig, dass auch im Jahr 2010 ein Landesfestzug zum Volksabstimmungsgedenken veranstaltet wird.

4. Bei der „Langen Nacht der Museen" gibt es mit 38.000 Besuchern einen neuen Rekord.

6. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) hält in der Ortstafelfrage an der Forderung nach einer Minderheitenzählung fest.

   Der diesjährige Kulturpreis der Stadt Villach wird an die Kärntner Konsensgruppe verliehen.

7. Auch in Kärnten wird heftig über die Rolle von Ex-Minister Karl-Heinz Grasser beim Verkauf der Buwog-Wohnungen diskutiert.

   Der SPÖ-Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Dellach/Drau, Walter Egger, gesteht ein, dass er bei der Stichwahl Stimmzettel manipuliert hat.

9. Im Bergbaumuseum Klagenfurt wird die Ausstellung „Jörg Haider 1950–2008" eröffnet.

   SPÖ-Klubobmann Herwig Seiser und Ex-EU-Mandatar Hubert Pirker (ÖVP) kritisieren eine geplante Nordkorea-Ausstellung im Landhaus.

10. Offizielle Landesfeiern zum 10. Oktober. Der Kärntner Heimatdienst wird zur Kranzniederlegung im Landhaushof auch heuer nicht eingeladen.

11. Mit der Einweihung eines Bildstockes an der Unfallstelle, einer Messe im Klagenfurter Dom und einem Konzert in Ossiach wird an den 1. Todestag von Jörg Haider erinnert.

12. Landeshauptmannstellvertreter Uwe Scheuch (BZÖ) dementiert empört, Fusionsverhandlungen mit FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache geführt zu haben.

13. Die Kärntner Landesregierung beschließt einstimmig den „Jugendtausender".

14. Im Rahmen der Ermittlungen wegen des Verkaufs der Hypo-Anteile an die Bayrische Landesbank gibt es in Klagenfurt eine Großrazzia, an der sich auch acht Münchner Staatsanwälte und zehn bayrische Kriminalbeamte beteiligen.

17. Die Kärntner ÖVP präsentiert das Ergebnis einer von ihr in Auftrag gegebenen Umfrage: Demnach hätten Landtagswahlen im September folgendes Ergebnis gebracht: BZÖ: 41 Prozent, SPÖ: 27 Prozent, ÖVP: 21 Prozent, Grüne: sechs Prozent und FPÖ: vier Prozent.

19. Die ÖBB geben bekannt, dass der Koralmtunnel nicht 2016, sondern erst 2020 fertig gestellt sein wird. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) sieht sich in seinen Befürchtungen bestätigt und hofft, dass „die verspätete Ausschreibung und Fertigstellung der letzte Vertrags- und Wortbruch der Infrastrukturministerin ist".

20. Nach einer Strafanzeige der Grünen wird nun auch gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser als Beschuldigter in der Buwog-Affäre ermittelt.

21. Kärntens Militärkommandant Gunther Spath kritisiert in einem offenen Brief den Obmann des Abwehrkämpferbundes, Fritz Schretter, und stellt eine künftige Teilnahme des Bundesheers bei der 10.-Oktober-Feier des KAB in Frage.

    Der Landesrechnungshof warnt vor einer drohenden Kostenexplosion beim Projekt Tourismusschule Warmbad und empfiehlt, den Standort neu zu überdenken.

23. Nach einer zweitägigen Regierungsklausur von BZÖ und ÖVP auf der Gerlitzen werden im Rahmen einer Pressekonferenz Eckpfeiler des Doppelbudgets 2010/2011 und die Pläne zur Verwaltungsreform präsentiert.

26. BZÖ-Bundeschef Josef Bucher stellt in Wien einen Entwurf für ein neues liberales Parteiprogramm vor.

    Landeshauptmann Gerhard Dörfler nimmt am Empfang der Österreichischen Botschaft in Laibach aus Anlass des Nationalfeiertages teil.

27. Die österreichweiten Studentenproteste weiten sich nun auch auf die Universität Klagenfurt aus.

29. Bei der Landtagssitzung bringt die ÖVP einen Dringlichkeitsantrag auf Einführung eines „Transferkontos" für Sozialleistungen ein. Der Antrag wird an den Sozialausschuss weitergeleitet. Ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ auf sofortiges Verbot des „Kleinen Glücksspiels" wird mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP abgelehnt.

    Der 32-jährige BZÖ-Ortsgruppenobmann von Wölfnitz, Peter Zwanziger, wird als neuer Bundesrat gewählt. Er tritt die Nachfolge von Landesschulratspräsident Walter Ebner an.

Autoren

Karl ANDERWALD , Dr. jur. et Dr. phil. (Politikwissenschaft/Publizistik und Kommunikationswissenschaft), Dr. h. c. (Universität Czernowitz), geb. am 26. Juni 1940 in Spittal an der Drau; Gemeinderat und Stadtrat in Spittal an der Drau (1973–1984); stellvertretender Landesamtsdirektor von Kärnten (1992–2002). Arbeitsschwerpunkte: Ethnische Minderheiten, Kommunalpolitik, Wahlkampfbeobachtung.

Doris BURGSTALLER, Mag., geboren am 22. November 1971 in Klagenfurt. Studium der Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz, Abschluss als Magistra iuris. Nach absolvierter Gerichtspraxis beim Bezirks- und Landesgericht Klagenfurt sowie Bezirksgericht St. Veit/Glan praktische Ausbildung als Rechtsanwaltsanwärterin in Klagenfurt. Ablegung der Rechtsanwaltsprüfung im September 2005.

Seit Februar 2006 als Juristin in der Abteilung 3 – Gemeinden – des Amtes der Kärntner Landesregierung tätig. Kontakt: doris.burgstaller@ktn.gv.at.

Thomas DÖRING, Dipl.-Volksw., Dipl.-Soz., FH-Prof., Dr. habil., geb. 1963 in Heringen, Deutschland. Von 1982 bis 1992 Studium der Soziologie sowie Studium der Volkswirtschaftslehre, beides an der Philipps-Universität Marburg. 1993 bis 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. 1994 bis 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter (Promotion) sowie 1998 bis 2002 wissenschaftlicher Assistent (Habilitation) am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. 2003 bis 2006 Planungsreferent für Lehre und Forschung des Präsidiums der Universität Kassel. Seit 2006 Professor für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt öffentliche Finanzwirtschaft sowie seit 2007 und 2009 Programmleiter der Master-Studiengänge „International Business Management" und „Public Management" am Studienbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kärnten. Die Publikations- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Föderalismus, Finanzausgleich, Kommunalfinanzen sowie Regional-, Umwelt- und Verbraucherökonomik.

Daniela EBNER, Mag. Dr., geboren 1975 in Villach, Kärnten. Studium der Angewandten Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten des Public Managements sowie der Organisations-, Personal- und Managemententwicklung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Derzeitiges Beschäftigungsverhältnis: Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 3 – Gemeinden. Arbeitsschwerpunkte: Initiierung, Abwicklung und Koordination von kommunalen Reformprojekten; Innovations- und Projektmanagement; Personalentwicklung in der Öffentlichen Verwaltung; Verwaltungscontrolling und Benchmarking.

Peter FILZMAIER, Dr., Univ.-Prof., geboren 1967 in Wien, Politikwissenschaftler, Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems, geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politik- und Wahlanalysen, Politische Bildung und Partizipationsforschung, Politik und Medien bzw. Internet und Demokratie sowie Vergleich politischer Systeme (insbesondere politisches System und politischer Prozess in den USA).

Claudia GRABNER, Mag. phil., geboren 1967 in Klagenfurt, studierte an der heimischen Universität Germanistik, Philosophie, Psychologie, Pädagogik. Nach Lehrtätigkeit an der HBLA St. Veit/Glan und Auslandsaufenthalt (Rom) seit 1993 Redakteurin der neuen „Kärntner Tageszeitung". Als stellvertretende Chefredakteurin leitet sie das Politik-Ressort. Lektorin für Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

Peter HAJEK, Dr., ist Managing Partner der Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Politologe und Meinungsforscher verfügt über internationale Erfahrung als Berater in Österreich, Deutschland und bei den UN in New York. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Markt- und Mei-

nungsforschung und Strategieberatung. Er hat Lehraufträge an der Universität Wien und an der Universität Klagenfurt (IFF).

Kathrin (STAINER-)HÄMMERLE, Mag. phil. Mag. iur. Dr. iur, geb. 1969 in Hohenems/Vorarlberg, ist Professorin für Politikwissenschaft an der FH Kärnten. Lehraufträge an den Universitäten Innsbruck und Klagenfurt sowie an der Pädagogischen Hochschule Kärnten. Stv. Vorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (www.oegpw.at).
Forschungsschwerpunkt: Politische Bildung, Demokratie und Partizipation, Verfassungs- und Wahlrecht. Kontakt: k.stainer-haemmerle@fh-kaernten.at

Andreas HOLZER, Mag., Politikwissenschaftler. Forscher und Politikberater bei SORA (Institute for Social Research and Analysis) in Wien. Arbeitsschwerpunkte: Wahlen und Politik (forschungsbasierte Politikberatung).

Karl HREN, Dr., geb. 1973 in Klagenfurt; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 1998 Sponsion; 1998–1999 Praktikum/Assistent beim Europäischen Parlament in Brüssel; 2000–2001 Leiter des Volksgruppenbüros beim Amt der Kärntner Landesregierung; 2002 Promotion und Dissertation zur Thematik der Koordinierung von EU-Angelegenheiten auf nationaler Ebene; von 2003 bis 2007 Geschäftsführer des Slowenischen Wirtschaftsverbandes Kärnten. Seit Anfang 2008 beschäftigt beim Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF); dort zuständig für die Koordination der EU-Angelegenheiten.
Seit 2000 Vorsitzender des Europäischen Büros für Sprachminderheiten (EBLUL) in Österreich sowie ehrenamtlich tätig in verschiedenen Strukturen der slowenischen Volksgruppe.

Rudolf KÖLLER, geb. 1960 in Judenburg, Studium der Elektrotechnik – Spezialbereich Nachrichtentechnik in Graz, selbstständige Realisierung diverser Messtechnik und Software-Entwicklungsprojekte, intensive Weiterbildung im Bereich IT, seit 1991 im Landesdienst mit Schwerpunkt Messtechnik und Informatik im Bereich des Umweltschutzes, Aufbau diverser Informationssysteme für den Umweltbereich, technische Leitung des Kärntner Geografischen Informationssystems bis 2001, Begründer des Corporate Network Carinthia (CNC), Mitarbeit in diversen Forschungsprojekten, seit 2001 IT-Leiter des Landes Kärnten, Restrukturierung der IT beim Land Kärnten, Einführung eines zertifizierten Qualitäts- und Sicherheitsmanagements für das IT-System des Landes Kärnten, Projektleiter für IT-Outsourcing, Personalwirtschaft, SAP-Einführung.
Adresse: Amt der Kärntner Landesregierung-Landesamtsdirektion – Unterabteilung EDV, Mießtaler Straße 1, A-9021 Klagenfurt, E-Mail: rudolf.koeller@ktn.gv.at

Markus MATSCHEK; Mag. Dr. iur., MAS (Public Management); geb. 1962 in Aich bei Bleiburg; ist stellvertretender Abteilungsleiter der Gemeindeabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung mit den Arbeitsschwerpunkten: Dienstrecht, Organisationsrecht, Gemeindewirtschaft, Verwaltungsreform und interkommunale Zusammenarbeit; FH-Lektor für Öffentliches Recht (Gemeinderecht, Öffentliches Dienstrecht, Interkommunale Zusammenarbeit und Kooperationsmanagement) und langjähriger Leiter von Fachseminaren aus dem Gemeindebereich.
Adresse: Amt der Kärntner Landesregierung, Mießtaler Straße 1, 9021 Klagenfurt
E-mail: markus.matschek@ktn.gv.at

Flooh PERLOT, Dr., geboren 1979 in Innsbruck, Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politik und Medien, Internet und Demokratie, politische Kommunikation und Wahlforschung.

Peter PLAIKNER, geb. 1960, Medienberater, Politikanalyst, Publizist; 1981–2005 *Tiroler Tageszeitung,* dort ab 1995 stv. Chefredakteur; seit 2005 selbstständig mit plaiknerpublic medienarbeit – Innsbruck/Wien/Klagenfurt, strategische Kommunikationsberatung; politischer Wochenkolumnist der *Tiroler Tageszeitung;* Medienkolumnist der Wochenzeitung *Die Furche;* Lehrgangsmanager für politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems; Mode-

rationen, Vorträge, Lehrtätigkeit u. a. an der österreichischen Medienakademie/Kuratorium für Journalistenausbildung Salzburg, am Management Center Innsbruck, an der Fachhochschule Salzburg und der Pädagogischen Hochschule Kärnten; Herausgeber Tiroler Jahrbuch für Politik (Athesia 2003, Facultas 2008), Edition Politische Kommunikation (Böhlau 2006, 2008), Ecoregio 2020 – Die wirtschaftliche Zukunft von Tirol, Südtirol und Trentino (Studienverlag 2008).

Dieter PLATZER, geb. 1963 in Klagenfurt, Studium der Rechtswissenschaften in Wien, Dissertation über Konzernsteuerrecht, Dr. jur. 1989, Master of Advanced Studies (Public Management) der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt 2005, Ausbildung zum Stabsoffizier, Oberstleutnant und Verbindungsoffizier beim Militärkommando Kärnten, Prüfung für den Europäischen Computerführerschein (ECDL), seit 1990 im Kärntner Landesdienst, Arbeitsschwerpunkte sind vor allem Organisation und Personal unter besonderer Berücksichtigung des IT-Einsatzes, Katastrophenschutz, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, dzt. geschäftsführender Leiter der Landesamtsdirektion.
Adresse: Amt der Kärntner Landesregierung-Landesamtsdirektion, Arnulfplatz 1, A-9021 Klagenfurt, E-Mail: dieter.platzer@ktn.gv.at

Franziska RISCHKOWSKY, Dipl.-Volksw., Dr. rer. pol., geb. 1972 in Marburg/Lahn, Deutschland. Von 1994 bis 2000 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg. 2000 bis 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der Philipps-Universität Marburg mit abschließender Promotion. In diese Zeit fällt auch ein Forschungsaufenthalt an der Aarhus Business School (Dänemark). Seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien (IHS) Kärnten, Österreich. Die Publikations- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Verbraucherpolitik und Verbraucherforschung, wirtschaftspolitische Regulierung, Kommunalfinanzen, Finanzausgleich.

Petra RODIGA-LASSNIG, Dr., geboren 1970 in Klagenfurt, Kärnten. Studium der Technischen Mathematik an der Technischen Universität Graz, Dipl.-Ing. 1994; 1994–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Angewandte Statistik und Systemanalyse der Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH; seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung Kärnten; Promotion zum Doktor der Technischen Wissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt 2006. Forschungsschwerpunkte: Statistische Modellierung, Evaluierung, Forschungsökonomie und Forschungspolitik, Regionalökonomie.

Reinhard SCHINNER, Jahrgang 1962, in Gleisdorf/Steiermark aufgewachsen, seit 1991 in Klagenfurt, verh., drei Kinder, Betriebswirt, Diplom Umwelttechnik an der TU Graz (Aufbaustudium), Ausbildungslehrgang zum Exportkaufmann an der Uni Graz. Ab 1991 im Amt der Kärntner Landesregierung in der Abteilung Landesplanung im Bereich Regionalplanung und ab 1993 in der EU-Regionalpolitik für die regionalen EU-Programme Kärntens tätig; 1998–2008 im KWF, Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, für die Koordinierung bzw. als Programm-Verwaltungsbehörde für die EU-Förderprogramme Ziel 5b, Ziel 2, Regionale Wettbewerbsfähigkeit und INTERREG IV zuständig; seit Oktober 2008 Projektentwicklung im Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung Landesplanung.

Alexandra SIEGL, Mag., MSc, ist Consultant bei Peter Hajek Public Opinion Strategies. Die Meinungsforscherin ist spezialisiert auf die Schwerpunkte Demoskopie, politisches Marketing und Microtargeting. Alexandra Siegl studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und politische Kommunikation an der Donauuniversität Krems.

Uwe SOMMERSGUTER (38) ist Chefredakteur der zum Styria-Konzern gehörenden Wochenzeitung „Woche“. Sommersguter, geboren in Klagenfurt, studierte Angewandte Betriebswirtschaft in Klagenfurt (nicht abgeschlossen) und verbrachte von 1990 bis 1995 „Lehrjahre“ bei den Tageszeitungen „Der Standard“ und „Kleine Zeitung“. 1996 bis 1997 war Sommersguter Chefredakteur des Magazines „Kärntner Monat“. Chefredaktion der „Woche“ von

1997 bis 2000 und wieder seit 2003. Von 2000 bis 2003 leitete Sommersguter in Graz die Redaktion des „Steirer Monat". Lektor für Publizistik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Sommersguter lebt in Feistritz/Rosental.
E-Mail: uwe.sommersguter@woche.at.
Veröffentlichungen: „Jörg Haider – Mensch, Mythos, Medienstar" (2008, gemeinsam mit Arno Wiedergut und Georg Lux); „Das Jörg-Haider-Experiment" (2009, gemeinsam mit Georg Lux).

Franz STURM, Dr.

1980–1984	Studium der Rechtswissenschaften in Wien
1984–1985	Gerichtspraxis in Wien
1985–1991	Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Verfassungsgerichtshof in Wien
1991–2003	Mitarbeiter der Abteilung 2/Verfassungsdienst beim Amt der Kärntner Landesregierung
Seit 2003	Leiter der Abteilung 3/Gemeinden beim Amt der Kärntner Landesregierung

Simon TRIEßNIG, geboren 1970 in Villach/Beljak, Studium der Geschichte und Slawistik in Klagenfurt und Ljubljana. Wissenschaftliche Arbeit im Alpen-Adria-Bereich an der Universität Klagenfurt, Untersuchungen zu den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Slowenien, Durchführung von Interreg-Projekten. Arbeitet bei der IFA Unternehmensberatung GmbH in Klagenfurt/Celovec, wo er sich mit der ExpertInnenakademie Österreich/Slowenien im Bereich des Arbeitsmarktes befasst.

Martina ZANDONELLA, Mag.[a]; Sozialpsychologin bei SORA (Institute for Social Research and Analysis) in Wien. Arbeitsschwerpunkte: Politische Psychologie (Einstellungen und Werte, Identität und Partizipation, Rassismus und Vorurteile).